3 1761 04395 6580

Ludwig Bernhard

Die Polenfrage

Die Polenfrage

Der Nationalitätenkampf der Polen in Preußen

Von

Ludwig Bernhard

ord. Professor d. Staatswissenschaften a. d. Universität Berlin

Dritte, neubearbeitete Auflage

Mit einer Karte

München und Leipzig

Verlag von Duncker & Humblot

1920

Alle Rechte vorbehalten.

DD
337
B4
1920

Altenburg
Pierersche Hofbuchdruckerei
Stephan Geibel & Co.

Adolf von Harnack

in Verehrung und Liebe

gewidmet.

Vorwort zur ersten Auflage.

Wer im Gebiet des Nationalitätenkampfes Studien anstellt, läuft Gefahr, irregeführt zu werden; denn auf polnischer wie auf deutscher Seite stehen Politiker, die jede Nachricht in den Dienst ihrer Absichten zwingen möchten.

Und so bin ich Rechenschaft schuldig in betreff der Quellen meiner Arbeit.

Entstanden sind diese Studien aus persönlicher Lust, denn mich reizten die nationalen Geheimnisse und ökonomischen Dunkelheiten unseres Ostens.

Weder als Beamter beauftragt noch geschäftlich interessiert, konnte ich mich frei an alle Gruppen wenden und habe zuerst mit dem Polentum Berührung gesucht. Polnische Materialien sammelten sich also in meinen Mappen: Urteile, Behauptungen, Skizzen von Personen und Dingen und auch Dokumente, die mir von einer anderen Seite nie erreichbar gewesen wären.

Aber meine polnischen Bekannten wissen, daß ich ihrer Stimmung und Meinung nicht erliegen durfte, wenn ich die östlichen Ereignisse ernsthaft beurteilen wollte, und sie begriffen, daß ich nach Korrekturen ihrer Auffassung suchte. Die Polen sind nun einmal Virtuosen des Geheimnisses und auf diesem Gebiete so feine Psychologen, daß sie sogar Vorgänge, die zufällig bekannt wurden, wieder zu verhüllen wissen.

Die ersten Korrekturen und Ergänzungen fand ich bei den Deutschen, besonders bei Kaufleuten, Genossenschaftsleitern, Landwirten, die mit dem Polentum Berührung haben und in langen Jahren Beobachtungen anstellen konnten.

Es war zuerst, als geriet ich aus breiten Wellen in die Brandung. Bei den Polen die Frage ihrer nationalen Existenz

umgeben und bewegt von Auffassungen, die von der Kenntnis der Vergangenheit zu Spekulationen der Zukunft reichen; — bei den Deutschen die Polenfrage in Anekdoten zersplittert, da jeder etwas gesehen, etwas erlauscht, dies und das vom Vater gehört hat.

Gelangt man aber über die Anekdoten hinweg, so findet man unter den Deutschen zwei Typen. Auf der einen Seite eifrige Hamster, die ganze Schubladen voll „Materialien zur Polenfrage" besitzen: Aufzeichnungen aus ihrem Geschäftsleben, Prozeßakten, Flugbläter, Denkschriften, Abschriften von Grundbuchblättern, Mitteilungen über Güterpreise; — auf der anderen Seite menschenkundige Patriarchen, die die polnisch-slavische Entwicklung still in ihren Gedanken zu umfassen suchen.

So sammelte sich in meinen Mappen eine zweite Menge, die zu mancher halben polnischen Äußerung die andere Hälfte bot, manche unsichere Stelle fixierte und manche „Tatsache" wieder ungewiß machte.

Aber als ich mich so hineinzugraben suchte, erkannte ich, daß vieles nur mit Hilfe der Behörden aufgeklärt werden kann. Denn bei den Behörden häufen sich, wie jeder weiß, auf Grund der Gesetze und infolge tatsächlicher Gewalt Dokumente über wirtschaftliche Vorgänge, Mitteilungen politischer Art, Zeugnisse, Informationen.

Begreiflich trugen die Behörden Bedenken, eine Arbeit, die außerhalb des offiziellen Machtbereiches steht, mit Materialien zu unterstützen. Doch zu meiner Freude überzeugte ich einige maßgebende Männer, daß eine rücksichtslos durchgeführte Erforschung der Polenfrage eine Notwendigkeit geworden sei, und daß es unklug wäre, einen Menschen, der sich dem ganz widmet, Hindernisse in den Weg zu legen.

Mit ministerieller Genehmigung und auch auf eigene Initiative einiger Behörden wurden mir daraufhin Dokumente und Akten zugänglich gemacht, und zwar in verschiedener Weise: die einen erhielt ich ohne jede Bedingung; bei anderen wurde mir zwar eine literarische Verwertung gestattet, aber in betreff der Herkunft der Papiere Diskretion auferlegt; eine dritte Gruppe

schließlich gab man mir unter der Bedingung, vor der Publikation das Manuskript vorzulegen. Im letzten Falle habe ich zwar von den Dokumenten zu meiner Information Kenntnis genommen, auf eine schriftstellerische Verwertung jedoch verzichtet.

Nur auf diese Weise, indem ich einander feindliche Quellen benutzte, polnische und deutsche Nachrichten, Privatmeldungen und offizielle Dokumente, Mitteilungen, die sich gegenseitig kontrollieren und ergänzen, nur so konnte ich hoffen, zu Ergebnissen zu gelangen. — Ein freundliches Geschick aber ermöglichte mir, überall, wo Zweifel entstanden, umfangreiche, zum Teil jahrelange Nachforschungen anzustellen, dabei manchen Vorgängen gerade in kritischen Momenten nahezukommen und schließlich in freier Muße das Bild zu entwerfen, das ich hier biete.

15. Oktober 1907.

Vorwort zur zweiten Auflage.

Die erste Auflage war schon nach wenigen Monaten, im Januar 1908, vergriffen. Kurz darauf veränderte sich infolge des Enteignungsgesetzes die Lage, und es blieb lange Zeit unklar, welche Folgen eintreten würden. Wegen dieser Unsicherheit der sich schnell verschiebenden Situation wartete ich beobachtend und entschloß mich, die neue Auflage erst nach Ablauf von zwei Jahren zu veröffentlichen.

Das Interesse für dieses Buch hat sich so lebhaft geäußert, daß ich vielen Männern für freundlichen Rat und eindringende Kritik zu danken habe. Am meisten verpflichtet fühle ich mich Herrn DDr. Grafen Robert von Zedlitz und Trützschler, Herrn Dr. Leo Wegener und — trotz aller Meinungsverschiedenheiten — Herrn Prälaten Dr. Kazimierz Zimmermann und Herrn Rittergutsbesitzer Zygmunt Chlapowski, die alle dazu geholfen haben, das Buch zu verbessern.

15. Mai 1910.

Vorwort zur dritten Auflage.

Seit der Zeit, da die zweite Auflage vergriffen ist, ist das, wovon dieses Buch handelt, in sein Gegenteil verkehrt worden. Wo der preußische Staat herrschte, herrscht jetzt der polnische Staat. Wo eine polnische Minderheit in Preußen rang, ringt jetzt eine deutsche Minderheit in Polen.

Dennoch ist der Inhalt dieses Buches nicht veraltet. Im Gegenteil zeigt schon die dauernde Nachfrage und die stete Benutzung, ja sogar Ausschlachtung dieses Buches in der polnischen, englischen und französischen Literatur, daß die hier geschilderte Vergangenheit lebendige Lehren enthält. Überall wo heute in der Welt nationale Minderheiten kämpfen, verkünden die Führer die Lehren, durch welche die Polen in Preußen stark geworden sind. Denn die Kampforganisation der Polen unter preußischer Herrschaft ist und bleibt das weltgeschichtliche Vorbild dafür, wie eine nationale Minderheit ihr selbständiges Dasein behaupten und gegen eine weit überlegene Staatsgewalt sogar befestigen kann.

Aus diesem Grunde habe ich dem Buche auch in der neuen Auflage seinen Charakter gelassen. Auch habe ich mich nicht dazu entschließen können, überall die Gegenwartsform in die sprachliche Form der Vergangenheit umzuwandeln.

Um die großen Schwierigkeiten der Herstellung zu verringern, habe ich noch in letzter Stunde einen umfangreichen statistischen Teil, eine Karte und das Schlagwörterverzeichnis fortgelassen und das auf zwei Bände berechnete Werk zu einem Bande zusammengeschlossen. Die infolgedessen in den Verweisungen des Textes und der Anmerkungen hie und da entstandenen Unstimmigkeiten bitte ich zu entschuldigen. Den Kürzungen stehen erhebliche Ergänzungen gegenüber. Denn manche Materialien, die früher geheim gehalten werden mußten, standen jetzt zu freier Verfügung.

Berlin, Fasanenstraße 35, 15. Mai 1920.

Ludwig Bernhard.

Inhalt.

Seite

Vorwort zur ersten Auflage V
Vorwort zur zweiten Auflage VII
Vorwort zur dritten Auflage VIII

Erstes Buch.

Die Organisation der Polen in Preußen.

Vorbemerkung 3

Erster Teil.

Die Herrschaft der polnischen „Emigration" (1831—1863).

Vorbemerkung 5
Erstes Kapitel. Emigration und Heimat 7
Zweites Kapitel. Die ersten polnischen Reformen und Gründungen in Posen. (Seit 1838.) 25
Drittes Kapitel. Aufruhr — Erschlaffung — Verschwörung (1846—63) 50

Zweiter Teil.

Die Herrschaft der polnischen Fraktion in Berlin (1864—1893).

Vorbemerkung 71
Viertes Kapitel. Die polnische Fraktion 75
Fünftes Kapitel. Die Entstehung der polnischen Bauernorganisation 85
Sechstes Kapitel. Die Entstehung des polnischen Genossenschaftswesens 98
Siebentes Kapitel. Die Entstehung der polnisch-demokratischen Bewegungen 108
Achtes Kapitel. Der Beginn der preußischen Ansiedlungspolitik . . 115
Neuntes Kapitel. Die Versöhnungsära 1890—94 136

Dritter Teil.

Die heutige Organisation der polnischen Bevölkerung in Preußen.

Zehntes Kapitel. Die Personalunion als Organisationsprinzip . . . 151
Elftes Kapitel. Die polnische Volksorganisation 155
Zwölftes Kapitel. Die Organisationen im polnischen Gewerbe . . . 187
Dreizehntes Kapitel. Die Stellung der polnischen Aristokratie zum polnischen Gemeinwesen 190
Vierzehntes Kapitel. Die gemeinsamen politischen Organisationen. . 199
Fünfzehntes Kapitel. Die Zentralgewalt 216

Zweites Buch.
Das polnische Finanzwesen.

Seite
Vorbemerkung 221

Erster Teil.
Die Zentralleitung des polnischen Genossenschaftsverbandes.

Erstes Kapitel. Der Patron 223
Zweites Kapitel. Die polnische Verbandsleitung und die preußische Regierung 227
Drittes Kapitel. Die Einheit des polnischen Systems 246
Viertes Kapitel. Die politische Macht der polnischen Kreditgenossenschaften 251

Zweiter Teil.
Die Verbandsbank.

Vorbemerkung 263
Fünftes Kapitel. Die Leitung der Bank 266
Sechstes Kapitel. Die polnische Verbandsbank im Nationalitätenkampf 275
Siebentes Kapitel. Die Panik von 1900 282
Achtes Kapitel. Die Sanierung der Verbandsbank 293
Neuntes Kapitel. Die Beziehungen der polnischen Verbandsbank zur deutschen Hochfinanz 299

Dritter Teil.
Das Netz der polnischen Genossenschaften.

Zehntes Kapitel. Die drei Typen polnischer Genossenschaften 329
Elftes Kapitel. Die genossenschaftliche Struktur des polnischen Gemeinwesens 334
Zwölftes Kapitel. Die Rolle der Geistlichkeit in den polnischen Genossenschaften 372

Vierter Teil.
Die Kreditpolitik der Polen.

Dreizehntes Kapitel. Die Geldbeschaffung 401
A. Die Geldbeschaffung gegen Verpfändung des Bodens 401
B. Das Betriebskapital der Kreditgenossenschaften 404
C. Die Deponenten 412
1. Die westfälischen Deponenten 413
2. Die geistlichen Gelder 414
3. Die polnischen Institute 418
4. Die „Familienvermögen" 418
5. Der polnische Adel 420
6. Die Ausbildung des Bankverkehrs im polnischen Handel 421
D. Die Kapitalien der Kampfinstitute 425

Seite
Vierzehntes Kapitel. Die Kreditgewährung 428
A. Allgemeines 428
B. Die Kreditform 444
C. Die Höhe des Kredits 447
D. Die Kreditfristen 452
E. Die Sicherstellung der Kredite 455
Fünfzehntes Kapitel. Die innere Organisation der polnischen Kreditgenossenschaften 459
A. Das Korporationsrecht 460
B. Vorstand und Aufsichtsrat 462
C. Die Genossen 468
D. Schulze-Delitzsch oder Raiffeisen? 471

Drittes Buch.

Der Kampf um den Boden.

Die Ausbildung der polnischen Kampfmethoden.

Vorbemerkung 479
Erstes Kapitel. Die „Krakauer Ratschläge“ 481
Zweites Kapitel. Die „Parzellierungsprogramme“ 488
Drittes Kapitel. Die genossenschaftliche Parzellierung 490
Viertes Kapitel. Die polnische Ansiedlungsmethode in der Zeit der Versöhnungspolitik (1890—94) 499
Fünftes Kapitel. Der Bruch mit der Regierung 509
Sechstes Kapitel. Die moderne Methode 518
A. Die Arbeitsweise der großen polnischen Parzellierungsbanken 518
B. Die Arbeitsweise der Spekulanten 535
C. Die Befestigung des polnischen Grundbesitzes 545
I. Die Befestigung des polnischen Großgrundbesitzes . . . 547
II. Die Befestigung des bäuerlichen Besitzes 556
Schluß. Ergebnis des Kampfes um den Boden 568

Erstes Buch.

Die Organisation der Polen in Preußen.

Erster Teil.

Die Herrschaft der polnischen „Emigration" 1831—1863.

Vorbemerkung.

Der Grundgedanke der Emigrationsherrschaft war: solange zwei Drittel des ehemaligen Polnischen Reiches nicht befreit wären, sollte eine Organisation in Paris bestehen, von der die Polen in Galizien, Polen und Posen die entscheidenden Befehle empfingen [1].

So unvollkommen der Plan auch verwirklicht wurde, gelang es doch von Paris her, die Angelegenheiten in Posen dauernd zu beeinflussen. Sogar in den Jahren, da die Pariser Herrschaft eine absolute Fiktion war, genügte diese Fiktion, um die Köpfe in Posen zu verwirren, denn hier gab es stets eine einflußreiche Partei, die neue Weisungen aus Paris erwartete, und die verlangte, daß man solches Warten als politische Tat respektiere. Diesen Personen deuchte jegliche „häusliche Arbeit" in Posen, jegliche sozialpolitische und wirtschaftliche Organisation als ein schwächliches Kapitulieren vor den preußischen Tatsachen, und

[1] Dieser Gedanke wird fast wie ein staatsrechtliches Prinzip seit Anfang 1832 in der polnischen Literatur diskutiert und kommt zum präzisen Ausdruck im Statut des Nationalkomitees des Zjednoczenie, abgedruckt in „Emigracya polska" von Lubomir Gadon, Band III. Seit wenigen Jahren erst hat sich die wissenschaftliche Betrachtung der Emigration von der unsicheren Broschüren- und Pamphletenliteratur befreit.

sie weigerten sich entweder, an Unternehmungen, wie die Entwicklung des Kreditwesens, die Einrichtung landwirtschaftlicher Vereine, teilzunehmen, oder sie bemühten sich, aus den friedlichen Organisationen geheime Herde der politischen Konspiration zu machen.

Über diese störenden Strömungen Klarheit zu gewinnen, müssen wir in erster Linie versuchen; denn noch heute hat der Politiker abzuschätzen, wie sich die internationalen Kräfte, die vom Auslande her hereinwirken, zu den „häuslichen Organisationen" der Polen verhalten.

Erstes Kapitel.

Emigration und Heimat.

A. Charakteristik der Emigration.

Die Emigration der Polen nach Frankreich ist bald gefeiert worden als eine „neue, unerhörte Völkerwanderung", bald hat man sie belacht als einen unglaublichen Fastnachtsscherz; in jedem Falle aber wird als selbstverständlich angenommen, daß jenes Unternehmen maßlos und kaum begreiflich war.

Im Grunde jedoch war die Emigration nur die letzte militärische Maßnahme eines geschlagenen Heeres. Die polnischen Truppen, die nach dem mißlungenen Aufstande im Sommer und Herbst 1831 über die Grenzen nach Österreich und Preußen flüchteten, standen vor der Wahl, ob sie der Amnestie des Zaren vertrauen oder im Auslande bleiben wollten. Die preußische und die österreichische Regierung gaben deutlich zu verstehen, daß sie eine solche Vermehrung ihrer polnischen Bevölkerung nicht wünschten, und bemühten sich — im Einverständnis mit Rußland — die waffenlosen Truppen nach Polen zurückzuschieben.

In dieser Lage entstand im Offizierkorps, das der russischen Amnestie mißtraute, der Plan, sich als entwaffnete polnische Legion in das befreundete Frankreich zu begeben, um mit Waffen in der Hand zurückzukehren. Der Plan erschien nicht phantastisch, denn zwischen der Partei, die in Frankreich die Julirevolution durchgeführt hatte, und den Führern des pol-

nischen Novemberaufstandes bestanden persönliche Beziehungen. Schon seit dem Jahre 1830 hielt sich eine Mission der „polnischen Nationalregierung" in Paris auf, um die vermittelnde Hilfe Frankreichs zu erbitten, und unter Lafayettes, des greisen Polenfreundes, Präsidium entstand am 28. Januar 1831 ein polnisch-französisches Komitee in Paris, das die Interessen der aufständischen Polen vertrat.

Daß die französische Regierung gegen den eisernen Willen Nikolaus' den Polen nicht helfen konnte, war klar, aber das Ministerium Louis Philipps konnte andrerseits unter dem Drucke der öffentlichen Meinung den Flüchtlingen die Aufnahme unmöglich verweigern, und so wurde der Plan, den Rest der Truppen nach Frankreich abzuschieben, durchführbar.

Der Organisator der militärischen Emigration war der polnische General Bem, der die Polenbegeisterung der deutschen und der französischen Bevölkerung geschickt benutzte, um die meisten Offiziere und einen kleinen Teil der Unteroffiziere und Mannschaften nach Frankreich zu schaffen. Im Winter 1831/32 zogen die Polen auf verschiedenen Wegen in Kolonnen von 50 bis 100 Mann durch Deutschland, mit Fuhrwerk, Unterhalt und Geldern von der Bevölkerung besonders in Westdeutschland unterstützt.

„Brüder, jetzt heißt es entscheiden
Zwischen der Schmach der Rückkehr und dem Ruhm der Legionen."

Überall, wo es Polen gab, sang man das Lied und suchte die Landsleute in den begeisterten Zug hineinzuziehen. Im Herbst kamen die ersten Polen nach Paris, im Winter traf der Hauptteil der Truppen ein, und während des ganzen nächsten Jahres folgten Scharen aus verschiedenen Teilen des alten Reiches.

Diese Truppen, die dem ganzen Unternehmen die Wucht der Massenwirkung gaben, waren die traurigen Opfer der Emigration. Ihr „Marsch durch Europa" hat den Zug der Polen zu einem historischen Ereignis gemacht, und nie wäre „die Emigration" eine Autorität für die Polen in der Heimat ge-

worden, wenn man nicht gewußt hätte, daß nahezu 10 000 Menschen nach Frankreich gezogen waren [1].

Aber mit dieser Massenwirkung war die Bedeutung des Militärs für die Emigration fast erschöpft, denn die französische Regierung internierte die polnischen Truppen in Avignon, Besançon, Bourges und anderen Plätzen, wo sie lange Jahre als „die Legionen der Emigration" figurierten [2].

Zwischen diesen militärischen Kulissen aber begannen nun die polnischen Politiker, Abenteurer und Literaten in Paris ein Spiel, das, wie wir sehen werden, jahrzehntelang auf die Entwicklung in Posen bestimmend einwirkte.

Um das zu verstehen, müssen wir in Betracht ziehen, daß die Polen damals mit ganz anderen Augen nach Paris blickten als alle übrige Welt.

Alle Welt sah in Paris nur das lächerliche Spiel eines sich zankenden und großgebärdenden Menschenhaufens.

Die Polen aber sahen, daß ihre Literatur in Paris plötzlich einen Höhepunkt der Entwicklung erreichte und eine faszinierende Gewalt gewann.

---

[1] Über die Zahl der emigrierten Polen existieren folgende Mitteilungen: Ein polnischer Oberst Krosnowski hat in Paris ein alphabetisches Namensverzeichnis der Polen verfaßt, die dem Pariser Komitee in den Jahren 1831 und 1832 ihre Ankunft meldeten. Dies Verzeichnis enthält etwa 8500 Namen (Krosnowski, Almanach historique, en Souvenir de l'Émigration Polonaise, Paris, 2. Aufl. 1846). Lubomir Gadon ergänzt diese Liste und kommt zu dem Ergebnis, daß sich etwa 9500 bis 10 000 Personen 1832 in der Emigration befanden, von denen die meisten sich in Frankreich aufhielten.

[2] Die Aufnahme der Polen in Frankreich machte politische und administrative Schwierigkeiten. Nicht nur vermehrte sie den unruhigen internationalen Pöbel in Paris, sondern ihr Auftreten erregte auch den Unwillen auswärtiger Regierungen. Im April 1832 beantragte daher das französische Ministerium ein Fremdengesetz, auf Grund dessen die „Étrangers refugiés" in bestimmten Orten der Provinz untergebracht werden sollten mit der Verpflichtung, dort dauernd ihren Aufenthalt zu nehmen. Gehorsamsverweigerung der Fremden befugte zur Ausweisung. Nach erregter Debatte wurde das Gesetz angenommen. Gleichzeitig ließ sich die Regierung Kredite für den Unterhalt der „deponierten" polnischen Emigranten bewilligen.

Eine seltene Erscheinung: alles fast, was in der polnischen Literatur groß ist, entstand damals nach 1831 in Paris. Indem sich die Träger des polnischen Gedankens aus den Erregungen der Revolution nach Frankreich warfen, das von politischen Stürmen aufgewühlt war, erreichte ihre Leidenschaft eine solche Glut, daß ihre Werke gleichsam emporflammten. Dies war der Simson-Augenblick der polnischen Literatur. Nicht vorher noch nachher haben die Polen geschaffen, was in die Weltliteratur hineindringen könnte. Damals aber gelang ihnen ein großer Wurf; denn der dritte Teil der „Totenfeier", der 1833 in Paris erschien, ist ein so gewaltiges Lied des Märtyrergefühls, daß jedermann dieses Werk genießen sollte[1]. Wie ein prophetisches Vorwort zu der einzigen großen Epoche der polnischen Literatur klingt das Lied.

Doch ich will der Versuchung widerstehen, von jenem dämonischen Werk zu sprechen, das die stärksten Empfindungen der Emigration in Vollkommenheit auszusprechen schien und doch nur der Auftakt zu Vollkommnerem war.

Der Deutsche, der mißtrauisch und ungläubig jene Bücher zur Hand nimmt, wird erstaunen über ihre Kraft und wird begreifen, weshalb die Polen damals mit anderen Augen nach Paris blickten als alle übrige Welt[2].

Diese literarisch-politische Stimmung, welche das in der Heimat zurückgebliebene Polentum blendete und faszinierte, hat das Haupt der Emigration geschickt benutzt. Denn indem Fürst Adam Czartoryski Anfang 1832 in London die „Literarische Gesellschaft der Freunde Polens" und kurz darauf in Paris die „Literarische Gesellschaft" begründete, bewies er die traditionelle Klugheit seiner Familie, die schon im 18. Jahrhundert eine

[1] Adam Mickiewicz' „Dziady" (Totenfest) ist am besten übersetzt von S. Lipiner, Leipzig 1887.

[2] Wer vom polnischen Wesen etwas fühlen will, muß den dritten Teil der „Totenfeier", ferner: Pan Tadeusz von Adam Mickiewicz, ebenfalls deutsch von S. Lipiner, Leipzig 1898. Von Slowacki: Beniowski. Vom Poète anonyme: „Die teuflische Komödie" und „Die Psalmen der Zukunft" lesen.

geistige und literarische Strömung politisch umgedeutet hatte. In der Tat gelang es ihm, aus der „Literarischen Gesellschaft" in Paris, dem noch heute existierenden „Towarzystwo literackie", einen Mittelpunkt politischer Arbeit zu machen.

Auch von den polnischen Forschern wird heute ohne Umschweife zugegeben, daß das Ziel der „Literarischen Gesellschaft" ein politisches war[1]. Die Statuten bestimmten: „Die Literarische Gesellschaft versammelt sich, um das Material, das sich auf das frühere Königreich Polen, auf Polens gegenwärtige Lage und bevorstehende Schicksale bezieht, zu publizieren, in der Absicht, in der öffentlichen Meinung der Völker die Sympathien für Polen zu erhalten und zu beleben." Das „Redaktionskomitee", das für die Durchführung dieses Planes Sorge zu tragen hatte, bestand zur Hälfte aus Mitgliedern der ehemaligen polnischen Regierung (von 1831). Ihnen ermöglichte der Reichtum der Czartoryski, nicht nur dauernd Mitarbeiter zu verpflichten, sondern die anregende Gesellschaft des aristokratisch-literarischen Kreises zog auch einen großen Teil der hervorragenden polnischen und französischen Literaten herbei. Regelmäßig erscheinende polnische Zeitschriften, die den französischen Revuen nachgebildet waren, entstanden, und auch ein Teil der großen Literatur wirkte aus jenem Kreise.

Gleichzeitig aber mit Czartoryskis Gründungen bildete sich in Paris als Gegenpol die „Demokratische Gesellschaft", „Towarzystwo demokratyczne", die zum größten Teil aus Warschauer Liberalen bestand, erbitterten Gegnern der Aristokratie. Ihre literarischen Kräfte waren zwar nicht annähernd so groß wie die des aristokratischen Zirkels, aber sie verstanden es, sich die Ideen des französischen Republikanismus anzueignen und so erschien ihre Zeitschrift „Demokrata Polski" den Polen in der Heimat neuartig und ganz besonders interessant.

Den Polen in der Heimat! In diesem Streben waren sich beide Parteien einig; denn die moralische Existenz beider Gruppen

[1] Siehe insbesondere Gadon l. c. Bd. I S. 171 f.

hing davon ab, ob sie auf die Landsleute in der Heimat zu wirken vermochten. Das polnische Militär, das in Avignon, Besançon und Bourges interniert war, hatte völlig recht, wenn es fragte, was sind denn die 100 bis 200 Polen in Paris? Die Truppen in Avignon allein waren über sechsmal so stark. — Die Pariser Polen konnten hierauf nur antworten: Wir halten die Fäden in der Hand, die zur Heimat führen. Nur in dieser Antwort lag ihre Rechtfertigung, nur diese Tatsache war ihr Halt; nur soweit die aristokratische und die demokratische Gesellschaft beweisen konnten, daß man von der Heimat her auf sie blickte, nur insofern bedeuteten sie etwas.

Deshalb ist es irreführend, wenn man die Emigration verstehen will, indem man allein an ihre inneren Kämpfe denkt. Daß der wurzellose Haufen Klatschereien und Zänkereien betrieb, ist selbstverständlich; daß die frauenarme Horde zum Teil in Unmoral und Roheit verfiel, ist menschlich; für die historische Beurteilung der Emigration aber hat nur die Frage Wert: inwiefern und in welchem Maße hat die Emigration auf die „Polen in der Heimat" gewirkt. Speziell für uns aber die Frage: Was haben die Polen in Preußen von der Emigration gelernt und erlitten?

B. Die Stimmung in Posen.

Es ist schwer zu erkennen, ob es Scheu vor der energischen preußischen Politik war, die 1831 in Posen einsetzte, oder Müdigkeit und Ruhebedürfnis, das in den ersten Jahren die Polen in Posen beherrschte. Sicher ist nur, daß man nach der Niederlage von 1831 von eigenem geistigen Leben in der Heimat kaum etwas bemerkte, während in Paris jene stürmische und bedeutende Literatur entstand.

Die Bewegung aber, die dann seit 1834 in Posen allmählich begann, war durchaus nicht revolutionär und international, sondern wies in allen ihren Äußerungen auf die Pflege der heimischen Zustände hin. — In der Tat waren die

Interessen der Großgrundbesitzer den politischen Bestrebungen der Emigration keineswegs günstig, denn der polnische Großgrundbesitz in Posen brauchte Kredit und konnte den niedrigen Zinsfuß (seit 1832 sank der Zinsfuß im Osten, so daß die Posener Landschaft 1840 ihre Pfandbriefe konvertieren konnte, ohne daß der Kurs wich) nur ausnutzen, wenn das Land ruhig blieb; auch bemühte sich der Adel — freilich fast zehn Jahre vergebens —, von der Landschaft neue Darlehen zu erlangen, was nur mit Genehmigung der preußischen Regierung möglich war[1]. — Zu ruhiger landwirtschaftlicher Arbeit wurden die Großgrundbesitzer ganz besonders veranlaßt, als die preußische Regierung Miene machte, die Finanznot des polnischen Adels auszunutzen, um Rittergutsbesitzer deutscher Nationalität an dessen Stelle zu setzen. „Um die Zahl der intelligenten und zugleich in ihrer politischen Gesinnung zuverlässigen Rittergutsbesitzer in der Provinz zu vermehren", erging am 13. März 1833 eine königliche Kabinettsorder, die größeren zur Subhastation gelangenden Güter für Rechnung des Staates anzukaufen und an Erwerber deutscher Nationalität wieder zu veräußern[2]. Dieser Versuch gelang auch zum Teil, denn die Subhastationspreise erreichten damals — obwohl die Getreide- und Güterpreise stiegen — den tiefsten Stand im ganzen Jahrhundert, weil der polnische Großgrundbesitz infolge der politischen Vorgänge geschwächt und vernachlässigt war[3]. Die Polen in Preußen brauchten also Ruhe!

---

[1] Vgl. S. 29 ff.

[2] Die Kabinettsorder vom 13. März 1833 lautet: „Ich finde die mit den Berichten vom 4. d. M. mir vorgelegten Anträge der Immediatkommission zur Beratung über die Posenschen Angelegenheiten, soweit sich solche auf die Erwerbung großer Besitzungen beziehen, der Lage der Sache ganz angemessen und genehmige, daß, wenn Subhastationen solcher Besitzungen eingeleitet sind, der Oberpräsident der Provinz Ihnen (dem Finanzminister) Vorschläge zu deren Ankauf und der Wiederveräußerung an Erwerber deutscher Abkunft gutachtlich einreiche ..."

[3] Die Polen hatten sich von 1815—1830 daran gewöhnt, Posen als ein Gebiet zu betrachten, das für die Vorbereitung von Aufständen gegen

Sogar der Mann, der die preußischen Polen im Aufstande 1830/31 geführt hatte, der Rittergutsbesitzer Desiderius Chłapowski, gab jetzt die Parole aus: Ruhige wirtschaftliche Arbeit in der Heimat[1], und er war einer der ersten, der sich auf seinen Besitzungen im Kreise Kosten der intensiven landwirtschaftlichen Tätigkeit widmete.

Diese heilsame Provinzstimmung brachte eine Zeitschrift hervor, deren recht behaglicher, aber wenig interessanter Ton für jene eigentümliche Richtung charakteristisch ist: durchaus polnisch und national, aber abgeneigt, sich in große, internationale politische Pläne einzulassen. An die Stelle der polnischen Staatspolitik trat eine Art polnischer Heimatspolitik. „Volksfreund", „Przyjaciel ludu", hieß die Zeitschrift, die seit 1833 erschien und schnell Verbreitung fand.

Gewiß wird der Literarhistoriker an diesem „Volksfreund" nicht viel Freude haben. Seine historischen und besonders die belletristischen Beiträge sind höchst ledern, aber für das volkswirtschaftliche Studium jener Zeit scheint mir kaum eine Schrift lehrreicher als die ersten Jahrgänge des „Przyjaciel ludu"[2].

Rußland geeignet sei. Sogar ein polnischer Schriftsteller (Kazimierz Jarochowski, Litteratura poznanska S. 46) charakterisiert die Zeit von 1815—1830 folgendermaßen: Es herrschten damals in der polnischen Bevölkerung zwei Richtungen. Erstens die offizielle, die durch den Fürst Statthalter Radziwill repräsentiert war und die man die „preußisch-polnische" nennen konnte; zweitens aber die Verschwörung, die seit Anfang der 20er Jahre den Aufstand gegen Rußland vorbereitete. Die Häupter dieser konspirierenden Richtung waren teils polnische Generale aus früherer Zeit, teils junge Großgrundbesitzer, die im Winter 1830/31 die polnischen Hilfstruppen über die russische Grenze führten.

[1] Von den Bemühungen dieses Mannes, Menschen ins Land zu ziehen und zur ruhigen Arbeit zu veranlassen, geben Briefe Marcinkowskis aus jener Zeit eine deutliche Vorstellung. Sie sind abgedruckt in Zywot K. Marcinkowskiego von J. Zielewicz, Posen 1891.

[2] Die Literarhistoriker haben den „Przyjaciel ludu" stets kurz abgetan, wenn sie auch die starke Wirkung der Zeitschrift nicht leugneten. So schrieb 1843 Anton Mauritius (Poln. Literatur u. Kulturepoche seit 1831) über den „Przyjaciel" nur folgende Worte, S. 105: „Der früher in Lissa, jetzt in Posen redigierte und erscheinende „Przyjaciel ludu" hat viel Glück gemacht; er empfiehlt sich durch solide wissenschaftliche Artikel und ist ein

Sie bringen mit einer halb pedantischen, halb liebevollen Sorgfalt Erörterungen über die heimische Geschichte, über Funde alter Rüstungen und Gefäße und über die wirtschaftlichen Zustände. Die damals auf Betreiben der preußischen Regierung in schnellem Tempo durchgeführte Bauernregulierung, die die wichtigste ökonomische Angelegenheit der Provinz war, wird in manchen zeitgenössischen Blättern überhaupt nicht erwähnt, während der „Przyjaciel ludu" die bäuerliche Entwicklung stets im Auge behielt.

C. Die Wirkung der Emigrationsliteratur auf Posen.

In jenen biederen Blättern aber, die sich nur um heimische Arbeit bekümmern, finden wir eines Tages erregte Ausfälle gegen einen uns zunächst noch unsichtbaren Feind: gegen „die Demokraten", „die demokratischen Ideen", „demokratische Neuerungen". Allmählich werden die Äußerungen schärfer und bestimmter, und bald ist zu erkennen, daß sie sich gegen die aufhetzende Literatur der demokratischen Gesellschaft in Paris richten.

So kündet sich der Einfluß der Emigrationsschriften an! Doch war ihre Lektüre zunächst, so scheint es, mehr eine Modesache als eine Sache der Überzeugung; wenigstens berichtet Jarochowski, daß in den Häusern der Grundbesitzer und Städter die demokratischen Schriften friedlich mit dem behaglichen „Przyjaciel ludu" beisammen gesehen werden. Die republikanischen Aufsätze und Aufrufe, die von Warschauer und Krakauer Literaten in Paris verfaßt waren, müssen den Polen in unserer östlichen Provinz wohl fremdartig vorgekommen sein, und man konnte sie beim besten Willen nicht mit den „eigenen Angelegenheiten" identifizieren. Sie setzten ein lebhaftes Interesse für die italienische Revolution, für die „Société des droits de l'homme" in Paris,

Organ des Fortschritts". Auch Kazimierz Jarochowski (Literatura Poznanska) gibt zwar zu, daß der „Przyjaciel" sehr verbreitet war und nützlich wirkte, wendet aber ganz natürlich den langatmigen Aufsätzen nicht viel Interesse zu.

für die englischen Parlamentsdebatten voraus und hatten mit den Verhältnissen in Posen herzlich wenig Berührung. Immerhin wurden sie nach Kräften verbreitet und übten allmählich doch eine verwirrende und aufreizende Wirkung. So pochte die Emigrationsliteratur in Posen an als eine Anregung und Erregung, als eine Bewegung ohne ausgesprochene Zwecke, eine Bewegung um der Bewegung willen, die in ihren Ideen mehr französisch als polnisch war.

Ihren französischen Charakter kann man mit zwei Schlagworten bezeichnen: Die Bewegung war rein „politisch" und in keiner Weise „sozial". Sie wandte sich nicht an untere Volksschichten, sondern an alle diejenigen, die Lust hatten, sich mit republikanischen, sei es organisatorischen, sei es revolutionären Fragen zu beschäftigen. Die französischen Bestrebungen, deren polnischen Abklatsch wir hier vor uns sehen, hatten sich ganz darauf konzentriert, das Julikönigtum zu stürzen und eine Republik an seine Stelle zu setzen. Die Form aber, in der dieser Republikanismus wirkte, waren die Komplotte, die seit 1831 unaufhörlich die öffentliche Ruhe in Frankreich störten.

Man denke sich diese Richtung auf ein Land übertragen, in welchem man gerade im Begriffe stand, an soziale Arbeiten zu gehen, wo die Regulierung ungebildeter, in dumpfer Gleichgültigkeit lebender Bauern die praktische Tagesfrage war, und wo man soeben darüber zu diskutieren begann, ob es wohl möglich sei, einen polnischen Mittelstand heranzubilden. — Diese „soziale Frage" ignorierten die demokratischen Schriften nicht nur völlig, sondern gaben auch den jungen Adligen, die „demokratisch zu denken" anfingen, eine bloß formale Richtung, da ja die politischen Wirklichkeiten von Paris sich in Posen weder realisieren noch sich überhaupt vorstellen ließen.

Der damals regierende Oberpräsident Flottwell, einer der bedeutendsten Verwaltungsmänner, die Preußen jemals besaß, hat die bedenkliche Wirkung dieser Hetzliteratur für sehr stark gehalten. In seiner berühmten Denkschrift vom 15. März 1841 sagt er von den „noch nicht angesessenen und daher nur dem Müßig-

gang frönenden Söhnen der Gutsbesitzer, von den Pächtern oder Besitzern kleiner Güter, sowie den dem Bankerott nahen oder darin schon verfallenen Gutsbesitzern: Diese leider sehr zahlreiche Klasse von Leuten, welche größtenteils ein vagabondierendes Leben führen und sich gewöhnlich in Weinhäusern und in den in vielen Städten, namentlich in Posen, Gnesen, Samter usw. bestehenden Kasinos umhertreiben, beschäftigen sich fast nur mit der Lektüre der im Ausland, namentlich in Frankreich erscheinenden revolutionären Schriften, affektieren rein demokratische Grundsätze und imponieren durch die auf solchen Wegen erworbenen, mit polnischer Eleganz vorgetragenen Phrasen und eine beispiellose Impertinenz allen ihren verständigen und besonnenen Standesgenossen ... Es liegt ihnen am meisten daran, eine Unzufriedenheit und Opposition gegen die Regierung zu beleben und zu unterhalten ... Nur Krieg gegen die bestehende Ordnung und Umsturz aller Einrichtungen und Anstalten, wodurch diese Ordnung und ein gesetzlicher Zustand gesichert werden soll, ist ihre Losung ..."

Aus guten Gründen hat die preußische Regierung diesen unruhigen Vorgängen, die ja schließlich wirklich zum Aufruhr trieben, ihre Hauptaufmerksamkeit zugewandt; sie hat die Verbindungen und Komplotte polizeilich observieren lassen und umfangreiche Materialien darüber angehäuft. Für den Historiker ergibt sich aber hieraus eine Gefahr; denn wer die Kenntnis jener Zeit, wie es manche getan haben, im wesentlichen aus Regierungsdokumenten, Denkschriften und Ministerialberichten schöpft, sieht überall nur die Hetzliteratur der Emigration und ihre Emissäre.

D. Die Emigration als Erziehungsinstitut.

Allein erhebt man auch nur einen Moment den Blick aus jenen Verwaltungs- und Polizeimaterialien, so drängt sich eine Beobachtung auf, die gerade in der heutigen Kraft der Polen ihre Bestätigung findet: Man erkennt dann, daß sich die Arbeit

der Polen keineswegs in jenen revolutionären und destruktiven Tendenzen völlig verlor, sondern daß die „konservative" Unterströmung, von der ich vorhin sprach, sich zu derselben Zeit bemühte, in Posen gesellschaftliche und ökonomische Anstalten zu schaffen, die einer gesunden Entwicklung der Polen als Grundlage dienen könnten, und daß sie hierfür auf die Hilfe eines Teiles der Emigration rechnete.

Dieses Streben der „konservativen" Polen richtete sich als ein Akt der Selbsterhaltung ganz ebenso gegen die preußische Verwaltung wie gegen die radikalen Polen.

Die preußische Verwaltung nämlich nahm dadurch, daß sie 1833 und 1836 die Selbstverwaltung in Posen fast beseitigte, und den staatlichen Apparat als einzigen Motor wirken ließ, dem polnischen Adel die Möglichkeit, auf das Gemeindeleben einen bestimmenden Einfluß zu üben[1]. Alle wichtigen heimischen Arbeiten, von den Erziehungsinstituten der Kleriker bis zur Melioration der Wiesen, nahm die preußische Staatsverwaltung selbst in die Hand; überall erschienen preußische Inspektoren und Räte, um die Produktion des Landes zu prüfen und über Verbesserung des Verkehrs zu beraten, und der polnische Adel fühlte sich daher von Tag zu Tag mehr eingehüllt von diesem väterlich sorgenden und so verhaßten Gegner, der jede öffentliche Wirksamkeit der polnischen Szlachta überflüssig zu machen schien.

Diese Bevormundung und gewollte Ausschaltung der polnischen Kräfte verstärkte das Bedürfnis des polnischen Großgrundbesitzes, sich irgendwie auf andere Weise zur Geltung zu bringen, und es entstand daraus der erste Versuch der Polen, in Preußen sich eigene gesellschaftliche und ökonomische Anstalten zu schaffen. Jedoch die Anstalten, die zuerst als „Unterhaltungsgesellschaften", „Towarzystw Zabaw", um die Mitte

[1] Die einschneidende Maßregel, mit der die Ausschaltung der Polen begann, war die Suspension der Landratswahlen durch die Kabinettsorder vom 3. Februar 1833. Hieran knüpfte sich das allgemeine Ausscheiden der Polen aus dem preußischen Staatsdienst. Vgl. Kapitel 3 C: „Das Ausscheiden der Polen aus dem preußischen Staatsdienst." S. 57 ff.

der dreißiger Jahre gegründet wurden, und die sich bemühten, Bibliotheken, Archive, Sammlungen anzulegen und Vorträge zu veranstalten[1], kamen sehr schnell unter den Einfluß der radikalen Jugend und wurden bald als sogenannte „polnische Kasinos" berüchtigte Stätten der politischen Umtriebe[2].

So eingeengt zwischen der preußischen Bevormundung und der politischen Verschwörung schien irgendeine konsequente, eigene Verwaltungstätigkeit der Polen völlig unmöglich.

Indessen war ein zu gesunder Gedanke angeregt, um nun ganz wirkungslos zu bleiben: Einige polnische Großgrundbesitzer ließen sich nicht irremachen und bemühten sich mit Erfolg, für den Gedanken der „heimischen Arbeit" neue Kräfte und Bundesgenossen zu gewinnen, indem sie bewährte Männer aus der Emigration in die Heimat zurückriefen. Powrot do kraju! Rückkehr ins Land! ward die Parole der verständigen, ernsthaften Leute.

Aber man würde die Situation falsch verstehen, wollte man in diesem „Powrot do kraju" eine Feindseligkeit gegen die „Emigration" erkennen. Die Emigration zeigt sich vielmehr in dieser Bewegung nur von einer anderen Seite, die für die kommende Generation wichtiger werden sollte als die scheinbar unvermeidliche Konspiration in Paris. Freilich in ihrem eigenen Bewußtsein und nach ihrem eigenen Willen war die „Emigration in Paris" nur ein Zentrum der politischen Initiative oder gut deutsch ausgedrückt: ein Herd der Verschwörung, aber indem dort fern von der Heimat die polnische Literatur so unbegreiflich aufglänzte, gewann die Emigration trotz ihrer Kabalen die Fähigkeit, geistig hochstehenden Männern Anregung und mancherlei Ausbildung für ihr Leben zu geben. Diese Fähigkeit der Emigration steigerte sich, als die polnischen Gelehrten und Künstler und die

[1] Das polnische Museum in Posen („Gesellschaft der Freunde der Wissenschaften") verdankt seine Sammlungen zum Teil jenen Unterhaltungsgesellschaften.

[2] Dies wird jetzt von den Polen selbst zugegeben; z. B. Jarochowski l. c. S. 66.

reichen Kunst und Gelehrsamkeit fördernden Magnaten in Verbindung traten mit dem „offiziellen Paris", mit den Regierungsbehörden, mit der Presse, mit der Akademie, mit französischen Dichtern und Gelehrten.

Es gab in den drei Jahrzehnten nach 1831 stets hervorragende Polen in Paris, die in dem geistigen Treiben der Emigration lebten und webten, die in der Verbreitung polnischen und französischen Lebens, polnischer und französischer Studien ihre Kräfte mannigfach ausbildeten, und für welche die „Pariser Emigration" eine Art hoher Schule und Akademie wurde[1].

Politik und Literatur webten hier ineinander; denn die Politik bedurfte der literarischen Wirkungsmittel; die Literatur in der Fremde aber bedurfte der politischen Hoffnung. Diese halb gelehrte, halb politische Atmosphäre erschien so verlockend, daß es in allen Teilen des ehemaligen Polens zwischen 1831 und 1863 üblich wurde, Mode wurde, zur Vollendung der männlichen Erziehung einige Jahre zu „emigrieren"[2]. So spielte

---

[1] So haben z. B. polnische Ärzte, als 1833 die Choleraepidemie über Europa zog, ihre in Polen erworbenen Erfahrungen den französischen Instituten zur Verfügung gestellt und traten dadurch in Beziehung zur Akademie der Wissenschaften (vgl. S. 24); so haben ferner polnische Gelehrte an der Bibliothèque nationale, am Collège de France Beschäftigung und die Möglichkeit zu geistiger Arbeit erhalten. Die französische Regierung begründete Lehrstühle für slavische Literatur. Den ersten Lehrstuhl am Collège de France bekleidete von 1840—1844 Adam Mickiewicz, dessen Vorlesungen über „slavische Literatur und Zustände" berühmt sind. Außerdem gab es französische und polnische Privatsammlungen, Bibliotheken, literarische Unternehmungen, bei denen junge polnische Gelehrte als Hilfsarbeiter und Sekretäre einige Jahre tätig sein konnten. Die Magnaten Dzialynski und Czartoryski, ferner der Wojwode Ostrowski besaßen Sammlungen und Bibliotheken, in denen junge Polen beschäftigt waren. Noch heute existiert in Paris, Quai d'Orléans Nr. 6 eine polnische Bibliothek, die von den Czartoryski begründet wurde und die heute den Mittelpunkt eines „polnischen Kreises" in Paris bildet.

[2] Ein typisches „Curriculum vitae" eines Polen lautete so:

„Nachdem ich das Gymnasium in Wilna besucht hatte, begab ich mich nach der Universität D. und studierte dort in den Jahren 1846—1849 Jura und Philologie. Im August 1849 emigrierte ich. In Paris ward ich 1851 in der kaiserlichen Bibliothek beschäftigt, wo ich an der An-

„die Emigration in Paris" für die Polen fast die Rolle einer Institution, die von 1831 bis etwa 1863 junge Leute aufnahm und wieder entließ.

Je nach Charakter und Neigung kehrten die Männer dann als sog. „Emissäre der Emigration" zurück, um politische Konspiration zu schüren, oder sie kamen, um mit den erworbenen Kenntnissen und Erfahrungen der heimischen Arbeit zu dienen.

An solche Männer, die in der Fremde mancherlei gelernt hatten, und von denen die in der Heimat gebliebenen älteren Freunde nun Hilfe und Rat für heimische Arbeiten erwarteten, erging die Parole: Powrot do kraju! Rückkehr in die Heimat!

E. Karl Marcinkowski, ein Schüler der Emigration.

Unter denen, die auf diesen Ruf seit Mitte der dreißiger Jahre nach Posen zurückkehrten, befand sich ein Arzt: Dr. Karl Marcinkowski.

Er war 36jährig, als er aus Paris in die ihm fremdgewordene Provinz Posen kam, und schon zehn Jahre später starb er.

In diesem einen Jahrzehnt aber hat er den Polen die ersten eigenen Institute geschaffen, die dauernden Bestand hatten, und die noch heute unter den großen Organisationen der Polen viel bedeuten.

Dieser Mann, der zu den wenigen hervorragenden Persönlichkeiten der preußischen Polen zu rechnen ist, wird geschildert[1] als ein Volkstribun in Sprache und Umgang, rauh und lakonisch,

fertigung eines Kataloges der slavischen Werke arbeitete. Darauf wurde ich Lehrer an der polnischen Schule in Batignolles, dann habe ich Privatunterricht erteilt.

In Paris machte ich die Bekanntschaft des Grafen Dzialynski, der mich als Lehrer und Bibliothekar engagierte usw."

[1] Die Biographien von Zielewicz und Jagielski geben ein Bild von seinem Leben; am feinsten aber charakterisiert ihn Jarochowski gelegentlich in der „Literatura Poznanska" S. 81. Im übrigen bieten die publizierten Briefe und Dokumente, ferner die Zeitschriften von 1840—1846 Material zu seiner Beurteilung.

der wahre Antipode aristokratischer Sitten und Bestrebungen. Ein Menschenfreund, persönlicher Aufopferung fähig, hatte er über das Volk, besonders über die städtische Masse ganz andere Gedanken als die polnische Aristokratie; denn er war der Meinung, daß es möglich sei, aus der Volksmasse einen neuen Faktor im Organismus der nationalen Gesellschaft heranzubilden, einen polnischen Mittelstand.

Diesen Gedanken hat er aber nicht bloß ausgesprochen, sondern er hat dieser Idee ein wirksames Instrument und einen deutlichen Ausdruck geschaffen.

Wieviel er dabei der „Emigration" verdankt, wird mit jeder neuen Publikation von Briefen und anderen Dokumenten deutlicher; denn Marcinkowski war durchaus nicht, wie man wohl geglaubt hat, ein Feind der Emigration in Paris, sondern ein Kind, ein Schüler der Emigration. Als er 1831 zuerst nach England, dann nach Frankreich ging, um sich dort mehrere Jahre aufzuhalten, war er nichts weiter als ein stürmischer Mitläufer des Novemberaufstandes, ein Flüchtling aus Preußen, fliehend vor der Anklage des Landesverrats. Auf ihn wirkt nun das Ausland: Zuerst stößt ihn der „Egoismus" der Engländer ab, bald aber spricht aus seinen Briefen Verständnis für diese nüchterne Art. Er vergleicht die ziellosen und dilettantischen Projekte der Polen mit der egoistischen Sicherheit der Engländer: „Der Engländer geht mit seinen Gedanken niemals über die Interessen seines Landes hinaus, aber mit diesen ist er auch wirklich vertraut."

So wird ihm klar, daß Englands vielberufenes politisches Interesse für die polnische Sache nur eine Phrase sei, und er verspottet die phantastischen Hoffnungen der Polen, die von England eine Verteidigung der Wiener Traktate erwarten.

Indem er aber von Enttäuschungen zu Erklärungen gelangt, beginnt er, statt sich politisch zu „betätigen", die landwirtschaftliche Betriebsweise in England zu studieren, und wir erfahren aus seinen Briefen, daß er englische Pflüge und Eggen nach Turew (Kreis Kosten, Provinz Posen) schickt, damit sein

Gönner, der Rittergutsbesitzer v. Chlapowski, sie in der Heimat erprobe.

Die praktische Auffassung der Emigration wird bei ihm klarer und bewußter, als er Ende 1832 nach Paris kommt und dort die Unsicherheit der polnischen Kreise bemerkt. Er findet die Zänkereien zwischen der aristokratischen und der demokratischen Gruppe lächerlich, die Abhängigkeit der polnischen Radikalen von dem sie umgebenden französischen Republikanismus gefährlich und sieht deutlich, daß die Polen, falls sie sich nicht fest organisieren, zwischen den extremen Parteibewegungen Frankreichs verteilt und zerrieben werden.

Sein Programm, das er in den Briefen wiederholt ausspricht, ist das: Die Polen sollten sich losmachen von der Hoffnung, daß Frankreich der Emigration politische Hilfe leisten werde bei der Anzettelung von Aufständen. „Man verhöhnt die Emigration im Parlament." — Andrerseits jedoch sollen die Polen die ausgezeichneten französischen Lehrinstitute benutzen, denn solche Gelegenheit, Kenntnisse zu erlangen, biete sich den Polen in der Heimat nicht.

Diese Entscheidung für einen bestimmten Zweck hielt ihn fern von den phantasievollen Bemühungen der „Demokratischen Gesellschaft" und machte ihn zum Organisator der polnischen Unterrichtshilfe in der Fremde. Denn Ende Dezember 1832 wurde mit dem Gelde einiger wohlhabender Polen in Paris ein „Verein für Unterrichtshilfe" „Towarzystwo Pomocy Naukowej" begründet, und wir finden in der Direktion Karl Marcinkowski neben dem Dichter Adam Mickiewicz und den Freunden des Fürsten Czartoryski. Der Verein sollte der polnischen Emigrationsjugend die Mittel schaffen, höhere französische Schulen zu besuchen und ihnen das Studium durch Stipendien und Empfehlungen erleichtern.

Zugleich trat Marcinkowski in Beziehung zu den medizinischen Instituten in Paris und bahnte hier seinen Landsleuten den Weg zu Mitarbeit in Kliniken und Spitälern. Die Gelegenheit hierzu bot 1833 das Eindringen der großen Choleraepidemie

in Europa. Polnische Ärzte, an der Spitze Karl Marcinkowski, stellten ihre in Polen erworbenen Erfahrungen den französischen Instituten zur Verfügung, und es liegen Beweise dafür vor, daß die Franzosen diese Hilfe zu schätzen wußten. Hat doch sogar das „Institut de France", die Akademie der Wissenschaften in Paris, den Arzt Karl Marcinkowski im November 1833 durch eine goldene Medaille ausgezeichnet.

So ward Marcinkowski ein Vorkämpfer des Gedankens, daß die Emigration in Paris eine hohe Schule und Akademie der Polen sein müsse. Man hat diesen Gedanken, der den Polen mehr genützt hat als alle Konspiration, fast übersehen, weil sich die „Diplomatie" der Emigranten stets unendlich breit machte; um so mehr ist zu betonen, daß gerade diese akademische Arbeit der Emigration den Grund legte zu einer wirksamen und zukunftssicheren Arbeit der Polen in Preußen.

Denn während Karl Marcinkowski so in Paris arbeitete, gelangte an ihn der Ruf: Rückkehr in die Heimat! Einige Großgrundbesitzer in Posen, die mit Marcinkowski in Fühlung geblieben waren, baten ihn, nunmehr seine Kräfte und Erfahrungen der Heimat zu widmen. „Du faßt mich an einer schwachen Stelle — so lesen wir in einem Briefe Marcinkowskis — indem Du mir berichtest, daß die Armen in Posen sich über mein Fernbleiben beklagen," und im Jahre 1836 trifft er in Posen ein.

Zweites Kapitel.

Die ersten polnischen Reformen und Gründungen in Posen. (Seit 1838.)

A. Aufschwung des geistigen Lebens.

Ende der dreißiger Jahre veränderte sich in Polen schnell das Bild des gesellschaftlichen Lebens. Im Jahre 1838 war die Cholera, die acht Jahre hindurch immer von neuem aufgetreten war, endlich erloschen. Das Leben in Posen kam infolgedessen zu starker Bewegung, der Verkehr der Gutsherren in der Hauptstadt vermehrte sich, die Landwirtschaft hob sich, der Zug der aus der Emigration Heimkehrenden wurde größer, und es konzentrierte sich auf wenige Jahre eine sich steigernde geistige und materielle Tätigkeit. Dieser gesellschaftliche Aufschwung empfing einen verstärkten Anreiz, als 1840 Friedrich Wilhelm IV. den Thron bestieg und infolge seiner Amnestie ein neuer Zuzug angesehener Polen aus der Emigration stattfand; als die preußische Verwaltung nachsichtiger wurde und 1841 der „neue Kurs" die polnischen Hoffnungen belebte.

Erstaunt fragt ein deutscher Gelehrter im Jahre 1843: "Woher kam der wissenschaftliche Sinn des Großherzogtums so schnell, daß sich seit einiger Zeit gelehrte Vereine bilden, daß selbst Privatleute vors Publikum treten, um auf die uneigennützigste Weise ihr besseres Wissen zu verallgemeinern, daß ein

sonst nie gekanntes Leben in der Literatur entstand, ja daß selbst der Knabe mit in den Fortschritt des polnischen Zeitgeistes gerissen wurde. Es entstanden Druckereien und Zeitschriften („Tygodnik literacki", „Oredownik"), welche unter freierer Presse als die der anderen Provinzen dieselben an Wert übertreffen konnten; es entstand eine Bekanntschaft mit den preußischen Universitäten, und ich möchte sagen, die gelehrtesten Polen besitzt wegen der Berührung mit Preußen das Großherzogtum. Hier lassen sich die Tendenzen der polnischen Schriftsteller Frankreichs und des inneren Polens vermitteln, weil die ersteren hier frei gelesen werden ... Die Männer der Wahrheit haben die Oberhand, und niemand verkennt die patriotischen Bestrebungen eines Raczynski, Marcinkowski, eines Libelt (polnischer Philosoph) und mehrerer. Libelt, Moraczewski und Matecki standen im vorigen Jahre auf wissenschaftlichen Kathedern, Raczynski sucht durch seine Bibliothek auf den wissenschaftlichen Sinn der Bewohner Posens zu wirken; es lesen Polen, Deutsche und Juden ohne Unterschied." [1]

Weit mehr noch als vorher wird in diesen Jahren des gesellschaftlichen Aufschwunges die auf die Heimat wirkende „Emigration" die bewegende und beherrschende Gewalt: denn während von 1832 bis 1838 Posen nur mit Emigrationsliteratur aus Paris bombardiert worden war, erscheint jetzt die „Emigration" gewissermaßen persönlich in Posen. Unter den Führern jener Jahre ist (abgesehen von dem Sonderling W. Raczynski) kaum einer zu finden, der nicht entweder aus der Emigration kam oder mit den Häuptern der Emigration in Verbindung stand. Ganz ebenso wie in Paris spalteten sie sich auch hier in zwei Lager, die Konservativen und die Demokraten, nur war die Spaltung nicht so scharf, da beide in der Heimat greifbare, gemeinsame Aufgaben hatten, und da sie nicht wie in Paris von einem fremdartigen Parteitreiben auseinandergezerrt wurden.

---

[1] „Polens Literatur und Kulturepoche" v. Anton Mauritius, Posen 1843, S. 156.

In dieser Zeit nahm Karl Marcinkowski eine so überragende Stellung ein, daß er der echt polnischen und doch so unbegründeten Verdächtigung nicht entging, er habe eine „moralische Diktatur" erstrebt.

Seine „Diktatur" war darauf begründet, daß er die unsicheren Parteispaltungen der Polen ignorierte und mit jedem arbeitete, der zu organischer Arbeit fähig und bereit war. Seine „Diktatur" war ferner dadurch charakterisiert, daß er entgegen dem Brauch der radikalen Polen, für alle seine Unternehmungen den Beistand oder doch wenigstens die Neutralität der preußischen Behörden zu erlangen suchte und so von den Anfängen der polnischen Organisation den gefährlichsten Gegner fernhielt. Seine „Diktatur" wurde schließlich dadurch befestigt, daß er es verstand, das erzbischöfliche Konsistorium für seine Pläne zu gewinnen.

Infolge dieser konsequent durchgeführten Grundsätze gewann alles, was Marcinkowski in Angriff nahm, einen offiziellen Anstrich und unterschied sich, ohne daß man sich über die tieferen Gründe des Unterschiedes Rechenschaft ablegte, offenbar von den geheimen und unverantwortlichen Bestrebungen der polnischen „Kasinos".

B. Der Kreditverein für das Großherzogtum Posen.

Als Marcinkowski sich in Posen den öffentlichen Dingen zuwandte, fand er nur eine den Polen dienende wirtschaftliche Organisation von einiger Bedeutung vor: den Kreditverein für das Großherzogtum Posen.

Dies Kreditinstitut war auf Wunsch der Großgrundbesitzer im Jahre 1821 mit Genehmigung und Unterstützung der preußischen Regierung gegründet worden und unterschied sich in mancher Hinsicht von den andern preußischen Landschaften. Erstens und vor allem war diese Posener Landschaft fast ganz in Händen der Polen, da der größte Teil der kreditbedürftigen Grundbesitzer dem polnischen Adel gehörte. „Unter den Guts-

besitzern, welche das landschaftliche Reglement vollzogen, mit denen dasselbe beraten und festgestellt war, befanden sich 67 Polen und nur 7 Deutsche, wie die preußische Gesetzsammlung vom Jahre 1821 S. 263 noch heute bezeugt" [1].

Die Verwaltung der Landschaft war ausschließlich polnisch, und die Wahl der Landschaftsräte wurde stets als eine polnische Angelegenheit aufgefaßt.

Aber noch in einem anderen Punkte unterschied sich das Institut von den übrigen preußischen Landschaften: Posen war völlig verarmt wieder an Preußen gekommen. „Außerordentliche Weltbegebenheiten" — so schrieb 1822 der vom preußischen Minister des Innern nach Posen entsandte Kommissär — „haben die Gutsbesitzer des Großherzogtums schwer getroffen. Ein großer Teil würde bei einiger Strenge der Gläubiger verloren sein" [2]. Hier Hilfe zu schaffen, war um so schwerer, als gleichzeitig die Getreidepreise sanken, der Zinsfuß stieg und der Kredit der Provinz Posen sehr gering war. Nur die staatliche Garantie und Aufsicht konnten die Kredithilfe überhaupt möglich machen. Daher entschloß sich die Regierung, dem Institut für die Dauer seines Bestehens 200 000 Taler zinsfrei darzuleihen. Gleichzeitig wurde, um für die Sicherheit der Pfandbriefe zu sorgen, bestimmt, daß nach 1825 (verlängert bis 1828) keine Beleihungen mehr gestattet sein sollten.

Seitdem war diese Kreditquelle also versiegt; sie war zum größten Kummer des polnischen Grundbesitzes statutarisch „geschlossen".

Obwohl nun Marcinkowski weder Adliger noch Gutsbesitzer war, hat er diesem Verein alsbald seine Aufmerksamkeit und Arbeitskraft zugewendet, und es finden sich für die Art dieser

---

[1] So schreibt der Sachverständige der preußischen Regierung Geh. Oberregierungsrat Noah in seiner 1861 publizierten Broschüre: „Die staatsrechtliche Stellung der Polen in Preußen".

[2] Über das landschaftliche Institut für das Großherzogtum Posen von J. F. Krüger, Kgl. preuß. Landesökonomierat und Oberkommissarius. Posen 1822.

Wirksamkeit interessante Dokumente unter seinen Briefen. Er pflegte nämlich einige Tage vor entscheidenden Generalversammlungen angesehene polnische Großgrundbesitzer und Mitglieder der Landschaft in seiner Wohnung zu versammeln, um die Generalversammlung praktisch vorzubereiten und Dissense über Existenzfragen möglichst zu verhindern. Soweit man überhaupt imstande ist, die kluge Arbeit, die hinter den Kulissen stattfand, zu beobachten, kann man folgendes feststellen: Marcinkowski wollte neue Beleihungen, also eine Wiedereröffnung des „geschlossenen" Systems, erreichen.

Aus den Mitteilungen eines wohlorientierten preußischen Beamten[1] ist bekannt, daß sich die Polen seit 1836 bemühten, von der preußischen Regierung die Emission einer zweiten Pfandbriefserie zu erlangen, um etwa 10 Millionen Taler für ihre Güter zu erhalten. Die Regierung trug anfangs Bedenken, von neuem ein Institut zu begünstigen, dem fast ausschließlich Polen angehörten, und das politischer Umtriebe verdächtig war; 1840 gelang es, die Bedenken einigermaßen zu zerstreuen, im Oktober finden wir Marcinkowski beschäftigt, diese wichtigste Angelegenheit hinter den Kulissen zu präparieren[2], und 1½ Jahre später

[1] Geh. Oberregierungsrat Noah l. c. S. 91.

[2] Am 18. Oktober 1840 schrieb Marcinkowski an seinen Freund Karl Stablewski:

„Lieber Karl! Am 9. November findet die Generalversammlung statt. Ich glaube, daß Dir die Tagesordnung der Beratungen bekannt geworden ist, und will mich daher darüber nicht weiter auslassen, nur bemerken, daß es noch keine Generalversammlung gab, die sich mit wichtigeren Angelegenheiten beschäftigt hätte. Denn diese Dinge: die Einrichtung eines neuen Systems der Landschaft, das Festsetzen der Bedingungen, unter denen der Übergang vom alten System zum neuen sich zu vollziehen hat, die Änderung der Statuten usw. . . ., das sind Gegenstände, von denen in gewisser Hinsicht das Gedeihen des Großherzogtums abhängt . . .

Damit nun die Beratungen der Generalversammlung zweckmäßig verlaufen, ist es meiner Ansicht nach nötig, alle Gegenstände oder doch die wichtigsten zuvor zu bearbeiten und sozusagen vorher fertigzustellen. Zu diesem Zwecke werden am 8. November Marciej Mielzynski, Gustav Potworowski, Titus Breza, Josef Lubienski, Koczorowski und Szuldrzynski

wurde in der Tat von der Regierung die Neubeleihung gestattet, die etwas über 11 Millionen Taler brachte.

Aber darüber hinaus bemühte sich Marcinkowski, den Kreditverein zu einem landwirtschaftlichen Erziehungsverein zu machen, der gemeinsame Interessen, die mit der ländlichen Kultur zusammenhingen, erörterte und ordnete. Das lag keineswegs außerhalb der Grenzen der landschaftlichen Aufgaben; im Gegenteil war die offizielle landschaftliche Taxordnung selbst ein Antrieb zu solchen Erörterungen, und die Behörden hatten bei der Begründung der Posener Landschaft zu erkennen gegeben, daß es ihnen durchaus auf eine wirtschaftliche Erziehung des polnischen Grundbesitzes ankomme[1].

C. Der Bazar Poznanski.

Wenn Marcinkowski so die landwirtschaftlichen Interessen, die bei weitem die wichtigsten und stärksten seiner Heimat waren,

---

herkommen und mit Hinzuziehung einiger Mitglieder der Generalversammlung sich mit den erwähnten Gegenständen befassen. Ich habe die feste Überzeugung, daß Du auch kommst."

[1] Der Kgl. Oberkommissarius Krüger, der 1822 der landschaftlichen Verwaltung in Posen die Taxprinzipien zu erklären hatte, betonte, daß die Taxordnung nicht nur eine rein pekuniäre Angelegenheit sei, sondern dazu geeignet, die ländlichen Kulturfragen zur Diskussion und zur Kenntnis zu bringen. „Mit diesen Ideen — den Taxgrundsätzen — sich vertraut machen, ist nichts anderes als die Landwirtschaft studieren und alle die Fortschritte kennen lernen, welche sie in den neuen und den allerneuesten Zeiten gemacht hat ... Was bisher bloß Empirie war, wird Wissenschaft." „Das, was Sie (die Beamten der Landschaft) in allen Schattierungen sehen und prüfen mußten, wird der Gegenstand der Unterhaltung mit ihren Umgebungen und der Gegenstand der Beratungen in den amtlichen Zusammenkünften werden." „Auch in Posen finden sich die Spuren von dem, was die (landwirtschaftliche) Kultur in neueren Zeiten gewonnen hat, aber auch nur die Spuren. Das landschaftliche Institut beflügelt den Lauf des Besseren; es wird, es muß sich schnell verbreiten und Wurzel fassen. Die Taxordnung nicht als Unterricht, nein als Anweisung für das Geschäftsleben, dessen Kenntnis nicht entbehrt werden kann, wird die Theorie und die Praxis einer höheren Kultur in ihrem Gefolge haben." Krüger l. c. S. LXIV ff.

zu fördern suchte, arbeitete er dennoch mit weit größerer Liebe und mit den verschiedensten Mitteln für den fast hoffnungslosen Gedanken, einen polnischen, städtischen Mittelstand zu schaffen.

„Der fehlende polnische Mittelstand" war schon damals ein abgenutztes ökonomisches Schlagwort; denn seitdem sich die preußische Verwaltung für „die Population" des geteilten Polens interessierte, wußte jedermann, daß es in Polen keinen Bürgerstand gebe.

In amtlichen Berichten und öffentlichen Zeitschriften, in jeder Erörterung über polnische Verhältnisse wird seit etwa 1780 diese auffallendste Tatsache erwähnt, und wenn man vieles übersah, wurde dies gewiß nicht übersehen. „In Polen fehlt der ganze mittlere oder Bürgerstand, der dem Staate die aufgeklärtesten und tätigsten Menschen zu liefern pflegt." „Man bedenke, daß die Juden im Großherzogtum das Geschäftsleben beherrschen, wie kann sich da wohl ein polnischer Mittelstand gebildet haben?" „Der einstige ‚Tiers-état' ist für das Großherzogtum noch eine Chimäre." „Die Verfassung, welche zwischen der herrschenden Aristokratie und der Masse der Leibeigenen jene ungeheure Lücke ließ und den Juden es möglich machte, in einer so großen Anzahl wie sonst nirgends sich einzudrängen, eine Verfassung also, welche die Stelle, die im westlichen Europa der dritte Stand sich zu erwerben wußte, leer gelassen hatte, und um sie auszufüllen, eines fremden Elementes bedurfte, diese Verfassung hat Polen dem Untergange entgegengeführt."

Das war der Kehrreim jeder Betrachtung über die polnischen Zustände; ja zuweilen war der „fehlende Mittelstand" der einzige Inhalt.

Das erste Unternehmen, das Marcinkowski ins Werk setzte, um hier Wandel zu schaffen, ging so unvermittelt auf das Ziel los und eilte der ökonomischen Entwicklung so weit voraus, daß es scheitern mußte. Er begründete nämlich in Posen im Jahre 1838 ein Institut, das, mit einem Gesellschaftskapital ausgerüstet, Handel treiben und mit einer zu gründenden Bank

verbunden werden sollte, um den Personalkredit zu verbessern. Die Direktion des Instituts bestand ausschließlich aus Polen, und zwar aus Männern, die Marcinkowski nahestanden[1]. Er selbst war der persönliche Träger des Ganzen; denn da der Begründung als „Gesellschaft" Schwierigkeiten im Wege standen, erfolgte die Einrichtung auf den Namen Marcinkowskis.

Das Unternehmen sollte den wichtigsten Handel der Provinz, den Handel mit landwirtschaftlichen Produkten, konzentrieren; ein Gedanke, der insofern logisch war, als die Landwirtschaft sich zum großen Teil in polnischen Händen befand, und man vom polnisch-nationalen Standpunkte aus wünschen mußte, den agrarischen Handel nicht dauernd in jüdischen Händen zu lassen. Jedoch zur Durchführung dieses Planes, der erst in unseren Tagen von den Polen allmählich verwirklicht wird[2], gehörte so viel genossenschaftliche Disziplin und so viel Kapital, daß man 1838 unmöglich zu dem erhofften Ergebnis kommen konnte.

Die projektierte polnische Bank kam nicht zustande, die Schaffung und Konzentration des polnischen Handels gelang nicht, und die Gesellschaft begnügte sich vorsichtig, ein Haus zu erbauen, das den polnischen Gutsbesitzern bei ihren Besuchen in Posen als Unterkunft und Versammlungsort diene. So entstand der „Bazar Poznanski", ein bekanntes polnisches Hotel in Posen[3].

D. Der Marcinkowskiverein

(Polnischer Verein für Unterrichtshilfe).

In dieser Atmosphäre, die ganz erfüllt war von den Erinnerungen und Ideen der Emigration, entstand 1840 in Posen

---

[1] Mitglieder der Direktion waren: Gustav Potworowski, Matthias Mielzynski, Josef Szuldrzynski, Lubienski, Jaraczewski, Grabowski, Brzezinski, Mioduszewski.

[2] Im Herbst 1906 fand die Konzentration der polnischen Ein- und Verkaufsgenossenschaften in Posen statt.

[3] Vgl. „Bazar w. Poznaniu" v. Julian Jaraczewski (einem der Mitbegründer), Posen 1855.

ein Plan, der acht Jahre vorher in Paris verwirklicht worden war: eine Gesellschaft zu begründen, die der armen polnischen Jugend in Posen die Mittel für Unterricht und Studium beschaffe [1].

Gewiß war dieser Plan weder originell noch trug er in sich die Gewähr eines Erfolges, die Durchführung aber geschah mit solcher Kraft und Klugheit, daß der Verein für spätere Organisationen der Polen nicht nur das Vorbild abgab, sondern geradezu als Grundlage diente. Die Polen haben ein Recht, stolz zu sein auf ihren „Marcinkowskiverein".

Ich will hier nicht von den Einzelheiten seiner Entwicklung sprechen, die häufig beschrieben sind und kaum etwas Eigentümliches bieten; uns interessiert vielmehr die wichtigere Frage: inwiefern hat der Marcinkowskiverein etwas für die Organisationsmethode der Polen geleistet? In welchem Sinne ist er vorbildlich oder grundlegend geworden für die heutigen Organisationen der Polen?

Der Marcinkowskiverein hat in seiner fast siebzigjährigen Geschichte eine Stabilität der Verfassung und Verwaltung erprobt und erwiesen, die seltsam absticht von der traditionellen Unsicherheit früherer polnischer Organisationen. Und er ist in dieser Stabilität nicht versteinert und veraltet, wie mancher besorgte, sondern konsequent vorwärtsgeschritten. Er hat Prinzipien der Organisation aufgestellt, die zwar an sich nicht „neu" waren — denn welche Kombination im Vereinswesen wäre neu —, die aber von polnischen Organisationen noch nicht befolgt worden waren, und deren unerwartete Wirksamkeit Erstaunen erregte.

Gleich durch den ersten praktischen Grundsatz, den Marcinkowski bewußt betonte und folgerecht durchführte, ward der Verein von den üblichen Unterstützungsgesellschaften unterschieden. Denn der Verein sollte nicht etwa eine Unterstützungsgesellschaft in der Stadt Posen sein, sondern aus einem

[1] Vgl. S. 23.

System von Gesellschaften bestehen, das sich über die Provinz Posen hin gliederte: in der Provinzialhauptstadt die Zentrale, d. h. die ständige Direktion, und die jährlich zusammentretende Generalversammlung, in der Provinz aber Unterabteilungen, die sich den preußischen Verwaltungskreisen anpaßten, die „Kreiskomitees".

Diese Kreiskomitees, deren heute 40 bestehen, sind durchaus keine gleichgültigen Anhängsel, man kann im Gegenteil im Zweifel sein, ob die Wirksamkeit des Marcinkowskivereins mehr auf der Zentrale in Posen oder auf der Tätigkeit der Kreiskomitees beruht. Die vom Marcinkowskiverein unterstützten Schüler verteilten sich von Anfang an auf die ganze Provinz, es gab im Süden, Norden, Osten und Westen „Alumnen" und „Stipendiaten", und heute, wo nahezu 600 junge Männer mit Schul- und Universitätsunterstützung ausgerüstet werden, ist ihre Kontrolle nur möglich mit Hilfe der 40 Kreiskomitees, die Herkunft und Erziehung der jungen Leute kennen, und die auch imstande sind, über den in Berlin oder Breslau oder Greifswald Studierenden Erkundigungen einzuziehen. — Wenn z. B. die Eltern eines Knaben aus Olobok Mittel erbitten, damit ihr Sohn eine Realschule besuchen kann, bedarf es statutarisch der Empfehlung des Kreiskomitees in Ostrowo. Das Komitee hält über den Antrag eine Besprechung ab, verhandelt mit den Angehörigen und dem Geistlichen des Ortes, korrespondiert mit der Direktion in Posen und behält den Zögling dauernd im Auge, was leicht auszuführen ist, da das Komitee durchschnittlich nur 15 bis 20 Stipendiaten in seinem Kreis hat.

Um den Eifer der Kreiskomitees anzuspornen, um sie zur Propaganda in ihren Bezirken, zur Werbung von Mitgliedern, zum Eintreiben von Beiträgen zu veranlassen, um sie auch nicht allzu selbständig werden zu lassen, besitzt die Zentrale in Posen ein unfehlbares Mittel: Jedes Komitee hat die eingezogene Summe an die Direktion nach Posen zu senden, und die Direktion verteilt wiederum die Stipendien in der Weise, daß auf jeden Kreis eine höhere Summe zurückkommt, als von

demselben Kreise aufgebracht wurde. So sandte z. B. das Kreiskomitee Inowrazlaw in den letzten Jahren etwa 1200 Mk. nach Posen, hingegen kamen etwa 2000 Mk. zurück, d. h. wurden als Stipendien an Schüler und Studenten aus dem Kreise Inowrazlaw verteilt. — So kamen aus Schrimm etwa 1500 Mk., und es gingen dorthin fast 5000 Mk. — Bomst brachte nur etwa 400 Mk. auf und erhielt nur etwa 500 Mk. — Znin hingegen brachte 1000 Mk. auf und erhielt 2000 Mk. — Nicht etwa, dies erkennt man schon aus diesen Notizen, stuft sich das Gegenseitigkeitsverhältnis nach strenger Mensur ab, sondern wo begabte Menschen auf Unterstützung angewiesen sind, dorthin gehen die Summen. Aber innerhalb dieser Notwendigkeit bleibt doch Raum genug, um die Gebiete zu bevorzugen, deren Komitees sich eifrig zeigen, und grundsätzlich *erhalten* die Kreise mehr, als sie an Beiträgen geopfert haben.

Um solchen Etat durchführen zu können, hat Marcinkowski gleich in den ersten Jahren das „moralische Prinzip" eingeführt, daß diejenigen Grundbesitzer, die außerhalb der Provinz leben, aber in Posen Latifundien besitzen, den Unterrichtsverein zu unterstützen hätten.

Jährlich werden öffentlich die Namen derjenigen genannt, die dieser Anstandspflicht nachgekommen sind, und manche gesellschaftliche Sünde ist schon dadurch gesühnt worden, daß dem Marcinkowskiverein ein erheblicher Beitrag überwiesen wurde[1]; hierdurch ist der Verein seit seiner Begründung imstande gewesen, auf die Kreise mehr zu verteilen, als an ordentlichen Vereinsbeiträgen aufgebracht wurde.

Auf welche Weise aber ist es Marcinkowski gelungen, das System von Kreiskomitees ins Leben zu rufen und über die Provinz auszuspannen? Wie konnte er in einer unruhigen und

[1] Die Direktion wandte sich kurz nach der Begründung in einem Schreiben an die auswärts lebenden Latifundienbesitzer. Allmählich wurde es Brauch, daß in Beleidigungsfällen nicht bei den preußischen Gerichten geklagt wurde, sondern ein polnisches Schiedsgericht urteilt und meist als Strafe eine Summe festsetzt, die an den Marcinkowskiverein zu zahlen ist.

tiefstehenden Bevölkerung eine Organisation zustande bringen, die wirklich regelrecht funktionierte? Nicht die Geldfrage ist die entscheidende, sondern die Frage der Organisation. Kannten doch die Polen in Preußen bis dahin nur zwei eigene Formen der Organisation, den isolierten Verein und — die Verschwörung. Wie war es möglich, endlich ein eigenes polnisches „System" zu schaffen, das die ganze Provinz umspannte?

Die Antwort hierauf entnehme man aus folgendem Dokument. Im Oktober 1841 erhielt die Geistlichkeit der Diözesen Posen und Gnesen folgendes energische Rundschreiben des Erzbischofs:

„Indem ich der geschätzten Geistlichkeit beider Diözesen eine Aufforderung der Direktion der Gesellschaft für Unterrichtshilfe zugleich mit Exemplaren der Statuten übersende, fordere ich die Pfarrer und Kaplane auf und verpflichte sie entschieden, dieser Gesellschaft, die für die Menschheit segensreich sein wird, sofort beizutreten und ihre erhabenen und nützlichen Ziele zweckmäßig zu unterstützen ..." [1].

Zugleich befahl das Konsistorium den Dekanen beider Diözesen, nach einer gewissen Frist Mitteilung zu machen, welche Geistlichen jedes Dekanats dem Verein beigetreten seien und wieviel die Jahressumme betrage, zu der ein jeder sich verpflichtet habe.

Auf diese energische Aufforderung hin traten 366 Geistliche aus allen Teilen der Provinz dem Verein bei. Jedoch auch hiermit begnügte sich Marcinkowski nicht, sondern erbat Ende 1842 ein neues Rundschreiben, um die noch Säumigen herbeizuschaffen. Hierauf traten noch 110 Geistliche dem Verein bei [2].

---

[1] Polnisches Original abgedruckt bei Zielewicz, Zywot Marcinkowskiego.

[2] Am 20. August 1842 forderte der Erzbischof die Direktion des Marcinkowskivereins auf, ihm anzugeben, welche Dekane und Pfarrer sich zum Beitritt verpflichtet hätten, und wie hoch der Beitrag eines jeden sei! „Diejenigen Dekane aber" — so fuhr der Erzbischof fort —, „die der Auf-

In diesem Vorgange haben wir den Anfang und das Vorbild für die späteren und heutigen polnischen Organisationen in Preußen zu erblicken, die ihre ausgespannten Glieder auf die kirchliche Hierarchie stützen[1]. Interessant aber ist besonders, wie die Geistlichkeit damals gleichsam herdenweise und unter strenger Kontrolle in die neue Vereinsorganisation hineingetrieben wurde. In dieser Vereinsarbeit hat sich die noch ungebildete und rohe ländliche polnische Geistlichkeit selbst emporgebildet und, wie wir sehen werden, sich zu schwierigen Organisationen fähig gemacht.

Die zweite fundamentale Frage, die ebenfalls von Marcinkowski beantwortet wurde, war die „nationale Frage".

Ein System, das sich über die ganze Provinz ausbreitete, in Posen zentralisiert war und einen regelmäßigen Geschäftsbetrieb über das Land hin entfaltete, mußte Gefahr laufen, im Nationalitätenkampfe vernichtet oder beschädigt zu werden. Dieser Satz gilt auch heute für polnische Organisationen, die sich nicht auf bloße Agitation beschränken, sondern sozial und wirtschaftlich arbeiten, wie z. B. die Bauernvereine und die Genossenschaften.

Ihnen allen hat der Marcinkowskiverein in diesem heiklen Punkte Präzedenzen geschaffen, indem er sich „prinzipiell" oder besser gesagt formell von der Nationalitätenfrage abwandte. Denn wo das Gesetz droht, ist die Form alles, und es gilt sozusagen nur, das Gesicht zu wahren. Also trat der Marcinkowskiverein „paritätisch" auf, und die Direktion wies geflissentlich darauf hin, daß sie weder die Konfession noch die Nationalität entscheiden lasse.

Heute ist es den Polen in Preußen in Fleisch und Blut übergegangen, daß man in polnischen Vereinen, die soziale oder wirtschaftliche Erfolge erzielen wollen, kein politisches Wort reden darf, und gerade diejenigen Organisationen, die am

---

forderung nicht nachgekommen sind, wird der Vorsitzende des Konsistoriums dringend ermahnen, die Listen einzusenden."

[1] Siehe besonders für den heutigen Zusammenhang zwischen polnischer Spezialorganisation und polnischer Geistlichkeit Buch II, Kapitel 12: „Die Rolle der Geistlichkeit in den polnischen Genossenschaften".

härtesten und wuchtigsten im Nationalitätenkampfe streiten, sind „prinzipiell paritätisch" [1]. Daß solche notwendige Diplomatie erst erlernt werden mußte, ist erklärlich, denn früher betonten die Polen sogar mit Vorliebe den nationalen Charakter ihrer Institute. Aber die monumentale Sicherheit, mit der der Marcinkowskiverein in sieben Jahrzehnten durch alle Phasen preußischer Polenpolitik geschritten ist, wurde den Polen vorbildlich für das „Prinzip der Parität". Paritätisch sind heute die polnischen Bauernvereine, paritätisch der Zentralverein der Großgrundbesitzer, paritätisch die großen Genossenschaften, paritätisch die Gewerbevereine, paritätisch die kaufmännischen Verbände. Daß sie in Wirklichkeit rein polnisch sind, ist „eine reine, durch die Abstinenz der Deutschen herbeigeführte Zufälligkeit": der Triumph der Form!

Solche formelle Parität aber ist nur durchführbar, wenn die Leitung des Systems streng national ist; denn andernfalls müßten im System selbst Nationalitätenkämpfe entstehen, die zu irgendeiner Entscheidung drängen [2].

So hat Marcinkowski, der die Beziehungen nicht nur zu den preußischen Behörden, sondern auch zu deutschen Bürgern in Posen pflegte und benutzte, und der aus deutschen Kreisen Gelder für seinen Verein zu schaffen suchte, doch dafür Sorge getragen, daß die Direktion des Vereins für Unterrichtshilfe ausschließlich aus Polen bestand, und bis auf den heutigen Tag haben nur Polen in der Direktion gesessen; nicht etwa neutral gesinnte Herren, sondern Führer: neben Marcinkowski saß in der Direktion: Gustav Potworowski, der im Jahre 1848 Präsident des polnischen „Nationalkomitees im Großherzogtum Posen"

---

[1] Vgl. zweites Buch Kap. 4: „Die politische Macht der polnischen Genossenschaften"; ein Kapitel, das unter den Polen eine auffallend starke Aufregung verursacht hat.

[2] Die deutschen Schulze-Delitzschgenossenschaften in Posen z. B., die es mit der Parität ernst nehmen und die nationalpolitischen Fragen zu ignorieren suchen, leiden unter Nationalitätenkämpfen in ihren Generalversammlungen.

war, ferner Karl Libelt und Andreas Moraczewski, die von 1838 bis 1846 die „Bewegungspartei" (stronnictwo ruchu) in Posen leiteten, aber auch „konservativ-polnische" Herren wie Professor Poplinski und Karl Stablewski befanden sich in der ersten Direktion, mit einem Worte: Führer der polnischen Angelegenheiten.

Formelle Parität bei streng nationaler Leitung, das war der zweite praktische Grundsatz, dem der Marcinkowskiverein seine Erfolge verdankt, und den er den anderen heutigen sozialen und wirtschaftlichen Organisationen vererbt hat.

Eine dritte Organisationsfrage:

Wenn eine Organisation in solcher Weise über das Land gespannt wird und Jahrzehnte hindurch wirkt, wächst allmählich eine große Klientel heran, die dem Vereine irgendwie verpflichtet ist. Die ehemaligen Stipendiaten des Marcinkowskivereins, von denen heute mehrere tausend leben, bilden eine solche Klientel, und es fragt sich, wie sind diese Männer mit dem System verknüpft?

Die deutschen Beobachter sind stets geneigt gewesen, diese Abhängigkeitsfrage recht derb und materiell aufzufassen. So greift z. B. Wegener die Tatsache, daß die Techniker im dritten Studienjahre nur noch Stipendien gegen Wechsel, in Form eines Darlehns erhalten, auf und bemerkt dazu: „Diese Form des Stipendiums wird wahrscheinlich nicht bloß bei den Technikern, sondern überall angewendet werden; hat doch dadurch der Verein seine Leute mehr in der Hand, indem er ihnen das Darlehn kündigt, sobald sie sich seinen Wünschen nicht fügen" [1].

Aus solchen Vermutungen entstehen Legenden, und je ferner man den Dingen steht, um so eher glaubt man sie. Man glaubt dann zu erkennen, wie eine kleine Korona beherrschender Männer das ganze Volk am Kreditfaden hält und mit der „allgemeinen deutschen Wechselordnung" das Land regiert. — Nein! Wenn die Wechselschuld in der Klientel des Marcinkowskivereins die

[1] Wegener, Der wirtschaftliche Kampf der Deutschen mit den Polen, S. 173.

Rolle der kindlichen Dankbarkeit spielte, wäre das sicher schon sehr oft und sehr laut an die Öffentlichkeit gedrungen, denn so friedfertig und einig sind die Polen untereinander doch nicht, daß sie sich ohne Lärm zu schlagen verklagen lassen, „sobald sie sich den Wünschen des Vereins nicht fügen." Gewiß sichert sich der Marcinkowskiverein durch eine Schuldverschreibung sein Stipendium, wenn der Zögling dicht vor dem Abschluß seiner Studien steht und bald imstande ist, sich selbst zu erhalten. Aber daß die innere Disziplin an solchen Fäden hinge, kann niemand glauben, der die lärmende demokratische Presse der Polen und den preußischen Staatsanwalt kennt.

Im Gegenteil, die Entwicklung des Marcinkowskivereins hat den Polen gezeigt, daß man ein nationalgeeintes Gefolge nicht mit Hilfe der Wechselstrenge zusammenhält, sondern mit Hilfe der öffentlichen Meinung und der öffentlichen Kontrolle.

Schon Marcinkowski hat seinen Plan zum guten Teil auf diese Macht gestützt. Er wünschte sogar, daß die Namen derjenigen, die ihren Pflichten nicht pünklich nachkämen, öffentlich bekannt gegeben würden und ließ sich nur mit Mühe von einer so scharfen Maßregel abhalten. Aber man hat seitdem wenigstens das öffentliche Urteil in anderer Weise benutzt, um die drei verschiedenen Menschengruppen, die für den Erfolg von Bedeutung sind, zu beherrschen.

Drei verschiedene Gruppen: Erstens die Mitglieder des Vereins, zweitens diejenigen, welche Stipendien empfangen und drittens die ehemaligen Zöglinge.

Um die erste Gruppe zu vergrößern und zusammenzuhalten, wird der Ehrgeiz der 40 Komitees durch öffentliche Mitteilungen angespornt. So erregte es z. B. in den letzten Jahren das Interesse der „polnischen Gesellschaft", daß nach der jährlich publizierten Übersicht, die Mitgliederzahl im Kreise Mogilno weit schneller stieg als in der Stadt Posen. Ausdrücklich wurde in den öffentlichen Berichten darauf hingewiesen: „Eine rühmliche Stelle nimmt das Komitee des Kreises Mogilno ein und dessen

um das Wohl des Vereins unermüdlich besorgter Vorsitzender." Das Komitee Mogilno halte jährlich vier Versammlungen ab, mit Vorträgen über die Zwecke und Erfolge des Marcinkowskivereins. „Darum ist es kein Wunder, daß in solchen Kreisen die Zahl der Mitglieder wachse usw."

Im Gegensatz hierzu wird dann auf die Komitees hingewiesen, „die nur wenig Lebenszeichen geben". „In einem Kreise im Herzen des Großherzogtums hat sich das Interesse für den Verein in dem Grade verringert, daß sich in den Versammlungen der vorletzten beiden Jahre nur ein Mitglied aus der ländlichen Umgebung einfand, im letzten Jahre kein einziges, so daß die Kreisversammlung nur aus städtischen Mitgliedern bestand." Oder: „Zwei Kreise glänzen durch ihre Abwesenheit: Der Kreis Lissa, der auch nicht einen Pfennig zusammengebracht hatte und der Kreis Wirsitz, der seinen von Jahr zu Jahr sinkenden Beitrag erst nach Abschluß der Kassenbücher einsandte." — „Die Vereinsleitung wird mitunter aufdringlich, indem sie die rückständigen Komitees erinnert, und erhält hin und wieder eine derbe Antwort. Das schreckt uns jedoch nicht." — Hierzu wird jährlich eine Statistik bekannt gegeben, die für jeden Kreis Auskunft gibt über die Anzahl der Mitglieder und die eingegangenen Beträge, über die Stipendiaten und die Stipendien, Kreisversammlungen, Komiteesitzungen und sogar über den Umfang der Korrespondenzen, so daß jeder sich von dem Eifer und Erfolg der einzelnen Kreise ein Bild machen kann.

Die zweite Gruppe, die der Stipendiaten, wird durch die Erteilung und Verweigerung, Vergrößerung und Verringerung der Stipendien beherrscht, doch macht hier die Kontrolle dauernd Schwierigkeiten. Deshalb hat Marcinkowski großen Wert auf die Errichtung von Alumnaten gelegt. Überall wo höhere Schulen bestanden, veranlaßte er einige Lehrer je 3 bis 6 Schüler gegen Entgelt aufzunehmen, sie entweder ganz zu unterhalten oder wenigstens ihre Arbeit zu überwachen[1]. Jedoch später wurden

[1] Solche Alumnate bestanden z. B. in Ostrowo, Tremessen, Lissa.

die Lehrer von den Behörden veranlaßt, jede Verbindung mit dem Marcinkowskiverein zu lösen, und wenn hie und da auch noch ein Alumnat fortbestand, verschwanden doch die meisten unter der energischen Aufsicht der preußischen Schulbehörden. — Ferner wurde die Kontrolle im Laufe der Jahre dadurch erschwert, daß der Verein nicht wie in den ersten Jahrzehnten Stipendien ausschließlich an Realschüler, Gymnasiasten und Seminaristen in der Provinz gab, sondern auch an polnische Studenten in Berlin, Breslau, Halle usw., die sich fern vom Schuß sicher fühlen und nicht immer so leben, wie es die Direktion des Marcinkowskivereins voraussetzte.

Seit Jahren führen angesehene Mitglieder Klage darüber, „daß viele Akademiker, die vom Verein Stipendien erhalten, dem Kartenspiel huldigen," auf den Jahresversammlungen wird von der „Spielsucht" in den polnischen Studentenkreisen gesprochen, und es ist im letzten Jahrzehnt schon mehrmals angeregt worden, die polnischen Akademiker durch eine Organisation zu überwachen. Der Vorstand hat die Begründung solcher Organisation abgelehnt, denn er würde alsbald mit dem Vereinsgesetz in Konflikt kommen und die Behörden könnten daraufhin dem ganzen Marcinkowskiverein zu Leibe gehen. Doch kann man deutlich wahrnehmen, daß die Direktion sich lebhaft bemühte, die Kontrolle der Stipendiaten nach Möglichkeit zu befördern: so werden z. B. von den Stipendiaten schriftliche Arbeiten eingefordert, die Kreiskomitees werden über den Aufenthalt der Stipendiaten und deren Eltern auf dem laufenden gehalten und die älteren Studenten werden veranlaßt, auf ihre Kommilitonen acht zu geben.

Die dritte Gruppe schließlich, die der ehemaligen Stipendiaten, hat für den Marcinkowskiverein ein direktes, materielles Interesse, weil aus diesem Kreise jährlich etwa 4 bis 7000 Mark „zurückgezahlte Stipendien" fließen. Hierfür wird wiederum das öffentliche Urteil in Anspruch genommen, indem publiziert wird, wer Stipendien zurückgezahlt hat und wie hoch die zurückgezahlte Rate war. „Wenn jemand heute," so sagten mir oftmals

polnische Männer, „seine Studien mit Hilfe des Marcinkowskivereins beendet, erwartet die polnische Gesellschaft, daß sein Name in einigen Jahren in der Liste der „zurückgezahlten Stipendien" wenigstens mit einer kleinen Summe erscheint." Diese wohlbekannte Liste, die im Kassenbericht des Vereins Jahr für Jahr zu sehen ist und die noch durch spezielle lobende Bemerkungen über einzelne Personen ergänzt wird, wirkt, weil sie ohne Gehässigkeit ist, stärker als eine Wechselschuld.

Freilich gehen diejenigen, die sich nicht in der Provinz Posen niederlassen, dem Verein leicht verloren und die Polen haben, wie sie selbst zugeben, mit Stipendiaten, die sich technischen Berufen gewidmet haben, schlechte Erfahrungen gemacht, denn diese verschwinden irgendwo in Deutschland oder im Auslande und lassen meist nichts mehr von sich hören. Selbst wenn sie sich nach Rheinland-Westfalen oder Sachsen begeben, wo sie zahlreiche Landsleute finden, löst sich der Zusammenhang mit dem heimischen Verein, da die rheinisch-westfälischen oder sächsischen Polenvereine den Ankömmling ganz für sich besitzen möchten.

Deshalb bemüht sich der Marcinkowskiverein, seine ehemaligen Stipendiaten möglichst in der Provinz zu halten, und in diesem Bestreben funktioniert die Direktion fast wie eine Stellenvermittlung in der Provinz Posen. Überhaupt muß man sich den Marcinkowskiverein als höchst konzentriert und „lokal" in seiner Wirksamkeit vorstellen. Seine Tradition sowohl wie seine Verfassung veranlaßt ihn die Stipendiaten lediglich in der Provinz Posen zu wählen und sie möglichst in Posen festzuhalten. Jede Expansion liegt dem Verein fern, dessen Erfolge so offenbar auf der Pflege eines engen Kreises ruhen, und der mit einer fast pedantischen Pietät es ablehnt die Grenzen zu überschreiten, die Karl Marcinkowski ihm gesteckt hat. So weigerte sich z. B. der Marcinkowskiverein seine Wirksamkeit auf Westpreußen auszudehnen, so unterließ er ferner die Ausdehnung der Unterrichtshilfe auf die Erziehung von Mädchen, so lehnte er ab, den Unterricht indirekt durch Einrichtung von Bibliotheken

zu unterstützen. Für alle diese notwendigen Zwecke mußten besondere Organisationen begründet werden, die in ihrer Verfassung und Verwaltung dem Marcinkowskiverein nachgeahmt sind und die mit ihm zum Teil durch Personalunion in Verbindung stehen.

Die Personalunion knüpft an den Marcinkowskiverein einen „Verein zur Unterstützung lernender Mädchen", sowie ferner die „Vereine der polnischen Volksbibliotheken". Ebenso stehen in Westpreußen durch Personalunion miteinander in Verbindung der „Verein zur Unterstützung der lernenden Jugend Westpreußens" und der „Verein zur Unterstützung lernender Mädchen" in Thorn.

Auch diese Benutzung der „Personalunion", die wir heute als ein Hauptbindemittel des polnischen Gemeinwesens ansehen müssen, haben die Polen aus den Erfahrungen des Marcinkowskivereins erlernt und dadurch die Möglichkeit gewonnen, den einzelnen Vereinen engbegrenzte und bestimmte Zwecke zu geben, ohne doch auf eine Ausdehnung der Arbeit zu verzichten[1]. Eine solche Beschränkung tat den Polen besonders not, denn im allgemeinen neigen polnische Organisationen zu einer Vielfältigkeit und Maßlosigkeit der Ziele, die verwirren und entkräften muß. Jede polnische „Liga", ferner die „Straz", die ehemaligen „Komitees" wollten jeder alles sein, wollten geistige Kultur geben, juristische Beihilfe, wirtschaftliche Unterstützung, wollten Stellen besetzen, Politik treiben, kurz alles ergreifen, was getan werden mußte oder vielleicht getan werden konnte. Der Marcinkowskiverein hingegen lehrte die Beschränkung und Sicherheit der Arbeit.

Das war die organisatorische Seite des Marcinkowskivereins, die allein schon durch ihre Planmäßigkeit und Festigkeit ein Vorbild für die gesamte Organisation der Polen in Preußen wurde.

---

[1] Vgl. über die Bedeutung der Personalunion 10. Kapitel: „Die Personalunion als Organisationsprinzip".

Wie groß aber der Einfluß dieser Unterrichtshilfe auf die Heranbildung polnischer Ärzte, Rechtsanwälte, Lehrer, Privatbeamter, Kaufleute usw. bisher gewesen ist, läßt sich in irgendwie zuverlässiger Weise natürlich nicht zeigen, denn von den 10000 Menschen, die bisher die Unterrichtshilfe genossen haben, mögen viele Tausend versagt haben, und die Mitteilung solcher Zahlen wäre eher irreführend als aufklärend. Hingegen mag man sich von dem Einfluß der Unterrichtshilfe ein Bild machen, wenn man untersucht, wie groß die Summe ist, die der Marcinkowskiverein und die ihm nahestehenden Gesellschaften der polnischen Erziehung in Posen und Westpreußen gegenwärtig jährlich zur Verfügung stellt:

Die fünf Vereine:

1. Marcinkowskiverein,
2. Verein für lernende Mädchen in Posen,
3. Verein für Unterrichtshilfe in Westpreußen,
4. Verein für lernende Mädchen in Westpreußen,
5. Polnischer Volksbibliothekenverein

geben insgesamt jährlich etwa 110000 bis 145000 Mark für polnische Unterrichtszwecke aus. Zu dieser Summe stellt

1. der Marcinkowskiverein 80 bis 100000 Mk. jährlich,
2. der Verein für lernende Mädchen 10 bis 12000 Mk.,
3. der Westpreußische Unterrichtsverein 8 bis 10000 Mk.,
4. der Verein für lernende Mädchen in Westpr. ca. 2000 Mk.,
5. der Volksbibliothekenverein 10 bis 20000 Mk.

Die Summe schwankt im Jahre um etwa 35000 Mk., ist aber, wenn man die großen Jahresdurchschnitte vergleicht, im ständigen Steigen (um jährlich etwa 5000 Mk.), entsprechend dem steigenden Wohlstande der polnischen Volkswirtschaft.

Dem Vorbilde des Marcinkowskivereins folgend bezieht jede der fünf Gesellschaften ihre Einnahmen aus mindestens drei verschiedenartigen Quellen. Erstens ordentliche Jahresbeiträge der Mitglieder, die langsam ansteigen und nur wenig schwanken. Zweitens außerordentliche, einmalige Beiträge, die wie schon

erwähnt bei Begründung des Marcinkowskivereins eingeführt wurden, um „gesellschaftlichen Anstandspflichten" zu genügen. So ist es z. B. üblich geworden, daß die angesehenen polnischen Zeitungen dem Verein für Unterrichtshilfe hin und wieder Beträge zuweisen. Diese „außerordentlichen Beiträge" schwanken natürlich stark. Drittens, die stabilste, meist langsam steigende Summe sind die Zinsen aus dem Vereinsvermögen. Der Marcinkowskiverein bestreitet die Hälfte seines jährlichen Etats aus Kapitalszinsen. Sein Vermögen beträgt nämlich etwa 1 Million 300 000 Mark, die aus etwa 200 „Geschenken", „Spenden" und „Legaten" bestehen und im Laufe der sieben Jahrzehnte allmählich zu einem „eisernen Fonds" angehäuft sind.

Die anderen vier Vereine besitzen kleine Vermögen von 40 bis 50 000 Mark.

Außer diesen drei Einkommensquellen führt der Marcinkowskiverein noch das Konto der „zurückgezahlten Stipendien", das ihm jährlich etwa 7000 Mark bringt.

So kommen jährlich 110 bis 145 000 Mark zusammen.

Diese Summe fließt aber keineswegs den untersten Schichten der polnischen Bevölkerung zu. Ein sehr wichtiger Punkt! Man findet nur selten, daß Söhne von Arbeitern und Gesinde mit Unterstützung der Unterrichtsvereine höhere Schulen und Universitäten besuchen, und der Marcinkowskiverein gibt auch in einer kürzlich publizierten Statistik zu, daß unter etwa 530 Stipendiaten nur 21 Söhne von Arbeitern und Gesinde waren. Die Leiter des Vereins behaupten, daß die unterste Schicht für die Heranbildung zu Ärzten usw. noch nicht reif sei und daß man mit Versuchen schlechte Erfahrungen gemacht habe. Viele polnische Arbeiter wissen überhaupt nichts von der Existenz des Marcinkowskivereins, und die Anträge um Unterrichtshilfe sollen aus diesen Schichten nur gering sein.

Um so größer ist die Menge Anträge aus zwei Berufsklassen: Erstens von polnischen Handwerkern und zweitens von sogenannten „Privatbeamten", d. h. Sekretären, Boten, Bureau-

beamten, Förstern, Verwaltern usw. Aus diesen beiden Klassen, deren wirtschaftliche Lage schlecht ist, die aber etwas vom Lichte erblickt haben, geht etwa die Hälfte der Stipendiaten des Marcinkowskivereins hervor. Besonders die Handwerkersöhne drängen sich herzu. Unter 530 Stipendiaten befanden sich 132 Handwerkersöhne und 129 Söhne von Privatbeamten. Zum großen Teil sind das Städter; Knaben, die in den kleinen und größern Städten der Provinz aufwuchsen, und die, nun sie eine höhere Schule oder Universität absolviert haben, Gelegenheit finden, in ihrem Städtchen als Kaufleute, Ärzte, Anwälte, Bauunternehmer usw. sich niederzulassen.

Das ist die eigentliche Arbeit am städtischen Mittelstande, die Marcinkowski so sehr wünschte und die sein Verein dauernd ausgeübt hat.

Hingegen finden sich unter den Stipendiaten verhältnismäßig wenig Bauernsöhne, neben 132 Handwerkersöhnen nur 72 Bauernsöhne. Da die Bauern einen großen und den wichtigsten Teil der polnischen Bevölkerung ausmachen, ist schon mehrmals beantragt worden, diesen Beruf besser mit Unterrichtsgeldern auszustatten. Die Vereinsleitung hat jedoch, soweit ich sehen kann, solchem Antrage regelmäßig widersprochen, und verständige Polen pflegen diese Maßregel damit zu verteidigen, daß der Bauer entweder imstande sei, seinen Sohn aus eigenen Mitteln etwas Tüchtiges lernen zu lassen, oder daß er — falls ihm die Mittel fehlen — die Arbeitskraft des Sohnes für die Wirtschaft brauche. Daß dieser Grundsatz nicht pedantisch durchgeführt wird, erkennt man aus der oben mitgeteilten Zahl von 72 Stipendiaten. Die übrigen Stipendiaten verteilen sich ziemlich gleichmäßig auf die anderen Berufe: 41 Söhne von Kaufleuten und Juristen, 32 von Gutsbesitzern und Pächtern, der Rest Söhne von Ärzten, Literaten usw.

Jedoch auf eine ziemlich starke Rubrik sei noch besonders aufmerksam gemacht. Der Marcinkowskiverein hat in früheren Jahrzehnten einen beträchtlichen Teil seiner Mittel aufgewendet, um polnische Volksschullehrer heranzuziehen. Man wollte auf

diese Weise dem bekannten Argument der preußischen Regierung begegnen, daß es nicht genügend der polnischen Sprache kundige Lehrer gebe und der Unterricht schon aus diesem technischen Grunde nicht in polnischer Sprache erteilt werden könne. Jedoch das eifrige Bemühen des Marcinkowskivereins hat sich nicht sonderlich bewährt, aus dem einfachen Grunde, weil ein preußischer Volksschullehrer polnischer Nationalität keine beneidenswerte Existenz führt. Gegenwärtig nun fühlt der Marcinkowskiverein sich offenbar verpflichtet, den Söhnen der preußischen Lehrer polnischer Nationalität seine Hilfe angedeihen zu lassen, und die Zahl dieser Stipendiaten beträgt daher 68. Jedoch soll die Zahl im Sinken begriffen sein, während sich die Stipendiaten aus den Kreisen der Privatbeamten und Handwerker dauernd vermehren.

Wir können diese Linie weiter verfolgen, wenn wir erkunden, welchen Berufen sich die Stipendiaten zuwenden.

Etwas mehr als die Hälfte der Stipendiaten (gegenwärtig von ca. 600 Stipendiaten etwa 320) besuchen höhere Schulen in der Provinz Posen (Gymnasien, Realschulen, Seminare).

Von den übrigen 270 verteilten sich etwa zwei Drittel mit wiederkehrender Regelmäßigkeit auf folgende sechs Studien:

I. Universitätsstudien.

1. Jurisprudenz etwa 30,
2. Medizin 28,
3. Pharmazeutik 25,

II. Technische Studien.

4. Studien auf techn. Hochschulen . 35,
5. Bauschulen 27,
6. Werkmeisterschulen . . . . . 30.

Aus den jährlichen Generalversammlungen des Marcinkowskivereins und seinen Diskussionen ist zu erkennen, daß diese Verteilung, die schon seit etwa zehn Jahren zu beobachten ist, mit bewußter Regelmäßigkeit vorgenommen wird, weil man der

Meinung ist, daß diese sechs Berufe den Polen am dringendsten nötig sind. Die übrigen Stipendiaten verteilen sich auf die verschiedensten Gebiete; es sind unter ihnen Studierende der Theologie, der Chemie, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, der Musik, Malerei usw.

Den Begabungen und Wünschen der einzelnen ist also zwar Spielraum gelassen, im wesentlichen aber empfängt die Entwicklung doch eine bestimmte, gewollte Richtung, die man so bezeichnen kann: *der Marcinkowskiverein entnimmt seine Stipendiaten in erster Linie den Kreisen der polnischen Handwerker und Privatbeamten; in zweiter Linie den Bauern und preußischen Volksschullehrern polnischer Nationalität, und gibt deren Söhnen Gelegenheit, Mediziner (Ärzte und Apotheker), Rechtsanwälte und Techniker zu werden.*

Diese in ihren Folgen große Leistung ist aus der Epoche 1838—1845 hervorgewachsen, aus einer Zeit, da in Posen die geistige Arbeit der Polen — angeregt durch den Einfluß der Emigration und durch die heimische wirtschaftliche Entwicklung — lebhafter war als jemals vorher oder nachher, und da ein zielsicherer Mann wenigstens vorübergehend die verschiedenen Kräfte und Parteiungen der Polen in gemeinsamer, praktischer Arbeit zu bändigen verstand.

Drittes Kapitel.

Aufruhr — Erschlaffung — Verschwörung.

1846 bis 1863.

A. Die Situation.

Aber wenn auch die Polen in Preußen damals ihr geistiges Leben und Schaffen vor allem der Emigration verdankten, mußte sich diese Abhängigkeit vom Auslande doch als verhängnisvoll erweisen.

Inzwischen nämlich hatte die sich unruhig umgestaltende Emigration neue und sehr bedenkliche Formen angenommen. Zwischen die beiden Kerne, die aristokratische und die demokratische Gruppe, hatte sich eine dritte, angeblich vermittelnde Instanz, die sich Zjednoczenie (Vereinigung) nannte, geschoben, und von den drei Hauptkörpern zweigten sich zahlreiche Klubs und Geheimgesellschaften ab, die teils in Paris, teils in London, teils in der Schweiz ihren Sitz nahmen. Diese innere Auflösung der organisierten Emigration war gefährlich, weil jetzt die Führer des demokratischen und des aristokratischen Komitees nur ein Mittel hatten, um eine völlige Zersplitterung und Aufreibung zu hindern: — das Losschlagen. Die Emigration brauchte „Beschäftigung", und die geschäftsmäßigen Verschwörer und Unruhestifter gewannen daher von Tag zu Tag mehr Boden.

In den ersten Jahren hatte man auf die „diplomatische Verhandlung" der Czartoryski in London und auf europäische Verwicklungen gehofft, hatte man am Ausbau der polnischen Bibliotheken und literarischen Gesellschaften einiges Genüge gefunden; jedoch da politische Erfolge ausblieben, war man nervös

geworden. Die Annahme der „polnischen Krone" seitens des Fürsten Czartoryski war bereits ein Zeichen der Nervosität. „Ihr macht mich lächerlich", antwortete Czartoryski der Deputation, die ihm die Krone antrug, — und er nahm sie dennoch an. Eine andere Gruppe übertrug sich selbst „die höchste Gewalt" nicht nur über die Emigration, sondern auch über Polen, gab sich insonderheit selbst das Recht, „nationale Anleihen aufzunehmen". Die also von der Lächerlichkeit bedrohte Emigration wollte und mußte irgend etwas in Szene setzen: — die Wiederherstellung Polens.

Wie dies alles auf die Provinz Posen wirkte, ist aus dem Polenprozeß von 1847 wohl bekannt. Seit Anfang der vierziger Jahre etwa war in Posen ein Wettrennen der drei Hauptgruppen der Emigration zu bemerken. Die Czartoryskipartei, die Demokratie und die „Vereinigung" suchten jede als Initiatoren zu erscheinen, unterhielten in der Stadt Posen und auf dem Lande ihre Emissäre[1], und in deren Treiben mischte sich allerlei Gesindel, das aus Russisch-Polen, der gefürchteten Militäraushebung entfliehend, über die Grenze gekommen war. Alle radikalen Elemente fanden in diesem Andrängen neue Stützen, während der ruhige Marcinkowski, der als „konservativ" den Polen verdächtig wurde, an Ansehen verlor.

Wie sich die „Entthronung" Marcinkowskis vollzogen hat, ist schwer im einzelnen nachzuweisen. Sicher ist nur, daß sein Stern bis etwa im Sommer 1844 im Steigen war. Damals war es ihm gemeinschaftlich mit dem polnischen Richter Ogrodowicz gelungen, den Polen in der Stadtverordnetenversammlung Posens die Majorität zu verschaffen[2], und es gab kaum eine

[1] Die Polen geben zu, daß sich Mieroslawski und Thomas Malinowski als Emissäre der „Demokratischen Gesellschaft" zu Versailles, ferner Chelmicki als Emissär der „Vereinigung" und Witold Czartoryski als Abgesandter der adligen Pariser Gruppe in Posen aufhielten, um den Aufstand vorzubereiten. Vgl. Jarochowski l. c. S. 92.

[2] Vgl. das ausgezeichnete Buch von Moritz Jaffé: „Die Stadt Posen unter preußischer Herrschaft. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Ostens." Leipzig, Duncker & Humblot. 1909.

soziale, ökonomische oder administrative Betätigung der Polen, in der nicht Marcinkowski eine Rolle gespielt hätte.

Jedoch seit Ende 1844, als die Emigration und zwar besonders die „Demokratische Gesellschaft" in Versailles an eine planmäßige Verschwörung ging und Posen zur Operationsbasis machte, sank Marcinkowskis Einfluß. Da er zu den entschlossensten Gegnern des geplanten Aufruhrs, den er für hoffnungslos hielt, gehörte, untergrub man seine Macht, überging ihn in gemeinsamen Beratungen und mied seine Gesellschaft. Seine Anhänger fürchteten hinter der nationalen Bewegung zurückzubleiben und trennten sich offen oder geheim von ihm. Man warf ihm vor, daß er „nicht mehr auf der Höhe stehe", und er wurde um so schneller isoliert, als er gleichzeitig schwer erkrankte und sich beim Ausbruch der Unruhen auf ein Gut zurückzog. Im November 1846 starb er, von den Deutschen fast mehr betrauert als von seinen Volksgenossen [1].

Der Polenaufstand, der über drei Jahre (von Anfang 1846 bis in das Jahr 1850 hinein) bald als unangreifbare Verschwörung, bald als offene Empörung die Provinz in Unruhe hielt und alle Arbeit unterbrach oder vernichtete, ist häufig geschildert worden. Seine schlimmste Wirkung war, daß er in den Köpfen der Polen unsichere politische Hoffnungen hinterließ, da er nicht energisch niedergeworfen wurde, sondern unter immer erneuten Amnestien allmählich versandete. Es war den Polen durchaus nicht deutlich vor Augen geführt worden, daß sie auf eine Verwirklichung ihrer Bestrebungen nicht rechnen könnten, und so blieb nach 1850 eine Revolutionsstimmung zurück, die auf günstige Gelegenheit wartete.

Die Stimmung gründete sich fester, als Anfang der fünfziger Jahre die „orientalische Frage" zur Signatur der europäischen Politik ward und als die von den Polen ersehnte Koalition der Westmächte gegen Rußland Wirklichkeit zu werden schien; denn man darf nicht vergessen, daß die kriegerischen und diplomatischen

[1] Einen Nachruf erließen die Deutschen und die Polen. Abgedruckt in Zielewicz, Zywot Marcinkowskiego.

Aktionen jener Zeit für die Polen von unmittelbarster Wichtigkeit waren, weil Napoleon den polnischen Haß gegen Rußland in seine Berechnungen einbezog. Jede Vereinbarung zwischen London und Paris war den Polen bedeutend, jeden Sieg Napoleons empfanden sie als ihren Triumph, und lebten in dem Gedanken, daß die Selbständigkeit Polens aus dem „Nationalitätenprinzip" Napoleons wirklich erwachsen werde. „Theoretische Pflichten" und „Systematische Notwendigkeiten" spielen in den politischen Kalkulationen der Polen noch heute ihre seltsame Rolle; in der Aufregung jener Zeit wurden sie den praktischen Motiven geradezu gleichgestellt, und man glaubte, der Tag der Befreiung sei nahe herbeigekommen.

Dieser Stimmung, die an solide, „heimische" Arbeit nicht denken ließ, gaben sich die Polen um so haltloser hin, als die materielle Lage unsicher wurde. Das Jahr 1850 lag noch unter dem Druck der vorangegangenen Wirtschaftskrisis. Seit 1851 hob sich dann zwar in Deutschland ein stürmischer Industrieaufschwung empor; doch genoß die Provinz Posen hiervon hauptsächlich die bittern Tropfen, denn das Geld strömte in die Industrien des Westens, und die Zinsen stiegen so hoch, daß der von den Erschütterungen des Aufstandes geschwächte polnische Großgrundbesitz in Gefahr geriet.

Die „Weltkrisis" von 1857 führte schließlich einen Sturz aller Preise herbei, die Subhastationen vermehrten sich, und eine moralische Depression machte sich geltend.

Die Provinz Posen hatte den Aufschwung von 1851—1857 nicht mitgenossen, weil das Geld in den Westen strömte; den Niedergang nach 1857 aber genoß diese Provinz, weil die Preise sanken[1].

[1] 1859 schrieb ein angesehener Kaufmann in Inowrazlaw eine Denkschrift über die wirtschaftliche Lage: „Seit ohngefähr zwei Jahren ist der Wert des Grundbesitzes in den östlichen Teilen der Monarchie im starken Preisfalle. Man kann annehmen, daß von dieser nach einem fast fünfzigjährigen Frieden um so auffälligeren und höchst betrübenden Erscheinung mindestens 2500 Quadratmeilen: die Provinzen Ost- und Westpreußen,

In diesen Zeiten der Erschlaffung ist das eigene geistige Arbeiten der Polen in Preußen fast erloschen. Die polnischen Zeitschriften in Posen, die höher standen, als man es von Provinzialzeitschriften gewöhnt war, verschwanden bereits in den Wirren von 1846—1849. Im Jahre 1846 erschienen die letzten Nummern des „Tygodnik literacki" und des „Rok", die im Stile des französischen Liberalismus jener Zeit gehalten waren; kurz darauf verschwanden auch die „konservativen" Polenblätter „Oredownik", „Dziennik domowy" und (1849) „Przyjaciel ludu". Einige dürftige Journale traten an deren Stelle.

Die polnischen Organisationen, die Marcinkowski teils reformiert, teils begründet hatte, verloren ihre Kraft. Jedermann glaubte an ausländische Hilfe, an Napoleons „Nationalitätenprinzip" und lauschte nur auf die Mitteilungen der Czartoryskigruppe in Paris, die am Kaiserhofe verkehrte und mit der französischen Diplomatie eng befreundet war.

Die Elastizität und Energie der heimischen Arbeit verschwand.

B. Die Vernichtung des polnischen „Kreditvereins für das Großherzogtum Posen".

In dieser Lage konnte die preußische Regierung ohne sonderliche Anstrengung den Polen einen der letzten Reste der Selbstverwaltung nehmen.

Der polnische Großgrundbesitz, der von den Erschütterungen des Aufstandes geschwächt war, brauchte Geld und mußte neue

---

Posen, Teile von Schlesien, Pommern und die Marken getroffen werden, und so summiert sich der dadurch konstatierte Kapitalverlust zu ganz furchtbarer Höhe . . . Diese schreckliche Entwertung ist im Fortschreiten! . . . Dieser traurigen Tatsache entspricht auch die finanzielle Lage des Grundbesitzes und der Bevölkerung in den bezeichneten Landesteilen: Verarmung der angesehenen Familien, Subhastationsanzeigen in den Amtsblättern in fast unerhörter Zahl, Steigerung der Belastung mit Pfandbriefen und Wechselschulden, ohne daß dem Eingeweihten ein Hoffnungsschimmer leuchte, wie es besser werden solle." „Königtum, Volkswirtschaft und politische Macht", Skizzen von Michael Levy, Bromberg 1860.

Schulden aufnehmen, um sich zu halten. Wie zehn Jahre vorher gedachten die Polen auch jetzt zur Befriedigung ihrer Geldbedürfnisse den Kreditverein zu benutzen und forderten seit 1849 dringend, daß die Regierung die Emission einer dritten Pfandbriefserie genehmige.

Das Verlangen wurde jedoch nicht erfüllt. Im Gegenteil ging die preußische Regierung daran, die polnisch geleitete Landschaft zu beseitigen.

Schon 1846, als eine Beteiligung vieler Mitglieder und Beamten der Landschaft an der Verschwörung nachgewiesen wurde, war ein königlicher Kommissar zur Beaufsichtigung der Körperschaft bestellt worden. Doch scheint man eingesehen zu haben, daß ein von gewählten polnischen Beamten geleitetes Kreditinstitut nur schwer von einem isolierten preußischen Kommissar zu kontrollieren war; denn man hob diese Einrichtung 1848 auf Bitten der Polen wieder auf, gestattete aber keine neuen Beleihungen mehr. Die Körperschaft blieb also auf eine Abwicklung ihrer schwebenden Geschäfte beschränkt, und die Provinz Posen besaß von 1850—57 keine organisierte Kredithilfe.

Daß dieser Zustand nicht haltbar war, sah die Regierung ein und entschloß sich 1857, neben die alte, geschlossene Landschaft, die sich prinzipiell nur mit der Einlösung früher ausgegebener Pfandbriefe befassen sollte, ein neues Institut zu setzen, dessen Verfassung *eine polnische Geschäftsführung ausschlösse*.

Ein königlicher Erlaß vom 13. Mai 1857 bestimmte demgemäß, daß zur Organisation des Realkredits in Posen ein Verein von Grundbesitzern zusammentrete unter dem Namen „Neuer Kreditverein für die Provinz Posen" (heute „Posener Landschaft" genannt).

Die entscheidenden Vorschriften des Statuts, die uns besser als eine ausführliche Schilderung die Absichten der Regierung zeigen, lauten so: § 40. „Der Direktor wird von *Seiner Majestät dem König ernannt*. Er führt in dem Direktionskollegio den Vorsitz und leitet die Geschäfte." § 41. „Die Räte

ernennt der Minister des Innern. Sie sind beständige stimmfähige Mitglieder des Direktionskollegii." § 43. „Die Bezirkskommissare (Allerhöchster Erlaß vom 12. Dezember 1859) werden aus der Zahl der Mitglieder für eine sechsjährige Amtsdauer von der Direktion gewählt," und zur besonderen Sicherheit heißt es in § 44: „Die Bestätigung der Erwählten erfolgt durch den Staatskommissarius."

Außerdem wurden besondere Maßregeln getroffen, um die Macht des polnischen Adels in der Generalversammlung zu verringern: § 52. „Die Deputierten der Generalversammlung werden zu zwei Dritteln von den Mitgliedern des Vereins gewählt und zu einem Drittel aus diesen Mitgliedern von dem Staatskommissarius ernannt", und in § 38 die scharfen Einschränkungen: „Der Staatskommissarius ist befugt ... jeden Beschluß zu suspendieren, welcher nach seiner Ansicht gegen das Interesse des Staates oder des Instituts verstößt."

Mit einem Worte: die Regierung nahm die Organisation des Realkredits in die Hand, beseitigte die Selbstverwaltung auch auf diesem Gebiete und ließ das alte, polnisch geleitete Institut allmählich eingehen[1]. Der ganze Apparat, der mit einem jährlichen Verwaltungsetat von etwa 110000 Mark operiert hatte, wurde den Polen durch den Staat abgeschnürt[2].

---

[1] Schon 1859 gab die Regierung dem neuen Kreditverein das Recht, mit den Beleihungen auf die Güter des alten Verbandes überzugreifen. — 1877 löste sich der alte Verband nach Abwicklung aller Geschäfte auf.

[2] Die preußische Regierung motivierte ihr Vorgehen teils damit, daß sich polnische Landschaftsräte an politischen Umtrieben beteiligt hatten, teils damit, daß der polnische Kreditverein sehr teuer arbeite. Es wurde nämlich folgendes festgestellt: „Der jährliche Ausgabeetat für Verwaltung betrug 38000 Tlr. Hingegen betrug der Etat der ostpreußischen Landschaft jährlich rund 31000 Tlr., ist also hinter dem Posener um mehr als 20 Prozent zurückgeblieben, obwohl in Preußen drei Provinzialdirektionen mit vollständigen Kassenverwaltungen bestanden und obwohl diese Landschaft in vollem Umfange ihre Tätigkeit entwickelt hat, während die Posener von 1828 bis 1842 und dann wieder von 1848 ab weder Pfandbriefe auszufertigen, noch Darlehnstaxen aufzunehmen befugt gewesen ist,

C. Das Ausscheiden der Polen aus der preußischen Verwaltung.

Die Ausschaltung des mit polnischen Beamten arbeitenden Kreditvereins wirkte auf die Polen weit stärker, als man heute annimmt. Noch im Jahre 1861 wird berichtet: Der Schwerpunkt der polnischen Klagen „liege in den Gründen des neuen Instituts" ... „Den Polen allein wolle man, trotzdem daß die Regierung sonst das Prinzip der Selbstverwaltung auf ihre Fahne schreibe, diese entziehen."

Gerade weil es der Regierung fern lag, die Polen „auszuhungern", gerade weil die Regierung durch Begründung der neuen Landschaft für genügende Kredithilfe sorgte, gerade deshalb konnten die Polen die Umwandlung nur als eine Schwächung ihrer Position in der Verwaltung auffassen. Damit aber war eine kitzlige Stelle berührt, die den Posener Provinziallandtag schon seit 25 Jahren irritiert hatte: die Frage der Besetzung preußischer Beamtenstellen durch Polen.

Jedesmal, wenn diese Frage angeregt wird, erwacht ein Heer von Mißverständnissen und Ärgernissen; deshalb sei mir gestattet, an die Tatsachen zu erinnern, die zum Ausscheiden der Polen aus der preußischen Verwaltung führten.

Bis 1831 hat die preußische Regierung den Grundsatz befolgt, eine Reihe höherer Beamtenstellen durch Polen zu besetzen, die Mitglieder angesehener polnischer Familien in das preußische Offizierkorps zu ziehen. Auch überließ man die Wahl der Landräte wie in den andern Provinzen den Ständen, so daß in den überwiegend polnischen Kreisen längs der russischen Grenze alle Landratsposten mit polnischen Adligen besetzt waren.

Zwischen 1815 und 1830 gruppierten sich die polnischen Beamten um den glänzenden Hof des Fürsten Radziwill, der der Verwaltung einen polnisch-preußischen Mittelpunkt zu geben schien.

---

und ihre Geschäfte sich lediglich auf die Zins-Ein- und -Auszahlungen, auf die Amortisation der Pfandbriefe und auf die Aufnahme der Subhastationstaxen beschränkt haben."

Jedoch in der Stille sonderte sich ein Teil des Landadels von der Radziwillgruppe ab, verlegte den Schwerpunkt der Tätigkeit auf das Land und begann — seit 1825 etwa — einen Aufstand in Rußland vorzubereiten. Diese Sezession wurde durch Zuzüge aus Russisch-Polen unterstützt, und als im November 1830 der Aufruhr im benachbarten Posen wirklich ausbrach, zog die adlige Jugend zur Hilfe über die Grenze, geführt und gefolgt von polnischen Landräten und anderen preußischen Beamten polnischer Nationalität.

Dies ist von den Polen selbst nicht in Abrede gestellt worden. Nachdrücklich aber haben die Polen geleugnet, daß der Aufruhr gegen Preußen gerichtet war. Der Zug habe nur bezweckt, auf die russischen Zustände einzuwirken.

Die preußische Regierung ließ dies zwar gelten, bestand aber darauf, daß es im politischen Interesse unmöglich sei, die Verwaltung zahlreicher Grenzbezirke einer unruhigen und von ausländischen Strömungen abhängigen Gesellschaft anzuvertrauen. Nachdem also die Teilnahme der Landräte vor Gericht erwiesen war, verfügte der König am 3. Februar 1833 folgendes:

Die Wahl der Landräte durch die Kreisstände sei für die Provinz Posen suspendiert, und die Besetzung der Stellen sei der Regierung vorbehalten.

An diese Verfügung knüpfen sich alle folgenden Vorgänge, und es ist niemals seitens der preußischen Regierung im Ernst versucht worden, die Konsequenzen zu hindern, die zu dem Ausscheiden der Polen aus allen höheren preußischen Verwaltungszweigen führten.

Freilich kann niemand leugnen, daß die Suspension der Landratswahlen unvermeidlich war, wenn Preußen seinen Osten wirklich verwalten wollte; aber zuweilen, wenn man jene alten Blätter, Verfügungen, Denkschriften liest, kommt doch der Gedanke, ob es nicht möglich gewesen wäre, die slavische Eitelkeit in den preußischen Bau zu locken, und man erinnert sich jener Beamten polnischer Nationalität, die so stolz preußische Orden

und Titel trugen, und die sich rühmten, Abzeichen zu tragen, die „von der Königin Luise entworfen waren".

Inzwischen haben sich die Konsequenzen so vollzogen:

Die Polen reagierten auf die Maßregel der Regierung in zwiefacher Weise; einige legten unter Protest ihre Stellen im preußischen Staatsdienste nieder und erklärten, daß auch ihre Söhne sich von der preußischen Justiz, Verwaltung und Armee fernhalten würden; im Provinziallandtag aber verlangten die Polen die Wiederherstellung der Landratswahlen und ließen durchblicken, daß der ihnen aufgedrängte königlich preußische Landrat eine schwierige Position haben werde.

Schwierig wurde die Position allerdings, denn in den Landgemeinden schalteten die polnischen „Woyts", die das Recht hatten, an die preußischen Staatsbehörden in polnischer Sprache zu berichten, und die alle Verfügungen von oben her in polnischer Sprache verlangen konnten[1]. Die Verwaltung befand sich faktisch in ihren Händen, und es war dem deutschen Landrate in überwiegend polnischen Kreisen kaum möglich, auf den Grund der Vorgänge zu dringen.

Deshalb wurde nach langem Zögern auf dringende Vorstellungen des Oberpräsidenten Flottwell beschlossen, an die Suspension der Landratswahlen die erste Konsequenz zu knüpfen: die Beseitigung der Woyts. Am 10. Dezember 1836 verfügte der König:

Jeder Kreis der Provinz Posen sei in zwei bis drei „Distrikte" zu zerlegen, die eine Anzahl Ortschaften und Gemeinden umfassen sollten. In jedem Distrikt sei als Helfer des Landrats ein „Kommissar" anzustellen, um die Verwaltung wirklich durchführen zu können. Die Woyts wurden durch die „Distrikts-

[1] Sogar das Regulativ vom 14. April 1832, das die deutsche Sprache als Geschäftssprache der Behörden einführte, setzte hinzu: „Ausnahmen finden statt in Hinsicht . . . der Woyts auf dem platten Lande." Den deutschen Verfügungen an die Woyts sei „allemal eine polnische Übersetzung beizufügen: auch sollen Berichte in polnischer Sprache von ihnen angenommen werden."

kommissare" beseitigt, die Maschen der preußischen Verwaltung also enger gezogen.

Ob diese Einrichtung, die noch heute besteht, glücklich getroffen war und ob sie der Entwicklung wirklich dient, ist recht zweifelhaft.

Sogar der Schöpfer des Instituts der „Distriktskommissare" hat fünf Jahre später Bedenken geäußert: „Diese Einrichtung" — so schrieb der Oberpräsident Flottwell — „hat ihre unverkennbaren Schattenseiten, indem die damit verbundene Vermehrung des besoldeten Beamtenpersonals die Selbständigkeit und Selbsttätigkeit der Gemeinden und Ortsbehörden zu lähmen und statt eines lebendigen und kräftigen Gemeindelebens den Beamtendespotismus zu befördern droht. Doch hat sich dieselbe bisher (1841) noch als zweckmäßig bewährt. — Indessen muß man, solange die äußeren Verhältnisse deren Beibehaltung fordern, vor allem dahin streben, die Landräte mit den Dominien und Gemeindevorständen in einer unmittelbaren Verbindung zu erhalten, die Distriktskommissarien aber ihrer organischen Bestimmung nach *nur zur Aushilfe* für die Unbrauchbarkeit der letzteren zu benutzen ..."

In Wirklichkeit jedoch rückten besonders nach 1850 die Distriktskommissare immer mehr in den Vordergrund. Zudem wurde auch von deutscher Seite beklagt, daß man die unfähigsten Beamten, gescheiterte Existenzen auf jene Posten brachte, und so ist im Laufe der Zeit die Einrichtung nicht nur bei den Polen, sondern auch bei vielen Deutschen höchst unbeliebt geworden.

Nach dieser zweiten Maßregel trat wiederum bei den Polen die zwiefache Reaktion ein: Einige legten ihre Ämter in der Justiz und Staatsverwaltung demonstrativ nieder: andere forderten im Provinziallandtage, *der König möge den Polen durch Erleichterung des Staatsexamens den Beweis erbringen, daß er sie wirklich im Staatsdienste behalten wolle.*

Hierauf antwortete Friedrich Wilhelm IV. dem Posener Provinziallandtage am 23. Februar 1841 folgendes:

„Die Schuld lag besonders darin, daß die polnischen Einwohner des Großherzogtums, ihr eigenes Interesse verkennend, es verabsäumen, ihre Söhne sowohl dem höheren Staatsdienst, als dem höheren Lehrerstande zu widmen ... Der Anspruch, daß in den dazu verordneten Prüfungen an die Kandidaten darum weil sie polnischer Abkunft sind, geringere Anforderungen als an die deutschen gemacht werden sollen, widerstrebt nicht nur den Erforderungen der Staatsverwaltung, sondern auch der Ehre unserer polnischen Untertanen."

In den folgenden Jahren wurde dann mehrmals auf Wunsch des Königs erörtert, ob es nicht möglich sei, das Recht der Landratswahl wieder zu verleihen und so die Polen allmählich heranzuziehen. Aber die Unruhen von 1846—1850 machten allen Projekten ein Ende, und da preußisches Militär auf die Polen schoß, wurde von der polnischen Schlachta der „moralische Ukas" ausgegeben, die Söhne aus dem Offizierkorps zurückzuziehen.

Wenn auch manche Polen dieser Loslösung widerstrebten und bis in die neueste Zeit als Offiziere, Richter, Räte im Dienst blieben, galt ihr Verhalten doch nicht als korrekt, und nach 1850 gab es nur eine höhere amtliche Position, die jeder Pole anerkannte: die Stellung als „Provinzial-Landschaftsrat" im alten Kreditverein.

Die Ausschaltung des Kreditvereins vollendete also die Maßregeln, die 25 Jahre vorher mit der Beseitigung der polnischen Landräte begonnen hatten, und führte unvermeidlich das Ausscheiden der Polen aus der preußischen Verwaltung herbei.

D. Versuch der polnischen Großgrundbesitzer, sich zu organisieren.

Die unmittelbare Folge dieser Erfahrung waren lebhafte Bemühungen, sich ganz eigene, von den Staatsbehörden in jeder Hinsicht unabhängige Institute zu schaffen, insonderheit eine polnische Bank für die landwirtschaftlichen Kreditbedürfnisse.

Wenn die Polen auch, wie wir sehen werden, bei diesen Bemühungen mehr Lehrgeld zahlten als Nutzen zogen, haben sie doch für ihre spätere Entwicklung auf die Lehren jener ersten Jahre oft zurückgreifen können.

Aus zwei Aktionen bestand das Unternehmen, das sich unmittelbar an die Kämpfe um das Landschaftsinstitut anschloß. Erstens begründeten sie den Zentralverein der polnischen Großgrundbesitzer, „Towarzystwo centralne", der heute die eigentliche, ich möchte fast sagen „offizielle" Vertretung des polnischen Großgrundbesitzes in Preußen darstellt.

Zweitens schufen sie unter der Firma „Tellus" eine polnische Bank, die in Verbindung mit dem Zentralverein dem Kreditbedürfnis der Gutsbesitzer dienen sollte.

Das Doppelunternehmen präsentierte sich mithin als eine freie Organisation der Grundbesitzer, verbunden mit einem Bankinstitut. Scheinbar also ein ganz moderner Bau! Nur schade, daß er im Entwurfe großartiger war als in der Durchführung; denn er war zum Teil ohne alle Erfahrung luftig zusammengestellt und trug noch dazu ein politisches Gepräge, das jede reelle wirtschaftliche Arbeit erschweren mußte.

Zunächst die Bank: Die Bank „Tellus" brach ein Jahrzehnt später zusammen und zog viele Existenzen in ihren Sturz. Ich weiß nicht, ob es Schwäche war oder Leichtsinn, und es dürfte auch schwierig sein, über die dunkle Geschichte jener verfehlten Gründung Genaues zu erfahren. Sicher ist nur, daß das Wort „Tellus" den Polen noch heute peinliche Gedanken wachruft. „Tellus" ist fast ein banktechnisches Schreckwort und Warnwort für polnische Ohren. Wenn man irgendwelche Unregelmäßigkeiten in einem polnischen Kreditinstitut vermutet, pflegt die Presse warnend auf „Tellus" hinzuweisen; als vor einigen Jahren die Panik in Posen ausbrach, erinnerte man angstvoll an „Tellus". Sicherlich hat „Tellus" der heutigen Kraftentwicklung der Polen keine Grundlage geschaffen, höchstens insofern eine Grundlage, als das polnische Temperament ein warnendes Exempel so notwendig brauchte.

Anders das Schicksal des polnischen Zentralvereins der Großgrundbesitzer.

Der im Februar 1861 entstandene Zentralverein stammte von einem Elternpaar ungleichen Temperaments, von einem ruhigen, beinahe pedantischen preußischen Vater und von einer intriganten und aufgeregten russisch-polnischen Mutter.

Der Vater ist aus der modernen preußischen Wirtschaftsgeschichte wohlbekannt: Im Anschlusse an das Landeskulturedikt vom 14. September 1811 waren in mehreren preußischen Provinzen freie Organisationen der Gutsbesitzer geschaffen worden, und gegen Mitte des 19. Jahrhunderts schloß man diese lokalen Vereinigungen zu sogenannten „Landwirtschaftlichen Hauptvereinen" oder „Provinzialvereinen" zusammen, die in den Landeskulturfragen das Interesse des Großgrundbesitzes vertreten sollten.

Hinter dieser Entwicklung blieb die Provinz Posen zurück, denn dort gelang es nur in dem überwiegend deutschen Netzedistrikt einen landwirtschaftlichen Zentralverein zu bilden. In dieser Halbheit lag für jeden Organisator ein Reiz, Wandel zu schaffen, und so bemühte sich im Jahre 1852 der Oberpräsident v. Puttkamer, der den Ehrgeiz besaß, im Stile Flottwells zu arbeiten, den Zentralverein über die ganze Provinz zu ziehen. Selbstverständlich sollte — wie unter Puttkamer nicht zu bezweifeln war — die Führung wesentlich deutsch sein. Als jedoch der Oberpräsident die Vorstände verschiedener landwirtschaftlicher Vereine im Juli 1852 nach Posen lud, zeigte sich, daß die Einberufenen — unter denen sich nur ein Pole befand — dem Plane wenig geneigt waren. Wie sich aus dem Verhandlungsprotokoll (Staatsarchiv Posen) ergibt, siegte die Meinung, daß die Gründung eines Provinzialhauptvereines bedenklich sei „wegen der verschiedenen Nationalitäten" und weil der schon bestehende deutsche Zentralverein des Netzedistrikts dadurch gefährdet werde. „Seitens des Oberpräsidenten wird hiernach als Ergebnis der bisherigen Besprechung festgestellt, daß die Mehrzahl der Vertreter der landwirtschaftlichen Vereine die Gründung eines

Provinzialhauptvereins nicht wünsche, weshalb das diesfallsige Projekt von ihm nicht weiter werde verfolgt werden."

Es blieb also beim alten Zustande: im Norden der Provinz ein Zentralverein mit deutscher Leitung, im Süden hingegen eine Lücke.

Die also offenbar zur Seite geschobenen Polen, die gerade damals wegen ihrer landschaftlichen Kreditorganisation hoffnungslose und erbitterte Verhandlungen mit den Behörden führten, errichteten nun eigene Vereine. In Schroda, Gnesen, Wreschen, Schrimm und den umliegenden überwiegend polnischen Kreisen entstanden zum Teil im Anschlusse an die alten „Kasinos" kleine halb gesellige, halb wirtschaftliche Vereine, an deren Zentralisation jedoch vorläufig noch nicht gedacht wurde.

Da erschien unvermittelt den Polen im benachbarten Rußland ein Bild, das die Aufmerksamkeit fesselte und die Zukunft der polnischen Agrarvereine in Preußen seltsam beeinflussen sollte:

Der Thronwechsel in Rußland, der Tod Nikolaus' I. erregte die polnischen Hoffnungen, und wenn Alexander II. auch in Warschau das Leitwort „Pas de rêveries!" ausgab, versprach er doch der polnischen Schlachta freiere Bewegung (Mai 1856). Alsbald beschloß der Adel im Königreich Polen eine Organisation der Großgrundbesitzer zu schaffen, um über das Land hin folgerecht und sicher zu wirken. Im Sommer 1857 waren die Vorbereitungen so weit gefördert, daß es nur noch der Genehmigung bedurfte, die am 24. November desselben Jahres durch kaiserlichen Ukas gewährt wurde.

So entstand die „Landwirtschaftliche Gesellschaft" in Warschau, ein polnisches Institut. Es bestand aus einer Reihe „agronomischer Vereine", die über Polen hin auf die Wojewodschaften verteilt waren und in Warschau unter dem Präsidium des Grafen Andreas Zamoijski ihre Zentralisation fanden.

Die wirtschaftliche Aufgabe, die diesem Institut gestellt war, erscheint groß, denn die Bauernreform sollte beraten und in Angriff genommen werden; aber es ist leicht einzusehen, daß eine Adelsorganisation hierzu recht wenig geeignet war, und

es ist begreiflich, daß sich die Landwirtschaftliche Gesellschaft mit weit größerer Liebe der Politik zuwandte, ja sie wurde sogar die Trägerin einer ausgesprochen aristokratisch-polnischen Politik und fungierte seit Ende 1860 fast als ein polnisches Parlament, beriet politische Fragen in Form von Adressen an die russische Regierung, gab öffentliche Erklärungen ab und suchte die beginnende Volksbewegung zu leiten[1].

Gerade in diesen Monaten, als die Landwirtschaftliche Gesellschaft zu Warschau den Höhepunkt ihrer Macht erreichte und überall im ehemaligen Polen als eine vorbildliche politische Organisation der Schlachta empfohlen wurde, gerade in dieser Zeit wurde der landwirtschaftliche Zentralverein „Towarzystwo centralne" in Posen begründet. Acht agronomische Zirkel, die fast nur polnische Mitglieder hatten, vereinigten sich zu einem gemeinsamen Hauptverein unter polnischer Leitung. Hierbei trat zum ersten Male ein Gutsbesitzer Maximilian Jackowski als Organisator hervor, ein Mann, der für die spätere Entwicklung der polnischen Institute eine ähnliche, ja noch größere Bedeutung gewinnen sollte wie einst Karl Marcinkowski.

Es ist möglich, daß der Zentralverein in jenen Jahren ruhige, wirtschaftliche Arbeit leisten wollte, obwohl das berühmte Warschauer Vorbild dem nicht günstig war. Aber was auch immer sein Wille gewesen sein mag, jedenfalls scheint ihn die Aufregung der Zeit in die allgemeine politische Verschwörung hineingetrieben zu haben, und ich möchte zur Charakteristik des jungen Zentralvereins einiges, was ich den Akten des Polenprozesses von 1864 entnehme, mitteilen. Hierbei beschränke ich mich auf eine Reihe unbestrittener Tatsachen[2]: Am 2. März 1863 wurde Maximilian Jackowski, der Organisator und Sekretär des landwirtschaftlichen Zentralvereins, verhaftet unter der Be-

[1] Die Landwirtschaftliche Gesellschaft wurde die offizielle Vertretung der sogenannten „Weißen", d. h. gemäßigten Revolutionspartei, die eine „moralische Revolution" führen wollte.

[2] Die folgenden Angaben entnehme ich den Akten des Polenprozesses von 1864.

schuldigung, bewaffnete Zuzüge zu dem Aufstande in Polen gebildet und ausgerüstet zu haben. Er befand sich gerade auf dem Wege nach dem Lager der Aufständischen in Ruchocin. Da man jedoch strikte Beweise nicht herbeischaffen konnte, entließ man ihn aus der Haft, beobachtete aber sein Tun sorgfältig, weil vermutet wurde, daß er und der landwirtschaftliche Zentralverein Beziehungen zum geheimen polnischen „Komitee des Großherzogtums Posen" und dessen Leiter, dem Grafen Dzialynski, unterhielten. Diese Vermutung schien sich schnell zu bestätigen, denn als am 26. April 1863 die Polizei eine Haussuchung beim Grafen Dzialynski vornahm, traf sie in dessen Wohnung Maximilian Jackowski an. Das Protokoll des Prozesses berichtet hierüber folgendes:

Präsident: Bei der Haussuchung des Grafen Dzialynski waren Sie selbst bei ihm gegenwärtig?

Angeklagter M. v. Jackowski: Ja, in Angelegenheit des landwirtschaftlichen Zentralvereins, als Sekretär und Mitglied des Vorstandes, um mit dem Grafen Dzialynski eine Rücksprache über die projektierte agronomische Schule in Kurnik zu nehmen, zu welcher Graf Dzialynski eine Offerte gemacht, die aus einem Gut von 1500 Morgen und einigen Gebäuden bestand. Nach einer Viertelstunde kam die Polizei eine Haussuchung zu halten, und da wurde ich bis auf den Leib revidiert. Meine Papiere wurden durchgesehen; alle meine Briefschaften wurden durchsucht, es ist indes nichts bei mir vorgefunden worden, was einen Verdacht auf mich werfen könnte, daß ich mit dem Grafen Dzialynski in Verbindung gestanden habe.

— — — — — — — — — — — — — — — — — —

Präsident: Also über die Angelegenheiten der Insurgenten, über die Komiteeangelegenheiten und über die Zuzüge haben Sie keine Gespräche geführt und keine Verbindungen gehabt?

Angeklagter: Nein!

— — — — — — — — — — — — — — — — — —

Zu diesen Behauptungen Jackowski stimmen jedoch sehr schlecht die Berichte eines Komiteemitgliedes an den Grafen

Dzialynski, die bei derselben Haussuchung in den Briefschaften des Grafen gefunden worden. In einem Berichte vom 25. Februar über Waffentransporte nach Polen hieß es: „Die Transporte werden mit Vorsicht auf Schleichwegen befördert. Den Jackowski habe ich gestern auf die Ruchociner Linie ausgeschickt[1]. Zablocki braucht sich mit mir nicht in Verbindung zu setzen, denn ich habe dem Jackowski (Maximilian in Pomarzanowice bei Pudewitz) die notwendige Instruktion erteilt. Für die Sendungen, welche direkt aus Posen erfolgen, habe ich Iwno designiert, von dort aus nimmt sie Jackowski in Empfang." — Und in einem Bericht vom folgenden Tage: „Wenn sich Jackowski dieser Tage beim Komitee melden sollte, dann sollte er damit beauftragt werden."

— — — — — — — — — — — — — — — — — —

Soweit die Indizien! Im übrigen ist auch aus einem anderen Grunde sehr wahrscheinlich, daß der landwirtschaftliche Zentralverein durch die Bestrebungen des politischen Komitees zum mindesten beeinflußt wurde, denn das Verschwörungskomitee, das von dem angesehensten Magnaten geleitet wurde, operierte mit Hilfe „des gesellschaftlich verbundenen Adels der Provinz", der wiederum mit den Mitgliedern des Zentralvereins identisch war[2].

Daß der Zentralverein, falls man ihm politische Pflichten auferlegen wollte, diesem Verlangen keine eigene, rein wirtschaftliche Richtung entgegensetzen konnte, ist ebenfalls klar, denn 1863 befand sich der Verein noch im Stadium der Projekte, hatte noch keine festbestimmte Bahn und war vorläufig überhaupt noch nichts anderes als eine traditionslose Gruppe, die von starken Männern oder durch starke Ereignisse beliebig dirigiert werden konnte.

[1] Wo er einige Tage später verhaftet wurde.

[2] Die Meinung, die man hin und wieder in politischen Broschüren jener Zeit findet, daß nur einige Abenteurer an jener Hilfsaktion für Polen beteiligt waren, ist nicht korrekt. Es befinden sich vielmehr darunter die angesehensten Männer in Posen: Prinz Wilhelm Roman Czartoryski, Graf Wladislaus v. Lacki, Graf Stanislaus Czarnecki, R. v. Moszczenski, die Grafen Mielcski, Mielzynski, Bninski, Niegolewski.

Diese Schwäche der polnischen wirtschaftlichen Organisation ist aber weit lehrreicher, als ihre mehr oder minder beweisbare politische Tätigkeit; hierin liegt sogar die einzige Lehre jener Ereignisse: Die Polen in Preußen besaßen 1863 noch keine wirtschaftliche Institution oder Organisation, die auf Grund ihrer eigenen Wichtigkeit, auf Grund ihrer materiellen Mittel und ihrer Leistungen beanspruchen konnte, in politisch erregten Zeiten irgendeine Rolle zu spielen. Die Organisationen waren so dünnschichtig und schwankten in ihrer Arbeit so zweideutig, daß sie morgen etwas anderes sein konnten als heute, und daß sie in keiner Hinsicht eine zuverlässige Stütze boten.

Der von außen her, sei es von Paris oder London, sei es von Warschau oder Krakau hereinwehende Wind gab daher den Polen in Preußen ihre Richtung; und es existieren für diese Schwäche urkundliche Beweise in der berühmten Brieftasche des Grafen Dzialynski und den gleichzeitig mit Beschlag belegten Dokumenten. Aus ihnen ergibt sich, daß sich die Schlachta der Provinz Posen während der politischen Ereignisse des Jahres 1863 durchaus von Warschau und Paris leiten ließ. „Das Großherzogtum Posen" bekam vom Warschauer Nationalkomitee Befehl, der Insurrektion Mannschaften, Waffen und Gelder zuzuführen. Als sich anfangs der in sich entzweite Posener Adel hierzu unfähig zeigte, wurde ihm auf Veranlassung des Fürsten Czartoryski (Paris) ein Magnat, der Graf Johann Dzialynski, ein Schwager Czartoryskis, als Führer gegeben. Der Graf, der Ende Februar von einer Orientreise zurückgekehrt war, und sich vorher in Paris mit gelehrten Arbeiten beschäftigt hatte[1], stand dem Adel in Posen fern, und war durchaus nicht etwa von der Posener Schlachta zum Führer gewählt worden. Im Gegenteil äußerte er, als er zur Übernahme der Leitung nach Posen kam: „Wenn ich allein an die Spitze trete, werde ich morgen tausend Duelle haben", und stellte sogleich der von ihm vertretenen Sache

[1] Kurz vorher waren zwei Bände (Regierungsakte des Königs Sigismund I.) vom Grafen Dzialynski erschienen.

50 000 Taler zur Verfügung, um sich vorteilhaft einzuführen. — Auf diesen Windstoß hin nahm die Posener Schlachta Richtung: für die einzelnen Teile der Provinz wurden „Kommissäre" ernannt, die einerseits mit dem Grafen Dzialynski, anderseits mit geriebenen Grenzschmugglern in Verbindung standen, und im April suchte die Organisation Pferde und bewaffnete Haufen in Jarotschin und Pleschen über die Grenze zu schaffen.

Dieser extemporierte Mechanismus hat wirklich funktioniert. Unter Leitung polnischer Adliger sind „Kolonnen" über die Grenze gezogen, Kartoffelwagen mit Sätteln und Waffen in das Militärlager der Insurgenten geschafft worden, und es gelang auch, einen ständigen Nachrichtendienst zu unterhalten.

So stark war die Autorität von Paris und Warschau in Posen! Die Polen in Preußen ließen sich, ohne irgendwelche eigene Aktionsfähigkeit zu erweisen, vom Auslande her leiten, und die unteren Schichten wurden überhaupt nicht gefragt. — Der Fürst Czartorynski in Paris und die anonyme Nationalregierung in Warschau waren die höchsten Instanzen für die Polen in Preußen.

Aber dieser Zustand, der bald verdunkelt, bald klarer hervortretend seit 1831 bestanden hatte, der die Organisationen Marcinkowskis gefährdet und die wirtschaftlichen Institute in den Dienst der ausländischen Absichten gestellt hatte, wurde 1864 beendet.

Denn indem Rußland den Aufstand rücksichtslos niederschlug, und indem Preußen die russische Aktion unzweideutig unterstützte, wurde den Polen klar, daß die „Emigrationsherrschaft" eine ungeeignete Form der polnischen Organisation war, und daß man nach neuen Mitteln der nationalpolnischen Verteidigung suchen müsse.

Der Galizier Kozmian, der in jenen Ereignissen agierte, hat die Wirkung des Jahres 1863 mit folgenden Worten geschildert:

„Der Aufstand vom Jahre 1863 hat der polnischen Nation den empfindlichsten Schlag seit dem Verluste ihrer Unabhängigkeit versetzt. Dieser Schlag war ungeheuer; sowohl auf dem Gebiete

der Anschauungen wie auf dem der Tatsachen mußte er eine geschichtliche Wendung herbeiführen, und er hat sie herbeigeführt.

Der Nachteil, der aus diesen Ereignissen der polnischen Sache erwachsen ist, läßt sich gar nicht genau ermessen. Wenn die bisherigen fruchtlosen Versuche einer Wiederherstellung Polens hauptsächlich zu politischen Verlusten geführt hatten, so haben die Folgen des 1863er Aufstandes bis in das Mark der Nation, bis zu den Fundamenten der Gesellschaft gereicht. Die Teilungen haben Polen von der geographischen Karte gestrichen; erst durch diesen Aufstand wurde es aus der Reihe der internationalen Fragen beseitigt. Aber dafür traten an die Stelle der Illusionen und Täuschungen neue Anschauungen über die eigene Lage, es erfolgte eine Ernüchterung, und die polnische Gesellschaft gewann die Lehre, daß sie fortan nur auf sich allein zu rechnen habe."

Zweiter Teil.

Die Herrschaft der polnischen Fraktion in Berlin. 1864—1893.

Vorbemerkung.

Als die europäische Fassung der polnischen Frage 1864 zersprang, erschien das Polentum zunächst haltlos; zwar blieb die Hoffnung auf Wiedergewinnung einer selbständigen staatlichen Existenz bestehen, aber es wurde ganz unklar, auf welche Weise das zu verwirklichen sei, da die populäre Formel und Hoffnung: „Die europäischen Westmächte werden Polen wiederherstellen", jetzt sinnlos oder doch unglaubwürdig erschien.

Die polnischen Parteien und Schattierungen, die zwischen Projektmacherei und Verzweiflung schwankten, suchten irgendeinen gemeinsamen Weg oder nur einen gemeinsamen Haltepunkt zu finden.

Man erzählt sich, daß damals ein angesehener Pole dem französischen Staatsmann Thiers die Frage vorlegte, was die Polen tun müßten, um wieder emporzusteigen. Thiers soll hierauf geantwortet haben: „Enrichissez vous!"

Die Polen stellen heute diese Antwort gern als das historische Zauberwort hin, das mit einem Schlage die moderne wirtschaftliche Arbeit wachrief. In Wirklichkeit verstanden, wie wir sehen werden, nur wenige damals jene Mahnung; nur eine kleine Gruppe hat langsam und mühsam die heimische Arbeit

gefördert, und es ist nur eine fromme Legende, die da erzählt, nach 1863 habe sich in Posen alles auf die Begründung von wirtschaftlichen Unternehmungen gestürzt, habe das preußische Polentum in dieser gemeinsamen Arbeit seinen Halt gefunden.

Nein! Der gemeinsame Weg wurde anders gefunden und lag der bisherigen Straße näher als das „Enrichissez vous".

Wenige Tage vor dem Ausbruch des Aufstandes war in Paris eine Broschüre von Nestor Koszutski erschienen: „Die polnische Frage im Lichte der Sozialwissenschaft". Sie verschwand in der Erregung des folgenden Jahres, gewann aber nach vollendeter Niederlage Bedeutung, da ihr Inhalt seltsamerweise durch die stürmischen Ereignisse nicht überholt worden war. Das Pariser Büchlein, zwar im kosmopolitischen Tone gehalten, den die Polen lieben, richtete sich dennoch direkt auf preußische Verhältnisse, denn es war ein „Sendschreiben an Herrn Schulze-Delitzsch" [1].

Der wirksame Grundgedanke der Schrift war folgender: Sofern eine Nationalität nicht imstande sei, staatliche Selbständigkeit zu erlangen, müsse sie sich wenigstens bemühen, „*die Requisiten der staatlichen Existenz*" *zu erhalten* und zu entwickeln.

Hiermit war in erster Linie die polnische *Sprache* gemeint, zweitens hinreichender *Grundbesitz* in polnischen Händen, drittens eine zuverlässige „soziale Organisation" der

[1] Der nicht uninteressante Anlaß war folgender: Schulze-Delitzsch hatte Gelegenheit gesucht, seine Ansicht über die Polenfrage klarzulegen, und hielt daher in Bromberg 1861 einen Vortrag, in dem er die Theorie aufstellte, daß der Zug der Völker in Europa von Westen nach Osten gehe und die Germanisierung Posens unaufhaltsam vorwärtsschreite. „Müssen doch wir Deutsche dasselbe, was wir für uns den Polen gegenüber in Anspruch nehmen, auch gegen uns gelten lassen. Sind nicht *Lothringen*, Burgund, Flandern, Brabant, *das Elsaß* unserm alten Reich auf ähnliche Weise entrissen worden, *und können wir daran denken, sie von den Franzosen jemals zurückzufordern, da die Bevölkerung inzwischen französisch geworden ist?*"

polnischen Bevölkerung. Im Lichte dieser Anschauung mußte allmählich die früher gering geschätzte, gleichsam provisorische „heimische" Arbeit der Polen zur Hauptaufgabe werden. Nach der Enttäuschung von 1863 wurde dies neue Programm, das den Polen anfangs gar zu bescheiden erschien, von der Presse aufgenommen und erläutert; doch es hat viele Jahre gedauert, ehe es den Polen in Fleisch und Blut überging.

„Die Requisiten der staatlichen Existenz sind zu erhalten und zu entwickeln!" Welche Zukunftshoffnungen dahinter standen, mochte jeder nach seinem Temperament mit sich selbst ausmachen, zunächst galt es, die Sprache zu schützen, den Grundbesitz zu halten und die soziale Organisation zu entwickeln.

Auf welche Weise aber könnte das geschehen und wer sollte führen? Die Emigrationsherrschaft hatte sich unfähig erwiesen, darüber war man sich klar; und als Fürst Czartorysski im Jahre 1864 erklärte, daß er „seine Mission als beendet ansehe", tat er nur, was im Grunde bereits vollendet war. Wenn auch bis auf den heutigen Tag in Paris ein polnischer Zirkel besteht, der hin und wieder die Aufmerksamkeit der Polizei auf sich zieht, so ist doch seit 1863 keine wichtige polnische Unternehmung mehr von Paris dirigiert worden. Die Emigrationsherrschaft hatte abgedankt, und in Preußen und Österreich suchte nun das Polentum neue Mittelpunkte.

In Preußen war die Instanz, die ohne besondere Thronerhebung jetzt zur Herrschaft kommen mußte, die polnische Fraktion in Berlin; denn sie war die Vertretung der in Posen maßgebenden aristokratisch-klerikalen Schicht.

Die Meinung, die Fraktion sei berufen, die Führung zu übernehmen, wurde dadurch gestützt, daß es 1864 gelungen war, die Zahl der polnischen Abgeordneten auf 26 emporzubringen, während es sechs Jahre zuvor nur fünf Polen im Abgeordnetenhause gab, ein Erfolg, der natürlich bei den Polen lebhafte Hoffnungen für die parlamentarische Tätigkeit in Preußen erweckte.

Wir werden allerdings noch sehen, daß dieser plötzliche äußere Erfolg zum guten Teil von zufälligen Ereignissen abhing. Immerhin aber schlug der glückliche Zufall so wirksam in eine kritische Übergangszeit ein, daß er die Berliner Fraktion der Polen schnell in den Vordergrund schob und sie als Personifizierung des preußischen Polentums erscheinen ließ.

Viertes Kapitel.

Die polnische Fraktion.

A. Entstehung und Aufschwung.

In Berlin gab es seit 1847 (Vereinigter Landtag) polnische Abgeordnete, die zuerst vergeblich den Versuch machten, sich teils den liberalen, teils den katholischen Gruppen anzuschließen, und nach einiger Zeit einen eigenen polnischen Kreis (Kolo polskie) begründeten, aus dem die „polnische Fraktion" im preußischen Abgeordnetenhause und später im Reichstage entstand.

In den ersten Jahren konnten die polnischen Abgeordneten schon um deswillen keine Rolle spielen, weil sie von den Polen selbst wiederholt desavouiert wurden, und sie mußten desavouiert werden, weil es praktisch unmöglich war, den starken Einfluß der „Emigration" mit der selbständigen Tätigkeit einer polnischen Fraktion in Berlin zu vereinen. Als sich z. B. in Posen auf Betreiben der Emigration im Jahre 1848 das polnische „Nationalkomitee" bildete, war das nach den „staatsrechtlichen" Begriffen der Polen die „höchste Gewalt", und alle parlamentarischen Aktionen in Berlin und Frankfurt a. M. mußten sich dieser Instanz unterordnen [1].

[1] Der bekannte Dr. Niegolewski, der die Interessen der Polen in Frankfurt a. M. vertrat, legte z. B. folgende „Vollmacht" vor, die sich unter den Drucksachen der deutschen Nationalversammlung befindet: „Das polnische Nationalkomitee im Großherzogtum Posen, welches die Initiative ergriffen hat, um das große Werk der Wiederherstellung Polens

Dementsprechend bestanden die Lebensäußerungen der Fraktion hauptsächlich aus oratorischen Versuchen, eine Selbständigkeit oder Sonderstellung Posens zu konstatieren, wie es im Sinne der „Emigration" war. Bei der Beratung der Verfassung z. B. erklärten die Polen: das Großherzogtum Posen als ein Teil des Landes, das im Wiener Kongreß vom ehemaligen Herzogtum Warschau abgetrennt und an Preußen angegliedert sei, nehme zwar teil an den Verhandlungen bezüglich der Verfassung, bestehe aber auf seinen durch den Wiener Kongreß garantierten Rechten; und 1850 weigerten sich die polnischen Abgeordneten, die Verfassung zu beschwören, weil in der Verfassung die nationalen Rechte der Polen nicht garantiert seien. Immerfort „Erklärungen", „Reservationen" und „Proteste", die auf das Ausland wirken sollten und meist auf die in London und Paris herrschende Meinung zugeschnitten waren; ein polnischer Abgeordneter hielt sogar eine Rede, in der er die Polen wie eine europäische Macht hinstellte, die sich unter Umständen an die „Slawen" wenden könne, wenn man ihre Forderungen nicht erfülle.

Auf die Polen im Auslande, die sich von den Machtverhältnissen in Preußen ein falsches Bild machten, scheinen diese Tiraden stark gewirkt zu haben. So erinnerte z. B. der „Przeglad Polski" (Krakau) noch 1869 an „die europäische Rolle, in der die polnische Fraktion während der ersten Jahre so glänzend im preußischen Landtage aufgetreten sei". Um so peinlicher mußte die Erfahrung sein, daß ihre Selbständigkeits-

---

durch eine militärische und zivile Reorganisation zunächst des Großherzogtums Posens unter dem Schirme und der Oberhoheit Preußens anzubahnen — gestützt auf die Sympathien der deutschen Nation und die Hilfe, welche das freie Deutschland hoffentlich der polnischen Sache angedeihen lassen wird —, hat den Dr. jur. Niegolewski aus seiner Mitte delegiert und mit Vollmachten versehen, bei den deutschen Völkern und deutschen Regierungen die polnische Sache zu vertreten usw. Posen, den 28. März 1848. Das Nationalkomitee im Großherzogtum Posen. Potworowski, M. Mielzynski, Palacz Jan, Dr. Libelt, Andrzejewski, Berwinski, Prusinowski, Slomczewski, W. Stefanski."

reden im Parlament ganz kühl aufgenommen wurden. Die polnischen Abgeordneten, die von der Polenbegeisterung der Straße verwöhnt waren, fanden weder bei den liberalen Mitgliedern des Landtages noch bei den rheinischen Katholiken den erhofften Rückhalt und verloren auch in taktischer Hinsicht als Bundesgenossen der Opposition an Bedeutung, weil sie unzuverlässig waren und bei wichtigen Abstimmungen uneinig wurden. So kompromittierte schon die Adreßdebatte die polnische „Solidarität", indem einer gegen die Adresse, drei aber dafür stimmten und die übrigen sich der Abstimmung enthielten. Mit einem Worte: es fehlte den Polen jegliche parlamentarische Disziplin[1]!

In diese ohnehin schwache Position der Polen schlug 1855 bei den Neuwahlen die preußische Regierung mit einer Wahlgeometrie hinein, die in der Geschichte des Parlamentarismus wohl kaum ihresgleichen haben dürfte.

Die Wahlen von 1855 standen unter dem Zeichen der Reaktion und der orientalischen Frage. Dementsprechend kam es der Regierung vor allem darauf an, das Vordringen der „ritterschaftlichen Parteien" zu begünstigen und gleichzeitig die russenfeindlichen Elemente auszuschalten. Deshalb griff die

[1] Der alte polnische Parlamentarier Henryk Szuman hat in einem Aufsatze: „Rys historyczny poczatkow i zawiazku parlamentaryzmu polskiego w Prusiech" (Posen 1902) über die Enttäuschungen geplaudert, die die Polen in Berlin empfanden. Er klagt über die kühle Haltung der den Polen angeblich nahestehenden Gruppen. Besonders amüsant aber ist die Art, wie Szuman darüber jammert, daß die Berliner Zeitungen „sogar nicht gegen eine entsprechende Belohnung ihre Spalten einer Diskussion öffnen wollten, die den polnischen Angelegenheiten nützlich gewesen wäre" ... „Nur auf dem Wege einfacher Inserate erlaubte die damals am meisten gelesene ‚Vossische Zeitung' diese Frage zu berühren, und das neu begründete Blatt von Dr. Oppenheim, ‚Die Reform', zeigte sich zwar nicht abgeneigt, die betreffenden Artikel aufzunehmen, stellte aber so hohe pekuniäre Forderungen, daß die bescheidenen Summen, die für den Zweck bestimmt waren, auf keinen Fall ausreichen konnten. Außerdem schien die Zweckmäßigkeit dieses Weges zweifelhaft, da die neue Zeitung sich keiner großen Popularität erfreute."

Regierung, ohne es nur im geringsten zu verhehlen, ganz entschieden in den Wahlkampf ein, indem sie die Wahlkreise willkürlich aus Gründen politischer Opportunität kombinierte. Nach Artikel 3 der provisorischen Verordnung vom 30. Mai 1849 hielt sich der Minister des Innern, v. Westphalen, berechtigt, bei neuen Wahlen auch neue Wahlbezirke zu bilden.

„Die Regierung leugnet es durchaus nicht" — so erklärte der Regierungskommissar Geheimrat Hahn am 7. Februar 1856 im Abgeordnetenhause —, „daß auch der politische Gesichtspunkt bei der Zusammenlegung für sie obgewaltet hat. Sie hat hierbei vorzugsweise den Zweck verfolgt, daß die öffentliche Meinung nicht durch den verwirrenden Einfluß der Opposition irregeleitet werden könne ... Die Regierung hat es für ihre Pflicht gehalten, da, wo Wahlbezirke in ihrer bisherigen Zusammensetzung oppositionellen Einflüssen unfehlbar unterliegen mußten, eine Änderung dieser Wahlbezirke, soweit es möglich war, herbeizuführen."

Namentlich in den Gegenden, wo eine geschlossene nationale oder konfessionelle Opposition, d. h. eine polnische oder katholische, vorhanden war, hat die Regierung durch Zerstückelung oder Erweiterung der Wahlbezirke sich bemüht, „die öffentliche Meinung in ihrer Reinheit zum Ausdruck zu bringen".

So wurden in Posen z. B. die Kreise Krotoschin, Adelnau und Schildberg zu einem Wahlkreise zusammengelegt und der Wahlort in den äußersten Süden nach Kempen verlegt, so daß die Wähler aus dem wohlhabendsten und am dichtesten bevölkerten Gebiet über zehn deutsche Meilen reisen mußten. Ferner wurden einzelne Städte aus einem starken Wahlbezirk herausgelöst und zu einem anderen geschlagen; z. B. wählte die Stadt Krotoschin nicht im Wahlbezirk Krotoschin, sondern im Bezirk Lissa. Die Herrschaft Schmiegel wurde aus dem Wahlbezirk Kosten herausgeschnitten und mußte im Südwesten der Provinz wählen, wo das Deutschtum gesichert war. Andrerseits wurden ländliche Enklaven vom Bezirk Lissa getrennt und mit dem weit entfernten Schrimm verbunden. Kreise, die gar nicht aneinander

grenzten, wurden zu einem Bezirk vereinigt und der Wahlort in eine von Deutschen bewohnte Ecke verlegt usw. usw.

Daß die Regierung ihren Beamtenapparat aufbot, um diesen komplizierten Wahlmechanismus zweckentsprechend funktionieren zu lassen, ist selbstverständlich. „Die Einwirkung der Landräte" — so sagte der Regierungskommissar rund heraus — „ist allerdings das wichtigste Mittel gewesen, welches die Regierung benutzt hat, um den Einfluß in der vorher angedeuteten Weise, nämlich zur Erhaltung der öffentlichen Meinung in ihrer Reinheit, auszuüben . . ." „Die Regierung", erklärte der Regierungskommissar Hahn weiter, „hat die Landräte durch ein an sie gerichtetes Zirkular geradezu aufgefordert, daß sie in ihren Kreisen sowohl bei den Urwahlen als bei den Abgeordnetenwahlen offen und entschieden sich als Mittelpunkt der konservativen Partei gerieren sollten, daß sie in Gemeinschaft mit den anderweitigen konservativen Autoritäten des Kreises die konservative Partei sammeln und auf ein einiges Ziel hinzuführen suchen sollten. Sie hat den Landräten geradezu gesagt, daß der Einfluß, den sie bei dieser Gelegenheit üben, recht eigentlich ein Probierstein sein könne, in welchem Maße sie sich das Vertrauen des Kreises zu erwerben gewußt haben. Dieser Einfluß, der den Landräten von der Regierung zugemutet wurde, ist von ihnen fast überall in der Weise, welche die Regierung gefordert hatte, geübt worden . . . „Ich nehme kein Bedenken, hinzuzufügen, daß der naturgemäße Einfluß der Landräte vorzugsweise in denjenigen Landesteilen in Anspruch genommen werden mußte und in Anspruch genommen worden ist, wo konfessionelle oder nationale Parteien in kompakter Weise vom ersten Augenblick an der Regierung gegenüberstanden" usw.

Auf diese Weise gelang es, die polnische Fraktion im Jahre 1855 fast zu vernichten. Während vorher 11 bis 15 Polen im Abgeordnetenhause gesessen hatten, waren es von 1855—1858 nur fünf

Mann, eine winzige Gruppe, die parlamentarisch überhaupt nicht in Betracht kam.

Durch diese „Vernichtung" der polnischen Fraktion hat die Regierung den Polen recht eigentlich einen wirksamen Hintergrund geschaffen. Denn die unvermeidliche Gegenwirkung, die auf solche Scheinvernichtung folgen mußte, ist selbstverständlich im polnischen Lager als großer Triumph betrachtet und überall in Deutschland und im Auslande beachtet worden. Wie ein Aufschwung wirkte es schon, als bei den nächsten Wahlen (1859) die Polen in ihrer gewöhnlichen Stärke zurückkehrten; als aber gar in der Konfliktszeit die konservative Majorität, von allen liberalen Elementen bekämpft, völlig verschwand und die Polen infolgedessen auf 26 Fraktionsmitglieder stiegen, galt dies als ein so großer Sieg, daß die polnische Fraktion plötzlich etwas zu sein schien und zum ersten Male ernst genommen wurde.

So lagen die Dinge, als 1864 die Emigrationskomitees abdankten und die Polen in Preußen sich nach einer neuen Führerschaft umsahen. Daß die Fraktion in Berlin die geeignete Führerin sei, erschien unter diesen Umständen zweifellos, und fast ohne innere Reibungen vollzog sich, durch diese äußeren Verhältnisse begünstigt, die „Verfassungsänderung" bei den Polen.

Die Emigration hatte ohne Glück das ausgesprochene Ziel verfolgt, den Polen die staatliche Selbständigkeit zu erringen.

Die Fraktion hatte jetzt die leichtere Aufgabe, „die Requisiten der staatlichen Existenz zu erhalten und zu entwickeln".

B. Die Bedeutung der Fraktion.

Ich kann den Arbeiten der polnischen Fraktion unmöglich ein rechtes Interesse abgewinnen. Weder als Oppositions- noch als Regierungspartei ist sie, von wenigen Ausnahmefällen abgesehen, in Betracht gekommen. Nur wenige bedeutende Parlamentarier hat sie besessen, und das geistige Niveau ihrer Reden und Aktionen war selten ein hohes.

Trotzdem hat sie in den drei Jahrzehnten von 1864—1893 als höchste Instanz des preußischen Polentums fungiert, und ihre Mitglieder haben über ihre Volksgenossen eine wirkliche Macht ausgeübt.

Um das zu verstehen, müssen wir in Betracht ziehen, daß die polnische Fraktion für die Polen einen ganz anders gearteten Wert hat als etwa die konservative oder nationalliberale Fraktion für die Deutschen. Das „Deutschtum", die deutsche Nationalität sucht und findet nicht Ausdruck in einer einzelnen Fraktion; das „Polentum" hingegen sucht und findet Ausdruck in der polnischen Fraktion. Die polnische Fraktion trägt daher, so klein sie sein mag, einen universalen Charakter, sie will alle Schattierungen und Parteiungen der polnischen Nationalität Preußens in sich vereinigen. Keine deutsche Partei, so groß sie sein mag, kann auf eine ähnliche Universalität innerhalb des Deutschtums Anspruch erheben.

Auf Grund dieser Universalität vermag die polnische Fraktion für die Polen selbst dann viel zu bedeuten, wenn ihre parlamentarischen Leistungen verhältnismäßig geringfügig sind. Denn ganz abgesehen davon, ob es ihr gelingt, Gesetze durchzubringen oder zu verhindern, ist die Fraktion das einzige, unantastbare Vermittlungsorgan zwischen den polnischen Schmerzen oder Forderungen und der Öffentlichkeit. Sie ist das einzige offizielle, durch die Immunität geschützte Institut für polnische Angelegenheiten, und ihre Hauptaufgabe besteht darin, die preußische Polenpolitik dauernd mit einem öffentlichen Kommentar zu begleiten. Sie sucht nicht nur die Gesetzgebung, sondern noch mehr die Ministerialverfügungen und Maßregeln der ausführenden Behörden zu kontrollieren und zu kritisieren, und hat dadurch, daß sie „ausspricht, was ist," den Polen schon manche Erleichterung geschaffen. Manche Beschränkung polnischer Vereinstätigkeit, manche harte Verfügung, manches Mißverständnis ist durch das Dazwischentreten der Fraktion verhindert worden, und die polnische

Presse bucht und erläutert jeden einzelnen Fall, in welchem ein Jazdzewski oder Dziembowski seinen Volksgenossen Erleichterung oder Genugtuung verschafft hat. Daß diese Vermittlungstätigkeit mannigfache und sich wandelnde Formen annimmt, ist selbstverständlich und wohlbekannt. So bestanden z. B. in den Jahren, als die Fraktion von den Polen besonders hoch geschätzt wurde, freundschaftliche und verwandtschaftliche Beziehungen zwischen einigen ihrer Mitglieder und einflußreichen Personen am Berliner Hofe; ferner war es ein stetes Bemühen der Polen, einen Teil der deutschen Presse zur Vertreterin polnischer Forderungen zu machen. Einen Widerhall sucht die polnische Fraktion wachzurufen; sie will erreichen, daß die polnische Auffassung der Ostmarkenfrage gehört werde.

Um ein wirksames Institut für polnische Angelegenheiten sein zu können, benutzt sie die parlamentarische Aktion gewissermaßen als Zubehör und Hilfsmittel, indem sie entweder in den Kämpfen der Hauptparteien das Zünglein an der Wage zu bilden sucht oder sich in den Schutz großer Fraktionen begibt. Als „Zünglein an der Wage" hat die polnische Fraktion im Reichstage einige glückliche Jahre erlebt, mußte aber die kurze Macht bald mit vermehrten Repressalien büßen, da die deutschen Parteien eine ausschlaggebende Stellung der polnischen Fraktion nicht dulden. Weit behaglicher und sicherer befanden sich die Polen, wenn es ihnen gelang, ihre speziellen Forderungen an irgendeine brennende politische Frage anzuhängen und auf diese Weise im Kielwasser einer starken Parteibewegung zu fahren.

Solche günstige Situation ergab sich 1864, als die Fraktion die Führung des Polentums übernahm. Damals nämlich identifizierte der zu parlamentarischer Macht gelangte Liberalismus *Polenpolitik und Schulpolitik*. Das liberale Schlagwort lautete: *Wer die Schule hat, hat die Jugend. Wer die Jugend hat, hat die Zukunft.*

Dieses Wort richtete sich in gleicher Weise gegen den Ultramontanismus wie gegen das Polentum. *Die germanische Volksschule soll die Macht der klerikalen Gewalten*

brechen. Die deutsche Schule soll den Osten germanisieren. Der Vertreter weltlicher Bildung, der Lehrer, soll dem Vertreter der katholischen Kirche gegenüberstehen. Der Träger deutscher Bildung, der Lehrer, soll dem Vertreter des Polentums gegenüberstehen.

So wurde während der sechziger Jahre im liberalen Programm die Polenfrage ein Teil der antiklerikalen Schulfrage, und so wurde in den siebziger Jahren die Polenpolitik ein Teil des Kulturkampfes.

Den Polen war es unter diesen Umständen sehr leicht, in das Kielwasser des Zentrums zu gelangen, dem sie ohnehin als „katholische Macht" nahestanden, und es ward Stil dieser parlamentarischen Gemeinschaft, daß jeder Zentrumsaktion eine polnische Aktion angehängt wurde. Der Abgeordnete Florian Stablewski z. B., der spätere Erzbischof, führte sich damit ein, daß er einen Zentrumsantrag, der die missio canonica für Religionslehrer forderte, durch den Zusatz ergänzte, den Unterricht habe ein so bestellter Lehrer stets in der Muttersprache zu erteilen, und er fand hierfür die Unterstützung der Zentrumsführer.

Gewiß haben die Polen in dieser Kampfgemeinschaft manche Wunden erlitten; aber wenn sie auch keine eigentlichen parlamentarischen Erfolge erzielten, standen sie doch in einer breiten Front, sie waren nicht mehr die isolierte Zwergfraktion, die immer in Gefahr kam, eine komische Figur zu spielen, sondern fanden in der großen politischen Katholikenpresse einen lauten Widerhall und wirkten stark auf die öffentliche Meinung im Auslande.

Infolgedessen stand die polnische Fraktion von etwa 1875 bis zum Ende des Kulturkampfes auf der Höhe ihrer Wirksamkeit, denn damals bildete sie in vollkommener Weise ein Vermittlungsorgan zwischen den polnischen Angelegenheiten und der Öffentlichkeit.

In dieser parlamentarischen Arbeit aber konnte sich die Fraktion ganz frei bewegen, weil sich die breiten Massen der

polnischen Bevölkerung am politischen Leben damals kaum beteiligten. Eine schmale obere Schicht, die hauptsächlich aus adligen Großgrundbesitzern und geistlichen Würdenträgern bestand, arrangierte die Politik, ernannte ein „Zentralwahlkomitee", das in Posen wirkte, stellte die Kandidaten auf und führte die Wahlen durch, indem die adligen Herren ihre Bauern auf Kartoffelwagen luden und mit Wahlzetteln zur Stadt sandten.

Fünftes Kapitel.

Die Entstehung der polnischen Bauernorganisation.

A. Der Bauernführer Maximilian Jackowski.

In den Tiefen arbeiteten inzwischen einige Männer, die die Niederlage von 1863 anders deuteten als die herrschende Kaste parlamentarischer Diplomaten.

An ihrer Spitze stand der schon erwähnte Gutsbesitzer Maximilian Jackowski, der im Jahre 1864 des Landesverrats beschuldigt im Gefängnis saß[1].

Als Jackowski 1865 das preußische Gefängnis, geschmückt mit der Märtyrerkrone, verließ, hatte er zweierlei gewonnen:

Erstens hatte er sich in stillen Studien eine theoretische, nationalökonomische Bildung angeeignet, die dem großen Praktiker wohl zustatten kam.

Zweitens war er jetzt von der Idee durchdrungen, die er bis zu seinem Tode, allen phantastischen Hoffnungen entgegen, vertreten hat: daß die Polen sich nur entwickeln könnten, wenn sie bis in die Tiefen ihres Volkes soziale Organisationen führten, um die ziellose und stumpfe Masse zu bewußter Arbeit zu erwecken.

In einem Programm oder Glaubensbekenntnis hat er den Gedanken im Laufe der folgenden Jahre entwickelt und 1870 veröffentlicht: „Rzut oka na nasze zasady, sprawy i potrzeby" (Ein Blick auf unsere Angelegenheiten, Grundsätze und Bedürfnisse).

[1] Vgl. S. 65 ff.

Es ist die ungefüge Federarbeit eines Mannes, der auf praktisches Wirken und großes Organisieren ausging.

Jedoch bevor ich von diesem seltsamen Büchlein spreche, seien mir einige Worte über den Mann gestattet.

Als ich zum ersten Male in die Provinz Posen ging, um die Lage zu studieren, kam mir eine Nummer des „Kurier Poznanski" zur Hand, die folgende Notiz enthielt:

„Posen, den 19. Juni 1902.

Von dem verehrungswürdigen Patron Herrn Maximilian Jackowski erhalten wir folgendes Schreiben:

‚Selten nur finden wir in den Tagesblättern Artikel, die von Landwirten stammen, und niemals fast lesen wir solche aus der Feder der Jugend, die in die Schranken der öffentlichen Tätigkeit tritt. Darum habe ich mit wahrer Freude den in Nr. 272 des Kuryr enthaltenen Artikel des Grafen M. gelesen. Ich ersehe daraus, daß der junge und wackere Herr, welcher sich dem politischen Beruf widmet, von wahrhaft polnischen und edlen Grundsätzen durchdrungen ist. Ich freue mich, daß sich aus der jungen Generation eine so edle und ehrenwerte Stimme hat vernehmen lassen.

Maximilian Jackowski.'"

Über diese eigentümliche, öffentliche Zensur erstaunt, erkundigte ich mich nach diesem Brauche und fand noch eine Reihe ähnlicher öffentlicher Erklärungen, die sich zum Teil auf Personen, zum Teil auf Parteigruppen, Ereignisse, auf die Haltung der Presse oder der Fraktion bezogen, z. B.:

„Von dem verehrungswürdigen Patron Herrn Maximilian Jackowski erhalten wir folgende Erklärung:

‚Der Redaktion des Kuryr drücke ich hiermit meine Anerkennung für die vornehme und ruhige Form aus, in welcher sie die politische Diskussion führt im Gegensatze zu dem Niveau der journalistischen Ethik, durch das sich die Auslassungen des Dzennik poznanski auszeichnen. Mit den

politischen Überzeugungen des Kuryr Poznanski und mit der Form ihrer Bekundung bin ich voll und ganz einverstanden, und ich bitte die geschätzte Redaktion, diese Erklärung in die heutige Nummer des Kuryr aufzunehmen.

Maximilian Jackowski.'"

Nichts ist für diesen Mann bezeichnender als die beherrschende, unerschrockene Art, mit der er bis zu seinem Tode im Jahre 1905 die öffentlichen Vorgänge öffentlich beurteilte. Wie ein Patriarch stand er, der neunzigjährig starb, in seinen letzten zwei Jahrzehnten da; und jede Erklärung, die er scharf, meist allzu scharf und energisch abgab, wurde respektvoll aufgenommen, auch wenn die jüngeren Führer der Meinung waren, daß der greise Maximilian Jackowski allzu stürmisch und undiplomatisch verfuhr.

Maximilian Jackowski erschien insofern nicht slavisch in seinem Wesen, als ihm jede Geschmeidigkeit und Glätte fehlte. In Komitees, denen er vorstand, war er das Komitee, da alle anderen schweigen oder verschwinden mußten. Stellte sich ihm ernstlicher Widerstand entgegen, so machte er von der hinter ihm stehenden Bauernorganisation eventuell sogar politischen Gebrauch. So hat er z. B. 1893 das führende Blatt der ihm feindlichen Volkspartei von den Bauernvereinen boykottieren lassen, obwohl er seinen Bauernvereinen stets eingeprägt hatte, daß politische Streitigkeiten nicht zu ihrer Kompetenz gehörten.

Doch würde man ihn ungerecht beurteilen, wollte man ihn sich etwa als rohen Hünen vorstellen, denn weit hervorstechender als seine Rücksichtslosigkeit war seine vielbewunderte Sachkenntnis und Voraussicht.

Der von ihm begründete Zentralverein der Großgrundbesitzer trägt die Spuren seiner Wirkung. Die von ihm begründeten polnischen Bauernvereine, die die ganze Provinz Posen wie ein Netz bedecken, sind nicht nur in den großen Zügen, sondern im kleinsten Detail von ihm vorgezeichnet, und in den letzten Jahren seines Lebens hat er sogar noch gestützt auf seine Bauernvereine in das polnische Genossenschaftswesen eingegriffen, da er meinte,

daß die Genossenschaften einen allzu kapitalistischen Charakter annähmen. Wesentlich ihm haben die Polen zu verdanken, daß in den letzten Jahren nicht nur wie früher Kreditvereine, sondern auch landwirtschaftliche Ein- und Verkaufsgenossenschaften geschaffen wurden[1].

Ein Mann, der soviel geleistet hat, reizt uns, sein Programm und Glaubensbekenntnis zu erörtern, auch wenn es vielleicht steif und schwerfällig entworfen ist.

Folgendermaßen beurteilte Jackowski in den sechziger Jahren die Lage der Polen in Preußen:

„Betrachtet man die Tätigkeit unseres unter preußischer Herrschaft stehenden Volkes näher, so vermißt man bei uns Polen die verständige Überlegung, die den einzelnen in eine gemeinsame Richtung lenkt, uns fehlt die Organisation, welche die einzelnen Glieder zusammenfaßt. Daher bietet unser Volk das Bild einer Werkstätte, in der sich die Leute vergebens bemühen, eine Maschine zusammenzusetzen; immer vergebens! Aus dem einfachen Grunde, weil jeder bei uns sein Material auf eigene Hand schmiedet, ohne gemeinsame Disposition. Das ist der große Fehler unseres Volkes und eine Hauptursache unserer Ohnmacht ... Diejenigen, die zersplittert sind in egoistischen Einzelexistenzen, sind nicht imstande, eine nationale Existenz zu führen und das Andringen systematisch entwickelter Völker abzuwehren. Sie halten sich wohl eine Zeitlang aufrecht, aber schließlich verdrängt von ihren Sitzen, gehen sie zugrunde und werden zerstreut wie eine aufgescheuchte Schar Vögel. Das ist die Wahrheit, denn unsere Städte, unsere Städtchen, unsere Großgrundbesitzungen und unsere bäuerlichen Besitzungen beweisen das!

„Da ich dieses Bild immer vor Augen habe, da ich zurückblicke auf erduldetes Leid und mitten in allgemeiner Verwirrung und Schwäche neues Unheil voraussehe, kann und will ich kein stummer Zeuge der Vernachlässigung unserer Angelegenheiten

---

[1] Vgl. Schlagwörterverzeichnis: „Ein- und Verkaufsgenossenschaften".

sein, sondern ich will meinen Landsleuten zurufen, daß es die höchste Zeit ist zur Ordnung unserer nationalen Angelegenheiten; zur systematischen Festlegung einer bestimmten Richtung und zur Arbeit nach einem gut überlegten Plan.

Wenn schon für den einzelnen Mann Einteilung und Ordnung notwendig ist, so ist für die Wirtschaft der Gesamtheit eine Organisation nach verständigen und dauernden Grundsätzen die Grundlage der Existenz und Entwicklung."

In einer eigentümlichen Mischung von gelehrter Pedanterie und lebendiger Erfahrung bespricht er dann die Organisation der Arbeit, wobei er sich halb an John Stuart Mills System der politischen Ökonomie anlehnt, halb an die praktischen Lehren, die Karl Marcinkowski in seinen Organisationen den Polen gegeben hat. Aus diesen ungleichen Elementen kombiniert er das Ergebnis, daß die Polen zwar weitergehen sollten auf der von Marcinkowski eröffneten Bahn, daß sie sich jedoch entschiedener als bisher bemühen müßten, zu Berufsorganisationen zu kommen, und zwar zu großen zusammenhängenden Systemen, die imstande wären, das Land zu umfassen. Wohlbemerkt: zu zusammenhängenden Systemen!, denn einzelne Vereine hatten sich gelegentlich schon früher gebildet, hier und da gab es seit den vierziger Jahren kleine Handwerkervereine, die halb Vergnügungsgesellschaften, halb politische Zirkel waren, seit 1865 gab es auch nach deutschem Vorbilde einige polnische Bauernvereine, halb Volksbildungsvereine, halb gesellige Zirkel. Aber die verstreuten und von Zufälligkeiten abhängigen Institute bedeuteten nichts, und dem „Begründer des ersten Bauernvereins" kommt kein besonderer Ruhm zu. Erst das Emporheben der wenigen Berufsvereine aus der Vereinzelung zu systematischer Vermehrung und gemeinsamer Leitung brachte die Polenarbeit auf ein höheres Niveau.

Nachdem also Jackowski im Jahre 1870 sein Organisationsprogramm veröffentlicht und damit die sogenannte Ära der positiven Reformen eingeleitet hatte, und nachdem er eine Reihe von Bauernvereinen soweit entwickelt hatte, daß ihre Zukunft

einigermaßen gesichert erschien, erklärte er 1873 dem Zentralverein der Großgrundbesitzer, daß er die bestehenden Bauernvereine vereinigen und nach einheitlichen Grundsätzen leiten werde.

Daß die hier einsetzende polnische Arbeit von den Deutschen gering geschätzt oder fast übersehen wurde, ist wohl begreiflich. Denn Maximilian Jackowski mußte mit seiner Bauernorganisation einen Weg gehen, den früher erwachte Provinzen weit früher gegangen sind; originelle Umwege wollte und konnte er nicht betreten. Die Vereinigung der Bauern zu monatlichen Zusammenkünften, ihre Unterweisung in moderner landwirtschaftlicher Betriebsweise, die ihnen gehaltenen Vorträge über ökonomische Fragen, die Versuche, den Bauern beim Verkauf ihres Getreides durch gemeinsame Verabredung zu helfen und ihnen beim gemeinsamen Einkaufe von Geräten, Saatgut, Düngemitteln behilflich zu sein, die Gliederung der sich schnell vermehrenden Vereine in geographische Gruppen unter sachverständiger Leitung, der Zusammenschluß dieser Glieder in einem Zentralbureau, die Begründung einer landwirtschaftlichen Zeitschrift für dieses System, die Veranstaltung von jährlichen Bauernversammlungen in der Provinzialhauptstadt: Alles das waren Maßregeln, die man in anderen bäuerlichen Gebieten schon 10 bis 20 Jahre früher ins Werk gesetzt hatte, und insofern lag für die Deutschen kein Grund vor, die polnischen Bauernvereine mit Interesse zu beobachten.

Und doch ist gerade diese Nichtbeachtung der polnischen Bauernvereine eine Hauptursache dafür, daß die heutige Kraftentwicklung der Polen in Preußen den Deutschen so überraschend erschienen ist.

Denn das Interessante und wirklich Fesselnde in den Bauernvereinen liegt nicht in ihrer Technik, die den deutschen Vereinen nachgeahmt und mit großem Geschick durchgeführt wurde, sondern *in einem ganz anderen Punkte.*

B. Das „Erwachen" des polnischen Bauern.

In den sechziger und siebziger Jahren galt als Kern und Problem der polnischen Angelegenheit: die Haltung der polnischen Bauern.

Die Haltung der Bauern war in der Tat problematisch. Sie schienen, obwohl sie polnische Sitten und Gebräuche streng bewahrten, eine halbloyale Richtung zu nehmen, und es war unsicher, wie sie sich in der Zukunft verhalten würden.

Die polnischen Führer kannten diese schwache Stelle ihrer „Gesamtheit" sehr genau. „Der mangelnde polnische Patriotismus der Bauern" war ein stetes Thema der politischen Debatten, besonders als offenbar wurde, wie tapfer sich diese Männer 1866 und 1870/71 für Preußen schlugen.

Jeder, der sich mit der Lage in Posen beschäftigte, empfand, daß hier der entscheidende Keim saß; denn für die Entwicklung kam alles darauf an, ob der polnische Bauer sich politisch zur streng polnischen Richtung wenden oder eine halbloyale Zwischenposition finden werde.

Daß die preußische Regierung in dieser Hinsicht viel erhoffte, läßt sich in allen Phasen ihrer Verwaltung erkennen. In den Berichten über die fortschreitende Bauernregulierung, über die Befreiung der Bauern von der gutsherrlichen Willkür, über die Maßnahmen zur Hebung der bäuerlichen Lage wird oft bemerkt, wie die Bauern allmählich diese Fürsorge begreifen. Waren doch über 20 000 Bauernhöfe mit Hilfe der preußischen Behörden seit 1824 aus abhängigen jammervollen Stellen geschaffen worden; und selbst Kozmian, der Führer der Krakauer Stanczyken, gab zu, als er Studien über Preußen und speziell Posen im „Przeglad Polski" veröffentlichte, die preußische Verwaltung habe dadurch, daß sie „schnell, ehrlich und gründlich die Besitzseparierung erledigte, den Boden für die Entstehung einer sozialen Spannung beseitigt". Dem Polen, der die soziale Spannung zwischen Schlachta und Bauern in Galizien kannte, mußte die reinliche preußische Arbeit besonders auffallen.

Was aber folgte politisch daraus?

Die preußische Regierung sah in der Aufopferung, mit der sich die polnischen Bauern 1866 und 1870/71 für Preußen schlugen, einen Beweis für den Erfolg ihrer Arbeit. Das war bis zum Anfang der neunziger Jahre das Argument der preußischen Verwaltungskreise, die gern auf ein Wort Bismarcks zurückgriffen: „Mit der glänzenden Tapferkeit, welche die Polen von jeher charakterisierte, haben sie ihre Hingebung an das preußische Vaterland, ihre Anhänglichkeit an die Krone Preußen betätigt; sie haben ihr Blut mit dem unsrigen, mit dem ihrer deutschredenden Landsleute gemischt. Es ist uns allen bekannt, daß der größere Teil des heldenmütigen fünften Armeekorps aus jenen Gegenden stammte, wo die polnische Bevölkerung ziemlich ungemischt vorherrscht, und gerade diese haben mit ihrem Blute die Überzeugung besiegelt, daß sie zum preußischen Volke gehören."

Ähnlichen Eindruck machte das ruhige Verhalten der polnischen Bauern während der Verschwörungen und Aufstände von 1846/49 und während der „Hilfszüge" im Jahre 1863. Obwohl der Adel sich seit dem Novemberaufstand von 1830 dauernd bemühte, die Bauern politisch mit sich zu reißen, und obwohl der Klerus seit 1846 versuchte, in bäuerlichen Versammlungen Politik zu treiben, blieb die Bauernschaft scheinbar unberührt und hielt sich von allen Demonstrationen des Nationalitätsgedankens fern.

Leider aber haben die Deutschen damals aus diesen Tatsachen allzu kühne Konsequenzen gezogen; manche glaubten schon, die polnischen Bauern als eine sichere Gefolgschaft der Regierung proklamieren zu können, und es entstand das Dogma: „Der polnische Bauer, der seine drei Jahre gedient hat, ist loyal." Man übersah, daß in dieser Loyalität ein gutes Stück Stumpfsinn steckte, und meinte, der Bauer sei zur Erkenntnis seines Preußentums *erwacht*, während er in Wahrheit nur in Loyalität *dahindämmerte*.

Dem dumpfen Gefühl der polnischen Bauernschaft stand die preußische Verwaltung als eine Macht da, die ihm befahl,

die ihn aber nicht verletzte, die ihm materiell nützte, ihn gegen Willkür schützte, und die doch nicht störend in seine polnischen Gewohnheiten eingriff. Besonders der letzte Punkt war wichtig. Die preußische Regierung hat vor 1873 jede Reibung in polnischen Sprachangelegenheiten auf dem Lande sorgfältig vermieden. Das geltende Schulregulativ enthielt für die „Landschulen" besonders vorsichtige und den polnischen Gewohnheiten entgegenkommende Bestimmungen: jedes Kind sollte den Unterricht in seiner Muttersprache empfangen. In allen „Landschulen" sollen daher die Lehrer beide Sprachen beherrschen und anwenden. In Landschulen, welche vorherrschend von polnischen Kindern besucht wurden, sollte die polnische Sprache die Hauptunterrichtssprache sein[1].

Mit einem Worte: der preußische Staat verzichtete darauf, die Schule auf dem Lande als Germanisierungsmittel zu ver-

---

[1] Die entscheidende Bestimmung war vor dem Beginn des Kulturkampfes die Instruktion vom 24. Mai 1842. Sie unterschied die Volksschulen in „Landschulen" und „Städtische Schulen" und bestimmte:

„1. In allen Landschulen, welche sowohl von Kindern deutscher als polnischer Abkunft in bedeutender Anzahl besucht werden, sollen, soweit die erforderliche Anzahl von Schulamtskandidaten vorhanden ist, nur solche Lehrer angestellt werden, welche sich bei dem Unterrichte sowohl des Deutschen als des Polnischen mit Fertigkeit bedienen können.

2. Die Lehrer müssen in diesen Schulen von beiden Sprachen in der Weise Gebrauch machen, daß jedes Kind den Unterricht in seiner Muttersprache empfängt.

3. In Schulen (Landschulen), welche vorherrschend von polnischen Kindern besucht werden, ist die polnische Sprache, und in Schulen, in welchen sich vorherrschend deutsche Kinder befinden, ist die deutsche Sprache Hauptunterrichtssprache.

4. Da die Kenntnis der deutschen Sprache den polnischen Einwohnern der Provinz in allen Lebensverhältnissen fast unentbehrlich ist und deshalb in vielen polnischen Gemeinden die Lehrer auch schon bisher auf den Wunsch der Eltern im Deutschen unterrichtet und die Kinder im Deutschsprechen geübt haben, so soll die deutsche Sprache in allen Schulen Unterrichtsgegenstand sein. Ebenso soll auch in vorherrschend deutschen Gemeinden der Lehrer Unterricht im Polnischen erteilen, wenn es von den Eltern der Kinder gewünscht wird."

wenden; er suchte statt dessen den Bauer durch materielle Fürsorge seit 1831 zu gewinnen und erzielte damit jene halbloyale Haltung.

Da jedoch die Bauern noch nicht fähig oder nicht gewöhnt waren, ihr Denken auf politische Kombinationen zu richten, blieb ihr Verhältnis sowohl zum preußischen Staat wie zur polnischen Schlachta unbestimmt. In Kriegszeiten folgten sie der preußischen Regierung als gute Soldaten; in parlamentarischen Wahlzeiten aber ließen sie sich vom adligen Herrn mit polnischen Wahlzetteln in die Stadt schicken. Die preußische Verwaltung sowohl wie anderseits die polnischen Führer hofften auf die Bauern[1].

Ein schwebender oder labiler Zustand, der von äußern Anstößen seine Richtung erwartete.

Hier nun griffen kurz nacheinander im Jahre 1873 zwei Ereignisse ein: Erstens der Entschluß der polnischen Schlachta auf Antrag Max. Jackowskis, eine systematische Bauernorganisation zu begründen[2]. Zweitens der Entschluß der preußischen Regierung, in den Volksschulen die deutsche Unterrichtssprache einzuführen[3].

---

[1] Wie sehr die Polen auf die Bauern rechneten, zeigt folgende polnische Äußerung vom Jahre 1869: „Der polnische Bauer kannegießert nicht Politik, aber er läßt sich auch nicht entnationalisieren; er dient im Militär, zahlt seine Steuern, aber er hört nicht auf und wird nicht aufhören, polnischer Bauer zu sein, obschon er preußischer Untertan ist ... Es ist dies ein Element, das sich nie naturalisieren läßt ... Schon heute läßt sich, wenn man die Wirtschaft der preußischen Regierung und deutschen Nation im Herzogtum ansieht, leicht erraten, daß, falls nicht außerordentliche Ereignisse ihre Pläne kreuzen, zuletzt doch nur der polnische Bauer übrig bleibt ... Dies Polentum des Bauern ist, wir wiederholen es, wie eine Naturkraft, den Elementen in der Natur, den Gestaden, welche die Meeresgrenze bilden, oder dem Wasser gleich, von dem das Feuer gelöscht wird." Kozmian im Przeglad Polski.

[2] Beschlossen im Februar 1873 auf der Generalversammlung des Zentralvereins polnischer Grundbesitzer.

[3] Eine Oberpräsidialverfügung vom 27. Okt. 1873 bestimmte: I. „In allen Lehrgegenständen, mit Ausnahme der Religion und des Kirchengesanges, ist die Unterrichtsmethode die deutsche." II. „Der Unterricht in der Religion

Diese beiden Entschlüsse, die sofort energisch durchgeführt wurden, haben das labile, schwebende Verhältnis der polnischen Bauern entschieden. Von jenem Jahre ab gab es für die ruhigen und stumpfen polnischen Bauern zwei große Probleme, die direkt das Interesse der bäuerlichen Familie berührten: die Bauernorganisation und den „Schulkrieg", zwei Vorgänge, die Woche für Woche neuen Unterhaltungsstoff und neuen Agitationsstoff lieferten.

Wie führte Maximilian Jackowski seinen Entschluß durch! 1873 gab es 11 Bauernvereine, 1875: 45 Vereine, im folgenden Jahre 61 Vereine, 1877: 105, 1880: 120 Vereine, jeder einzelne Verein von M. Jackowski selbst begründet, der während dieser ganzen Jahre im Lande umherreiste, so daß die Bauern anfingen, ihn wie einen Allgegenwärtigen zu verehren. In seinen Reden und Schriften kehrte in unendlichen Variationen der eine Gedanke wieder, daß ein Volk, das seine staatliche Selbständigkeit verloren habe, nur im Nationalgefühl Halt finden könne, und daß das Nationalgefühl verschwinde, wenn es an einer sozialen Organisation fehle. Anfang der achtziger Jahre war der Kern der Bauernschaft auf diese Weise organisiert. Monat für Monat hielt jeder Bauernverein seine Versammlung ab, einmal im Jahre vereinigten sich die Bauernvereine des ganzen Kreises, und in jedem Frühjahr fand in Posen die große Jahresversammlung der polnischen Bauern statt. — Politik war verpönt, aber die Pflege des polnischen Nationalgefühls galt nicht als Politik. Den Boden nicht in deutsche Hände gelangen

---

und im Kirchengesange wird den Kindern polnischer Zunge in der Muttersprache erteilt. Wenn dieselben jedoch in der Kenntnis der deutschen Sprache soweit vorgeschritten sind, daß ein richtiges Verständnis auch bei der in deutscher Sprache erfolgten Unterweisung erreicht werden kann, so ist die deutsche Sprache auch in diesen Gegenständen auf der Mittel- und Oberstufe als Unterrichtssprache einzuführen." . . . . IV. „Das Polnische bleibt Unterrichtsgegenstand für die Kinder polnischer Zunge; doch kann die Regierung in geeigneten Fällen das Gegenteil bestimmen . . ."

zu lassen, polnische Sitten und Gebräuche zu bewahren, sich gemeinsam gegen Maßregeln der preußischen Regierung zu wehren, das wurde ein Hauptzweck der nationalen Organisation.

Ausschließlich von Polen geleitet, förderte der Verband die bäuerliche Wirtschaft, sorgte für Einführung zweckmäßiger Ackerbestellung, für Anwendung moderner Geräte, gab Rat in Kreditangelegenheiten, in Fragen des Versicherungswesens.

Was diese Organisation heute für die Polen bedeutet, wird unten ausführlich geschildert werden. Die 15 000 Bauern, die heute in diesem Verbande stehen, bilden den Kern der polnischen „Bauernrepublik" in Preußen, und ihre enge Verbindung mit dem polnischen Genossenschaftswesen gibt ihnen verdoppelte Kraft.

Auf diese bäuerlichen Kreise, die seit 1873 so schnell und geschickt zu nationaler Organisation vereinigt wurden, mußten die Schulgesetze der preußischen Regierung ganz anders wirken als man vorausgesehen hatte. Die Absicht war, zunächst dem polnischen Adel (Patronat) und der Geistlichkeit durch das Schulaufsichtsgesetz die Beherrschung der Schulen zu entziehen. „Die Aufsicht über alle öffentlichen und Privatunterrichts- und Erziehungsanstalten steht dem Staate zu", vom Staate sollten die Schulinspektionsbehörden abhängig sein. Die zweite Absicht war, dem System der polnischen Geistlichkeit ein System deutscher Lehrer entgegenzustellen.

So wollte Bismarck den gefährlichen Einfluß des politischen Klerus auf die polnische Bauernschaft beseitigen. Die polnische Bevölkerung sollte geschützt werden gegen die seit drei Jahrzehnten wirkende Agitation des Klerus, der nicht nur die Kirche, sondern auch die Schulen beherrschte.

Heute weiß jedermann, daß dieses Ziel nicht erreicht wurde, sondern fast das Gegenteil eintrat. Denn mit dieser Verfügung griff der Staat, der es den Bauern vorher so bequem gemacht hatte, in die Volksgewohnheiten, in die Sprache ein. Früher wußte der Bauer nicht, weshalb ihn der Propst gegen die preußische

Regierung aufhetze, jetzt sah es jeder und jede, daß es um die Muttersprache ging: der „Schulkrieg" begann. Vier Jahrzehnte hatte die polnische Schlachta vergebens versucht, den Bauer zu einem Gegner der preußischen Verwaltung zu machen: Jetzt bewirkte das der Schulkrieg in wenigen Jahren. Die Bauern ließen ihre Kinder gegen die Unbequemlichkeit der deutschen Unterrichtssprache kämpfen.

Gewiß war das zunächst kein bewußtes Ringen um die Nationalität, es war vielmehr nur ein Kampf gegen das Unbequeme, dessen Sinn selbst dem stumpfesten Geist einleuchtete; aber als im Laufe der Jahre die Bauern zum politischen Denken erwachten, befanden sie sich bereits in diesem von Jugend auf geübten Kampfe gegen das preußische Schulsystem und sahen sich gleichzeitig materiell gefördert und gehoben von der polnischen Organisation Maximilian Jackowskis.

So erwachte der polnische Bauer.

Sechstes Kapitel.

Die Entstehung des polnischen Genossenschaftswesens.

Parallel mit der von Jackowski kraftvoll durchgeführten Bauernorganisation ging ein schwächlicher Versuch, auch die polnischen Handwerker zu einigen und ihnen nach deutschem Vorbilde durch genossenschaftliche Kassen Hilfe zu bringen. Die ersten polnischen Handwerkervereine waren schon kurz nach 1840 entstanden und trugen zum Teil politischen Charakter. Es waren die Jahre, in denen die Verschwörung von 1846 vorbereitet wurde und die Provinz von Überläufern aus Polen „starrte". Kleine Beamte aus Polen, Schüler, Söhne von Kaufleuten und Handwerkern flüchteten damals vor der russischen Militäraushebung nach Preußen und suchten Unterkunft und Unterhalt im Handwerk als Gehilfen bei polnischen Meistern. Die Flüchtlinge, die meist von höherer Bildung waren als die polnischen Meister der Provinz, begannen unter den Handwerkern eine „Propaganda der Kultur und des nationalen Patriotismus" und begründeten 1843 die ersten rein polnischen Handwerkervereine, die 1846 bis 1849 eine zwar ganz untergeordnete, aber immerhin bewußte Rolle in der politischen Bewegung spielten. In den folgenden Jahren wurden aus den Vereinen, soweit sie nicht zugrunde gingen, kleine gesellige Klubs, die sich nur dadurch hervortaten, daß sie jährlich ihr Sommervergnügen und ihren Winterball veranstalteten. Zu

irgend einer folgenreichen ernsten Organisationstätigkeit kam es nicht. Es wäre wohl auch schwer gewesen, die armen polnischen Schuhmacher, Schneider, Maurer, Schmiedegesellen, Schlossergehilfen (das waren die hauptsächlich von Polen betriebenen Handwerke) fest zu organisieren.

Einige Menschenfreunde jedoch meinten, daß es wohl möglich sei, dem armen Handwerkerstande durch genossenschaftliche Kassen zu helfen, wie Schulze-Delitzsch es damals in vielen Gegenden Deutschlands ins Werk setzte.

Der polnische Handwerker war dem deutschen nicht gewachsen, weil er mittellos war, weil er sich die Geräte und Materialien nicht beschaffen konnte. Die in der Provinz bestehenden Kassen waren ihm meist verschlossen. Zwar gab es in der Stadt Posen seit 1849 ein Kontor der Preußischen Bank, das in Krotoschin, Lissa, Ostrowo und Rawitsch Agenturen hatte, aber es diente fast ausschließlich dem Handel. Es bewilligte keine Darlehen unter 500 Taler[1] und war schon aus diesem Grunde dem kleinen Handwerker unzugänglich. 1852 war eine Provinzialhilfskasse geschaffen worden, die sich jedoch hauptsächlich dem landwirtschaftlichen Kredite widmete (besonders der Regulierung von Gemeindeschulden), und 1857 entstand gar eine Privat-Notenbank, die „Provinzial-Aktienbank des Großherzogtums Posen", die jedoch in ihrem Diskont- und Lombardgeschäft nur mit Großhändlern verkehrte.

Der eigentliche Handwerkskredit war sehr dürftig. Zwar gab es allenthalben Handwerkskassen und Gesellenkassen, jedoch meist ganz armselige, noch dazu an die Innungen gebundene Institute. So betrug im Regierungsbezirk Posen im Jahre 1865 der Kassenbestand von 98 Kassen zur gegenseitigen Unterstützung der Gesellen und Gehilfen nur 4423 Taler bei 4858 Teilnehmern, und alle Innungskassen insgesamt besaßen nur 16207 Taler[2].

[1] Bankordnung vom 5. Oktober 1846.

[2] Herzog, Die Entwicklung der gewerbl. Verhältnisse im Regierungsbezirk Posen, Posen 1867.

Daher war nicht zu verwundern, daß die arme Bevölkerung auf die Pfandleihanstalten angewiesen blieb, die Darlehen gegen 12½ % Zinsen erteilen.

Wenn auch die Handwerker selbst nicht fähig schienen, sich aus ihrer Kreditnot zu befreien, mußte doch die Genossenschaftspropaganda, die in den fünfziger und sechziger Jahren vor sich ging, auf die Handwerkerelemente in Posen Eindruck machen. Schon 1852 war in dem polnischen Gewerbeverein in Posen (Towarzystwo Przemyslowe), einem Institut, das sich mehr geselligen als ökonomischen Fragen zu widmen liebte, die Frage gestellt worden, ob es nicht möglich sei, den Ideen Schulze-Delitzschs entsprechend eine Kreditgenossenschaft zu gründen.

Schulze-Delitzsch hielt sich damals als „strafversetzter" Richter in Wreschen auf und einige Polen, die später im Genossenschaftswesen eine führende Rolle spielten, traten mit ihm in Verbindung, insonderheit sein Amtskollege, der späterhin „gemaßregelte" Richter Lyskowski. Der Genossenschaftsgedanke erschien also in eigener Person in Posen. — Jedoch die Organisationsfrage war so schwierig, daß das Projekt zunächst wieder aus der Diskussion verschwand.

Erst die Notstandsjahre, die infolge der Krisis von 1857 die Provinz belasteten, ließen hie und da einige kleine Hilfsaktionen entstehen und so kam das Projekt einer Hilfskasse für Handwerker wieder auf die Tagesordnung.

Der Eigentümer der größten Posener Maschinenfabrik, Dr. Cegielski, stellte sich an die Spitze des humanitären Versuchs; einige Ärzte, Richter und andere angesehene Polen schlossen sich ihm an und begründeten am 12. Mai 1861 das „Towarzystwo Pozyczkowe Przemyslowcow miasta Poznania" (Darlehnsgesellschaft für Gewerbetreibende der Stadt Posen).

Diese Gründung, die heute die größte Genossenschaftsbank der Polen ist, entstand also als ein Mittelding zwischen Unterstützungsverein und Kreditgenossenschaft. Die Darlehnsnehmer waren Handwerker und kleine Kaufleute, die Geldgeber

(Deponenten und Besitzer größerer Anteile) hingegen meist Leute, die einiges Vermögen besaßen, angesehene Bürger, die der Darlehnskasse Summen anvertrauten. So besaß die Kasse:

	Anteile	Depositen
1861	327 Mk.	750 Mk.
1862	477 „	3450 „
1863	1143 „	4800 „
1864	4822 „	6960 „
1865	12927 „	47610 „

In einem Gebiet, das wegen mangelnder Kreditorganisation an einen hohen Zinsfuß gewöhnt ist, lassen sich solche Kassen, zumal wenn sie von einigen wohlhabenden Bürgern unterstützt werden, erfahrungsgemäß leicht einführen. Die ersten Jahre sind, da es sich anfangs um kleine Kapitalien handelt und da die Verwaltung zumeist unentgeltlich oder gegen geringe Entschädigung besorgt wird, leicht zu überstehen. Erst in etwa 10 bis 15 Jahren, wenn der Betrieb sich vergrößert hat und die primitiven Einrichtungen nicht mehr genügen, pflegt eine Zeit des kritischen Überganges zu kommen. In dieser typischen Weise, die aus der Genossenschaftsgeschichte aller Länder wohlbekannt ist, entwickelte sich auch dies Institut. Die wenigen tausend Mark waren leicht in sicherer Weise untergebracht. Ihre Verzinsung machte keine Schwierigkeiten, da die Handwerker an einen weit höheren Zinssatz gewöhnt waren, als die Kasse forderte[1]; und da der Fabrikant Dr. Cegielski, ferner Dr. Ludwig Rzepecki, Graf Jan Wolzynski und andere in Posen wohlbekannte Männer in der Leitung der Kasse standen, war für die Liquidität des Instituts nichts zu befürchten.

Es war kein Unternehmen, das irgendwelche Größe oder Kraft verriet, sondern nur ein polnischer Versuch, an der damals in Posen einsetzenden Genossenschaftsbewegung teil zu nehmen.

---

[1] Für kleine Darlehen waren 10—13% üblich. Die Kasse forderte 7—9%.

Die Welle der deutschen Genossenschaftsbewegung nämlich, die zuerst als Anregung und Journalidee, dann seit 1860 in Form von Gründungsversuchen in die Provinz hineinspielte, hatte 1860 in Bromberg, dann in Lissa, Filehne (1861), Wronke, Schwersenz, Bojanowo, Krotoschin, Gollub (1862), Birnbaum, Inowrazlaw (1863) Genossenschaften entstehen lassen, die meist von Deutschen gegründet und geleitet wurden und heute fast alle (mit Ausnahme von Gollub) zum „Verbande der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften der Provinz Posen" gehören.

Eine Scheidung zwischen Polen und Deutschen fand in dieser wirtschaftlichen Frage nicht statt. Doch hatten die Deutschen infolge ihrer ökonomischen Überlegenheit das Übergewicht. Nur in der Hauptstadt Posen, wo es eine genügende Anzahl geschulter und wohlhabender Polen gab, machten sich die Polen das Vergnügen, ein Institut mit rein polnischer Leitung zu schaffen.

Die Leistungen der zahlreich entstehenden Kreditvereine wurden sehr günstig beurteilt[1]; infolgedessen bemühten sich die Polen

[1] So schrieb 1867 ein preußischer Regierungsbeamter: Es hätten sich in neuester Zeit Genossenschaften gebildet, die ohne staatliche Mitwirkung und Beaufsichtigung dem Kredit dienen. „In den Städten Posen, Schwersenz, Wronke, Bojanowo usw. sind Darlehns- und Vorschußkassen ins Leben getreten, die ein sehr wesentliches Moment zur Hebung des Wohles der Gewerbetreibenden bilden. Ein Beispiel möge dies dartun. In Wronke, einer unbedeutenden Stadt des Kreises Samter von 2565 Einwohnern, ist im Jahre 1862 eine Vorschußkasse errichtet worden. Der Kassenabschluß für das erste Jahr ihres Bestehens ergab eine Einnahme von 1461 Tlr., von welchen nach Abzug von zurückgezahlten Darlehen, Zinsen, Bildung eines Reservefonds usw. an dortige Gewerbetreibende 1301 Tlr. Vorschüsse gegeben und auch sämtlich von den Schuldnern pünktlich zurückerstattet wurden. Der Abschluß dieser Kasse pro 1864 ergibt eine Gesamteinnahme von 15311 Tlr., 1866: 32721 Tlr. . . . Durch derartige Institute und Genossenschaften, welche eine stets größere Verbreitung im Regierungsbezirk Posen finden und hier mit Rücksicht auf die sonstigen, höchst ungünstigen Kreditverhältnisse von besonderem Nutzen und Wichtigkeit sind, wird namentlich den kleineren Gewerbetreibenden die Beschaffung des Kredits wesentlich erleichtert und hierdurch auch dem befähigten, aber wenig bemittelten Manne die Möglichkeit geboten, sich allmählich in die Höhe zu arbeiten." Herzog l. c. S. 39.

seit 1865 eifriger als zuvor, sich an solchen Gründungen zu beteiligen und womöglich die Leitung zu gewinnen, was ihnen in den Städten, die in überwiegend polnischen Gebieten lagen, z. B. Tremessen, Schroda, Znin, Jarotschin, Löbau und Gnesen, auch gelang. So entstanden bis 1870 in Posen ungefähr 50 bis 60 kleine Kreditvereine, teils mit deutscher, teils mit polnischer, teils mit „paritätischer" Führung, ohne daß in dieser Frage eine scharfe Spannung zwischen den beiden Nationalitäten eingetreten wäre.

Jedoch in diesem Zustande lagen so viele Keime der Trennung, daß es keines starken Anlasses bedurfte, um bald hier, bald da Zwistigkeiten zu schaffen. So die Frage: soll die Genossenschaft die Firma „Vorschußverein" oder „Towarzystwo pozyczkowe" führen? Soll die Generalversammlung in polnischer oder in deutscher Sprache geleitet werden? Soll der Vorstand polnisch oder deutsch korrespondieren? — Solange wie möglich suchten ruhige, besonnene Männer einen Ausgleich zu schaffen; man gab bald dieser, bald jener Nationalität mehr Spielraum, man korrespondierte in beiden Sprachen und nahm alle die Rücksichten, die heute noch manche Kreditvereine nehmen. Trotzdem ließ sich nicht hindern, daß in der Stadt Kosten sich die Polen und Deutschen von einander trennten und so neben einem „Vorschußverein" ein „Towarzystwo pozyczkowe" entstand. In Inowrazlaw hatten 1863 einige deutsche Bürger einen Kreditverein begründet, aber die Polen, die der Meinung waren, daß sie nicht gleichmäßig in der Darlehnserteilung behandelt wurden, stifteten 1868 ein „Towarzystwo pozyczkowe", in Bromberg entstand 1860 ein „Vorschußverein", dem 1869 eine „Bank ludowy" gegenübergestellt wurde, in Gnesen 1870 ein „Vorschußverein", ein Jahr später eine „Kasa pozyczkowa".

Diese Lokalstreitigkeiten und Zänkereien an einzelnen Orten mußten allgemeine Bedeutung gewinnen, als man daran gehen wollte, die Genossenschaften Posens zu einem gemeinsamen Verbande zu vereinigen, wie es in manchen Provinzen und Staaten schon geschehen war. Die Leiter der ausgesprochen polnischen

Kassen hatten natürlich ein Interesse daran, auch dem Verbande polnischen Charakter zu geben und begannen 1871 dafür zu agitieren: Der Leiter der polnischen Genossenschaft in Kosten, ferner ein Redakteur in Thorn, der dort zum Vorstande des „Towarzystwo pozyczkowe" gehörte, und einige Mitglieder des polnischen Kreditvereins in Posen entwarfen Anfang 1871 ein Projekt für einen Verband der polnischen Wirtschaftsgenossenschaften (Zwiazek Spolek Zarobkowych polskich).

Das Projekt, das alsbald öffentlich diskutiert wurde, mußte den Polen sympathisch erscheinen, weil der Verband die polnischen Genossenschaften nicht nur Posens, sondern auch Westpreußens und Oberschlesiens umfassen wollte, die von der Fraktion in Berlin gern betonte Einmütigkeit der drei Gebiete also zum Ausdruck kam. Jedoch darf man sich den neuen Verband nicht etwa als großes, aufsehenerregendes Unternehmen vorstellen, sondern als eine noch unsichere Vereinigung, die sich bemühte, im polnischen Stile das nachzuahmen, was an anderen Orten längst durchgeführt war. Nicht nur aus polnischen Mitteilungen, sondern auch aus den Akten der preußischen Behörden, die die neue polnische Verbindung natürlich sorgfältig beobachteten, ergibt sich, daß dem Verbande ein energischer, zielbewußter Führer fehlte.

19 polnische Kreditvereine, die sämtlich schwach und unerheblich waren, hatten sich zwar „vereinigt", wirtschafteten aber doch nach eigenem Ermessen weiter.

Um der Gründung einen „offiziell-polnischen Anstrich" zu geben, bat man ein angesehenes Mitglied der Berliner Landtagsfraktion, den Gutsbesitzer Kazimir Kantak, an die Spitze des Verbandes zu treten, und gab ihm den wohlklingenden Titel „Patron". Kantak, ein guter Debatteredner, aber schlechter Ökonom, verstand vom Kreditwesen nur soviel, um Schulden machen zu können, und tat wohl daran, schon nach einigen Monaten die Leitung wegen „Überbürdung mit parlamentarischen Geschäften" niederzulegen. Über ein Jahr suchte dann das Gründungskomitee nach einem neuen Patron, fand zwar einen

Arzt, der „provisorisch und unentgeltlich" die Führung übernahm, aber erst Ende 1872 trat ein geeigneter Mann dieses Amt an, der Geistliche Szamarzewski in Schroda.

Szamarzewski gehörte ebenso wie Maximilian Jackowski zu den populären Männern, die 1864 im Berliner Polenprozeß auf der Anklagebank gesessen hatten [1]. Er war beschuldigt, der Insurrektion in Polen Waffen und Lebensmittel zugeführt zu haben und es wurde behauptet, daß er von der Kanzel herab für die Befreiung Polens gesprochen habe.

Szamarzewski hat nie geleugnet, daß er mit ganzer Seele Pole war und 1863 vieles erhoffte. Als Andenken an die stürmischen Wochen bewahrte er Notizen, die die Behörde in seinem Tagebuche fand und von denen eine, eine Abschrift von der Wand des Gefängnisses, so lautet: „Wir Polen, durch unsere Feinde, die Russen, verfolgt, suchten Schutz in fremdem Lande. Wir wurden von Patrouillen aufgefangen, mit Kolben geschlagen und ins Gefängnis geworfen. Dennoch verlieren wir nicht die Hoffnung auf Gott und auf seine allerheiligste Mutter, die Königin Polens. Wir sind stets einigen Geistes, und wenn wir befreit sein werden, so werden wir wieder zurückgehen, um mit offener Brust für die gute Sache zu kämpfen." „Ich war in ähnlicher Lage," sagte Szamarzewski auf Befragen des Gerichtspräsidenten, seine Meinung aber drückte er vorsichtig so aus: „Ich vermag nicht zu wissen, welche Grenzen das Vaterland haben soll; das ist nur Gott bekannt."

Daß der temperamentvolle Patriot in seiner Heimat hoch angesehen war, ist begreiflich. Als er in Schroda verhaftet wurde, entstand ein so erbitterter Zusammenlauf des Volkes, daß es schwer war, ihn fortzuschaffen, und als er in die Parochie zurückkehrte, wurde er wie ein Heiliger begrüßt und verehrt.

Nach seiner Gefangenschaft schloß Szamarzewski mit demselben Eifer, mit dem er den politischen Hoffnungen nach-

[1] Die folgenden Mitteilungen entstammen den Protokollen des Polenprozesses 54. Sitzung vom 10. Oktober 1864.

gegangen war, sich jetzt der sogenannten „positiven Reformbewegung" an, die Maximilian Jackowski damals zu predigen begann. Er vollzog den Umschwung von den phantastischen Experimenten zur nüchternen praktischen Arbeit so schnell, daß er schon 1865 in seiner Parochie als eifriger Agitator der Genossenschaftsidee auftrat und 1866 einen Kreditverein in Schroda begründete. Ein sehr impulsiver Mann — der jedoch zähe Ausdauer nicht besaß. Hatte ihn eine neue Idee gepackt, war er alsbald der stürmischste und eifrigste, bis die eintönige, täglich sich erneuende Arbeit seine Lust einschläferte.

Auf ihn fiel 1872 die Wahl zum „Patron des polnischen Genossenschaftsverbandes", in einer Zeit also, wo ein allgemeiner wirtschaftlicher Aufschwung auch in Posen die Unternehmungslust beflügelte. Szamarzewski legte sogleich den Hauptton auf die Begründung neuer Vereine, reiste als „Patron" im Lande umher, rief 1873 nicht weniger als 14 Genossenschaften ins Leben und suchte die Kassen, die sich dem Verbande nicht anschließen wollten, wenigstens zu veranlassen, daß sie dem Patronat über ihre Geschäftsergebnisse berichteten, nahm also sogleich formell die Stellung eines Mannes ein, der im Mittelpunkt des polnischen Genossenschaftswesens stand.

Solche formelle Vollendung bei faktischer Unfertigkeit ist in fast allen slawischen Organisationen zu beobachten. Die lebhafte Phantasie, die dem mühsam erarbeiteten Erfolge weit vorauseilt, läßt schnell ein System entstehen, das Sicherheit vortäuscht, wo in Wahrheit noch die Elemente fehlen. Man nannte Szamarzewski den „polnischen Schulze-Delitzsch", und als er in ausführlichen statistischen Darstellungen von den „Umsätzen" der Genossenschaften ein Bild entwarf, glaubte die Presse schon von einer Finanzmacht der Polen sprechen zu können.

Aber der Gründerkrach, der dem allgemeinen Aufschwung in Deutschland folgte, brachte eine plötzliche Nüchternheit: Anfang 1874 wurde bekannt, daß der polnische Kreditverein in Posen keine Dividende verteilen könne, und bald hörte man von nicht bezahlten Wechseln und großen Verlusten. Ein Jahr später

mußte sich die Generalversammlung jener Genossenschaft bereit finden, 30 % der Anteile als verloren abzuschreiben und den ganzen Reservefond zu opfern. Zugleich kamen aus der Provinz ähnliche Nachrichten in Fülle. Es gab kaum eine Genossenschaft, die nicht eine Verringerung ihrer Depositen erlitten hätte, und mehrere Vereine mußten schleunigst liquidieren.

Szamarzewski war nicht der Mann, solchem Sturme lange Widerstand zu leisten. Einige Jahre wirkte noch der erste Elan, aber von etwa 1877 bis 1885 stockte die Entwicklung fast völlig und Mißbräuche und Unordnung rissen ein.

Siebentes Kapitel.

Die Entstehung der polnisch-demokratischen Bewegungen.

Das ist nun der Punkt, der uns ermöglicht, die Wirkungen zu erkennen, die aus den unsicheren inneren Bestrebungen der Polen damals hervorgingen und noch die Gegenwart erfüllen:

Dem Beobachter der polnischen Angelegenheiten fiel in den Jahrzehnten, deren Mittelpunkt der Kulturkampf bildete, am deutlichsten ins Auge: die polnische Fraktionsherrschaft; und je ferner der Betrachter stand, um so ausschließlicher sah er diese Gewalt. Unbestritten fast herrschte die aristokratisch-klerikale Schicht, nur leicht flankiert von einer radikalen Gruppe, von der 1869 noch gesagt werden konnte: sie regt aus Patriotismus die sozialen Fragen nicht an, birgt und nährt sie jedoch in ihrem Schoß; sie agiert ein wenig im leeren Raum, ist nicht zahlreich, aber von Natur rührig.

In den Tiefen jedoch regten sich die sozialen Fragen und mußten berührt werden. Die Bauernvereine arbeiteten als polnisch-nationale Organisation des Landvolks und die Genossenschaften, die bestimmt waren, der Kreditnot des polnischen Volks zu helfen, durchlebten die erste Welle ihrer Entwicklung.

Die politische Formel, die zwei Vorgänge solcher Art verknüpfen konnte, war wohlbekannt; die völkische, demokratische Bewegung, so sagte man, mache sich geltend und werde neben der herrschenden aristokratisch-klerikalen Schicht ihren Platz erkämpfen.

Seltsam aber und der polnischen Entwicklung ganz eigentümlich war, daß der demokratische Gedanke in zwei Richtungen auftrat, die einander kaum verstanden, die ganz verschiedenartige Beweggründe und verschiedenartige Ziele hatten und nicht einmal im Ton der Schlagworte übereinstimmten.

Die eine möchte ich den französisch-polnischen „Republikanismus" nennen; ein Erbstück der Pariser Emigration. Wir kennen seinen Ursprung im „Towarzystwo demokratyczne" (demokratischer Verein) zu Paris, der sich 1832 aus Schülern und Anhänger des polnischen Historikers Lelewel gebildet hatte. Die geistig lebhaften Männer, meist ehemalige Mitglieder des „Warschauer Klub", brachten aus der Heimat eine beißende Kritik der polnischen Adelswirtschaft und nahmen in Paris ganz die Lehre auf, daß die republikanische Verfassung das einzige und unfehlbare Mittel sei, die sozialen Übel zu beseitigen und einen Staat zu erhalten. Von diesen Warschauer Literaten, die in eine von revolutionären Leidenschaften erfüllte französische Bewegung geworfen waren, ging die erste „demokratische Bewegung" aus, die unsere Provinz Posen zu einer Zeit erregte, wo dort an eine wirkliche Volksbewegung noch nicht zu denken war[1]. Apathisch, gleichgültig, ohnmächtig lagen in den dreißiger, vierziger und fünfziger Jahren noch die Massen des Volks, während die demokratischen Gedanken und Programme den gebildeten Polen wohlbekannt und manchem vertraut wurden.

Die Beweggründe dieser Richtung waren historische und philosophische Erwägungen; ihr Ziel war ein demokratisches Polen, das frei wäre von aristokratischer Mißwirtschaft und imstande, seine Selbständigkeit zu gewinnen und zu erhalten. Von dem Zustande des Polenvolkes aber, das der Träger der Staatsidee sein sollte, hatte jene Richtung keine Kenntnis. Vielmehr war das „Volk" den demokratischen Führern nur ein Wort, das ihnen in allen Sprachen ähnlich erklang, und sie zweifelten

[1] Vgl. über diese Vorgänge S. 15 ff.

nicht, daß sich das polnische Volk im entscheidenden Moment ebenso erheben werde wie einst das Volk von Frankreich.

Als sich nun neben dieser nervösen und mit fertigem Programm versehenen Bewegung schwerfällig und in halbem Bewußtsein die Bauernorganisation vollzog und das Genossenschaftswesen entstand, glaubten die radikalen Demokraten, die entscheidende Stunde sei endlich gekommen. Im Lauf der siebziger Jahre hatte sich diese Überzeugung verbreitet und in den Wochen, die den Reichstagswahlen des Jahres 1881 vorausgingen, brach sie zum ersten Male an den Tag.

Die Polen — so berichteten deutsche Blätter im Jahre 1881 erstaunt — haben plötzlich eine eigene sozialdemokratische Bewegung. Sehr bald aber erkannte man, daß diese angeblich „sozialdemokratische" Agitation durchaus keine internationale Farbe trug, sondern streng polnisch-national, ja weit radikaler in ihren nationalen Forderungen war, als man es von der polnischen Fraktion gewöhnt war. Lärmend erhob sich die Agitation in Volksversammlungen gegen die vom „adligen Zentralwahlkomitee" aufgestellten Reichstagswahlkandidaten. Besonders in Inowrazlaw, einem Bezirk, der lebhaften Grenzverkehr nach Rußland hat, wirkte die Bewegung und es wurde behauptet, daß sich allerlei Gesindel aus Polen und Galizien daran beteiligte. Wahrscheinlich haben die demokratischen Führer im eigenen Volk nicht genügend Gefolge gefunden und sich die russisch-polnischen und galizischen Arbeiter, die um Inowrazlaw und nördlich von Thorn beschäftigt waren, zu Hilfe genommen.

Diese ersten Attacken überdauerten noch die Reichstagswahlkämpfe von 1881, denn da ein Jahr später auch Neuwahlen zum Abgeordnetenhause stattfinden mußten, blieb die Bewegung in Übung. Es bildete sich jetzt auch eine Gegenwehr im konservativen Lager: die drei polnischen Hauptzeitungen, Kurier poznanski, Dziennik poznanski und Gazeta Torunska bekämpften die Demokratie und ihre Presse als gefährlichen „politischen Individualismus" (im Gegensatz zur „polnischen Solidarität"), und ein Mitglied der Fraktion erließ einen offenen Brief, der

deutlich zeigt, daß die herrschende Gruppe in den neuen Unruhen nur eine vorübergehende Machenschaft einiger Hetzer sah [1].

Jedoch es gibt Anzeichen dafür, daß die Agitation nicht etwa nur lose auf der Oberfläche lag, sondern daß das Selbstbewußtsein des Volkes wirklich lebendig wurde. Zeugen jener Tage erzählen von einer eindrucksvollen Szene, die 1882 auf dem Verbandstage der polnischen Genossenschaften sich ereignete. Dort kam die Rede auf die Verluste, welche die polnischen Kreditvereine in den vergangenen Jahren erlitten hatten. Ein Redner, der den aristokratischen Kreisen nahestand, erklärte, die Hauptgefahr für das polnische Kreditwesen sei das „demokratische" Prinzip der unbeschränkten Gesamthaftung. Es sei ein Fehler, auf den schwachen Schultern der Bauern und Handwerker den Finanzbau zu errichten; deshalb möge sich der polnische Verband für den damals dem Reichstage vorliegenden Antrag Mirbach-Ackermann aussprechen, der die Einführung der „beschränkten Haftpflicht" verlange und wohlhabenden Männern die Möglichkeit gebe, sich ohne allzu großes Risiko an den Genossenschaften zu beteiligen. — Diese Frage, die scheinbar nur kredittechnisch war, hatte für die Polen eine große politische Bedeutung, denn da das Genossenschaftsgesetz von 1868 nur die unbeschränkte Haftung zuließ, da also jeder Teilnehmer mit seinem ganzen Vermögen für die Zahlungsfähigkeit der Genossenschaft Gewähr leisten mußte, hatten sich die wohlhabenden Polen, die herrschende, obere Schicht, von den Kreditvereinen zurückgezogen [2]. Die Teilnahme war ihnen zu riskant. Infolgedessen verloren die „herrschenden Gruppen", insbesondere die Schlachta, jeden Einfluß auf das Genossenschaftswesen. Die Einführung der beschränkten Haftung hingegen hätte dem Adel die Möglichkeit gegeben, durch

[1] Vgl. Komierowski, Kola polski w Berlinie S. 123 f.

[2] Die polnische Kreditgenossenschaft in Posen z. B., die 1861 begründet wurde, war eine Genossenschaft mit beschränkter Haftung und fand daher, wie wir sahen, Mitarbeiter und finanzielle Helfer unter den wohlhabenden Polen. Als sie 1868 durch das Genossenschaftsgesetz gezwungen wurde, zur unbeschränkten Haftung überzugehen, verlor sie bald diese Stütze.

seine Teilnahme eine Demokratisierung der Genossenschaften zu verhindern. Hierin lag die politische Bedeutung jenes Angriffs auf die unbeschränkte Haftung.

Dem entgegen jedoch erhob sich Dr. Kusztelan, ein späterhin als Direktor der polnischen Verbandsbank bekannt gewordener Genossenschaftsleiter, zu einer scharfen Rede, die mit den begeistert aufgenommenen Worten schloß: Nicht durch die solidarisch haftenden Handwerker und Bauern seien die Verluste der polnischen Banken herbeigeführt, sondern durch die adligen Großgrundbesitzer, die Kredit aufnehmen und das Geld leichtfertig verwenden. „Nie solidarność — ale zycie nad stan to zguba, to upadek." Nicht die Solidarität, sondern das Leben über den Stand, das ist der Verlust, das ist der Ruin. — Und an einer anderen Stelle wiederholte er es mit ähnlichen Worten. Die adlige Großmannssucht, die den Polen noch so imponierte, sei Schuld an allem Übel[1].

Daß auf dem nüchternen, disziplinierten Verbandstage sich ein Führer so scharf gegen den Adel wenden konnte, zeigt, wie kräftig schon die innere Bewegung des polnischen Volkes im Jahre 1882 war.

Zwei Elemente also: der französisch-polnische Republikanismus und das in eigener Arbeit erwachende Volksbewußtsein standen nebeneinander. Zwei demokratische Bewegungen, die einander glichen wie ein polnischer Bauer einem Pariser Journalisten.

Es ist, um in die heutigen politischen Verhältnisse der

[1] Die Szene ist auch durch ein Protokoll, das sich im Besitze der polnischen Genossenschaftsleitung befindet, festgelegt. Dort ist der Vorgang folgendermaßen geschildert: Lyskowski hatte sich energisch für die Einführung einer beschränkten Haftung erklärt, die sich bei den polnischen Genossenschaften in Galizien so bewährt hat; er fuhr dann fort: „Solidarność! wielki wyraz, a wiemy z doświadczenia, ile razy blichtrem się okazal. Co mi po solidarności, gdy cale zastępy czlonków odpowiedzialnych albo nic nie posiadają albo wcześwe wystąpią, a ciężar strat spada na 2 lub 3 (cf. Bydgoszcz), lub gdy przed czazem katastrofy dowcipnie manewrami mience swe ukryli isprzeda (cf. Ul Poznanski)." Hierauf antwortete Kusztelan wie oben mitgeteilt unter dem Beifall der Genossenschaftsdelegierten (glosy prawdo! Bravo!)

Polen in Preußen einzudringen, durchaus notwendig, diese beiden Elemente der polnischen Demokratie voneinander zu unterscheiden; denn die Mißverständnisse in der Beurteilung der polnischen Frage beruhen oft darauf, daß man die Parteiverhältnisse einfacher darstellt, als sie in Wahrheit herangewachsen sind. Eine in Deutschland weit verbreitete Meinung glaubt z. B., die Polen seien in zwei Lager: Adelspartei (einst Hofpartei genannt) und Volkspartei, gespalten oder vor wenigen Jahren so gruppiert gewesen, und in dem sich entspinnenden Kampfe habe die Volkspartei gesiegt und terrorisiere jetzt das Polentum in Preußen in einer den gebildeten und wohlhabenden polnischen Kreisen unerträglichen Weise.

Eine solche Vereinfachung der polnischen Parteiverhältnisse steht etwa auf gleicher Höhe wie die in der italienischen Presse einst übliche Behauptung, das deutsche Volk sei in ein sozialdemokratisches und ein bürgerliches Lager gespalten, — nur mit dem Unterschiede, daß die Polen von einem Zweiparteiensystem noch weiter entfernt sind als die Deutschen.

Vor allen Dingen darf man sich — das kann nicht scharf genug betont werden — die demokratische Bewegung der Polen in keiner Periode als einfach oder gar einheitlich vorstellen, denn die polnische Demokratie in Preußen hat sich in zwei Kardinalfragen nie einigen können: erstens in betreff ihrer Stellung zur katholischen Kirche und zweitens in betreff ihrer Stellung zu den österreichischen und russischen Polen.

Die heimische Volksbewegung, die aus dem erwachenden Selbstbewußtsein der polnischen Bevölkerung hervorging, war kirchlich, weil von der niederen Geistlichkeit stark beeinflußt. Ihre vorläufig nur geringfügige Kraft beschränkte sich aber auf die Arbeit in Preußen, und zwar besonders in Posen und Westpreußen; denn den Trägern und Leitern dieser jungen Bewegung fehlten die internationalen Beziehungen, fehlten die Verwandtschaften, Freundschaften und Gevatterschaften in Krakau und Warschau, die den Polen oft so „vielseitig" machen.

Der Republikanismus hingegen, der, dem französischen Vorbilde folgend, die katholische Kirche haßte, bemühte sich zugleich, die Gebräuche der Emigration zu erhalten, indem er zwischen Galizien, Polen und Posen seine Fäden spann. Dieses politische Transitgeschäft, daß grundsätzlich russisch-polnische und galizische Agitatoren heranzog, machte den Republikanismus besonders lästig und verdächtig, so daß seit 1882 Klagen und warnende Berichte über ein beunruhigendes Verhalten der Grenzbevölkerung bei der preußischen Regierung einliefen.

Achtes Kapitel.

Der Beginn der preußischen Ansiedlungspolitik.

A. Das Ansiedlungsgesetz von 1886.

Während diese Bewegungen ihre Bahnen suchten und sich in slawischer Vieldeutigkeit öffentlich bekämpften und heimlich stützten, wurde plötzlich die Lage der Polen durch eine Veränderung der preußischen Politik getroffen. Denn als die Regierung 1881/82 den Kulturkampf beendete, legte sie großen Wert darauf, nunmehr die Polenfrage soweit wie möglich von der katholischen Frage zu trennen; sie wollte den Gedanken nicht aufkommen lassen, als sei der Polenkampf mit dem Kulturkampf abgeschlossen, und es werde in den Ostmarken nun wiederum in Moll gesungen. Doch war man zunächst noch nicht entschlossen, an welcher Stelle man die Polen anfassen müsse, um sie empfindlich zu packen und ihnen die katholische Hilfe nach Möglichkeit abzuschneiden.

Die Tonart war daher zunächst zwar noch die lange geübte vom Kulturkampf her: die Schulkämpfe wurden fast ausschließlich besprochen und eine Verschärfung der Schulgesetze bewirkt. Jedoch hinter diesen Erörterungen erschienen bald neue Schlagworte und neue Vorschläge, die sich allmählich zu zwei politischen Forderungen verdichteten:

Erstens nämlich erregte die Agitation des polnischen Republikanismus Aufsehen, weil man erfuhr, daß sich ausländische Polen hineinmischten und den Behörden unbequem wurden:

Ausweisung der ausländischen Polen! so hieß deshalb die eine Forderung. — Zweitens aber begann die nationalliberale Presse davon zu sprechen, daß man die Polen durch wirtschaftliche Maßregeln überwinden müsse. Vielerlei Vorschläge wurden gemacht: Förderung der deutschen Assoziationen, Gehaltszulagen für deutsche Beamte, Errichtung deutscher Agrar- und Handelsschulen, Vergebung fiskalischer Arbeiten ausschließlich an Deutsche und ähnliche Maßnahmen, die hier und da erprobt worden waren.

Schließlich aber vereinigte sich das Interesse auf den nationalliberalen Vorschlag, man möge eine „interne Kolonisation" treiben, d. h. „deutsche Erbpächter mit staatlicher Hilfe auf fiskalischem Boden ansetzen". Der nationalliberale Parteitag debattierte 1885 diese Idee, und wenn man sich auch über die Art der Durchführung nicht klar werden konnte, wurde doch in der öffentlichen Diskussion der Gedanke in Umlauf gesetzt, daß man im Osten möglichst viel kleine deutsche Grundbesitzer ansiedeln müsse.

In dieser Lage entwarf der Regierungspräsident von Bromberg, Christoph von Tiedemann, eine Denkschrift, in der dringend empfohlen wurde, den schlechten Stand der polnischen Güter zu einem Angriff zu benutzen.

„Der Staat könnte jetzt" — so hieß es in der Denkschrift — „Güter in der Subhastation oder durch freihändigen Ankauf zu Preisen erwerben, wie sie vielleicht niemals wiederkehren. Er könnte, ohne ein besonderes Risiko zu laufen, durch Schaffung zahlreicher neuer Domänen sein Ansehen und seinen politischen Einfluß befestigen; er könnte durch Parzellierung angekaufter Güter und Ansiedlung deutscher Bauern auf den Teilstücken die Provinz nachhaltig mit deutschen Elementen durchsetzen."

Über den Erfolg seiner Denkschrift veröffentlichte Tiedemann folgende Notizen aus seinem Tagebuche[1]:

---

[1] „Der Tag" 1907 Nr. 231.

„1886. Januar 8. Abends meine Denkschrift, betr. einige Maßregeln zur Germanisierung der Provinz Posen, an den Fürsten Bismarck abgesandt.

Januar 9. Telegramm des Fürsten Bismarck: Er bittet um sofortige Übersendung eines zweiten Exemplars meiner Denkschrift.

Januar 10. Brief von Rottenburg. Der Fürst hat, wie er schreibt, von meinem Promemoria mit großem Interesse Kenntnis genommen und will die Sache weiter verfolgen. Er läßt mich bitten, einige redaktionelle Änderungen, die er vorgenommen, sowie die Streichung des Abschnitts über die Wiederbesetzung des erzbischöflichen Stuhles in Posen[1] zu akzeptieren und dann jedem Minister eine Abschrift der Denkschrift mit tunlichster Beschleunigung zuzustellen. Dies geschieht im Laufe des Tages.

Januar 13. Nach Berlin. In meinem Hotel finde ich eine Einladung des Fürsten Bismarck zu Tisch für übermorgen vor.

Januar 14. Eröffnung des Landtags. Ungewöhnlich feierlich. Der Kaiser verliest nur den ersten und letzten Satz der Thronrede, Fürst Bismarck das übrige. Der Passus: ‚Das Zurückdrängen des deutschen Elements durch das polnische in einigen östlichen Provinzen legt der Regierung die Pflicht auf, Maßregeln zu treffen, welche den Bestand und die Entwicklung der deutschen Bevölkerung sicherzustellen geeignet sind. Die zu diesem Zwecke in Arbeit befindlichen Vorlagen werden Ihnen seinerzeit zugehen' — erregt großes Aufsehen. Ich werde von verschiedenen Seiten über die Bedeutung dieser Sätze interpelliert, tue aber, als wenn ich von nichts wüßte.

Januar 15. Zu Tisch beim Fürsten, ganz allein mit ihm und den Damen. Herbert und Rantzau sind zur Jagd nach Schönhausen. Nach Tisch wird meine Denkschrift eingehend besprochen. Der Fürst bittet mich, ad hoc wieder in die Reichskanzlei einzutreten, um die polnischen Angelegenheiten für ihn

[1] Ich hatte mich aus verschiedenen Gründen gegen die Ernennung eines Deutschen zum Erzbischof erklärt.

zu bearbeiten, und stellt mir zu diesem Zweck ein Zimmer im Reichskanzlerpalais zur Verfügung. Die einzelnen Vorschläge meiner Denkschrift sollen in den verschiedenen Ressorts speziell verfolgt werden. Neue Fragen werden aufgeworfen: Beschränkung des Vereinsrechts? Ich spreche mich dagegen aus, weil die Agitation doch nicht in den eigentlichen Vereinssitzungen, sondern nach Schluß derselben beim Glase Bier betrieben wird. — Suspension des Preßgesetzes? Auch dagegen erkläre ich mich. Die Folge würde eine Überschwemmung mit polnischen Flugschriften sein, gefährlicher als die gewöhnlichen Zeitungen. — Teilung der Provinz Posen? Ich erinnere den Fürsten daran, daß ich in Varzin unter alten Papieren eine Karte gefunden, auf welcher er unmittelbar nach dem österreichischen Kriege verschiedene Projekte zur Teilung und Zusammenlegung der preußischen (alten und neuen) Provinzen skizziert habe, darunter auch eine Provinz Südpreußen (Regierungsbezirke Posen und Liegnitz). Die Teilung der Provinz Posen werde ein Stoß ins Herz des Polentums sein. — Welche Summe zum Ankauf polnischer Güter erforderlich? Ich schlage bescheiden zehn Millionen vor, der Fürst meint aber, es werde schon schwer halten, diese Summe vom Finanzminister bzw. vom Abgeordnetenhause herauszupressen. Er rät mir, hierüber mit Miquel zu sprechen, dem ich auch meine Denkschrift zeigen möge.

Januar 16. Bei Miquel, dem ich den in Frage kommenden Teil meiner Denkschrift vorlese. Er ist sofort Feuer und Flamme für die Idee einer Ansiedlung deutscher Bauern. Ich frage: „Raten Sie dazu, vom Landtage zehn Millionen zu fordern?" „Bewahre!" antwortete er. „Wenn schon, denn schon. Hundert Millionen zum wenigsten und dann Einsetzung einer Immediatkommission zu ihrer Verwendung."

Zum Fürsten, um ihm über meine Unterredung mit Miquel Bericht zu erstatten. Er findet Miquels Äußerung vortrefflich und will persönlich mit ihm weiter verhandeln.

Januar 19. . . . Magdczinski erzählte mir, die polnische Fraktion habe heute morgen beschlossen, ihre Interpellation wegen

der Ausweisungen fallen zu lassen. Man wolle nicht Öl ins Feuer gießen. Sehr weise!

Zwischen Dziembowski, Hobrecht, Enneccerus und mir wird die Frage erörtert, ob nicht, gewissermaßen als Antwort (Echo) der Thronrede, eine Resolution einzubringen sei, in welcher die Bereitwilligkeit des Abgeordnetenhauses ausgesprochen werde, zu Germanisierungszwecken ausreichende Mittel zu bewilligen. Die Herren haben anfänglich konstitutionelle Bedenken, sind schließlich aber dem Gedanken nicht abgeneigt. Zu Puttkammer, dem ich über den Plan einer Resolution Mitteilung mache; er ist durchaus einverstanden. Mit Rottenburg darüber verhandelt. Beim Verlassen der Reichskanzlei begegnet mir Friedberg (der Justizminister), der mich unter den Arm nimmt und mich die Linden entlang bis zum Opernhausplatz schleift. Er ist der Ansicht, daß man mit der Formulierung und Einbringung der in der Thronrede angekündigten Polengesetze keine Zeit vertrödeln dürfe. Schlag auf Schlag, lieber heute als morgen müßten die Gesetze erscheinen. Übertrage man die Ausarbeitung den einzelnen Ressorts, so würden endlose Schreibereien entstehen. Er fragt mich, ob ich nicht eine Vorlage über den Ankauf polnischer Güter sofort ausarbeiten könne. Ich verspreche, den Versuch zu machen.

Abends an einem Gesetzentwurf, betr. die Ansiedlung deutscher Landwirte in Posen, gearbeitet.

Januar 20. Den Gesetzentwurf über die Ansiedlungen in Posen (Kommission unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten von Posen) fertiggestellt und Rottenburg übergeben. Um zwei Uhr läßt der Fürst mich rufen und geht jeden Paragraphen des Entwurfs mit mir durch. Ihm erscheint es zweifelhaft, ob dieser allein einzubringen oder ob nicht ein einziges großes Gesetz auszuarbeiten sei, in dem alle Maßregeln zum Zwecke der Germanisierung zu vereinigen. Gegen den Vorsitz des Oberpräsidenten von Posen in der Kommission hat er lebhafte Bedenken. Er werde „zu mächtig"; jedenfalls müsse vorher ein Wechsel in der Person stattfinden."

Wenige Monate darauf war der Graf von Zedlitz und Trützschler Oberpräsident von Posen und Präsident der Ansiedlungskommission, und noch in demselben Jahre wurden für 7 Millionen Mark 12000 Hektar meist polnischer Güter gekauft.

Mit hochadligen Namen begann die Reihe der Ausgekauften. Die Familien der polnischen Grafen B. verkauften ihre Güter, Graf J. M. gab für 2200000 Mk. die Herrschaft R., die sich bald in ein deutsches Bauerndorf verwandelte. In den Kreisen Gnesen und Znin bot der größte Teil der polnischen Besitzer seine Güter an, so daß um das polnische Jannowitz und um das heilige Gnesen späterhin ein Kranz deutscher Ansiedlungen gelegt werden konnte.

Schlag auf Schlag verschwanden Komorowo, Czewojewo, Swinary, Zrazim, Runowo usw. usw. in langer, langer Reihe aus der polnischen Güterliste, um als Kaisersaue, Herrenkirch, Friedrichshöhe, Hohenheim auf der Karte der deutschen Bauerndörfer wieder zu erscheinen.

Es ist unzweifelhaft, daß dieser folgenreiche Entschluß Bismarcks damals allgemein für ein sicheres Mittel zur Niederwerfung der Polen gehalten wurde. Die Regierung wußte genau, wie sehr der polnische Adel verschuldet war, wie schlimm es z. B. in Znin mit den Wirtschaften stand. Es war bekannt, daß halbe Rittergüter brach und versumpft lagen; wenn nur der Rest des Einkommens genügte, um alle paar Jahre die „Pariser Reise" zu bezahlen. Diese Herrschaften mochten sich noch so sehr spreizen und noch so geschickt ihren Vierspänner lenken; man wußte von manchen Güterschlächtereien besonders in Westpreußen, daß eine goldne Hand auch durch vielhundertjährigen Adelsstolz hindurchgriff.

Der Schlag mit den 100 Millionen schien also gut erdacht, und man hörte die Sicherheit, mit der Bismarck ironische Töne in seine Worte mischte. — Er wolle ja dem polnischen Adel nicht unrecht tun. Die Güter sollten gut bezahlt werden. Ein jeder möge damit seine Schulden tilgen; den Rest könne er mitnehmen — nach Monako. Bismarck war seiner Sache sicher.

Aber wenn man einst die Archive jener Zeit der historischen Forschung aufschließen wird, wird sich ganz deutlich zeigen, daß trotz aller Vorbereitungen in diesen Plänen ein Irrtum verborgen lag.

Als sich Bismarck über die schlimme wirtschaftliche Lage im Osten orientiert hatte, als er die polnischen Adligen mit ironischen Worten wie Püppchen abtat, glaubte er, diese Herren, mit denen er jetzt abrechnen wollte, seien die unumschränkten Führer des polnischen Volkes. „Wenn wir den Adel haben, haben wir die Polen."

„In der Provinz Posen und in den polnischen Teilen von Westpreußen beruht das Widerstreben gegen die Assimilierung, gegen das Zusammenwirken mit Deutschen, die Vertiefung der Kluft, die beide Nationen trennt, doch fast ausschließlich auf dem Adel. Denn — wie auch schon das Grolmannsche Elaborat sagt — der Adel mit seinem Gefolge, mit seiner zahlreichen Dienerschaft, mit seinen Dworniks und seinen Beamten liefert hauptsächlich die Elemente zur Unterhaltung der Agitation"[1].

Diesen Adel, dem das ganze Volk dienstbar war, glaubte Bismarck vor seine Klinge zu fordern. Und wer erschien? Der Adel — ohne Gefolgschaft.

Die geschichtliche Verbindung zwischen dem herrschenden Adel und dem Volke hatte sich leise gelöst. Das Volk hatte um die Mitte des Jahrhunderts allmählich aufgehört, „der kraftlose Fußschemel" zu sein. Ganz still hatte sich Mann nach Mann emporgerichtet, wenn man den Herrn auch in tiefer Verbeugung grüßte. An diese Vorgänge hat Bismarck vor 1886 nicht geglaubt. Als dann die Männer, die seine Ansiedlungspläne ausführten, ihm über die Kraft der polnischen Volksentwicklung berichteten — hat Bismarck sich gegen diese Meinung gesträubt. Er war immer noch überzeugt, daß seine gegen den führenden Adel gerichtete Politik notwendig das ganze polnische Volk ergreifen werde. *Dies war der große Irrtum. Denn die von Bismarck nicht bemerkte, zwischen Adel und Volk*

[1] Bismarck am 28. Januar 1886 im preußischen Abgeordnetenhause.

emporstrebende Scheidewand schnitt, wie wir sehen werden, von der Bismarckschen Polenpolitik die entscheidenden Konsequenzen ab[1].

Kaum braucht hinzugefügt zu werden, daß jener Irrtum, jene Unkenntnis von der polnischen Volksbewegung ganz allgemein verbreitet war. Hatte doch die volkswirtschaftliche Forschung das polnische Wirtschaftsleben noch gar nicht berührt; und in den politischen Schriften jener Zeit wurde stets in Übereinstimmung mit Bismarcks Meinung der polnische adlige Grundbesitz als der eigentliche Kern des Widerstandes bezeichnet.

Wenn der adlige Grundbesitz aufgekauft wurde, schien die Frage gelöst, das Polentum führerlos. Man erwartete gewissermaßen eine wirtschaftliche Enthauptung der polnischen Gesamtheit und meinte, daß die führerlos gewordene Bevölkerung nach der Vernichtung des adligen Grundbesitzes sich beugen, sich unterordnen müsse, um schließlich aufgesogen zu werden.

B. Die Verteidigungsaktion des polnischen Adels.

Wie sich der „100-Millionen-Angriff" gegen den adligen Grundbesitz richtete, so kam auch die erste Gegenwehr aus den Reihen des Adels, und ganz natürlich war es, daß der Adel in diesem Momente ungeheurer Spannung alle seine internationalen Verbindungen spielen ließ, um der preußischen Regierung zu begegnen:

Die nun beginnende Aktion hat in all ihrer Schwächlichkeit historische Bedeutung, denn es war der letzte Versuch des Adels, die Führung über die Polen in Preußen zu behaupten und es war der letzte Versuch der preußischen Polen, ihre wirtschaftliche Kraft in den Beziehungen zum Auslande zu suchen.

Der Angriff der preußischen Regierung gegen das Polentum fand zunächst in Galizien eine weit lautere Antwort als in Posen.

Posen schien betäubt von der plötzlichen Wucht der Maßregel; während Galizien in einen willkommenen Zustand helfender

[1] Siehe Drittes Buch: „Der Kampf um den Boden".

Begeisterung geriet. Ein willkommener Zustand; wie es etwa dem verdächtigten Freunde willkommen ist, wenn sich plötzlich Gelegenheit bietet, seine Freundschaft zu erweisen.

Denn wegen ihrer kühlen Haltung im Jahre 1863 waren die galizischen Polen ihren Brüdern noch einigermaßen verdächtig. „Auch ich bin — ein wenig Pole", ließ damals Kraszewski den Galizier sprechen, der seine Abstammung nur kundgibt, weil er sie nicht verbergen kann. Die Galizier hatten Ursache, sich jetzt eifrig zu zeigen.

Ihr Eifer aber wurde 1886 noch besonders vermehrt durch die politische Parteibildung in Galizien: Die entstehende demokratische Partei in Lemberg warf dem herrschenden Hochadel vor, daß er die wirtschaftlichen Kräfte Galiziens brach liegen lasse und zu einer modernen Wirtschaftsführung unfähig sei. Die wirtschaftliche Frage war Programmpunkt geworden; und die Eifersucht der Parteien mußte sich geltend machen, als 1886 von Posen her der Ruf nach „Bruderhilfe" ertönte.

Der galizische Hochadel ließ sich die Gelegenheit, sein Übergewicht zu dokumentieren, nicht entgehen.

So wurde die „Hilfsaktion für Posen" zu einem Teil der galizischen Parteipolitik und fast zwei Jahre — vom Herbst 1886 bis zum Sommer 1888 — *lag in Krakau der Schwerpunkt der polnischen Gegenwehr gegen die preußische Ansiedlungspolitik.*

Dieser Zustand galt den Polen als durchaus zweckmäßig. Denn die galizische Adelspartei wurde damals für die einzige polnische Gruppe in der Welt gehalten, die in einer wirtschaftlichen Frage ernstlich helfen konnte, da nur sie über genügende Organe verfügte. Zwar besaß auch der Posener Adel eine Vereinigung, ihm fehlte jedoch ein starkes Kreditsystem, und es mangelte an zuverlässigen und erfahrenen Führern in wirtschaftlichen Fragen von so großer Tragweite.

Der galizische Adel hingegen hatte in der Krakauer Fakultät der Juristen und Nationalökonomen angesehene Ratgeber. Er verfügte ferner über den im ganzen Lande verzweigten „Land-

wirtschaftlichen Zentralverein" und außerdem bestand ein Kreditsystem, das in den Sparkassen zu Krakau und Lemberg und in der Galizischen Kreditbank seine Knotenpunkte besaß. Wenn dieser Mechanismus nicht helfen könnte, dann — so glaubte man — könne niemand den Polen helfen.

Daher die Spannung, mit der von Preußen her, von Rußland, von Frankreich, von Amerika die Polen nach Krakau blickten, wo die Fürsten Georg und Wladislaus Czartoryski, Fürst Adam Sapieha, Arthur v. Potocki und andere Träger großer Namen die „Bruderhilfe" ins Werk setzten.

Die Verhandlungen zwischen dem Posener und galizischen Adel begannen 1886[1].

Die Juristen und Nationalökonomen in Krakau waren mit den führenden Männern darin einig, daß man dem finanziellen Angriff der preußischen Regierung mit einer Finanzwaffe begegnen müsse. Man solle den Polen durch ein Bankinstitut helfen und in der Begeisterung dieser Beratung fand man ein zündendes Schlagwort: Eine „Rettungsbank" — bank ratunku — sei zu gründen.

Sogleich gewann der galizisch-posensche Zusammenhang feste Formen. Denn in Krakau konstituierte man ein „Komitee für die Angelegenheiten der Posener Bank", und in Posen begründete man die Rettungsbank unter der Firma: „Bank ziemski" (Länderbank)[2].

---

[1] Die Verhandlungen sind zwar geheim geführt worden, dennoch ist bei späterer Gelegenheit mancherlei ausgesprochen worden. Insonderheit haben die Führer in Posen, als sie zwei Jahre darauf zurücktraten, sich zu rechtfertigen gesucht, und es sind mir ferner manche Dokumente von wohlorientierter Seite zu Augen gekommen. Von den Männern, die an jener Aktion beteiligt waren, sind die meisten noch am Leben. Vielleicht wird daher aus diesem Kreise eine Richtigstellung oder Ergänzung erfolgen, wenn meine Darstellung den Tatsachen nicht entspricht. Jede Korrektur ist selbstverständlich willkommen.

[2] Zufolge Verfügung vom 17. Dezember 1886 wurde auf Grund des Gesellschaftsvertrages vom 11. November 1886 in das Gesellschaftsregister des Amtsgerichts zu Posen eingetragen; Aktiengesellschaft, Firma Bank ziemski, Sitz: Posen, Grundkapital 50000 Mk.

Zwischen beiden Instituten: dem Komitee zu Krakau und dem Vorstand der Bank ziemski zu Posen, entwickelte sich alsbald das folgende gleichsam wie Rede und Gegenrede oder vielmehr wie: Befehl und Ausführung!

Es mußte sich nun zeigen, ob die „nationale Solidarität", die so virtuos über Staatsgrenzen hinwegspielt, eine feste Basis auch für Finanzunternehmungen bilden kann.

Der Anfang versprach viel, denn in Galizien stellte sich nicht nur der Zentralverein der Großgrundbesitzer dem Komitee völlig zur Verfügung, sondern viele andere Vereine, die Städte und die ganze Presse nahmen sich des Planes an, ja vom Auslande her, vom Königreich Polen, von Litauen, Podolien, Neuyork und Paris trafen ermutigende Nachrichten ein.

Das ganze alte Polen mit seiner Emigration schien aufzustehen, um den Schlag der preußischen Regierung zu parieren.

Der Vorstand der Bank ziemski konnte deshalb an eine beträchtliche Erhöhung des Aktienkapitals denken; und schon im Januar 1887, einen Monat nach der Eintragung der Aktiengesellschaft, beschloß man, das Kapital von 50 000 Mark auf 3 Millionen „vorläufig" zu erhöhen. Es war nach der Meinung aller Polen nicht zweifelhaft, daß für diese Summe in wenigen Monaten genügend Zeichner sich finden würden, und eine weitere Vermehrung des Kapitals schien nur eine Frage kurzer Zeit. Glänzend also schien der Plan zu glücken, und die ganze Ehrfurcht des Volkes vor dem führenden Adel[1] schien noch einmal emporzusteigen.

[1] Daß die Bank Ziemski in der Tat ein Unternehmen des Adels war beweist folgende Liste der Gründer:

1. der Rittergutsbesitzer Wladislaw von Lacki auf Posadowo,
2. „ „ Franz von Zoltowski auf Niechanowo,
3. „ „ Graf Sigismund Czarnecki,
4. „ „ Ludwig von Karsnicki,
5. „ „ Theodor von Moszczenski,
6. „ „ Julian von Brzeski,
7. „ „ Titus von Malczewski,
8. „ „ Michael von Paruszewski,

Welchem Zweck sollte diese Bank, die so von der Begeisterung des ganzen polnischen Volkes getragen wurde, dienen? In welcher Weise wollte man dem Angriff der preußischen Regierung begegnen?

Es lag nahe, die preußische Ansiedlungstätigkeit zu neutralisieren; d. h. wenn der Fiskus die Güter unter deutsche Bauern aufteilte, konnte die Rettungsbank Güter unter polnische Bauern zerteilen.

Dieser naheliegende und einleuchtende Gedanke, den einige Posener Grundbesitzer energisch vertraten, wurde in der Tat als ein Teil der Banktätigkeit anerkannt. Jedoch die Majorität der Herren, die in Krakau und Posen berieten, wünschte darüber hinaus eine weitere, breitere Banktätigkeit. Die Bank solle sämtliche Bankiergeschäfte vornehmen können, um für alle Fälle eine Basis des polnischen Kredits zu bilden.

So entstand unter den Gründern der Bank eine Art Parteibildung. Die einen — die sich in der Minorität befanden — wollten so schnell wie möglich und so energisch wie möglich der Ansiedlungskommission entgegentreten, indem sie Güter unter

---

9. der Rittergutsbesitzer Wladislaw Janta von Polczynski,
10. „ „ Valerian von Hulewicz,
11. „ „ Graf Stefan Dabski,
12. „ „ Josef von Micielski,
13. „ „ Constantin von Dziembowski,
14. „ „ Gustav von Potworowski,
15. „ „ Adam von Koscielski,
16. „ „ Sigismund Szuldrzynski,
17. „ „ Stanislaus von Morawski,
18. „ „ Witold von Skarzynski,
19. „ „ Stanislaus von Zoltowski,
20. „ „ Franz von Chelkowski,
21. „ „ Prinz Sigismund Czartoryski,
22. „ „ Leo von Karlowski,
23. „ „ Wladislaus Szuldrzynski,
24. „ Fabrikbesitzer Stefan von Cegielski,
25. „ „ Wladislaus von Lebinski,
26. „ „ Napoleon Urbanowski.

Dem polnischen „Mittelstande" gehörten nur drei Männer an.

polnische Bauern aufteilten. Die Parzellierungstätigkeit sollte schnell und ausschließlich in Angriff genommen werden. Die Mehrzahl hingegen dachte an eine allgemeine Tätigkeit, insonderheit an Übernahme oder doch Vermittlung von Hypotheken für Großgrundbesitzer, Vermittlung von Verkäufen, Regulierung der Hypotheken und andere Bankgeschäfte, die im Interesse des Großgrundbesitzes liegen konnten. Die Majorität betrachtete das Parzellieren zwar auch als eine unvermeidliche Aufgabe, doch wollte sie den Ton mehr auf die anderen, vermittelnden und helfenden Geldgeschäfte legen und mißtraute dem Parzellieren offenbar.

Hier trat also zum ersten Male an die Polen die wichtige Frage heran, ob man im Parzellieren das Heil suchen solle.

Die galizischen Ratgeber standen den Posener Zuständen zu fern, um die Bedeutung der Frage voll zu begreifen. Sie konnten unmöglich ahnen, daß das deutsche Polentum sich aus der Parzellierung ein fast unüberwindliches Mittel der Abwehr schaffen werde.

Diese Verkennung der Parzellierungstätigkeit wurde noch dadurch vermehrt, daß das Güterzerschlagen überhaupt in Mißkredit stand.

Ist doch der polnische Adlige der geborene Gegner des Güterzerschlagens: Wohl mußte manch polnisches Gut aufgeteilt werden und manch edler Pole hat aus Not oder Gewinnsucht dabei mitgewirkt; jedoch im Grunde erscheint das „Güterschlachten" ihm als eine Sünde wider den mütterlichen Boden.

Die innere Abneigung machte die Herren, die in Krakau berieten, scharfäugig für die Mängel und Gefahren des Parzellierens. Man sah nur die Schattenseiten und das Risiko. Man meinte, daß wohl ein Privatmann, der volle Beweglichkeit und Diskretion habe, Parzellierungen mit Erfolg durchführen könne, eine Bank jedoch, die über jeden Pfennig Rechnung legen müsse und die der Aktiengesetzgebung unterstehe, solle das nicht wagen. „Niemand unter uns" — so erklärten die Aufsichtsratsmitglieder später, um ihre Haltung von 1886 bis 1888 zu rechtfertigen —

„kann sich die Existenz einer solchen Bank vorstellen, und wenn sie existierte, würde sie doch auf Wege gedrängt werden, die mit den Wünschen der Aktionäre unvereinbar wären."

Offenbar haben die wenig geschäftsgewandten Aristokraten damals noch nicht geahnt, wie „diskret" und gewandt eine polnische Bank — trotz Aktiengesetz, Generalversammlung und Jahresbilanz — operieren kann.

Unsicher also und ins Breite tastend war das Programm, mit dem das Komitee Anfang 1887 an die Öffentlichkeit trat. Man war seiner Ziele nicht gewiß, befürchtete Verluste und deutete schon im ersten Aufrufe an, daß die Gelder, die man vom patriotischen Polentum erbitte — „Opfer" seien.

Dies Wort hat man bald bereut, denn sogleich zeigte sich, daß bei dem Gedanken an materielle Opfer der heiße Patriotismus kühler wurde. — Der Sommer 1887, der die 3 Millionen spielend leicht bringen sollte, ging ohne jeden Erfolg vorüber. Trotz der von Krakau und Lemberg aus ins Werk gesetzten Agitation, trotz der Versammlungen und Flugschriften, liefen nur wenige Aktienzeichnungen ein. Besonders der Osten Galiziens hielt sich zurück, ja einige erklärten sogar, man habe keinen Anlaß, den polnischen Brüdern in Posen zu helfen, die in Berlin für Getreidezölle gestimmt und dadurch die galizische Landwirtschaft geschädigt hätten. — So guckte an manchen Stellen der private Egoismus der Geldangelegenheit heraus.

Als der Sommer vorüber, war kaum der zehnte Teil der Aktien gezeichnet, und das helfende Galizien hat von diesem Zehntel noch nicht den dritten Teil übernommen[1]. Man hoffte auf den Herbst, „wo die Ernte Geld unter die Leute bringt", vom Herbst hoffte man weiter auf den Winter, „wo die Bevölkerung Ruhe hat und sich für solche Unternehmungen interessiert". Endlich brachte der Frühling den politisch-moralischen

[1] „Wir können leicht 1400 Aktien zeichnen", verkündete man in Galizien ein halbes Jahr vorher. — Die Zahl der wirklichen galizischen Zeichnungen betrug dann im Sommer nur 51. — Polen und Litauen hatten 19 Aktien gezeichnet, dazu kamen noch einige aus Petersburg, Sibirien, Podolien.

Katzenjammer. Die Direktion der Bank kündete an, sie werde ihr Amt niederlegen, der Aufsichtsrat teilte schwermütig mit, daß keine Unterstützung vom Auslande mehr zu erwarten sei. Ja, es wurde sogar bekannt, daß viele Aktienzeichner in Galizien sich weigerten, die versprochenen Beträge wirklich zu zahlen und daß die Sammelstellen im Lande sich auf Anfragen des Komitees teils ganz schweigsam verhielten, teils um Aufschub baten. Die polnische Presse riet dringend, die Bank zu schließen, um dem kläglichen Spiel ein Ende zu machen.

Die demokratischen Zeitungen in Lemberg und Krakau, an ihrer Spitze die „Nowa reforma", begannen — in kaum verhüllter Schadenfreude — die dunkle Situation zu beleuchten. Man wies auf die Unfähigkeit des Adels hin, der mit seinem mißlungenen Versuche, die „nationale Solidarität" zu schützen, abgewirtschaftet habe. Die volkstümliche Presse in Posen sekundierte mit gehässigen Glossen über politische Sentimentalität und patriotische Opferfreude.

Diese demokratischen Pfeile wirkten mehr als die begeistertste Solidarität. Der reiche Adel mußte wenigstens das völlige Mißlingen der Gründung verhindern und brachte in Galizien 400 Aktien und ebensoviel in Posen auf, so daß mit den früheren Subskriptionen insgesamt etwa 1000 Aktien gesichert erschienen. Eine Million Mark, das war — nach zweijähriger wahrhaft kosmopolitischer Agitation — gerade ein Drittel der erhofften Summe. Kein Erfolg, mit dem man sich brüsten konnte[1]. Noch dazu waren die Zeichnungen mit unbequemen Bedingungen belastet. Denn die Patrioten fürchteten für ihr Geld und drängten, daß man die Tätigkeit der Bank auf eine ungefährliche Vermittlerrolle beschränke.

---

[1] Erhebliche Mehrzahlung war nicht zu erwarten, da — wie der Aufsichtsrat erklärte — „die Lust, Aktien zu erwerben, fast ganz erloschen sei". Die Generalversammlung beschloß daher: „das Aktienkapital von 3 Millionen Mk. auf 1200000 Mk. herabzusetzen". Einige meinten, es verlohne sich nicht, mit dieser Summe den Kampf gegen die 100 Millionen der Ansiedlungskommission aufzunehmen.

Die Generalversammlung beschloß demgemäß, das einst so kühn normierte Grundkapital wieder herabzusetzen und „zur Sicherung der Aktionäre" alle selbständigen Geschäfte statutarisch zu verbieten[1].

Der Traum, als Rettungsbank ein großes Zentralinstitut zu errichten, war damit aufgegeben[2]. *Man mußte den polnischen Finanzbedürfnissen in anderer Weise eine Basis schaffen.* Der polnische Adel hat wirtschaftliche Kräfte niemals virtuos zu regieren verstanden. Seine Stärke waren immer die politischen Organisationen, die Verbindungen, die auf den sorgfältig gepflegten Gevatterschaften und auf den adligen Kasinos beruhten. — In Finanzsachen hingegen war er niemals stark. Doch dem Volke gegenüber hatte man stets geschickt den Schein gewahrt und auch in Geldangelegenheiten mit Würde den Führer gespielt. Diese Position schien jetzt erschüttert. Und nun erinnerte man sich plötzlich an alle mißlungenen Finanzunternehmungen. Das „adlige" Bankhaus Kwilecki, Potocki, das einst den Ehrgeiz besaß, in Posen Eisenbahnen zu projektieren, hatte längst aufgehört, sich zu spreizen. Einige andere Banken waren zusammengebrochen und wurden als warnende Beispiele genannt.

Man begann zu fragen, ob es nicht im Interesse des Polentums liege, die so wichtigen und ernsten Finanzangelegenheiten geschickteren Händen anzuvertrauen.

---

[1] Ausgeschlossen wurden durch Beschluß vom 14. September 1888 alle selbständigen Bankiergeschäfte. Ausdrücklich wurde verboten die Hingabe von Darlehen (Beleihung von Gütern usw.). Es blieb „Gegenstand des Unternehmens" nur: „*die Vermittlung* bei Parzellierungen, bei Erwerb, Verkauf und Verpachtung von Grundstücken".

[2] Die Bank ziemski hat unter geschickter Leitung — die das Wort „Vermittlung" extensiv interpretierte — dem Polentum viel geleistet. Sie wurde jedoch niemals „die Bank", sondern steht mit mehreren Schwestern in dem Reigen der Parzellierungsinstitute.

C. Die Begründung der genossenschaftlichen Verbandsbank.

Während der polnische Adel jene unzureichende Verteidigungsaktion ins Werk setzte, kam in der bürgerlich-bäuerlichen Sphäre des Polentums eine wirklich weittragende Leistung zustande, die „Verbandsbank", die heute den Mittelpunkt des polnischen Finanzwesens bildet, wurde gegründet: „Bank związku spolek zarobkowych".

Bis dahin, bis zum Jahre 1886, hatte das polnische Genossenschaftswesen so gut wie nichts geleistet. An der Spitze der alternde Szamarzewski, der nach dem ersten begeisterten Ansturm der Jahre 1872–1874 nur noch wenig gewirkt hatte[1]. Seit 1879 waren überhaupt keine Genossenschaften mehr begründet worden und die alten zum großen Teil verloddert.

Da offenbar geworden war, wie schwächlich sich alles entwickelte, hatte der Patron der Genossenschaften sogar in seinem Berichte für das Jahr 1885 zugeben müssen, daß es in vielen Kreditinstituten mit der Geschäftsführung schlimm stehe, daß manche „Bankdirektoren" nicht einmal die Buchführung kannten, daß die Bilanzaufstellung manchem Kassierer ein Rätsel sei[2].

Revisionen wurden nur unregelmäßig und lässig vorgenommen und fanden keinen Respekt; manche Genossenschaften fühlten sich so unkontrolliert, daß sie der Verbandsleitung überhaupt keine Berichte mehr sandten. Das Ganze aufgelockert, unfähig zu gemeinschaftlichen Operationen, von persönlichen Differenzen zerrissen.

Ein Hauptgrund des Niederganges war darin zu suchen, daß die Genossenschaften ursprünglich dem polnischen Handwerk dienen sollten, aber in dem armen, schlecht organisierten Handwerk keinen Halt fanden. Allmählich waren sie daher zu

[1] Vgl. „Die Entstehung der polnischen Genossenschaften", S. 105 ff.

[2] Wie arg die Unordnung war, ergibt sich aus dem Jahresbericht für 1885. Es fehlten in manchen Genossenschaften Kassenbücher, verfallene Wechsel wurden in anderen als Aktiva gebucht, jahrelang waren keine Abschlüsse gemacht worden usw.

bäuerliche Kassen geworden, hatten aber diesen Übergang nicht mit rechtem Bewußtsein vollzogen, hatten sich den bäuerlichen Bedürfnissen nicht angepaßt, da es ihnen an einer verständigen Leitung fehlte.

Als im Jahre 1886 die preußische Regierung mit der Ansiedlungspolitik begann, saßen die polnischen Genossenschaftsmänner gerade bei allerlei alten Organisationszänkereien. Seit fünfzehn Jahren stritt man hin und her, ob der Verband straffer zu organisieren sei oder nicht. Begreiflich huldigte die Mehrzahl dem Prinzip der Dezentralisation, denn die Männer der Auflösung, der Lockerung können sich in einem polnischen Gemeinwesen nicht nur auf ruhmvolle Traditionen berufen, sondern haben auch das slavische Temperament als heimlichen Verbündeten. Wer im westpreußischen Städtchen einen Kreditverein leitete, wollte sich nicht gern diese bescheidene Finanzmacht von einer Posener Zentrale beschränken lassen, und wer an der russischen Grenze außer dem orthodoxen Wechselgeschäft stillschweigend kleine, aber gewinnreiche Transitaktionen riskierte, war schwer zu überzeugen, daß eine straffe Kontrolle im Interesse der „polnischen Gesamtheit" liege.

Einige Männer hingegen, die späterhin die Führung gewannen, hielten schon seit Jahren für das wichtigste Erfordernis die Begründung einer Bank, die den Geldverkehr der Genossenschaften einigermaßen regulieren und dem Ganzen eine gemeinsame Spitze geben könne. Schon 1872, kurz nach der Begründung des Verbandes, war der Plan vorgetragen worden, eine Verbandsbank zu schaffen.

Mit slavischer Initiative und Lebhaftigkeit hatte man in dem kaum geborenen Verbande der Genossenschaften von einer „Polnischen Zentralbank" geredet und geträumt; mit slavischer Abspannung und Gelassenheit hatte man dann die wichtige Frage 13 Jahre „schweben" lassen. Ein Feind des Projektes war besonders die größte polnische Genossenschaft, die offenbar von der Zentralkasse eine Beschränkung ihrer Machtstellung fürchtete, während einige angesehene polnische Kaufleute in Posen die Gründung zu befördern suchten.

Für die Gesamtheit der Genossenschaften aber war eine Ausgleichskasse im Grunde dringend erforderlich; kam es doch vor, daß einige Kreditinstitute plötzlich die Annahme von Depositen verweigerten, weil sich ihnen keine Gelegenheit bot, das Geld auszuleihen, während gleichzeitig in anderen Instituten des Verbandes die Kreditgewährung verweigert werden mußte, weil es an Depositen fehlte.

„In unseren Genossenschaften befindet sich an einigen Stellen zu viel, an anderen zu wenig Kapital. Während die eine Genossenschaft oft nicht weiß, wo sie ihr überschüssiges Geld nützlich unterbringen könnte, weiß die andere nicht, woher sie das Kapital nehmen soll. Eine Verbandsbank wäre daher wünschenswert als die beste Vermittlerin zwischen den einen und den anderen“ [1].

Insonderheit aber war eine Verbandsbank notwendig, um die Zentralgewalt zu befestigen und der Organisation Kraft zu geben.

Im Wechselspiel der Gruppen war man Ende 1885 zu dem Entschluß gekommen, wenigstens eine kleine Bank mit 40 000 Mark Kapital zu begründen und allmählich die Genossenschaften zur Beteiligung heranzuziehen. Freilich, ob das gelingen werde, erschien unsicher.

Jedoch die preußische Regierungsaktion trieb die Polen, sich in ihrem Schrecken an jede Chance zu klammern, und so fand der Plan mehr Anhänger als in den langen Jahren vorher.

Einige Wochen nach der großen Polenrede Bismarcks wurde der Gesellschaftsvertrag endgültig festgesetzt [2], und kurz darauf — am 23. Februar 1886 — trug das königl. Amtsgericht in sein Gesellschaftsregister ein, daß eine Aktiengesellschaft unter der Firma „Bank związku spółek zarobkowych“ („Verbandsbank der Erwerbsgenossenschaften“) begründet worden sei.

Was die polnischen Genossenschaftsmänner 13 Jahre vergebens erstrebt hatten, gelang jetzt in der Begeisterung und Er-

[1] Äußerung auf dem Verbandstage von 1885.
[2] Am 13. Februar 1886.

regung des Tages. Posener Industrielle und Kaufleute brachten etwa 200000 Mk. für das Aktienkapital auf und die Genossenschaften insgesamt etwa 300000 Mk., so daß ein Grundkapital von 1/2 Mill. Mk. schnell eingezahlt war.

Durch die Entstehung dieser Bank hatten unmerklich die Männer an Einfluß gewonnen, die dem disziplinlosen Genossenschaftsverbande Halt zu geben suchten. Denn jetzt war eine Kasse vorhanden, die unter Umständen einer ungehorsamen Genossenschaft jeden Kredit verweigern konnte. Die leitenden Männer in Posen hielten Zuckerbrot und Rute in der Hand.

Ihren wachsenden Einfluß benutzte die führende Gruppe, um regelmäßige Revisionen zu erzwingen, um für Unterweisung im Bankwesen, für Verbreitung von praktischen Lehrbüchern Sorge zu tragen. Die Presse wurde wieder, wie einst im Jahre 1872, für das Genossenschaftswesen interessiert, neue Gründungen ins Werk gesetzt[1].

Die Zahl der Genossenschaftsmitglieder hatte sich mehrere Jahre nur wenig gehoben, jetzt stieg sie plötzlich schnell empor[2].

Die Spareinlagen der Genossenschaften waren mehrere Jahre nur wenig gestiegen, jetzt nahmen sie in schnellerem Tempo zu[3]. Ebenso vermehrten sich die Geschäftsanteile und die Reserven seit 1886 zusehends.

---

[1] Von 1879—1886 war keine Genossenschaft begründet worden. Jetzt erst begann wieder die Reihe der Gründungen.

[2] 1884 hatten alle polnischen Genossenschaften 20175 Mitglieder,
1885 " " " " 20435 "
1886 " " " " 20861 "
Beginn der preußischen Ansiedlungspolitik
1887 hatten alle polnischen Genossenschaften 22992 Mitglieder,
1888 " " " " 24173 "

[3] 1884 betrugen die Spareinlagen 8400000 Mk.,
1885 " " " 8600000 "
1886 " " " 8900000 "
Beginn der preußischen Ansiedlungspolitik
1887 betrugen die Spareinlagen 9600000 Mk.,
1888 " " " 10500000 "

Wenn eine Organisation sich in solcher Weise vor unseren Augen hebt, wenn verrottete oder doch kraftlose Einrichtungen täglich mehr Lebensenergie verraten; dann fragt der erfahrene Beobachter: Welche Männer haben das vollbracht? Denn trübe Kreditinstitute klären sich nicht von selbst.

Hinter dem alternden und kränklichen Manne, der statutarisch als „Patron Spolek" (Anwalt der Genossenschaften) das Kreditwesen leitete, standen in der Tat einige energische und intelligente Männer, die 1886 im „Jahre der Erschütterung" zugriffen. Insonderheit ein ehemaliger Lehrer, der nach einer Maßregelung Kaufmann geworden war: Dr. phil. Kusztelan, der schon erwähnte Direktor der Verbandsbank, ferner der Pfarrer von Schrimm, Peter Wawrzyniak, dann ein in wirtschaftlichen Dingen sehr gewandter Arzt Dr. Rzepnikowski in Löbau und der vielerfahrene Josef Thiel, der sich „Rentier" nannte, aber in allen juristischen Straßen und Winkeln aufs beste Bescheid wußte.

Keiner der vier Männer ragte durch Geburt oder Reichtum hervor, und keiner von ihnen hatte etwa durch bedeutende Leistungen bis dahin Aufmerksamkeit erregt. Ohne sich zu verstecken, arbeiteten sie im Verborgenen, beschattet von den wichtigen Taten des Tages: den politischen Unternehmungen der Schlachta.

Da erfolgte jene Niveauerschütterung: der Mißerfolg oder doch nur halbe Erfolg der Rettungsbank. Der Adel erwies sich vor aller Augen als wenig tragfähig, und es trat nun die mechanische Notwendigkeit in ihr Recht: Wenn die goldene Kette reißt, begnügt man sich mit einer schlichteren.

Neuntes Kapitel.

Die Versöhnungsära 1890—1894.

A. Die Macht der polnischen Fraktion.

Eine unvermeidliche Folge dieser wirtschaftlichen Ereignisse war, daß die polnische Fraktion in Berlin in den Augen der Polen an Bedeutung verlor. Sie konnte sich in den ökonomischen Fragen, die nunmehr das Kampfgebiet bildeten, nicht so eng mit dem Zentrum liieren wie vorher in den Schulkämpfen; sie konnte sich in der Abwehr der Ansiedlungspolitik nicht mit dem Katholizismus identifizieren wie vorher in der Abwehr der Kirchengesetze, sie schien daher nicht mehr so unbedingt vom Zentrum gedeckt, verlor also an parlamentarischer Kraft. Und die polnische Öffentlichkeit erkannte schnell, daß die Finanzarbeit in Posen jetzt wichtiger war als das Reden in Berlin. Ein guter Bankbericht schien mehr wert als eine geschickte Debatterede, man wartete nicht auf „große Tage" der Fraktion, sondern auf Aktienzeichnungen und genossenschaftliche Entschlüsse in Posen.

Jedoch bevor dieser neue Weg der wirtschaftlichen Verteidigung den Polen vertraut werden konnte, riß eine Kursänderung der preußischen Polenpolitik alle Pläne wieder durcheinander:

Die polnische Fraktion in Berlin gewann über Nacht eine größere Bedeutung als sie jemals vorher besessen hatte — die wirtschaftliche Arbeit in

Posen hingegen schien ihre politische Spitze zu verlieren.

Die neue Politik, die nach Bismarcks Entlassung diesen Wechsel bewirkte, ruhte auf einem Doppelgedanken, auf einem zwiespältigen Gedanken: Erstens meinte die Regierung, daß es möglich sei, die polnische Bevölkerung durch eine Milderung der Politik zu gewinnen. Zweitens wollte man die polnische Fraktion im Reichstage gegen das stärker gewordene Zentrum ausspielen.

Der zweite Gedanke hat den ersten totgeschlagen, denn indem die Regierung die polnischen Herren in ihre Parteikombination hineinzog, machte sie diese Fraktion zum Zünglein an der Wage und wurde dadurch gezwungen, mit den Polen Do-ut-des-Politik zu treiben. Es wurde bald klar, daß die Regierung für ihre Marine- und Militärvorlagen die polnischen Stimmen brauchte, infolgedessen fühlten sich die Polen umworben, konnten jede Milderung der preußischen Politik als ein ihnen geschuldetes Entgegenkommen betrachten und sich ihre Mitwirkung an der preußischen Regierungspolitik gut bezahlen lassen.

So setzten die Polen Anfang 1891 eine Veränderung der Ausweisungspraxis durch; im April erlangten sie einen Ministerialerlaß, der gestattete, in den Schulräumen polnischen Privatsprachunterricht zu erteilen; ferner erwirkten sie, daß die königliche Generalkommission den jungen, in Geldverlegenheiten befindlichen polnischen Wirtschaftsorganisationen zu Hilfe komme[1]; sie erhielten außerdem für ihre Genossenschaften das Revisionsrecht, das noch heute deren feste rechtliche Grundlage bildet[2], und schließlich erreichten sie, daß nach dem Episkopat des Deutschen Dinder wieder ein Pole, der Abgeordnete v. Stablewski, Erzbischof von Gnesen und Posen wurde.

Alles das waren Erfolge, die nicht durch „heimische" Arbeit in Posen, sondern durch den Do-ut-des-Handel der polnischen

[1] Vgl. Schlagwörterverzeichnis: „Generalkommission".
[2] Vgl. S. 139.

Fraktion erzielt worden waren; denn in der „Versöhnungsära" nach 1890 gab es in der Tat für die Polen kein wirksameres politisches Mittel als die Bemühungen ihrer Abgeordneten in Berlin, die damals unter der Führung eines beweglichen Geistes und geschickten Projektenmachers Josef v. Koszielski sich der höchsten Gunst erfreuten.

Die aristokratisch-klerikale Oberschicht im Polentum benutzte diese Gelegenheit eifrig, um sich gegen demokratische Bewegungen zu befestigen; denn wiederum wie in früheren Zeiten konnte dem polnischen Volke klar gemacht werden, daß alles auf die bewährte Diplomatie des bei Hofe gern gesehenen polnischen Adels ankomme.

Obwohl die demokratische Bewegung schon zu stark geworden war, um sich durch solche Erfolge der Adelspartei an die Wand drücken zu lassen, verlor sie doch zweifellos an Boden; insbesondere, weil die Volksorganisationen (die Bauernvereine und die Genossenschaften) sich als geschickte Opportunisten zu den Loyalen und Mächtigen schlugen, um von der vielleicht kurzen Gunst der Regierung möglichst viel Nutzen zu ziehen.

Die polnischen Genossenschaften hatten gerade damals dringende Gründe, sich mit den preußischen Behörden gut zu verhalten, weil sie sich durch das Genossenschaftsgesetz von 1889 bedroht fühlten: das Gesetz enthielt nämlich einen Abschnitt, der den Polen gefährlich werden konnte, da er bestimmte, daß sich alle Genossenschaften regelmäßig einer offiziellen Revision unterwerfen müßten. Der Revisor sollte vom Gericht ernannt werden. Solcher offiziellen Kontrolle entgingen nach § 61 des Gesetzes nur diejenigen Genossenschaftsverbände, denen der preußische Handelsminister das Privilegium verlieh, eigene Revisoren zu bestellen.

Die polnischen Genossenschaften, die bis dahin ohne jede behördliche Kontrolle gearbeitet hatten, sahen also jetzt die peinliche Möglichkeit vor sich, daß ihnen ein vom Gericht bestellter Revisor in die Bücher, Kassenbestände und Geschäftsbriefe guckte. Wie unangenehm den Polen der Gedanke war, erkennt man daraus,

daß der polnische Genossenschaftstag im Oktober 1888, als der Entwurf des Gesetzes zur Beratung stand, „gegen jede Revision durch Behörden" protestierte. Jedoch dieser Protest hatte ebensowenig genützt wie viele andere, denn am 1. Mai 1889 vollzog der Kaiser das Gesetz, das die obligatorische Revision einführte.

Ob der preußische Handelsminister den Polen das Recht verleihen werde, sich eigene Revisoren zu bestellen und auf diese Weise der öffentlichen Kontrolle zu entgehen, war sehr zweifelhaft[1]; ja in der Leitung des polnischen Verbandes entstand infolge dieser Sorge sogar eine Spaltung, weil die Majorität behauptete, daß man unter solchen Umständen die Verantwortung für einen Verband, der sich über zwei Provinzen erstrecke, nicht übernehmen könne und den Verband teilen müsse[2]. Dieser gefährliche Beschluß, der dem jungen polnischen Finanzwesen jede einheitliche Kraft zu nehmen drohte, wurde über zwei Jahre umstritten, bis der preußische Handelsminister dem polnischen Verbande für Posen und Westpreußen am 14. Juli das Recht verlieh, sich eigene Revisoren zu bestellen. Durch diese Verleihung, die die preußische Regierung bald bereut hat[3], wurde das polnische Finanzwesen in Posen und Westpreußen juristisch einig, abgeschlossen und unabhängig von der Kontrolle der Behörden[4].

[1] Der Handelsminister konnte die Verleihung ablehnen, wenn er der Überzeugung war, daß der Verband „andere Zwecke verfolge" als die Unterhaltung der Geschäftsbeziehungen zwischen den Genossenschaften; ferner wenn er der Überzeugung war, daß der Verband „nicht imstande sei, der Revisionspflicht zu genügen".

[2] Auf dem polnischen Genossenschaftstage im August 1889 stand diese Erörterung als wichtigster Punkt auf der Tagesordnung. Es wurde beschlossen, den polnischen Verband in drei Gruppen zu zerteilen; jede Gruppe möge dann die Verantwortung für ihre Entwicklung auf die eigenen Schultern nehmen. Die drei Verbände (Posen, Bromberg, Thorn) erhielten dann am 16. Februar 1890 die ministerielle Genehmigung. Dadurch ermutigt, nahm Wawrzyniak wieder den Kampf für den Zusammenschluß auf.

[3] Siehe unten S. 229 ff.

[4] Vgl. Schlagwörterverzeichnis: „Revisionsrecht".

Das war eine der wichtigsten Errungenschaften der Versöhnungsära, denn die Macht der einheitlichen Genossenschaftsleitung ruht wesentlich auf jenem Dokument, das dem preußischen Handelsminister damals abgewonnen wurde. Mit vollem Rechte begrüßte daher der kluge Patron Wawrzyniak, der Nachfolger des schwächlichen Szamarzewski, den polnischen Verbandstag, der im Herbst 1892 in Posen zusammentrat, mit Worten des Dankes und der Genugtuung, daß die preußische Regierung, „wenn auch erst nach längerer Überlegung," eingesehen habe, daß die polnischen Genossenschaften „keine politische Agitation betreiben". „Mein Herz ist voll von Freude und Zufriedenheit, daß es nach schlimmen Erfahrungen den polnischen Banken gelungen ist, sich wieder zu einem organischen Ganzen zusammenzuschließen, um mit gemeinsamen Kräften für die gleiche Sache zu wirken, die wir dasselbe Streben und Interesse haben und durch dasselbe nationale und sprachliche Band verbunden sind."

Diesen offenbaren Erfolgen gegenüber, die die Polen der geschickten parlamentarischen Do-ut-des-Politik verdankten, hatte die demokratische Agitation einen schweren Stand. Ihre Führer suchten durch lärmende Kritik und lauten Tadel die Errungenschaften der konservativen Gruppe zu verdächtigen, verhöhnten den Adel und seine Anhänger als „Hofpartei" und rühmten sich, die Interessen des Volkes als „Volkspartei" zu vertreten.

Wiederum also präsentieren sich hier die Polen scheinbar in zwei Parteien: „Hofpartei", „Volkspartei", und aus diesen Schlagworten entstand die Täuschung, als sei die Gesamtheit in zwei Lager gespalten, etwa nach der alten Art der englischen Parteisitte. Ein wohl begreiflicher Irrtum, denn durch die Sensation der Versöhnungspolitik wurden zwei politische Gruppen so sehr ins Licht gezogen und zur Wirksamkeit angestachelt, daß die beiden verhältnismäßig kleinen Kreise eine Zeitlang alles zu bestimmen schienen: Auf der äußersten Rechten waren dies die Magnaten und die Majorität der Fraktion, die durch ein loyales Verhalten politischen Einfluß zu gewinnen hofften, auf der äußersten Linken waren es einige erregte Männer vom alten

„Republikanismus", die die Zeitung „Orędownik" benutzten, um demokratische Ideen lebendig zu halten.

Zwischen beiden aber, also zwischen „Hofpartei" und „Volkspartei", stand die Majorität der politisch Denkenden abwartend, mißtrauisch und doch bemüht, die Gunst des Augenblickes zu benutzen: die nüchternen Großgrundbesitzer, die an die Dauer der Hofgunst nicht recht glaubten; die angesehenen Bürger, die streng nationalpolnisch blieben, aber sich in der kritischen Zeit reserviert hielten; die Führer der Volksorganisationen, die, wie wir sahen, Konzessionen zu gewinnen suchten.

So trug das Parteiwesen einen provisorischen Charakter, und seine endliche Gestaltung war davon abhängig, ob die Hofpartei, die sich für die Stetigkeit der Versöhnungspolitik verbürgte, im Rechte blieb oder nicht. — Dieser unentschiedene schwankende Zustand steigerte die Polen in eine politische Erregung und Nervosität, wie sie seit 1863 nicht wieder beobachtet worden war. Die Situation war unnatürlich, denn die kleine „regierende" Gruppe adliger Grundherren und Kleriker hatte keine Wurzeln im Volke, sondern herrschte nur kraft der Hofgunst und der parlamentarischen Diplomatie. Die ganze Verfassung des polnischen Lebens erschien anachronistisch, da einige feudale Herren die Angelegenheiten der polnischen Bevölkerung wie Privatangelegenheiten besorgten.

Ob für oder wider die Marinevorlage, für oder wider die Militärvorlage zu stimmen sei, darüber entschied die adlige Polenfraktion, ohne sich um den Willen der Wähler auch nur im geringsten zu bekümmern, und alles dies in einer Zeit, wo die demokratische Bewegung sich schon tief in das Volk hineingewühlt hatte.

Dieses innere Mißverhältnis war nur erträglich, so lange die Hofpartei mit offenbaren Erfolgen aufwarten konnte und so lange sie die Volksbewegung durch Hoffnungen und Versprechungen beschwichtigte. Die adlige Fraktion in Berlin war also gezwungen, von der Regierung immer neue Milderungen

antipolnischer Gesetze und immer neue Vergünstigungen zu verlangen, um sich selbst am Ruder zu halten, während die „Volkspartei", d. h. die Oredownikgruppe, jede Errungenschaft als lächerlich und unerheblich kritisierte, um die adlige Fraktion zu diskreditieren.

Dieses Schnappen und Schlingen nach immer neuen Zugeständnissen mußte zur Krisis führen, denn an irgendeinem Punkte mußte die preußische Regierung „halt!" sagen. Den Polen war gewährt: 1. ein polnischer Erzbischof, 2. polnischer Privatsprachunterricht, 3. eigenes Revisionsrecht der polnischen Genossenschaften, 4. Unterstützung der polnischen Ansiedlungsgenossenschaften durch die Rentenbanken, 5. mildere Handhabung der Gesetze. Sie verlangten nun weiter: Aufhebung der Ansiedlungskommission und Wiedereinführung des Polnischen als Unterrichtssprache der Volksschulen. — Jeder Pole, der die politische Entwicklung seiner Volksgenossen kennt, wird mir zugeben, daß auch diese beiden Forderungen nur vorläufige Forderungen waren, weil die adlige Fraktion notwendigerweise um ihrer eigenen Existenz willen, neues heischen mußte. Der Konstruktionsfehler des ganzen Versöhnungsexperiments lag ja gerade darin, daß die preußische Regierung mit der polnischen Fraktion einen Kuhhandel begonnen hatte, der an irgendeiner Stelle zum Konflikt führen mußte. Ich bin sehr weit von der Meinung entfernt, daß es nie und nimmer möglich sei, mit den Polen zu paktieren; in der Weise aber, wie es 1891 versucht wurde, war ein Paktieren in der Tat unmöglich, weil die polnische Fraktion nur eine geliehene Macht besaß, die an dem Tage verschwinden mußte, wo die Quelle der Zugeständnisse versiegte.

B. Die Krisis.

Ihre höchste Karte spielte die polnische Hofpartei in den Reichstagsverhandlungen des Jahres 1893 aus.

Es handelte sich um eine Frage des deutschnationalen Ansehens, um die Armeereform, die größte Umgestaltung und Er-

weiterung des Heeres seit der Roonschen Reorganisation. Die Regierung befand sich in der Notlage, den Plan unter allen Umständen zu verwirklichen oder sich vor dem Auslande bloßzustellen. — Die Militärvorlage wurde abgelehnt, der Reichstag am 6. Mai aufgelöst.

Als die Neuwahlen beendet waren, zeigte sich, daß die Entscheidung in den Händen der Polen lag: wenn die Polen für die Regierungsvorlage stimmten, mußte sich eine Mehrheit von 202 gegen 195 ergeben; stimmten die Polen dagegen, so ergab sich eine Opposition von 214 gegen 183. Die Stimmung der Polen war natürlich aufs höchste erregt.

In der hochtönenden Art, die die slavischen Blätter lieben, schrieb eine Zeitung: „Die Stichwahlen sind beendet. Gott legte das Schicksal Deutschlands in die Hände der Polen . . . Wir sind davon durchdrungen, daß unsere Fraktion diese günstige Lage ausnützen wird. Der Fraktionsvorsitzende muß sich zu Herrn v. Caprivi begeben und so sprechen: Wenn Sie die polnische Unterrichtssprache in Posen, Westpreußen und Schlesien wieder einführen, dann — aber auch nur in diesem Falle — würden wir uns mit der Vermehrung des Heeres einverstanden erklären. Dies Zugeständnis muß mit Genehmigung des Königs vor der Abstimmung zugesichert werden. Wenn Graf Caprivi darauf nicht eingeht, beschwören wir die Fraktion, sich in keinerlei Verhandlungen einzulassen."

Solche Forderungen wurden nicht nur in der Presse, sondern gewissermaßen „offiziell" von den Polen gestellt. Der Erzbischof Stablewski selbst erklärte sich öffentlich für die Militärvorlage; nannte aber als „mindeste Forderung", daß für genügenden Unterricht in polnischer Sprache gesorgt werde.

Einige Tage blieb die Lage unbestimmt; am 10. Juli aber gab der Abgeordnete v. Jazdzewski im Namen der polnischen Fraktion die Erklärung, daß die Polen für die Militärvorlage stimmen würden und entschied damit die Situation zugunsten der Regierung. Wir Deutschen können uns nur schwer vorstellen, welche Sensation diese Abstimmung für die polnische

Bevölkerung bedeutete. Nichts Früheres ließ sich damit vergleichen, denn in den vorhergehenden Jahren hatten die Polen zwar an der preußischen Steuerreform, an der Marinevorlage, an den Handelsverträgen mitgearbeitet, aber noch nie Gelegenheit gehabt, eine Frage des deutschen Ansehens entscheidend zu wenden, und noch dazu im Sinne der Regierung und der nationalen Parteien. Die polnische Fraktion in einer deutschen nationalen Frage Schulter an Schulter mit den Nationalliberalen und Konservativen! Das war für polnische Augen und Ohren kaum faßbar, und jeder fragte: was wird die Belohnung dafür sein?

Schon wenige Tage später wurde in Posen bekannt, daß sich die Regierung zu keinem Zugeständnis verpflichtet hatte, sie war hierzu auch kaum imstande, denn die Schulfragen gehörten vor das preußische Abgeordnetenhaus und dort stand eine täglich fester werdende Majorität den polnischen Ansprüchen entgegen.

Als die polnische Fraktion der preußischen Regierung zum Siege verholfen hatte und nun zugeben mußte, daß sie bestimmte Zusicherungen nicht erhalten habe, begann die Volkspartei die parlamentarische Machtstellung der Hofpartei zu stürmen. Im Gegensatze zu den früheren demokratischen Wahlstörungen und Exzessen entstand jetzt ein geregelter, systematischer Angriff gegen den konstruktiven Unterbau der polnischen Fraktion.

Dieser konstruktive Unterbau, der jetzt gestürmt wurde, sah folgendermaßen aus: In Posen gab es zur Entscheidung aller wichtigen Wahlangelegenheiten ein „Zentralwahlkomitee", das stets unter adliger Führung gestanden hatte und 1893 vom Grafen Zoltowski-Gluchowo geleitet wurde. Die Mitglieder waren sämtlich konservative Herren, meist Angehörige der Schlachta und hohe geistliche Würdenträger. Unter dieser Zentralbehörde standen Bezirkskomitees, die je einen Wahlbezirk umfaßten und dort die Kleinarbeit leisteten.

„Theoretisch" war die Zentralinstanz ein Organ sämtlicher Bezirkskomitees, „theoretisch" also war der Aufbau demokratisch; in Wirklichkeit jedoch verfügte die Zentralinstanz in oligarchischer Weise über die Kandidatenliste und bediente sich der Bezirkskomitees nur zur Agitation. Bei den Reichstagswahlen im Jahre 1893 z. B. war die Kandidatenliste der polnischen Fraktion so zustande gekommen, daß sich am 30. Mai die Mitglieder des Zentralwahlkomitees im Hotel Bazar zu Posen versammelten und bestimmten, Graf Kwilecki habe im Wahlbezirk Samter-Birnbaum zu kandidieren, Prinz Zdislaw Czartoryski im Bezirk Kosten-Schmiegel, Prinz Adam Czartoryski im Bezirk Rawitsch-Gostyn, Propst v. Jazdzewski in Krotoschin-Koschmin, Jos. von Koscielski in Inowrazlaw-Strelno-Mogilno usw.

Solche Oligarchie des Adels war nur durchführbar solange sich die Bezirkskomitees von oben her lenken ließen. Sobald jedoch in den Bezirken Gegner des Adels zur Herrschaft kamen, konnten sie nicht nur die Kandidatenliste beeinflussen, sondern allmählich auch die Zusammensetzung der Oberbehörde verändern [1]. Ein organisierter Ansturm gegen die Macht der adligen Fraktion mußte also, wenn er Erfolg haben sollte, einzelne Bezirkskomitees zu erobern suchen.

Der Redakteur des leitenden demokratischen Blattes organisierte den Sturm. Dieser Mann, namens Szymanski, gehörte

[1] Das Verhältnis zwischen den Bezirkskomitees, dem Zentralkomitee und der Fraktion war ursprünglich „gewohnheitsrechtlich" geregelt, d. h. durch die den Slaven so geläufige gesellige Vereinbarung beim Ungarwein. Erst später führte man Statuten ein, die im Jahre 1888 als „Wahlreglement" befestigt wurden. Das Reglement enthielt über die Bezirkskomitees folgende Vorschrift: „Aus denjenigen Kreisen, welche einen Wahlbezirk bilden, treten Delegierte zu einem Bezirkskomitee zusammen . . . . Die Tätigkeit des Bezirkskomitees erstreckt sich: 1. auf die Verständigung über die Person des oder der Kandidaten, welche der Wahlbezirk wählen soll (diese Bestimmung wurde in Wirklichkeit dadurch erledigt, daß die Zentralinstanz den Kandidaten bestimmte); 2. auf die gemeinsame Beratung über die zweckmäßigste Form der Wahlagitation; 3. auf die Vorbereitung gemeinschaftlicher Aufrufe, Drucksachen, Wahlzettel, welche kurz vor dem Wahltermin im ganzen Wahlbezirke in möglichst großer Zahl verbreitet werden müssen."

zur Kategorie der pedantischen Politiker, er war ein doktrinärer Eigenbrödler, zugleich nach äußeren Wirkungen begierig und gewohnt, alles in programmatischer Form zu entwickeln. Seine Zeitung „Orędownik" wollte ein Volksblatt sein, konnte aber niemals volkstümlich werden, denn Szymanski war originell und schrieb schwerer, als es ein polnischer Handwerker oder Bauer vertragen konnte. Seine Wirkung beruhte darauf, daß er andere populäre polnische Zeitungen stark beeinflußte, sie in bestimmte Bahnen schob und es so durchsetzte, daß seine Programmideen schließlich doch ins Volk drangen. Alle heute erscheinenden demokratischen oder populären polnischen Blätter in Preußen haben vom „Orędownik" einen Teil ihrer Farben und Töne und Ideen entnommen, und so ist der „Orędownik", der niemals viel Leser hatte, sondern sich meist mit 3 bis 4000 Abonnenten begnügen mußte, dennoch als das pfadweisende Blatt der polnischen Demokratie zu beachten.

Diese Zeitung gab wenige Tage, nachdem die Fraktion für die Vermehrung der deutschen Armee gestimmt hatte, die Parole aus: das Wahlkomitee für den Wahlbezirk der Stadt Posen ist zu stürzen!

Alsbald nahm das von Posener Handwerkern und Kaufleuten viel gelesene Blatt „Postęp" die Parole auf, und am 19. Juli fand eine „Wählerversammlung" statt, die mit großer Mehrheit den Beschluß faßte, dem Posener Bezirkskomitee ein Mißtrauensvotum zu erteilen, „wegen seiner Haltung gegenüber der Militärvorlage". Nach Annahme dieser Resolution verkündete der Vorsitzende, daß das Bezirkskomitee abdanke.

Der erste Erfolg zog sogleich einige andere Zeitungen, die sich bisher abseits gehalten hatten, in die neue Bahn. „Der Zusammenbruch des Posener Wahlkomitees," so schrieb der „Goniec Wielkopolski" am Tage nach der Versammlung, „steht in engem Zusammenhange mit der Politik der polnischen Reichstagsfraktion und wird einen lauten Widerhall im ganzen Lande finden. Posen hat gezeigt, daß es die Versöhnungspolitik nicht will, daß es die Haltung der Fraktion verurteilt."

In der nun notwendigen Wahl eines neuen Komitees konnten sich die erregten Volksversammlungen nicht einig werden, so daß zwei einander opponierende Komitees, ein „volksparteiliches" und ein „hofparteiliches", in Funktion traten.

Ähnliche Vorgänge spielten sich in Bromberg ab, ferner in Inowrazlaw, der alten Stätte aller polnisch-demokratischen Strömungen, und bald entstanden auch in anderen Städten, ja sogar Dörfern, Versuche, die Wahlkomitees zu beeinflussen.

Diese inneren Stürme haben das Interesse der Polen mehrere Monate völlig konsumiert. In den polnischen Zeitungen, Zeitschriften, Flugschriften vom Sommer 1893 bis zum Frühjahr 1894 findet man auf jeder Seite Mitteilungen und Meinungen über den Kampf.

Aber die herrschende Gruppe des Adels und des hohen Klerus blieb mehrere Monate scheinbar unverletzt und führte die stärksten Kräfte, die ihr zur Verfügung standen, den demokratischen Angriffen entgegen. So versammelten sich im September 1893 die Domkapitel von Posen und Gnesen und protestierten in feierlicher Form öffentlich gegen die rücksichtslose Kampfesweise des „Orędownik". — Auf „Anregung", d. h. Befehl der Konsistorien protestierten die Pfarrer der meisten Dekanate in vorgeschriebener Form gegen die volkstümlichen Blätter und traten sogar in der Predigt deren Agitation entgegen. — Auch der Kongreß der polnischen Juristen, der einige Wochen später in Posen stattfand, wurde von der herrschenden Gruppe zur Verteidigung benutzt, denn der Rektor der Krakauer Universität lobte in einer politischen Tischrede die Abstimmung der polnischen Reichstagsfraktion, die sich durch ihr diplomatisches Verhalten bündnisfähig und fähig zur organischen Arbeit gezeigt habe[1]. —

[1] Die Worte, die für die Anschauung der Hofpartei sehr charakteristisch sind, lauteten: „In Eurem Landesteile befand sich der Staat kürtzlich in kritischer Lage. — Ich kann Sie versichern, daß wir von Krakau her mit klopfendem Herzen diesen großen und für Euch so schweren Vorgang beobachtet haben. Mit Ruhe und Vertrauen aber empfingen wir dann die Kunde von Eurem Verhalten. Ihr habt Eure Schuldigkeit getan, wenn sie auch hart für Euch war. — Eine solche Selbstverleugnung pflegt die

Die mächtigste Hilfe aber entstand der Hofpartei unverhofft in den Bauernvereinen.

Die Bauernvereine, die sich ruhig zwischen die kämpfenden Parteien gestellt hatten, waren schon lange von der Volkspartei umworben worden und galten als künftige Hilfstruppe einer populären Partei. Das Volksblatt „Postęp" jedoch, das Hals über Kopf vorwärts stürmte, beging die Taktlosigkeit, den Patron der Bauernvereine, Maximilian v. Jackowski, zu verdächtigen und zu beschimpfen, in der ungeschickten Meinung, dieser Mann, der dem Adel nahe stand, werde sich dadurch aus seiner Stellung drängen lassen.

Die Antwort Jackowskis bestand darin, daß sämtliche polnischen Bauernvereine in Kreisversammlungen zusammenkamen, die Zeitungen „Orędownik" und „Postęp" für „gemeingefährlich und lügnerisch" erklärten und in Verruf taten.

Es wird behauptet, daß die kernige Maßregel beiden Blättern schweren materiellen Schaden zufügte. Sicher ist, daß der „Orędownik" länger als zehn Jahre einen Groll gegen Jackowski hegte.

Diese erfolgreiche Verteidigung ermöglichte es der adligen Fraktion, im Winter 1893/94 in alter Weise weiter zu arbeiten. Die Kommissionsberatungen über Flottenfragen wurden fortgesetzt unter Mithilfe des Polenführers Josef v. Koscielski, der damals den Spitznamen „Admiralski" erhielt, und Regierung und Polenfraktion tauschten nach wie vor gesellschaftliche Liebenswürdigkeiten aus. Formell bestand die Versöhnungspolitik noch, jedoch die Reden des Kultusministers waren kühl, ließen neue

---

Geschichte mit ihrer Anerkennung und mit der Zumessung politischer Gerechtigkeit zu belohnen. — Daß dies auch hier der Fall sein wird, daran zweifle ich nicht; ob sich jedoch Eure Hoffnungen in dem vollen Maße Eurer gerechten Forderungen erfüllen werden, das wissen wir nicht. Von Euch hängt es nicht ab, die Konsequenzen zu ziehen. Ihr habt das Eure getan! Doch bin ich überzeugt, daß Euer kluges und würdiges Verhalten die maßgebenden Faktoren auch fernerhin zwingen wird, Euch anzuerkennen und Euch zu gewähren, was Ihr braucht. Das wünsche ich von ganzem Herzen."

Zugeständnisse nicht erhoffen, und die adlige Polenfraktion wurde nervös, da ihre Wähler lärmend die versprochenen Zugeständnisse forderten. Der kleinste Anlaß konnte jetzt die Krisis zum Ausbruch bringen; und in der Tat wirkte es wie eine Nervenkrisis, als am 11. März 1894 das Telegramm in Posen eintraf: „Der Abgeordnete von Koscielski hat sein Mandat niedergelegt."

„Ungeheuren Eindruck" — so schrieb tags darauf der Korrespondent eines führenden polnischen Blattes — „machte am Sonnabend auf die versammelten Reichsboten die Mitteilung des Präsidenten: ‚Herr v. Koscielski hat sein Mandat niedergelegt.' Jedermann war erstaunt, da Koscielski als Führer der Hofpartei und Freund des Deutschen Kaisers zu den interessantesten Figuren des Reichstages gehört und niemand vermuten konnte, daß gerade er mandatsmüde werden könne . . ." Sichtlich hatte diese Nachricht in Posen, wohin sie am Sonnabend Nachmittag gelangte, einen außerordentlichen Eindruck hervorgerufen, besonders als man später die eigentliche unmittelbare Ursache der Mandatsniederlegung erfuhr.

Die Ursache war folgende: Koscielski hatte in der Kommission erklärt, die Polenfraktion werde einer bestimmten Regierungsforderung zustimmen. Am entscheidenden Tage jedoch blieb ein großer Teil der Fraktionsmitglieder aus und die übrigen verließen vor der Abstimmung den Saal.

Faktisch war mit dieser Tatsache die Versöhnungspolitik beendet, obwohl die formelle Auflösung dieser Politik erst einige Monate später evident wurde[1].

Was nunmehr erfolgte, könnte man eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nennen. Denn die Regierung bemühte sich, dieselbe Richtung der Polenpolitik wieder zu gewinnen, von der der neue Kurs nach Bismarcks Entlassung abgeschwenkt war,

[1] Die formelle Auflösung der Politik geschah in der Weise, daß sich Koscielski, der Führer der Hofpartei, in einer Lemberger Tischrede (August 1894) scharf gegen die preußische Regierung wandte und einen Monat später der Deutsche Kaiser in Thorn gegen die Bestrebungen der Polen sprach.

und die Polen sahen sich wieder wie damals auf die eigene wirtschaftliche Verteidigung angewiesen.

Damit war nicht nur die „Hofpartei" beseitigt, sondern, was weit wichtiger ist: das Institut der polnischen Fraktion hörte auf, für die Politik der Polen maßgebend und führend zu sein. Denn nach den fruchtlosen Aufregungen der Hofära hatte sich in Posen und Westpreußen die Überzeugung befestigt, man dürfe die Fraktion in Berlin keine selbständigen politischen Sprünge machen lassen, sondern müsse sie fest an der Leine halten. Zwar entsprach die Zusammensetzung der Fraktion seit 1894 den Volksverhältnissen besser als vorher, denn neben den adligen Grundbesitzer und den geistlichen Würdenträger trat allmählich der Handwerker, der Kaufmann, der Arbeitervertreter, der populäre Redakteur; jedoch dieser Kreis wurde von Jahr zu Jahr höher überragt von dem Willen der Volksorganisationen in den heimischen Provinzen.

Die Fraktion hatte abgedankt.

Dritter Teil.

Die heutige Organisation der polnischen Bevölkerung in Preußen.

Zehntes Kapitel.

Die Personalunion als Organisationsprinzip.

Die Nationalökonomie des Nationalitätenkampfes ist so interessant, weil sie in wohlbekannten, alltäglichen Hüllen und Formen einen seltsamen und merkwürdigen Inhalt entdeckt.

In herkömmlicher Weise, fast schablonenhaft sind kleine Darlehnskassen und Berufsvereine über Land und Städte verbreitet. Hier und da finden die oft zwerghaften Vereine Halt an einem größeren Institute. Eine Zentralbank und Zentralleitung schließt dies alles zusammen, indem sie bald überschüssige Gelder aufnimmt, bald notwendige Hilfe gewährt, zum großen Geldmarkt eine Brücke bildet und in allen Organisationsfragen Rat erteilt.

Solch System hat heut jedes Land, jedes Ländchen, jede Provinz. Es ist das unentbehrliche Wirtschaftsgeäder des Volkslebens. In seinen Verzweigungen, in seinen Verbindungen ist es nach gewissen allgemeinen Grundsätzen konstruiert, die mehr oder minder glücklich den Verhältnissen angepaßt sind.

Ganz dasselbe sahen wir seit 1860 langsam in Posen und Westpreußen heranwachsen. Langsamer und schwächlicher als in Westdeutschland; mühsam gebildet nach den Formen und Vor-

schlägen, die sich in entwickelteren Gebieten, besonders am Rhein bewährt hatten.

Schematisch wiederholen sich die gleichen Statuten, die gleichen Formen des Verkehrs, derselbe Schulze-Delitzsch, derselbe Raiffeisen wird angerufen; dieselben Probleme werden auf den Verbandstagen umstritten, und bei flüchtiger Betrachtung bemerkt man in diesem friedlichen Aufbau nichts von irgendwelchen politischen Unternehmungen.

Im Gegenteil! Energisch wird betont, daß alle Politik zu vermeiden sei: „Kreditgenossenschaften können nicht Mittel des nationalpolitischen Kampfes sein," so hört man in den Versammlungen. „Ausdrücklich wird darauf hingewiesen" — so heißt es im Programm der polnischen Bauernvereine § 12 —, „daß kirchliche und politische Angelegenheiten außerhalb des Bereiches der Vereine liegen und es nicht erlaubt ist, solche Fragen in den Verhandlungen zu erörtern."

Vor allem aber bedroht das Gesetz jede Genossenschaft, die „andere als geschäftliche Zwecke verfolgt", mit Auflösung.

Und trotz alledem sind die Genossenschaften und Berufsvereine zum größten Teil — sowohl auf deutscher Seite wie bei den Polen — die eigentlichen Munitionskammern im politischen Kampfe.

Ja, diese Institute — die keine Politik treiben — sind in so hohem Maße Instrumente der Nationalitätenpolitik, daß ihre ganze Geschäftsführung eigenartige Züge trägt, die auf den Kampf und auf die nationale Verteidigung zugeschnitten sind. Hierzu rechne ich keineswegs die Verschiedenheit der Sprache. Daß es in den Ostmarken deutsche und polnische Firmen gibt, wie im Kanton Bern französische und deutsche, ist das unvermeidliche Kennzeichen der Sprachgrenze, und nur ein allzu nervöses Urteil könnte daran Anstoß nehmen.

Eine polnische Bäuerin, die nach dem Tode des Bauern ihre tausend Mark im Saum der Unterjacke trägt, wird dieses teuere Gut nur lostrennen, wenn polnische Worte, die sie notdürftig entziffern kann, über der Tür der Bank stehen, wenn das

Depositenbüchlein polnisch abgefaßt ist und ein polnischer Gruß sie im Bureau empfängt.

Das kann man nicht „politische" Tätigkeit nennen. Man könnte höchstens sehr reserviert und sehr gespreizt sagen: daß jener Zustand die Möglichkeiten der politischen Banktätigkeit im Keime enthalte.

Zunächst erwuchs hieraus äußerlich die Trennung der verschiedensprachlichen Institute. Ein Teil wurde stärker von Deutschen, der andere stärker von Polen beeinflußt. Allmählich rückten beide Teile voneinander und bald entwickelte sich auf der einen Seite ein Netz von deutschen Vereinen, auf der anderen Seite ein polnisches System[1].

Wie aber kann das polnische System der Vereine und Genossenschaften, das vom politischen Gebiet abgeschnitten ist, dennoch die nationalpolitische Führung haben? Kann man überhaupt im Ernste behaupten, daß etwa die polnischen Kreditgenossenschaften eine politische Macht ausüben?

Sorgt doch schon die preußische Staatsanwaltschaft, daß sich die polnischen Genossenschaften ängstlich von allem fernhalten, was als politische Tätigkeit gedeutet werden könnte. Eine Genossenschaft, die offen politisch Farbe bekennen wollte, wäre noch an demselben Tage der „zuständigen Behörde" denunziert, und niemals ist meines Wissens von irgendjemand erwiesen worden, daß sich die polnischen Genossenschaften etwa an Sokolfestlichkeiten oder Wahlagitationen beteiligt hätten, niemals ist erwiesen worden, daß die Genossenschaften auch nur einen kleinen Teil ihrer Überschüsse zu politischen Zwecken bestimmt hätten. Die Tätigkeit der polnischen Genossenschaften schneidet nirgends in das politische Gebiet.

Trotzdem aber wird die folgende Darstellung den Nachweis erbringen, daß die polnischen Kreditgenossenschaften eine politische Macht sind, ja sogar allmählich zur leitenden politischen Macht wurden. Folgendes erklärt diesen Widerspruch:

[1] Vgl. über diese Entwicklung S. 103.

Die Brücke, die den Übergang vom rein wirtschaftlichen Geschäftsbezirk zum politischen Kampfgebiet bildet, heißt **Personalunion.**

Im Laufe des Nationalitätenkampfes nämlich hat sich ein Typus der polnischen Organisationen gebildet, ja man kann fast sagen, es habe sich ein praktisches Dogma der Organisation entwickelt, das sich so formulieren läßt:

Eine Kreditgenossenschaft oder ein Berufsverein muß sich von Nationalpolitik sorgfältig fernhalten; aber die Leiter der Kreditgenossenschaften und Berufsvereine müssen sich an nationalpolitischen Unternehmungen führend beteiligen.

Die einzelne Organisation steht selbständig da und ist auf ihren bestimmten Geschäftszweck beschränkt. Die Männer jedoch, die an der Spitze der Vereine und Genossenschaften stehen, sind zugleich Leiter in politischen Komitees[1] und Versammlungen[2], Vorstandsmitglieder in Volksbildungsvereinen[3], sie spielen in der Presse eine Rolle[4], sind maßgebend bei der Vorbereitung der Wahlen[5], bei der Aufstellung der Kandidatenlisten[6], bei der Errichtung von polnischen Volksbibliotheken[7], bei der Verteilung von Stipendien[8], und so vereinigen sie durch ihre Person das scheinbar unzusammenhängende öffentliche Leben der Polen.

Die Personalunion ist die lebendige Klammer des polnischen Gemeinwesens. Ohne die eigentümliche und ausgedehnte Anwendung der Personalunion wäre die Masse der polnischen Institute und Gesellschaften keine wirkliche Einheit.

---

[1] bis [8] Für alle diese Behauptungen erbringt die spezielle Darstellung in Buch II, Kapitel: „Die politische Macht der polnischen Genossenschaften" Beweise.

Elftes Kapitel.

Die polnische Volksorganisation.

Die werktätige polnische Bevölkerung wurde in den letzten 20 Jahren durch zwei Vorgänge, die sich gleichzeitig abspielten gepackt: durch den Kampf um den Boden und durch den schnell wachsenden Arbeiterbedarf der deutschen Industrie. Beide Vorgänge fielen zufällig fast genau zusammen, ja sie deckten sich sogar in den einzelnen Phasen: 1886 begann der Kampf um den Boden mit der modernen Ansiedlungspolitik, und zu derselben Zeit entwickelte sich nach mehrjähriger Depression die rheinisch-westfälische Industrie, etwa 20000 Polen an sich ziehend. Vier Jahre später nahm der Kampf um den Boden in der „Versöhnungsära" mildere Formen an, und gleichzeitig brachte die Wirtschaftskrisis 1890 die Ausdehnung der Industrie zum Stillstand. 1894 erhob sich der Kampf in den Ansiedlungsprovinzen zu neuer Energie, zugleich steigerte sich die Industrie und zog Arbeitskräfte in solchen Massen herbei, daß man von einer Völkerwanderung nach dem Westen redete. Diese Parallele läuft, durch die letzte Krise kaum berührt, bis auf den gegenwärtigen Tag.

Aus diesen Vorgängen zog man den naheliegenden Schluß, „die im Kampf um den Boden aus der östlichen Landwirtschaft verdrängten Polen strömen nach Westen". So war ein einleuchtender Zusammenhang gefunden. Man sprach von einer „Industrialisierung der Polen", was auch so formuliert wurde: die Ansiedlungspolitik dränge die Polen teils in die Städte des

Ostens, wo sie Gewerbe ergreifen, teils in den industriereichen Westen. Das Gebiet der landwirtschaftlichen Arbeit werde eingeengt, und so müsse sich der Pole zu den Gewerben wenden.

Schon wenige Jahre nach Beginn der Ansiedlungspolitik entstand diese Meinung. Damals erklärten die Polen: Nimmt man uns das Land, dann stürzen wir uns auf die Industrie und den Handel. Im Grunde erschien das logisch und leuchtete jedem so ein, daß die These bald zum Dogma wurde: Die polnische Presse erörterte immerfort die Chancen der Polen in der industriellen Arbeit und im Handel. Jeder Erfolg wurde verkündet und als Etappe ausdrücklich konstatiert. Das Interesse für die Gewerbe nahm zu. Der Marcinkowski-Verein wendete einen beträchtlichen Teil seiner Stipendien auf die Förderung der technischen Studien. Die Genossenschaften richteten ihre Kreditkräfte wieder stärker als zuvor auf die Unterstützung gewerblicher Betriebe und kaufmännischer Einrichtungen.

Und doch war jene These von der „Verdrängung der Polen aus der Landwirtschaft" falsch! Wären damals die Polen, wie man glaubte, durch die Ansiedlungspolitik wirklich vom Lande verdrängt worden, dann hätte ihnen diese Forcierung der Gewerbe nicht viel Frucht getragen, denn in Posen und Westpreußen ist das Gewerbe auf die Landwirtschaft angewiesen. In Wirklichkeit aber nahm der Kampf um den Boden einen ganz anderen Verlauf: *er engte das landwirtschaftliche Arbeitsgebiet der Polen nicht ein, sondern erweiterte es*, denn an Stelle von einigen hundert schlecht wirtschaftenden Großgrundbesitzern traten viele tausend intensiv arbeitende polnische Bauern, zugleich gewannen die Polen aus deutscher Hand Gut auf Gut.

Wie dieser Kampf um den Boden durchgeführt wurde und eine ganz andere Richtung nahm als die preußische Regierung erwartet hatte, ist in allen Einzelheiten in einem besonderen Teile dargestellt (vgl. drittes Buch: „Der Kampf um den Boden"). Man wird daraus erkennen, daß der Ansiedlungskampf seit drei Jahrzehnten über Posen und Westpreußen wie ein Ungeheuer

steht. Die unerwartete Bewegung der Güterpreise riß die ökonomischen Kräfte an sich. Die Spekulation bestimmte die Lage, und eine Demoralisation des Gütermarktes, von der man sich im übrigen Deutschland kaum eine Vorstellung macht, wurde in den Ostmarken heimisch.

Dieser Kampf hat die polnischen Schichten der Bevölkerung in einer Weise verändert und durcheinander gezogen, daß das preußische Polentum seine historische wohlbekannte Struktur fast völlig verlor: aus einer Adelsoligarchie wurde ein demokratisches Gebilde. Um sich von dieser Demokratie eine Vorstellung zu machen, beachte man folgendes: In einigen Gebieten der Provinzen Posen und Westpreußen ist das Polentum so konzentriert, daß es nicht nur an Kopfzahl weit überwiegt, sondern auch der Grund und Boden zum größten Teil in polnischen Händen ist.

Dies vom Polentum wirtschaftlich und moralisch beherrschte Gebiet streckt sich längs der russischen Grenze hin und ragt südlich der Stadt Posen als breiter Keil nach Westen. Es wird durch ein kleines Gebiet in Westpreußen ergänzt, das sich um den Kreis Löbau zieht[1]. Auf Karte I ist angedeutet, daß diese polnischen Gebiete in vier Bezirke zerfallen: Der erste Bezirk (auf der Karte mit I bezeichnet) umfaßt rund 600 000 ha, d. h. mehr als ein Drittel des Regierungsbezirks Posen und befindet sich zu etwa zwei Drittel in polnischen Händen. Die Bevölkerung besteht zu 84 % aus Polen. Der zweite Bezirk (auf der Karte mit II bezeichnet) umfaßt rund 200 000 ha, d. h. 1/8 des Regierungsbezirks Posen, und befindet sich zu etwa 3/5 in polnischen Händen. Die Bevölkerung besteht zu 85 % aus Polen. Im Bezirk III, wo die preußische Ansiedlungskommission am stärksten gewirkt hat, kann man einen etwa 220 000 ha umfassenden Streifen unterscheiden, in dem sich über die Hälfte des Bodens in polnischen Händen befindet und die Bevölkerung zu 80 % aus Polen besteht. Der vierte Bezirk schließlich liegt in Westpreußen, und zwar in

[1] Eine ausführliche Beschreibung der polnischen Bezirke und ihrer Organisation findet sich im zweiten Buche, Teil III. — Vgl. auch Schlagwörterverzeichnis: „Bezirke, polnische".

Löbau und den angrenzenden Teilen von Strasburg. Die Bevölkerung besteht zu 80 % aus Polen.

Um diese Kernlande schließt sich die Sphäre des polnischen Einflusses, die Posen und Westpreußen erfüllt und in die angrenzenden Provinzen hineinragt.

A. Die Organisation der Bauernschaft.

In dem ganzen Gebiete aber spielt unter den Polen die Bauernschaft eine große Rolle, weil es die Berufsklasse ist, die wirtschaftlich überwiegt und am meisten nationale Leistungen zutage fördert.

Schon territorial hat sie infolge der ausgedehnten Parzellierungen große Bedeutung erlangt. Im Bezirk I gehört den polnischen Bauern etwa die Hälfte des polnischen Grundbesitzes[1]; im Bezirk II befinden sich nahezu $^2/_3$ des polnischen Grundbesitzes in bäuerlichen Händen, und im Bezirk III, wo der Kampf gegen die Ansiedlungskommission am schärfsten geführt wird, gehören sogar $^3/_4$ des polnischen Landes den Bauern. In Westpreußen, um Löbau, sind ähnlich wie im Bezirk II $^2/_3$ bäuerlich.

Außerhalb dieser Kernlande gehört den Bauern ungefähr die Hälfte des polnischen Besitzes, nur in den Kreisen Samter, Wongrowitz und Schubin überwiegen die Latifundien.

Aber die Bauernschaft braucht nicht einmal den größten Teil des polnischen Grundbesitzes in Händen zu haben, um solche Macht auszuüben. Wenn z. B. in einem Kreise der polnische Grund und Boden zur Hälfte den Bauern, zur Hälfte den Großgrundbesitzern gehört, so ist trotz dieses statistisch erwiesenen Gleichgewichts doch der Bauer die Hauptmacht und zwar nicht etwa wegen der größeren Intensität der Arbeit, die man gelegentlich bezweifeln kann, sondern aus mehreren Gründen:

Erstens stecken im polnischen Großgrundbesitz viele Güter ausländischer Magnaten. Die Zamoyski und die Czartoryski z. B., die weite Liegenschaften in Posen besitzen, können hier ihr soziales oder politisches Gewicht nicht geltend machen, weil sie

[1] Vgl. Karte I.

in Paris oder in Nizza oder in Zakopane (Galizien) leben. Auch sind die großen Güter, z. B. die Grafschaft Przygodzice im Kreise Adelnau, die Herrschaft der Poninski und andere Latifundien so stark mit Waldungen ausgestattet, daß sie den Zusammenhang des ländlichen Verkehrs unterbrechen und für die nahen Landstädte wenig bedeuten.

Vom Bauer hingegen leben die Landstädtchen. In den Städten Posens und Westpreußens, denen die letzten zwanzig Jahre ein so schnelles Aufkommen polnischer Läden, polnischer Geschäfte aller Art gebracht haben, wie in Schrimm, Schroda, Wreschen, Ostrowo, Strelno, Kosten, Löbau usw., sind die zahlreich ringsum wohnenden Bauern die Hauptkäufer und Verkäufer. Ein Kranz bäuerlicher Besitzungen ist fast eine Garantie für die Gewerbe in den Landstädten. Denn die Bauern kaufen nicht wie der polnische Adel in Berlin oder London, sie kaufen in „ihrer Stadt" beim Polen, und der Wert ihrer vielen Hauseinrichtungen und zahlreichen Geräte übertrifft weit den Wert der kostbarsten Schloßausstattung.

Fragt man, wer die polnischen Bauern zur Organisation erzogen hat, so ist zu antworten: die Bauernvereine.

Man hat im Jahre 1886, als die preußische Ansiedlungspolitik begann, dem Patron der polnischen Bauernvereine, Maximilian Jackowski, das Wort in den Mund gelegt: „Gott sei Dank! Jetzt haben meine Bauernvereine ein großes Ziel!" Er hat dies Wort gewiß nicht gesprochen, denn er war ein einfacher und ernster Mann; aber die fingierte Äußerung ist für die Entwicklung der Vereine bezeichnend. Denn vor dem Beginne des wirtschaftlichen Nationalitätenkampfes war die Arbeit in den Bauernvereinen nicht nur mühselig, sondern auch langsam im Erfolge. Die Abwanderung der niederen Landbevölkerung aus der Provinz, die schlechte wirtschaftliche Lage der polnischen Bauern drückte die Tätigkeit nieder, und die führenden Männer interessierten sich mehr für die gesellschaftlich angesehenen Großgrundbesitzervereine und für die parlamentarische Unterhaltung in Berlin.

Gegen Mitte der achtziger Jahre besonders stockte die Entwicklung der Bauernvereine trotz mancher Gründungsversuche bedenklich, vor allem aber litten die Vereine darunter, daß sie nur als ein untergeordnetes Anhängsel der Großgrundbesitzerorganisation galten. Der Beginn der preußischen Ansiedlungspolitik hat hierin sehr schnell Wandel geschaffen. Sehr schnell änderte sich die Wertschätzung der landwirtschaftlichen Vereine, denn die Großgrundbesitzerorganisation kam in Mißkredit, weil sie nicht hindern konnte, daß zahlreiche angesehene Rittergutsbesitzer ihr Land an die Ansiedlungskommission verkauften. Die Bauernvereine aber wurden in denselben Jahren populär, da Jackowski ihnen die Parole gab: die Bauernvereine haben dafür Sorge zu tragen, daß in ihrem Bezirk kein Acker in deutsche Hände übergeht.

Diese moralische Hebung der Bauernvereine, die mit der „Degradierung" der Großgrundbesitzer zusammenfiel, hat die Bauernorganisation erst selbständig und selbstbewußt gemacht, innerlich frei von den Vereinen der „Herren".

Damals entstand das Schlagwort, daß die Bauernvereine die „Träger der nationalen Propaganda" sein müßten, das heißt: wenn irgendwo der polnische Zusammenhang zu wünschen übrig läßt, sei es, weil die preußische Ansiedlungskommission sich dazwischendrängt, sei es, weil die Wanderarbeit einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung hin und her treibt, stets bemühen sich die Bauernvereine, wenigstens den Anfang einer organischen Arbeit zu knüpfen, und erst, wenn so der Grund befestigt ist, erscheint die Kreditgenossenschaft, um den Bau zu vollenden.

Dieser Propaganda ist die bäuerliche Organisation folgendermaßen angepaßt. Die ganze Fläche der Provinz Posen (Westpreußen hat die Organisation allmählich nachgeahmt) ist in 26 Bauernkreise eingeteilt, von denen jeder unter einem „Vizepatron" steht[1]. Die 26 Vizepatrone wetteifern untereinander,

[1] Die Kreise decken sich nicht genau mit den preußischen Verwaltungskreisen, sondern sind meist größer, in Gegenden sehr entwickelter Organisation aber kleiner.

um jährlich aus ihrem „Kreise" möglichst reiche Erfolge melden zu können, und da der Unterschied der Entwicklung groß ist, liegt schon in dieser Verschiedenheit ein Ansporn, um den noch lockeren Bezirken zu zeigen, wie fest und engmaschig das Netz geknüpft werden kann.

Die kontrollierende Zentrale befindet sich in der Stadt Posen: das Patronatsbureau (Biuro Patronatu), geleitet von einem ständigen Sekretär, der die Wochenzeitschrift „Poradnik gospodarski", das offizielle Organ der Bauernvereine, redigiert und die gesamten Verwaltungsgeschäfte, Kassenangelegenheiten, Geschäftskorrespondenzen erledigt. Sein Vorgesetzter ist „der Patron der Bauernvereine", ein Rittergutsbesitzer, der nach dem Vorbilde seines bedeutenderen Vorgängers Maximilian Jackowski die Provinz häufig bereist, an den „Kreisversammlungen" und Konferenzen teilnimmt, um so einen persönlichen Zusammenhang der Bauernvereine zu sichern.

Also besteht der Aufbau in der Provinz Posen aus etwa 300 Vereinen (jeder geleitet von einem „Präsidenten"), die zusammengefaßt sind in 26 „Kreisen" (jeder geleitet von einem „Vizepatron"), die schließlich unter einer Zentrale stehen (geleitet vom „Patron" und seinem „Bureau").

Dieser Mechanismus funktioniert in folgender Weise:

1. Jeder Bauernverein hält monatlich eine Versammlung, in der drei wirtschaftliche Themata erörtert und Beschlüsse über gemeinsame Aktionen gefaßt werden (gemeinsame Einkäufe, Veranstaltung von Ausstellungen, Kundgebungen usw.).

2. Jährlich einmal wird eine Kreisversammlung abgehalten, die zu den „Ereignissen" der landwirtschaftlichen Bevölkerung gehört. Solche Kreisversammlungen, von denen die Zeitungen stets berichten, bilden den eigentlichen Prüfstein der Organisationen. Denn ein geschickter Vizepatron bringt Zusammenkünfte von 300 bis 350 Mitgliedern zustande, veranlaßt die angesehensten Männer des Kreises zu erscheinen, läßt die Angelegenheiten, die der Bevölkerung besonders am Herzen liegen,

diskutieren und gibt dem Patron, der die Versammlungen fast stets besucht, ein lebendiges Bild der wirtschaftlichen Vorgänge. Eine mißlungene Kreisversammlung ist ein Zeichen der Schwäche und wird von der öffentlichen Meinung, der Presse und in den Jahresberichten unweigerlich tadelnd erwähnt[1].

Die dritte Instanz in der Folge der Versammlungen schließlich ist die im Frühjahr jeden Jahres in Posen stattfindende „Generalversammlung der polnischen Bauernvereine", zu der jeder Bauernverein seinen Präsidenten und einen Delegierten entsendet. Hier erscheinen Vertreter auch der anderen polnischen Organisationen, insbesondere der Volksvereine, Großgrundbesitzervereine, Genossenschaften, und da fast gleichzeitig der „Zentralverein polnischer Großgrundbesitzer" seine Generalversammlung in Posen abzuhalten pflegt, beginnt Mitte März eine Art „landwirtschaftlicher Woche" in Posen.

Die Generalversammlungen der Bauernvereine waren in den letzten Jahren von 800 bis 1000 Personen besucht und trugen den uns Deutschen auch wohlbekannten Charakter einer Heerschau der Bauern. Ihre Bedeutung liegt nicht in den Vorträgen, denen die Versammlung nur halb zuhört, liegt auch nicht in Beschlüssen der Majorität, sondern in der Tatsache, daß eine Bauernmasse an einem Tage zusammenkommt und sich einig fühlt.

Hinter den Kulissen wird der Apparat von den Konferenzen der Vizepatrone und Vereinspräsidenten dirigiert. Wer aufmerksam die Vorgänge im Osten beobachtet, wird erfahren, daß nach wichtigen Ereignissen, z. B. wenn neue Gesetze vorliegen, die die Landwirtschaft oder das Polentum betreffen, die Vizepatrone eine Konferenz der Vereinsvorsitzenden einberufen. Da unter jedem Vizepatron nur durchschnittlich 10 Bauernvereine

[1] Auch der Patron unterläßt nicht, in seinem jährlichen Resumee zu erwähnen z. B.: „Die Kreisversammlung in Samter ist schlecht besucht gewesen," „die Mitglieder in K. zeigen kein Interesse und haben wenig Zusammenhang" usw.

stehen, kann hier im engen Kreise von Männern, die einander gut kennen, beraten und beschlossen werden, und die Konferenz oder Korrespondenz der 26 Vizepatrone mit dem Patronate in Posen ermöglicht ein einheitliches Arbeiten der ganzen Maschinerie.

B. Die Organisation der Arbeiter.

Unmerklich, ohne eine scharfe Scheidung geht die untere Schicht der polnischen Bauernschaft in die Klasse der Arbeiter über. Der kleine Bauer sendet seine Söhne auf Arbeit, und aus dem Arbeiterstande steigen neue Bauern empor. Der Zwergbesitz gehört zur Arbeiterschaft, die teils in der Provinz selbst ihr Brot sucht, teils auf „Sachsengängerei" in den Westen zieht.

Die Organisation der in Posen-Westpreußen heimischen Arbeiterschaft bildet daher unterhalb der Bauernvereine ein Stockwerk, das folgendermaßen entstanden ist:

I. Der St. Isidor-Verein.

Kurz nachdem Stablewski als Erzbischof in Posen eingezogen war (1892), erließ er einen Hirtenbrief, der sich gegen die polnische Sachsengängerei richtete. Er vertrat darin die beim polnischen Adel herrschende Meinung, daß die Massen aus Leichtsinn und Genußsucht in die Städte ziehen, und suchte nach Mitteln, der demoralisierenden Sachsengängerei Einhalt zu tun. Die ganze Geistlichkeit beeilte sich, denselben Ton anzuschlagen. „Es ist bekannt — so schrieb ein angesehener Propst — eine wie große Plage die Wanderung unseres Arbeitervolkes nach Sachsen und Pommern für die Kirche und Gesellschaft ist. Man hat sich bemüht, diese Wanderung aufzuhalten, welche auf die Sittlichkeit und Anhänglichkeit des Volkes und den heiligen Glauben eine so schlimme Wirkung übt. Jedoch unser hochwürdigster Herr Erzbischof hat sich in seinem letzten Hirtenbriefe vergeblich voll tiefer Trauer an die geliebten Kinder gewendet, die sich auf die Wanderschaft begeben wollten. Der Obhut ihrer Seelenhirten beraubt und ohne das Wort Gottes in ihrer Mutter-

sprache zu hören, ohne Beichten und ohne Fasten führen jene Wanderer ein fast heidnisches Leben. So sind mit Beginn des Frühlings wiederum Tausende polnischer Arbeiter „in die Welt" gezogen. Eifrige Seelenhirten bemühen sich zwar nach Möglichkeit, den schlimmen Einflüssen vorzubeugen; dies alles aber genügt nicht, das Übel verbreitet sich und nimmt zu. Es bedarf daher energischer Mittel und gemeinschaftlicher Bemühungen."

Aus diesen Erfahrungen und Empfindungen entstand der Gedanke, eine Vereinigung unter dem Schutze des heiligen Isidors, des Patrons der Landwirte, zu bilden, die sich der Wanderarbeiter annehmen sollte. Mehrere Monate wurde diese Möglichkeit diskutiert und am 9. November 1892 begründete der Erzbischof von Posen und Gnesen einen „Verein zum heiligen Isidor" und befahl den Geistlichen derjenigen Parochien, aus denen eine größere Zahl von Arbeitern nach dem Westen zu wandern pflegte, sich der Organisation anzunehmen und zwar nach folgenden Grundsätzen:

„§ 1.

Zweck des St. Isidors-Vereins ist die religiöse und sittliche Vervollkommnung der katholischen Arbeiter und Arbeiterinnen der Erzdiözesen Gnesen und Posen und zwar in dem Sinne, daß dieselben soviel als möglich durch Verschaffung entsprechender Arbeit in der Heimat zurückgehalten und, falls sie dennoch die Erzdiözesen verlassen, im engen Zusammenhang mit der Kirche erhalten werden.

§ 2.

Der Verein wird nach Möglichkeit in jeder Pfarrei, aus welcher Arbeiter in ferne Gegenden wandern oder zur Auswanderung Lust zeigen, eingeführt unter der Oberleitung des Ortspfarrers, der sich zur Beihilfe einen Stellvertreter und einen Kassierer erwählt.

§ 3.

An der Spitze sämtlicher Ortsvereine beider Erzdiözesen steht ein Rat, der aus einem Geistlichen, einem städtischen Bürger, einem ländlichen Grundbesitzer und einem Arbeiter besteht. Den Rat erwählt auf beliebige Zeit der hochwürdigste Herr Bischof von Gnesen und Posen und gibt die Wahl sowie vorkommende Veränderungen im kirchlichen Anzeiger bekannt."

Mit Hilfe dieser autoritären Organisation hoffte man die aus Posen auswandernden Sachsengänger in folgender Weise dirigieren zu können.

Erstens sollte jeder Auswandernde jährlich ein „Legitimationsbüchlein" des Isidor-Vereins erhalten.

Die Arbeiterschaft soll durch die Legitimationsbücher gewissermaßen numeriert werden, damit sie in der Fremde mit Hilfe dieser Nummern gesammelt werden könne. Wie bestimmt die gänzlich umgebildeten, aus armen Burschen und Mädchen bestehenden Burschen und Mädchen gelenkt werden müssen, wenn überhaupt von Organisation die Rede sein soll, kommt in dieser Numerierung am deutlichsten zum Ausdruck. Im Gegensatze zu den Prinzipien des gewerkvereinlichen Lebens sind die Wanderarbeiter nicht Subjekte, sondern Objekte der Organisation.

Durch Ausgabe der Legitimationsbücher sollte ferner erreicht werden, daß die Auswandernden sich vor ihrem Abmarsche beim Ortspfarrer meldeten, über das Ziel ihrer Reise Auskunft gaben und ihm die Bedingungen ihrer Anstellung mitteilten. Der Ortspfarrer aber war statutarisch verpflichtet, dem „Rate" des Isidor-Vereins diese Zahlen und Daten zu übermitteln, so daß in Posen eine orientierte Zentrale entstehen konnte, die die Arbeitsvermittlung kontrollieren und wenn möglich, selbst dirigieren sollte.

Die Arbeitsvermittlung, der Arbeitsnachweis, das war der zweite wesentliche Zug für eine Organisation von

Wanderarbeitern. Denn die aus verschiedenen Gebieten kommenden und in verschiedene Gebiete ziehenden Burschen und Mädchen können nur für ein Bureau interessiert werden, das ihnen Arbeit schafft und günstige Bedingungen vermittelt. Die Organisation einer Wanderarbeit muß stets ein Arbeitsnachweis sein.

Um das durchzuführen, wählte der Erzbischof den über den landwirschaftlichen Arbeitsmarkt wohl am besten orientierten Mann: Maximilian Jackowski, den Patron der polnischen Bauernvereine in den Rat des Isidor-Vereins und stellte so die notwendige Personalunion zwischen den Bauernvereinen und dem neuen Institute her.

Die Ernennung zeigte sich alsbald wirksam, denn Jackowski veranlaßte sowohl den Zentralverein der polnischen Großgrundbesitzer (den sein Sohn leitete), als auch die Bauernvereine, sich bei Arbeiterbedarf an den St. Isidor-Verein zu wenden, und brachte dadurch die Arbeitsvermittlung in Gang. Zugleich entsandte der Rat Vertrauensleute in die westlichen Gebiete, verständigte sich auch mit einigen deutschen katholischen Geistlichen in Sachsen und mit polnischen Gewerbetreibenden, die sich im Westen niedergelassen hatten, und knüpfte so ein zwar primitives, aber keineswegs unbrauchbares Netz von persönlichen Beziehungen.

Wenn diese Organisation auch völlig beherrscht war von Männern des geistlichen Standes und von einigen humanen Bürgern (denn das Arbeitermitglied des Rates war zunächst nur eine Dekorationsfigur), so ist doch zu erkennen, daß man den Versuch machte, aus der Arbeiterschaft allmählich Stützen zu gewinnen. Die Ortsgeistlichkeit in Posen und Gnesen wurde nämlich veranlaßt, jedem abwandernden Trupp einen „Abteilungsführer" zu ernennen und ihn zu monatlichen Berichten über die sittliche Führung der Arbeiter und die Bedingungen der Anstellung zu verpflichten.

Die folgenreichste und wertvollste Tat aber war die Begründung einer katholisch-sozialen Zeitschrift „Przewodnik kato-

licki", die den polnischen Arbeitern regelmäßig von der heimischen Ortsgeistlichkeit nachgesandt wurde. Wer einige Jahrgänge dieser verbreitetsten polnischen Zeitschrift, die eine Auflage von 60 bis 80 000 Exemplaren hat, durchblättert, wird mit Interesse verfolgen, wie hierdurch ein Zusammenhang zwischen Heimat und Arbeitsstätte geschaffen wurde. Aus seinem „Przewodnik katolicki" erfährt der Arbeiter, wie er sich in der Fremde zu verhalten hat, regelmäßige Situationsberichte klären ihn über die Arbeitsverhältnisse in den ihm fremden Gegenden Deutschlands auf. Aus seinem „Przewodnik katolicki" erfährt der Arbeiter aber auch, auf welche Weise er sich wieder in der Heimat niederlassen kann, wo Güter parzelliert und zu welchen Bedingungen ihm kleine Parzellen verkauft werden. Besucht man die Wohnungen von wandernden Polen aus Posen, so findet man sicherlich bei den meisten diese allen wohlbekannte Zeitschrift, die mehr als alle persönliche Organisation dem Wandernden ein Gefühl des Zusammenhanges gibt.

Aber trotz dieser Bemühungen und Erfolge ist es dem Isidor-Verein doch nicht gelungen, die Hoffnungen seiner Begründer zu erfüllen und auf dem Arbeitsmarkt ein mächtiger Faktor zu werden. Jeder Frühling ist für solche Arbeitsnachweise ein unbestechlicher Kritiker, denn selbst da, wo es an genauen Zählungen fehlt, ist ungefähr bekannt, wieviel Arbeiter hinausziehen, und die Leiter des Nachweises vermögen leicht zu erkennen, ob ihr Institut an der Gesamtsumme erheblich beteiligt ist oder nicht.

Die Wirkung des Isidor-Vereins wurde beeinträchtigt durch die allzu enge Auffassung, die der Erzbischof Stablewski hegte. Stablewski hat länger als die Tatsachen es gestatteten, dahin gestrebt, die Sachsengängerei zu verringern und die Polen seiner Diözese dauernd an die Heimat zu fesseln. Er hat die vom Rat des Vereins vorgesehenen Einrichtungen, die nach Westen ziehende Arbeiterschaft zu organisieren, nicht genügend ausgenutzt, sondern krampfhaft versucht, den Zug nach dem Westen zu hemmen. In offiziellen und offiziösen Enuntiationen wies er

auf die scheinbar reiche Arbeitsgelegenheit in Posen-Westpreußen hin und übersah ganz, daß die Löhne dort zu gering waren, um den Männern und Frauen Posens zu genügen. Er erkannte nicht deutlich genug die ökonomische Notwendigkeit der Wanderarbeit; er sah nicht ein, daß selbst die bedürfnislosen Komorniks Posens den billigeren russisch-polnischen Wanderern weichen und im Westen ihr Brot suchen mußten. Er kritisierte daher die Sachsengänger hart als Sünder, die das Vergnügen suchten und gab so seinen Gegnern Anlaß zu dem Worte: dem Vertreter des Gedankens Christi von der Nächstenliebe gezieme es nicht, mit der menschlichen Not Spott zu treiben.

Und noch in einem zweiten Punkte begriff Stablewski die Entwicklungstendenzen nicht. Er sah, daß viele Arbeiter zunächst im Frühling alljährlich auf Arbeit gingen und im Winter heimkehrten, dann aber plötzlich das ganze Jahr fortblieben. Auch diesen Vorgang beurteilte er mit Härte; er sprach von einem unnützen Umherschweifen in der Fremde und setzte sogar die statutarische Bestimmung durch (in § 8 der Statuten des Isidor-Vereins): „Diejenigen, welche zur Winterszeit in die Heimat nicht zurückkehren, sollen gehalten sein, dem Seelsorger ihrer Pfarrkirche Aufklärung darüber zu geben, aus welchen Gründen sie das tun und in welcher Weise sie sich für den Winter einrichten."

Stablewski gab sich Mühe, dies Ausbleiben zur Winterszeit zu verhindern; er sah nicht, daß die landwirtschaftlichen Wanderarbeiter nach mehrmals wiederholtem Ausfluge die besser bezahlte, dauernde Beschäftigung in der rheinisch-westfälischen Industrie suchen mußten, wenn sie dem Drucke der nachdrängenden, billigen Ausländer entgehen wollten.

Mehrere Jahre kämpfte der Isidor-Verein sogar gegen den unvermeidlichen Andrang der russischen Polen: „Wir wenden uns — so hieß es in einem Aufrufe, den der Rat des Isidor-Vereins im Winter 1894 erließ — an das Gefühl der Arbeitgeber, die Arbeiter aus Russisch-Polen beschäftigen und bitten sie dringend, den heimischen Arbeitern den Vorzug zu geben,

damit diese durch die alljährlichen Wanderungen nach fremden Gegenden der Heimat nicht verloren gehen. Denn die Abteilungsführer erzählen von der Sittenverderbnis in der Fremde, von der auch unsere Leute angesteckt werden. Wollen wir das Volk bilden und sittlich machen, so dürfen wir ihm keine Gelegenheit geben, ins Verderben zu geraten, indem wir ihm den heimischen Verdienst entziehen."

So suchte der Isidor-Verein Vorgänge zu hindern, die sich mit der Gewalt von Naturgesetzen durchsetzten. Er erschwerte und lähmte mehrmals den Zug der Arbeiter, indem er ihnen in der Heimat Beschäftigung zusagte, aber beim Andrängen der russisch-polnischen Leute keine Arbeitsgelegenheit fand. So brachte der Verein z. B. 1894 nach seinem eigenen Geständnis kaum den fünften Teil der Leute, die seine Vermittlung suchten, unter, weil der Verein Monate damit verschwendete, in der Heimat Arbeitsstätten zu erbitten, anstatt die Organisation der Westwanderung fest in die Hand zu nehmen.

Wie ungern, ja widerwillig, die Leiter des Vereins sich schließlich dazu bequemten, sich der Westwanderung energisch zuzuwenden, zeigt folgendes Schreiben, das der Propst Jaskolski, der die Geschäfte des Isidor-Vereins besorgte, im Sommer 1895 veröffentlichte:

Nachdem er die Erfolglosigkeit der jährlich wiederholten Versuche beklagt hat, fährt er fort: „Trotz unserer Bemühungen verlassen sie das Haus und die mütterliche Erde; und so bleibt uns nichts anderes übrig, als die geistliche Hut über die Grenzen der Diözese hinaus auf sie auszudehnen, damit sie dort, wo ihr Glaube und ihre Tugend den gräßlichsten Verführungen und Prüfungen ausgesetzt sind, nicht zugrunde gehen."

Jedoch für solche Versuche, denen die Energie der Freudigkeit fehlte, war es bereits zu spät, denn der Verein war durch seine hemmende Politik in Mißkredit geraten und hat bis zum heutigen Tage keine Bedeutung auf dem Arbeitsmarkt gewonnen. Nur insofern ist er wirksam geworden, als er den Gedanken anregte, die polnischen Arbeiter zu organisieren, unter ihnen eine katholisch-

soziale Zeitschrift verteilte und für spätere Organisationsversuche Erfahrungen sammelte.

II. Die polnisch-katholischen Arbeitervereine.

Der Leser wird aus dem Vorhergehenden wahrscheinlich die Lehre entnehmen, daß die polnische Arbeiterorganisation sich von der autoritären Form allmählich entfernen mußte, denn der Hauptfehler des Isidor-Vereins war die Unkenntnis der Führer, die nicht aus dem Arbeiterstande selbst hervorgegangen waren, sondern aus allzu großer Entfernung die Entwicklung falsch beurteilten und falsch leiteten.

Jedoch diese Lehre konnte damals unmöglich praktisch werden, denn die polnischen Arbeiter, zumal die wandernden, hin und hergeschobenen, waren zu selbständiger Organisation nicht fähig.

Dagegen entnahmen die polnischen Führer aus den mißlichen Erfahrungen des Isidor-Vereins eine andere Lehre.

Sie meinten, man hätte damit nicht anfangen dürfen, die Wanderarbeiter zu organisieren, sondern der erste Schritt müsse die Organisation der in der Heimat zurückbleibenden Arbeiter sein. Hier sei ein Zusammenhang leichter herzustellen, und wenn es einmal genügend starke polnische Arbeitervereine in Posen und Westpreußen gebe, werde sich die Wanderarbeit diesen Organisationen ganz von selbst anschließen[1].

So kam es, daß erst nach Begründung des Isidor-Vereins in Posen polnische Arbeitervereine entstanden, nämlich die „katholischen Arbeitervereine in den Diözesen Gnesen und Posen" (Związek katolickich towarzystw robotników w dyecezyi Gnieznienskiej i Poznanzkiej). Gegenwärtig (im Frühjahr 1913) existieren 262 Vereine mit 32000 Mitgliedern.

Auch diese Vereine sind durchaus autoritär. An der Spitze jedes Arbeitervereins muß statutengemäß ein Geistlicher

[1] Der Hauptvertreter dieser Meinung war der Geistliche Stychel in Posen.

stehen, der „zu diesem Zwecke von der geistlichen Obrigkeit ernannt wird. Im Einverständnis mit der geistlichen Obrigkeit wählt der Vorsitzende einen Stellvertreter von geistlichem oder weltlichem Stande".

Unter dem Vorsitze ihres Geistlichen versammeln sich die Arbeiter monatlich, um Vorträge zu hören über „Die Irrtümer und Mängel der Sozialdemokratie", über „Die soziale Frage", „Die Enzyklika des Papstes", „Die Bedingungen des wahren Glückes", „Tatsachen aus der slawischen Geschichte". Die Vereine richten Bibliotheken ein und sorgen, daß die Arbeiter den „Przewodnik Katolicki" lesen; sie veranstalten Sommervergnügungen im Schießhaus und kaufen bunte Fahnen — bis sich allmählich in diesen gut gedeihenden Vereinen ein selbständiger Geist zu regen beginnt.

Jedoch wir dürfen die sich regende Selbständigkeit der Meinungen nicht etwa mit dem freien Tone deutscher Gewerkvereine vergleichen. Hie und da in einigen Arbeitervereinen wird es zwar lebendig, aber die Mitglieder bleiben doch fast stets in der demütigen Haltung des polnischen Kirchengängers.

III. Die Entstehung moderner Gewerkvereine.

Immerhin empfanden die geistlichen Führer, daß ein frischer Wind sich aufmachte, und so erschien Anfang 1901 im „Przewodnik Katolicki", dem sozialpolitischen Blatte des Erzbischofs, eine langatmige, offiziöse Erörterung über die Notwendigkeit, polnische Arbeiterfachvereine nach dem Vorbilde der deutschen Gewerkvereine einzurichten. „Diese für unsere Volksgesamtheit neue soziale Aktion ist unter unseren Verhältnissen durchaus notwendig . . . Sollte jedoch jemand den Einwurf machen, daß unsere Arbeiter die Bedeutung der Gewerkvereine noch nicht erfaßt haben, so möge er daran denken, daß so viele Hundert polnischer Arbeiter schon zu den sozialdemokratischen Gewerkvereinen gehören."

Darin hatte der erzbischöfliche Offiziosus zweifellos recht; aber darin lag auch die große Schwierigkeit der polnischen

Arbeiterorganisation. Denn mit slawischer Anpassungsfähigkeit haben sich viele hundert polnischer Arbeiter eine routinierte Sicherheit in der gewerkvereinlichen Praxis angeeignet. Jedoch neben ihnen stehen tausende den Organisationsfragen blöde gegenüber. Und so nahe beieinander findet man die Kontraste, daß z. B. in Ostrowo ein völlig modern geleiteter, selbstbewußter Arbeiterverein besteht, der keine geistliche Kuratel duldet, während wenige Meilen entfernt ein junger, energischer Pfarrer die Arbeiter wie Schafe zueinander treibt.

Aus solchen Umständen ergab sich ganz von selbst eine Praxis der Kompromisse. Man ließ die „katholischen Arbeitervereine" bestehen, änderte aber ihre Praxis in der Art, daß sie gewissermaßen Vorbereitungsinstitute für die neu zu begründenden Gewerkschaften bildeten.

Daneben rief man polnische Gewerkvereine, insbesondere von Bauarbeitern ins Leben, und vereinigte sie im polnischen Gewerkschaftsverband, „Polski związêk Zawodowe", mit dem Sitze in Posen.

Während so in Posen die Arbeiterorganisationen langsam heranwuchsen, entstand in Rheinland-Westfalen eine schärfere polnische Arbeiterbewegung, die bald auf die heimatlichen Verhältnisse zurückwirkte.

Die polnische Arbeiterschaft in Rheinland-Westfalen lebt dort so dicht gedrängt und ineinander geschmiegt, daß die Industriequartiere in Gelsenkirchen, Recklinghausen, Herne, Bochum fast den Eindruck polnischer Städte machen. Nur die Behaglichkeit des Familienlebens, die man im slawischen Osten selbst in den untersten Schichten findet, scheint zu fehlen. Ein harter Ton klingt aus all dem Treiben. Viele Männer haben Weib und Kind in der Heimat zurückgelassen und arbeiten, nicht um zu leben, sondern um zu sparen. Ihr geselliges Leben außerhalb der Arbeit spielt sich zum großen Teil in Versammlungen ab. Dort hören sie von der Heimat, von neuen Bestrebungen, neuen Unterdrückungen: dort rauchen und trinken sie und empfangen

ihre Sensationen. Die „Versammlung" ist geradezu die Signatur des polnischen Lebens in Rheinland-Westfalen. Nirgends, weder in Posen-Westpreußen noch in Schlesien findet man die Polen so in Gesangvereinen, Turnvereinen, Arbeitervereinen, Bildungsvereinen lebend wie dort. Die Versammluug ersetzt ihnen scheinbar den Mangel an Familienverkehr und bequemer Geselligkeit. Die Versammlung ist ihre Pflicht und ihr Vergnügen.

In diesem Sinne sind die rheinisch-westfälischen Polen sicherlich gut organisiert. Ist doch schon die Tatsache ihrer Existenz als nationale Einheit in der Fremde eine Organisation.

Bringt man freilich die Begriffe und Forderungen des modernen Gewerkvereinswesens an diese Dinge, so wird man zu der Meinung kommen, daß die polnische Arbeiterschaft in Rheinland-Westfalen sehr schlecht organisiert sei. Es fehlt ihnen an einer ständigen und laufenden Verwaltung ihrer Angelegenheiten, obwohl formale Instanzen bestehen, denen der Idee nach die Verwaltung der Arbeiterangelegenheiten obliegen sollte. Es fehlt ihnen an Geldmitteln, obwohl es bei zielbewußter Arbeit und bedeutender Leitung nicht schwer fallen könnte, aus den Ersparnissen der Menge hinreichende Summen in die Kassen der Organisationen zu leiten; es fehlt vor allem an Männern, die aus der Arbeiterschaft selbst emporgestiegen, nach Art von Arbeitersekretären und Gewerkvereinsführern wirken könnten.

Daher gleicht diese Arbeiterschaft einer großen Herde, die von moderner Organisation noch weit entfernt ist, und um deren Leitung sich einige Führer und Parteien streiten.

Wer die rheinisch-westfälischen Wahlkämpfe kennt, wird leicht einsehen, daß nicht nur Demagogeneitelkeit und Gewinnsucht sich um die Gunst der polnischen Massen bemühen, sondern daß für zwei große politische Parteien, für Zentrum und Sozialdemokratie, die Wahlhilfe der fremden Arbeiter ernsthaft in Betracht kommt. Außerdem suchen die polnischen Führer in Posen-Westpreußen ihre rheinisch-westfälischen Volksgenossen an der Leine zu halten, um sie zu einem positiven Faktor der polnischen Macht zu erziehen.

Die so von drei Freiern umbuhlte Arbeiterschaft ist unsicher geworden, und wenn auch die nationalen Instinkte stärker sind als die religiösen Gefühle und die sozialen Wünsche, wird doch die Entwicklung der polnischen Organisation durch jenen Widerstreit gehemmt.

Daher ist es nicht zu verwundern, daß die polnische Arbeiterschaft in Rheinland-Westfalen bisher nur einmal und auf kurze Zeit einer festen Leitung gehorcht hat, nämlich in den Jahren 1890—1894.

Die Verhältnisse waren damals übersichtlicher als heute, da die Zahl der polnischen Arbeiter verhältnismäßig gering war (20—30 000). Immerhin war die Menge groß genug, um ernsthaft in Betracht zu kommen und ihre kurz vorher beobachtete, plötzliche Zunahme (seit 1885) hatte Aufmerksamkeit erregt.

Da die Seelsorge unter den fremden Menschen nur schwer und unzureichend von deutschen Geistlichen versehen werden konnte und die ungefestigten Verhältnisse zur Verwahrlosung der Sitten führten, ließ die geistliche Behörde einen polnischen Pfarrer nach Bochum kommen. Dieser Mann, der von lebhaftem Temperament war und politische Fähigkeiten besaß, ergriff mit Leidenschaft und Klugheit seine Arbeit. Er fand in Dortmund, Gelsenkirchen, Herne, Bochum, Schalke, Witten und anderen Orten etwa 20 gesellige Arbeitervereine mit je 50 bis 80 Mitgliedern, die zwar keine sonderliche Rolle spielten, aber als die einzigen Institute wichtig waren.

Seine Hauptleistung bestand nun darin, daß er alsbald ein polnisch-politisches Blatt in Bochum begründete („Wiarus Polski"), das die Färbung einer ultramontanen Arbeiterzeitung trug und für die Begründung polnisch-katholischer Arbeitervereine agitierte. Gleichzeitig verlieh er den Vereinigungen einen die Augen der Menge bestechenden Reiz, indem er sie mit Fahnen und Abzeichen an den Prozessionen teilnehmen ließ, über ihre Verhandlungen und Beschlüsse im „Wiarus" ausführlich referierte und dem noch recht täppischen Wesen der Arbeiterzirkel einen Schein von Würde gab.

So schmeichelte der polnische Pfarrer Lis allenthalben Arbeitervereine hervor, und schon nach wenigen Jahren hatte in dem Kohlengebiete, wo die Regierungsbezirke Münster, Arnsberg und Düsseldorf zusammenstoßen, fast jeder Ort einen polnisch-katholischen Arbeiterverein zum heiligen Kasimir oder Valentin oder Nepomuk oder Laurentz. Im Jahre 1893 gab es etwa 100 Vereine solcher Art, deren anerkannter Führer der Pfarrer Lis als „Patron der polnisch-katholischen Arbeitervereine" war.

Solange die Versöhnungsära dauerte, also von 1890—94, konnte die geistliche Behörde die Wirksamkeit des polnischen Pfarrers ruhig dulden, ja sogar fördern. Die moralische und gesellige Atmosphäre hat sich infolgedessen zweifellos verbessert, und die politische Wirkung konnte man fast ignorieren, da die preußische Regierung damals mit dem Polentum paktierte. Als jedoch 1894 die Versöhnungspolitik abriß, wurde der Bischof von Paderborn gedrängt, den temperamentvollen polnischen Pfarrer zu bändigen; insbesondere sollte Lis die politische Zeitung „Wiarus Polski" kassieren und lediglich deren religiöse Beilage weiterhin herausgeben.

Lis weigerte sich, dem Befehle des Bischofs zu gehorchen und verließ im Sommer 1894 Rheinland-Westfalen, um nach Westpreußen in seine Diözese zurückzukehren.

Nach jener episodenhaften und doch folgenreichen Herrschaft des Pfarrers Lis entwickelten sich die Dinge in folgender Weise.

Der erbitterte Pfarrer verkaufte den „Wiarus Polski", auf den die geistliche Behörde ihre Hand zu legen suchte, an einen Laien, einen bekannten polnischen Agitator aus Westpreußen, und sogleich wurde aus der ultramontanen Arbeiterzeitung ein radikales Volksblatt, dessen gehässiger Ton in jeder Nummer auffällt. Zugleich agitierte die sozialdemokratische Partei, die, solange Lis in Rheinland-Westfalen herrschte, keinen Erfolg unter den Polen erlangt hatte, schärfer als zuvor; die geistliche Behörde aber zog Franziskaner herbei, um durch innere Mission die Arbeiter der Kirche zu erhalten.

Polen, Sozialdemokratie und Zentrum verschärften also ihre

Bemühungen und eine jahrelange Verwirrung war die Folge. Von 1894—1897 ist überhaupt kein zusammenhängender Faden zu finden. Jede Woche bringt irgendeinen neuen Lärm, einen neuen Agitator, einen neuen Franziskanerpater, und niemand konnte sich als Herr der Situation fühlen.

In diesen Kämpfen, die mehr von den Demagogen als von den Arbeitern selbst durchstritten wurden, gewannen die polnischen Führer doch allmählich das Übergewicht. Sie nahmen von dem sozialdemokratischen Programm so viel wie der Arbeiter verlangte, betonten gleichzeitig ihre Verehrung der heiligen Kirche gegenüber und übertrumpften beide Rivalen durch den national-polnischen Ton, den die Presse des deutschen Zentrums und der Sozialdemokratie trotz aller Bemühungen nicht mit gleicher Sicherheit traf.

So konnte es der „Wiarus Polski" nach einigen Jahren wagen, seinen Einfluß durch ein ganz eigentümliches und sehr wirksames Manöver zu befestigen.

In Bochum wurde am 12. Dezember 1897 eine polnische Volksversammlung veranstaltet, die für das gesamte Polentum in Rheinland-Westfalen „und den benachbarten Provinzen" eine Wahlorganisation entwarf.

In der Wahlorganisation sicherte sich der „Wiarus Polski" in einer originellen Weise, die für jene Zustände höchst charakteristisch ist, einen bedeutenden Einfluß. § 2 des „Wahlreglements" bestimmte nämlich, daß zum Hauptkomitee (das ist die wirklich entscheidende Behörde, die die Kandidaten aufstellt) stets zwei Vertreter des „Wiarus Polski" gehören müßten, und daß der Schriftführer stets ein Redaktionsmitglied des „Wiarus Polski" sein solle. Ferner wurde in § 6 bestimmt, daß Beschlüsse des Komitees erst dann bindende Kraft hätten, wenn sie im „Wiarus Polski" publiziert seien.

Im übrigen wurde die Wahlorganisation so aufgebaut, daß in jedem Wahlkreise, in dem genügend Polen wohnen, ein Kreiskomitee begründet werden sollte, das eventuell durch Ortskomitees unterstützt werden konnte. An der Spitze aber sollte das Haupt-

komitee stehen, zusammengesetzt aus Vertretern der Kreise, sowie aus zwei Vertretern des „Wiarus Polski".

Vom Chefredakteur des „Wiarus Polski" wurde das Projekt wirklich durchgeführt. Eine von fast 2000 Arbeitern besuchte Versammlung stimmte seinen Vorschlägen begeistert zu.

So entstand für die rheinisch-westfälischen Polen eine Organisation, die nicht aus dem Volke emporgewachsen war, sondern von einigen unternehmenden Männern über die Arbeitermasse gestülpt wurde. Die Arbeiter unterwarfen sich der Ordnung ohne weiteres, sie stimmten im Wahlkreise Duisburg-Mühlheim-Ruhrort, wie ihr Hauptkomitee es vorschrieb, für einen eigenen polnischen Kandidaten, schwenkten hier gegen das Zentrum ein, stimmten dort für den Zentrumskandidaten, wie es das Hauptkomitee, d. h. die Männer des „Wiarus Polski", wünschten.

Wiederum kann man sagen: eine gute Organisation, und auf die Deutschen machte natürlich diese „Disziplin" der polnischen Arbeiter Eindruck. — Aber schließlich war es doch nur ein oberflächliches und unbedeutendes Zeitungsregiment, das auf eine hin- und herziehende Volksmasse wohl wirken konnte und von der preußischen Verwaltung unangenehm empfunden wurde, das jedoch kein Mark, keine Festigkeit und keine bedeutenden Ziele hatte.

Insbesondere hat der „Wiarus Polski" völlig versäumt, einen wirtschaftlichen Zusammenhang der Arbeiter herzustellen, Kassen zu begründen, Arbeiterkontrollen einzuführen und auf diese Weise die impulsive Einigkeit der polnischen Arbeiter wirklich zu sichern.

Im Gegenteil hat die auf Sensationen gerichtete Arbeit des „Wiarus Polski" dahin geführt, daß sich die Führer der polnischen Arbeiterschaft in Rheinland-Westfalen mit Scheinorganisationen begnügten, die nach außen hin einen imposanten Eindruck machten, aber in Wahrheit ganz armselige Institute waren.

Die Männer des „Wiarus Polski" begründeten nämlich in Bochum den „Bund der Polen", Związek polaków, der im

Westen Deutschlands eine geheimnisvolle Berühmtheit besitzt, aber bis auf den heutigen Tag nichts Sonderliches leistet. Er beruft jährlich eine Reihe von Protestversammlungen gegen die preußische Polenpolitik, verteilt bei der Gelegenheit polnische Fibeln und trägt dazu bei, den Lärm zu vermehren, ohne doch die polnische Arbeiterschaft wesentlich zu stärken.

Das Zeitungsregiment des „Wiarus" erregte allmählich den Neid anderer polnischer Redakteure, und so entstand in Dortmund ein Konkurrenzblatt „Dziennik Polski", das sich sogleich wütend auf den herrschenden „Wiarus" stürzte und die vom „Wiarus" abhängigen Scheinorganisationen mit scharfer Kritik bedrohte.

Aus diesen inneren Kämpfen ging eine Reform und kräftigere Entwicklung der Arbeiterorganisationen in Rheinland-Westfalen hervor. Denn die angegriffene „Wiarus"-Gruppe, die bis dahin in den Wahlkomitees, im Polenbund und in den lokalen Vereinen herrschte, war in mancher Weise bloßgestellt und mußte um sich zu halten, solidere Organisationsarbeit leisten.

Im November 1902 fand in der Redaktion des „Wiarus" eine Sitzung statt, in der die Begründung einer unpolitischen, rein gewerkschaftlichen Arbeitervereinigung besprochen wurde. Kurz darauf beschloß eine Arbeiterversammlung in Bochum, die in jenem engeren Kreise vorbereitete Gründung zu vollziehen. So entstand die „polnische Berufsvereinigung" (Zjednoczenie Zawodowo Polskie).

Neben dieser rheinisch-westfälischen Vereinigung und dem Posener Verbande aber bestand auch in Oberschlesien eine polnische Arbeiterorganisation, die, ähnlich wie die rheinisch-westfälische, mit dem Zeitungswesen zusammenhing. In Beuthen existierte seit 1867 eine polnische Zeitung „Katolik", die einen geistlich politischen Charakter trug und mit der Zentrumspartei in Verbindung stand. Eigentümer und Redakteur war der polnische Priester Radzejewski, den die preußische Regierung während des Kulturkampfes gemaßregelt hatte. Im Jahre 1889 ließ der

alternde Radzejewski zu seiner Unterstützung einen jungen Polen, Adam Napieralski, aus Posen nach Beuthen kommen. Damit begann für die oberschlesische Entwicklung eine neue Zeit.

Um Adam Napieralski zu verstehen und die Tragweite seiner Handlungen richtig zu beurteilen, muß man wissen, daß dieser Mann in jedem Nerv und in jedem Moment seiner Tätigkeit *Journalist* ist, mag er als politischer Parteiführer mit dem Zentrum verhandeln, mag er Banken gründen oder andere finanzielle Unternehmungen ins Werk setzen, mag er in Krakau oder in Posen für einen Zusammenhang Oberschlesiens mit den benachbarten polnischen Gebieten wirken, stets ist er der Journalist. Seine Gedanken, seine Gespräche gruppieren sich um das Zeitungswesen; alles, was er geleistet hat, alles, was er bedeutet, ist im Grunde zurückzuführen auf seine journalistischen Unternehmungen und Erfolge. Man kann von ihm wohl das Wort wagen, er sei ein „Zeitungsgenie", denn dieser Mann, der als Jüngling, unbekannt und ohne Mittel, nach Oberschlesien kam, um dem alternden Redakteur des „Katolik" behilflich zu sein, beherrscht heute fast die ganze oberschlesische Polenpresse.

Als Napieralski im Jahre 1889 nach Oberschlesien kam, begriff er sofort, daß für die Zukunft des Polentums *die Behandlung der Arbeiterfrage* entscheidend sei. So setzte er an der richtigen Stelle ein, indem er die Zeitung „Katolik" aus einem Blatt der geistlichen Beratung und der Zentrumspolitik in eine polnische Arbeiterzeitung verwandelte. Zugleich bemühte er sich, um für den neuen Kurs Verständnis zu erwecken, die polnischen Arbeiter zu organisieren, und begründete am 25. August 1889 den „Oberschlesischen christlichen Arbeiterverband zur gegenseitigen Hilfe" (Związek wzajemny pomocy chrzescianskich robotnikow gornosląskich). Es war eine künstliche Gründung, die bei den Arbeitern nicht viel Anklang fand, zumal im Vorstand selbst heftige innere Kämpfe ausgefochten wurden[1].

[1] Immerhin kommt dem polnischen Verbande in Oberschlesien das Verdienst zu, das erste Arbeitersekretariat in Deutschland geschaffen zu

Zwischen den polnischen Arbeiterorganisationen in Posen, Rheinland-Westfalen und Oberschlesien wurden zunächst rücksichtslose Kämpfe geführt. Insbesondere stritt man darum, ob die in Mitteldeutschland lebenden und herumziehenden polnischen Arbeiter der Posener Autorität oder den rheinisch-westfälischen Gewerkvereinen unterstehen sollten.

Die Leiter der Gewerkschaften von Posen-Westpreußen erklärten, daß die Organisation der Wanderarbeit für sie eine Lebensfrage sei, weil die in Mitteldeutschland tätigen preußischen Polen später in die Heimat zurückkehrten und dann leicht, falls ihnen die gewerkschaftliche Schulung fehle, einen störenden Faktor bilden könnten.

Die Leiter der polnischen Gewerkvereine in Rheinland-Westfalen hingegen erklärten, daß die in Mitteldeutschland arbeitenden oder vagabondierenden Polen sich allmählich über Hannover nach Westfalen ziehen und, falls ihnen die gewerkschaftliche Schulung fehle, gefährliche Streikbrecher bilden könnten.

Die Rheinisch-Westfälische Organisation, die dem Posener Verbande an Mitgliederzahl und Geldmitteln beträchtlich überlegen war, rückte ihrem Konkurrenten geradezu auf den Leib, indem sie zuerst in Westpreußen, dann sogar in Posen die Arbeiterschaft für sich zu gewinnen suchte und in der Provinz Posen Versammlungen veranstaltete (Sommer 1905).

Nach diesem Machtbeweis wurde als fait-accompli notgedrungen anerkannt, daß es jedem der beiden Verbände freistehen solle, soviel polnische Arbeiter in allen Gebieten Deutschlands zu gewinnen, wie es jeder ermöglichen kann.

„Die polnischen Gewerkvereine in Rheinland-Westfalen — so erklärten deren Vorsitzende am 5. August 1905 öffentlich —, die den Grundsatz befolgen, daß die Organisation nicht um ihrer

---

haben. Nicht das gewerkschaftliche Sekretariat in Nürnberg ist das erste, wie regelmäßig behauptet wird, denn schon ein Jahr vorher, am 15. Januar 1890, wurde in Beuthen (Oberschl.) ein „Arbeiterbureau" eröffnet, um den Mitgliedern Rat und Hilfe in allen ihren Angelegenheiten zu erteilen und ihnen die erforderlichen Schriftstücke anzufertigen.

selbst willen, sondern für den Arbeiter da sei, können das Feld ihrer Arbeit nicht beengen und werden selbst bis nach Posen gehen, wenn das Interesse der Arbeiterschaft sie dorthin rufen sollte. — Anderseits steht es dem polnischen Gewerkschaftsverband frei, aus Posen nach Westfalen zu kommen und sogar in Bochum zu agitieren, wenn er hierzu die Mittel hat und Mitglieder findet — was wir jedoch sehr bezweifeln."

Im folgenden Jahre zeigte sich jedoch, daß der so verspottete Posener Verband noch über mancherlei Hilfskräfte verfügte, aus dem einfachen Grunde, weil ein großer Teil der wandernden Leute im Winter zur Heimat kam und dort gehörig bearbeitet werden konnte.

Die beiden Verbände rückten wiederholt gegeneinander ins Feld, bis sie schließlich erkannten, daß es klüger sei, sich zu verständigen. So vereinigten sich im Jahre 1908 der Posener Verband und die Rheinisch-Westfälische Organisation, und ein Jahr später schloß sich ihnen der Oberschlesische Verband an, nachdem die schlesischen Führer sich ausbedungen hatten, daß eine Neuordnung der Organisation vorgenommen werden sollte. Der Zentralvorstand erhielt seinen Sitz in Kattowitz in Oberschlesien. Unter dieser Zentralstelle stehen drei „Abteilungen":

1. die Abteilung der Handwerker und Bauarbeiter, die von Posen aus geleitet wird;
2. die Abteilung der Bergarbeiter (Leitung in Bochum);
3. die Abteilung der Hüttenarbeiter (Königshütte i. Oberschl.).

IV. Die Organisation der ausländischen polnischen Arbeiter in Preußen.

Als ich vor drei Jahren die zweite Auflage dieses Buches veröffentlichte, konnte ich noch schreiben: „Die Masse der jährlich hereinflutenden ausländischen Polen ist bisher ohne Organisation und ohne Zusammenhang mit dem inländischen Polentum." Heute ist dieser Satz nicht mehr richtig, denn im Oktober 1912 wurde in Posen der polnische „Emigranten-Fürsorgeverein" begründet. Von Galizien ist die Anregung ausgegangen, und man

kann die Bewegung etwa bis zum Jahre 1902 zurückverfolgen. Die damals beginnenden galizischen Agrarstreiks, welche chaotische Formen annahmen und mit ihren Ausschreitungen gegen Leben und Eigentum eine politische Gefahr für Galizien wurden, leiteten eine Ära der sozialpolitischen Experimente ein.

Die polnischen Erzbischöfe in Lemberg, der römisch-katholische Oberhirt Bilczewski und sein armenischer Kollege Teodorowicz, tatkräftige politisch interessierte Männer, veröffentlichten Hirtenbriefe über die soziale Frage[1]. Die Geistlichkeit wurde von den Kirchenfürsten aufgefordert, die Organisation der ländlichen Arbeiter ins Werk zu setzen und sich insonderheit der jährlich auswandernden Feldarbeiter anzunehmen, deren Verwahrlosung eine Gefahr für das Land geworden war.

Von Krakau und Lemberg aus wurden immer wiederholte Versuche gemacht[2], die jedoch alle daran scheiterten, daß es an einem Stützpunkt in Deutschland selbst fehlte.

Erst im Laufe des Jahres 1912 gelang es, die Leiter der beiden polnischen Arbeiterverbände im Deutschen Reich für den Plan zu gewinnen, und man benutzte die Skarga-Feier in Krakau[3] zu einer Zusammenkunft, in der ein von Posen entsandter Geistlicher mitteilte, daß man bereit sei, in Posen eine Zentrale zu schaffen, um die Organisation der ausländischen Saisonarbeiter in Deutschland durchzuführen. Derselbe Geist-

[1] Insbesondere kommen in Betracht ein Hirtenbrief über die soziale Angelegenheit, den Bilczewski im Jahre 1903 veröffentlichte, ferner im Jahre 1906 die Veröffentlichung Bilczewskis „über die Notwendigkeit der Aufopferung für soziale Zwecke und katholische Organisationen" (O potrzebie ofiarnósci na cele spoleczne i organizacyi katolickiej); ferner die wichtige Veröffentlichung von Teodorowicz, über die man Näheres in der Broschüre „Die letzten Erfahrungen", Lemberg 1903, findet. („Z ostatnich dóswiadczén".)

[2] Siehe „Auswanderung und Auswanderungspolitik in Österreich" von Dr. Leopold Karo, Landes- und Gerichtsadvokat in Krakau, Leipzig 1909.

[3] Am 27. September 1912 wurde der 300. Jahrestag des Todes Peter Skargas von den Polen festlich begangen. Skarga, der leidenschaftliche Verteidiger der katholischen Kirche in Polen, hat in der Zeit des höchsten Glanzes die innere Zerrissenheit Polens erkannt und mit prophetischen Worten auf den kommenden Zusammenbruch Polens hingewiesen.

liche leitete einen Monat später in Gegenwart von Delegierten aus Galizien und Russisch-Polen eine Versammlung in Posen, in der ein „Emigranten-Fürsorgeverein" gegründet wurde, der nach den Statuten die Aufgabe hat, „die Organisation der sittlichen und materiellen Fürsorge für die in den Grenzendes Deutschen Reiches tätigen polnischen Saisonarbeiter durchführen."

Man geht in folgender Weise vor. Vor allem will man sich ein zuverlässiges Verzeichnis verschaffen, an welchen Orten Deutschlands und in welcher Zahl sich ausländische Polen aufhalten. Man nimmt an, daß es verhältnismäßig leicht sein wird, diejenigen ausländischen Polen zu kontrollieren, die sich in den Industriegebieten aufhalten, weil dort die „polnische Berufsvereinigung" allenthalben über Vertrauensleute verfügt. Auch die in der Landwirtschaft der östlichen Provinzen arbeitenden ausländischen Polen hofft man bald zu beherrschen, da hierfür die Organisation der Geistlichkeit benutzt werden kann. Die eigentliche Schwierigkeit aber besteht darin, auch diejenigen Arbeiter zu kontrollieren, die sich in der Landwirtschaft Mittel- und Westdeutschlands verstreut aufhalten.

Um hierfür Stützpunkte zu gewinnen, gründete man in Berlin (Koppenstraße 95) und Leipzig (Merseburgerstraße 36) Sekretariate und Rechtsauskunftsstellen, die im Frühjahr 1913 ihre Wirksamkeit begonnen haben[1].

Schon nach wenigen Wochen hatten sich etwa 30 polnische

[1] Aus der neuartigen Tätigkeit veröffentlichte das Berliner Sekretariat im „Dziennik Berlinski" vom 13. April 1913 folgendes Stimmungsbild:

„Wenn ich ein Meister der Feder wäre, würde ich mich bemühen, die Eindrücke wiederzugeben, die man hat, wenn man einen Eisenbahnzug mit Sachsengängern bei seiner Ankunft auf dem Schlesischen Bahnhof in Berlin betrachtet, und es würden unzweifelhaft die Herzen der Leser gerührt werden.

Diese durch Arbeit und die Reise ruinierte Kleidung, das fahle, tiefgefurchte Gesicht, diese abgearbeiteten Hände mit vielfach von übermäßiger Arbeit gekrümmten Fingern, der Ausdruck der Angst im Auge und eine Haltung, die immer wieder einen neuen Befehl des Bahnbeamten in barscher und beleidigender Form erwartet, das ist ein außerordentlich trauriges und Mitleid erweckendes Bild. Wenn man einen Menschen vor sich hat, der irgendwelche Wünsche hat, dann hat man die Möglichkeit, ihm diese in

Vereine in Sachsen dem Leipziger Sekretariat zur Verfügung gestellt, um die Organisation zu erleichtern. Gleichzeitig bemühte man sich im Auslande, die Polen darüber zu informieren, daß für sie in Berlin und Leipzig Rechtshilfe zu finden sei. So wurden in Galizien und im Königreich Polen durch die Geistlichen Mitteilungen verbreitet und in Galizien wurde sogar von der Kanzel herab daran erinnert, an wen sich die Arbeiter, die

---

irgendeiner Weise zu erfüllen; wenn man aber einen Unmündigen vor sich hat, der nicht weiß, was er will, dann muß man seine ganze Geschicklichkeit anwenden, um ihm mit Rat oder Tat helfen zu können.

Die Mehrzahl unserer Auswanderer sind Leute, die weder lesen noch schreiben können; aber das wäre noch nicht das Schlimmste. Schlimmer ist es, daß sie weder denken noch reden können. Das erscheint vielleicht unmöglich, ist aber leider wahr. Man muß diesem Auswanderer erst sagen was er zu erstreben hat, und kann erst dann seinen Wunsch befriedigen.

Wenn sie den Zug verlassen, teilen sie sich in mehrere Gruppen. Die Mehrzahl ist durch Kontrakte bereits gebunden. Sie sammeln sich um ihre Führer oder Abgesandte der „Feldarbeiterzentrale". Der andere Teil, nach ihren Begriffen die Klügeren, das sind diejenigen, die an der Grenze ihre Arbeitskraft nicht zu billig verkaufen wollten, um die Konjunktur auszunützen; diese bringen gewöhnlich auch neue mit, denen sie dieselben Begriffe beigebracht haben, und diese fahren dabei oft am schlechtesten. Ihre Hoffnungen erweisen sich häufig als trügerisch, und die Ärmsten, die die Verhältnisse nicht genügend kennen, bleiben auf dem Pflaster ohne Subsistenzmittel. Sie irren dann in der Stadt umher und fragen nach Arbeit. Aber wie sollen sie solche finden, da sie meistens kein Wort deutsch können? Sie sind das beste Material für Diebe und Aussauger.

Sehr viele von diesen Leuten haben auch keine Legitimationspapiere, die zur Erlangung von Arbeit durchaus notwendig sind. Solche Papiere werden auf Grund von Geburtsurkunden oder anderer Ausweise durch die Feldarbeiterzentrale in Berlin ausgefertigt; man muß jedoch für sie sorgen können.

Von diesen Leuten kamen viele zu unserem Bureau in Berlin. Nur ein kleiner Teil hat bei der Abreise nach Preußen von der Existenz der neuen Organisation etwas gewußt, andere erfuhren erst hier am Orte davon; wieder andere wurden von Berliner Landsleuten, die sie auf der Straße getroffen hatten, an uns gewiesen.

Wie schwer es ist, einem solchen Armen, der vor Erschöpfung umzufallen droht, zu helfen, da die Besorgung der Papiere oft einige Tage in Anspruch nimmt, ist kaum zu beschreiben.

Massenweise laufen schon Klagen über Nichteinhaltung der Kontraktbedingungen seitens der Arbeitgeber oder deren Vertreter und über die unmenschliche Behandlung der Arbeiter ein. In zwei Fällen hat uns sogar das russische Konsulat mit der Untersuchung der Sachlage beauftragt."

nach Deutschland kommen, in ihrer Not und Unsicherheit zu wenden haben. Es scheint, daß die galizischen Führer darauf hinarbeiten, durch ein österreichisches Auswanderungsgesetz die Kontrolle der nach Deutschland wandernden Arbeiter mit staatlicher Hilfe zu erreichen[1].

Also gelangt die Arbeit, die man anfangs für hoffnungslos hielt, überraschend schnell in eine sichere Bahn.

Noch steht das neue Werk in seinen ersten Anfängen, aber mancher polnische Führer glaubt hier die stärkste Waffe für die Zukunft des Polentums entstehen zu sehen.

V. Die Ziele der polnischen Arbeiterorganisation.

Die polnischen Führer haben erkannt, daß der Widerstand der Polen gegen die preußische Politik sich allmählich aus einer Bauernfrage in eine Arbeiterfrage verwandeln muß.

Als Dr. Leo Wegener, einer der bedeutendsten Praktiker auf deutscher Seite, vor zehn Jahren erklärte, daß die Polen „schon daran gehen, die politisch neutrale Arbeiterschaft" heranzuziehen, lächelte man über diesen Gedanken. Heute kann nicht mehr bezweifelt werden, daß die polnische Arbeiterfrage die Polenfrage der Zukunft ist. Ihr natürliches Wirkungsgebiet hat diese Bewegung in der Landwirtschaft. Dort entwickelt und organisiert sich das Polentum am sichersten. Unter der straffen Leitung der Geistlichkeit sind heute in der Provinz Posen etwa 32000 Arbeiter organisiert (Związek katolickich towarzystw robotników polskich) und es sind, wie wir sahen, Versuche im Gange, die Masse der jährlich hereinflutenden ausländischen Polen zu beherrschen. Der geistlichen Führung verdanken es die Polen, daß vor vier Jahren zwischen dem Arbeiterverbande und dem Verbande der polnischen Großgrundbesitzer (Towarzystwo centralne) eine Brücke geschlagen wurde. Denn der Zentralverband der Großgrundbesitzer bildete einen „Ausschuß für Arbeiterangelegenheiten", der gemeinsam mit Mitgliedern des

[1] Die kaukasische Auswanderungsaffäre des Jahres 1913 dürfte diese Absichten zum Ziele führen.

Arbeiterverbandes tagt; jährlich finden vier Sitzungen statt, in denen über die Forderungen der Arbeiter beraten wird, und für streitige Fälle ist ein Schiedsgericht gebildet worden. Alle diese Vereinbarungen und Möglichkeiten aber gelten nur zwischen polnischen Arbeitern und — polnischen Grundbesitzern. Zum erstenmal ist hier der Versuch gemacht worden, die soziale Frage den gemeinsamen nationalen Interessen unterzuordnen. Und es sind keine Phantasten, die dies vollbracht haben, sondern die führenden Männer des offiziellen Polentums.

Studiert man die Vorgänge sorgfältig, so taucht hier zum erstenmal in der Geschichte unseres Nationalitätenkampfes der Gedanke an die Möglichkeit eines Agrarstreiks auf, der im kritischen Momente bei starker Anspannung der Industrie eine furchtbare Wirkung haben müßte. Noch kennt Deutschland keine Agrarstreiks, ausländische Erfahrungen aber beweisen, daß es keine brutalere und keine — kostspieligere Art des Streiks gibt, als wenn zur Erntezeit die Hände ruhen, das Getreide verfault und die Scheunen brennen.

Selbstverständlich finden zwischen Arbeiterschaft und Geistlichkeit Reibungen und Kämpfe statt, und gelegentlich, z. B. bei den Reichstagswahlen, kommt der Streit laut zum Ausbruch, jedoch die Deutschen, die da meinen, auf eine tiefgehende und dauernde Spaltung des Polentums rechnen zu können, dürften sich irren, denn die Geistlichkeit selbst wird immer demokratischer, scheut auch vor radikalen Maßnahmen nicht zurück und gibt den Organisationen der schwankenden Massen Festigkeit und Sicherheit des Ziels.

Dieses Ziel aber ist die Abschüttlung der deutschen wirtschaftlichen Oberschicht, die über dem polnischen Volkskörper des Ostens lagert. *Das durch Bildung, Verdienst und Organisation erstarkende Proletariat ist die letzte Grundlage der polnischen Macht.* Der aus ihm aufsteigende polnische Mittelstand ist nur die Vortruppe, die gegen die deutsche Oberschicht herausgesandt wurde. Der Massenstreik der Landarbeiterschaft wäre das letzte gewaltigste Kraftmittel in diesem Kampfe.

Zwölftes Kapitel.

Die Organisationen im polnischen Gewerbe.

In deutschen Kreisen überschätzt man leicht die Energie der polnischen Gewerbe, denn man sagt sich, wie stark müssen die Kräfte sein, die den alten jüdischen Handel verdrängten, die in Schrimm, Schroda, Kosten, Wreschen, Znin usw. polnische Läden, polnische Handwerksbetriebe, polnische Bauunternehmen emporkommen ließen und die deutschen so beunruhigen. Die Polen aber wissen ganz genau, daß sie dem deutschen Gewerbe in freier Konkurrenz nicht annähernd gewachsen sind, sondern ihr Emporsteigen im wesentlichen *dem nationalen Handelsboykott verdanken*[1].

Der polnische Handel, der heute in seinen Oberstufen, dem Getreideverkehr, der Beschaffung künstlichen Düngers, dem Maschinenvertrieb usw., kurz dem ganzen Agrarbedarf dient, und der in seinen Unterstufen das Ladengeschäft betreibt, hat diese Gebiete in den letzten zwei Jahrzehnten nur erobern können mit Hilfe des nationalen Warenboykotts.

Der nationale Warenboykott ist, wie sich versteht, eine zweiseitige Maßregel. Auf der einen Seite verbieten die Polen ihren

[1] Mitscherlich unterschätzt die praktische Bedeutung des nationalen Handelsboykotts, weil er in doktrinärer Weise die Frage so stellt: ob die Polen durch den Boykott „eine geschlossene polnische Wirtschaftsgemeinschaft" erstehen lassen können. Selbstverständlich kann solch Ziel unmöglich von den Polen erreicht werden, und bedeutende polnische Wirtschaftspolitiker haben das auch nicht behauptet. Dies aber ändert nichts an der Tatsache, daß die polnischen Händler ihr Emporsteigen im wesentlichen dem nationalen Handelsboykott verdanken. Waldemar Mitscherlich, Die polnische Boykottbewegung in der Ostmark und ihre Aussichten (Schmollers Jahrbuch XXXV, 3).

Landsleuten bei Deutschen zu kaufen, auf der anderen Seite erheben die Deutschen den Gegenruf.

Anfang der neunziger Jahre erfolgte der Boykott noch in einer Verschleierung, und beide Parteien leugneten, den Ruf ausgestoßen zu haben. Man empfand, daß hier die intimste Verhetzung entstand, die ohne Roheiten nicht durchführbar war. Dann kamen Jahre, in denen man sich gegenseitig vorwarf: „Du warst der erste, der den Ruf ausstieß!" Jede Partei suchte Rechtfertigung, indem sie sich als Angegriffene gebärdete und dem Gegner die moralische Verantwortung zuschob.

Heute aber ist der Boykottruf ein Ruhm für jeden, der ihn möglichst laut ausstößt, und die Bevölkerung ist bereits eingeweiht, daß der Boykott fremder Waren nationale Pflicht sei. Auf allen politischen und wirtschaftlichen Versammlungen wird diese Pflicht den Massen eingeschärft und die Presse verbreitet den Ruf.

Durch solche Massenwirkung ist der nationale Warenboykott eine wirtschaftlich bedeutende Tatsache geworden und stellt einen wichtigen Teil des Nationalitätenkampfes dar.

Es ist nun leicht zu erkennen, daß hier das Polentum die besseren Chancen hat; denn die Polen haben nicht so viel zu verlieren wie die Deutschen. Der Zwischenhandel der Ostprovinzen befand sich, bevor der Warenboykott einsetzte, wesentlich in deutschen Händen, in den Händen deutscher Juden. Der Getreidehandel, Düngerhandel, Maschinenhandel, der Handel in Eisen und Kohle, der Buchhandel, das Konfektionsgeschäft, der Holzhandel und der kleine Kramladen — alles war in der Hauptsache von den Juden beherrscht. Der nationale Handelsboykott also konnte den Polen nur Vorteile bringen.

Der polnische Händler fand im Boykott fremder Waren eine Reklame, wie er sie auf eigene Kosten und durch eigene Initiative nie hätte erreichen können. Leistet z. B. der polnische Händler in Schroda auch nur annähernd Ähnliches, wie sein deutscher Konkurrent, so ist er ihm kraft der nationalen Reklame bereits überlegen, und der Zustrom der Kunden gibt ihm die Möglichkeit, bald auch billiger zu verkaufen als der Deutsche. In den Ge-

bieten zumal, die als Kernlande des polnischen Gemeinwesens anzusehen sind, wo über 75 % der Bevölkerung polnisch ist, sind die polnischen Händler, sobald der nationale Handelsboykott durchgeführt ist, den Deutschen weit überlegen, ohne daß sie sonderlich schwer zu ringen brauchen.

Hiermit hängt zusammen, daß die Organisation der polnischen Gewerbe nicht sonderlich viel bedeutet. — Ob überhaupt die Handwerkervereinigungen der Polen jemals Kraft und Geschlossenheit gewinnen, und ob die kaufmännischen Vereine jemals Bedeutung erlangen, ist sehr zweifelhaft. Beide sind halb als berufliche Verbände, halb als Vergnügungsinstitute entstanden, und sind zum Teil durch innere politische Streitigkeiten noch mehr geschwächt worden. Die polnischen Gewerbetreibenden, denen die letzten zwei Jahrzehnte eine bedeutende Geschäftsentwicklung gebracht haben, sind im Zweifel, ob ihnen Berufsorganisationen erhebliche Vorteile bieten. Die aussichtsvollste Art der Organisation ist für sie der Anschluß an die Kreditgenossenschaften und die Verständigung mit den Bauernorganisationen, auf deren Wirken der nationale Handelsboykott ruht.

Die Deutschen sollten sich daher durch den Lärm der polnischen „Industrievereine" und des „Kaufmännischen Verbandes" nicht irreführen lassen. Die wirklich mächtigen Organisationen der Polen, wie die Bauernvereine und die Genossenschaften, halten sich möglichst still; auch von den Arbeitervereinen, die sich kräftig entwickeln, wird nicht viel gesprochen. Hingegen ist die polnische Presse voll von Mitteilungen über die „Industrievereine", und in letzter Zeit ist der „Kaufmännische Verband mit dem Sitze in Inowrazlaw" der Gegenstand immer erneuter „Programme", „Denkschriften", „Aufrufe" usw. In Wirklichkeit jedoch zeigt das polnische Gewerbe keine Neigung dazu, da ein Berufsverein konkurrierender Ladenbesitzer und Händler nicht leicht gedeiht.

Dreizehntes Kapitel.

Die Stellung der polnischen Aristokratie zum polnischen Gemeinwesen.

I. „Die Degradierung".

So erfolgreich griff die preußische Ansiedlungskommission gleich nach ihrer Begründung in den polnischen Großgrundbesitz ein, so leicht gewann sie aus Konkursen und aus freier Hand die verschuldeten Güter der Schlachta, daß der polnische Adelsbesitz wie ein Trümmerhaufen zusammenzubrechen schien.

Die polnischen Latifundien, die der Ansiedlungskommission nach 1886 in den Kreisen Znin, Gnesen, Wongrowitz zufielen, waren so verkommen, daß halbe Rittergüter versumpft dalagen und die andere Hälfte nur die notdürftigsten Erträge brachte. Und wie der adlige Besitz dort nördlich von Posen nachgab, so werde er — das stand klar vor aller Augen — auch in den übrigen Teilen der Provinz zusammenbrechen, sobald sich nur die „Millionenkommission" dorthin wendete. Denn der verschuldete polnische Besitz drängte sich insgeheim danach, gekauft zu werden: das war nach den Ereignissen von 1886, 1887 und 1888 niemandem mehr verborgen.

Gleichzeitig hatte sich die pathetisch gegen Preußen gerichtete Verteidigungsaktion des polnischen Adels in eine Tragikomödie verwandelt[1] und die Aristokratie sich unfähig erwiesen, die emporsteigende Genossenschaftsbewegung zu erfassen und zu leiten[2].

[1] Vgl. S. 122 ff.
[2] Vgl. S. 111 f.

Zu diesen wirtschaftlichen Schwächen kam die politische und soziale Degradierung des Adels, die sich von 1886 bis 1894 vollzog und die dem polnischen Volke klar machte: Es geht auch ohne Schlachta[1]!

Der Stoß der preußischen Regierung hat also einen inneren Zersetzungsprozeß im Polentum offenbar gemacht. Der Stoß der preußischen Regierung zeigte den Polen, daß die berühmte Schlachta der schwächste Teil im polnischen Aufbau war.

Und nicht etwa war das die Meinung einer gehässigen politischen Richtung, sondern die unterrichtetsten Mitglieder des polnischen Adels, insbesondere Witold Skarzynski auf Splawie und Theodor v. Kalkstein, sprachen unverhohlen diese Ansicht aus[2].

Skarzynski erklärte geradezu: Wer Fachkenntnis habe und ein Herz für die nationale Sache, müsse einsehen, daß „der polnische Bauer der Ersatzmann des polnischen Adels auf heimischem Boden sei". Eine Verteidigung gegen den preußischen Angriff sei nur möglich, wenn die Eigentümer, die ihren unvermeidlichen Untergang vor Augen sehen, einen Teil ihres Besitzes zu Gelde machten, um sich mittelst des Restes zu erhalten. „Man kann dreist behaupten, daß der noch in polnischen Händen befindliche Großgrundbesitz mit geringen Ausnahmen erhalten werden kann, wenn die Besitzer sich entschlössen, beizeiten 30 bis 50 % ihres Areals an Bauern zu parzellieren." Denn der Bauer sei wirtschaftlich minder bedroht, er könne in seiner bedürfnislosen Art sparsam wirtschaften und außerdem manchen Nebenverdienst finden.

Da zugleich eine Agrarkrisis mit schlimmer Leutenot drohte,

---

[1] Vgl. S. 144 ff.

[2] Beide Männer haben in den Generalversammlungen der Bank ziemski ihre Meinung vertreten. Kalkstein hatte ferner in seinen Broschüren: „Polozenie nasze" und „Spólki rolne" auf den schwachen Punkt des polnischen Organismus hingewiesen, und Skarzynski hat dann seine Argumente besonders kernig und deutlich im „Dziennik poznanski" 1895, Nr. 277 zusammengefaßt.

verstärkte sich die Position des Kleinbesitzes, der ohne fremde Hände auskommen konnte, gegenüber den Latifundien.

Unter dem Druck der preußischen Ansiedlungspolitik nahm daher die Parzellierung des polnischen Großgrundbesitzes einen gewaltigen Umfang an. In den ersten Jahren, als die polnischen Parzellierungsinstitute noch nicht auf ihrer Höhe standen, wirkten Privatunternehmer (Güterschlächter). Dann, nachdem die Kampfesmethoden entwickelt waren, steigerte sich die Parzellierung in fast allen Kreisen unter der Beihilfe der offiziellen Polenführer.

Die Parzellierung wurde zu einer „nationalen Angelegenheit".

Infolgedessen mußten alle im Polentum selbst ruhenden Hemmnisse der Parzellierung weichen, insonderheit mußte die Aristokratie gutwillig oder widerwillig ihren stillen Kampf gegen das stürmische Parzellieren aufgeben. Als Mitglieder des Adels in den ersten Jahren den Parzellierungsinstituten entgegentraten, weil sie „adlige Gewänder in Bauernkittel zerstückelten" und „zu gunsten der Bauern aus dem Fell des Adels Riemen schnitten", wurden sie öffentlich zurückgewiesen. Die nationale Angelegenheit der Parzellierung duldete kein Hemmnis, und die meisten polnischen Banken mußten in den Dienst dieser Aktion treten.

So schnell und stark drängte sich den Polen die Notwendigkeit der Parzellierung auf, daß nicht Zeit blieb, über „die historischen Vorrechte der Schlachta" nachzusinnen oder über die „soziale Zweckmäßigkeit einer maßvolleren Parzellierung" Betrachtungen anzustellen.

„Unser polnischer Boden kann dem Polentum nur gerettet werden, wenn man erhebliche Teile der Latifundien an Kleinbesitzer abtritt." Das wurde das erste Dogma der nationalen Aktion! Die Schärfe ihres ersten Angriffes also richteten die Polen gegen den eigenen Großgrundbesitz, gegen die Schlachta, und so mischte sich in die polnische Verteidigungsaktion etwas wie Klassenhaß.

So ist es gekommen, daß der Adel, der noch vor wenigen Jahrzehnten die unbestrittene Führung hatte, am Aufbau des polnischen Gemeinwesens nur geringen Anteil nahm und sich von den „bürgerlich-bäuerlichen Unternehmungen" oft demonstrativ fernhielt.

Im Laufe der Jahre aber begann der Adel gleichsam einzuschwenken in das polnische Gemeinwesen; und dieses Einschwenken, das sich unter dem Druck der preußischen Polenpolitik sehr schnell vollzieht, ist eine wichtige politische Erscheinung, die wir heute im Polentum zu beobachten haben.

II. Das „Wiedereinschwenken".

Um hierüber kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, erinnere ich zunächst daran, daß in der polnischen Aristokratie Risse und Spaltungen bestehen, und daß die verschiedenen aristokratischen Gruppen sich zu dem jungen demokratischen Gemeinwesen recht verschieden verhalten.

Fremd und gleichgültig steht die sogenannte „kosmopolitische Aristokratie", die in Posen reich begütert ist[1], den Vorgängen in der Provinz, den Kämpfen und Hoffnungen gegenüber. All diese vornehmen Herren und Damen senden wohl dem Marcinkowskiverein Beiträge und erwerben Aktien der Bank Ziemski, aber was wissen die Magnaten, die selten oder nie nach Posen kommen, von den Organisationen, die sich in der Tiefe des polnischen Volkes vollzogen haben.

Ganz anders der Provinzadel! Der Provinzadel, der den Magnaten zwar zum Teil an Ansehen und Reichtum gewachsen ist, sich aber in seiner bescheideneren Lebensanschauung und Lebenshaltung von der „großen" Aristokratie weit unterscheidet,

[1] So gehört im Kreise Schrimm eine fast 30 000 Morgen große Herrschaft dem Grafen Zamoyski, der in Zakopane (Galizien) seinen Wohnsitz hat; der Gräfin Zamoyska, die ebenfalls Ausländerin ist und meist in Paris wohnt, gehört das Rittergut Gądek, dem Grafen E. Raczinsky, der in Galizien und Polen Besitzungen hat, gehört Rogalin. Im Kreise Schroda ist das Rittergut Jaroslawiec im Besitz der Zamoyski. Ebenso sind in Kosten die Czartoryski angesessen usw.

muß zum Gemeinwesen irgendwie Stellung nehmen. Vorläufig schwankt der Adel noch, wohin er sich zu wenden habe. Ein Teil müht sich, den weltmännischen Zug zu imitieren, blieb konservativ bis auf die Knochen und steht der Volksorganisation mit heimlicher Feindseligkeit gegenüber.

Im Gegensatz zu diesen Herren steht eine modern gerichtete Gruppe, die zwar keineswegs groß ist, zu der aber einige so angesehene Familien wie die Zoltowski und die Chlapowski gehören[1].

Diesen modern gerichteten Großgrundbesitzern haben es die Polen zu verdanken, daß der Konflikt zwischen Adel und emporsteigender Demokratie einigermaßen ausgeglichen wurde und eine gemeinsame Arbeit möglich blieb. Denn während sich der Adel in anderen Kreisen von der wirtschaftlichen Reform fernhielt und eifersüchtig das Emporsteigen des Kleinbesitzes beobachtete, haben sich die Zoltowski und Chlapowski in den Dienst der Reformen gestellt und suchen die andern nach sich zu ziehen. Vor allem wirken Mitglieder der Familie Zoltowski bei der Arbeit der Verteidigung und Eroberung: in der Bank ziemski nahm Stanislaus Zoltowski auf Niechanowo eine leitende Stellung ein, in der Spolka ziemska Graf Adam Zoltowski auf Jarogniewiece. — Gleichzeitig bemühten sie sich, den Großgrundbesitz soweit wie möglich zu erhalten, und ebenfalls ein Angehöriger der Zoltowski (Marcell Zoltowski auf Godurowo) wurde Begründer des Związek ziemian, des einzigen adligen Instituts, das wirklich Erhebliches geleistet hat[2].

Ein kleiner Flügel der Aristokratie also sucht durch moderne Arbeit dem Adel einen Rang im polnischen Gemeinwesen zu sichern, sucht einzuschwenken in die Reihen der demokratischen

[1] Die Chlapowski haben in den Kreisen Schrimm, Pleschen, Schmiegel, besonders aber in Kosten beträchtliche Besitzungen; die Zoltowski sind sogar die stärksten polnischen Grundeigentümer in den Ostmarken: sie sind in Pleschen, Grätz, Samter, Obornik, Kolmar begütert. Ihre Hauptmacht aber liegt im Bezirke I (vgl. Karte), denn ihre reichsten und ausgedehntesten Komplexe liegen in Gostyn-Schrimm, Kosten, Schmiegel und in Witkowo.

[2] Siehe Schlagwörterverzeichnis: „Zwiazek ziemian".

Organisation und diese Bemühungen haben einen von Jahr zu Jahr schnell wachsenden Erfolg, weil die Gesamtentwicklung dem Streben der polnischen Aristokratie zu Hilfe kommt.

Die „bürgerlich-bäuerlichen" Organisationen der Polen nämlich fühlen sich bereits so gefestigt, daß sie, ohne sich etwas zu vergeben, dem Adel entgegenkommen können. Gewiß war das lange Fernbleiben des Adels von den Genossenschaften der Stolz der polnischen Demokratie, denn so wurde zum ersten Male mit Zahlen und Kapitalien bewiesen, daß das polnische Volk auch ohne seinen Adel vorwärts kann.

Nachdem aber dieser Beweis mit eifersüchtiger Deutlichkeit erbracht ist, beginnen die Genossenschaftsleiter es den adligen Herren zu verargen, daß sie sich so fernhalten, und es wird allmählich in den Versammlungen und in der Presse eine stete Klage, daß die Schlachta für die Finanzen des Polentums nichts leiste. Die familiäre Manier, die den öffentlichen Meinungsaustausch der Polen charakterisiert, ermöglicht es, in einzelnen Fällen sehr deutlich zu werden. Öffentlich wurde gefragt, warum Graf S., dem eine große russische Erbschaft zugefallen sei, sein Geld in fremden Instituten deponiere. Öffentlich wurde gerühmt, die Familie v. K. habe große Summen, die zum Ankauf eines Gutes bestimmt seien, bei der polnischen Verbandsbank deponiert; und was so öffentlich geschrieben wurde, erörterte man in jeder Unterhaltung, so daß es schließlich eine gesellschaftliche These wurde, der Adel müsse mehr Vertrauen zu den polnischen Instituten haben und dieses Vertrauen betätigen.

Aus der gesellschaftlichen These hat die Energie des Genossenschaftspatronats eine politische Forderung gemacht, und da sich der Adel seit einigen Jahren bemühte, wieder eine größere politische Rolle im Polentum zu spielen, begegneten sich hier Männer, die einander do ut des sagen können. Durch die Vorgänge nach 1900, insbesondere durch die Sanierung der Verbandsbank[1] ist

[1] Vgl. Buch II, Kapitel 8, S. 293 ff.

ihre Annäherung beschleunigt oder überhaupt ermöglicht worden. Denn dem polnischen Adel ist mit bäuerlichen Genossenschaften, mögen sie selbst mehrere Millionen Mark Depositen haben, wenig gedient. Er verlangt eine moderne Bank, mit Einrichtungen eines großen Betriebes, die durch persönliche und geschäftliche Verbindungen in den internationalen Verkehr hineinreicht. Seit die Verbandsbank ein solches Institut geworden ist, hat sie begonnen, dem Adel zu dienen, und in den letzten Jahren hat sich die Wirkung bereits so fühlbar gemacht, daß die Leitung der Bank heute planmäßig dahin wirkt, die zum Teil sehr reiche Schlachta an ihren Geschäftskreis zu fesseln.

In der neuesten Zeit aber wird das „Wiedereinschwenken" des Adels und seine Mitarbeit am polnischen Gemeinwesen noch dadurch begünstigt, daß die preußische Staatsverwaltung alles, was in ihrer Macht steht, aufbietet, um der Bodenparzellierung an Polen entgegenzuarbeiten. Denn seit dem Tage, als das Enteignungsgesetz im preußischen Herrenhause angenommen wurde (27. Februar 1908) ist die mit der Güterschlächterei eng verbundene Bodenspekulation beunruhigt. Zugleich wurde bekannt, daß die Regierung eine gesetzliche Ordnung der Parzellierungen vorbereite und im Sinne dieser Tendenz wird die Ansiedlungsnovelle von 1904 jetzt so scharf wie möglich gehandhabt[1]. Die Entwicklung also, die — wenn sie ungehemmt wirken könnte — zur Aufteilung zahlreicher Güter führen würde, wird energisch aufgehalten und dem Großgrundbesitz wird dadurch ein Übergewicht gesichert, welches die polnische Aristokratie jetzt energisch ausnutzt. Sie vermag aber diese Situation nur dadurch auszunutzen, daß sie auf die Hebung und Sicherung ihrer Güter den größten Wert legt, und so nimmt der Adel teil an der Reform und Regeneration des Polentums in Preußen.

Einen völligen Umschwung also brachten die letzten 30 Jahre auch der Schlachta. Vor Beginn der preußischen Ansiedlungs-

[1] Vgl. Schlagwörterverzeichnis: Ansiedlungsnovelle 1904.

politik war der polnische Adel der gefährlichste Feind des Polentums in Preußen. Denn er war in jedem Sinne rückständig, war überdies moralisch tiefstehend und dennoch im Besitze einer gewissen Vorherrschaft. Die Schlachta lag über der polnischen Entwicklung wie eine sterile Schicht aus den Zeiten der Feudalität. Ihre Macht aber ruhte auf der extremen Verteilung des Grundeigentums, denn nur die Grenzkategorien: Latifundien und Kleinbesitz waren in Menge vorhanden, während sich mittleres und großes Bauernland nur selten fand[1].

Daß dieses Hemmnis der polnischen Entwicklung beseitigt wurde, war eine unbeabsichtigte, aber folgenreiche Nebenwirkung der preußischen Polenpolitik. Denn die preußische Ansiedlungskommission sowohl wie die polnischen Parzellierungsunternehmer griffen seit 1886 um die Wette in den polnischen Adelsbesitz ein. Von 1886—1896 hat die Ansiedlungskommission über 70 % ihrer Güter aus polnischer Hand erworben, und die polnische Gegenaktion mußte ganz ebenso verfahren, konnte an ein energisches Eingreifen in den deutschen Besitz nicht denken, solange noch verschuldete polnische Latifundien „zu retten", d. h. zu parzellieren waren. Daß die Führer des Adels und hervorragende Grundbesitzer alles taten, um diesem für den Grundadel mörderischen Prozeß Einhalt zu gebieten, ist begreiflich. Insbesondere hat die Organisation der polnischen Großgrundbesitzer, die den Polen unter dem Namen Towarzystwo centralne bekannt ist, sich bemüht, für eine Entschuldung und Verbesserung der Wirtschaft zu sorgen. Und in der Tat gelang es etwa in der Mitte der neunziger Jahre zu einer Konsolidierung des Großgrundbesitzes zu gelangen, denn der schwächste Teil der polnischen Besitzungen

[1] Diese auseinanderklaffende Verteilung war nicht nur die Frucht schlechten Rechts in früheren Zeiten, sondern noch von 1823—1880 hat die Zahl der spannfähigen bäuerlichen Nahrungen in Posen um 8679 Bauernschaften abgenommen, so daß über 35000 ha Bauernlandes zunächst zersplittert, dann von Latifundien aufgesogen worden waren, die einen höheren Einheitspreis hatten als der Kleinbesitz.

war in zehnjähriger Parzellierungsarbeit, teils von der preußischen Ansiedlungskommission, teils von polnischen Unternehmern aufgeteilt worden, und die übrigen Großgrundbesitzer hatten sich durch Teilparzellierungen entschuldet und gingen unter dem Druck des drohenden preußischen Angriffs zu einer geordneten, sparsamen, modernen Wirtschaft über.

So vollzog sich am Polentum eine gesunde Reaktion. Nicht vernichtet wurde der Adel, sondern nur aus seiner feudalen Stellung geworfen, und jetzt ist der Adel im Begriff, Mitarbeiter und Teilhaber des polnischen Gemeinwesens zu werden und so zur Kräftigung des Polentums in Preußen beizutragen.

Vierzehntes Kapitel.

Die gemeinsamen politischen Organisationen.

A. Die „Straz".

Um sich selbst zu sehen, muß das polnische Volk in die Vergangenheit blicken, und es dürfte kaum ein Haus geben, wo man nicht Erinnerungsbilder des nationalen Märtyrertums fände. Die Martyrologie, die kein anderes Volk so ausgebildet besitzt, ist der politische Rosenkranz der Polen, der unaufhörlich hergebetet wird, und dessen grausame Kugeln jeder oft betastet hat. In solcher Stimmung erheben sich seit Jahren immer von neuem sentimentale Männer, die das polnische Volk warnen, es möge sich den modischen Berufsorganisationen nicht ganz hingeben; denn die Genossenschaften und Bauernvereine haben keine polnische Tradition, und der Rosenkranz hat für sie kein Gebet.

Gilt es hingegen einen politischen Agitationsverein mit altpolnischem Namen und altpolnischer Beamtenskala, mit Staroſten und Kommissaren zu schaffen, dann schlägt das polnische Herz, die Männer und die Frauen summen ihr: Jeszcze Polska nie zginęła und füllen schnell die in Massen verteilten Mitgliederlisten.

So gab Josef von Koscielski, ein Mann, der nach mancherlei politischen Bocksprüngen der Rehabilitation bedürftig wurde, im Frühling 1905 in Posen bekannt, er werde eine polnische Liga „Straz" (Wacht) gründen, die sich aller polnischen Interessen im Deutschen Reich annehmen sollte.

Zunächst bestand die Liga aus einem sehr reichen Mann,

der einen Sekretär engagierte und einige „Spitzen des Adels und der Intelligenz" um seine Person gruppierte.

In wenigen Monaten war es der populärste Verein, denn da der Vorstand dauernd Reklame machen ließ und es mit der Zahlung des Jahresbeitrags von 1 Mark nicht sonderlich genau nahm, strömten die Patrioten in Massen herbei und genossen so ohne die geringste Anstrengung allerlei politische Vergnügungen.

Der Beobachter, der diese Gelegenheit benutzte, um die Entstehung einer „polnischen Liga" zu studieren, erlebte nicht nur Interessantes, sondern auch Amüsantes, und sammelte mancherlei menschliche Dokumente.

Nur kurze Zeit befremdete ihn, daß ein Verein, der nicht das Geringste leistete, ja nicht einmal den Versuch einer Leistung machte, trotzdem binnen kurzer Zeit hohen Ruhm erntete. Diese populäre Wirkung der Straz beruht darauf, daß der Verband in altpolnischem Gewande auftrat und zugleich die modernsten Anschauungen und Forderungen im Munde führte.

Das „Regulativ" der Straz teilte nämlich alles „polnische Land", d. h. diejenigen Gebiete Preußens, wo Polen wohnen, in Starosteien und Bezirke. Jeder „Starost der Straz", der auf unbestimmte Zeit ernannt wurde, leitete die Arbeit in seinem Kreis und besuchte jährlich einmal in Posen die „Starostenversammlung". Dem Starosten unterstanden „Kommissäre", die verpflichtet wurden, „den Anweisungen der Starosten Folge zu leisten und mit ihnen in Verbindung zu stehen".

Die Oberleitung hatte der aus fünf Männern bestehende Vorstand, dem ein „Beirat" von achtzehn Mitgliedern zur Seite stand. Vorstand und Beirat wurden auf drei Jahre von der „Hauptversammlung der Staroften" gewählt, und über dem Ganzen thronte der Präsident, der mit seinem Sekretär faktisch die ganzen Geschäfte leitete. Denn da die Hauptversammlung, die jährlich einmal zusammentritt, im wesentlichen darauf beschränkt blieb, die ausscheidenden Mitglieder des Beirats wiederzuwählen, wurde das ganze Regiment wie in guter alter Zeit scheinbar demokratisch, in Wirklichkeit jedoch scharf oligarchisch geführt. Über-

dies hat sich der Vorstand, um sich gegen Überraschungen zu sichern, statutarisch das Recht vorbehalten, jedes Vereinsmitglied ohne Angabe von Gründen auszuschließen[1].

Forscht man, welche Interessen und Kräfte hinter diesen statutarischen Schutzwänden verborgen sind, so findet man dort den Posener Adel. Die Schlachta, die nach ihren Mißerfolgen von der Demokratie zur Seite gedrängt wurde, und die in den wirtschaftlichen Vereinigungen keinen Rang hatte, wollte den neuen Strazverband benutzen, um wieder mitzuarbeiten und zu herrschen. Da jedoch die Schlachta weder in Oberschlesien noch sonstwo in Deutschland mit Ausnahme Posens zu Einfluß gelangen kann, wurde bei Begründung der Straz die statutarische Bestimmung getroffen, daß die Majorität des Vorstandes in Posen leben müsse. Diese sorgte dafür, daß die „Staroſten" nach Möglichkeit dem adligen Grundbesitz und verwandten Elementen entnommen wurden.

Infolgedessen bildet eine Strazversammlung in Schrimm oder Kosten ein ganz anderes Bild, als man es in den übrigen polnischen Versammlungen sieht. Am Vorstandstische sitzen die adligen Grundbesitzer der Umgegend und ihre Freunde, und wenn sich das nun einmal wach gewordene Volk auch den Mund nicht mehr verbieten läßt, geben doch die „Herren" der Versammlung das Gepräge.

Innere Kämpfe aber beweisen, daß sich die Bevölkerung diese reaktionären Formen nicht gefallen ließ. Der erste, der den „Strazmännern" entgegentrat, war der Führer der rheinisch-westfälischen Polen. Er suchte der Straz den Eintritt in das rheinisch-westfälische Gebiet zu verlegen, bekämpfte sie in den Versammlungen und in der Presse („Wiarus Polski"-Bochum und „Gazeta Torunska" = Thorn[2]) und motivierte seine Feindschaft damit, daß eine Institution der Schlachta bei

[1] § 6: „Die Aufnahme und Ausschließung der Mitglieder erfolgt durch den Hauptvorstand. Die Ausschließung erfolgt ohne Angabe des Grundes."

[2] Die „Gazeta Torunska" steht in enger Beziehung zu den rheinisch-westfälischen Polenführern.

der rheinisch-westfälischen Arbeiterschaft nicht das Geringste zu suchen habe.

Bald darauf begannen auch die Volksführer in Posen die Strazleitung zu kritisieren, beschuldigten sie autokratischer Allüren und deckten allerlei Mißbräuche auf, um den politischen Kredit der aristokratischen Führer zu schmälern. Auch warnte die radikale Presse in Galizien die demokratische Bewegung in Posen, sie möge sich von der Straz nicht einschläfern lassen.

Die intime Schwierigkeit der Straz lag in folgender Frage: Was wollte und konnte der Verband eigentlich leisten?

Er wollte alles! Er wollte die „kulturellen Interessen" des Polentums in Deutschland schützen, er wollte die polnische Bevölkerung politisch organisieren und leiten. Er wollte die Polen materiell fördern, ihnen Kredit schaffen, und er wollte ihnen Rechtshilfe bieten. Zur Ausführung dieser Aufgaben hat der Verband vier Sektionen geschaffen: 1. Für Organisationsangelegenheiten, 2. für kulturelle Angelegenheiten, 3. für ökonomische Angelegenheiten, 4. für Rechtshilfe. Die Sektionen, die monatlich ihre Sitzungen abhalten, wollten und sollten das polnische Leben auf allen Seiten sichern und fördern.

Also etablierte die Straz mit lärmender Reklame eine förmliche „Regierung". An der Spitze der Präsident, unter ihm die vier „Sektionspräsidenten", gleichsam als „Minister des Innern", „Kultusminister", „Handelsminister" und „Justizminister" — und die polnischen Herzen, denen alles, was an „eigene Regierung" erinnert, so unendlich lieb ist, hüpfen vor Freude.

Daß viele tausend Polen dem Verbande sofort beitraten, war selbstverständlich. Man bot um billigen Preis einen ganz imposanten Apparat, dessen Kosten einige reiche Männer gern bezahlten, um eine politische Rolle zu spielen.

Das große Programm, das bei seiner Verkündigung so wohltuend wirkte, hatte aber einen Fehler: Sobald nämlich die Strazleiter versuchten, in ihren vier Sektionen die Politik, die

Kultur, die Wirtschaft und das Recht zu fördern, stießen sie allenthalben in das Aktionsgebiet der Kredit- und Berufsorganisationen, die seit 30 bis 40 Jahren ihre Arbeitsmethode mühsam entwickelt hatten. Die Genossenschaftsleiter, die gewohnt waren, wichtige Fragen der Kreditorganisation diskret zu erledigen, lasen jetzt in der Presse allerlei verlockende Pläne, in denen dargelegt wurde, wie die Straz den billigen Kredit fördern wolle. Überall zeigt sich ein dilettantisches Politisieren und Projektieren. Oft legt sich die Straz täppisch vor die stillen und sicheren Absichten der Berufsvereine, und der Vorstand beansprucht für sich eine Art Oberleitung in allen Angelegenheiten der „polnischen Gesamtheit".

Da die Straz in ihrem zufälligen und ganz unfesten Aufbau nicht die geringste Garantie für ein konsequentes und erfolgreiches Arbeiten bot, und da sie durch ihr politisch provozierendes und lärmendes Auftreten den preußischen Behörden fortwährend Gelegenheit zum Eingriff gab, setzten die Leiter der befestigten und bewährten Wirtschaftsgenossenschaften sich gegen die freundschaftlichen Übergriffe der Straz zur Wehr. Insonderheit erklärte der Patron der polnischen Genossenschaften, er halte die Straz keineswegs für eine notwendige und segensreiche Einrichtung, im Gegenteil, je mehr neue Organisationen geschaffen würden, um so mehr zersplitterten sich die Kräfte, und jeder wälze die Verantwortung für wichtige Vorgänge auf andere ab.

Wie es scheint, sind die Männer, die heute im Genossenschaftswesen und in den Berufsvereinen eine Rolle spielen, kraft ihres Ansehens mächtig genug, die Straz vorsichtig in bestimmte Grenzen zu weisen. Das allzu kühne Programm wurde gestutzt, die vier „Sektionen" wurden auf *eine* Sektion (die „Kultursektion") verringert, und die Straz beschränkte sich allmählich darauf, ein politischer Agitationsverein zu sein, der häufig Versammlungen einberuft, das nationale Bewußtsein wach hält und gewerbsmäßig lärmt[1].

[1] So z. B. bestand die Tätigkeit der Straz im Jahre 1912 im wesent-

B. Die Sokols (polnische Turnvereine).

Weit virtuoser als die Straz nutzt der „Verband der Sokols" die Masseninstinkte aus. Die Sokols sammeln die polnischen Männer in Turnvereinen, verbinden hiermit politische Belehrung und pflegen die nationale Eigenart in möglichst sinnfälligen Formen.

Hierbei spielt das „politische Geheimnis" eine prächtige Rolle. Zwar weiß jedes Kind, daß die Sokols nicht nur turnen, sondern auch politische Reden hören und politische Lieder singen. Schon seit Jahren wird hieraus kaum ein Hehl gemacht. Dennoch aber geben sich die Sokolführer bei jeder Zusammenkunft zunächst mit Augurenlächeln den Anschein, als wollten sie nur turnen, und der polnische Handwerksgeselle, der zum „Turnen" herbeigekommen ist, fühlt sich stolz als Mitwisser eines politischen Geheimnisses.

Dieser populäre Effekt tut schon mehrere Jahrzehnte seine Wirkung und wird voraussichtlich dem polnischen Volk noch viele Jahre genügen.

Die Sokols sind allen anderen politischen Organisationen, insonderheit aber den Wirtschaftsorganisationen darin überlegen, daß sie nichts zu verlieren haben und gegen Angriffe daher unempfindlich sind. Löst z. B. die Polizei heute in Krotoschin einen Sokol auf, so dient dies Ereignis dem ganzen Kreise zur Unterhaltung und die Zeitungen haben wochenlang darüber Interessantes zu berichten.

Mit geheimnisvollen Mienen wird dann einige Monate später im benachbarten Kobylin ein neuer Sokol begründet, und jeder Teilnehmer genießt das Gefühl, an einer Staatsaktion mitzuwirken.

Bei solchen Zusammenkünften wird nichts versäumt, was den Vereinen einen „offiziellen Charakter" geben könnte. Die

---

lichen darin, daß er den damals besonders aktuellen nationalen Handelsboykott durch Aufrufe unterstützte. Seit dieser „Aktion" ruht die „kulturelle Sektion" der Straz wieder aus.

Männer kommen in polnischen Trachten, mit den polnischen Mützen und zum mindesten mit gewissen Abzeichen geschmückt. Sie begrüßen sich mit dem Sokolgruß: „Szolem", und treten dann in sogenannte „politische Verhandlungen" ein, d. h. irgendein Mitglied hält einen patriotisch-politischen Vortrag über „die Besiegung der Deutschen auf dem Hundsfelde" oder über „den Kampf des Ladislaus Jagello gegen die Deutschritter", gespickt mit unzweideutigen Anspielungen. Zum Schluß wird der Sokolmarsch gesungen, und wenn die Versammlung gar polizeilich aufgehoben wird, ist die Freude vollkommen.

Solche Vereine existieren im ganzen Gebiet des ehemaligen Polen und überall dort, wohin Polen gewandert sind. In Galizien wirken sie laut und öffentlich, in Russisch-Polen ganz im Geheimen, in Deutschland geben sie sich ein charakteristisches Helldunkel und sind folgendermaßen organisiert: Der „Verband der Sokolvereine Deutschlands" wird von einem Hauptvorstande, der meist aus Posener Kaufleuten, Ärzten und Rechtsanwälten besteht, geleitet. Gegenwärtig existieren 227 Vereine, die sich auf 13 „Sokolgaue" verteilen, und zwar ist Posen-Westpreußen in fünf Gaue geteilt, Schlesien ist der sechste Gau, ein Gau umfaßt Berlin und die übrigen teilen sich in das rheinisch-westfälische Industriegebiet. Dem Sokolverbande im Deutschen Reich gehören gegenwärtig (1913) etwa 10000 Mitglieder an, von denen ungefähr 4000 „aktiv" sind.

Um die Aktionsfähigkeit dieses Netzes zu beurteilen, suchte ich festzustellen, wieviel Vereine den einzelnen Gauen angehören, wie oft in jedem Vereine Sokolversammlungen stattfinden und in welcher Weise die Energie der Vereine zutage tritt.

Hierbei ergibt sich die lehrreiche Beobachtung, daß die Organisation der Sokols in umgekehrtem Verhältnisse steht zu der Entwicklung der Kredit- und Berufsorganisationen. Denn in Posen-Westpreußen, wo die Kredit- und Berufsorganisation der Polen am besten ausgebildet ist, sind die Leistungen der Sokols am geringsten. Die Gaue I—IV

und VIII (Posen-Westpreußen) sind, obwohl sie die mit Polen dichtbevölkerten Gebiete umfassen, dennoch arm an Vereinen und Mitgliedern. Sie versäumen häufig, ohne daß ein polizeilicher Zwang abgewartet wird, die Abhaltung des jährlichen Gaufestes, und versammeln sich im Vergleich mit anderen Gauen selten. Auch in Oberschlesien, wo die wirtschaftliche Organisationsarbeit der Polen so bedeutende Fortschritte gemacht hat und wo die Polen so dicht beieinander wohnen, läßt die Entwicklung der Sokols zu wünschen übrig, während sich das „Sokoltum" in Berlin und Rheinland-Westfalen schnell entwickelt und lebhaft betätigt.

Zum Beweise teile ich einige Zahlen mit, die im Frühjahr 1912 festgestellt wurden:

I.	Gau (Posen)	12	Vereine,
II.	„ „	19	„
III.	„ „	10	„
VIII.	„ „	9	„
IV.	„ (Westpreußen)	9	„
VI.	„ (Oberschlesien)	12	„

Hingegen ergaben sich für Berlin und Rheinland-Westfalen folgende Zahlen:

V.	Gau (Berlin)	26	Vereine,
VII.	„ (Bremen, Hamburg, Hannover) .	12	„
IX.	„ (Rheinland-Westfalen)	17	„
X.	„ „	28	„
XI.	„ „	21	„
XII.	„ „	29	„
XIII.	„ „	21	„

Diese Zahlen bestätigen durchaus den Eindruck, den ich beim Studium des Sokoltums gewann. Das Sokoltum ist eine lebendige und stark wirkende Kraft nur in der „Fremde", also in Berlin, Hamburg, Bremen, Hannover und Rheinland-Westfalen.

Dort drängen sich die jungen Leute in die Sokols, dort

müssen jährlich neue Vereine gegründet werden, um die „Turner" aufzunehmen, dort werden wegen der schnellen Ausbreitung der Vereine neue Gaue gebildet, um die Organisation einigermaßen zu übersehen.

Überall jedoch, wo Organisationen höherer Ordnung, wie Berufsvereine und besonders Genossenschaften, emporwachsen, schwindet der Eifer für das Sokoltum. Der Bauer und der Gewerbetreibende, der im eigensten materiellen Interesse die Sitzungen der Kreditgenossenschaft und die Versammlungen der Berufsvereine besucht, findet keine Zeit für das Sokoltum, das ihm nichts Greifbares leistet.

Die Entwicklung also, die sich unter unseren Blicken vollzieht, zeigt, daß die politischen Agitationsvereine der Polen vor der Macht der höheren Organisationen zurückweichen.

Die Unruhe stiftenden, durchaus staatsfeindlichen und destruktiven Verbände der Straz und der Sokols werden, obwohl sie alle Mittel der politischen Reklame und Massenwirkung anwenden, von den still arbeitenden Genossenschaften und Berufsvereinen in bestimmte Schranken gewiesen.

Mag der Leiter einer polnischen Volksbank ein noch so enragierter Pole und Preußenfeind sein, mag er selbst für eine mögliche Wiederherstellung Polens lebhafte Hoffnungen empfinden, so muß er doch im Interesse der Kreditorganisation darauf sehen, daß die Mitglieder und Spareinleger seiner Bank sich nicht durch Sokolfeste und Strazlärm zerstreuen, aufregen und von nützlicher Arbeit ablenken lassen.

C. Die parlamentarische Wahlorganisation.

Aber die Führer der mächtigen wirtschaftlichen Vereinigungen sind nicht so unpraktisch und eifersüchtig, daß sie etwa die politische Organisation ihrer Volksgenossen hemmen wollten. Im Gegenteil arbeiten gerade die Genossenschaftsleiter am eifrigsten dahin, die Polen politisch fest zu organisieren und alles Zufällige und Unsichere aus diesem Zusammenhange zu entfernen.

Hierzu dient ihnen der alte Unterbau der polnischen Fraktion, der lange verfallen, jetzt allmählich wieder aufgebaut und ausgebaut wird.

Jeder, der die polnische Fraktion im Reichstage und im Abgeordnetenhause beobachtet hat, konnte bemerken, daß diese Gruppe schon seit 1½ Jahrzehnten eine halb oder gänzlich komische Rolle spielt. Man nimmt es nicht sonderlich ernst, wenn der polnische Magnat Floskeln wiederholt, die eigentümlich unsicher zwischen den ihm eigenen und bequemen kosmopolitischen Ideen und der erst später adoptierten nationalen Begeisterung schwanken. Es wirkt komisch, wenn dann der demokratische Agitator der „Gazeta Grudziąska" auftritt, bei dessen Worten jeder empfindet, wie unendlich weit dieser Bär in seinem Fühlen und Denken von dem glatten Magnaten entfernt ist.

Die traditionelle Gewandtheit und Sicherheit ging der polnischen Fraktion verloren, seit sie von der heimischen Bewegung aus ihrer Macht gestoßen wurde. Unfähige Männer wurden ihre Mitglieder, da die bedeutenden Kräfte vom Genossenschaftswesen und Vereinsleben gebraucht werden; und wenn gelegentlich ein hervorragender Mann in den letzten 1½ Jahrzehnten zum Abgeordneten gewählt wurde, zog er sich doch bald auf die lohnendere, heimische Arbeit zurück.

Infolgedessen hört man wenig kluge Worte, aber oftmals Äußerungen, die ohne Sachkenntnis hinausgeschrieen werden. Selten nur gelingt es den Polen, mit einer deutschen Oppositionspartei geschickt und wirksam zu operieren; noch seltener kommt es vor, daß die polnische Fraktion wie früher manchmal ihren „großen Tag" hat, an dem es ihr gelingt, auf die Meinung in Deutschland oder im Auslande zu wirken.

Dieser Verfall ist eine unvermeidliche Folge der sozialen Umwälzungen, die sich im preußischen Polentum vollzogen haben und noch vollziehen.

Denn ein Volk, das im Begriff ist, eine neue Gesellschaftsform anzunehmen, kann nicht wohl einen deutlichen politischen

Ausdruck finden. Vor 20—30 Jahren war das preußische Polentum „politisch" im Sinne der parlamentarischen Aktionsfähigkeit reifer als heute, denn die schmale, aristokratisch-klerikale Oberschicht besaß Routine und die Volksmasse schwieg. Durch die gesunde Vorwärtsentwicklung des Volkes ist jene bequeme Aktionsfähigkeit zerstört und vorläufig ein unsicherer Zustand entstanden: Einige Wahlbezirke — zumal in den genossenschaftlich gut durchgebildeten Gebieten — sind politisch so entwickelt, daß sie verständige, kenntnisreiche und gewandte Männer wählen. Andere entsenden in alter Weise ihren Magnaten, der sich zwar fast nie in der Heimat sehen läßt, aber einen großen Namen hat. Diese patriarchalische Gewohnheit, die übrigens nicht unpraktisch wirkt, schwindet natürlich, und die meisten Bezirke hängen heute politisch ziemlich haltlos zwischen beiden Extremen. Sie empfinden ihre Macht, einen Mann ins Parlament zu wählen, und lassen sich diese Gunst bald von irgendeinem Demagogen entreißen, bald von einem glatten Herrn abschmeicheln.

Auf diese Weise kommt die bunte Gesellschaft der polnischen Fraktion zusammen, die in ihrer Unfähigkeit eine komische Figur bildet. Es ist gewiß bezeichnend für diesen Zustand, daß ernsthafte deutsche Politiker die Äußerungen der Polen im Parlament kaum beachten, während sie die Vorgänge im polnischen Volkstum mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgen.

Aber das sich erhebende Selbstbewußtsein der polnischen Demokratie möchte die Lächerlichkeit der Fraktion nicht dauernd dulden. Nicht nur die Führer geben zu, daß die Leistungen der Abgeordneten in Berlin ganz dürftig sind, sondern seit einigen Jahren kritisiert dies sogar die Presse ohne irgendwelche Schönfärberei. Jeder gebildete Pole weiß ganz genau, daß die klugen, in ruhigem Kanzeltone vorgetragenen Reden des Abgeordneten Stablewski wirksamer waren als heute die bombastischen und aufdringlichen Phrasen des Oberschlesiers Korfanty; und viele erinnern sich noch an die gewandten Debattereden Kantaks, die in ihrer schlagenden Sicherheit sogar den deutschen Parteien imponierten.

Zwar ist die Volksbewegung selbst schuld daran, daß die alte konservative und gutgeschulte Fraktion vernichtet wurde, aber je mehr sich das polnische Gemeinwesen in Posen-Westpreußen festigt, und je günstiger die Aussichten in Oberschlesien sich gestalten, um so dringender wird das Bedürfnis, wieder eine ernsthafte parlamentarische Vertretung zu besitzen. Denn, wenn auch die polnische Minorität weder im Reichstage noch im Landtage ins Gewicht fällt, kann doch bei geeigneter Konstellation eine Zeit wiederkehren, wo die zwanzig polnischen Abgeordneten wie einst während der Versöhnungsära den Ausschlag geben. Und abgesehen von solcher Möglichkeit ist es für das Ansehen der Polen nicht gleichgültig, ob ihre Delegierten in Berlin sich als sichere und kluge Männer zeigen oder nur zum Gelächter dienen.

So entsteht den Polen das neue Problem: Die parlamentarische Fraktion zu einem würdigen Ausdruck des polnischen Gemeinwesens zu machen und ihr wieder Schulung und Haltung zu geben.

Denn die Mängel der polnischen Fraktion sind nicht etwa, wie mancher Deutscher gern glauben möchte, vom modernen Polentum untrennbar; sondern es ist im Gegenteil anzunehmen, daß sich die Fähigkeit und Bedeutung der polnischen Fraktion allmählich heben wird. Ihre mangelnde Manövrierfähigkeit beruht hauptsächlich auf zwei Fehlern, die korrigiert werden können und an deren Verbesserung bereits gearbeitet wird.

Vor allem sind die Einrichtungen, die zur Vorbereitung der Wahlen dienen, so schlecht organisiert, daß sich wohlhabende Leute ohne Verdienst leicht ins Parlament drängen können.

Zweitens ist der Zusammenhang zwischen den Wahlkomitees in Posen, Westpreußen, Schlesien, Rheinland-Westfalen noch so wenig ausgebildet, daß schon die Vorbereitungen unter Kompetenzstreitigkeiten zu leiden haben.

Freilich wer oberflächlich die Nachrichten über polnische Wahlorganisationen mustert, könnte auf den Gedanken kommen, als sei der Zusammenhang bereits aufs trefflichste und festeste eingerichtet. Denn nach gutpolnischer Art ist längst ein „System

von Komitees" errichtet. Aber nur in wenigen Wahlbezirken funktionieren diese Komitees mit dem beabsichtigten Erfolge, und die Volksführer wissen wohl, daß hier die politische Arbeit einsetzen muß.

Gerade die Leiter der Wirtschaftsorganisation sind am eifrigsten an diesem Werke.

Wir wollen zunächst einmal beobachten, wie die Polen ihren Wahlmechanismus formell gestaltet haben, und dann feststellen, wie diese Einrichtung in Wirklichkeit funktioniert.

Die Polen unterscheiden in Deutschland vier Gebiete, die für sie politisch in Betracht kommen: 1. Posen, 2. West- und Ostpreußen, 3. Schlesien, 4. „die Emigration", d. h. diejenigen Teile in Rheinland-Westfalen, Hannover, Berlin, Brandenburg und in den „angrenzenden Provinzen", die soviel polnische Einwohner aufweisen, daß ein Wahlakt in Szene gesetzt werden kann.

In diesen vier Gebieten soll jeder Wahlbezirk ein „Kreis-Wahlkomitee" besitzen, das in öffentlicher Versammlung gewählt wird. Jedoch gerade diese unteren Instanzen, die den Hauptkörper des Wahlorganismus bilden sollten und von denen die politische Leistungsfähigkeit des Volkes am meisten abhängt, befinden sich noch in einem recht primitiven Zustande. Nur in einigen Gebieten Posens und Westpreußens arbeiten die Komitees ernstlich und berufen nicht nur in den Wochen, die den Wahlen vorhergehen, sondern jährlich oder halbjährlich „Wählerversammlungen", in denen politische Angelegenheiten erörtert werden. In den meisten Gebieten schläft die geordnete politische Arbeit nach den Wahlen sogleich wieder ein, und an ihre Stelle treten die lärmenden Veranstaltungen der Straz und der Sokols.

Den intelligenten Führern der Polen ist dieser Mangel sehr wohl bekannt, so wurde z. B. auf einer Versammlung von Kreisdelegierten, die im Sommer 1905 in Posen stattfand [1], die Ver-

[1] Die Versammlung fand am 19. Juni 1905 um 11 Uhr im Saal des „Hotel Bazar" zu Posen statt.

besserung und Hebung der Kreisarbeit als wichtigste Aufgabe der politischen Erziehung erkannt. Es sei notwendig, in regelmäßigen Perioden in jedem Bezirke Wählerversammlungen abzuhalten, um „die Wähler systematisch über ihre politischen und bürgerlichen Pflichten und Rechte zu belehren, damit sie nicht als blinde Masse an die Wahlurne treten. In solcher Weise müsse nicht etwa erst kurz vor den Wahlen gearbeitet werden, wenn die Leute leidenschaftlich erregt seien, sondern in aller Ruhe müsse auch in den fünf Jahren, die zwischen den Wahlen liegen, gewirkt werden."

In der Tat liegt hier die politische Hauptaufgabe. Ich brauche nur die Finger einer Hand, um die Wahlbezirke aufzuzählen, in denen heute wirklich so gearbeitet wird, im bei weitem größten Teile der von Polen bewohnten Gebiete wird nur lärmend agitiert.

Während die unteren Instanzen des Wahlaufbaues so vernachlässigt sind, geizen die Polen um so eifriger nach der Ehre, in eine höhere Etage des Aufbaus zu gelangen.

In den vier Gebieten (Posen, West- und Ostpreußen, Schlesien, „Emigration") entsendet nämlich jedes Kreiskomitee einen Delegierten in eine „obere Wahlbehörde".

Diese einander nebengeordneten „oberen Wahlbehörden" sind:

I. „Provinzialwahlkomitee für das Großherzogtum Posen" (Sitz Posen),

II. „Provinzialkomitee für West- und Ostpreußen" (Sitz Thorn),

III. „Polnisches Wahlkomitee für Schlesien" (Sitz Kattowitz),

IV. „Hauptwahlkomitee für Westfalen, Rheinland und die angrenzenden Provinzen" (Sitz Bochum),
daneben entwickelt sich ein „Politisches Komitee für Berlin, Brandenburg und die angrenzenden Provinzen" (Sitz Berlin).

Jedes dieser Komitees hat die Befugnis, für die Wahlbezirke Kandidaten aufzustellen, nachdem die Kreiskomitees ihre Vorschläge gemacht haben. Bei der Ungleichmäßigkeit der pol-

nischen Entwicklung ist das Abhängigkeitsverhältnis der „Kreise" von der „oberen" Wahlbehörde recht verschieden gestaltet. In Westpreußen z. B. schlägt jeder Wahlbezirk nach § 17 c der dort geltenden Satzungen „mindestens zwei Kandidaten" vor, von denen das Provinzialkomitee einen auf die Kandidatenliste setzt.

In Rheinland-Westfalen bestimmt § 6 der Satzungen: „Die Kandidaten werden von den Kreiskomitees vorgeschlagen. Für wen jedoch die Wähler stimmen sollen, entscheidet das Hauptkomitee."

Es ist leicht einzusehen, daß Kompetenzkonflikte nicht ausbleiben können. In Schlesien z. B. entstand 1905 ein „Wahlkomitee des polnischen Volkes für den Bezirk Oppeln", das sich weigerte, der „oberen Wahlbehörde" zu gehorchen, und das auf eigene Hand Verhandlungen mit der Zentrumspartei anknüpfte.

Im Kreise Krotoschin wies im Januar 1907 die Wählerversammlung den ihr zugedachten Kandidaten Jazdzewski zurück und setzte einen jüngeren Agitator auf die Liste.

In Bromberg beschloß das Wahlkstmitee im April 1913: „den Wählern Stimmenthaltung anzuempfehlen", während das Provinzialwahlkomitee befohlen hatte „in Bromberg regen Anteil an den gegenwärtigen Landtagswahlen zu nehmen".

Um Streitigkeiten zu entscheiden und ein einheitliches Vorgehen zu ermöglichen, mußte eine „höchste Wahlbehörde" geschaffen werden, die nach langen Debatten im Jahre 1903 ins Leben trat: „Das polnische Zentralwahlkomitee" (Sitz Posen).

Das polnische Zentralwahlkomitee ist, wie es in seinen Statuten heißt: „Die höchste Wahlbehörde für alle Polen".

Es besteht aus elf Mitgliedern, die von den „oberen Wahlbehörden" erwählt werden und zwar so, daß die Provinz Posen vier, West- und Ostpreußen drei, Schlesien zwei Männer senden und die Komitees für Berlin und Rheinland-Westfalen je einen.

Die Wahl wird alle fünf Jahre vollzogen und in sämtlichen polnischen Blättern so oft und deutlich bekannt gegeben, daß jeder einigermaßen intelligente Pole genau weiß, zu welchen Männern er emporblicken muß.

Zur Befugnis des Zentralkomitees gehören:

1. Vor jeder Wahl zum deutschen Reichstage und zum preußischen Landtage die Bezeichnung der Wahlbezirke, in welchen Polen aufgestellt werden sollen.
2. Die Eingehung etwaiger Kompromisse mit anderen Parteien.
3. Die Beilegung etwaiger Streitigkeiten, die zwischen den Wahlbehördern und Wählern vorkommen.
4. „Die Einwirkung auf die polnische und auf die fremde öffentliche Meinung durch die Presse und andere Publikationen."

Die Beschlüsse des Zentralkomitees werden mit Stimmenmehrheit der Anwesenden gefaßt, und es ist Pflicht aller Wahlbehörden, die Beschlüsse durchzuführen.

Der im vorhergehenden skizzierte Aufbau ist also in seinem oberen Teil sehr schön eingerichtet, während die breiten Fundamente viel zu wünschen übrig lassen, ja zum Teil nur in der Phantasie der konstruktionslustigen Polen bestehen. Die Folge hiervon ist, daß die „oberen" und „höchsten" Behörden buchstäblich in der Luft schweben.

Dies wäre kein Fehler, wenn die Massen sich von ihren oberen und höchsten Behörden wirklich leiten ließen wie sie vor wenigen Jahrzehnten der Schlachta parierten. Jedoch der bequeme Gehorsam ist verschwunden; die Wähler gehorchen zwar oft in kritischen Fällen kurz vor den Wahlen einer Entscheidung des Zentralkomitees, wenn die Kandidatenfrage Schwierigkeiten macht. Aber damit ist die politische Macht der „höchsten polnischen Instanz" erschöpft. Die rheinisch-westfälischen Polen denken gar nicht daran, sich einer Behörde zu unterwerfen, in der nur ein einziger Westfale unter elf Männern sitzt und ebensowenig lassen sich die oberschlesischen Führer von den Beschlüssen des Zentralkomitees anfechten. Ja, sogar in der Provinz Posen selbst schläft das Komitee ein, weil die Leiter der Wirtschafts-

organisation dort in „Friedenszeiten" weit mehr zu sagen haben als irgendeine „höchste politische Instanz".

Die Zukunft der polnischen Wahlorganisation, die so schön auf dem Papier steht, und die Zukunft der politischen Erziehung überhaupt wird davon abhängen, ob es den Polen gelingt, die unteren Instanzen so zu entwickeln und zu benutzen, daß die Wähler wirklich urteilsfähig werden.

In den letzten Jahren, insbesondere seit 1909, hat der oberschlesische Polenführer Adam Napieralski sich als Reichstagsabgeordneter bemüht, die polnische Fraktion und die parlamentarische Wahlorganisation zu verbessern. Als großer Zeitungsunternehmer begründete er zu diesem Zweck die Zeitschrift „Posel" (Der Abgeordnete), in der er alle politischen Vorgänge vom Standpunkt der parlamentarischen Organisation betrachtete. Es scheint jedoch, daß diese Versuche Napieralskis gescheitert sind; denn obwohl er durch seine Arbeit bewiesen hat, daß er vor Schwierigkeiten nicht zurückschreckt, hat er sich von der parlamentarischen Tätigkeit seit 1912 zurückgezogen.

Fünfzehntes Kapitel.

Die Zentralgewalt.

Auf dieser Grundlage, die aus Kreditgenossenschaften, Vereinen und Verbänden sich bildet, steht eine Gruppe von Männern, die man als die Führerschaft der Polen bezeichnen könnte. Ohne ein papiernes, verfassungsmäßiges Recht zu besitzen, üben sie tatsächliche Gewalt, so daß keine erhebliche national-polnische Unternehmung entstehen kann, die von jener „Spitze" nicht beschlossen oder angeregt oder beeinflußt würde.

Wer die vorhergehenden Kapitel gelesen hat, kann sich leicht selbst zusammenreimen, wer wohl die Führer sind und auf welche Weise sie ihre Macht ausüben.

Erstens kommen hier in Betracht die obersten Leiter der Kreditorganisation. Ein wichtiger Entschluß, der etwa die Begründung eines neuen Instituts betrifft, kann in Posen nicht gefaßt werden, ohne daß der „Patron der Genossenschaften" seine Meinung dazu geäußert hat. Es würde auf die Polen einen seltsamen Eindruck machen, wenn man diesen hohen Beamten des polnischen Gemeinwesens nicht um Rat fragte, denn jeder weiß, daß er besser als irgendein anderer die finanziellen Kräfte beurteilen und vor bedenklichen Schritten warnen kann. Neben ihm spielen der Direktor der Zentralbank (Bank związku) und der Direktor der Gewerbebank (Bank przemyslowców) gewissermaßen die Rolle von Ratgebern.

Den Genossenschaftsmännern zunächst steht der „Patron der Bauernvereine". Auch er muß selbstverständlich gefragt werden,

denn die mächtige Organisation, die hinter ihm marschiert, ist für das Gelingen jeder Unternehmung so wichtig, daß der „Patron" unmöglich übergangen werden kann. Ihm zur Seite sind Vizepatrone, die sich durch besondere Erfolge in ihrem Bezirk ausgezeichnet haben. Neben den Bauvereinen steht, halb rivalisierend, halb patronisierend, der alte „vornehme" Zentralverein der Großgrundbesitzer, dessen Präsident gemeinsam mit einigen besonders erfahrenen Mitgliedern als Fürsprecher der landwirtschaftlichen Interessen gilt. So wird z. B. die polnische Parlamentsfraktion in handelspolitischen Fragen fast stets vom Zentralverein der Großgrundbesitzer beraten und das polnische „Agrariertum", das mit den polnisch-demokratischen Interessen nicht immer friedlich zusammengeht, findet seine offizielle Vertretung im Präsidium des Zentralvereins.

Den landwirtschaftlichen Vereinen folgen in der Rangordnung der realen Macht die jungen Arbeitervereine, so daß der Präsident des „Verbandes katholischer Arbeitervereine in Posen-Gnesen", der Präsident des „Verbandes der Gewerkvereine" und eventuell die Generalsekretäre dieser Verbände von Einfluß sind.

Hingegen stehen vorläufig teils wegen ihrer wenig imponierenden Persönlichkeit, teils wegen der Schwäche ihrer Organisation die Führer der Verbände für „Industrielle" (Handwerker) und Kaufleute zurück. Sie bemühen sich zwar, Einfluß zu gewinnen, und es ist nicht unmöglich, daß sie allmählich in die erste Reihe vorrücken, doch entspricht ihr wirkliches Ansehen heute keineswegs dem Geschrei, daß sie häufig erheben.

Von den politischen Verbänden präsentieren die „Straz" und die Sokols ihre Vorsitzenden, doch darf der Einfluß dieser Männer nicht überschätzt werden, denn das unruhige[1] und auf Knalleffekte berechnete Arbeiten dieser Agitationsvereine verhindert jede verständige Aktion.

Also besteht die Führung in Posen aus folgenden Männern:

[1] Siehe S. 198 ff.

1. Patron der Genossenschaften.
2. Direktor der Verbandsbank.
3. Direktor der Gewerbebank.
4. Patron der Bauernvereine.
5. und 6. Einige besonders verdiente Vizepatrone.
7. Präsident des Zentralvereins der Großgrundbesitzer.
8. und 9. Präsidenten resp. Generalsekretäre der Arbeiterverbände.
10. Präsident der Sokols.
11. Präsident der Straz.

Zu diesen kommen noch einige hohe geistliche Würdenträger und einige Mitglieder des Adels, die durch großen Reichtum und nationale Arbeit sich eine starke Stellung errungen haben. Zu den ersteren sind besonders die polnischen Weihbischöfe und selbstverständlich der Erzbischof, falls er Pole ist, zu rechnen, zu den letzteren gehören seit anderthalb Jahrzehnten einige Mitglieder der reichbegüterten Familien Zoltowski, die sich um die national-polnische Arbeit sehr verdient gemacht und besonders in den „aristokratischen Parzellierungsbanken" (Bank ziemski, Spólka ziemska-Posen) viel geleistet haben.

Insgesamt können daher 15—20 Männer genannt werden, die gestützt auf Organisation oder auf geistliche Macht oder auf große Reichtümer prominente Stellungen einnehmen, so daß man von ihnen sagen kann: diese Männer müssen in allen entscheidenden Dingen gefragt werden. Sie sind stark genug, um sich Geltung zu verschaffen, und ihre Mitwirkung kann kaum entbehrt werden.

Zweites Buch.

Das polnische Finanzwesen.

Vorbemerkung.

Aus der vorhergehenden Darstellung springt die Frage heraus, wie beschaffen die Finanzorganisation ist, die als Kern oder Gerüst aus dem polnischen Gemeinwesen hervorschimmert.

Wie aber kann man dem nahe kommen? Jeder Versuch, etwa mit Hilfe der Statuten oder Bilanzen ein Bild von der Formation des polnischen Finanzwesens zu geben, wäre aussichtslos. Denn die Statuten der polnischen Genossenschaften schließen sich ganz eng dem Minimum der gesetzlichen Forderungen an. An den wenigen Stellen aber, wo sie über das gesetzliche Maß hinausgehen, folgen sie mit pedantisch erscheinender Genauigkeit den Musterstatuten, die der „Allgemeine Verband der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften" aufgestellt hat.

Diese anscheinend pedantische Beschränkung entspringt keineswegs einem Mangel an Intelligenz, sondern ist den Polen in jahrzehntelanger Erfahrung aufgedrängt worden. Denn seit 30 Jahren steht das polnische Genossenschaftswesen unter Polizeiaufsicht und jeder formelle Mangel wird von den Behörden benutzt, um die Entwicklung der polnischen Genossenschaften zu hemmen.

Früher haben die polnischen Vereine und Verbände ihre Statuten wie philosophisch-politische Programme entworfen, denn es entspricht den slawischen Gewohnheiten, jedem Vereinsstatut die Gestalt einer Staatsverfassung zu geben und in schönen Phrasen Ausgangspunkt und Ziel zu schildern. Dann kam eine Zeit, in der sich die Polen allgemein ausdrückten, z. B.: „Der Zweck des Vereins ist die Unterstützung der Landwirte durch Rat und Tat." Schließlich aber haben sie sich zu den bewährten

Formularen der deutschen Genossenschaften geflüchtet, und heute benutzen die polnischen Genossenschaften für ihren Verkehr mit den Behörden, für Beitritts- und Austrittserklärungen, Anträge usw. das „Formularbuch zum Reichsgesetz, betreffend die Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften" von Hans Crüger, ferner die „Statutenentwürfe, Geschäftsanweisungen und Formulare" im ersten Bande der „Genossenschaftlichen Handbibliothek".

Aus diesen Tatsachen möge man ersehen, daß jeder, der die Verfassung und Verwaltung des polnischen Genossenschaftswesens kennen lernen will, sich völlig frei machen muß von den „Statuten", die ihn nur irre führen könnten.

Erster Teil.

Die Bedeutung des polnischen Genossenschaftsverbandes.

Erstes Kapitel.

Der Patron.

Die polnischen Genossenschaften in Posen-Westpreußen haben sich nach deutschem Vorbilde zu einem „Verbande der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften" (Związek spolek zarobkowych i gospodarczych) zusammengeschlossen [1]. Der Vorstand des Verbandes besteht:

1. aus fünf in der Generalversammlung auf drei Jahre zu wählenden Mitgliedern,
2. dem jedesmaligen Direktor der polnischen Verbandsbank,
3. einem vom Aufsichtsrate dieser Bank zu wählenden Delegierten.

Diese sieben Männer wählen aus ihrer Mitte den „Patron der Genossenschaften" (Patron Spolek).

Statutarisch ist seine Macht nicht sonderlich groß, denn er ist lediglich Vorsitzender in einer Gruppe von sieben Männern, zu denen sehr einflußreiche und geschulte Herren gehören. Der Patron kann überstimmt, kann abgesetzt werden. Er ist nur ein „Organ" des Verbandes.

Der Geistliche, der heute Patron der Genossenschaft ist, sorgt vor allem mit unermüdlichem Eifer für Sauberkeit und vorsichtige Arbeit. Er ist keine hervorragende Persönlichkeit, aber ein zuverlässiger Mann, der nur den einen Gedanken hat, das

[1] Vgl. S. 138 f.

zu erhalten und fortzubilden, was sein großer Vorgänger und Meister, Prälat Wawrzyniak ihm hinterlassen hat.

Auf lange Zeit hinaus wird das polnische Genossenschaftswesen unter dem Einfluß des am 10. November 1910 gestorbenen Prälaten stehen, und so sei mir gestattet, hier die Charakteristik wiederzugeben, die ich zu Lebzeiten Wawrzyniaks (im Jahre 1907) entwarf:

„Daß der wirkliche, fast autokratische Beherrscher des polnischen Finanzwesens der Prälat Wawrzyniak, Propst zu Mogilno und päpstlicher Kammerherr ist, ist wohlbekannt.

Im polnischen Finanzwesen wird heute keine wichtige Entscheidung vorgenommen, ohne daß man seine Meinung zuvor gehört hätte. Meistens gehen die entscheidenden Entschlüsse sogar direkt von ihm aus. Seine Autorität beschränkt sich nicht auf Posen und Westpreußen, sondern auch in den oberschlesischen Polenbanken heißt in der Diskussion das letzte Wort: „Der Prälat". Ebenso kennt man ihn in den galizischen Finanzkreisen und in Warschau, und als er vor einigen Jahren eine Reise nach Nordamerika unternahm, wurde er auch dort von den polnischen Kolonien als Lenker des polnischen Finanzwesens gefeiert.

Wawrzyniak ist eine große schwere Erscheinung; ein leidenschaftliches, cholerisches Temperament, anscheinend ein „Gewaltmensch", jedoch ein Gewaltmensch, der sich selbst vollkommen in der Gewalt hat.

Wenn er auf die Angriffe, die die preußische Regierung kürzlich gegen das polnische Finanzwesen richtete, die Antwort veröffentlichte: „Möge jeder Gedanke an Wiedervergeltung als heidnisch von uns fern bleiben", so ist das sicherlich keine natürliche Äußerung eines milden und geduldigen Herzens. Er kann für die Beurteilung solcher Vorgänge ganz andere Töne finden, aber er würde das für unklug halten.

Bei geringfügigen Anlässen und Provokationen gerät er in rücksichtslose Erregung und ist, sobald es die Sache fordert, von einer steinernen Ruhe.

Man kann nur schwer in seinen Zügen lesen, aber ich glaube, daß viele Erfahrungen nötig waren, um ihn zu solcher Selbstbeherrschung zu erziehen. Er steht seit 1872 im polnischen Genossenschaftswesen, das, wie kein anderes in der Welt, von mächtigen Behörden beobachtet wird und für jeden Fehler eine gefährliche Buße zu fürchten hat. Er mußte also seit Jahrzehnten die peinlichste Vorsicht erlernen.

Hierin unterstützt ihn eine genaue Kenntnis der Gesetze, der Urteile des Oberverwaltungsgerichts und der Gepflogenheiten des preußischen Verwaltungswesens. Er weiß genau, was man von ihm fordern darf und was es verweigern kann, und wird nicht leicht durch eine unüberlegte Handlung das Schicksal des polnischen Finanzwesens gefährden. So ist dieser energische, rücksichtslos durchgreifende Mann einer der schmiegsamsten und gewandtesten Führer des Polentums geworden. — — —

Seit Jahren stehen die jährlichen Generalversammlungen der polnischen Genossenschaften unter der Herrschaft seiner Worte und seiner Vorschläge, weil im polnischen Kreditwesen kein Mann war und ist, der mit ähnlicher Sicherheit die Finanzfragen behandelte. Die einzelnen Genossenschaften aber müssen sich ihm trotz ihrer statutarischen Freiheit fügen, weil der Patron zugleich Kurator der Verbandsbank ist und dieses Institut nur solchen Genossenschaften Kredit gibt, die vom Patron für kreditwürdig erklärt werden.

Wie fest er im polnischen Gemeinwesen auf seinem beherrschenden Platze steht, hat sich in erbitterten Kämpfen gezeigt.

Vor zehn Jahren, als der Prälat soeben seine Macht stabilisiert hatte, bildete sich gegen ihn eine Partei, die darauf ausging, ihn zu stürzen. Im Sommer 1897 erklärte die Gruppe öffentlich, es müsse endlich entschieden aufgetreten werden gegen jeden Versuch, „die Generalversammlung zu terrorisieren". „Die Genossenschaften sind nicht des Patrons wegen da, sondern dieser der Genossenschaften wegen ... Der Patron verwechselt seine Person mit dem Verbande und verbittet sich jede Kritik des Finanzwesens als eine persönliche Beleidigung ... Mögen die

Delegierten deshalb eine solche Stellung einnehmen, daß der vom Patron ausgeübte Terrorismus eingedämmt und ihm nicht noch mehr die Zügel gelassen werden."

Jedoch wiederum stand der Verbandstag völlig unter der persönlichen Gewalt Wawrzyniaks, und seitdem ist er der Herrscher.

Ähnlich ist seine Rolle in den Generalversammlungen der polnischen Verbandsbank. Dort vertritt er für viele Genossenschaften die Aktionärsrechte, so daß er zuweilen allein in seiner Person die Majorität repräsentiert und ohne weiteres verfügt, was geschehen soll.

Welches sind die Leistungen, die dem Patron eine so große Macht verschafft haben? Worin ruht seine Kraft?

Einem der bekanntesten Führer im deutschen Genossenschaftswesen wird häufig der Vorwurf gemacht, er sei mehr Kritiker als schaffender Organisator. — Aber mir scheint gerade die halb süße, halb bittere Geschichte des deutschen Genossenschaftswesens deutlich genug zu lehren, daß die Leiter großer Verbände wahre Organisatoren sind, wenn sie kritisieren, abschneiden, Gefahren hindern, damit die gesunde Kraft, die in den Volksbanken steckt, sich frei entfalten kann.

Die Geschichte der polnischen Genossenschaften bestätigt diese Meinung. Auch Wawrzyniaks große Kraft ruht im tiefsten Grunde auf dem: Verhindern.

Verhindert hat er, daß die preußische Regierung das Revisionsrecht, das sie den Polen in einer gutgelaunten Stunde verlieh, wieder entzog. Mit Mühe hat er das verhindert, denn die Behörden hatten Lust dazu, ihm das Recht zu nehmen.

Verhindert hat er ferner, daß der Menschen und Kapital fressende Streit und Neid zwischen Schulze-Delitzsch-System und Raiffeisen-System seinen verderblichen Einzug auch bei den Polen hielt.

Erreicht aber hat er, daß das polnische Genossenschaftswesen eine politische Macht geworden ist, die heute den Kern des polnischen Gemeinwesens bildet.

Zweites Kapitel.

Die polnische Verbandsleitung und die preußische Regierung[1].

Ein heikler Punkt, mit dem die polnischen Genossenschaften stets zu rechnen haben, ist ihr Verhältnis zu den preußischen Behörden. Denn Zusammenstöße auf dem Finanzgebiete können verderblicher für die Polen sein, als alle Konflikte in den Schulfragen. Auch für die Zukunft rechnet man auf Vorstöße der preußischen Regierung gegen die polnischen Banken, und es ist daher wichtig und lehrreich, zu untersuchen, wie sich preußische Regierung und polnische Verbandsleitung bisher zueinander verhalten haben.

Dreimal haben in den verflossenen zwei Jahrzehnten Konflikte stattgefunden.

I.

Der erste Zusammenstoß betraf das gesetzliche Revisionsrecht.

Als im Jahre 1888 der Entwurf eines neuen deutschen Genossenschaftsgesetzes veröffentlicht wurde, bemächtigte sich der polnischen Finanzkreise eine Erregung, die sehr deutlich zum Ausdruck kam.

[1] Für diese Darstellung konnte ich gleichzeitig Akten preußischer Behörden und polnische Quellen benutzen, so daß es möglich war, selbst über die Details dieser zum größten Teil unbekannten Vorgänge Klarheit zu gewinnen.

Der Entwurf enthielt nämlich die ganz neue Bestimmung, daß alle Genossenschaften im Deutschen Reiche sich regelmäßig von gerichtlich bestellten Sachverständigen revidieren lassen müßten, sofern ihnen nicht von der Regierung das Recht der eigenen Revision verliehen sei.

Die polnische Verbandsleitung protestierte gegen die „pflichtmäßigen, gerichtlichen Revisionen" und eine Versammlung polnischer Delegierten erklärte sich einstimmig: „gegen die Revisionen, die durch die Novelle eingeführt werden sollen".

Trotzdem wurde der Entwurf bekanntlich mit geringen Abänderungen Gesetz, und seitdem gibt es vom Standpunkte jener Vorschrift zwei Arten von Genossenschaften. Solche, die sich alle zwei Jahre einer Revision unterwerfen und alle ihre Bücher, Schriften, Bestände, Effekten, Wechsel, Briefe usw. zur Einsicht öffnen müssen, und auf der anderen Seite solche, die von dieser behördlichen Prüfung frei sind und das „eigene Revisionsrecht" besitzen.

Es ist natürlich, daß die Polen mit aller Macht darauf hinsteuerten, in die zweite von der offiziellen Kontrolle befreite Gruppe zu kommen, und so richteten sie an den preußischen Handelsminister das Gesuch, ihrem Verbande das Revisionsrecht zu verleihen.

Aus Äußerungen der Polen ergibt sich, daß sie selbst an einen Erfolg ihres Gesuches nicht glaubten, sondern meinten, die preußische Behörde würde sich die dauernde Kontrolle der polnischen Banken nicht entgehen lassen. Jedoch die Furcht war unbegründet. Dem polnischen Verbande wurde durch Verfügung des preußischen Handelsministers „das Recht verliehen, eigene Revisoren zu bestellen" [1].

Auf diesem Rechte ruht die Macht der polnischen Verbandsleitung, die bis dahin, wie wir gesehen haben, unsicher und im eigenen Lager befehdet gewesen war.

---

[1] Vgl. die Geschichte dieser Maßnahmen S. 138 ff.

Denn die Verbandsleitung, die den vom Handelsminister genehmigten Statuten entsprechend die Revisoren selbst bestellt, kann seitdem auf Grund des Reichsgesetzes die Einsicht der Bücher und Schriften der Genossenschaften und die Untersuchung des Bestandes der Genossenschaftskassen, sowie der Bestände an Effekten, Handelspapieren und Waren verlangen. — Die Verbandsleitung kann Genossenschaften, die sich diesen Gesetzbestimmungen nicht unterwerfen, aus dem Verbande ausschließen und vernichtet damit nicht nur deren Kredit, sondern zwingt sie damit zugleich, sich der gerichtlichen Revision zur Verfügung zu stellen.

Diese Macht hat Wawrzyniak noch durch statutarische Bestimmungen verstärkt und seinen Gegnern im eigenen Lager gegenüber fußte er immer auf diesem Rechte.

Schon bald nach der Verleihung entstand auf deutscher Seite der lebhafte Wunsch, den Polen das Revisionsrecht wieder zu entziehen. Die einzige Handhabe hierzu bot § 60 des Genossenschaftsgesetzes, der bestimmt:

„das Recht zur Bestellung des Revisors kann dem Verbande entzogen werden,

1. wenn er sich gesetzwidriger Handlungen schuldig macht, durch welche das Gemeinwohl gefährdet wird, oder wenn er andere als die im § 55 bezeichneten Zwecke (Revision und Wahrung der Interessen) verfolgt;
2. wenn der Verband der ihm obliegenden Pflicht der Revision nicht genügt.

Die Entziehung wird nach Anhörung des Verbandsvorstandes durch die für die Verleihung zuständige Stelle (Handelsminister) ausgesprochen."

Die erste Anregung, von diesem Paragraphen Gebrauch zu machen, ging von Westpreußen aus, wo um die Mitte der neunziger Jahre nicht nur viele neue polnische Banken gegründet

worden waren, sondern auch ältere Kassen mit deutschen Firmen dem polnischen Verbande beitraten, nachdem ihnen die Behörde die Genehmigung eines bekannten polnischen Revisors verweigert hatte.

Die Behörde versuchte, sich für ein Eingreifen die notwendigen Unterlagen zu verschaffen, jedoch die vorsichtige Geschäftsführung der Polen bot keinen Anlaß [1]).

---

[1] Höchst charakteristisch sind folgende amtliche Schreiben:

Posen, den 2. April 1894.

An den Königl. Regierungspräsidenten in Posen.

In einer durch Vermittelung des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Westpreußen zu meiner Kenntnis gekommenen Äußerung des Herrn Regierungspräsidenten zu Marienwerder über den Geschäftsbetrieb der polnischen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften wird es als erwünscht betrachtet, daß darauf hingewirkt werde, dem Verbande der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften der Provinzen Posen und Westpreußen das Recht der Bestellung eigener Revisoren wieder zu entziehen.

Voraussetzung für den Antrag auf Entziehung dieses Rechtes würde der Nachweis von tatsächlichen Zuwiderhandlungen des Verbandes im Sinne des § 58 des Reichsgesetzes vom 1. Mai 1889 sein.

Ew. Hochwohlgeboren ersuche ich ergebenst um gefällige Feststellung und Äußerung, ob und eventuell welche Wahrnehmungen in letzterer Beziehung gemacht worden sind.

Der Oberpräsident
(Unterschrift.)

Der Regierungspräsident gab dies Schreiben an die Polizeidirektion weiter.

Posen, den 26. April 1894.

An die Königliche Polizeidirektion.

Abschrift lasse ich Ew. Hochwohlgeboren mit dem Ersuchen ergebenst zugehen, sich binnen zwei Wochen entsprechend zu äußern.

Sollten Fälle zu Ihrer Kenntnis gelangt sein, welche sich als Zuwiderhandlungen gegen den § 58 des Gesetzes über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften vom 1. Mai 1889 (R.G.Bl. S. 55) darstellen, so ist darüber unter näherer Darlegung des Sachverhaltes eingehend zu berichten.

Nach § 17 des Verbandsstatuts hat der Verbandsvorstand in Posen seinen Sitz. Sie wollen gefälligst feststellen, ob dies tatsächlich zutrifft.

Der Regierungspräsident
(Unterschrift.)

Nachdem der Versuch noch einmal wiederholt war[1], glaubte die Regierung im Jahre 1897 Beweise dafür in Händen zu haben,

---

Posen, den 17. Mai 1894.

An den Herrn Regierungspräsidenten.

... Fälle, in denen der Verband sich gesetzwidriger Handlungen schuldig gemacht hat, durch welche das Gemeinwohl gefährdet wird, oder Fälle, in welchen der Verband andere als im § 53 des Reichsgesetzes vom 1. Mai 1889 (R.G. S. 55) bezeichnete Zwecke verfolgt oder der Revisionspflicht nicht genügt, habe ich nicht feststellen können und nehme an, daß bei der Gewissenhaftigkeit und Pünktlichkeit, mit welcher die Geschäftsleitung stattfindet, solche Überschreitungen ausgeschlossen sind ... Allerdings haben Ew. Hochwohlgeboren, wie ich gleichfalls aus den Akten ersehen habe, den Dr. Rzepnikowski in einem Falle als nicht geeignet für das Amt eines Revisors erachtet, als es sich darum handelte, einen solchen bei einer dem Verbande nicht angehörenden Genossenschaft zu bestellen. Dr. Rzepnikowski wurde trotzdem als eigener Revisor seitens des Verbandes bestellt, nachdem die betreffende Genossenschaft schleunigst dem Verbande beigetreten war.

So unliebsam für das Ansehen der Königl. Behörde ein solcher Vorgang auch ist, so kann doch hieraus keine Veranlassung genommen werden zu einem weiteren Vorgehen gegen den Verband ...

Die Polizeidirektion.

Demgemäß berichtete der Regierungspräsident am 1. Juni 1894 an den Oberpräsidenten, und das Vorgehen gegen die polnischen Genossenschaften unterblieb.

[1] Über den zweiten Versuch liegt folgender Briefwechsel vor:

Posen, den 22. Juni 1895.

An den Königlichen Regierungspräsidenten.

Mit Bezug auf den gefl. Bericht vom 1. Juni vorigen Jahres ersuche ich Ew. Hochwohlgeboren ergebenst um gefl. Äußerung darüber, ob und welche Wahrnehmungen über die Tätigkeit des Verbandes der polnischen Wirtschaftsgenossenschaften inzwischen etwa gemacht worden sind, und ob für ein Vorgehen gegen den Verband im Sinne des § 58 des Reichsgesetzes vom 1. Mai 1889 die erforderlichen Unterlagen jetzt etwa zu beschaffen wären.

Der Oberpräsident
(Unterschrift.)

Posen, den 25. Juni 1895.

An die Königliche Polizeidirektion.

Abschrift lasse ich Ew. Hochwohlgeboren mit dem Ersuchen ergebenst zugehen, sich binnen drei Wochen entsprechend zu äußern.

Der Regierungspräsident
(Unterschrift.)

„daß in einzelnen dem polnischen Verbande angehörenden Genossenschaften in den letzten Jahren Regelwidrigkeiten aufgedeckt seien, welche die Regierung zu der Befürchtung berechtigten, daß der Verband die ihm gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben nicht hinlänglich erfülle".

Die Behörde forderte daher den Patron Wawrzyniak auf, ihr Nachweisungen und Papiere vorzulegen, „auf Grund deren man die Art der Revisionen beurteilen und den Zustand des Verbandes erkennen könne".

Die Verbandsleitung sandte die geforderten Papiere dem Oberpräsidenten von Posen und die Untersuchung der Angelegenheit nahm ihren Lauf.

Einige Monate rechneten die Polen mit der peinlichen Möglichkeit, daß sie das Revisionsrecht verlieren könnten. So schrieb der dem Patron nahestehende „Kurier Poznanski", der zuerst von dem unangenehmen Eingriff Mitteilung machte: „Wenn die Behörden ihren Verdacht auch nur zum Teil begründet finden, wird selbstverständlich unser Verband sein Hauptrecht, nämlich das der Kontrolle über die ihm angehörenden Genossenschaften verlieren; ohne dieses Recht aber wäre er im günstigsten Falle nur ein Scheinverband."

Posen, den 24. Juli 1895.

An den Königlichen Regierungspräsidenten.

Die Tätigkeit und der Wirkungskreis des Verbandes der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften der Provinzen Posen und Westpreußen sind dieselben geblieben, wie Ew. Hochwohlgeboren ich in meinem Bericht vom 17. Mai vorigen Jahres zu schildern mich beehrte; namentlich sind Tatsachen nicht bekannt geworden, welche ein Vorgehen gegen den Verband im Sinne des § 58 des Reichsgesetzes vom 1. Mai 1889 rechtfertigen.

Den Voraussetzungen des § 56 des angezogenen Gesetzes hat der Verband, nach angestellten Ermittelungen, ebenfalls genügt.

Die Polizeidirektion
(Unterschrift.)

Demgemäß berichtete der Regierungspräsident an den Oberpräsidenten, und so unterblieb auch diesmal das Vorgehen gegen die polnischen Genossenschaften.

Wie ernst man die Affäre nahm, zeigt der Skandal, der alsbald im polnischen Lager ausbrach: Von den Freunden Wawrzyniaks wurde erklärt, es seien Denunziationen von polnischer Seite erfolgt. Seine Feinde aber benutzten die Gelegenheit, um öffentlich die Diktatur des Patrons zu brandmarken, der eine fast unbeschränkte Macht an sich gerissen habe und nun das ganze Finanzwesen in seinen Sturz ziehe.

Auch der ein Vierteljahr später stattfindende Verbandstag der polnischen Genossenschaften führte keine Klärung herbei. Vielmehr äußerte der Patron, „man müsse mit der Möglichkeit rechnen, daß die Angelegenheit einen für den polnischen Verband unerwünschten Ausgang nehme". Da dies jedoch eine große dauernde Gefahr bedeute, wolle das Patronat nichts unterlassen, den drohenden Schlag abzuwenden.

In der Tat ging die Gefahr an den Polen vorüber.

Zwar hat die Behörde in den polnischen Papieren einige verdächtige Merkmale gefunden. So z. B. hatte der Propst Wawrzyniak mehrmals getadelt, daß die Genossenschaften zum Teil deutsche Firmen führten oder daß die Protokolle in deutscher Sprache abgefaßt waren, jedoch der Patron konnte sich damit verteidigen, daß er aus dieser Haltung niemals ein Geheimnis gemacht, sondern noch ein Jahr vorher öffentlich erklärt habe: „Wir sind der Ansicht, daß Genossenschaften, die sich einer vielen Mitgliedern unverständlichen Sprache bedienen, den durch das Genossenschaftsgesetz vom 1. Mai 1889 gestellten Aufgaben und Pflichten nicht gerecht werden können. Auch kann eine solche Genossenschaft den Sparsinn nicht fördern, wenn sie den Einzahlern Sparbücher ausfertigt, die sie nicht verstehen. Mit den deutschen Genossenschaften verknüpfen uns gemeinsame Ziele und gemeinsame Mittel, doch trennt beide die Verschiedenheiten der Sprache." Und in echt slawischer Wendung reklamierte er für diese Meinung die preußische Regierung als Eideshelfer: „Das hat auch die Regierung anerkannt und berücksichtigt, indem sie unserem Verbande das Revisionsprivilegium verlieh und uns nicht zwang, den deutschen Verbänden beizutreten."

Der Handelsminister mußte also der Verbandsleitung die Papiere zurückgeben, er machte auf einige Verstöße aufmerksam und schloß mit einer Verwarnung für die Zukunft[1]).

[1] Der Erlaß des Handelsministers lautete:

Berlin, 15. Nov. 1897.

An den Herrn Oberpräsidenten in Posen.

Eure Exzellenz ersuche ich, dem Vorstande der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften der Provinzen Posen und Westpreußen in meinem Auftrage Folgendes zu eröffnen:

Wie die Durchsicht der Revisionsberichte ergeben hat, ist bei Ausführung der Revisionen mehrfach gegen die gesetzlichen Vorschriften verstoßen worden. Unter anderem ist zu rügen, daß verschiedene Revisionen nicht rechtzeitig, d. h. nicht binnen zwei Jahren seit Beendigung der letzten Revision stattgefunden haben. Wenn sich ferner in den Berichten des Revisors Propst Wawrzyniak wiederholt tadelnde Bemerkungen derart finden, daß die revidierte Genossenschaft eine deutsche Firma führe oder daß die Protokolle der Generalversammlung in deutscher Sprache abgefaßt seien, so muß dies Verdacht erwecken, daß jener Revisor sein Amt unter Verletzung der Vorschrift im § 53 des Genossenschaftsgesetzes vom 1. Mai 1889 zur Förderung nationalpolnischer Bestrebungen mißbraucht. In bedenklicher Weise hat ferner der genannte Revisor bei den am 4. und 5. Dezember 1894 und am 10. November 1896 ausgeführten Revisionen der Bank ludowy zu Drzycim die ihm obliegenden Pflichten außer acht gelassen. Denn, obwohl bei den Revisionen die Aufstellung der Bilanz ergab, daß das Vermögen der Genossenschaft einschließlich des Reservefonds und der Geschäftsguthaben zur Deckung der Schulden nicht ausreichte, ist trotzdem in keinem der beiden Revisionsprotokolle darauf aufmerksam gemacht worden, daß nach § 115 des Genossenschaftsgesetzes der Genossenschaftsvorstand die Generalversammlung zur Beschlußfassung darüber, ob die Genossenschaft aufgelöst werden solle, einzuberufen habe. Sollten sich in Zukunft bei der Ausführung der Revisionen solche Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften wiederholen, so würde dem Verbande das Recht zur Bestellung der Revisoren für die zugehörigen Genossenschaften entzogen werden müssen.

Eure Exzellenz ersuche ich ferner, die Tätigkeit dieses Revisionsverbandes im Auge zu behalten, und mir über alle bemerkenswerten Vorgänge innerhalb des Verbandes Bericht zu erstatten.

Der Minister für Handel und Gewerbe
(Unterschrift.)

Posen, den 27. Novbr. 1897.

An den Herrn Regierungspräsidenten.

Abschrift zur Kenntnis, mit dem Bemerken, daß ich den Verband zu Händen des Verbandsanwaltes Wawrzyniak in Schrimm mit der angeordneten Eröffnung versehen habe.

Der Probst Wawrzyniak aber konnte „den geehrten Genossenschaften" mitteilen, „daß die vom Ministerium vorgenommene Untersuchung gegen den Verband für uns im günstigen Sinne erledigt ist".

So endete der erste Angriff der preußischen Regierung auf das polnische Finanzwesen.

II.

Gleichzeitig fast entstand ein anderer Konflikt, der aber nicht das Handelsministerium, sondern das preußische Finanzministerium gegen die polnischen Banken mobil machte.

Die polnische Verbandsbank war bei der Zentralgenossenschaftskasse — einem Institut, das in enger Verbindung mit dem preußischen Finanzministerium steht — akkreditiert. Diese Bank, die sogenannte „Preußenkasse", die auf Grund des Gesetzes vom 31. Juli 1895 ins Leben gerufen war, hat die Aufgabe, nach Kräften dafür zu sorgen, daß die Liquidität der angeschlossenen Genossenschaftsverbände nicht gefährdet wird. Zu

---

Ich ersuche Euer Hochwohlgeboren, auch ferner der Tätigkeit des Verbandes Ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, die Landräte des Bezirkes entsprechend anzuweisen, und mir über bemerkenswerte Vorgänge, welche den Verband betreffen, eventuell unverzüglich Bericht zu erstatten. Namentlich wird der hiesige Polizeidirektor anzuweisen sein, über Umstände, die bei Überwachung der polnischen Presse und der polnischen Vereinstätigkeit in bezug auf die Wirksamkeit des Revisionsverbandes ihm bekannt werden, geeignetenfalls sofortige Anzeige zu erstatten.

Die mit dem Berichte vom 21. Juli d. Jahres vorgelegten Strafakten folgen anbei zurück.

Der Oberpräsident
(Unterschrift.)

Schrimm, 9. Dezember 1897.

An die polnischen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften.

Den geehrten Genossenschaften teile ich mit, daß die seitens des Ministeriums gegen den Verband der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften für Posen und Westpreußen angestrengte Untersuchung als für uns in günstigem Sinne erledigt angesehen werden kann. Über die Einzelheiten werden die geehrten Genossenschaften seinerzeit in geeigneter Weise in Kenntnis gesetzt werden.

Pfarrer Wawrzyniak, Kurator.

diesem Zwecke treten die führenden Banken der Genossenschaftsverbände in Geschäftsverkehr mit der „Preußenkasse" und erhalten von dieser einen fest normierten Kredit in laufender Rechnung, ferner Diskont und Lombardkredit.

Nachdem die Preußenkasse im Oktober 1895 eröffnet worden war, fanden zwischen dem Patron der polnischen Genossenschaften und den Leitern der Preußenkasse Verhandlungen statt mit dem Ergebnis, das die Bank związku als Zentralbank des polnischen Verbandes zum Geschäftsverkehr der Preußenkasse zugelassen wurde und einen Kredit von 200 000 Mk. für den Verband erhielt.

Schon kurz nach der Begründung der Beziehungen protestierte ein Teil der deutschen Presse dagegen, daß einem Verbande, „der bekanntlich Träger nationalpolnischer Bestrebungen sei, ein solcher Kredit eröffnet werde."

Es sei nicht daran zu zweifeln, daß der Związek spólek zarobkowych eine polnische Propaganda entfalte, und da preußische Staatsmittel nicht zur Unterstützung einer solchen Propaganda dienen dürften, müsse verlangt werden, daß die Zentralgenossenschaftskasse den Mut habe, jenen Geschäftsverkehr zu verweigern. „Hoffentlich wird im Abgeordnetenhause dieser Fall zur Sprache gebracht und dabei von seiten der Regierung eine Auffassung vertreten werden, welche es in Zukunft der Zentralgenossenschaftskasse unmöglich macht, der polnischen Propaganda mit Staatsmitteln unter die Arme zu greifen."

Nachdem dann fast ein Jahr die Angelegenheit diskutiert und allmählich zu einer heiklen Staatsfrage geworden war, entschloß sich der Finanzminister Miquel, den polnischen Genossenschaften zwar den Geschäftsverkehr nicht zu verweigern, aber ihn „in anderer Weise" fortzuführen. Er verfügte, die polnische Genossenschaftsbank habe sich gewissen Bedingungen zu unterwerfen. Vor allem solle der Kredit auf „loyale" Genossenschaften beschränkt werden, d. h. solche, die sich schriftlich verpflichteten, auch deutsche Mitglieder zuzulassen und sich diesen Mitgliedern gegenüber der deutschen Sprache zu bedienen. Ferner mußten sie ihre Bilanzen und Jahresberichte in mindestens einem deutschen

Blatte in deutscher Sprache veröffentlichen und auch ihren Protokollen neben dem polnischen Wortlaut eine deutsche Übersetzung hinzufügen.

Hierzu kam noch eine recht peinliche Maßregel: Die Preußenkasse sollte den Kredit *nicht direkt an die Polnische Verbandsbank geben, sondern auf Rechnung der Verbandsbank unmittelbar den Einzelgenossenschaften des polnischen Verbandes.* Um das durchführen zu können, verlangte die Direktion der Preußenkasse von der polnischen Verbandsleitung eine Liste derjenigen Genossenschaften, die sich den Bedingungen unterwerfen würden (Erlaß des Finanzministers vom 24. Juli 1897)[1]).

---

[1] Berlin, den 24. Juli 1897.

Der Finanzminister.

An den Herrn Präsidenten der preußischen Zentralgenossenschaftskasse.

Nachdem die Frage der Kreditgewährung an die Vereinsbank der polnischen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften im Königlichen Staatsministerium zur Erörterung gelangt ist, bestimme ich für den Geschäftsverkehr der preußischen Zentralgenossenschaftskasse mit der genannten Vereinsbank Folgendes:

Bis zum 1. April 1898 kann der Geschäftsverkehr in der bisherigen Weise fortgeführt werden.

Bei den über die Verhältnisse der Vereinsbank und den ihr angeschlossenen Genossenschaften veranlaßten Ermittelungen hat sich herausgestellt, daß ein beträchtlicher Teil dieser Genossenschaften ausschließlich die polnische Sprache als Geschäftssprache zuläßt, und daß durch den Ausschluß der deutschen Sprache, insbesondere in denjenigen Bezirken, in welchen die deutsche Bevölkerung stark in der Minderheit ist, die Gefahr einer Ausschließung der Deutschen von der Genossenschaftsbildung überhaupt und von deren Vorteilen, sowie die Gefahr herbeigeführt wird, daß an Stelle der wirtschaftlichen Zwecke nationalpolitische Tendenzen auch in Genossenschaften in den Vordergrund treten.

Vom 1. April 1898 ab ist deshalb der mit Vorzugsbedingungen verknüpfte Verbandskredit in laufender Rechnung der Vereinsbank nur noch zur Weitergabe an diejenigen Genossenschaften zu gewähren, bei welchen eine loyale Zulassung der deutschen Sprache gesichert ist. Zu diesem Zweck ist als Bedingung für die Zulassung zu stellen, daß diese Einzelgenossenschaften

a) deutsche Mitglieder nicht ausschließen und für den schriftlichen wie mündlichen Verkehr — auch in den Genossenschaftsversammlungen — die deutsche Sprache zulassen und Deutschen gegenüber zur Anwendung bringen;

Vom 1. April 1898 ab sollten die neuen Bestimmungen in Kraft treten.

Der Prälat Wawrzyniak machte die Entscheidung, ob er sich fügen wollte, als kluger Geschäftsmann von der Höhe und Art des Kredits abhängig, der seinem Verbande eingeräumt werden würde. Die Direktion der Preußenkasse war bereit, den polnischen Genossenschaften vorläufig einen Kredit von 200 000 Mk. zu 3 % zu eröffnen, und es schlossen sich hieran Verhandlungen

---

b) ihre Publikationen auch in deutscher Sprache — und wenigstens in einem gelesenen deutschen Blatte des Bezirks erfolgen lassen;

c) und falls ihnen deutsche Mitglieder angehören, auch die Protokolle in deutscher bzw. in polnischer und deutscher Sprache abfassen.

Mit Rücksicht darauf ferner, daß die Vereinsbank der (polnischen) Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften nicht nur die Verbandskasse dieser Genossenschaften, sondern daneben auch freies Erwerbsinstitut ist, wie dies auch früher schon seitens des Direktoriums geschehen ist, Vorsorge zu treffen, daß der seitens der Zentralgenossenschaftskasse gewährte Kredit nur den zugelassenen Genossenschaften zugute kommt. Der gewährte Kredit ist daher auf die Einzelgenossenschaften zu verteilen und sind alle darauf geleisteten Zahlungen für Rechnung der Verbandskasse unmittelbar an die Einzelgenossenschaften zu leisten. Auch wird zur Bedingung zu machen sein, daß der Kredit seitens der Vereinsbank nur mit einer Spannung von höchstens $^3/_4$ % weitergegeben werden darf.

Da der der Vereinsbank zu eröffnende Kredit lediglich zum Zweck der Weitergabe an die oben gedachten Einzelgenossenschaften gewährt wird, so ist seine Höhe innerhalb der durch das Vermögen der Verbandskasse gegebenen Sicherheit auch nur nach dem Bedarf dieser Einzelgenossenschaften zu bemessen und sind deshalb für die Festsetzung der Kreditgrenze bei Beachtung der sonst für die Würdigung der Kreditfähigkeit üblichen Normen nur die Haftsummen der zugelassenen Einzelgenossenschaften zu berücksichtigen.

Das Direktorium wolle der Vereinsbank von diesen Bedingungen, an welche der Geschäftsverkehr mit der preußischen Zentralgenossenschaftskasse in Zukunft geknüpft wird, Mitteilung machen und ihr anheim geben, rechtzeitig vor dem 1. April 1898 diejenigen Genossenschaften, welche den oben zu a—c angegebenen Voraussetzungen nachzukommen bereit sind, zu bezeichnen und eine Erklärung des Genossenschaftsvorstandes dahin, daß diese Bedingungen eingehalten werden sollen und soweit hierzu eine Änderung des Statuts nötig ist, auch den Änderungsbeschluß beizubringen.

Über die einzelnen Genossenschaften, die danach an dem Kredit der Zentralgenossenschaftskasse in Zukunft teilnehmen sollen, wolle das Direktorium mir seinerzeit Mitteilungen zugehen lassen.

gez. v. Miquel.

über eine spätere Erhöhung der Quote. — Die übrigen Vereinbarungen waren bequem, so sollte z. B. die Genossenschaft das Darlehen jederzeit ganz oder teilweise zurückzahlen können, während von der Preußenkasse nur unter Einhaltung einer halbjährigen Frist zum 1. April oder 1. Oktober gekündigt werden konnte.

Unter diesen Umständen erklärte sich die polnische Finanzleitung mit den vom Finanzminister gestellten Bedingungen einverstanden; und zwar motivierte Wawrzyniak diese Nachgiebigkeit, die in polnischen Kreisen viel Erbitterung erregte, mit folgenden Worten: „Vom 1. April d. J. ab hat die preußische Zentralgenossenschaftskasse die Kreditgewährung von Bedingungen abhängig gemacht, die der Kurator der Generalversammlung wörtlich vorlegte und die den interessierten Genossenschaften seitens der Verbandsbank seinerzeit mitgeteilt worden sind. Mit diesen Bedingungen waren sowohl das Kuratorium als auch der Aufsichtsrat der Verbandsbank einmütig einverstanden. Dieselben enthalten nämlich nichts Neues, da unsere Genossenschaften

a) stets deutsche Mitglieder aufgenommen und sich mit ihnen in deutscher Sprache verständigt haben,
b) ihre gesetzlich vorgeschriebenen Bekanntmachungen auch in deutscher Sprache veröffentlichten, und
c) die Protokolle nach Bedarf polnisch und deutsch abfaßten.

Die Frage, ob die Preußenkasse noch weitere Bedingungen stellen wird, mit denen man sich nicht einverstanden erklären könnte, entzieht sich der Diskussion, solange solche Bedingungen nicht gestellt worden sind[1]."

Da der Patron diese Meinung proklamierte, war es nicht zweifelhaft, daß trotz der Erbitterung, die die „demütigenden Bedingungen" erregten, sich ein beträchtlicher Teil der polnischen Genossenschaften fügen werde. Ungefähr 40 Genossenschaften unterschrieben die Erklärung, um bei der Preußenkasse zugelassen

[1] Diese Erklärung des Patrons Wawrzyniak ist im Kuryer Poznanski vom 5. April 1898 veröffentlicht.

zu werden, und zwar waren dies nicht nur die kleinen, bedürftigen Kassen, sondern auch kapitalkräftige Genossenschaften, wie z. B. die Bank ludowy in Löbau und die Bank in Schrimm.

Daß die Angelegenheit damit noch keineswegs erledigt war, ist erklärlich. Von beiden Seiten betrachtete man das neu befestigte Verhältnis mißtrauisch. Im preußischen Abgeordnetenhause war man wenig damit zufrieden, daß die Polen nach wie vor Kredit erhalten sollten, und es tauchten die Forderungen auf, noch schärfere Bedingungen zu stellen. Aber auch auf polnischer Seite war man unzufrieden, das Publikum fürchtete, daß die Genossenschaften allmählich in ein gefährliches finanzielles Abhängigkeitsverhältnis zur Preußenkasse kommen würden. Man wurde bedenklich, als man hörte, daß die Verbandsbank über die Finanzverhältnisse der „loyalen" Genossenschaften nach Berlin berichten müsse und betrachtete die ganze Situation als eine Falle, als eine der preußischen Regierung willkommene Gelegenheit, in das polnische Finanzsystem Einblick zu gewinnen.

Unter solchen Umständen konnte sich das Geschäftsverhältnis natürlich nicht entwickeln. Zwar hielt die polnische Verbandsbank den Verkehr noch einige Jahre aufrecht, aber ein Teil der polnischen Gruppen nahm ihr dies so übel, daß der Direktor der polnischen Verbandsbank im Herbst 1899 geradezu die entschuldigende Erklärung abgeben mußte, er sei seinerzeit auf die Bedingungen des preußischen Finanzministeriums nur eingegangen, „um nicht in den uns feindlich gesinnten Kreisen den Anschein zu erwecken, als ob die polnischen Banken den deutschen gegenüber Intoleranz zeigten."

Immerhin gab es bei den Polen noch einflußreiche Personen, die eine Besserung der Beziehungen für möglich und wünschenswert hielten. Jedoch die Preußische Zentralgenossenschaftskasse reduzierte allmählich auf Drängen der deutschen politischen Parteien den Kredit von 200 000 Mark auf etwa 100 000 Mark, und als im Jahre 1903 der Kredit noch mehr verkürzt und auf 85 000 Mark festgesetzt wurde, verzichtete die polnische Verbandsleitung auf einen weiteren Verkehr mit der Preußenkasse.

In demselben Jahre aber bemühte sich die polnische Zentralbank, mit einer großen Berliner Effektenbank Fühlung zu gewinnen, und es gelang ihr in der Tat, in dauernde Geschäftsverbindung mit einer großen Aktienbank zu treten.

Auf diese Weise gewann das polnische Finanzsystem einen zweckmäßigeren Anschluß an den allgemeinen Kapitalmarkt, als die Preußenkasse ihn gewähren wollte und konnte[1].

So endete der zweite Angriff der preußischen Regierung auf das polnische Finanzsystem.

III.

Lange schon war bekannt, daß preußische Beamten Kunden der polnischen Banken waren.

Es konnte kein Geheimnis sein, denn im Genossenschaftsregister, das jeder Interessent auf dem Amtsgerichte einsehen kann, sind die Namen der Mitglieder verzeichnet, und statutengemäß dürfen die Genossenschaften nur an Mitglieder Kredit gewähren. Auch wußte man, daß viele Beamte ihre Spargelder zu den polnischen Genossenschaften trugen, die nicht nur höhere Zinsen geben als die Kreissparkassen, sondern auch alle Einlagen vom Tage der Einzahlung ab verzinsen, die also nicht, wie die meisten Kommunalsparkassen, den Monat der Einzahlung und den Monat der Abhebung zinslos lassen.

Ferner saßen in der Verwaltung mancher polnischer Banken Lehrer, und sogar unter den sieben Mitgliedern der Verbandsleitung befand sich ein preußischer Beamter polnischer Nationalität.

Im Sommer 1902 berichteten die Leiter einer polnischen Bank, daß den Post- und Eisenbahnbeamten, welche der Bank ludowy „in mittelbarer oder unmittelbarer Form angehören," befohlen worden sei, diese Beziehungen sofort zu lösen.

[1] Vgl. über diese Entwicklung Neuntes Kapitel, B. „Die deutsche Großbank".

Im folgenden Jahre war nichts mehr davon zu hören, und so durfte man annehmen, daß jene Mitteilung nur eine Reklame der Bank war, die sich gern bemerkbar machen wollte.

Jedoch im Januar 1904 wurde eine Verfügung des Finanzministers bekannt: Die Beamten aller Behörden sollten für sich und ihre Familienmitglieder aus den polnischen Banken austreten und ihre Spargelder zurückziehen.

Die Motive sind leicht zu erkennen. Sicherlich hat der geistige Urheber jener Verfügung nicht geglaubt, daß die Millionen der polnischen Banken aus den Ersparnissen preußischer Volksschullehrer bestehen, aber er hat es offenbar für gefährlich gehalten, daß Mitglieder des großen Beamtenheeres im Osten Kunden der polnischen Institute seien. Eine Abhängigkeit preußischer Lehrer oder Richter von polnischen Banken erschien bedenklich, und so wurde jene Verfügung von vielen Deutschen mit Beifall aufgenommen.

Von polnischer Seite war das erste Echo: eine sehr lebhaft geäußerte Lust, allen deutschen Schuldnern, insonderheit den deutschen Bauern plötzlich die Darlehen zu kündigen und möglichst viel Wirte zur Subhastation zu treiben.

In Schrimm z. B. wollte man 40 deutschen Bauern die Wechsel präsentieren, polnische Bürgen traten von ihren Bürgschaften für deutsche Schuldner zurück, und die Polen, die Mitglieder deutscher Genossenschaften waren, wurden in den Generalversammlungen rebellisch.

Es schien, als sollte von beiden Seiten eine gründliche „Reinigung" erfolgen, so daß die polnischen Kassen alle Deutschen und die deutschen Kassen alle Polen entfernten.

Eine so stürmische „Reinigung", eine so scharfe Trennung zwischen polnischem und deutschem Finanzwesen lag aber durchaus nicht im Interesse der Polen. Denn wenn die Polenbanken sich so offen als Feinde des Deutschtums bekannten, mußten sie neue und vielleicht gefährlichere Maßregeln befürchten. Im Grunde

also war die Situation für die Polen peinlicher als es in dem Geschrei und Lärm schien, und es war zu erwarten, daß sie sich in der herrschenden Erregung irgendeine Blöße geben würden.

Mit Spannung erwarteten Polen und Deutsche, wie sich die Leiter des polnischen Finanzwesens in der Lage verhalten würden.

Da veröffentlichte der Prälat Wawrzyniak folgenden abkühlenden Ukas:

„Mogilno, 22. Januar 1904.

An die geehrten, dem Verbande angehörenden Genossenschaften.

Infolge einer seitens ihrer zuständigen Behörde erlassenen Verordnung sind die Beamten gezwungen worden, aus unseren Genossenschaften auszutreten und ihre in unseren Banken niedergelegten Spareinlagen zurückzuziehen.

Im Namen aller Genossenschaften erkläre ich, daß wir zu dieser Maßregel keinen Anlaß gegeben haben. Denn unsere Genossenschaften haben sich stets nach den Bestimmungen des Gesetzes gerichtet und haben keinen Unterschied bezüglich der Konfession, der Nationalität oder der politischen Überzeugung gemacht.

Ganz ebenso werden wir auch in Zukunft verfahren.

Die Genossenschaften, die durch den Austritt der Beamten geschädigt sind, und die über eine Rücksichtslosigkeit der Behörde klagen, die noch vor kurzem verlangte, daß wir unter unseren Mitgliedern auch Angehörige deutscher Nationalität aufweisen können, warne und ermahne ich, daß sie sich durch nichts verleiten lassen, den einzig gerechten Standpunkt zu verlassen, und daß sie nicht aufhören, finanzielle Angelegenheiten ohne Rücksicht auf den Unterschied der Nationalität zu behandeln.

Die Abnahme des infolge der Verfügung zurückgezogenen Kapitals wird, wie ich voraussehe, unseren Genossenschaften keinen bedeutenden Schaden zufügen und uns nicht dazu nötigen, den geliehenen Kredit unseren Mitgliedern zu kündigen, selbst wenn dies auch Deutsche wären.

Möge jeder Gedanke an Rache oder Wiedervergeltung als ein heidnischer uns fernbleiben.

Mit Achtung und Gruß

Pfarrer Wawrzyniak,
Patron der Genossenschaften."

Dieses vorsichtige Rundschreiben enthielt etwa das Gegenteil dessen, was jedermann erwartet hatte. Jedermann hat für völlig sicher gehalten, daß der Prälat ganz energisch antworten würde, und man war auf allen Seiten, bei den Deutschen sowohl wie bei den Polen, enttäuscht.

„Wohin um Gottes willen geraten wir?" — so schrieb ein polnisches Blatt — „die Behörden vergewaltigen alle wirtschaftlichen Grundsätze und bedrohen unsere Genossenschaften mit dem Ruin. Und angesichts dessen redet der Herr Prälat sanft von dem „einzig billigen und gerechten Standpunkt". — „Recht und billig" wäre vielmehr eine energische Verteidigung. — Der Patron nennt die Wiedervergeltung „heidnisch". — Sehr schön gesagt! Jedoch die Verteidigung gegen den Ruin von hunderten polnischer Existenzen ist keine heidnische Gehässigkeit".

Die deutsche Presse zeigte ebenfalls Überraschung und betrachtete die unerwartet friedlichen Worte Wawrzyniaks als ein Zeichen „der inneren Schwäche des polnischen Genossenschaftswesens". Man glaubte ein ängstliches Zurückweichen zu erkennen.

Wie aber wirkte der Erlaß Wawrzyniaks? Der Sturm gegen die deutschen Mitglieder in den polnischen Genossenschaften hörte auf. Die Polen sahen ein, daß sie gegen ihre eigenen Institute wüteten, als sie soliden deutschen Bauern und Handwerkern den Kredit kündigten.

Jedoch Wawrzyniak ließ die bestehende Erregung nicht ungenutzt vorübergehen. Er begann energisch dafür zu agitieren, daß die Polen ihre Gelder aus den Kreissparkassen und aus den deutschen Genossenschaften herauszögen und in dieser Agitation unterstützte ihn die Presse. So hieß es in einem Aufrufe: „Landsleute! Angesichts des Anschlages der Deutschen auf unsere

polnischen Banken und Genossenschaften fordern wir euch auf, aus den deutschen Banken und aus den deutschen Sparkassen alle eure Gelder zurückzuziehen. Weiter fordern wir euch auf, nach Empfangnahme der Gelder aus den deutschen Banken und Sparkassen, sie sofort zu polnischen Banken zu bringen.

Landsleute! Sie wollen uns nicht nur in nationaler, sondern auch in materieller Beziehung vernichten. Sie wollen uns zu Bettlern machen!"

Die lebhafte Agitation wurde während des ganzen Jahres 1904 bis in den Winter hinein fortgesetzt. Überall wurde der Bevölkerung klar gemacht, daß man neue Summen herbeischaffen müsse, um zu zeigen, daß man sich nicht vergewaltigen lasse. Schon nach wenigen Monaten wurde von einer Bank berichtet: Die preußischen Beamten haben etwa 1500 Mark gekündigt — dafür hat unser Volk in derselben Zeit 19000 Mark, die es aus den deutschen Sparkassen zurückgezogen hat, in die Genossenschaft getragen.

Ähnliches wurde im Oktober auf dem polnischen Verbandstage mitgeteilt. Überall in den Genossenschaften zeige sich eine Zunahme der Depositen, weil die Landbevölkerung infolge der jüngsten Ministerialverfügung und der hieran sich knüpfenden polnischen Agitation ihre Ersparnisse aus den deutschen Kassen ziehe und in die polnischen Banken trage.

Man konnte freilich alles dies für windige Behauptungen halten. Jedoch das folgende Jahr brachte zwei lehrreiche Mitteilungen: Auf dem Verbandstage der deutschen Genossenschaften von Posen (System Schulze-Delitzsch) wurde berichtet, daß die Polen in der Tat infolge der Ministerialverfügung ihre Ersparnisse aus den deutschen Genossenschaften zögen.

Die polnischen Banken aber, die bis dahin Jahr für Jahr um etwa 5—7 Millionen ihre Depositen wachsen sahen, zeigten plötzlich eine Erhöhung der Spargelder um 12 Millionen.

So endete der dritte Angriff der preußischen Regierung auf das polnische Finanzwesen.

Drittes Kapitel.

Die Einheit des polnischen Systems.

Jeder, der nach dem Osten kommt und dort beobachtet, wie von beiden Seiten der Nationalitätenkampf mit der Waffe des Genossenschaftswesens geführt wird, muß erstaunen über die strenge Einheit bei den Polen, während er bei den Deutschen vier bis sechs verschiedene Lager findet, die sich untereinander bekämpfen und schmähen[1].

Dieser Kampf tobt nicht nur an Ort und Stelle, wo er zu einer Überbürdung einzelner Orte mit deutschen Genossenschaften führt, die sich gegenseitig die heftigste Konkurrenz machen, sondern er wird von den Führern des deutschen Genossenschaftswesens im großen Stile betrieben.

Ganz anders hat der Führer der polnischen Genossenschaften es verstanden, die prinzipiellen Gegensätze: Hie Schulze-Delitzsch! — Hie Raiffeisen! von seinen Volksbanken fernzuhalten. Ihm ist das keineswegs leicht gemacht worden, denn seine Genossenschaften waren den Grundsätzen Schulze-Delitzsch' entsprechend eingerichtet worden, weil sie ursprünglich den städtischen Handwerkern dienen sollten. Jedoch da sie im Laufe der Jahre zu bäuerlichen Kassen wurden, lag der Gedanke nahe, das Raiffeisenprinzip einzuführen; eine Strömung, die dadurch gestärkt wurde, daß die preußische Regierung in der Provinz Posen seit Mitte der achtziger Jahre das System Raiffeisen zu begünstigen begann.

[1] Während die Polen einen einheitlichen Verband haben, der sich über die Provinzen Posen und Westpreußen erstreckt, haben die Deutschen allein in der Provinz fünf Genossenschaftsverbände. Ein sechster deutscher Verband soll gegründet werden (März 1913).

Auf polnischer Seite meinten viele, es sei notwendig, den Deutschen hierin nachzuahmen, und so wurde 1885 beschlossen, den damals leitenden Mann (Probst Szarmarzewski) nach Westfalen zu entsenden, damit er dort die Praxis der Raiffeisenvereine studiere.

Damit begann die gefährliche Streitfrage sich auch dem polnischen Verbande zu nähern und sie spitzte sich bedenklich zu, weil beide Richtungen bedeutende Führer fanden; denn der Patron der polnischen Bauernvereine, Maximilian Jackowski, der von der Landbevölkerung fast wie ein Heiliger verehrt wurde, mischte sich in diese Finanzangelegenheiten und verlangte im Interesse des Bauernstandes die Einführung des Raiffeisenprinzips. — Ihm trat der Leiter der westpreußischen Polenbanken, Dr. Rzepnikowski, entgegen, der gegen Raiffeisen alle jene Bedenken geltend machte, die wir aus den Kämpfen des deutschen Genossenschaftswesens kennen.

Hinter beiden Männern aber standen so starke Interessen und Kräfte, daß ein Bruch kaum vermieden werden konnte. Hier nun griff Wawrzyniak ein[1].

Er sprach scheinbar unsicher. Auf die Frage, ob die polnischen Volksbanken dasselbe leisten könnten, was den Raiffeisengenossenschaften nachgerühmt wurde, antwortete er ausweichend, im Prinzip trat er den Raiffeisenorganisationen nicht entgegen und erkannte an, daß sie von Wert sein könnten. Doch machte er zugleich auf die Gefahren ihrer Verwaltungsgrundsätze aufmerksam und legte schließlich dem Verbandstage folgende Resolution vor:

„Unsere Genossenschaften können und sollen die Raiffeisengenossenschaften ersetzen. Von der Begründung von Raiffeisengenossenschaften da, wo die Verhältnisse danach sind, will die Delegiertenversammlung nicht abraten, erklärt sich im Gegenteil bereit, sich ihrer anzunehmen[2]."

Das Verhalten Wawrzyniaks ist höchst charakteristisch für den ganzen Mann, der in den gefährlichsten und hitzigsten Mo-

[1] Damals als Vizepatron.

[2] Polnischer Verbandstag 1886.

menten, wie wir noch an manchen Stellen sehen werden, weit entfernt war von einem schneidigen Draufgehen, sondern sich mit Schmiegsamkeit biegt und windet, um schließlich doch sein Ziel zu erreichen. — Dem Prinzipienkampf also war er mit der Doppelerklärung ausgewichen: 1. Wir brauchen keine Raiffeisengenossenschaften, denn unsere Volksbanken leisten Ähnliches. 2. Wir sind gern bereit, Raiffeisengenossenschaften zu gründen, „wenn die Verhältnisse danach sind", „gdzie stosunki po temu".

Daß der Gegensatz hierdurch nicht ausgeglichen war, ist selbstverständlich; aber der Prälat konnte jetzt lavieren und bald auf diese, bald auf jene Gruppe gestützt, im Laufe von 15 Jahren das System schaffen, das wir heute in Posen-Westpreußen sehen und das ebensoviel von Schulze-Delitzschs wie von Raiffeisens Wirkungsmitteln besitzt.

Dieses Vermitteln wurde der Verbandsleitung dadurch erleichtert, daß die Polen keineswegs auf Schulze-Delitzsch eingeschworen waren.

So erklärte z. B. ein Führer des polnischen Genossenschaftswesens, als die altmeisterliche Autorität in üblicher Weise zitiert wurde: „Die Ansicht Delitzschs braucht uns durchaus nicht zu imponieren. Er ist ein guter Agitator, in der Praxis aber ist er ein Tyrann, der keine Opposition verträgt. Ich zweifle, daß er imstande wäre, auch nur eine ganz kleine Genossenschaft zu leiten."

Solche ketzerischen Ansichten, von einem Führer geäußert in einem Verbande, der sich zu Schulze-Delitzschs Grundsätzen bekannte, stechen seltsam ab von der grenzenlosen Ehrfurcht, die man auf deutscher Seite gewöhnt ist.

Wawrzyniak konnte daher hier und da Änderungen einführen, ohne eine allzu große Opposition zu befürchten. — Zu Änderungen und Ergänzungen aber wurde der Patron hauptsächlich durch die Bauernvereine gedrängt. Denn Jahr für Jahr hörte man in den Generalversammlungen der bäuerlichen Vereine Klagen, daß für die ländlichen Bedürfnisse nicht genügend gesorgt sei. Die Kassen seien zu sehr nach Art städtischer Banken

eingerichtet. Es fehle an all den Instituten, die in Westfalen vorhanden seien, insbesondere an Genossenschaften zu gemeinsamem Ein- und Verkauf. Auch berichtete wohl gelegentlich ein polnischer Großgrundbesitzer über Viehgenossenschaften, die er in Dänemark studiert hatte. Alles das fehlte den polnischen Bauern.

Wenn solche Klagen allzu laut wurden und die Debatten Aufsehen erregten, beeilte sich Wawrzyniak zu beschwichtigen.

So erklärte er z. B. im Jahre 1896: „Entgegen der sehr verbreiteten Meinung, unser Genossenschaftsverband sei grundsätzlich gegen die Einführung von Raiffeisenkassen, erkläre ich hiermit, daß dem Patronat die guten Seiten des Systems Raiffeisen sehr wohl bekannt sind, und daß wir den Plan haben, uns deren Vorteile anzueignen. Obwohl wir das Verfahren deutscher Genossenschaften nicht kopieren können, gründen wir doch gern auf dem Lande für die Landwirte Darlehnskassen, wenn für dieselben die Lebensbedingungen vorhanden sind."

Vor allen Dingen aber bat er dringend, ihn bei Gründungen stets zu befragen, damit die Einheitlichkeit gewahrt werde, und meist riet er dann zur Vorsicht und zeigte den Ratsuchenden, daß in dem System Raiffeisen manch gefährliche Stelle sei.

Diese vorsichtig gebremste Entwicklung wurde jedoch beschleunigt, als auf deutscher Seite die Systeme: Neuwied und Offenbach, die beide auf Raiffeisens Prinzipien beruhen, anfingen, um die Wette Genossenschaften in Posen zu gründen. Als überall kleine Darlehnskassen, Ein- und Verkaufsvereine, Drainagegenossenschaften, Lagerhäuser usw. entstanden.

Die Polen wurden jetzt unruhig und das führende geistliche Blatt „Kurier Poznanski" machte auf die Gefahr aufmerksam, daß die polnische Dorfbevölkerung sich den deutschen Offenbachgenossenschaften anschließe. Man wies auf die „moralische Wirkung der Kasse" hin: „Der Leiter einer Offenbachkasse gilt in den Augen unseres Volks als ein Wohltäter, der Darlehen, Wirtschaftsgerät, Saat, künstlichen Dünger darbietet." Man wies auch auf die politische Wirkung der Kassen hin: „Die Leiter der deutschen bäuerlichen Genossenschaften werden unser Volk in

die Wahlen hineinziehen." Man wies auf den damals sich steigernden Kampf um den Boden hin: „Die Fremden machen sich unsere Ratlosigkeit zunutze, sie beuten die Lage in der geheimen Absicht aus, den polnischen Boden allmählich in ihre Gewalt zu bekommen, indem sie unser Bäuerlein davon verdrängen."

Die unmittelbare Folge war, daß einige polnische Raiffeisenkassen entstanden, die sich zur Verbandsleitung Wawrzyniaks im Gegensatz fühlten.

Wiederum griff Wawrzyniak ein, und zwar benutzte er Ende 1897 den Verbandstag, um zunächst die Vorteile des herrschenden Systems klarzulegen und dann auf gewisse Gefahren hinzuweisen, die sich bei den eilig gegründeten Raiffeisenkassen gezeigt hatten. Insonderheit Mangel an sachgemäßer Leitung, da in den Dörfern schwer jemand zu finden sei, der mit Buchhaltung und Kreditwesen einigermaßen Bescheid wisse; ferner machte er darauf aufmerksam, daß die gegründeten Ein- und Verkaufsgenossenschaften große Kredite brauchen würden, und schließlich sei der polnische Kaufmannsstand noch nicht so entwickelt, um die Konkurrenz genossenschaftlicher Kaufhäuser ertragen zu können.

Jedoch die Stimmung für kleine Darlehnskassen und genossenschaftliche Kaufhäuser zeigte sich bald so stark, daß der Patron der Bewegung nachgeben mußte. Er gründete nicht nur seit 1898 eine ganze Reihe kleiner dörflicher Darlehnskassen, die in der Hauptsache auf Raiffeisens Prinzipien beruhten, sondern seit 1900 auch Ein- und Verkaufsgenossenschaften, sogenannte Rolniks, die ganz dem deutschen Vorbilde nachgeahmt waren.

Durch solch jahrelang fortgesetztes Lavieren, Hemmen und Hindern, Abraten und Zureden ist es dem Patron Wawrzyniak schließlich gelungen, ohne Bruch zu dem System zu kommen, das heute dem in vier und mehr Teile gespaltenen deutschen Genossenschaftswesen in Posen und Westpreußen einheitlich gegenübersteht [1].

[1] Darstellung des Systems siehe unten im 15. Kapitel D.

Viertes Kapitel.

Die politische Macht der polnischen Kreditgenossenschaften[1].

Die einheitliche polnische Kreditorganisation übt heute eine gewaltige politische Macht aus.

Ich möchte in diesem Punkte kein Mißverständnis aufkommen lassen oder gar eine leichtfertige Behauptung tun, denn hier berühren wir eine kritische Stelle der heutigen Polenfrage, einen empfindlichen Nerv in der Organisation der Polen. Deshalb sei zunächst ganz scharf betont, daß sich die polnischen Genossenschaften ängstlich von allem fernhalten, was als politische Tätigkeit gedeutet werden könnte. Der Verband wäre schon längst in politische Prozesse verwickelt, wenn er auch nur im mindesten „Politik triebe". Es gehört zu den unverbrüchlichen Grundsätzen jeder polnischen Genossenschaft, daß niemals geschäftliche Dinge mit politischen Fragen vermengt werden.

[1] Gegen dieses Kapitel hat sich die polnische Kritik mit besonderer Heftigkeit gewendet, weil die Polen fürchten, die preußische Regierung werde eines Tages, gestützt auf diese Darstellung, gegen das polnische Genossenschaftswesen vorgehen. Um dem Leser ein Urteil zu ermöglichen, drucke ich hier die Worte ab, mit denen ein polnischer Prälat meine Darlegung nach Ansicht der polnischen Presse völlig umgeworfen hat: „Das, was der Verfasser von der politischen Macht der polnischen Kreditgenossenschaften spricht, fällt von selber in sich zusammen. Gibt er doch selber zu, daß „die Kreditgenossenschaften sich von der Politik sorgfältig und unter allen Umständen fernhalten", und aus dem Umstande, daß die in denselben arbeitenden Männer von ihren Rechten als

Jedoch die Notwendigkeit der polnischen Entwicklung hat dahin gewirkt, daß die Kreditgenossenschaften eine politische Macht werden mußten, wenn sie überhaupt etwas leisten wollten.

Um dies ohne Gefährdung der eigentlichen wirtschaftlichen Zwecke durchzuführen, wird jenes unangreifbare Mittel angewandt, das ich in der allgemeinen Erörterung als lebendige Klammer des polnischen Gemeinwesens bezeichnete: Die Personalunion.

Die Kreditgenossenschaften halten sich von der Politik sorgfältig und unter allen Umständen fern; aber die Leiter der Kreditgenossenschaften beteiligen sich führend an politischen Unternehmungen. Die Personalunion ist die Brücke, die

---

Bürger Gebrauch machen und im politischen Leben eine Rolle spielen, kann man weder den polnischen noch den deutschen Genossenschaften gegenüber, die sich in derselben Lage befinden, den Schluß ziehen, daß sie sich als solche mit Politik befassen. Ähnliches kann man von der einflußreichen Anteilnahme der katholischen Geistlichkeit am Genossenschaftswesen behaupten, die der Verfasser in einem besonderen Kapitel (XII, S. 366) erörtert. Es ist doch selbstverständlich, daß an erster Stelle die Seelsorger verpflichtet sind, nicht nur für das seelische, sondern auch für das leibliche Wohl ihrer Pfarrkinder zu sorgen. Da, wo es sich aber um bloße Pflichterfüllung handelt, darf man nicht ohne weiteres andere, politische oder egoistische, Motive unterschieben. Die „Magna charta" der sozialen Tätigkeit des katholischen Klerus ist die Enzyklika „Rerum novarum" vom 15. Mai 1891, die sich gerade gegen die Ausbeutung des Volkes durch den Wucher und für seine wirtschaftliche und moralische Hebung vermittelst von Organisationen wendet, an denen die Geistlichkeit teilnehmen soll. Und gerade diese Enzyklika ist durch Vermittlung des verstorbenen Erzbischofs Stablewski jedem Geistlichen in der Diözese geläufig. Wenn die katholische Kirche von ihren Dienern verlangt, daß sie die Trunksucht und den Wucher unter dem Volke bekämpfen, und dies nicht immer vermittelst der althergebrachten Weise der Pastorisation zu erreichen ist, so muß die Geistlichkeit zu den modernen Mitteln der Presse, des Vereins- und Genossenschaftswesens greifen. Um sich aber von der Ordnungsmäßigkeit in der Leitung zu vergewissern und anderseits dem kleinen Manne die nötige Garantie der Sicherheit für seine Spargelder zu geben, müssen oft Geistliche in die Vorstände und Aufsichtsräte der Genossenschaften eintreten, zumal den polnischen Genossenschaften nicht die trefflichen Kräfte der staatlichen Beamtenschaft zu Gebote stehen."

den Übergang vom rein wirtschaftlichen Geschäftsbezirk zum politischen Kampfgebiet bildet[1].

Ich verstehe hier unter „Politik treiben" eine aktive Beteiligung an staatlichen Vorgängen. Hierher würde insonderheit gehören die Organisation der Wähler, die Vorbereitung der Wahlen, Mitwirkung bei der Kandidatenaufstellung, die Einberufung oder Leitung von Versammlungen, die sich mit politischen Fragen befassen. Um also ganz korrekt zu reden, behaupte ich, daß in diesen erwähnten Dingen, deren „politischen Charakter" niemand bestreiten wird, die polnischen Genossenschaftsleiter eine lenkende Stellung suchen und finden; und ich behaupte ferner, daß die Genossenschaftsleiter solchen Einfluß suchen und behaupten müssen, wenn sie überhaupt etwas bedeuten wollen.

Um das zu beweisen und zu erklären, ist zunächst daran zu erinnern, daß bis zum Jahre 1893 die Erörterung der staatlichen Fragen der Polenpolitik, der Parlamentsaktion, der Wahlangelegenheiten für die Genossenschaftsleiter durchaus nicht in Betracht kamen; denn diese Angelegenheiten wurden, wie wir sahen, von der konservativ-klerikalen Oberschicht in Posen-Westpreußen selbständig arrangiert. Auch waren die Volksbanken viel zu schwach, um irgendeine politische Rolle spielen zu können. Anders ausgedrückt: Zu der Zeit, als der Patron Wawrzyniak die Leitung des polnischen Genossenschaftswesens übernahm, war von einer politischen Betätigung der Genossenschaften noch nicht die Rede.

Damals aber erhoben sich zwei ganz verschiedenartige Vorgänge, die notwendig aufeinander wirken mußten. Erstens nämlich gelang es Wawrzyniak seit seinem Amtsantritt als Patron, die Genossenschaften schneller zu entwickeln als vorher. Zweitens erreichten gerade in jenen Jahren die Parteikämpfe im Polentum eine große Gewalt.

Daß diese Vorgänge gleichzeitig auftraten, war insofern kein Zufall, als beide aus der stärkeren Bewegung des Volks sich

[1] Vgl. S. 151 ff.

ergaben. Denn da die konservative Leitung abgewirtschaftet hatte, wurde das Bürger- und Bauerntum lebendiger und selbstbewußter, was einerseits den Genossenschaften zugute kam, anderseits den Parteibewegungen Kraft gab.

Es war unvermeidlich, daß diese beiden verschiedenartigen Bewegungen, die aus derselbeen Quelle kamen, sich in der Praxis der täglichen Arbeit irgendwo begegneten.

Dies geschah so: Die radikale Volksbewegung, die Szymanski in Posen leitete[1], versuchte in den noch jungen und wenig gefestigten Berufsvereinen die Herrschaft zu erlangen. In den Handwerkervereinen wurde auf diese Weise schnell ein liberal-demokratischer Ton erzeugt, während die Bauernvereine in einer gemeinsamen Aktion der radikalen Bewegung entgegentraten[2].

Eine unvermeidliche Konsequenz dieses Ringens war der Angriff der Radikalen auf die Führer der Kreditgenossenschaften.

Szymanski erklärte für durchaus notwendig, daß die emporstrebenden Kassen, die von den Spargeldern des Volkes genährt seien, sich der Volksbewegung dienstbar machten. Um das zu erreichen, suchte er zunächst die Generalversammlungen einzelner Genossenschaften aufzustacheln, daß sie sich an der Verwaltung lebhafter beteiligten und streng demokratische Elemente in Vorstand und Aufsichtsrat wählten.

Den ersten und schärfsten Angriff führte die demokratische Bewegung im Jahre 1893 gegen die Volksbanken in Schrimm und Schroda. Beide haben eine besondere Bedeutung, nicht nur weil sie den meisten anderen Genossenschaften an Finanzkraft überlegen sind, sondern auch weil sie den Polen gleichsam als Vorbilder im Genossenschaftswesen dienen, denn die Bank in Schroda hatte der frühere Patron Szamarzewski begründet und entwickelt; die Bank in Schrimm ist ein Werk des Patrons Wawrzyniak.

---

[1] Vgl. S. 146 ff.

[2] Die Bauernvereine boykottierten die führenden radikalen Zeitungen. Vgl. S. 148.

Wenn es also gelang, diese „klassischen" Genossenschaften zu erobern, konnte die Volkspartei auch Erfolge in anderen Instituten erhoffen. Im Sommer 1893 publizierte Szymanski daher aus Schrimm und Schroda Nachrichten, die von einer Paschawirtschaft der Bankleiter erzählten. Niemand erfahre Zuverlässiges über den Stand der Genossenschaft, die Direktion verfüge eigenmächtig über die Mittel der Bank, bewillige einzelnen Klienten auffallend hohe Darlehen usw. Die Angriffe wurden systematisch jahrelang fortgesetzt[1]. Satirische Schilderungen von Generalversammlungen der Bank ludowy in Schrimm wurden veröffentlicht: „Die meisten Anwesenden benehmen sich als wären sie in der Kirche." Als einige Kaufleute gegen einen Antrag der Direktion sprachen, rief ihnen der Direktor zu: „Treten Sie doch aus der Genossenschaft aus, wenn es Ihnen nicht paßt." Die Geschäftsleitung wurde scharf kritisiert. Handwerker und Kaufleute wurden ermahnt, sich an den Generalversammlungen lebhaft zu beteiligen und eine Änderung der Verwaltung herbeizuführen usw.

Daß die Angreifer, die scheinbar eine bessere Finanzverwaltung erstrebten, in Wahrheit politische Ziele verfolgten, blieb in dem hitzigen Streit nicht verborgen, und schließlich ward es ein Streit zwischen den radikalen Städtern und den politisch ruhigen Bauern.

Dieser innere Kampf, der in verschiedenen Orten Posens und Westpreußens in Gang kam, hat die Genossenschaften in einer eigentümlichen Weise in die Politik hineingezwungen.

Zuerst nämlich suchten sich die Genossenschaften von der Parteipolitik völlig fern zu halten. Jedoch die Verbandsleitung sah bald ein, daß sie entweder Hammer oder Ambos sein mußte. So kam z. B. in einer der größten Genossenschaftsbanken (Inowrazlaw) die radikale Partei zur Herrschaft, und wenn diese Bewegung sich weiter entwickelte, war der Sturz der Verbandsleitung vorauszusehen. Denn die Radikalen suchten die Bevölkerung allenthalben zu gewinnen, indem sie Wählerversammlungen

[1] In den Jahrgängen von 1893 bis 1900 finden sich in der radikalen polnischen Presse fortwährend solche Artikel.

einberiefen, Wahlvereine gründeten und von dieser populären Position aus die Kreditorganisation zu erobern trachteten.

Hätten die Bankleiter sich an diesen Kämpfen in keiner Weise beteiligt, hätten sie also streng doktrinär den wirtschaftlichen Standpunkt gewahrt, so wären sie in wenigen Jahren überwunden worden.

Einer der Ersten, der hieraus die Konsequenzen zog, war der Patron Wawrzyniak. Im April 1894 trat er in dem gefährdetsten Gebiet, in Inowrazlaw, als politischer Kandidat auf und wurde zunächst mit ungeheurem Lärm bekämpft. Um eine Vorstellung von der Hitze des Kampfes zu geben, sei hier eine Erklärung abgedruckt, die von den Führern der radikalen Bewegung damals dem vorwärtsschreitenden Wawrzyniak entgegengehalten wurde:

„Der Patron Wawrzyniak würde sich ein größeres Verdienst um unsere Gesamtheit erwerben, wenn er nicht nach rednerischen Lorbeeren streben, sondern sich lieber sorglicher und aufmerksamer den Pflichten seines Patronats widmen würde. Wenn nämlich von den Vorwürfen, die Herr X. dem Patronat machte, auch nur ein Teil wahr ist, dann ist unser Patronat dem Augiasstall so ähnlich wie ein Ei dem andern, und es wird viel Mühe kosten, dort Ordnung zu schaffen.

Wir glauben nicht, daß Herr X. übertrieben hat, denn auch die Vorgänge in der Thorner Genossenschaft bestätigen seine Behauptung. Dort mußten 95 % der Anteile, die sauer erworbenen Spargroschen der polnischen Bevölkerung, zur Deckung eines Fehlbetrags verwendet werden, der durch den gemeinen Diebstahl eines Beamten der Genossenschaft entstanden war. Daran trägt Patron Wawrzyniak zum Teil die Schuld, denn er wußte, daß in unseren Genossenschaften Unordnung herrschte und hätte als Patron die Pflicht gehabt, die Wahrheit zu sagen. Dies hat er nicht nur unterlassen, sondern sogar dem Hauptschuldner Gelegenheit geboten, sich der Verantwortung zu entziehen, indem er die bereits angesetzte Kassenrevision auf Wunsch des Schuldigen hinausschob.

Und nun, Herr Propst Wawrzyniak, warum geizen Sie nach neuen Ehren und weshalb drängen Sie sich da als Abgeordneter auf, wo man Sie nicht haben will? Bleiben Sie lieber in Schrimm und unterziehen Sie sich einer Aufgabe, welche die Kräfte eines ganzen Mannes in Anspruch nimmt, dann werden Sie ein größeres Verdienst erwerben, als durch das Hersagen einiger Reden, die, wenn sie selbst Eindruck machten, doch unsere Lage um kein Jota ändern[1]!"

Dem Entschlusse Wawrzyniaks, sich in den feindlichen Versammlungen zu zeigen, folgten bald andere angesehene Genossenschaftsführer. Sie erschienen in den politischen Versammlungen meist opponierend und mäßigend, allmählich aber gelang es ihrer überlegenen Ruhe, fast überall die Führung zu gewinnen. Im Verlauf dieser Entwicklung wurden sie selbst radikaler, und es drangen auch manche radikalen Elemente in die Bankverwaltung ein. Gleichzeitig aber gaben sie der politischen Arbeit größere Stetigkeit und Zielsicherheit. Sie übertrugen unwillkürlich die Disziplin und Erfahrung ihrer Verwaltung auf die politische Aktion.

Dieser Entwicklungszug tritt von Jahr zu Jahr klarer hervor, und der Wahlkampf wird, wie ich sogleich beweisen werde, fast überall unter führender Beteiligung der Genossenschaftsleiter durchgestritten. Die „Wahlvereine", „Wahlversammlungen", „Wahlkomitees", die in den Wahlbezirken die politischen Instanzen bilden, werden von den Genossenschaftsmännern zum großen Teil beherrscht oder beeinflußt. Wer die Vorbereitungen der Wahlen 1906 und 1907 in Posen und Westpreußen beobachtete, konnte hierüber interessante Bemerkungen machen.

Im Kreise Schrimm leitete der Aufsichtsratsvorsitzende einer angesehenen Bank die ganze Wahlkampagne. Er präsidierte den Sitzungen des polnischen Kreiswahlkomitees, er legte den Wählerversammlungen die Kandidatenliste vor und führte die

[1] Veröffentlicht im „Orędownik" vom 19. April 1894.

Redner ein. Die Belehrung über die Wahlen erteilte ebenfalls ein Vorstandsmitglied der Bank ludowy. In einer von mehreren hundert Bauern und Handwerkern besuchten Versammlung, die kurz vor den Wahlen stattfand, erläuterte er die Einrichtung und Kontrolle der Wahlorganisation und knüpfte daran scharfe politische Erörterungen. Auch an anderen Orten des Kreises, z. B. in Kurnik, lag die Leitung der politischen Versammlungen meist in den Händen von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern der Genossenschaften, und überall traten sie als die mäßigenden, ruhigen Elemente auf, die für eine korrekte Erledigung der politischen Geschäfte Sorge trugen.

Ganz ähnlich war es im Kreise Wreschen. Das Vorstandsmitglied eines Rolnik (Ein- und Verkaufsgenossenschaft) eröffnete die Hauptversammlung in S. Die Aufsichtsratsmitglieder von verschiedenen Volksbanken leiteten andere Wahlversammlungen, und neben den Kandidaten sprachen meist Männer, die in den Genossenschaften des Kreises leitende Stellen einnehmen.

Ebenso lag in den Kreisen Gostyn, Schroda und Jarotschin die politische Arbeit im wesentlichen einigen Wirten, Kaufleuten, Ärzten und Geistlichen ob, die ihrer Tätigkeit in den Genossenschaften eine genaue Kenntnis der Bevölkerung und große Popularität verdanken und die zwischen den konservativen Grundbesitzern und den liberalen Städtern geschickt zu vermitteln wissen.

Auch im Kreise Pleschen, der sich längs der russischen Grenze hinzieht, beherrschen die Genossenschaftsleiter die politische Bewegung mit großer Sicherheit. Die Vorstands- und Aufsichtsratsmiglieder der Bank ludowy findet man dort als Einberufer der politischen Versammlungen, als Hauptredner und maßgebende Mitglieder der Wahlkomitees.

Ein Blick auf die Karte zeigt, daß die bisher genannten Kreise Schrimm, Schroda, Wreschen, Jarotschin, Gostyn, Pleschen ein zusammenhängendes Gebiet südöstlich der Stadt Posen bilden; dieser ganze Bezirk, der wirtschaftlich von den Polen durchaus

beherrscht wird, findet in den polnischen Kreditgenossenschaften seinen politischen Halt[1].

Noch evidenter ist die politische Vorherrschaft der Genossenschaftsleiter in den nordöstlich von Posen gelegenen Kreisen, wo der Kampf zwischen der preußischen Ansiedlungskommission und den Polen ganz besonders energisch geführt wird. Wer etwa die Kreise Znin, Mogilno, Wongrowitz, Strelno bereist, wird die polnische Bauernschaft politisch aufgeklärter und national selbstbewußter finden als in irgendeinem anderen von Polen bewohnten Teile Deutschlands. Forscht man, wie diese Disziplin erreicht worden ist, so stößt man aller Orten auf die Namen der Genossenschaftsleiter. Insonderheit übte dort bis zu seinem Tode der Patron Wawrzyniak, der in Mogilno residierte, einen gewaltigen sozialen und politischen Einfluß.

Seit 1898 hat er gemeinsam mit anderen im Genossenschaftswesen tätigen Männern das Volk politisch erzogen. Damals wurde in einer in Mogilno abgehaltenen Versammlung auf Wawrzyniaks Antrag beschlossen, periodische „Informationsversammlungen" in den verschiedenen Städten einzurichten, und seitdem ist diese in Mogilno, Tremessen, Pakosch, Gembitz und anderen Orten angewandte Methode vorbildlich geworden. In all diesen Versammlungen, die unter Wawrzyniaks Leitung von 1898—1907 stattfanden, wurden ausschließlich politische Fragen debattiert, und zwar so, daß man die parlamentarische Schulung der Leute zu fördern suchte. Stets begannen die Erörterungen mit der Erstattung parlamentarischer Berichte entweder seitens der dazu geladenen Abgeordneten oder seitens eines Vertreters. In Anschluß hieran wurden aus dem Gebiete der Politik, der Kommunalverwaltung, der Schulfrage, der Ansiedelung brennende Fragen erörtert, und bald meldeten sich Bauern und Kaufleute zur Diskussion[2].

In ähnlicher Weise arbeitet im Westen der Provinz, nahe

[1] Vgl. Schlagwörterverzeichnis: „Bezirk I".
[2] Vgl. Schlagwörterverzeichnis: „Bezirk III".

der brandenburgischen Grenze, der Begründer und Leiter der Volksbank zu Priment, der im Kreise Bomst und in den Nachbargebieten die Polen nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch führt. Daß die dort in kümmerlichen Verhältnissen lebenden und politisch zurückgebliebenen Polen sich seit kurzem mit einer den Deutschen höchst peinlichen Energie organisiert haben, ist wesentlich ein Verdienst des Genossenschaftsführers Moyzikiewicz[1].

Nachdem dieser Mann, der seit 1889 Propst in Priment ist, sich zunächst der Hebung des Kreditwesens und der Ordnung des Landhandels gewidmet hatte, dehnte er seine Arbeit auch auf das politische Gebiet aus.

So berief er zum 26. November 1905 eine politische Versammlung nach Wollstein und erklärte dort, es sei an der Zeit, einen Wahlverein für den Kreis Bomst zu begründen. Um bessere Fortschritte in der Politik zu machen, so etwa sprach Moyzikiewicz, sei es durchaus notwendig, eine ständige Wahlorganisation zu besitzen. Nicht nur um die Organisation handle es sich, sondern die Bevölkerung müsse aufgeklärt werden über ihre Rechte und Pflichten. Zwar seien manche der Meinung, daß gegen die preußische Macht nichts auszurichten sei und alle Anstrengungen nichts nützten. Jedoch er meine, das polnische Volk müsse sich wenigstens im Kampfe zeigen usw.

Ähnliche Arbeit findet man in den westpreußischen Gebieten um Löbau, die überwiegend polnisch sind und von Genossenschaftsleitern beherrscht werden[2].

Kurz: die Hauptgebiete der polnischen Arbeit, die Hauptsitze der polnischen Bevölkerung werden nicht nur finanziell, sondern auch nationalpolitisch von den Leitern der Kreditgenossenschaften beherrscht. Die Genossenschaftsmänner verlangen heute geradezu einen maßgebenden politischen Einfluß, und je stärker die finanzielle Kraft der

[1] Vgl. Schlagwörterverzeichnis: „Moyzikiewicz".
[2] Vgl. Schlagwörterverzeichnis: „Bezirk Löbau".

Volksbanken heranwächst, um so sicherer treten diese Männer auf. Wie ein selbstverständliches Recht verlangen sie einen Sitz in den wichtigsten Instituten der Polen und durchspinnen das ganze System mit ihrem Einfluß.

Um diese Macht der polnischen Genossenschaftsleiter deutlich zu erkennen, habe ich eine Untersuchung darüber angestellt, in welchen Vereinen und Komitees und Bureaus und anderen Instituten die Leiter von Kreditgenossenschaften eine führende Stellung einnehmen.

Hierbei kam ich zu folgendem, völlig deckendem Ergebnis, das ich jederzeit durch Nennung der Namen belegen kann.

Erstens: Es gibt in Posen und Westpreußen keinen polnischen Berufsverband, in dessen Leitung sich nicht bedeutende Mitglieder des polnischen Genossenschaftswesens befinden:

a) Der Generalsekretär der polnisch-katholischen Arbeitervereine für Posen-Gnesen gehört dem Patronat polnischer Kreditgenossenschaften an.

b) Unter den „Vizepatronen" der polnischen Bauernvereine finden sich mehrere bekannte Direktoren polnischer Banken.

c) Im Vorstande des Verbandes der Gewerbetreibenden übt der Direktor der Bank Przemyslowcow einen maßgebenden Einfluß.

d) In der Leitung der kaufmännischen Vereine wirkt ein Direktionsmitglied derselben Bank.

e) Der Präsident des Zentralvereins polnischer Großgrundbesitzer ist zugleich einer der Leiter der Genossenschaft Związek ziemian.

Zweitens: Den polnischen Provinzial-Wahlkomitees für Posen und für West- und Ostpreußen gehören mehrere Leiter polnischer Banken und Mitglieder des Patronats der Genossenschaften an.

Drittens: In den Vereinen, die der Volksbildung, dem Bibliothekswesen, der Unterrichtshilfe dienen, spielen ebenfalls

Genossenschaftsleiter eine führende Rolle, so besonders im Marcinkowski-Verein und im Volksbibliotheken-Verein.

Außerdem findet man den Einfluß der Genossenschaftsleiter in der Presse, und einige Blätter sind sogar materiell von Führern des Bankwesens abhängig.

Zweiter Teil.

Die Verbandsbank.

(Bank związku spolek zarobkowych).

Vorbemerkung.

Wollte man auf Grund der Jahresberichte und Bilanzen die Geschichte der polnischen Verbandsbank schreiben, so würde man das Bild eines ruhig emporstrebenden Finanzinstituts erhalten. Denn mit solcher Vorsicht sind die Berichte der Bank abgefaßt, daß die heftigsten Erschütterungen selbst von einem erfahrenen Auge kaum entdeckt werden könnten.

Daß auf die verschwiegenen Bankberichte wenig Wert zu legen ist, kann ich leicht beweisen. Schon eine ganz flüchtige Übersicht läßt erkennen, daß man es mit einem peinlich vorsichtigen Redakteur zu tun hat. Wurde doch sogar der Brauch eingeführt, die deutschen Jahresberichte der Bank, die jedem leicht zugänglich sind, viel kürzer und nichtssagender zu halten, als die sparsam verteilten polnischen.

Aber auch die polnischen Berichte, die sich selbstverständlich jeder, der urteilen will, zu verschaffen sucht, sind sehr vorsichtig gehalten und geben durchaus kein Bild von den wirklichen Verhältnissen. Vielmehr bemühen sie sich: erstens die Teilnahme der Verbandsbank am wirtschaftlichen Nationalitätenkampf, insbesondere am Kampf um den Boden zu verschleiern und zweitens mit einer gewissen Großmannssucht, der Verbandsbank ein imponierendes Aussehen zu geben. Die großen Umsatzzahlen, mit

denen die Berichte prunken, sind nicht ganz ernst zu nehmen[1], aber der „Umsatz" ist ja ein so schwankender Begriff, daß man niemandem vorschreiben kann, wie er den Umsatz berechnen will.

Ernster ist schon, daß die Zahlen der Kreditgewährung in den Saldobilanzen auch die Züge der Großmannssucht tragen, und der Begründer und langjährige Direktor hat dies sogar in einer schwachen Stunde selbst zugeben müssen[2].

Weiter! Eine ständige Rubrik in den Jahresberichten gibt Kunde von den Opfern, welche die Verbandsbank den angeschlossenen Genossenschaften bringt, während die anderen Unternehmungen der Bank vorsichtig in den Hintergrund gerückt werden. So lese ich z. B. im Jahresbericht von 1899: Das abgelaufene Geschäftsjahr brachte eine beträchtliche Erhöhung des Zinsfußes der Reichsbank: „Trotz dieser ungünstigen Gestaltung des Diskontsatzes . . . haben wir unsere Aufgabe gegenüber den Darlehnsgenossenschaften, billigen Kredit zu gewähren, treu und beharrlich erfüllt, nicht ohne Schaden für unsere Privatkundschaft[3]." — Diese harmlose Notiz wirkt besonders, wenn man weiß, daß die Verbandsbank in Wirklichkeit den hohen allgemeinen Zinsfuß gerade damals benutzt hat, um mit den

---

[1] Im Jahre 1899, als die Bank nur ein Aktienkapital von einer halben Million Mark hatte, berichtete sie über einen Umsatz von 113 Millionen. —

[2] Schon im Anfange seiner Tätigkeit fielen die hohen Zahlen auf, und ein Genossenschaftsdelegierter interpellierte den Vorstand der Verbandsbank auf dem polnischen Verbandstage, indem er die Befürchtung aussprach, daß die Bank bei ihrem kleinen Anlagekapital einen allzu ausgedehnten Kredit gewähre. Hierauf erwiderte Kusztelan, daß der in seiner Bilanz mit über 4 Millionen verzeichnete Kredit „in Wirklichkeit nur 2 Millionen betrage; wenn 4 Millionen angegeben sind, so ist das nur die Art der Berechnung und Formalität". (Dyrektor Kusztelan daje olejasnienie, że kredyt w rzeczwistósci nie przekroczyl 2 milionów, jezeli podane są 4 miliony, to jest tylko rodzaj obrachunku i formalnósci).

[3] Mimo tego niekorzystnego ukstaltowania się stopy dyskontowej . . . spelniśmy naszezadanie służenia spólkom pożyczkowym możliwie tanim kredytim — wiernie i wytrwale — nie bez szkody dla klienteli prywatnej.

von den Genossenschaften billig gegebenen Geldern ein großes Privatinstitut zu finanzieren.

Wenn es mir auch fern liegt, die Verbandsbank wegen dieser und ähnlicher Beobachtungen für unsolide zu halten, so wird man doch begreiflich finden, daß ich die offiziellen Jahresberichte beiseite lege und meine Kenntnis von der Tätigkeit der Bank aus anderen Quellen zu schöpfen suche[1].

[1] Von den im folgenden auf Grund sehr sorgfältiger Informationen gegebenen Mitteilungen ist nicht eine einzige von polnischer Seite widerlegt worden, obwohl man sich lebhaft bemüht hat, Stellen zu finden, die „berichtigt" werden könnten.

Fünftes Kapitel.

Die Leitung der Bank.

Das Zusammenziehen der Finanzkräfte in eine fast selbständige Zentralbank kann für die angegliederten Genossenschaften eine Gefahr sein, — entspricht aber dem Bedürfnis der Politik sehr gut.

In diesem Satze liegt die zwiespältige Geschichte der Bank związku, die in stärkerem Maße und entschiedenerer Form als irgendeine andere polnische Bank eine nationale Kampfstellung einnimmt. Im Jahre 1886 — dem Jahre der ökonomischen Kriegserklärung — wurde die Bank gegründet und hat die Stimmung jener Zeit niemals verleugnet. Wenn eine polnische Fabrik zu halten war, wenn es galt, in den Städten den Bau polnischer Häuser und Häuserreihen zu fördern, wenn polnische Güterkäufer finanzielle Unterstützung brauchten, stets war die Bank związku die wichtigste Instanz, an deren Hilfe man zuerst appellierte.

Schon in den Jahren, da sie nur geringes Kapital besaß, vermochte ihr geschickter Leiter für polnische Wirtschaftszwecke große Summen aufzubringen; und ihre Kräfte mehrten sich gewaltig, seit es ihr gelang, die Gelder deutscher Hypothekenbanken stärker als früher nach dem Osten zu ziehen und so zu einer orientierten und mächtigen Vermittlerin des Hypothekenverkehrs zu werden.

Diese Energie, die die Deutschen an den Polen bewundern, konnte eine immerhin rückständige Be-

völkerung nur dadurch gewinnen, daß sie Kampforgane entwickelte, die an Vollkommenheit weit aus dem allgemeinen Zustande des Polentums hervorragen.

Solche Sonderentwicklung aber ist nur möglich, wenn sich ihr einige Männer mit ungehemmtem Willen widmen, und so werden wir auch hier, wie bei den meisten anderen polnischen Instituten, erkennen, daß sich über der verhältnismäßig tief stehenden polnischen Demokratie für kritische und entscheidende Handlungen diktatorische Gewalten gebildet haben.

Die Verbandsbank hätte sich unmöglich mit ihren modernen Absichten aus dem polnischen Volk hervorarbeiten können, wenn in den Generalversammlungen bald die Kaufleute von Inowrazlaw, bald die Bauern von Ostrowo das Institut für sich reklamiert hätten. Da sich diese Gefahr schon in den Jahren der Gründungsverhandlungen deutlich zeigte, bemühten sich die einflußreichsten Männer, der Bank eine sehr straffe Verfassung zu geben und die Generalversammlung nach Möglichkeit zu eliminieren.

Die preußische Verwaltung hat später diese Geschlossenheit und Energie der Verbandsbank oft genug unbequem empfunden: Wenn die Bank związku stets ohne langes Besinnen zum Zugreifen bereit war, wenn die Bank in stets konsequenter und einheitlicher Weise mit der preußischen Zentralgenossenschaftskasse verhandelte, wenn die Bank in aller Stille ohne den Lärm der Generalversammlungen einen Anschluß in Schlesien und Berlin herstellte — so verdankte sie das ihrer oligarchischen, ja fast autokratischen Verfassung, die sich von der herkömmlichen polnischen Zerfahrenheit auffallend unterscheidet.

Nur ein einziger Direktor steht ohne „Mitdirektoren", „technische Beiräte" an der Spitze: Zarzad stanowi Dyrektor — der Vorstand besteht aus einem Direktor. Er wird vom Aufsichtsrat mit Stimmenmehrheit auf unbegrenzte Zeit gewählt und leitet die Bank selbständig, bezieht ein festes Gehalt, ist aber durch eine Tantieme vom Reingewinn am Schicksal der Bank interessiert.

Da der Vorstand vom Aufsichtsrat erwählt und überwacht wird, kam es den führenden Männern besonders darauf an, die Zusammensetzung des Aufsichtsrats in der Hand zu behalten, und so führte man die Bestimmung ein, daß von den neun Aufsichtsratsmitgliedern nur sechs von der Generalversammlung erwählt werden, während drei Männer vom „Patronat des Genossenschaftsverbandes" delegiert werden!

Schließlich wurde die Spitze noch durch eine besondere Bestimmung gegen Angriffe der Aktionäre geschützt: § 11 der Statuten sagte nämlich, daß der Vorstand zwar auf einen begründeten Antrag von Aktionären, deren Aktien 1/20 des Grundkapitals darstellen, vom Amte suspendiert werden könne, und daß die Generalversammlung dann darüber entscheide. Aber — „der Aufsichtsrat ist berechtigt, den Vorstand ohne vorherige Einberufung der Generalversammlung in das Amt wieder einzusetzen, sobald mindestens zwei Drittel der Aufsichtsratsmitglieder ihn für entschuldigt erachten".

Mit Hilfe dieser Bestimmungen gelang es, der Verbandsbank eine oligarchische Leitung zu geben, denn die sieben Männer, die im Patronat der Genossenschaften saßen, lenkten den ganzen Apparat.

Nach wenigen Jahren sah die Besetzung der entscheidenden Stellen so aus:

Von den sieben Mitgliedern der Patronats der Genossenschaften saßen drei im Aufsichtsrat der Bank, der vierte war Kurator der Bank, der fünfte Direktor der Bank, der sechste Syndikus der Bank. Außerdem war noch ein Mitglied des Aufsichtsrates Delegierter des Patronats.

Also hatte ein Gegner der herrschenden Gruppe völlig recht, wenn er öffentlich erklärte: Infolge einer solchen Gestaltung des Mechanismus unserer Finanzen befindet

sich die entscheidende Gewalt in allen Bankangelegenheiten in den Händen einiger im Patronat sitzender Männer.

Von vornherein, noch ehe die Bank ihre Tätigkeit begann, war ein gewisser Dr. Kusztelan zum Direktor bestimmt worden[1] und hat 20 Jahre bis zu seinem Tode im Jahre 1906 die Verbandsbank geleitet.

Dr. Kusztelan gehörte zur fruchtbaren Kategorie der „Gemaßregelten“[2]. Er hat mit seiner zahlreichen Familie zwölf schwere Jahre durchlebt, in Posen ein kleines Geschäft unternommen und pekuniäre Not kennen gelernt.

In dieser Zeit suchte er Anschluß an die beginnende polnische Wirtschaftsbewegung, die gerade damals in den Gründerjahren jede Kraft gebrauchen konnte. Kusztelan war bald der arbeitsame, gewissenhafte „Kollege“, dem die Leiter des polnischen Genossenschaftsverbandes unbequeme Kontrollarbeiten aufluden, und der sich glücklich schätzte, im Komitee neben den angesehenen Führern auch einen Platz zu finden.

---

[1] Am 23. Februar 1886 wurde in das Gesellschaftsregister des Amtsgerichts zu Posen eingetragen: „Der Vorstand der Gesellschaft besteht aus einem Direktor. Gegenwärtig bildet den Vorstand der Dr. phil. Kusztelan zu Posen.“

[2] Von wohlorientierter deutscher Seite wurde mir privatim mitgeteilt, Dr. Kusztelan sei nicht „gemaßregelt“ worden, vielmehr sei der Gang so gewesen:

Dr. Kusztelan war vom 17. November 1871 ab probeweise als Lehrer in Posen angestellt und hatte am 1. Februar 1873 sein Anstellungsbefähigungszeugnis erhalten. Am 9. Oktober 1873 richtete Dr. Kusztelan ein Gesuch an das Provinzialschulkollegium, ihn an einer der drei höheren Lehranstalten Posens anzustellen. Das Gesuch wurde abschlägig beschieden, weil kein Platz vorhanden sei, jedoch wurde Herrn Kusztelan anheimgestellt, sich nach einem halben Jahre wieder zu melden. Kusztelan hat von dieser Möglichkeit nicht Gebrauch gemacht.

Von polnischer Seite wird die Richtigkeit dieser Darstellung nicht bestritten, aber es wird betont, daß der formell korrekte Vorgang in Wirklichkeit eine Maßregelung war.

In dem vom Gründerfieber der siebziger Jahre ein wenig angesteckten Kreise, in dem es lebhafte Hoffnungen und überzeugte Worte gab, vertrat Kusztelan den notwendigen Pessimismus. Sein Wesen und seine Wirkung wird überhaupt am besten bezeichnet, wenn man ihn in die seltene Gruppe der erfolgreichen Pessimisten rechnet. Verbittert, verärgert, mißtrauisch stand er den Menschen gegenüber und wollte alles mit eigenen Augen sehen und nach eigenem Plane durchführen. Dabei war er seinen eigenen Taten gegenüber keineswegs ein scharfer Urteiler; er fühlte sich als ein vom Schicksale lange Jahre Mißhandelter und suchte sich durch forcierte Unternehmungen und eigenmächtiges Handeln schadlos zu halten.

Gefürchtet war die erbitterte Härte seines Urteils. Niemals habe ich einen Revisionsbericht gesehen, der mit ähnlicher Sorgfalt, Schärfe, Unermüdlichkeit verfaßt war, wie die Revisionsprotokolle Kusztelans. Über die formalen Kontrollen hinweg dringt er in die Interna der Geschäftsführung und zeichnet mit gleicher Rücksichtslosigkeit die persönlichen Motive wie die Tatsachen. Ein lobendes Revisionsprotokoll von Kusztelan wurde im polnischen Kreditwesen höher geschätzt als das Zeugnis irgendeines anderen Bankkundigen. Vor 30 Jahren aber hatte seine Rücksichtslosigkeit geradezu eine aufbauende Kraft.

Damals kam es in polnischen Genossenschaften vor, daß Mitglieder des Aufsichtsrates nicht einmal schreiben konnten, und die Revisionen brachten tragikomische Situationen an den Tag[1].

Kusztelan war einer der ersten, der sogar die dogmatisch besiegelten Fähigkeiten der Bankvorstände zu bezweifeln

[1] Die Polen, die sich das Protokoll des Verbandstages, der im Jahre 1885 tagte, verschaffen, werden auf S. 11 folgende Äußerung des Patrons Szamarzewski finden: „Ks Patron zabiera glos i oświadcza, że nie podlega, to żadnéj wątpliwości, że członkowie Rady nadzorczej, którzy pisać niekiedy nie umieją, nie mogą przecież dokonywać rewizyi. Przy tak malice zasobach wiedzy trudno przypuszczać, aby się mogli informować o prowadzeniu książek."

wagte und mit Energie und Ironie darauf drang, für die „Bankdirektoren" mehrwöchige Kurse in der Buchführung einzurichten [1].

Einen „unangenehmen Schulmeister" hat man Kusztelan genannt, denn als Warner und Ermahner führte er sich in die Finanzarbeit ein. Jedoch der ablehnende und ironische Mann gewann unternehmenden Schwung durch die politische Leidenschaft.

Wie stimulierend der sich schärfende politische Gegensatz auf die wirtschaftliche Tätigkeit der Polen wirkte, ist auf jeder Seite dieses Buches zu erkennen. Hier eine besondere Linie aus dem Bilde:

Kusztelan, der Überlegende, der Urteilende, war durchaus kein politischer Stürmer, man könnte ihn eher einen nörgelnden Politiker nennen. Sein beobachtender Blick war durch die politischen Vorgänge, durch die Kontrolle der Lehrer, die polizeilichen Überwachungen, geärgert; und wie er die schlecht geleiteten Kassen seiner Landsleute kritisierte, so kritisierte er mit gleicher Schärfe die preußische Politik.

Aber die politischen Vorgänge waren doch für ihn vor 1886 — vor Beginn der preußischen Ansiedlungspolitik — nur Nebenfragen, und er wußte das Finanzwesen sehr scharf von der Politik zu trennen.

Ihm waren „Finanzwesen" und „Polenpolitik" Begriffe, die nicht zueinander gehörten; ihm galt der Zusammenhang zwischen der großen Nationalpolitik und den kleinen polnischen Finanzinstituten als eine Phrase und gefährliche Spielerei. Der Gedanke des „finanziellen Nationalitätenkampfes" war noch nirgends deutlich ausgesprochen. Die polnischen Provokationen, die dem Fürsten Bismarck Anfang der achtziger Jahre so auffielen, be-

[1] l. c. Dr. Kusztelan: „Mówca radzi przeto, aby członkowie zarządów, nie umiejący prowadzić książek, odbyli kurs praktyczny przez kilkotygodniowy pobyt w Spółkach wzorowo prowadzonych jak n. p. Poznaniu, Środzie, Śremie."

ruhten durchaus nicht auf einer finanziellen Entwicklung der Polen[1]. Auf dem Finanzgebiete bestand noch kein erklärter Nationalitätenkampf.

Als dann aber plötzlich der preußische Staat den politisch unruhigen Polen die wirtschaftliche Macht, die Geldmacht, als neue Waffe entgegenhielt, da mußten sich die Politik und die finanzielle Tätigkeit berühren. In dem Momente, in dem man erklärte, man werde den Polen mit Geldmitteln, mit Millionen zu Leibe gehen: in dem Momente wurde der Finanzmann zum Politiker.

Alle Äußerungen Kusztelans gewannen mit jener Zeit eine andere Farbe. Jetzt wurde ihm das Bankwesen ein Teil der politischen Macht.

In dieser Zeit wurde Kusztelan zum Direktor der neubegründeten Verbandsbank gewählt, die nun vom ersten Tage ab ein Kampfinstitut war und sein wollte.

Dank der Energie Kusztelans gelang es, durch eifrige Agitation ein Aktienkapital von 500 000 Mk. aufzubringen[2], und schon mit dieser verhältnismäßig bescheidenen Summe stand die Bank związku an der Spitze der polnischen Effektenbanken, so geringfügig war 1888 noch die Kapitalkraft der Polen.

Kusztelan, der sein Institut so schnell populär gemacht hatte, verstand es, die günstige Situation zu benutzen. Er begann, nachdem das Aktienkapital gesichert war, sich ganz energisch der Depositenagitation zuzuwenden und entwickelte damit einen von den polnischen Banken noch wenig gepflegten Geschäftszweig.

Da er von den Genossenschaften 4½ bis 5 % erhielt, konnte er leicht 4 % für Depositen mit dreimonatlicher Kündigung geben (3 % für Gelder mit dreitägiger Kündigung) und war so schon den anderen polnischen und besonders den deutschen Banken überlegen[3].

[1] Vgl. S. 108 ff.

[2] Vgl. S. 131 ff.

[3] Seit dem Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre begegnet man lebhaften Klagen auf deutscher Seite, daß der Depositenverkehr nachlasse.

Außerdem begann er die Gewohnheit der Polen, ihre Kapitalien bei deutschen oder englischen Banken zu deponieren, als Unsitte zu geißeln, und die Presse unterstützte ihn hierin lebhaft.

Im Grunde also war es eine Weiterführung, eine Vertiefung des neuen Gedankens: „Wirtschaftlicher Nationalitätenkampf". Durch die Ergebnisse von 1885/1886, durch die beginnende preußische Ansiedlungspolitik waren die führenden Schichten für die Entwicklung der neuen Bankinstitute interessiert worden, und jetzt drang der neue Gedanke, daß das Bankwesen ein Teil der nationalen Politik sei, allmählich ins Volk; man trug seine Ersparnisse nicht mehr zur deutschen Kasse, sondern zur Bank związku [1].

So stieg die Depositensumme im Jahre 1889 auf fast zwei Millionen Mark. Deutlich aber erkennt man, wie ungewohnt es noch den Polen war, ihre Gelder einem polnischen Institute anzuvertrauen, denn in den ersten Jahren schwankte die deponierte Summe stark und ein ungünstiges Gerücht genügte, um die ängstliche Kundschaft zur Abhebung ihrer Gelder zu veranlassen. Da jedoch Kusztelan jeden Betrag — selbst wenn er ihm gegen dreimonatliche Kündigung überlassen war — sofort zurückzahlte, und da seine Bank Jahr für Jahr gute Abschlüsse zeigte und 6% Dividende verteilte, verschwand das Mißtrauen allmählich und es wurde unter den Polen üblich, der Bank związku Ersparnisse anzuvertrauen:

1886 . . .	92 000	Mk.
1887 . . .	312 000	„
1888 . . .	893 000	„
1889 . . .	1 823 000	„ [2]
1890 . . .	2 321 000	„

[1] 1891 zitierte Kusztelan triumphierend einen Satz aus dem Jahresbericht der deutschen Konkurrenz: „Im Depositenverkehr bereiten uns besonders fühlbare Konkurrenz die Sparkassen der polnischen Banken, welche hohe Zinsen gewähren."

[2] 1889 war die Zeit nach dem Aktienerfolg der Bank związku, der das Institut in Posen populär machte.

1891 . . .	1918000	Mk.[1]
1892 . . .	1652000	„ [1]
1893 . . .	1800000	„
1894 . . .	2681000	„

Wenn man bedenkt, daß das ganze weitverzweigte polnische Kreditsystem jahrelang nicht über eine Gesamtsumme von etwa 8 Millionen Mark Depositen hinweggekommen war, wenn man erwägt, daß die Gewerbebank und die Bauernbank in mehr als zwei Jahrzehnten ihre Depositen nicht auf 1 Million Mark gebracht hatten, und daß es bei den Polen in Erinnerung an frühere Mißerfolge fast zum Sprichwort geworden war, man dürfe einer polnischen Bank keine Depositen anvertrauen[2], dann muß man anerkennen, daß Kusztelan das Eis gebrochen und den Typus der polnischen Depositenbank erst geschaffen hat.

Seine Erfolge ermöglichten es Kusztelan, sich auch unter der seit 1892 beginnenden Herrschaft des Prälaten Wawrzyniak seine Selbständigkeit zu bewahren. Eifersüchtig hat er die Macht seiner Stellung verteidigt und die Bank wie ein ihm gehörendes Institut geleitet, so daß man scherzend von der „Bank Kusztelana" sprach.

[1] 1891 und 1892 waren Gerüchte über eine bedenkliche Beteiligung der Bank an galizischen Petroleumunternehmungen verbreitet.

[2] In jeder polnischen Erörterung von Finanzangelegenheiten, sei es ein gelehrter Aufsatz oder eine populäre Plauderei, fand man früher stets zum Schluß einen warnenden Hinweis auf die alte Bank „Tellus", die in den siebziger Jahren zusammengebrochen war. Vgl. S. 62.

Sechstes Kapitel.

Die polnische Verbandsbank im Nationalitätenkampf.

Es gibt kaum einen Teil des wirtschaftlichen Nationalitätenkampfes, in den nicht die Verbandsbank führend oder doch unterstützend eingegriffen hätte. Wir finden sie im Kampf um den Boden in Land und Stadt, wir finden sie in den Versuchen, eine polnische Industrie zu entwickeln, wir finden sie beschäftigt, zwischen den oberschlesischen Polenbanken und dem Posener Kreditverein Beziehungen herzustellen, wir finden sie sogar vermittelnd zwischen galizischen Industrieunternehmungen und dem polnischen Publikum in Posen.

I.

In den Kampf um den Boden hat die Verbandsbank früher eingegriffen als irgendein anderes polnisches Institut. Schon 1887, als die „Bank ziemski" noch nicht ein Ar gekauft hatte, und als man sich in der polnischen Gesellschaft noch keineswegs klar war, ob und wie man der preußischen Ansiedlungskommission entgegentreten könne, schon damals ermöglichte die Verbandsbank acht polnischen Landwirten einen Gutskauf, indem sie gegen solidarische Verpflichtung den Käufern Kapital gab.

Solche Beleihungen hat die Bank seitdem dauernd unternommen, und zwar hat sie sich mit Vorliebe den Gütern gewidmet, die aus deutscher Hand gekauft werden sollten, sei es zur Parzellierung, sei es um in polnischen Privatbesitz überzugehen.

Solange die Bank nur über verhältnismäßig geringe Kapitalien verfügte (bis 1900), widmete sie sich hauptsächlich den Bauerngütern, bei denen sie nach der Parzellierung in kleinere Arbeiterstellen eine schnelle Amortisation erwarten durfte.

Seit der Kapitalerhöhung von 1900 aber und seitdem die Geldknappheit in Posen nachgelassen hat (seit 1901), wagte sich die Bank związku auch an größere Unternehmungen und hat nicht nur in Posen, sondern auch in Mittelschlesien[1] Rittergüter beliehen, die aus deutscher Hand in polnischen Besitz übergegangen sind.

Um diese Arbeit möglichst wirksam durchzuführen, benutzte die Verbandsbank zwei der geschicktesten Güterhändler und Parzellanten. Erstens stand sie in Verbindung mit dem sehr bekannten polnischen Güterspekulanten Martin Biedermann (in Firma: Drweski & Langner in Posen).

Die Bank stellte ihm gegen hypothekarische Garantien die Mittel zum Ankauf von Gütern zur Verfügung und ließ ihm das Geld bis zur Erledigung der Parzellierung.

Nächst Martin Biedermann hat sich auf polnischer Seite durch ganz besondere Rührigkeit im Kampf um den Boden ein gewisser Ignaz Sikorski ausgezeichnet, der seit 1897 die Bank parcelacyni in Posen leitete. Auch mit diesem Institut stand die Verbandsbank in Verbindung und Kusztelan war sogar stellvertretender Vorsitzender im Aufsichtsrat jenes berüchtigten Parzellierungsinstitutes.

II.

Doch wenden wir uns einem anderen Kampfplatz zu, auf dem sich die Verbandsbank weit virtuoser bewegt als auf dem Lande, denn sie ist eine städtische Bank und hat für städtische Interessen stets mehr Neigung gehabt, als für die schwerlöslichen Engagements auf dem Lande.

Als die Verbandsbank die ersten Schwierigkeiten ihrer

[1] In den Kreisen Glogau und Steinau.

Existenz überwunden hatte und nach Anlage für die herzuströmenden Depositen suchte, war Posen gerade im Begriffe, eine neue Stadt zu werden. Das berüchtigte Pflaster und die stinkenden Rinnsteine verschwanden, aus krummen, engen Gassen wurden gerade, breite Straßen, die ganze Stadt wurde kanalisiert[1]. An Stelle der bedenklichen Warthewasserleitung trat eine moderne Quellwasserleitung[2]. Ein Vieh- und Schlachthof wurde errichtet[3] usw.

Während dieser Zeit des Aufschwungs, der das alte schmutzige Provinzialnest in eine moderne Stadt verwandelte, vollzog sich auch in der Stadt ganz ebenso wie auf dem Lande ein erbitterter Kampf um den Boden.

Leider existiert meines Wissens keine Statistik darüber, die uns anschaulich machen könnte, wie stark die Polen am städtischen Grundstücksbesitz beteiligt sind. Aber es ist mir möglich, einen Ersatz zu bieten, den ich mit einigem Vorbehalt bringe: Die in Posen erhobene Grund- und Gebäudesteuer ließ sich nämlich so kontrollieren, daß man ungefähr feststellen konnte, wieviel von der Gesamtsumme die Deutschen aufbringen und wieviel die Polen.

Folgendermaßen sieht das Bild aus:

Jahr	Gesamtsteuersumme Mk.	Deutsche Mk.	Prozent	Polen Mk.	Prozent
1900	424170	271906	64	138588	36
1905	581805	351767	60	230038	40

Es zeigt, daß die Polen sehr beträchtlich am Grundstücksbesitz interessiert sind, und wenn der menschenkennende Beamte, der in dieser Tabelle die Scheidung nach Nationalitäten vornahm, nicht allzuviel Fehler gemacht hat, lehren uns die Zahlen sogar, daß der Grundbesitz der Polen in der Stadt Posen sich auf Kosten des deutschen Grundbesitzes vermehrt hat[4].

[1] 1890—1994.

[2] 1895.

[3] 1896.

[4] Ich bringe diese kleine Statistik, weil ihr Ergebnis mit dem übereinstimmt, was auch Kenner der Stadt behaupten. Die erheblichsten polnischen Grundstückskäufe wurden in der Altstadt vorgenommen.

In immer schärferer Scheidung entstanden während des Aufschwungs deutsche Hotels und polnische Hotels, deutsche Geschäftshäuser und polnische Geschäftshäuser, deutsche Wohngebäude und polnische Wohngebäude, deutsche Fabriken und polnische Fabriken; und in diesem wetteifernden Aufbau hat die polnische Verbandsbank eine ganz beträchtliche Rolle gespielt, indem sie polnischen Bauunternehmern Baukredite gewährte.

In der Altstadt und in den Vororten sind ganze Häuserreihen mit Hilfe der Verbandsbank entstanden, und die Engagements waren oft so bedeutend, daß man auch hier bezweifeln mußte, ob solche Bautätigkeit mit den Zwecken einer genossenschaftlichen Verbandsbank vereinbar waren.

III.

Aber der sonst so scharf kritisierende Direktor Kusztelan scheint durch die nationalen Erfolge seines Instituts und durch den Ruhm, den er erntete, berauscht worden zu sein. Immer kühner wurde seine Unternehmungslust und immer schärfer betonte er den nationalpolitischen Gedanken, ja, er bemühte sich sogar, seine Bank zum Verbindungsglied zwischen galizischen und posenschen Unternehmungen zu machen. Den Anlaß hierzu bot ihm der plötzliche Aufschwung der galizischen Naftaindustrie. In Lemberg hatte ein sehr unternehmender Mann: Stanislaw Szczepanowsky — ein geistreicher Journalist und kühner Finanzier — den Industrieaufschwung befördert und in leidenschaftlicher, beinahe phantastischer Weise Politik und Industrie vereinigt.

Der faszinierende Unternehmungsgeist Szczepanowskis verstand es, Erweiterungen der galizischen Unternehmungen mit Hilfe ausländischen Kapitals durchzusetzen und diesem künstlichen Aufschwung einen durchaus nationalpolnischen Charakter zu geben[1]. — Dabei wandte er sich vom Beginn seines Auf-

[1] Beim später erfolgten Zusammenbruch — im Lemberger Bankprozeß — kam zutage, daß die Kredite nicht nur von Deutschen Österreichs gewährt worden waren, sondern daß man sogar in Deutschland Szczepanowskis Wechsel in Zahlung genommen hatte. Auf diese Weise kamen

tretens ab fortwährend auffordernd und ermutigend über die Grenzen nach Posen, ja gerade von der wirtschaftlichen Entwicklung in Posen erwartete er am meisten für die nationalpolnische Politik. „Was uns — so erklärte er schon früh in seinen Aufsätzen über den ‚Daseinskampf der polnischen Nation' — die größte Hoffnung auf eine Zukunft gibt, ist die Tatsache, daß die Polen im Großherzogtum Posen den Bahnen der Tschechen folgen, daß aus einer adeligen Bewegung eine wirtschaftliche und soziale Bewegung sich erhebt . . . Der einzige Zukunftsweg ist . . . eine unbeugsame Verteidigung jeglicher wirtschaftlichen Stellung, die Wiedereroberung verlorener wirtschaftlicher Positionen und der Ausbau eines Zusammenhanges und einer nationalen Solidarität, die eine größere Macht ist, als alle Garantien der Traktate und Privilegien[1]".

Dem Banne dieser gefährlichen Ideen entging Kusztelan nicht. Schon Anfang der neunziger Jahre finden wir die Verbandsbank als Hauptvermittler zwischen den galizischen Naftawerken und dem Posener Kapital. Nicht immer handelte es sich um einwandsfreie Industrieinteressen. So hat z. B. der finanzielle Ruin der Naftaunternehmungen in Rymanow den Posener Kapitalisten großen Verlust zugefügt.

Im Jahre 1894 begab sich Kusztelan nach Lemberg und hielt dort eine begeisterte Rede über „nationale Solidarität", die mit den Worten schloß: „Wir kommen aus dem Lande der Tränen und der schweren Prüfungen, wo man uns die Muttersprache entreißt, uns in einer fremden Sprache beten heißt, und sogar das nehmen will, was Gott uns gegeben. — Heute sind wir hergekommen, um von euch Trost, Glauben und Liebe zu empfangen. Denn auch ihr habt euch einst in ähnlicher Lage befunden; auch euch befahl man, deutsch zu beten, — ihr habt euch erhoben und ganz Polen hat seine Augen auf euch ge-

Szczepanowskis Gruben später in die Hände auswärtiger Kapitalisten, die, wie es scheint, ganz erhebliche Gewinne gemacht haben.

[1] Stanislaw Szczepanowski, Mysli o odrodzenie narodowem. Sammelwerk seiner Aufsätze, die von 1886—1897 in galizischen Zeitschriften erschienen. Lwów 1903, S. 34 u. 35.

richtet. — Heut aber versichern wir euch, daß wir uns nicht bezwingen lassen; wir sind und bleiben polnisches Land."

Im Stil der galizischen Unternehmungen wollte Kusztelan nun in Posen wirken; eine polnische Großindustrie wollte er ins Leben rufen und widmete einen beträchtlichen Teil der Bankmittel der wohlbekannten, aber veralteten Maschinenfabrik von Cegielski in Posen. Es bestand der Plan, die Fabrik zunächst mit Hilfe der polnischen Verbandsbank auszubauen und sie dann durch Ausgabe von Aktien auf eigene Füße zu stellen. — In ähnlicher Weise wurden Verbindungen mit andern polnischen Unternehmern angeknüpft, um in und bei der Stadt Posen eine polnische Großindustrie zu entwickeln.

Um diese Unternehmungen durchzuführen, mußte mit aller Energie das Depositengeschäft forciert werden und so trat sehr bald ein bedenkliches Mißverhältnis zwischen dem bescheidenen eigenen Kapital und den Depositen ein. Ja, es kam vor, daß die einem einzigen polnischen Unternehmen von der Verbandsbank gewährten Kredite höher waren als das gesamte Aktienkapital der Bank, und die Operationen ruhten in der Hauptsache auf kündbaren Spargeldern.

Die heikle Situation wurde durch zwei Vorgänge noch mehr zugespitzt. Erstens erregte eine galizische Katastrophe in Posen Unruhe. Die Unternehmungen Szczepanowskis waren zusammengebrochen, es kam an den Tag, daß mit anvertrauten Spargeldern in sträflicher Weise gewirtschaftet worden war und man fragte sich in Posen ängstlich, ob hier nichts ähnliches geschehen sei.

In dieser unbehaglichen Lage machten die Leiter der Posener Verbandsbank den notwendigen Versuch, sich durch Ausgabe von neuen Aktien mehr eigenes Kapital zu verschaffen[1]. Als jedoch Kusztelan diese Absicht im März 1899 zu erkennen gab, berief die älteste polnische Genossenschaft (Bank przemyslowców) eine

[1] Ende 1898 betrugen die fremden Gelder 5 Millionen gegen 3/4 Millionen eigenes Kapital (1/2 Million Aktienkapital und 1/4 Million Reservefond).

Versammlung ihres Aufsichtsrates und beschloß, öffentlich zu erklären, daß sie sich weigern werde, Aktien der Bank związku zu übernehmen.

Die Erklärung, die ohne jede nähere Begründung im März 1899 abgegeben wurde, erregte zunächst nur Erstaunen. Man glaubte wohl, es handle sich um ein Manöver der mißgünstigen Konkurrenz. Jedoch in der beunruhigten Öffentlichkeit tauchten im Laufe des Jahres mancherlei Gerüchte auf. Die Verbandsbank habe gewaltige Lager in Westpreußen angekauft, um Ziegeleien zu errichten, die von der deutschen Produktion unabhängig sein sollten. Kusztelan habe in den Vororten Posens große Terrainspekulationen im eigenen Interesse mit den Geldern der Bank vorgenommen; die Bank habe den Vorsitzenden ihres Aufsichtsrates fast 1 Million Mark Kredit eingeräumt; sie sei ferner in gefährlicher Weise an polnischen Maschinenfabriken beteiligt usw. usw.

In dieser Unsicherheit verging ein volles Jahr. Der in ganz Deutschland herrschende hoffnungsvolle Wirtschaftsaufschwung ließ eine Panik nicht aufkommen, obgleich die demokratische Polenpresse fast jede Woche beunruhigende Notizen brachte und den Direktor der Bank verdächtigte. Man hielt alle Gerüchte für Verleumdungen, bis im März 1900 die Nachricht kam, die Generalversammlung der Volksbank in Schroda (eine der ältesten und angesehensten polnischen Provinzbanken) habe gegen die Solidität der Verbandsbank motivierte Bedenken geäußert. Wenige Tage später gaben polnische Rechtsanwälte aus verschiedenen Gegenden Posens und Westpreußens die öffentliche Erklärung ab: *Sie hielten den Ankauf von Aktien der Posener Verbandsbank für gefährlich.* Die Folge dieser Erklärung war eine Panik in Posen und ein Sturm auf die Kasse der Bank.

Siebentes Kapitel.

Die Panik von 1900.

Innerhalb weniger Wochen wurden der polnischen Verbandsbank etwa zwei Millionen Mark von den erschreckten Deponenten abgefordert und zum großen Teil in einem deutschen Konkurrenzinstitut untergebracht.

Bei dieser Gelegenheit — und das macht den Rückblick auf jene Vorgänge besonders interessant — mußte sich das Gefüge des polnischen Kreditsystems eine grelle Beleuchtung gefallen lassen, die folgendes Bild zeigte:

A. Das Verhältnis der Bank zu den Genossenschaften.

In den Genossenschaften des polnischen Verbandes machte sich eine lebhafte Mißstimmung gegen die eigene Zentralbank geltend. Ja, von einigen Genossenschaften war sogar der Anstoß ausgegangen, der zur Panik im März 1900 führte. Von einflußreichen Männern wurde erklärt, daß die Genossenschaften sich keinesfalls bereit finden möchten, Aktien der Verbandsbank zu übernehmen, weil ein Kapital, das zum Ankauf von Aktien benutzt ist, immobil werde, und weil überdies die Aktien der Bank związku unsicher seien[1].

[1] Die Erklärungen, die damals viel Aufsehen machten und fast von der gesamten polnischen Presse gebracht wurden, lauteten:

I.

Erklärung in Sachen des Ankaufs von Aktien der Verbandsbank durch die Genossenschaften.

In letzter Zeit ist viel darüber geschrieben worden, ob die Genossenschaften Aktien der Verbandsbank erwerben sollten. Das Erwerben von

Jedoch der Grund des Unmuts lag noch tiefer. Man fürchtete nicht so sehr die Unsolidität der Verbandsbank, sondern vor allen Dingen hatte man überall in der Provinz die Empfindung, daß sich die Verbandsbank wenig für die vielen kleinen Genossenschaften interessiere und statt dessen lieber mit wohlhabenden und einflußreichen Privatleuten allerlei Unternehmungen ins Werk setze. — So wurde z. B. schon lange beklagt, daß die

---

solchen Aktien erachten wir im gegebenen Falle als für die Genossenschaften gefährlich.

Jede Genossenschaft sollte:

1. mit Rücksicht auf das Interesse der Deponenten und ferner mit Rücksicht auf die event. Verantwortlichkeit der Mitglieder die Kapitalien so sicher als möglich anlegen.

2. sollte jede Genossenschaft mit Rücksicht auf die Darlehnsnehmer und mit Rücksicht auf die zwingende Notwendigkeit einer möglichst schnellen Herauszahlung der aufgekündigten Hypotheken ihre Kapitalien so anlegen, daß sie in möglichst kurzer Zeit der Genossenschaft wieder zur Verfügung stehen.

ad 1. Wie in jeder Aktiengesellschaft, so haftet auch in der Verbandsbank niemand persönlich für die Aktien. Im Falle der zwangsweisen oder freiwilligen Auflösung der Gesellschaft werden zunächst die Gläubiger befriedigt. Erst das, was nach der Befriedigung der Gläubiger übrig bleibt, wird unter die Aktionäre verteilt. Die Aktionäre können sich an niemanden halten, wenn sie das nicht wieder bekommen, was sie für die Aktien bezahlt haben. Aus diesem Grunde erachten wir den Ankauf von Aktien irgendwelcher Art für eine unsichere Kapitalsanlage.

ad 2. Ein Kapital, welches zum Ankauf von Aktien benutzt wird, wird immobil, da kein Aktionär das Recht hat, die Zurückzahlung des für Aktien verausgabten Kapitals während der Zeit des Bestehens der Gesellschaft zu verlangen.

Die Genossenschaften besaßen am 31. Dezember 1898 1289 Aktien à 200 Mk. Sie hatten also ein Kapital von 257 800 Mk., also über eine Viertelmillion immobil angelegt.

Man könnte zwar die Aktien auf privatem Wege losschlagen, doch hängt dies davon ab, ob sich zufällig ein Reflektant findet.

Wir erachten also, daß die Genossenschaften mit Rücksicht auf ihr eigenes Interesse Aktien der Verbandsbank nicht kaufen sollten.

Die Genossenschaften sind Einrichtungen von öffentlicher Bedeutung, und sie bilden einen unendlich wichtigen Faktor in unserer wirtschaftlichen Lage.

Aus diesem Grunde muß das Geschick der Genossenschaften die gesamte Volksgemeinschaft angehen, und jeder Bürger hat das Recht, seine

Verbandsbank den Genossenschaften nicht den bequemen Kontokorrentverkehr ermögliche, sondern für jedes Darlehen die Übersendung von Wechseln verlangte. Infolgedessen verteuerte sich

---

Ansicht zu äußern ohne Rücksicht darauf, ob er einer Genossenschaft angehört oder nicht.

Im März 1900.

Czypiecki,
Rechtsanwalt in Koschmin.

Schmidt,
Rechtsanwalt in Schroda.

Wensierski,
Rechtsanwalt in Tuchel.

Wyczynski,
Rechtsanwalt in Straßburg, Westpr.

II.

Eine ergänzende Erklärung, die besonders auf die gefährlichen Unternehmungen hinwies.

In Nr. 61 des „Lech" ist ein von vier polnischen Rechtsanwälten unterzeichneter Aufruf enthalten, welche angesichts der Emission neuer Aktien der Verbandsbank der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften erklären, daß sie den Ankauf dieser Aktien für die Genossenschaften gegebenenfalls für gefährlich halten.

Indem ich diese Ansicht für richtig halte, kann ich nicht dasselbe von der Motivierung obiger Ansicht behaupten; 1. bezüglich der Depositа der Genossenschaften. Die Sicherheit der Depositen beruht auf dem Vermögen der Genossenschaften, d. h. dem Reservefonds und den Geschäftsanteilen; außerdem auf dem persönlichen Vermögen der Mitglieder. Wenn die Genossenschaften ein Zehntel ihres Vermögens, also des Reservefonds und der Geschäftsanteile, in Aktien der Verbandsbank anlegen, kann man nicht behaupten, daß dadurch die Sicherheit der Depositа leiden könnte.

2. Hinsichtlich derjenigen, welche ein Darlehen nachsuchen und bezüglich der Notwendigkeit, die aufgekündigten Depositа sobald wie möglich zu zahlen. Ist es den Herren nicht bekannt, daß in einem solchen Falle, selbst wenn die Aktien sich nicht auf der Stelle in Geld umsetzen lassen, einer jeden Genossenschaft freisteht, ein Darlehen bei der Verbandsbank aufzunehmen, und zwar in Höhe der betreffenden Aktien unter bequemen Bedingungen, bei allerdings etwas höherem Zinsfuß auch über die Höhe der Aktien hinaus? Freilich steht es auch denjenigen Genossenschaften, welche keine Aktien besitzen, frei, ein Darlehen bei der Verbandsbank aufzunehmen.

Daß die Verbandsbank zur Regulierung des Zuganges und Abganges von Kapitalien bei den Genossenschaften durchaus notwendig ist, das werden die Herren Rechtsanwälte durchaus nicht bestreiten wollen. Aber diejenigen Genossenschaften, welche einen Teil ihres Vermögens in Aktien der Verbandsbank anlegen, müssen mit Rücksicht auf die Interessen ihrer Mitglieder verlangen, daß sie durch die Statuten der Bank und die Aufsichtsinstanz über diese vor jeglichem Verlust sichergestellt werden.

durch Porto und Stempel der notwendigste Verkehr und wurde überdies verlangsamt und schwerfällig gemacht. — Ferner klagte man, daß die Verbandsbank gerade das Gegenteil dessen tue, was allgemein als Aufgabe einer Genossenschaftszentrale angesehen werde. Statt nämlich immerfort zwischen den Genossenschaften einen Ausgleich zu schaffen und aus den kapitalreichen Gebieten die Gelder in arme Genossenschaften zu leiten, benutze die Verbandsbank vielmehr die Genossenschaften als Sammelinstitute, um mit den Groschen der Handwerker und kleinen Kaufleute — große Unternehmungen zu finanzieren.

Mit einem Worte: man mißtraute nicht nur der Bankleitung, sondern man sah die Bank auch als etwas den Genossenschaften Fremdes an. Zwar rangierte das Konto der Genossenschaften: „Rachunek bz. Spólkami" stets an der Spitze der Bankberichte und wurde in allen Generalversammlungen am ausführlichsten erörtert, jedoch die Zahlen, die in diesem scheinbar begünstigten Konto erschienen, waren nicht halb so groß, wie die dahinter folgenden Zahlen der „Privatkonten", „Rachunek biezący z osobami prywatnemi".

So hatte z. B. die Verbandsbank in dem Jahre, das der Panik vorausging, im genossenschaftlichen Verkehre *etwa zehn Millionen Mark* umgesetzt (4 900 000 Mk. im Debet; 5 600 000 Mk. im Kredit); während der Privatumsatz etwa *22 Millionen Mark* betrug (9 300 000 Mk. im Debet; 13 000 000 Mk. im Kredit).

Deshalb muß man nicht gegen die Verbandsbank als solche oder gegen die Verteilung der Aktien, sondern gegen manche Operation dieser Bank auftreten, durch welche diese und dadurch auch die Genossenschaften Verlusten ausgesetzt werden könnten. Die Zeitungen haben mitgeteilt, daß die Verbandsbank einen Teil der Aktien eines gewissen Unternehmens übernommen hat. — Und privatim teilt man mit, daß die Schulden eines gewissen Industriellen bei der Bank nahe an 700 000 Mk. betragen sollen. Es ist das ein großes Risiko, und meiner Ansicht nach möge man sich, so lange die Verbandsbank hiervon nicht frei wird, des Ankaufs der Genossenschaftsaktien enthalten.

Im März 1900.

Pfarrer J. Bak in Schwarzenau.

Die Privatunternehmungen beanspruchten also einen größeren Teil der Banktätigkeit als alle Genossenschaften zusammen, und es wurde noch dazu bekannt, daß diese Privatunternehmungen in der Hauptsache auf die Stadt Posen sich beschränkten. Dort hatte die Verbandsbank beim Bau der Vordergebäude zum polnischen Theater, beim Bau einer Häuserreihe in der Gartenstraße, beim Umbau der Cegielskischen Maschinenfabrik bedeutende Kredithülfe geleistet. Dagegen hatte die Bank sich stets abgeneigt gezeigt, irgendwo in der Provinz polnische Konsumvereine ins Leben zu rufen, die man besonders in Westpreußen wünschte.

Schließlich hatte sich auch die autokratische Verfassung der Bank, die den Genossenschaften so wenig Einfluß gestattete[1], immer rücksichtsloser geltend gemacht. „Finanzieller Familienrat" nannten die Gegner scherzend jene „großen" Generalversammlungen, die von der Presse angekündigt und über die in der Presse berichtet wurde, und im Juni 1900, als die entscheidende Generalversammlung stattfinden sollte, erklärte ein Aktionär öffentlich: „Ich werde nicht hingehen, denn es ist eine Komödie." Von einigen wenigen Männern wurden in der „Generalversammlung" mit einer nach Hunderten zählenden Majorität Beschlüsse gefaßt, die für das ganze Genossenschaftswesen Bedeutung hatten, und von den Genossenschaften wurde geklagt, daß ihr Einfluß in der Generalversammlung „ein minimaler" sei.

Unter den Umständen war es begreiflich, daß die Genossenschaften in Posen und Westpreußen, von denen einige die Krisis durch ihr Verhalten mitveranlaßt hatten, wenig Neigung zeigten, der Zentralbank in ihrer großen Verlegenheit zu Hülfe zu kommen. — Im Gegenteil suchten einige sogar ihr Depositum aus der Verbandsbank zu ziehen, obwohl kein Anzeichen vorlag, daß die Panik auf die Provinz überspringen werde.

Aber um das Verhalten der Genossenschaften richtig zu beurteilen, muß man nicht die zahlreichen einzelnen Nachrichten

[1] Vgl. S. 267 ff.

beachten, die wie Funken überall hervorsprangen, sondern man muß fragen, wie sich die entscheidenden Kassen im polnischen Banksystem verhielten.

Man kann nämlich im Netz der polnischen Genossenschaften gewisse natürliche Knotenpunkte unterscheiden, das heißt größere Kassen, die auf ihre Umgebung einen bedeutenden Einfluß haben [1].

Den einen Mittelpunkt bilden die Volksbanken in Schrimm und Schroda (im polnischen Zentrum der Provinz). Beide waren Großaktionäre der Verbandsbank. In beiden Banken aber zeigte sich eine bemerkenswerte Abneigung gegen die Zentrale. In Schroda wurde die Genossenschaftsleitung wegen ihrer Stellung zur Zentralbank interpelliert und es erfolgte eine sehr unerquickliche Auseinandersetzung in der Presse. — In Schrimm — wo der Prälat Wawrzyniak selbst Direktor der Volksbank war — fand ein ähnlicher Disput statt, der ebenfalls zu öffentlichen Erörterungen führte.

Einen zweiten Knotenpunkt bildet im Süden der Provinz die alte Volksbank in Ostrowo (Bank Ludowy).

Hier zeigte sich ebenfalls Mißtrauen [2], das auch in der Volksbank des Nachbarkreises (Pleschen) zu lebhaftem Ausdruck kam [3].

Nur die Genossenschaften in Westpreußen, die von der Bank Ludowy zu Löbau beeinflußt werden, scheinen sich der allgemeinen Hetze nicht angeschlossen zu haben, denn der polnische Arzt Rzepnikowski, der in Westpreußen eine beträchtliche Rolle spielt, trat im September 1900 (auf dem Verbandstage zu Thorn) sehr energisch für die Verbandsbank ein.

Alles in allem war die Haltung der Genossenschaften zum mindesten kühl, wenn nicht feindselig. Wawrzyniak bat deshalb die Genossenschaften in einem öffentlichen Schreiben, sie möchten

---

[1] Vgl. Schlagwörterverzeichnis: „Hauptbanken, polnische".

[2] Im Aufsichtsrat der Kasse wurde verlangt, daß keine neuen Aktien der Verbandsbank gekauft werden.

[3] In Pleschen beschloß der Aufsichtsrat, keine Aktien der Verbandsbank zu kaufen, „da er die Unterbringung von Kapitalien in Aktien der Verbandsbank nicht für nützlich und zweckmäßig hielt".

die Schwierigkeit der Lage berücksichtigen und wenigstens in den kritischen Wochen kein Darlehen beanspruchen.

Von einer Hilfsaktion der Genossenschaften war nicht die Rede.

B. Die Privatkundschaft.

Welcher Art die Beziehungen zur Privatkundschaft waren, die bei den Genossenschaften so böses Blut machten, ist aus der vorhergehenden Darstellung schon zu ersehen. Die Verbandsbank hatte sich sehr energisch am Baugeschäft in der aufblühenden Stadt Posen beteiligt, hatte Zwischenkredite von beträchtlicher Höhe gewährt und durch ihre Tätigkeit dem polnischen Wirtschaftsleben sicherlich bedeutende Vorteile gebracht.

Eins von diesen Geschäften aber fiel so sehr auf, daß es besonders zu erwähnen ist. Der Maschinenfabrikant Cegielski hatte mit dem Direktor der Verbandsbank vereinbart, daß die Bank die Wechsel, die er von seinen Kunden erhielt, diskontierte. Dagegen hatte er sich verpflichtet, ausschließlich mit der Verbandsbank zu arbeiten.

Da nun Ende der neunziger Jahre die Unternehmungslust allenthalben groß war, beschloß Cegielski, seine Fabrik auszubauen und in eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von einer Million Mark zu verwandeln. Der Vereinbarung gemäß sollte die Verbandsbank der Genossenschaften das Unternehmen finanzieren. Im Laufe der Zeiten erreichten nun die Darlehen, die die Bank zur Einrichtung der Fabrik gewährte, die Höhe von 700 000 Mk.[1].

Da die Verbandsbank selbst nur ein Aktienkapital von 500 000 Mk. besaß, erschien solche Kreditgewährung an ein einziges Industrieunternehmen reichlich hoch. Nicht aber diese Tatsache erbitterte, sondern es kam hinzu, daß der Fabrikant Cegielski, dem ein so großer Kredit eingeräumt wurde — Vorsitzender des Aufsichtsrates der Verbandsbank war.

[1] Diese im März 1900 öffentlich getane Behauptung hat Wawrzyniak in seiner Erklärung im April desselben Jahres nicht geleugnet, sondern indirekt zugegeben, indem er in bezug auf Cegielski schrieb: „Darin, daß man jemandem viel leiht, ist nichts Schlimmes zu erblicken."

Selbst der Prälat Wawrzyniak, der „Kurator" der Bank związku, der im Kampfe der Bank nach Kräften beistand, scheint die Kreditgewährung nicht gebilligt zu haben, denn obwohl er in seiner öffentlichen Erklärung betonte, daß er die Fabrik Cegielski für „ein sehr gesundes Unternehmen" halte, machte er doch die nachdrückliche Bemerkung, daß er für die Kreditgewährungen der Bank nach § 13 der Statuten nicht verantwortlich sei: „Die Gewährung von Darlehen aus der Verbandsbank der Genossenschaften fällt nicht in mein Bereich."

Wer die Bilanzen der Verbandsbank prüft, findet darin seit 1900 50000 Mk. in Aktien der Maschinenfabrik Cegielski. Es sind fünfzig Aktien, die keinen Kurs haben, da die Maschinenfabrik bisher noch keine Dividende verteilt hat. — Aus dieser Bilanznotiz ist die Meinung entstanden, die Verbandsbank habe bei jenem großen Finanzgeschäft im Jahre 1900 bedeutende Verluste erlitten und trage in den fünfzig Aktien noch die Erinnerung an jene Verluste im Portefeuille. Jedoch in Wahrheit scheint die Bank — abgesehen von den fünfzig Aktien, die wohl keine glückliche Anlage sind — damals keine großen Verluste erlitten zu haben, da die Kredite durch Hypotheken und Bürgschaften sichergestellt waren.

Die Schwierigkeit bestand nur darin, die ausgeliehenen Summen flüssig zu machen, um den Forderungen der Deponenten zu genügen. Deshalb wurden die Schuldner der Bank zur Zahlung aufgefordert, Wechsel präsentiert und auf diese Weise die gegen Wechsel ausgeliehene Summe um eine volle Million verringert [1].

Jedoch die Geldbeschaffung von den Schuldnern der Bank ging natürlich nicht so schnell vonstatten, wie es in den peinlichen März- und Aprilwochen nötig war. Vielmehr mußten zur Abwendung einer Katastrophe andere Mittel angewendet werden.

[1] Ende 1899 hatte die Bank in Portefeuille:
812 Wechsel über 4292746 Mk.,
Ende 1900: 719 „ „ 3240138 „

C. Die Bankbeziehungen.

In solcher Lage mußte besonders auf die Bankbeziehungen der polnischen Verbandsbank ein interessantes Licht fallen.

Auffallend war, daß die übrigen polnischen Banken in Posen sich unfähig oder unwillig zeigten, über die Verlegenheit hinweg zu helfen. Die Generalversammlung der polnischen Gewerbebank bedeutete geradezu eine Protestkundgebung gegen die Bank związku. Ein besonders energischer Gegner des Direktor Kusztelan und des Prälaten Wawrzyniak stellte zunächst fest, die Leitung der polnischen Gewerbebank habe definitiv beschlossen, keine neuen Aktien der Verbandsbank anzukaufen[1]. Dann wurde in sehr breiter und lebhafter Weise klargelegt, daß die Gewerbebank von der Existenz der Verbandsbank nicht den geringsten Nutzen habe. — Ferner wurde auf die großen Industriegeschäfte hingewiesen, die über die Kräfte der Bank związku hinausgingen und von einer Genossenschaftszentrale besonders ängstlich hätten vermieden werden müssen. Man stellte fest, daß sich die Bank in Spekulationen eingelassen und die Gewerbebank kein Interesse daran habe, diese Spekulationen mit ihrem Kapital zu fördern. Es wurde weiter erwähnt, daß der Prälat Wawrzyniak als Kurator der Bank einen Druck auf die einzelnen Genossenschaften ausübe, um Geld herbeizuschaffen, und schließlich wurden einige erklärte Gegner der Verbandsbank mit großer Stimmenmehrheit in den Aufsichtsrat der Gewerbebank gewählt.

Die zweite polnische Bank in Posen, die als Stütze hätte in Betracht kommen können, war die Bank wloscianski, die polnische „Bauernbank". Sie besaß damals 600 000 Mk. Aktienkapital und 1 300 000 Mk. Depositen. Zwischen dieser Bank und dem Genossenschaftsverbande bestand von altersher ein Gegensatz. Jedoch selbst wenn die Bank hätte eingreifen wollen, war ihre Aktionsfähigkeit gerade damals einigermaßen beschränkt, denn ihr Depositenbestand verminderte sich seit einigen Jahren (während

[1] Also eine Erneuerung des Beschlusses, der ein Jahr vorher die Periode der Verlegenheit eingeleitet hatte. Vgl. S. 281.

die Depositen der Verbandsbank schnell zugenommen hatten) und außerdem war ein beträchtlicher Teil ihrer Mittel (600 000 Mk.) in kleinen ländlichen Hypotheken festgelegt.

Da nun gerade damals sehr wohl möglich war, daß die Panik sich auch in dem Deponentenkreise der Bank wloscianski fühlbar machen werde, mußte die Bauernbank auf ihre eigene Liquidität achten und kam für die Bedürfnisse der Bank związku kaum in Betracht.

Drittens die Bank Kwilecki, Potocki & Co. in Posen, ein altes polnisches Bankhaus (Kommanditgesellschaft auf Aktien), befand sich 1900 in einer höchst prekären Lage und war dem Zusammenbruch bedenklich nahe. Von Dividende war dort schon lange nicht mehr die Rede gewesen, das Jahr 1900 aber brachte sogar einen so großen Verlust, daß die Firmeninhaber Grafen Kwilecki auf Oporowo und auf Kwilcz nicht weniger als 200 000 Mk. à fond perdu zahlten, um eine Unterbilanz zu verhindern. Die Firma besaß nämlich in Wronke eine Sirupfabrik, die im Geschäftsjahr 1900/1901 über 320 000 Mk. Verlust auswies, und suchte eifrig nach einem Käufer, da die reparaturbedürftige Fabrik allzugroße Summen verschlungen hatte und man weitere Verluste befürchtete.

Daß dieses altbewährte Bankhaus mit seiner verdeckten Unterbilanz keine Stütze in der Not sein konnte, bedarf keiner Erklärung [1].

[1] Wie die Bilanz der Firma von dem Verlust der Sirupfabrik völlig beherrscht war, zeigte folgende klägliche Gewinn- und Verlustberechnung, die sich auf das Geschäftsjahr 1900/01 bezieht:

Saldo von 1899/1900 . . .			71 828	Mk.,
Effektenkonto			10 034	„
Kommissionskonto			40 105	„
Zinsenkonto			61 290	„
Einzahlung der Firmeninhaber à fonds perdu			200 000	„
Handlungsunkosten	40 797	Mk.,		
Einrichtungskonto	39	„		
Sirupfabrik Wronke	329 988	„		
Saldo	12 432	„		

Es ergibt sich also das lehrreiche Resultat, daß die Verbandsbank unter ihren polnischen Schwesterinstituten ganz isoliert stand und im eigenen System keine Hülfe finden konnte. Aber selbst wenn der Zustand der polnischen Institute besser gewesen wäre, hätte doch die gegenseitige Hilfe keine Sicherheit geboten, denn bei der erregten und geängstigten Stimmung in Posen mußte jede polnische Bank auf ihre eigene Liquidität bedacht sein.

Um schließlich die Beziehungen zu deutschen Banken zu charakterisieren, genügen wenige Worte. Die polnische Verbandsbank galt in den Posener Finanzkreisen damals als unsolide; in auswärtigen, zumal in Berliner Finanzkreisen, war die Bank związku fast unbekannt.

Selbstverständlich hatte sie mancherlei Geschäfte mit Bankiers abgewickelt. Aber alles das waren zufällige Beziehungen, die angeknüpft wurden, um wieder getrennt zu werden.

Zu alledem kam, daß kurz vorher in Posen eine große deutsche Bank gegründet worden war, die unter Kontrolle der Regierung (in Verbindung mit der preußischen Seehandlung) stand und ein weit größeres Anlagekapital hatte, als alle vier polnischen Banken in Posen zusammen besaßen. Diese Konkurrenz zog schnell einen großen Teil der Posener Finanzwelt in ihre Kreise und schwächte so indirekt die Position der Bank związku.

Nur von einer Seite kam unerwartet eine erhebliche Hilfe. Die Polenbank in Beuthen (Oberschlesien) sandte im März und April nach Kräften Gelder nach Posen. Sie beschränkte ihre Kreditgewährung in Oberschlesien, zog nach Möglichkeit Depositen und Wechselbezahlungen heran, um der Verbandsbank zu helfen.

Achtes Kapitel.

Die Sanierung der Verbandsbank.

Als einige Jahre später ein polnisches Blatt daran erinnerte, daß sich die Verbandsbank im Jahre 1900 „am Rande des Abgrunds befand," erklärten Direktor und Aufsichtsrat sehr energisch, ihre Bank habe sich niemals in einer Gefahr befunden.

Das so zurückgewiesene Blatt nahm von der Erklärung gebührend Kenntnis und stammelte nur etwas von „freier Meinungsäußerung". Dann aber fügte der polnische Redakteur ironisch hinzu, man würde im polnischen Finanzsystem bald dahin kommen, daß die Leiter der Banken „einfach die Redakteure zusammentrommeln und ihnen Weisungen erteilen."

In der Tat hatten die Polen Ursache, jene kritischen Wochen möglichst in Vergessenheit zu bringen. Denn es hatte sich für jeden, der sehen konnte, deutlich gezeigt, daß ein geringfügiger Stoß genügte, um der Zentrale des polnischen Finanzwesens ernste Ungelegenheiten zu bereiten und um das ganze polnische Wirtschaftsleben zu beunruhigen.

Ein geringfügiger Stoß hatte genügt; denn geringfügig war die Belastung, die solchen Schrecken verursachte, zweifellos. Der Stoß war durchaus nicht völlig unvermutet gekommen, sondern schon seit März 1899, also seit einem vollen Jahre sprach man öffentlich über beunruhigende Vorgänge und die Bankleitung wußte genau, daß dieses Gerede von einer großen Industriefinanzierung nicht grundlos war. — Man hatte

also Zeit, sich durch den Ankauf liquider Effekten auf einen Stoß vorzubereiten.

Ferner war der Stoß auch keineswegs so wuchtig, wie man zuerst besorgte. Die Panik sprang nicht auf die Provinz über, die großen Kassen in Gnesen, Löbau, Schrimm, Ostrowo blieben von der Depositenkündigung unberührt, und alles in allem wurden knapp zwei Millionen Mark gekündigt.

Jedoch schon diese Belastung genügte, um offenbar zu machen, daß die Bank, die nur eine halbe Million eigenes Kapital besaß, mehrere Millionen fest angelegt hatte; daß die Beziehungen zu den angeschlossenen Genossenschaften schlecht waren, ja beinahe feindlich; daß die Verbandsbank außerhalb des eigenen Systems keine starke und zuverlässige Stütze besaß und daß die Forderung einer für das polnische Finanzwesen verhältnismäßig kleine Summe genügte, um die Bankleitung zu verzweifelten Anstrengungen zu treiben. — *So sah damals der Unterbau der polnischen Zentralbank aus.*

Der Beginn besserer Verhältnisse datiert vom September des kritischen Jahres. Der Führer der westpreußischen Polen, ein bewährter Finanzmann, erklärte auf dem Verbandstage der polnischen Genossenschaften[1], die Bank związku müsse vor allem ihr Aktienkapital erhöhen, wenn sie ein gesundes Finanzinstitut werden wolle. Es gelang ihm, die Delegierten der polnischen Genossenschaften zu überzeugen, daß es eine Torheit sei, die Aktienemission der Zentralbank durch Resolutionen und Verdächtigungen zu erschweren. Vielmehr müsse jede Genossenschaft den zehnten Teil ihres Vermögens *in Aktien der Bank związku anlegen.*

Hiergegen wurde geltend gemacht, die Übernahme von Aktien bedeute eine Festlegung des genossenschaftlichen Kapitals[2].

---

[1] September 1900 in Thorn.

[2] Die Aktien der Bank związku dürfen nur mit Genehmigung der Direktion und des Aufsichtsrates verkauft werden. Man will auf diese Weise verhindern, daß die Aktien an die Börse und vielleicht in deutsche Hand kommen.

Um das Bedenken zu beseitigen, gab man den Genossenschaften statutarisch das Recht, jederzeit bei der Verbandsbank Darlehen zu einem ermäßigten Zinsfuße bis zur Höhe der in ihrem Besitze befindlichen Aktien aufzunehmen.

Unter diesen Bedingungen gelang es, die Genossenschaftsdelegierten zu überzeugen und so wurde im September 1900 auf dem Thorner Verbandstage der Beschluß gefaßt:

„Der Verbandstag empfiehlt den Genossenschaften Aktien zweiter Emission der Verbandsbank mindestens in Höhe eines Zehntels des eigenen Vermögens zu übernehmen."

Damit war die Erhöhung des Aktienkapitals auf eine Million Mark gesichert. — Doch noch immer erschien die Basis nicht breit und fest genug. Denn vom Zeitpunkt der Erhöhung des Aktienkapitals nahm der Umsatz in sämtlichen Konten solche Ausdehnung an, daß er eine doppelte bis dreifache Vergrößerung erreichte und wiederum trat ein Mißverhältnis zwischen dem eigenen und dem fremden Kapital ein:

	Eigenes Kapital	Fremdes Kapital
1901 . . .	1 262 000 Mk.	5 600 000 Mk.
1902 . . .	1 298 000 „	8 600 000 „
1903 . . .	1 348 000 „	10 600 000 „
1904 . . .	1 420 000 „	14 000 000 „

so daß das fremde Kapital 1904 zehnmal so groß war, wie das eigene.

Die wachsende Entwicklung der fremden Kapitalien verlangte also eine weitere Erhöhung des Grundkapitals und so stellte der Patron der Genossenschaften 1904 auf dem Verbandstage zu Gnesen den Antrag, das Kapital auf drei Millionen Mark zu erhöhen. Die Genossenschaften sollten verpflichtet werden, von diesem Kapital drei Viertel zu übernehmen, damit der Einfluß der Privataktionäre nicht zu stark werde.

Einstimmig wurde dieser Antrag angenommen.

Der zweite Teil der Sanierungsarbeit bezog sich auf das unleidliche Verhältnis, das zwischen der Verbandsbank und vielen

Genossenschaften bestand und während der Krisis so peinlich zutage trat.

Der Prälat Wawrzyniak hat als Vertreter der Genossenschaften seit 1900 offenbar die Leitung der Verbandsbank viel stärker beeinflußt als vorher. Vor der Krisis wurde Wawrzyniak zuweilen über wichtige Vorgänge nur „benachrichtigt", ohne daß er selbst dabei mitwirkte. So hat er z. B. den entscheidenden Beschluß, daß die Verbandsbank Aktien der von ihr finanzierten Maschinenfabrik Cegielski übernehmen solle, erst nachträglich als vollendete Tatsache erfahren, und man gewinnt den Eindruck, daß der Direktor Kusztelan gemeinsam mit dem ihm befreundeten Vorsitzenden des Aufsichtsrates Cegielski in dem Gefühl, eine „Bank Kusztelana" zu leiten, gewirtschaftet hat.

Diese Situation änderte sich nach der Krisis vollständig. Der Patron setzte durch, daß die Genossenschaften einen bequemen Kredit (Kontokorrent) erhielten und nicht genötigt seien, für jede Summe einen Wechsel zu senden. Er erlangte ferner eine Statutenänderung, die ihm als Vertreter der Genossenschaften einen größeren Einfluß ermöglichte. Er bewirkte späterhin, daß die Verbandsbank einen Fonds von 200 000 Mark konstituierte, um notleidenden Genossenschaften billigen Kredit zu gewähren. Vor allem aber sorgte er mehr als früher, daß die Verbandsbank wirklich in erster Linie den Genossenschaften diente, und nicht einigen Privatunternehmern.

Wie sich infolgedessen das Verhältnis zwischen Verbandsbank und Genossenschaften änderte, wird jeder bemerken, der Gelegenheit hatte, einen Blick in das polnische Bankwesen zu werfen. Fast jede Genossenschaft hat heute ihr Konto: „Bank związku", und es ist nicht ein vernachlässigtes Konto, sondern eine lebhaft in Anspruch genommene Verbindung.

Die größeren Banken der Provinz üben zugleich durch ihren beträchtlichen Besitz an Aktien einen richtunggebenden Einfluß in der Generalversammlung. So besitzt z. B. die Bank ludowy in Schrimm allein für 150 000 Mark Aktien, d. h. den 20. Teil

des gesamten „stimmberechtigten" Kapitals. Die Bank ludowy in Znin etwa 100 000 Mark, die Bank in Schroda 60 000 Mark, Mogilno 50 000 Mark usw. Insgesamt sind etwa 2 400 000 Mark in Händen der Genossenschaften, so daß also der früher so starke Einfluß der Privatpersonen völlig zurückgedrängt ist.

Also ist die Verbandsbank seit 1900 eine wirkliche Genossenschaftszentrale geworden, — ohne daß sie darauf verzichtete, bei Güterkäufen, im Baukredit und bei Industrieunternehmungen eine Rolle zu spielen.

Schließlich aber ergab sich aus der Krisis von 1900 noch eine heilsame Folge. Eine polnische Bank in Oberschlesien hatte, wie wir sahen, im März und im April bedeutende Beträge nach Posen zu Hilfe gesandt. Die Erinnerung an diese willkommene Sendung war so stark, daß man sich seitdem unablässig bemüht hat, die Geschäftsbeziehungen zwischen der Posener Verbandsbank und den oberschlesischen Polenbanken zu pflegen. — Obwohl die oberschlesischen Banken nicht zum polnischen Verbande gehören, suchte man sie doch nach Kräften in den Kreis des Kreditsystems hineinzuziehen. Schon im Frühjahr 1901 begab sich der Prälat Wawrzyniak nach Oberschlesien, hielt dort in den polnischen Banken Revisionen ab und nahm in Beuthen an einer Konferenz teil. Im Februar 1902 erwarb die Beuthener Bank für 50 000 Mark Aktien der Posener Verbandsbank. Später beteiligten sich auch die anderen polnischen Banken in Oberschlesien an der Übernahme solcher Aktien: die Bank ludowy in Kattowitz kaufte für 50 000 Mark, die Bank in Siemianowitz für 20 000 Mark, ebenso die Ratiborer und die Gleiwitzer Bank ludowy. Die Banken in Königshütte und Zaborze, und die Parzellierungsgenossenschaft in Beuthen übernahmen je 10 000 Mk. und Oppeln 6000 Mk., so daß alle Banken zur Zentrale in Posen in Beziehung traten und bei ihr akkreditiert wurden.

Diese Geschäftsverbindung war und ist für beide Teile von erheblicher Bedeutung, denn die schlesischen Volksbanken haben in den Jahren der Anfeindung, wo sie mit der Möglichkeit eines Ansturms rechnen mußten, erhebliche Summen gegen Ver-

zinsung bei der Posener Zentrale bereit legen können. — Die Posener Zentrale aber empfand es als wichtige Stütze, daß gerade in den Sommermonaten — die im landwirtschaftlichen Genossenschaftssystem einen starken Geldbedarf verursachen — von Schlesien erhebliche Überschüsse abgegeben werden konnten.

Die Bank ludowy zu Kattowitz besaß in der Posener Verbandsbank Einlagen, die allmählich (mit Schwankungen) auf 300 000 Mark stiegen.

Die Bank ludowy zu Beuthen besaß Einlagen, die allmählich auf 710 000 Mark stiegen.

So brachte die Berührung des landwirtschaftlichen Posener Kreditsystems mit dem industriellen schlesischen Kreditsystem die Vorteile eines natürlichen Ausgleiches.

Neuntes Kapitel.

Die Beziehungen der polnischen Verbandsbank zur deutschen Hochfinanz.

Seit überall in Deutschland die bei den Kreditgenossenschaften deponierten Spargelder in schneller Entwicklung steigen, fragen sich die Führer des Genossenschaftswesens: Was soll werden, wenn eines Tages politische Unruhen oder wirtschaftliche Kalamitäten kommen?

Diese Frage ist in den letzten Jahren immer lebhafter und immer allgemeiner erörtert worden. Auf den Verbandstagen, in den genossenschaftlichen Blättern, in den Sitzungen der Aufsichtsräte, in den Generalversammlungen, in den Konferenzen der kontrollierenden Behörden, überall wird darüber gesprochen und debattiert: und schließlich endet jedes Gespräch mit der unsicheren Frage: Wie sorgt man für Liquidität?

Nicht aus der Armut ist das Gespenst der „Illiquidät" entstanden, sondern es ist eine Folge der Geldfülle. Die Milliarden — es sind heute bereits Milliarden — die von den Mitgliedern der unteren und mittleren Stände, von Arbeitern, Handwerkern, Dienstboten usw. in die Genossenschaften gegeben werden, bringen solche Gefahr. Denn die Leiter der Banken müssen die eingezahlten Summen irgendwie verwerten, irgendwie anlegen und können daher nicht täglich die Gelder bereithalten, die ihnen täglich abgefordert werden können. Wie sorgt man für Liquidät?

Dasselbe Problem, ihr Kreditsystem liquide zu erhalten, muß die polnische Verbandsbank lösen. — Um das zu er-

reichen, suchte sie seit der lehrreichen Krisis von 1900 Beziehungen zu großen Banken, die außerhalb des polnischen Systems stehen.

A. Die deutschen Hypothekenbanken.

Wir sahen, daß die polnische Zentralbank seit Mitte der neunziger Jahre in den Kampf um städtische Grundstücke eingriff, der zwischen den Deutschen und Polen überall in der Provinz Posen entstand. Wir sahen, daß die polnische Zentralbank vor allem es war, die den polnischen Unternehmern Baugelder gewährte und so eine Reihe moderner Miets- und Geschäftshäuser entstehen ließ; wir hörten, daß der Zentralbank im eigenen Lager der Vorwurf gemacht wurde, sie überspanne mit diesen Grundstücksgeschäften ihre eigene Tragfähigkeit und wir beobachteten sogar, daß eine Panik im Frühjahr 1900 ausbrach, weil bekannt wurde, daß die polnische Zentralbank im Baugeschäft zu große Summen anlegte.

Aus dieser Enge gab es zwei Auswege. Entweder konnte die Zentralbank auf die lohnenden und national wichtigen Baugeschäfte verzichten — oder sie mußte versuchen, für solche Unternehmungen, die ihrer Natur nach schwer realisierbar sind, die Kapitalien deutscher Hypothekenbanken heranzuziehen.

Niemand wird es erstaunlich finden, daß die Bank związku spólek zarobkowych den zweiten Weg vorzog. Und gerade nach der Krisis von 1900 bot der Zustand des deutschen Wirtschaftslebens hierfür die beste Gelegenheit. Denn seit 1900 legte sich über Deutschland eine Depression, eine Erschlaffung des Unternehmungsgeistes nach dem beispiellosen Aufschwung, der von 1895 bis 1900 angedauert hatte. Man baute weniger als früher, man beschäftigte weniger Arbeiter, man zahlte geringere Löhne, und infolgedessen ließ die Geldknappheit nach. Der Reichsbankdiskont, der im Winter 1899 auf 7 % emporgestiegen war, sank auf 3 %. Das Geld wurde „billig", Geldfülle trat an Stelle der Knappheit, und während vorher die Banken nicht

genug Geld aufbringen konnten für die Anlagen, die sich überall boten, mußten jetzt die Bankinstitute nach einigermaßen lohnenden Anlagen *suchen*.

In der Provinz Posen hingegen hatte die Wirtschaftskrisis nur vorübergehend die Unternehmungslust gedämpft, der Aufschwung begann bald, weil Posen durch den Nationalitätenkampf immer neue Anregungen erhielt. Die preußische Regierung sowohl wie die Polen sorgten dafür, daß die allgemeine Erschlaffung im Osten schnell beseitigt wurde. Man baute, man kaufte dort weiter — denn man kämpfte.

Infolgedessen hielt sich der Zinsfuß im Osten etwas höher als in den übrigen Teilen, und das anlagebegierige Kapital strömte dorthin, wo man ½ % mehr verdienen konnte.

Von diesem deutschen Geldstrom, der sich seit 1900 dem polnischen Wirtschaftsleben zugewendet hat, macht man sich einen Begriff, wenn man mit folgendem Kommentar die Straßen Posens durchwandert:

Wer durch die Hauptstraßen Posens geht und zu seinem Erstaunen viele neue, elegante Geschäftshäuser und Mietshäuser sieht, die von Polen für Polen erbaut sind, und die in ihrer modernen, sauberen Bauweise der Stadt einen „deutschen Charakter" geben, mag sein Erstaunen über diesen Aufwand mäßigen; denn fast alle diese Häuser sind erbaut mit Hilfe der Gelder deutscher Hypothekenbanken.

Man glaube nicht, daß es sich hier um geringfügige Summen handelt. Zu dem Prachtbau des Bazar Poznanski hat eine außerpreußische Hypothekenbank eine Million gegeben. Für das polnische Gewerbehaus Dom Przemyslow gab dieselbe Bank über eine halbe Million. Dieselbe Bank hat eine Häuserreihe polnischer Unternehmung mit 225000 Mark, 220000 Mark, 200000 Mark, 120000 Mark, 150000 Mark beliehen, und für andere polnische Neubauten 300000 Mark, 350000 Mark und 600000 Mark gegeben.

Eine andere — ebenfalls außerpreußische — Hypothekenbank hat einem polnischen Führer den Erwerb eines vielumstrittenen

Hauses erleichtert, [indem sie ihm 400 000 Mark zur Verfügung stellte', dieselbe hat 1/4 Million in ähnlicher Weise geliehen usw. usw.]

Diese großen glatten Summen sind ohne Ausnahme an Stelle kleiner Hypotheken getreten, die nicht annähernd die Höhe der heutigen Beleihung erreichten. Wo früher 50 000 bis 100 000 Mark standen, die zum Teil aus polnischen Witwen- und Rentnerkapitalien gegeben waren, stehen heute 250 000 bis 600 000 Mark, die ausschließlich aus deutschen Hypothekenbanken stammen.

Solche Erhöhung der Summe konnte erfolgen, weil infolge der Entwicklung die Grundstückspreise und Mietszinsen schnell gestiegen waren.

Allein in der Stadt Posen wurden auf diese Weise nicht weniger als vierzig Millionen Mark in den letzten Jahren angelegt. Einen ähnlichen Andrang deutschen Kapitals aber findet man in den kleinen Städten des Ostens, deren Entwicklung schon beim ersten Anblick ein stärkeres Hervortreten polnischer Geschäfte, polnischer Läden, polnischer Handwerksbetriebe zeigt.

Auch hier sind zum Teil polnische Hypothekengelder durch die deutschen Bankbeleihungen frei geworden, zum größten Teil aber wurde durch die Entwicklung der Städte, durch die Verbesserung des Verkehrswesens eine erhebliche Erhöhung der Beleihung ermöglicht.

Vergleicht man die so herbeigeströmten Summen mit den früher von deutschen Kapitalisten gemachten Beleihungen, so ergibt sich, daß etwa 80 % der neu gegebenen Millionen einen baren Zuschuß zum polnischen Wirtschaftsleben bedeuten!

Die maßgebendste Vermittlerin aber in diesen Transaktionen war und ist die polnische Verbandsbank, die teils selbst, teils durch die angeschlossenen Genossenschaften überall in Posen und Westpreußen Baugelder als sogenannte Zwischenkredite gewährt und nach Beendigung der Gebäude für eine hypothekarische Beleihung Sorge trägt. Infolge zahlreicher Vermittlungen und Beziehungen ist die Bank nicht nur imstande, den polnischen

Grundstücksbesitzern möglichst günstige Bedingungen zu verschaffen, sondern die polnische Zentralbank kann vermöge ihrer ausgebreiteten Kenntnis auch den anlagesuchenden deutschen Banken günstige Gelegenheiten nachweisen. Infolgedessen ist die Bank związku in der Tat eine Macht auf dem ostdeutschen Hypothekenmarkte geworden.

B. Die deutsche Großbank.

Durch diese Entwicklung ist die Verbandsbank zweifellos beweglicher, liquider geworden. Jedoch die Liquidität war damit noch keineswegs genügend gesichert. Die polnische Zentralbank brauchte notwendig Beziehungen zu einer großen Effektenbank, die außerhalb des polnischen Systems steht und im dauernden Geschäftsverkehr als „Ausgleichsstelle" dient.

Nun stand die Bank związku seit 1896 in Geschäftsverbindung mit der preußischen Zentralgenossenschaftskasse[1], die zu dem Zwecke gegründet worden ist, den Verbandsbanken als „Ausgleichstelle" zu dienen, d. h. überschüssige Gelder aufzunehmen und Kredit zu gewähren.

Jedoch die Beziehungen zwischen Preußenkasse und Polenbank waren nicht sehr freundlicher Natur, und der Finanzminister Miquel wurde, wie wir sahen, durch Presse und Parlament gedrängt, den Polen mancherlei „Bedingungen" zu stellen und ihnen den geschäftlichen Verkehr nach Möglichkeit zu erschweren. In der Krisis von 1900 hatte sich deutlich gezeigt, daß die Polen von der Preußenkasse nicht den geringsten Beistand zu erwarten hatten, und während der Patron der Genossenschaften noch kurz vorher sich bemüht hatte, die Beziehungen zu verbessern und deshalb in Berlin Verhandlungen führte, gab er noch 1900 alle Bemühungen als vergeblich auf.

Einige Jahre schleppte sich der unerquickliche Verkehr noch

[1] Vgl. S. 236 ff.

hin und im Jahre 1903 lösten die Polen ihre Beziehungen zur Preußenkasse in Berlin.

In demselben Jahre faßten die Polen den Plan, sich nach einer besseren und zuverlässigeren Bankverbindung umzusehen, die unabhängig wäre von politischen Bedenken und die der polnischen Zentralbank den Zugang zum allgemeinen Kapitalmarkt sichern könne. Hierfür kamen natürlich die Banken im Osten nicht in Betracht, da sie teils viel zu klein waren, um für eine weit ausschauende Entwicklung Gewähr zu bieten und teils — wie die Ostbank in Posen — zur Stärkung des Deutschtums ins Leben gerufen waren und wenigstens indirekt von den Behörden kontrolliert wurden. Nur eine große unabhängige Effektenbank, die im Mittelpunkte des Kreditverkehrs stand, wenn möglich eine Berliner Großbank, konnte für die Polen in Frage kommen.

Jedoch die polnische Zentralbank konnte unmöglich auf ein besonders freundliches Entgegenkommen in Berlin rechnen. Denn obwohl die Bank związku hier und da bei ihren Hypothekengeschäften, Effektenkäufen und Überweisungen mit verschiedenen Banken in Berührung gekommen war, war sie doch im großen und ganzen in der Berliner Finanzwelt unbekannt. Erkundigte sich aber ein Berliner Bankier bei Posener Geschäftsfreunden nach dem Rufe der polnischen Firma, dann hörte er manches Ungünstige . . . Denn in Posen war noch in aller Erinnerung der Sturm, der 1900 auf die Schalter der polnischen Zentralbank veranstaltet war, und die Angriffe, die — sogar in der polnischen Presse — gegen die Leiter der Bank związku erhoben wurden. Man wußte, daß die Bank Finanzunternehmungen gewagt hatte, von denen einige das Anlagekapital der Bank beträchtlich überstiegen und man erzählte sich auch, daß die Direktion sich im Jahre 1900 mit ihren Wechseln hilfesuchend an deutsche Institute wendete.

Zu alle dem kam, daß die Bank sich als eine strenge Vertreterin der nationalpolnischen Wirtschaftsbewegung schon

durch ihre Firma: „Bank związku spolek zarobkowych“ präsentierte.

Der Ruf war also nicht der beste und dementsprechend war die Aufnahme in Berlin kühl.

Als sich gegen Ende des Jahres 1903 die Polen bei einer unserer bedeutendsten Großbanken darum bemühten, daß ihre Anweisungen regelmäßig honoriert würden, stellte man dem polnischen Institut unbequeme Bedingungen. Man verlangte für jeden Betrag, den die deutsche Großbank auf Rechnung der Polen zahlen würde, nicht nur eine hinreichende Deckung durch Bargeld und Effekten, sondern man gewährte auch für polnische Guthaben nur die geringe Verzinsung von 2 %.

Es ist leicht zu erkennen, daß die Polen bei dem Arrangement dauernde Verluste erlitten, denn sie hatten die Gelder, für die sie nur 2 % erhielten, ihren Gläubigern mit $3^1/_2$ % zu verzinsen. Aber die Polen mußten sich zunächst in diese Lage fügen, weil sie in Berlin vorläufig eine bessere Aufnahme nicht erwarten konnten. Niemand hatte Anlaß, den Polen bessere Bedingungen zu gewähren, da es höchst zweifelhaft erschien, ob die polnische Bank, die damals nur ein Aktienkapital von einer Million hatte, überhaupt ein schätzenswerter Kunde sei.

Diese kühlen Beziehungen änderten sich jedoch bald aus folgenden Gründen:

Erstens konnte die Bank związku infolge der „Sanierung“, von der ausführlich die Rede war, ihren Ruf in der Finanzwelt bessern. Sie erhöhte ihr Aktienkapital auf 3 000 000 Mk. und — was noch wichtiger war — sie regelte ihre Beziehungen zu den polnischen Genossenschaften in Posen, Westpreußen und auch Oberschlesien derart, daß sie wirklich zur Zentral- und Ausgleichsstelle dieses großen Banknetzes wurde. Während sie vorher nur dem Namen nach den Genossenschaften gedient hatte und sich viel intensiver mancherlei Privatgeschäften widmete, wurde sie infolge der Sanierung aus einer kleinen Privatbank eine wirkliche ansehnliche Genossenschaftsbank.

Das kam natürlich den deutschen Geschäftsfreunden bald

zum Bewußtsein, denn die Berliner Finanz war jetzt nicht mehr auf die Posener Gerüchte angewiesen, sondern konnte direkt beobachten, daß die Bank związku sich als tüchtige Finanzkraft bewährte. Während man noch vor wenigen Jahren in Berlin die Achseln zuckte, wenn man von der „polnischen Bank" sprach, kann man heute von den in dieser Frage am besten orientierten Finanzleuten hören, sie fänden „die Bank sehr gut organisiert und geleitet" und „alle Transaktionen hätten einen sehr noblen Anstrich".

Die Folge dieser verbesserten „Meinung" war, daß sich den Polen Gelegenheiten boten, in günstigere Geschäftsverbindungen zu treten, und einige polnische Genossenschaften machten auch davon Gebrauch. Selbstverständlich nutzte die Direktion der polnischen Zentralbank diese Lage aus und forderte von der Berliner Großbank günstigere Bedingungen, damit sie in der Lage wäre, ihre Aufträge in Berlin zu vergrößern, was ja im Interesse beider Parteien lag.

Man muß hier nämlich in Betracht ziehen, daß der Bankverkehr mit dem polnischen Finanzwesen sogar für eine deutsche Großbank recht wichtig werden kann. Denn das polnische Finanzsystem ist in der Lage, infolge seiner natürlichen Bedingungen — von denen sogleich die Rede sein wird — *bedeutende Summen aufzubringen, und zwar gerade in den Zeiten der allgemeinen Geldknappheit, die in Deutschland bei lebhafter Industrieentwicklung unseren Großbanken viel Schwierigkeiten macht.*

Die Erklärung hierfür liegt in verschiedenen Momenten:

Erstens ist das polnische Finanzwesen nicht, wie man meinen könnte, mit einem Gefäß zu vergleichen, in dem entweder Geldmangel oder Geldfülle herrscht, sondern die polnischen Banken repräsentieren *zwei verschiedenartige Sammelbecken*, von denen das eine (Posen-Westpreußen) wesentlich dem landwirtschaftlichen Kredit dient, während das andere (Oberschlesien) wesentlich industriell ist.

Es ist nun bekannt, daß die Kreditbewegungen in ländlichen Gebieten einen ganz anderen Rhythmus zeigen als in städtischen und industriellen Gegenden. So hat z. B. der Wechselverkehr der „Preußenkasse" mit „Verbandskassen" überwiegend städtischen Charakters den bekannten Quartalrhythmus:

Eingereichte Wechsel.

April	1
Mai	2
Juni	3

und diese charakteristisch zunehmende Gliederung wiederholt sich in normalen Zeiten von Quartal zu Quartal:

Juli	1
August	2
September	3

Im Gegensatz hierzu sieht die Wechselbewegung im Verkehr mit „Verbandskassen" überwiegend ländlichen Charakters folgendermaßen aus:

Eingereichte Wechsel.

April	2
Mai	1
Juni	3

also eine Abnahme im Mittelmonat des Quartals, die ganz typisch ist. Man sieht, daß der ländliche Rhythmus ein ganz anderer ist als der industrielle und städtische.

Da nun die Polen über zwei Banknetze verfügen, von denen das eine im wesentlichen dem landwirtschaftlichen Kredit dient, das andere den Bewegungen folgt, die im Industriegebiet herrschen, können sich beide Sammelbecken nicht nur gegenseitig ausgleichen, sondern die beiden Gruppen können einander auch zu Hilfe eilen, was ja in der Tat mehrfach geschehen ist.

Beide Gebiete aber bilden die Klientel, den Untergrund der Bank związku, die in Berlin mithin formell für ihre Firma, in Wirklichkeit

hingegen für das gesamte polnische Doppelsystem Anschluß an den Kapitalmarkt suchte.

Hierzu kommt ein zweites Moment. So verschiedenartig auch die Kreditverhältnisse in Posen-Westpreußen und in Schlesien sind, haben doch die Kassen beider Gebiete in ihren Einnahmen wesentlich mit Arbeitersparnissen zu rechnen, die in Schlesien in Form von Depositen, in Posen-Westpreußen aber mehr in Form von Zinsen und Amortisationsquoten einlaufen.

Diese Amortisationszahlungen sind nicht von Quartal zu Quartal fest normiert, sondern es steht dem Arbeiter frei, in Zeiten hoher Löhne sofort und schnell zu amortisieren, während ihm in schwierigen Monaten Aufschub gewährt wird.

Infolgedessen haben die Genossenschaftskassen der Polen in Zeiten lebhafter Industrieentwicklung beträchtliche Bareinnahmen. Wenn nun auch Bauunternehmer, Handwerker usw. einen Teil dieser Summen beanspruchen, um die günstige Konjunktur auszunutzen, so ist doch der Andrang nicht so groß wie bei den deutschen Kassen, weil im polnischen Wirtschaftsringe große Fabrikbauten, Industrieunternehmungen usw. eine geringe Rolle spielen. Der polnische Wirtschaftsring ist ja sogar im oberschlesischen Industriegebiet so abgeschlossen in sich, daß er eine eigene Zinspolitik treiben kann[1]. Er empfängt also in Zeiten lebhaften Aufschwungs von außen zwar die große Welle der Lohnerhöhungen und Lohnvermehrungen, weil so viele industrielle Arbeiter zum polnischen Wirtschaftsring gehören; aber er erleidet nicht in so hohem Maße die Geldentziehung, weil so wenig industrielle Unternehmer zum polnischen Wirtschaftsring gehören.

So kommt es, daß die polnischen Banken gerade in den Zeiten der Industriehausse, wenn allgemeiner Geldmangel herrscht, bedeutende Summen flüssig machen können.

Diese Fähigkeit der Polen zeigte sich recht deutlich in den Zeiten, in denen in Berlin das Geld teuer war. In solchen Monaten können die Polen sogar unseren ersten Großbanken

[1] Vgl. Schlagwörterverzeichnis: „Zinspolitik".

erhebliche Dienste leisten; denn selbst Bankdirektoren, die über 100 und 150 Millionen Mark Aktienkapital und entsprechende Depotgelder verfügen, sind Ende Oktober oder November eines Haussejahres froh, wenn sie eine bare Million zu ihren Kassenschaltern locken können. So hat z. B. eine der größten deutschen Effektenbanken[1] es für lohnend gehalten, Briefe in polnischer Sprache abzufassen, um bei den Leitern polnischer Banken in der Provinz Posen besseres Verständnis zu finden. Der Brief, der reichlich mit orthographischen und grammatischen Fehlern versehen, an polnische Volksbanken gerichtet war (datiert vom 27. Oktober 1905), lautete folgendermaßen[2]:

„W mniemaniu, że się Panowie obecnie w posiadaniu leżących pieniędzy znajdują pozwalamy sobie Laskawym Panom offerte przedłożić, nam sumy do pieniężnych operacyów przez report przeznaczć.

Na miesiąc listopad jesteśmy w stanie 4 i pól proc. przy natychmiastowm przyzeczeniu przydzieliyć.

Aby Panów w pieniężnych interesach blizej objasnic pozwalamy sobie na to zwrócic uwagę, że przy gieldzie w operacyach pieniężnych i w zakupach effektów w koncu kazdego miesiąca regularne pieniężne wymagania się tworzą, które przez pozyczki na effekti w koncu pierwszego do konca drugiego miesiąca zadowolnione będą. Za takie przydzialy, mianowicie w czasach, w których pieniężne

---

[1] Es handelt sich hier nicht um diejenige Großbank, die den Polen als Ausgleichstelle dient, sondern um eine andere Großbank.

[2] Übersetzung: „In der Meinung, daß Sie gegenwärtig in Ihrem Besitze müßige Gelder haben, erlauben wir uns den verehrten Herrschaften die Offerte zu machen, daß Sie uns die Summe zu Geldgeschäften überweisen.

Für den Monat November sind wir in der Lage, 4½% bei sofortiger Überweisung zu zahlen.

Um Ihnen diese Geldgeschäfte näher zu erläutern, erlauben wir uns, Ihre Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß an der Börse zu Geldoperationen und zum Ankauf von Effekten am Ende jedes Monats regelmäßig eine Nachfrage nach Geld eintritt, die durch Darlehen auf Effekten vom Ende eines Monats bis zum Ende des nächsten Monats befriedigt wird. Für

wymagania się tworzą, wiele więcej placemy jak w regularnych czasach ablo w regularnych interesach.

Sumy, które nam do takich operacyów będą przydzielone musza i to nie mniej jak M. 25 000 najpozniej po ostatniego dnia terazniejszego miesiąca byc w naszym posiadaniu i do ostatniego dnia następujacego miasiąca w naszym posiadaniu pozostać.

Przytem muszemy wymienic, ze takie nam przydzielone sumy my na konto korrent wpisujemy tak, że my tylko dluznikami naszych kundów jestemy i ostatni od naszych wlasnych interesnów są wykluczeni. Samo przez się rozumiemy, że takowe interesa zawsze idą na nasz rachunek.

Gdyby Panowie zechcieli z naszej offerty, korzystac, proszemy o odwrotne doniesienie sumy, która nam eventualnie ma byc przeznaczona.

Takze bylibysmy przychylni do Panskiego zyczenia, gdyby nam sumy na dluzej jak jeden miesiąc zostaly przydzielone. W takich radzach dajemy wiecej procentu,

---

solche Geschäfte werden, zumal in Zeiten, wo Geldmangel herrscht, weit höhere Zinsen gezahlt als in regulären Zeiten und für reguläre Geschäfte.

Die Summen, die uns für solche Operationen zur Verfügung gestellt werden, müssen — und zwar nicht unter 25 000 Mark — spätestens am Letzten dieses Monats in unserem Besitz sein und bis zum Letzten des folgenden Monats zu unserer Verfügung bleiben.

Dazu möchten wir noch bemerken, daß wir solche uns überwiesenen Summen auf Kontokorrent schreiben, so daß nur wir die Schuldner unserer Kunden und letztere an unseren Geschäften nicht beteiligt sind. Es versteht sich von selbst, daß solche Geschäfte immer auf unsere Rechnung gehen.

Wenn Sie von unserer Offerte Gebrauch machen wollen, bitten wir, um umgehende Angabe der Summe, die uns eventuell zur Verfügung steht.

Ebenso würden wir Ihren Wünschen entsprechen, wenn uns die Summen auf längere Zeit als einen Monat zur Verfügung gestellt werden sollen. In solchen Fällen gewähren wir einen höheren Prozentsatz, der natürlich von der Größe der Summe und von der Zeit abhängig ist; wir senden eventuell eine besondere Offerte.

In Erwartung Ihrer werten Antwort verbleiben wir

mit Hochachtung

— — — — — — —"

ktory naturalnie zalezny jest od wysokosci sumy i czasu, i wysylamy eventualnie odpowiednie osobne offerty.

W oczekiwaniu laskawej odpowiedzi pozostajemy

Z uszanowaniem

— — — — — — —"

Ich führe den Brief an, weil man aus der Tatsache, daß eine der größten deutschen Banken sich in Deutschland der polnischen Sprache bedient, erkennen kann, daß die Polenbanken von unseren ersten Finanzmännern als schätzenswerten Kunden angesehen werden, besonders wegen ihrer Fähigkeit in Zeiten der Geldknappheit Gelder flüssig zu machen.

Solche Leistungsfähigkeit der Polen ist natürlich die Grundbedingung für eine weitere Ausbildung ihrer Bankbeziehungen in Berlin. Denn allein nach dem Grundsatze do ut des wird hier gehandelt, und die Polen können nur dann auf Entgegenkommen rechnen, wenn sie selbst etwas bieten.

Wie ist nun dieses do ut des zwischen den Polen und der Großbank, die ihnen als Ausgleichstelle dient, heute beschaffen?

Die Polen müssen, wenn in ihrem System nicht unbequeme Stockungen eintreten sollen, in dauernder Geschäftsverbindung stehen mit einem Institut, das sich außerhalb des polnischen Wirtschaftsringes befindet, also durch die Eigenbewegungen des polnischen Kredits nicht in Mitleidenschaft gezogen wird. Für solche Bankverbindung aber müssen vor allem vier elementare Erfordernisse zutreffen, damit der Verkehr für die Polen wirklich Wert haben kann:

Erstens muß die Bank durchaus unabhängig sein von politischen Einflüssen, finanziell sicher und stets liquide.

Zweitens brauchen die Polen eine angemessene Verzinsung ihrer Guthaben, um ohne Verluste erhebliche Summen stehen lassen zu können.

Drittens brauchen die Polen gelegentlich einen gedeckten Kredit zu günstigen Bedingungen in genügender Höhe.

Viertens müssen diese Geschäfte dauernd und stetig erfolgen. Es muß der polnischen Verbandsbank also ein dauerndes Konto eröffnet werden. Denn nur bei Stetigkeit und Regelmäßigkeit des Bankverkehrs können die Polen durch das Hin- und Herschieben von Effekten und Bargeld die Großbank als Ausgleichstelle benutzen.

Prüfen wir die vier Kardinalforderungen!

I.

Die Großbank muß durchaus unabhängig sein von politischen Einflüssen, finanziell sicher und stets liquide.

Man findet bei wohlhabenden Polen heute noch die Neigung, ihre Geldangelegenheiten in London, Paris oder Wien zu erledigen, denn die deutschen Banken werden einigermaßen mißtrauisch betrachtet. Manche deutschen Banken in Posen sind zu klein, andere gelten für „germanisatorisch" und auch zu den großen Berliner Banken fehlte lange aus politischen Gründen das rechte Vertrauen.

Mit dieser Stimmung muß man rechnen. Denn wenn auch die meisten Polen sich allmählich entschlossen haben, ihre Gelder in Deutschland unterzubringen, so lebt doch noch der alte Verdacht, und in dem Momente, da man empfindet, daß etwa die Regierung in die Entwicklung des polnischen Finanzwesens eingreifen will, werden sogleich viele Millionen abfließen, zunächst wahrscheinlich nach Bayern, dann aber auch ins Ausland.

Der Verkehr der Polen mit der deutschen Großbank findet daher in der Voraussetzung statt, daß dieses angesehene und bedeutende Institut von politischen Einflüssen unabhängig sein wird.

Aus diesem Grunde hat die polnische Zentralbank Anschluß gesucht, und daß die Polen Vertrauen gewonnen haben, ist am besten daran zu erkennen, daß einige Jahre später eine zweite polnische Bank (die Bank wloscianski zu Posen) ebenfalls in dauernde Geschäftsbeziehungen zu derselben Großbank trat, und daß sich polnische Privatleute diesem Zuge anschließen.

An dieser Stelle also beginnt das polnische Kreditwesen in das große deutsche Bankwesen hineinzuwachsen. Die Verbindung ist noch jungen Datums, sie kann jederzeit gelöst werden. Aber sie kann sich auch entwickeln, denn auf deutscher und polnischer Seite sind die Elemente zu solcher Entwicklung vorhanden, und das geschäftliche Interesse besiegt den Rassenhaß.

Als im Dezember 1905 einiges über die Bankverbindung der Polen in die Öffentlichkeit drang[1], wurde in der deutschen Presse mit Lebhaftigkeit die Frage gestellt, ob es nicht dringend notwendig sei, solche Verbindungen, die zur Befestigung des polnischen Systems dienen, abzuschneiden.

Hierauf möchte ich, bevor dem Leser die auf den folgenden Seiten mitgeteilten Einzelheiten zu Augen kommen, zunächst folgendes antworten:

Deutsche Polenpolitiker haben schon häufig darauf hingewiesen, daß die von Polen für Polen geleiteten Institute allmählich ein völliges selbständiges System bilden, welches den preußischen Polen eines Tages die politische Selbständigkeit erleichtern wird[2]. Man hat die These aufgestellt: „Wirtschaftliche Selbständigkeit führt zur politischen Selbständigkeit."

Ich will nun hier nicht untersuchen, ob und wie weit dies Schlagwort richtig ist. Vielmehr will ich annehmen, die Richtigkeit jenes Wortes sei erwiesen, sei selbstverständlich. Ja, ich will sogar noch hinzufügen, daß viele Polen in der Tat der Meinung sind, ein selbständiges Wirtschaftssystem werde ihnen eines Tages eine sichere Basis für die politische Selbständigkeit bieten.

Aber in solchen Dingen ruhen natürliche Entwicklungsgesetze, die meist stärker sind, als alle politischen Schlauheiten. Denn ein Finanzsystem, das auf der Arbeit eine Bevölkerungsminorität von 3½ Millionen Menschen ruht, kann sich, sobald es zu

[1] Ich hielt am 8. Dezember 1905 in Berlin einen Vortrag über die wirtschaftlichen Kräfte der Polen, in dem ich die Beziehungen zur deutschen Großbank erwähnte.

[2] Tatsächlich ist es den Polen ganz unmöglich, ein selbständiges, in sich geschlossenes polnisches Wirtschaftssystem zu schaffen, wie sich schon aus den in diesem Kapitel mitgeteilten Tatsachen ergibt.

einiger Reife gelangt, nicht mehr „abschließen", sondern es braucht, sofern es auf eine Entwicklung nicht verzichten will, Finanzanschluß an ein größeres System.

Die Polen können wohl aus ihren Genossenschaften alle „Fremden" verdrängen, sie können ihre Banken „rein polnisch" leiten — aber sie müssen sich trotzdem irgendeinem größeren Netz anschließen.

Vor 15 oder 20 Jahren konnte man noch an die Bildung eines in sich ruhenden, abgeschlossenen polnischen Wirtschaftslebens in Deutschland glauben. Sicherlich hat seitdem die Freundschaft zwischen Deutschen und Polen nicht zugenommen und dennoch suchten die Polen Anschluß an eine deutsche Großbank, weil das „Ruhen in Sich" ihrem ausgebildeten Finanzsystem unmöglich geworden ist.

Wenn jetzt eine höhere Gewalt eingreift und dieses neugeknüpfte Band zerreißt, bleiben den Polen zwei Möglichkeiten:

Entweder können sie unter Anwendung von Kontomanövern mit Hilfe von Strohmännern den gleichen Zweck erreichen. Oder sie suchen Anschluß an eine bayrische Bank, im Notfalle auch an eine ausländische. Höchstwahrscheinlich würden die Polen beide Wege gleichzeitig betreten, sie würden in Deutschland vorsichtig verborgene Wege gehen und würden an der galizisch-russischen Grenze die schon von manchem geplante Filiale der polnischen Verbandsbank errichten.

Eine Schädigung des polnischen Verbandswesens wäre das sicherlich. Denn die Spesen würden so verteuert werden, daß manche täglichen Geschäfte unmöglich würden. Aber die Hauptverbindungen, die die Polen zur Sicherung ihrer Liquidität brauchen, ließen sich trotzdem herstellen und die Polen gewinnen dadurch eine größere finanzielle Selbständigkeit und eine vermehrte kommerzielle Geriebenheit. Schließlich würden die Polen dabei, so peinlich ihnen der Schritt im ersten Moment wäre, an wirtschaftlicher Kraft nur erstarken.

Dies alles möge der Leser vorsichtig bedenken, ehe er jetzt die

folgenden Einzelheiten über den Verkehr der polnischen Zentralbank mit der deutschen Großbank liest.

II.

Die Polen brauchen eine angemessene Verzinsung ihrer Guthaben, um ohne Verluste erhebliche Summen stehen lassen zu können.

Die Fehler, welche die polnische Zentralbank in früheren Jahren begangen hat, beruhten zum großen Teile, wie wir gesehen haben[1], darauf, daß bei plötzlichem Geldbedarf nicht genügend realisierbare Mittel bereit lagen. Wie unbequem und schwierig es für die Polen war, überschüssige Gelder schnell realisierbar und doch zu angemessenen Zinsen anzulegen, ist aus der Geschichte der Bank związku deutlich zu erkennen.

So klagten z. B. die Bankleiter in ihren Berichten, daß sie oft genötigt waren, bedeutende Beträge bei der Reichsbank ruhen zu lassen. Die Reichsbank aber zahlt bekanntlich für solche Gelder keine Zinsen.

Um diesen Verlusten zu entgehen, legte die Direktion der polnischen Verbandsbank, als sie längere Zeit hindurch Mittel bereit halten mußte, große Summen in preußischen Staatspapieren an, kam hierbei jedoch vom Regen in die Traufe, denn sie erlitt sehr beträchtliche Kursverluste.

Aus diesen Schwierigkeiten eine sichere, sofort realisierbare und doch angemessen verzinste Anlage für große Beträge zu erhalten, entstanden mancherlei Unvorsichtigkeiten. Diese Situation ist ja auch aus dem Leben vieler deutscher Genossenschaften wohlbekannt. Der plötzliche Zufluß von Spargeldern und die Schwierigkeit einer kurzfristigen und doch genügend zinstragenden Anlage verleitet oft zu größeren Finanzierungen und allzufesten Anlagen. Ja, es gibt Zeiten — und in dem letzten Jahrzehnt waren solche Zeiten häufig — in denen für die Genossenschaften und Genossenschaftsbanken die Hauptgefahr in der verführerischen

[1] Vgl. die Panik 1900, S. 282ff.

Geldfülle lag. „Die gefährlichste Richtung eines sich stark entwickelnden Depositenwesens ist die, daß überschüssige Gelder an eine vermeintlich liquide Zentralstelle gegeben werden, die sie ihrerseits festlegt“ [1]. Das haben wir im deutschen ländlichen Genossenschaftswesen erlebt, und auch für die polnische Zentralbank wäre das fast verderblich geworden.

Seitdem jedoch die deutsche Großbank den Polen eine angemessene Verzinsung ihrer überschüssigen Gelder gewährt und ihnen so die Möglichkeit gibt, bedeutende Summen ohne Verlust in Berlin aufzustapeln, hat sich die Anlagegefahr für die Polen erheblich verringert.

Die Vereinbarungen laufen von Monat zu Monat, so daß plötzliche Schwankungen ausgeschlossen sind und die Leiter des polnischen Finanzwesens zweckmäßig disponieren können.

Die Disposition der Polen geschieht in folgender Weise. Etwa monatlich beraten der Patron der polnischen Genossenschaften und der Direktor der polnischen Verbandsbank darüber, eine wie große Menge an Inhaberpapieren und Bargeld bei der Großbank während des folgenden Monats liegen sollen. Diese Summe entspricht nach Möglichkeit:

1. den kurzfristigen Verbindlichkeiten der Verbandsbank, über die dauernd eine genaue Übersicht geführt wird, damit entsprechend tägliche Werte bereit liegen;

2. den zu erwartenden Kreditansprüchen der polnischen Genossenschaften und der Privatkunden.

Diese Disposition ist dazu bestimmt, die Gefahren einer Panik, wie sie 1900 ausbrach, zu verhindern; die Zentralbank soll dadurch liquide gehalten werden.

Hierbei wird natürlich sorgfältig der politische Himmel beobachtet, denn die polnischen Finanzleiter sind ja in dieser Hinsicht nicht verwöhnt, sondern rechnen auf mancherlei Überraschungen.

So erwartete man z. B. im Februar 1906 eine Änderung der preußischen Ansiedlungspolitik. Verschiedene Gerüchte, die

[1] Hugenberg, Die Kreditwirtschaft des deutschen Mittelstandes S. 65.

von ernsthaften Personen ausgingen, kreuzten sich. Die einen sprachen von einer plötzlichen Sistierung der Ansiedlungskommission, die anderen von noch schärferen Mitteln, um einen Sturz der Güterpreise im Osten künstlich herbeizuführen. Damals hielt man auch in polnischen Finanzkreisen eine Erschütterung oder gar Panik für möglich und verstärkte aus diesem Grunde die Guthaben der Bank związku bei der Großbank auf über drei Millionen Mark.

Wäre also im preußischen Landtage die gefürchtete Vorlage eingebracht worden und eine Erschütterung im Osten eingetreten, so hätten die Polen sofort etwa drei Millionen Mark aus Berlin herbeischaffen können.

Daß diese Beziehung von den polnischen Führern durchaus in Rechnung gezogen wird, kann man aus einer Gerichtsverhandlung und eidlichen Zeugenaussage erkennen:

Im Frühjahr 1905 wurde der Direktor der Bank związku Dr. Kusztelan im Strafprozeß der Bank ludowy in Beuthen (O.-S.) vernommen. Es handelte sich darum, festzustellen, ob die Beuthener Bank sich im Notfalle wirklich auf die polnische Verbandsbank in Posen hätte verlassen können. Von einem Sachverständigen war behauptet worden, die Beuthener Bank befinde sich in solcher Lage, daß von ihr eine Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten nicht mit Sicherheit erwartet werden könne. Hiergegen hatte die Verteidigung geltend gemacht, die polnische Zentralbank in Posen stehe hinter der Bank ludowy und sei nicht nur imstande, ihr alle Guthaben bar zu zahlen, sondern auch bereit, ihr etwa eine halbe Million Mark Kredit zu gewähren.

Diese Behauptung bestätigte der Direktor der Zentralbank, und als er gefragt wurde, ob denn die Zentralbank selbst jederzeit genügend Mittel aufbringen könne, antwortete er unter seinem Eide, die Bank związku sei dazu imstande, denn sie stehe in Geschäftsverbindung mit einer Berliner Bank[1].

[1] Diese Zeugenaussage führte zu einer merkwürdigen Auseinandersetzung in der deutschen Presse: „Polnischerseits" — so hieß es — „soll

III.

Die polnische Bank braucht gelegentlich einen gedeckten Kredit zu günstigen Bedingungen in genügender Höhe.

Unter den polnischen Genossenschaften sind manche „reichsbankfähig", die genügend Vermögen haben, um zum Diskontverkehr zugelassen zu werden und die bei der Reichsbank ein Girokonto unterhalten.

Selbstverständlich benutzen die Polen diese Möglichkeit schon um deswillen, weil die zahlreichen Reichsbanknebenstellen ein ausgezeichnetes Verkehrsnetz bilden. Jedoch ganz allgemein ist man in polnischen Finanzkreisen auf die Reichsbank schlecht zu sprechen, und wenn man sich über den Verkehr der polnischen Zentralbank mit der Reichsbank informiert, findet man, daß trotz der schnellen und gesunden Entwicklung der Bank związku **ihr Diskontverkehr mit der Reichsbank abgenommen hat.**

Vor 1900 diskontierte die Reichsbank der polnischen Zentralbank jährlich für etwa eine halbe Million Mark Wechsel, das war eine ganz beträchtliche Menge für die polnische Zentralbank, die damals nur etwa für 10 bis 12 Millionen Mark Wechsel jährlich erhielt. Nach 1900 erhöhte sich die Summe schnell über 1 Million Mark bis auf 2,1 Millionen Mark, **ist aber in letzter Zeit wieder auf 1 Million Mark gesunken, während in der gleichen Zeit das Wechselportefeuille der polnischen Bank sich auf etwa 40 Millionen Mark jährlichen Einkauf vergrößert hat.**

---

unter Eid bekundet worden sein, daß hinter der Verbandsbank in Posen — **die preußische Zentralgenossenschaftskasse** stehe." — In Wirklichkeit hatte Kusztelan die Preußenkasse, von der seine Bank schon seit 1903 getrennt war, mit keinem Wort erwähnt. Durch die irrige Zeitungsnotiz aber wurde die öffentliche Debatte von vornherein auf einen falschen Weg gebracht: die Preußenkasse mußte sich öffentlich rechtfertigen („Berliner Korrespondenz" Nr. 31 vom 27. Juni 1905), während über die wirklich bestehende Verbindung mit der Großbank nichts verlautete.

Die Polen behaupten, die Abnahme ihres Reichsbankverkehrs habe politische Gründe. Sie klagen, daß Wechsel polnischer Banken angeblich ungern von der Reichsbank diskontiert werden. Die heute noch diskontierten Wechsel seien meist deutsche Kundenwechsel, die zufällig in die Portefeuilles polnischer Banken gelangen; eine wirkliche Kredithilfe fänden die polnischen Banken bei der Reichsbank nicht mehr. „Man sieht unsere Unterschriften nicht gern."

Ob nun wirklich hier politische Faktoren mitspielen oder ob das nur eine nervöse Illusion der polnischen Finanzherren ist, möchte ich nicht erörtern. Jedenfalls wird die politische Abneigung kaum so nackt hervortreten, daß man sie nachweisen kann. Denn die Reichsbank hat genügend formale Handhaben, um sich, ohne viel Aufhebens davon zu machen, unbequeme Kunden fernzuhalten. Sie wird über die Unterschrift: Kasa pozyczkowa kein Wort verlieren, sondern braucht nur bei kleinsten Formfehlern recht minutiös zu sein, um das Vergnügen am Verkehr zu verringern.

Doch selbst wenn der Verdacht der Polen, daß man ihre Wechsel in der Reichsbank nicht gern sehe, unbegründet ist, wird der Verkehr doch durch mancherlei rein finanzielle Bedenken erschwert.

Die polnische Zentralbank braucht zu ihrer Kreditbefriedigung meist einen Wechselverkehr mit Unterlagen. Hierbei können entweder Wechsel diskontiert werden oder die Polnische Zentralbank trassiert einen Wechsel auf ihren Geldgeber. Letztere Möglichkeit, die unter Umständen bequem ist, gibt es im Verkehr mit der Reichsbank nicht, denn sie gewährt den Wechselkredit nur als Diskont, während eine Privatbank an solche Beschränkung nicht gebunden ist.

Ferner: Die Reichsbank folgt ganz bestimmten schematischen Vorschriften in bezug auf die Unterschriften, während eine Privatbank so verfahren kann, wie sie es nach ihrer Kenntnis der Personen augenblicklich zweckmäßig findet. Auch hier also eine

größere Beweglichkeit und Toleranz, die den viel angefeindeten und „ungern gesehenen" polnischen Unterschriften besonders wohltut.

Vor allen Dingen aber zeigt sich der Unterschied in der Behandlung der Unterlagen, der Inhaberpapiere, die dem Kreditverkehr zugrunde liegen.

In dem Portefeuille der polnischen Zentralbank häufen sich nämlich leicht „slawische" Papiere, die der östliche Verkehr herbeiführt. Die Bank związku führt stets neben den üblichen deutschen Inhaberpapieren auch: Polnische Liquidationspapiere, Polnische Pfandbriefe, Galizische Propinationsanleihe (aus der Ablösung der Schankgerechtigkeit in Galizien), Pfandbriefe Galizischer Hypothekenbanken, Russische Staatsrente, Russische Eisenbahnobligationen usw., auch Bulgarische und Rumänische Werte. Alle solche Papiere werden von der Reichsbank teils gar nicht zugelassen, teils nur sehr gering beliehen, während eine Privatbank auch hier nach ihrer Kenntnis der Dinge das nehmen kann, was sie für gut hält.

Weiter: Wenn ein Schuldner der Reichsbank Effekten gegeben hat und er hält es mit Rücksicht auf die Konjunktur für zweckmäßig, bestimmte Papiere davon zu verkaufen und an deren Stelle andere zu setzen, wenn er also seinen Effektenbestand bewegen will, hat er mancherlei Schwierigkeiten mit der Prüfung, dem Ausstellen neuer Depotscheine, dem ganzen schematischen Formelwesen.

Die Privatbank hingegen führt für ihren Kunden ein Depotregister und läßt nach Kenntnis der Dinge Effekten herunternehmen und neue dafür geben, wenn es die Konjunktur verlangt. Das Effektengeschäft also wird bei der Privatbank durch eine Beleihung, eine Belastung der Effekten nicht so gehemmt, wie es bei der Reichsbank der Fall wäre.

Schließlich kommt noch in Betracht, daß der Reichsbankdiskont oft recht teuer ist, während die Privatbank ihrem Kunden einen billigeren Zins gewährt.

Alle diese Erwägungen gelten für den Verkehr der Bank związku mit der deutschen Großbank. Wenn die Polen Kredit

brauchen, diskontiert ihnen die Großbank zu einem Zinsfuß, der billiger ist als der Reichsbankdiskont, also das, was die Preußenkasse einen Diskontkredit „zu Vorzugsbedingungen" nennt, oder aber die Polen trassieren auf die Großbank [1].

Als Unterlagen geben die Polen solide Inhaberpapiere, unter denen die „slawischen" eine große Rolle spielen. Die Großbank registriert diese Effekten und vermittelt den Polen ein lebhaftes Effektengeschäft, das fast von Tag zu Tag Änderungen im Bestand der Effekten bringt.

Gelegentlich wurde in der Presse die Vermutung ausgesprochen, daß die Polen in Berlin einen sehr hohen Kredit erhalten haben. Das ist jedoch keineswegs der Fall, und wer die im vorhergehenden gegebene Schilderung liest, wird ohne weiteres einsehen, daß es sehr töricht von den Polen gewesen wäre, wenn sie ihren jungen Geschäftsverkehr gleich mit einer großen Anleihe eingeleitet hätten. Man muß sich erinnern, wie jung diese Beziehungen noch sind. Ende 1903 begann der Verkehr, 1904 und Anfang 1905 befand er sich noch im Stadium eines vorsichtigen Versuches. Erst im Laufe der folgenden Jahre wurde der Umsatz bedeutender. Diese Jahre (seit 1904) aber brachten gleichzeitig den polnischen Genossenschaften eine starke Zunahme der Spargelder. Hierzu kamen mancherlei Rücksichten auf politische Vorgänge, Verwaltungsmaßregeln der preußischen Behörden, der Beuthener Bankprozeß und gleichzeitig der begreifliche Wunsch der Polen, sich in Berlin gut einzuführen. Alles das sind genügend Gründe gewesen, die eine Ausnutzung des Kredits nicht nur unzweckmäßig, sondern auch unnötig machten.

[1] Zum Vergleiche die Geschäftsbedingungen der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse im Verkehr mit Verbandskassen eingetragener Genossenschaften: Sie diskontiert denjenigen Verbandskassen, welche die Verpflichtung übernehmen, überschüssige Geldmittel ausschließlich bei der Preuß. Zentralgenossenschaftskasse anzulegen und ausschließlich dort Kredit zu nehmen, zu folgenden Vorzugsbedingungen: 1/2 % unter dem offiziellen Wechseldiskontsatze der Reichsbank, jedoch nicht unter 1/4 % über dem Privatdiskontosatze der Berliner Börse und nicht unter 3 %, sowie ausnahmsweise nicht über 5 %.

Nein, die Polen wollen sich zunächst „einleben", sie wollen, indem sie ihre Transaktionen von einer der mächtigsten deutschen Banken besorgen lassen, der unpolitischen Finanzmacht in ihre Geschäftsführung Einblick gewähren und auf diese Weise Vertrauen gewinnen.

Sie wollen der Großbank zeigen, daß sie eine mächtige und schätzenswerte Kundschaft sind, der man in außerordentlichen Fällen schon deshalb Kredit gewähren muß, weil man sonst den guten Kunden verlieren würde.

Zu solcher Entwicklung gehört natürlich die Einrichtung eines stetigen Verkehrs und damit kommen wir zu dem letzten Punkt der Erörterung.

IV.

Die Polen brauchen einen regelmäßigen, stetigen Geschäftsverkehr. Der Bank związku muß also ein dauerndes Konto bei der Großbank eröffnet werden, damit sie die Bank als Ausgleichstelle für ihr genossenschaftliches System benutzen kann.

Diesem Erfordernis ist völlig genügt, denn das Konto, das die Großbank der Bank związku eröffnet hat, läuft in der Tat stetig und außerdem besteht ein der Bank wloscianski (ebenfalls eine Posener Bank) eröffnetes Konto. Nicht um ein Gelegenheitsgeschäft also handelt es sich, sondern um den stetigen Verkehr der Verbandsbank des polnischen Genossenschaftssystems mit einer unserer ersten Großbanken, um jenen Verkehr, den man im Dialekt des Genossenschaftswesens einen „Ausgleichsverkehr" nennt.

Jedoch die Ausdrücke „Ausgleichsstelle" und „Ausgleichsverkehr" sind so vage, daß man fragen muß, welchen bestimmten Inhalt umgreifen diese Worte.

Im Genossenschaftswesen sind im allgemeinen drei Arten von „Ausgleich" erforderlich.

Erstens der Ausgleich zwischen dem Geldüberfluß einiger Genossenschaften und dem Geldbedarf anderer Genossenschaften.

Zweitens bedeutet Ausgleich eine Vermittlung zwischen dem innergenossenschaftlichen Verkehr und dem allgemeinen Kapitalmarkt, so daß also die Genossenschaften überschüssige Summen nach „draußen" abgeben, daß sie etwa zu hohe Zinssätze im Verkehr mit der Großbank ausgleichen, ferner ihre Wertpapiere, soweit sie nicht bloß auf den genossenschaftlichen Verkehr zugeschnitten sind, kaufen und verkaufen usw.

Drittens versteht man unter Ausgleich die Hoffnung, daß die Großbank eines Tages der Verbandsbank in außerordentlichen Fällen helfen wird.

Dieser letzte Gedanke steht immer im Hintergrunde. Nicht nur die ländlichen Genossenschaften in Deutschland, die sich zum großen Teil an die Preußische Zentralgenossenschaftskasse anlehnen, sondern auch die zum Teil recht selbständigen städtischen Genossenschaften, die im Verkehr mit der Dresdener Bank (Genossenschaftsabteilung) stehen, rechnen darauf, daß sie im Notfalle bei der Großbank eine Stütze finden.

Wenn wir diese Dreiteilung des „Ausgleichsverkehrs" auf die polnische Verbandsbank anwenden, ergibt sich folgendes:

Die polnische Verbandsbank (Bank związku) ist die Ausgleichsstelle für die meisten polnischen Genossenschaften, und zwar nicht nur in Posen und Westpreußen, sondern auch in Schlesien.

Gerade die oberschlesischen Polenbanken haben solchen Ausgleich dringend nötig, da sie auf gefährlich schmaler Basis eine gewaltige Summe von Spareinlagen verwalten. Um gegen Störungen dieses etwas zu scharf angespannten Systems sicher zu sein, halten seit einigen Jahren die polnischen Volksbanken Beuthen (O.-S.) und Kattowitz bedeutende Guthaben bei der polnischen Zentralbank in Posen. Das ist die Hauptstütze des polnischen Kreditsystems in Oberschlesien für etwaige Notfälle.

„Auf den Ansturm der Deponenten", so erklärte die Verteidigung im Beuthener Bankprozeß ganz zutreffend, „war und ist die Genossenschaft seit Jahren vorbereitet. Die von Tag zu Tag feindseligere Haltung der Verwaltungsbehörden, die Aufrufe des Ostmarkenvereins in der Schlesischen Zeitung und in

verschiedenen Zeitungen des Industriebezirks, welche direkt die Vernichtung der Genossenschaft als eines der Ziele des Vereins hinstellen; die von einer großen Zahl oberschlesischer Zeitungen seit einiger Zeit systematisch betriebene Hetzjagd auf die polnischen Volksbanken, endlich und nicht am allerwenigsten die von der Konkurrenz und namentlich den Banken in Beuthen O.-S. ständig ausgestreuten Nachrichten über den Kredit derselben, haben die hiesige Genossenschaft schon lange mit der Möglichkeit eines Ansturmes rechnen lassen, und diesem kann sie auch mit Ruhe entgegensehen: In der Verbandsbank in Posen besaß die Genossenschaft nachstehende, jederzeit verfügbare Einlagen:

Am 1. Januar	1900	2190,95 Mk.
„ „ „	1901	124198,90 „
„ „ „	1902	217938,60 „
„ „ „	1903	386923,80 „
„ „ „	1904	521631,80 „
„ „ „	1905	546715,38 „

Das Verfahren wegen Bilanzverschleierung ist gegen Ende Juli 1904 eingeleitet worden. Damals lagen in der Verbandsbank 711693,75 Mark."

Man erinnert sich aus der vorhergehenden Darstellung (S. 292), daß die Beuthener Bank die erste war, die solchen intensiven Verkehr mit der Bank związku suchte, um zur Entwicklung der Zentralbank beizutragen und gleichzeitig die eigene etwas schwächliche Konstitution zu stärken. Die viel fester begründeten, zum Teil recht selbständigen Banken in Posen und Westpreußen folgten seit 1901 allmählich auf dieser Bahn, so daß die Bank związku nach und nach für ein großes Finanzsystem einen Teil der Verantwortung übernahm.

So kam allmählich der Moment, da die Bank związku trotz ihrer Kapitalerhöhung nach einem festeren Rückhalt suchen mußte, der — wie ich immer von neuem betonen möchte — nicht auf dem Borgen ruhen kann, sondern im Gegenteil auf dem Deponieren: Wie die Bank ludowy Beuthen 500000 bis

700 000 Mark nach Posen schiebt, um einen Teil der Verantwortung auf die sichereren Schultern der Verbandsbank zu legen; ganz ebenso schiebt die polnische Verbandsbank 5—6 Millionen Mark nach Berlin, um einen Teil der Verantwortung auf die weit breiteren Schultern der deutschen Großbank zu übertragen.

Das ist die eine Funktion der Ausgleichstelle. Die zweite Funktion, die eine Vermittlung zwischen dem innergenossenschaftlichen Verkehr und dem allgemeinen Kapitalmarkt herstellt, ist ebenfalls gegeben.

Vor einigen Jahren wurde in den deutschen Genossenschaftsblättern den Genossenschaften des Allgemeinen Verbandes eine Art Anleitung gegeben über den Verkehr mit der Dresdner Bank, die bekanntlich den Kreditgenossenschaften des Allgemeinen Verbandes als Ausgleichstelle besonders empfohlen wird. Darin wurde mit Recht darauf hingewiesen, wie wichtig es für beide Teile ist, daß eine Genossenschaft für ihre Transaktionen möglichst nur eine Stelle benutzt. Denn „die Großbank wird darauf achten, daß ihr die Genossenschaft diejenigen Aufträge, insbesondere Börsenoperationen zuweist, welche die Genossenschaft am Sitze der Großbank auszuführen hat, überhaupt alle die Geschäfte, welche die Genossenschaft mangels direkter Geschäftsbeziehungen nicht selbst zur Erledigung bringen kann". Die Großbank könne dann der Genossenschaft um so weiter entgegenkommen.

Dies gilt auch für das Verhältnis der polnischen Verbandsbank zu ihrer Großbank. Die Bank związku hat durchschnittlich einen Bestand von etwa 8—9 Millionen Mark Effekten (Inhaberpapiere), sie kauft und verkauft jährlich für sich selbst etwa 15—18 Millionen Mark Effekten. Außerdem arbeitet sie für einen großen polnischen Kundenkreis, der ebenfalls Effektengeschäfte macht.

Diesen Verkehr bei der Großbank zu zentralisieren, liegt im geschäftlichen Interesse beider Teile. Allmählich ist daher aus der vorsichtigen Zurückhaltung ein lebhafter Geschäftsverkehr geworden, der sich von Jahr zu Jahr ganz bedeutend gesteigert hat.

Hierzu kommt, daß die verteilten wirtschaftlichen Kräfte und Bedürfnisse der Polen fester zusammengefaßt wurden. Denn seit dem Herbst 1906 ist auch der Warenverkehr der polnischen Ein- und Verkaufsgenossenschaften in Posen konzentriert. Eine schnelle Entwicklung ist zu erwarten, weil nicht nur ein Netz von Kreditgenossenschaften vorhanden ist, das den noch ganz jungen Ein- und Verkaufsgenossenschaften als Grundlage dient; sondern weil auch durch die Bauernvereine schon seit Jahrzehnten auf den gemeinsamen Einkauf vorbereitet wird [1].

Auch diese Kaufmacht steht unter der Leitung desselben Mannes, der den Kreditverkehr der Polen regelt.

Hieraus ergeben sich für das polnische Finanzwesen sicherlich Gefahren, aber auch Chancen. Denn die Konzentration der Warenbestellungen ist natürlich ebenso sehr eine Macht auf dem Kapitalmarkte, wie die Konzentration des Kreditverkehrs, und beide werden sich um so energischer geltend machen, da sie miteinander „in Personalunion stehen".

Hierin liegt zugleich das Pressionsmittel, das die Polen der Großbank gegenüber besitzen. Denn solche Finanzbeziehungen gleichen bei aller Freundschaft doch einem stillen Ringen, die Kundschaft der Großbank ist bemüht, günstige Bedingungen zu erlangen, vor allem eine billige Provisionsberechnung, die Großbank hingegen will an dem Geschäftsverkehr verdienen.

Glauben sich die Polen unbillig behandelt, wird ihnen etwa ein Kredit verweigert, den sie nach ihrer Sicherheit zu verdienen glauben, so können sie mit der Verringerung ihres Geschäftsverkehrs drohen und sie werden um so mehr Erfolg haben, je energischer ihre finanzielle Zentralisation ist.

Die dritte Funktion der Ausgleichstelle schließlich, Hilfe in Gefahr, ist noch nicht erprobt worden und beide Parteien werden hoffen, daß sie diese Funktion niemals zu erproben brauchen.

---

[1] Trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten machte die Entwicklung der polnischen Ein- und Verkaufsgenossenschaften auch in den letzten Jahren schnelle Fortschritte. Es gibt jetzt (1914) 56 Rolniks mit etwa 8000 Mitgliedern.

Ob die Polen im Notfalle Hilfe bei der Großbank finden werden, kann niemand wissen. Denn es wird wesentlich darauf ankommen, welcher Art dieser Notfall ist; ob ernstliche Mißstände vorhanden sind oder ob nur ein vorübergehender Sturm, in welchem der Bankkredit helfen kann, zu überstehen ist. In letzterem Falle wird die Großbank vor der Wahl stehen, ob sie den Polen, wie es im Geschäftsverkehr üblich ist, helfen oder den Kunden an die Konkurrenz verlieren und zugleich ihr Ansehen, daß sie nicht nur bei den deutschen Polen, sondern auch in Galizien und Russisch-Polen genießt, einbüßen will[1].

Aber der internationale Charakter des Kapitals, der sich in diesen Beziehungen zeigt, wird noch heller durch folgende Tatsachen beleuchtet:

Im Interesse der deutschen Entwicklung ist in Posen im Jahre 1898 die deutsche „Ostbank" entstanden[2], die in Verbindung mit der Königlichen Seehandlung (Preußischen Staatsbank) steht.

Vor neun Jahren (1905) wurde ihr Aktienkapital von 8 Millionen Mark auf 18 Millionen Mark erhöht, um den Radius ihrer Tätigkeit über den ganzen deutschen Osten zu erstrecken. „Das Jahr 1905" — so hieß es im Jahresbericht — „war für unsere Bank von weittragendster Bedeutung. Unsere Absicht, den ganzen Osten als unser Arbeitsfeld zu erfassen, ist durch unsere Vereinigung mit der Ostdeutschen Bank in Königsberg i. Pr. zur Verwirklichung gelangt."

---

[1] Die oben gegebene Darstellung habe ich vor dem Erscheinen der 2. Auflage dieses Buches dem Leiter der Großbank übersandt, mit der Bitte, mich zu berichtigen, falls meine Darstellung Irrtümer enthalte. Der Herr erwiderte mir: „Ich habe den mir übersandten Teil Ihres Werkes wiederum durchgelesen und festgestellt, daß mir eine Richtigstellung nicht gelingen dürfte. Die Divergenz zwischen uns liegt in der Auffassung der bankmäßigen Betätigung, und hierbei habe ich nicht nötig, auf die meinige zu verzichten und ebensowenig ein Recht, eine entgegenstehende zu bekämpfen."

[2] Entstanden aus der alten „Provinzial-Aktienbank".

Da die Fusion nicht nur aus finanziellen, sondern auch aus nationalen Gründen notwendig erschien, hat die preußische Regierung dem Unternehmen Aufmerksamkeit zugewendet und einige der größten deutschen Effektenbanken mittels der Seehandlung veranlaßt, diese Transaktion zu unterstützen.

Hieraus entstand die interessante Kombination, daß dieselbe deutsche Großbank, die dem polnischen Finanzsystem als Ausgleichstelle dient, an der Erweiterung der deutschen Ostbank beteiligt wurde.

Die deutsche Großbank ist also in der Lage, einerseits den deutschen Machthabern zu beweisen, sie arbeite „im deutschnationalen Sinne", da sie ja die Entwicklung der deutschen Ostbank befördert und mit der Königlichen Seehandlung in Verbindung steht.

Anderseits kann sie den polnischen Machthabern beweisen, sie stehe der polnischen Entwicklung sympathisch gegenüber, da ja der polnische Fortschritt ihr eigener Gewinn[1].

---

[1] Nach dem Erscheinen dieser Schilderung wurde hinter den Kulissen der Versuch gemacht, die Beziehungen zwischen polnischem Genossenschaftswesen und deutscher Hochfinanz zu zerstören. Nicht etwa die Regierung, sondern ein bekannter ostmärkischer Privatpolitiker strebte dies an. Man sollte doch bei solchen Versuchen nicht vergessen, daß das Kapital schon seine Wege findet und sich durch politische Dilettanten nicht aufhalten und dirigieren läßt.

Dritter Teil.

Das Netz der polnischen Genossenschaften.

Zehntes Kapitel.

Die drei Typen polnischer Genossenschaften.

Durch die Logik der Bilanzen sind die Polen gezwungen worden, nur wenige bewährte Genossenschaftsformen zu pflegen und gleichsam einige Standardsysteme auszubilden, die man als Einzelzellen des ganzen Aufbaues verstehen muß.

Solche gesunde Beschränkung lag den Polen beim Beginn der Genossenschaftsarbeit noch fern; sie entwickelten in den siebziger und achtziger Jahren nirgends planmäßige Formen; vielmehr schwankte die Art ihrer Anstalten bedenklich zwischen Armenunterstützungsinstituten und den Einrichtungen kleiner Bankiers. Immerfort entstanden in den Kreisen der Genossen „Ideen", „Anregungen". Bald wollte man sich die galizischen Genossenschaften zum Vorbild nehmen, bald wieder die deutschen; bald dachte man an die Begründung von Konsumvereinen oder Meliorationsgenossenschaften, bald an die Einrichtung genossenschaftlicher Fabriken; und man kann deutlich erkennen, wie jede Neuigkeit, die irgendwo auftauchte, unter den Polen ihre Anhänger fand.

Und es blieb nicht bei den unschädlichen Projekten, sondern es wurde ernstlich experimentiert. Eine genossenschaftlich organisierte Fabrik für Wachslichter entstand, genossenschaftliche Bazare, Kaufhäuser, eine genossenschaftliche Anstalt für den Bezug und

Verkauf von Möbeln, ein genossenschaftliches polnisches Theater, Vereinshäuser alias Gasthäuser, Meliorationsgenossenschaften, Parzellierungsbanken, landwirtschaftliche Ein- und Verkaufsgenossenschaften, Fleischergenossenschaften, Druckereien; und alles das nicht etwa systematisch verteilt, sondern bald zusammengedrängt von der Nachahmungslust und Eifersucht benachbarter Orte; bald weit zerstreut und losgelöst vom großen Netz der Banken.

Die erste praktische Lehre, die dieses Durcheinander zu ordnen begann, waren die Konkurse der polnischen Konsumvereine in Schlesien. Diese Erfahrung hat sehr stark gewirkt und wurde noch dadurch ergänzt, daß auch in Posen einige Konsumvereine schlechte Erfahrungen machten. Indem die Jahresabschlüsse so als heilsame Korrekturen dienten, kamen die polnischen Verbandstage zu der Überzeugung, daß mit der Begründung solcher Institute ganz besonders vorsichtig umgegangen werden müsse. Man sah, daß in gewissen Gegenden Westpreußens die Einrichtung von Konsumvereinen wohl am Platze war, aber im allgemeinen hielt man es für zweckmäßiger, statt Konsumvereine zu gründen, lieber polnischen Kaufleuten zur Einrichtung von Läden Gelegenheit zu geben. Indem also die „Konsumvereinsbewegung" sich verringerte, betonte man um so stärker, daß die Kreditgenossenschaften nach Möglichkeit den polnischen Ladenbesitzern dienen sollten.

Noch schneller kam man von dem Gedanken zurück, polnische Fabriken auf genossenschaftlicher Grundlage zu leiten; schon die Einrichtung des Betriebes machte so große Schwierigkeiten, die Gewinne waren so gering, das Risiko war so groß, daß es heute kaum ein Mitglied in der polnischen Verbandsleitung geben dürfte, das die Anlagen von Fabriken befürworten wollte.

Auch die genossenschaftlichen Vereinshäuser und Theater machten schlechte Erfahrungen, erlitten Verluste und hatten noch dazu Schwierigkeiten mit den Behörden, so daß auch dieser Zweig der Unternehmung allmählich ausschied oder doch ganz zurücktrat.

In all diesen Fragen kam man zu dem Ergebnis, daß die Anstalten nicht genossenschaftlich zu organisieren seien, sondern

durch Privatunternehmer oder Aktiengesellschaften, aber mit Unterstützung seitens der Kreditgenossenschaften.

Schließlich blieben aus der Fülle der Ideen und Projekte nur folgende Hauptgruppen übrig:

Erstens die Kreditgenossenschaften.

Zweitens Ein- und Verkaufsgenossenschaften für die Landwirtschaft, sogenannte „Rolniks".

Schließlich drängte der Kampf um den Boden dazu, als dritte Gruppe Parzellierungsgenossenschaften zu schaffen.

Die Genossenschaften anderer Art spielen neben diesen drei Gruppen keine nennenswerte Rolle. Denn die wenigen Konsumvereine, Produktivgenossenschaften, Druckereien könnten jeden Tag durch Privatunternehmer weitergeführt werden, ohne daß die genossenschaftliche Organisation der Polen dadurch merklich verändert oder berührt würde.

Aber wir können die Zusammensetzung des polnischen Genossenschaftswesens noch weiter vereinfachen und besser verstehen, wenn wir auch Folgendes in Betracht ziehen:

Die drei Haupttypen (1. Kreditgenossenschaften, 2. Ein- und Verkaufsgenossenschaften, 3. Parzellierungsgenossenschaften), diese drei Zellenformen des Organismus, sind in ganz bestimmter Folge entstanden.

Seit vielen Jahren nämlich predigt der Patron der Genossenschaften auf den Verbandstagen und in seiner Zeitschrift („Poradnik dla Spólek") folgenden Grundsatz:

Wir haben drei Feinde zu bekämpfen: Erstens den Kreditwucher, zweitens den Wucher im landwirtschaftlichen Warenhandel (besonders Getreide- und Düngerhandel), drittens den Bodenwucher.

Wenn wir uns diesen drei Feinden zugleich entgegenstellen, sind wir in Gefahr, zu unterliegen. Bekämpfen wir daher zuerst und mit allen Kräften den Kreditwucher, um erst dann gegen die beiden andern Feinde vorzugehen.

Mit diesem Argument hat sich der Patron bis zum Ende der neunziger Jahre denen gegenübergestellt, die Genossenschaften

für den landwirtschaftlichen Warenhandel gründen wollten; und mit denselben Gründen hat er vorsichtig gebremst, als im Jahre 1901 die Begründung kleiner polnischer Parzellierungsgenossenschaften begann. Erst seit 1903 hat er diesen Instituten freie Bahn gelassen.

Die Systematik der polnischen Organisation beruht also in diesem Punkte auf einem vorbedachten Plane, was sich am deutlichsten zeigt, wenn man auf folgende Kolonnen einen Blick wirft.

Die Begründung der polnischen Genossenschaften.

Jahr	Kreditvereine	Ein- und Verkaufsgenossenschaften (Rolniks)	Parzellierungsgenossenschaften	Andere (Konsumvereine, Druckereien, Theater usw.)
1861	1 begründet			
1862	2 „			
1863				
1864	1 „			
1865	3 „			
1866	4 „			
1867	6 „			
1868	7 „			
1869	4 „			
1870	1 „			
1871	7 „			
1872	5 „			
1873	14 „			
1874	1 „			
1875	5 „			3 haben später liquidiert
1876	2 „			2 haben später liquidiert
1877	3 „			
1878				1 hat liquidiert
1879	1 „			
1880				1 „ „
1881				
1882				
1883				
1884				4 haben liquid.
1885				
1886				
1887	1 „		Kalksteinsche Genossenschaft	
1888	2 „			
1889	1 „		Kalksteinsche Genossenschaft	3 begründet
1890	2 „			

Jahr	Kreditvereine	Ein- und Verkaufsgenossenschaften (Rolniks)	Parzellierungsgenossenschaften	Andere (Konsumvereine, Druckereien, Theater usw.)
1891	2 begründet			
1892	2 „			
1893	5 „			2 begründet
1894	4 „		Spolka rolników, Posen	
1895	4 „			
1896	5 „		Bank parc., Posen	2 begründet
1897	10 „			
1898	4 „			
1899	5 „			
1900	2 „	1 in Mogilno begründet		
1901	4 „		1 in Priment begründet	
1902	5 „		1 begründet	2 begründet
1903	2 „			1 begründet
1904	10 „	3 begründet	2 „	
1905	5 „	10 „	2 „	
1906	6 „	12 „	2 „	
1907	4 „	12 „	1 „	
1908	1 „	2 „		
1909	8 „	7 „	3 „	
1910	3 „	4 „	4 „	
1911	9 „	4 „	4 „	
1912	2 „	1 „		

Die systematische Zurückdrängung der Ein- und Verkaufsgenossenschaften bis zum Jahre 1900 ist auffallend, und ebenso auffallend die plötzliche „Freigabe" dieser Anstalten, die heute einen wesentlichen Bestandteil des polnischen Verbandes bilden.

So ist es gekommen, daß die Kreditgenossenschaften, die Banki ludowy, etwa 40 Jahre Zeit hatten, sich zu entwickeln, ehe sie mit der schwierigen Aufgabe belastet wurden, ein System von Ein- und Verkaufsgenossenschaften und Parzellierungsbanken zu tragen.

Elftes Kapitel.

Die genossenschaftliche Struktur des polnischen Gemeinwesens.

Will man sich von der Struktur der polnischen Organisation eine Vorstellung machen, so muß man bestimmte Bezirke kennen und unterscheiden lernen.

Solche Kenntnis ist die Grundlage jedes ernsthaften Urteils über die polnischen Angelegenheiten; denn solange man sich nicht deutlich bewußt ist, wie die polnischen Kräfte sich verteilen und wohin sie zielen, kann man unmöglich die großen Fragen des ostmärkischen Nationalitätenkampfes verstehen[1].

A. Bezirk I.

Von der russischen Grenze bis nahe zur Mark Brandenburg zieht sich südlich der Stadt Posen ein etwa 50 Kilometer breiter Streifen. Er gehört zu den fruchtbaren Teilen der Provinz; insbesondere übertrifft seine Viehzucht den für den preußischen Staat festgestellten Durchschnitt erheblich.

Dieses Gebiet ist heute der Hauptsitz der polnischen Wirtschaftsmacht[2].

Hier wohnen insgesamt etwa 460 000 Menschen, von denen etwa 390 000 Polen sind, d. h. über 84 % Polen.

---

[1] Zum Studium des folgenden gehört die am Schlusse beigeheftete Tafel I.

[2] Der Bezirk umfaßt die Kreise: Schrimm, Schroda, Wreschen, Kosten, Schmiegel, Jarotschin, Gostyn, Koschmin, Pleschen, Teil von Posen West, Teil von Grätz.

Die Ansiedlungskommission, deren Erwerbungen hier mehr auf Kosten deutschen als polnischen Besitzes erfolgt sind, hat im Kern des Bezirkes (Schrimm, Schroda, Kosten, Gostyn) fast keinen Besitz; und auch ihre Ansiedlungen am Rande des Bezirkes sind weil wenig zusammenhängend, ohne starke Wirkung auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Distrikts[1].

Hingegen haben die Polen seit 1896 Jahr für Jahr erhebliche Teile deutschen Bodens erobert[2].

Der also zweifellos von den Polen wirtschaftlich beherrschte Bezirk ist folgendermaßen genossenschaftlich durcharbeitet[3]: Fünf große genossenschaftliche Banken, in Schroda, Schrimm (auf Karte I durch Doppelkreuze markiert), Kosten, Wreschen und Jarotschin bilden die Hauptsäulen.

Die Kasa oszczednósci in Schroda, die 1866 gegründet wurde, hat etwa 1700 Mitglieder[4].

Der größte Teil besteht aus mittleren und kleinen Bauern. 1100, hierzu kommen etwa 50 größere Wirte (Eigentümer von Rustikalgütern, Vorwerken). 250 Mitglieder sind Handwerker und kleine Fabrikanten. 300 Mitglieder gehören verschiedenen Berufen an, meist sind es Hauseigentümer, Ladenbesitzer in den Städten.

Die Mitglieder haben insgesamt etwa 775000[5] Mk. Anteile eingezahlt, so daß der tatsächlich eingezahlte Anteil pro Mitglied durchschnittlich 456 Mk. beträgt; die Summe ist in jahrelangen, zum Teil sogar jahrzehntelangen Ratenzahlungen in der Weise aufgebracht worden, das jährlich mindestens 3 Mk. eingezahlt resp. vom Darlehn abgezogen werden. Von

---

[1] Die Ansiedlungen um Schmiegel gravitieren südlich nach Lissa und Fraustadt.

[2] Siehe über den „Kampf um den Boden" in diesem Bezirk die ausführlichen Mitteilungen im zweiten Bande.

[3] Um dem Leser die Entwicklung seit dem Erscheinen der 1. Aufl. dieses Buches zu zeigen, gebe ich im Text die Zahlen des Jahres 1913 und in Anmerkungen die Zahlen der Jahre 1905 und 1907.

[4] 1905: 1350 Mitglieder; 1907: 1475.

[5] Im Jahre 1905 = 420000 Mk; 1907 = 540000 Mk.

einer abnormen, forcierten Entwicklung kann hier gar nicht die Rede sein.

Der Reservefonds beträgt 193 000 Mk., ein normaler Satz für eine über vierzig Jahre bestehende Schulze-Delitzsch-Genossenschaft.

Die Entwicklung der Depositen ließ in den ersten Jahren viel zu wünschen übrig. Der Begründer begann seine Arbeit bei dem ganz verarmten polnischen Handwerkerstand in Schroda. Erst Anfang der siebziger Jahre, als die Bank sich mit den Bauernvereinen in Verbindung setzte, entwickelte sie sich kräftiger. Bedeutenden Aufschwung brachten ihr dann die achtziger und neunziger Jahre. Durch die großen Parzellierungen, Einrichtungen von Bauerngehöften, Meliorationen der Güter, die beträchtlichen Verkehrsanlagen im Kreise wurde die Arbeitsgelegenheit von Jahr zu Jahr günstiger.

Die Kasa bietet den Spareinlegern bessere Bedingungen als die Kommunalsparkassen. Sie zahlt 4 % Zinsen und bezahlt den Zins vom Tage der Einzahlung bis zum Tage der Abhebung. Sie nimmt ohne bureaukratische Scherereien die kleinsten Beträge und zahlt auch ohne Einhaltung der vereinbarten Kündigungsfrist die Summen zurück. — Aber das Wichtigste ist doch, daß es die Bankleiter durch ihre sozial- und nationalpolitische Arbeit verstanden haben, die Kasa zu einer nationalen Angelegenheit zu machen; daher die Depositenentwicklung:

Zwanzig Jahre brauchte die Bank, um auf 500 000 Mk. Depositen zu kommen, im dritten Jahrzehnt kam sie auf 1 Million Mark, im vierten Jahrzehnt auf 2 Millionen Mark Depositen, Ende 1907 erreichten die Depositen die Höhe von 3 Millionen Mark und 1913 nahezu 4 Millionen Mark.

Ganz ähnlich ist der Entwicklungsgang des zweiten Musterinstituts in Schrimm gewesen. Während in Schroda von Szamarzewski, dem früheren Patron der polnischen Genossenschaften, der Grund gelegt wurde, verdankt die Bank ludowy in Schrimm dem Patron Wawrzyniak ihre Blüte.

Wawrzyniak war der Gehilfe Szamarzewskis, und in freundschaftlichem Wetteifer haben beide Männer für ihre Banken in Schroda und Schrimm gewirkt.

Als Wawrzyniak im Jahre 1873 die Bank ludowy in Schrimm gründete, bestanden in der Nähe bereits drei kleine polnische Kassen, die Bank ludowy in Kurnik, in Bnin und in Xions. Jedoch diese wurden wenig geschickt geleitet und haben noch heute nach fast 40 Jahren nur geringe Bedeutung.

Die Bank in Schrimm hingegen hat heute 1350 Mitglieder. Ähnlich wie in Schroda besteht der größte Teil aus mittleren und kleineren Bauern (950), hiezu kommen etwa 20 größere Besitzer.

250 Mitglieder sind Handwerker und kleinere Industrielle.

100 gehören verschiedenen Berufen an.

Die Mitglieder haben insgesamt etwa 300 000 Mk. Anteile eingezahlt, der Reservefonds beträgt 300 000 Mk. Die Depositen über 4 Millionen Mark[1].

Jede verfügt also über ein eigenes Kapital von etwa einer halben Million Mark und etwa 4 Millionen Mark Depositen.

Mit diesen Summen sind sie bei weitem die stärksten Banken im südöstlichen Bezirk. Sie konnten daher leicht je einen Rolnik (Ein- und Verkaufsgenossenschaft) finanzieren und die Bank in Schrimm sogar noch eine Parzellierungsgenossenschaft.

Hieraus entwickelte sich eine Situation, die man im Kreditwesen „Zentralstellung" nennt, das heißt: im Umkreise von Schroda und Schrimm werden kleinere Banken von den beiden großen, kapitalkräftigen Instituten gestützt, aber auch in Schach gehalten: So liegen um Schroda die polnischen Volksbanken in Kostschin, eine unbedeutende Bank (gegründet 1867, eigenes Kapital 20 000 Mk., Spareinlagen 165 000 Mk.), zweitens in Jantomischel ein mit Hilfe der Bauervereine besser ent-

[1] Ende 1905 betrugen die Anteile 200 000 Mk., die Reserven 220 000 Mk., die Depositen 2 Millionen Mk. Ende 1907 betrugen die Anteile 220 000 Mk., die Reserven 250 000 Mk., die Depositen 2 700 000 Mk.

wickeltes Institut (gegründet 1888. Eigenes Kapital 150000 Mk., Depositen 700000 Mk.).

Im Bannkreise der anderen Zentrale (Schrimm) liegen die kleinen, schlecht entwickelten Genossenschaften Kurnik, Bnin und Xions, zweitens die noch jungen, geschickt geleiteten Banken in Dolzig und Emmchen. Unter den Leitern beider Banken befinden sich sehr energische und beliebte Politiker, die es verstehen, mit ihrer Finanzarbeit die Nationalpolitik geschickt zu verbinden.

An den Grenzen des Bezirkes I wird das Doppelsystem Schrimm-Schroda durch drei Banken ergänzt, von denen die eine (Bank ludowy in Kosten) in den letzten Jahren eine so sprunghafte Entwicklung zeigte, daß sie mit über 6 Millionen Mark Depositen die beiden berühmten Banken in Schrimm und Schroda weit überflügelt hat. Gegründet im Jahre 1871 blieb die Bank ludowy Kosten lange zurück, weil sie keine bedeutenden Direktoren besaß, und weil sie der Konkurrenz der Schulze-Delitzsch-Genossenschaft in Kosten nicht gewachsen war. Vor einigen Jahren wurde bekannt, daß gegen die Schulze-Delitzsch-Genossenschaft eine polnische Agitation sich entfaltete. So gelang es dem Leiter der Bank ludowy, aus der Entwicklung dieses Instituts eine „nationale Angelegenheit" zu machen und beträchtliche Summen aus der deutschen Genossenschaft und aus den öffentlichen Sparkassen an sich zu ziehen. Der stürmische Charakter dieser Entwicklung kommt in der Bilanz zum Ausdruck, denn der großen Depositensumme von über 6 Millionen Mark (im Jahre 1905 nur 1,5 Millionen Mark; 1907: 1,8 Millionen Mark) stehen nur etwa 380000 Mk. Anteile gegenüber, und wenn die Bank ludowy Kosten heute im Bezirk I eine überragende Rolle spielt, so kann sie doch an Solidität mit Schrimm und Schroda nicht wetteifern.

Neben den drei im Bezirk I führenden Banken stehen heute die Kasa pozyczkowa Jarotschin mit 250000 Mk. Anteilen, 160000 Mk. Reserven und 2,4 Millionen Mark Spareinlagen und die Bank pozyczkowy in Wreschen mit 230000 Mk. An-

teilen, 180000 Mk. Reserven und 2,4 Millionen Mk. Spareinlagen.

Auch diese drei Institute sind ausgestattet mit Rolniks und Parzellierungsbanken und im Umkreise von etwa 20 Kilometern von einer Reihe kleiner polnischer Darlehnskassen und Rolniks umgeben, die auf der Karte bezeichnet sind.

B. Bezirk II.

Ganz anders als im Bezirk I liegen die Verhältnisse in dem sich lang hinstreckenden Südzipfel der Provinz[1]. Hier befindet sich die Organisation der polnischen Bevölkerung in einem Stadium innerer Kämpfe. Seit fünfzehn Jahren streiten dort im Genossenschaftswesen und in der polnischen Führung mehrere Gruppen heftig miteinander, und es ist zweifelhaft, ob dort die polnische Organisation jemals so befestigt und geordnet wird wie in dem I. Bezirk.

Da sich die Deutschen nördlich in Rawitsch und Krotoschin zusammendrängen, ist der Südzipfel fast in seiner ganzen Ausdehnung polnisches Sprachgebiet.

Nur der Kreis Krotoschin hat überwiegend deutschen Besitz, denn dort gehören dem Fürsten von Thurn und Taxis etwa 15000 ha, d. h. ebensoviel wie allen Polen des Kreises zusammen. Außerdem erstrecken sich noch weite Gebiete fürstlichen Besitzes, meist Waldungen und Wiesen, in den benachbarten Kreis Adelnau und machen dort mit etwa 10000 ha den größten Teil des deutschen Grundbesitzes aus. — An diese Güter schließen sich die Latifundien des Fürsten Radziwill (Grafschaft Przygodzice), die teils im Kreise Adelnau, teils im Kreise Ostrowo liegen, so daß also dem deutschen Fürsten ein polnischer Magnat gegenübersteht. — Der dritte Latifundieneigentümer ist der preußische Fiskus, dem etwa 10000 ha, meist Domänen und Forsten, im Kreise Schildberg gehören.

[1] Bezirk II umfaßt die Kreise Adelnau, Ostrowo, Schildberg, Kempen und Teile von Krotoschin.

Jedoch das wirtschaftliche und politische Leben des ganzen Bezirkes geht nicht von den Latifundien aus, sondern von den zahlreichen mittleren Gütern und den vielen tausend polnischen Bauern, von den polnischen Handwerkern und Kaufleuten der Städte.

Diese Situation ist durch die Tätigkeit der preußischen Ansiedlungskommission nicht sonderlich verändert worden. Nirgends in dem Südzipfel ist es gelungen, große zusammenhängende Gebiete deutscher Ansiedlungen zu schaffen.

Also ist die Lage des Polentums in nationaler Hinsicht scheinbar so günstig wie möglich, da ein ernsthafter Streit gegen das Deutschtum kaum geführt zu werden brauchte und die Masse der polnischen Bevölkerung von vornherein den Kampf entschied.

Jedoch um so größer sind die inneren Reibungen im Polentum, die auf zwei Tatsachen beruhen:

Erstens steht die polnische Bevölkerung des Südzipfels, zumal in Krotoschin (und auch einem Teile von Koschmin) im bewußten Gegensatz zur polnischen Zentralleitung in Posen, die ihnen nicht genügend „demokratisch" und „radikal-polnisch" erscheint.

Zweitens besteht ganz im Süden, in Adelnau, Schildberg und Kempen, ein stiller, aber heftiger Kampf zwischen den katholischen und den **evangelischen Polen.**

I.

Wie fast alle Organisationsfragen der Polen in den Genossenschaften und in den politischen Versammlungen zum Ausdruck kommen, so auch hier der Gegensatz zur Posener Zentralleitung. Auch hier stehen die Genossenschaften und die politischen Organisationen in einem „Personalzusammenhange", da ja bei politischen Entscheidungen die beherrschenden Finanzinstitute und ihre einflußreichsten Leiter nicht übersehen werden können.

Der Südzipfel wird, wie ein Blick auf die Karte zeigt, durch

zwei große Kreditgenossenschaften in Krotoschin und Ostrowo beherrscht.

Der Bank ludowy in Krotoschin gehören etwa 2200 Genossen an, deren Geschädtsanteile rund 500 000 Mk. betragen, der Reservefouds 320 000 Mk., die Depositen 4 750 000 Mk.

Diese Bank ist das einzige bedeutende polnische Institut, das sich Jahrzehnte hindurch geweigert hat, dem gemeinsamen, von Posen aus dirigierten Verbande beizutreten. Vergebens verlangte Wawrzyniak Jahr für Jahr den Anschluß Krotoschins. Das Institut blieb außerhalb des Verbandes und frondierte, weil ihm die Posener Leitung zu klerikal, zu „konservativ" und zu wenig radikal-polnisch erschien, und erst vor wenigen Jahren gelang es dem Patronat, den Anschluß der Bank zu erreichen.

Worauf beruht die Bewegung?

In Krotoschin und einigen Teilen der benachbarten Kreise (zumal in Koschmin) gehörte der größte Teil des polnischen Bodens den Bauern, die hier guten Acker bestellen und wohlhabender sind als in den meisten anderen Distrikten der Provinz. Hingegen fehlt es hier an polnischem Großgrundbesitz fast völlig; infolgedessen fallen für das Polentum um Krotoschin gewisse konservative Hemmungen fort. Andrerseits hat sich hier das polnische Gewerbe, das wirtschaftlich mit dem Bauernwesen eng zusammenhängt, im letzten Jahrzehnt schnell entwickelt. Die Handwerker, Kaufleute, Ärzte bilden die politisch führende Schicht und sind infolge der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung zu einem lebhaften Selbstbewußtsein gekommen.

Dieser kleine, selbstbewußte Mittelstand zeigte sich für alle politischen Argumente, die sich gegen Adel und Geistlichkeit richteten, empfänglich. Die volksparteiliche Presse, besonders der „Oredownik", wurde die geistige Nahrung der politischen Führer, und den Ideen dieses Blattes entsprechend begann in Krotoschin ein Kampf um die Bank ludowy, mit der Parole: „Wider die geistliche Leitung".

Der Politiker wird fragen, ob nicht in einem solchen In-

stitut, dessen Kapital stark am landwirtschaftlichen und städtischen Bauwesen beteiligt ist, natürliche Korrekturen und Gegenmächte gegen einen allzu kühnen Radikalismus liegen.

In der Tat ist dies das wichtigste Problem, und da die Polen in Preußen ganz allgemein genossenschaftlich organisiert sind, ist das zugleich eine fundamentale Frage der Politik.

Der politische Radikalismus um Krotoschin hat sich, wie es in der Natur solcher Bewegungen liegt, im Laufe der Jahre gesteigert. Etwa bis 1901 vertraten die Führer einen im Grunde recht zahmen Radikalismus, der sich gegen jede aristokratische und klerikale Bevormundung wandte, um dem wirtschaftlich selbständig werdenden Bürger- und Bauernstande Spielraum zu schaffen. Die Bewegung störte zwar die polnische „Solidarität" ein wenig, war aber kerngesund, denn die Bauern, Handwerker und Kaufleute wurden dadurch veranlaßt, sich um die Meliorationsgenossenschaft in Koschmin, die Verkehrsverhältnisse in Krotoschin und ähnliche Dinge selbst zu kümmern, und die Bank ludowy konnte bei solchem „Radikalismus" nur gewinnen. Daher war es ganz begreiflich, daß die befähigten Leiter der Bank die politische Bewegung förderten und zum Teil sogar dirigierten.

Seit 1902 jedoch verschärfte sich der Ton infolge der Vorgänge in Oberschlesien. Um dies zu verstehen, muß man sich vergegenwärtigen, daß sowohl die Deutschen wie die Polen in Krotoschin im allgemeinen für die schlesischen Vorgänge mehr Interesse haben, als für die Entwicklung in Posen selbst. Krotoschin liegt dicht an der schlesischen Grenze, die Eisenbahnverbindung mit Breslau ist günstiger als die Verbindung mit Posen. Die wichtigsten Produkte werden aus Schlesien bezogen und nach Schlesien verkauft. Viele Deutsche wie Polen lesen schlesische Zeitungen und werden dadurch in eine ganz andere Sphäre gezogen als die übrige Posener Bevölkerung.

Nirgends in Posen machte daher das Auftreten des Oberschlesiers Korfanty so großen Eindruck wie hier. Korfantys Demagogie erschien als die kräftigste Ausbildung der Polen-

bewegung. Seine Rücksichtslosigkeit gegen alles, was Autorität sein wollte, begeisterte die Kleinbürger in Krotoschin und Koschmin, und sehr bald fanden sich junge Männer, die diese Stimmung ausnutzten, insonderheit ein Arzt in Krotoschin, der sich berufen fühlte, in der Provinz Posen die Rolle eines Korfanty zu spielen.

Diese Bewegung, die vor etwa zehn Jahren zum ersten Male hervortrat, erschien vielen wie eine Offenbarung. Während die wirklichen Führer in Posen in den wirtschaftlichen Organisationen und Institutionen die Schützer der polnischen Eigenart sahen, wendete sich die junge Bewegung an die „Massen" mit Argumenten, die sich im oberschlesischen Industriebezirk bewährt haben, und die nun in Posen ihre Kraft noch einmal erproben sollten. „Wer die Verhältnisse in Oberschlesien kennt, der weiß daß unser Volk nicht mit den Preußen paktieren darf, sondern nur durch schweren Kampf gehoben und gestärkt wird. Nur die Kraft kann das Polentum erlösen. Wer da behauptet, die Polen müssen loyale Bürger sein, der hat kein Empfinden für das Polentum. Wir brauchen junge, frische Kräfte wie Korfanty[1]."

Ihre erste Machtprobe mußte diese Bewegung bei den Reichstagswahlen im Januar 1907 leisten.

Der Wahlkreis Krotoschin-Koschmin wurde seit 30 Jahren vom Prälaten Ludwig v. Jazdzewski vertreten, der sich als der gewandteste polnische Parlamentarier bewährt hat. Sein weltkundiges Auftreten, die Geschicklichkeit seines Verhandelns hat den Polen manchen Vorteil gebracht. Er gehörte zu der alten konservativ-klerikalen Richtung, hat es aber verstanden, sich auch in der demokratischen Ära zu halten.

Daß der verbindliche, aalglatte Prälat den Bürgern und Bauern von Krotoschin-Koschmin nicht sonderlich genehm sein konnte, ist leicht zu verstehen, aber man wählte ihn immer von

---

[1] Worte eines Führers der radikalen Bewegung in der Wählerversammlung am 3. Januar 1907 in Koschmin.

neuem, weil er ein traditionelles Recht darauf zu haben schien.

Jedoch vor einigen Jahren beging Jazdzewski die Unklugheit, sich im Reichstage über die oberschlesische Polenbewegung abfällig zu äußern. Sein konservativ-klerikaler Sinn fühlte sich durch die sozialistische, gegen die Geistlichkeit anstürmende Bewegung verletzt, und er ließ dies Gefühl erkennen.

Seitdem stand es für die „jungen Korfantys" in Krotoschin fest, daß Jazdzewski nicht länger ihren Wahlkreis vertreten dürfe, und so kam es im Januar 1907 zur ersten politischen Aktion der Radikalen. Das Wahlkomitee für Koschmin-Krotoschin hatte wie in früheren Jahren den Prälaten Jazdzewski als Reichstagskandidaten vorgeschlagen und stellte den Vorschlag in zwei Wählerversammlungen (Koschmin und Krotoschin) zur Diskussion.

Das Auftreten Jazdzewski in der Versammlung war nicht glücklich. Der fast siebzigjährige Prälat brachte eine Reihe von Entschuldigungen seines Verhaltens, während die jungen Opponenten durch lebhafte, agitatorische Reden die Versammlung aufreizten und die Majorität gewannen. — Jazdzewski wurde nicht wieder aufgestellt.

Wie verhielten sich die Leiter der Genossenschaften zu dieser Bewegung? Ein Vorstandsmitglied der Bank ludowy in Krotoschin gab die Erklärung ab[1], daß er zwar in seinen Anschauungen mit dem Prälaten Jazdzewski nicht übereinstimme, aber davon überzeugt sei, daß der Prälat durch sein vorsichtiges Auftreten im Parlament mehr erreiche als die Stürmer mit ihren scharfen Worten. Nirgends, soweit ich sehen kann, nahm ein Führer des Genossenschaftswesens an der radikalen Agitation in Koschmin und Krotoschin teil, im Gegenteil suchten gerade diese Männer zu mäßigen. Es ist natürlich, daß die mäßigenden Worte in der aufgeregten Volksversammlung nicht wirkten; aber man wird erst in den folgenden Jahren be-

[1] Versammlung vom 6. Januar 1907.

urteilen können, ob sich das beruhigende Schwergewicht der Genossenschaften nicht doch noch geltend macht.

Die jungen radikalen Führer können sich nämlich nur behaupten, wenn sie der polnischen Bevölkerung durch die Leitung finanzieller, wirtschaftlicher Institute imponieren. Hierbei aber geht, wie analoge Fälle beweisen, die revolutionäre Stimmung leicht verloren.

Doch wir brauchen gar nicht auf diese Zukunft zu warten. Schon gegenwärtig zeigt sich, welche retardierende Macht das Genossenschaftsnetz besitzt. Als in Oberschlesien der junge Korfanty zum ersten Male in Beuthen auftrat, flog sein Name durch ganz Oberschlesien, und in wenigen Wochen war er das Haupt einer weitreichenden Bewegung.

Die Bewegung in Krotoschin-Koschmin hingegen hat bisher trotz mehrjähriger Arbeit noch nicht auf die benachbarten genossenschaftlich geschulten Bezirke übergegriffen. Zum mindesten mußte man erwarten, daß der Kreis Pleschen, der zwischen Krotoschin und der russischen Grenze liegt, sich werde fortreißen lassen. Jedoch dort beherrschen die Genossenschaftsleiter die politische Bewegung mit großer Sicherheit. Die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder der Bank ludowy in Pleschen findet man dort als Einberufer der politischen Versammlungen, als Hauptredner und als einflußreiche Mitglieder des Wahlkomitees, und die Bevölkerung ist sich dessen völlig bewußt, daß „ihre" Bank ludowy, die ihnen manchen Vorteil bringt, zu einem großen, feinmaschigen Netz gehört, das gegen Erschütterungen und radikale Bewegung empfindlich ist.

Das Gegenstück zur genossenschaftlichen Bank in Krotoschin bildet die große kasa pozyczkowa in Ostrowo. (Siehe Karte.)

1872 begründet, entwickelte sie sich erst seit Mitte der achtziger Jahre. Ende 1912 hatte sie etwa 3000 Mitglieder zum größten Teil Bauern und etwa 300 Handwerker und Kaufleute der Stadt Ostrowo.

Die Summe der Geschäftsanteile betrug:
300 000 Mk.,
der Reservefonds: 300 000 „
die Spareinlagen: 5 500 000 „

Ostrowo ist den Polen stets als wichtiger „Außenposten" erschienen, weil dort der Übergangsverkehr nach Russisch-Polen sehr lebhaft ist. Seitdem gar nach Kalisch eine Eisenbahnlinie erbaut ist, macht das polnische Geschäftsleben in Ostrowo schnelle Fortschritte, und die Bedeutung der Bank wird dadurch noch erhöht[1]. Man kann sagen: wie Krotoschin mit all seinen Interessen nach Schlesien gravitiert, so Ostrowo nach dem Gouvernement Kalisch. Der Distrikt um Kalisch gehörte einst zu Großpolen und unterscheidet sich auch heute nicht auffallend von den benachbarten preußischen Gebieten. Während man sonst im Osten fast überall jenseits der Grenze sogleich auf eine andere Kultur stößt und der Niveauunterschied sich stets aufdrängt, ist die Art der Häuser, des Ackerbaues und der Geräte in dem Übergangsgebiet von Sliwniki nach Kalisch gleichmäßig, und die enge Verwandtschaft der Bevölkerung erleichtert den Ausgleich.

Diese Anlehnung an Russisch-Polen hat aber für die polnische Organisation eine ganz andere Bedeutung als jenes Gravitieren von Krotoschin nach Schlesien; denn sowohl die Bauernvereine wie die Genossenschaften um Ostrowo halten seit vielen Jahren fest zur Zentralleitung in Posen.

II.

Aber südlich über Ostrowo hinaus wird das Netz der polnischen Organisationen locker und weitmaschig, und dort scheint die Energie des polnischen Systems zu versagen.

---

[1] Daher die schnelle Entwicklung:
Ende 1907: 2431 Mitglieder.
Geschäftsanteile: 215 000 Mk.
Reserven: 195 000 „
Depositen: 3 000 000 „

Dieser äußerste Südzipfel, zu dem die Kreise Adelnau, Schildberg und Kempen gehören, kann fast rein polnisches Land genannt werden, und trotzdem ist es bisher der Zentralleitung nicht gelungen, es zu beherrschen.

Diese praktische Schwierigkeit zu studieren ist um so interessanter, weil der Südzipfel ein Land von Sachsengängern ist und nach einer populären Theorie die Sachsengängerei das Fundament des polnischen Wohlstandes bildet [1].

Aus Adelnau, Schildberg und Kempten wandern jährlich 10 bis 12 % der erwachsenen Bevölkerung in den Westen, d. h. jeder achte bis zehnte Einwohner ist gezwungen, seine Heimat zu verlassen, um im Westen Deutschlands, meist im Industriegebiet, für sich und seine Familie das Brot zu verdienen. Die Ersparnisse, die die Leute in die Heimat senden, sind verhältnismäßig hoch; sie dürften etwa 100 bis 150 Mk. jährlich pro Person betragen. Aber obwohl bereits vor 25 Jahren dieser nach dem Süden der Provinz fließende Geldstrom beobachtet wurde [2] und die Sachsengängerei seitdem immer noch in Blüte steht, haben sich gerade hier im klassischen Lande der Sachsengängerei die polnischen Banken und das gesamte polnische Genossenschaftswesen am wenigsten entwickelt. Hieran ist keineswegs etwa eine Nachlässigkeit der Zentralleitung oder Gleichgültigkeit

---

[1] Vgl. Schlagwörterverzeichnis: „Sachsengängertheorie".

[2] Im Jahre 1889 wurden auf Anordnung des Landrats von Adelnau für drei Dörfer die Summen festgestellt, „die aus den Rübenländern für die Anverwandten von Sachsengängern eingesandt worden sind". Das Ergebnis war folgendes: Es sind eingegangen im

April:	4361	Mk..
Mai:	7194	„
Juni:	7902	„
Juli:	7038	„
August:	8934	„
September:	2202	„
Oktober:	4934	„
Sa.	42565	Mk.

d. h. auf den Kopf des Sachsengängers 141 Mk. 85 Pf. (da 300 Personen abwanderten). Siehe Kärger, Die Sachsengängerei, 1890, S. 198.

der polnischen Öffentlichkeit schuld, vielmehr weist die polnische Presse dauernd auf die Zustände im Süden hin, und die Zentralleitung unterstützt die südlichen Banken nach Kräften. Ich konnte feststellen, daß die Bank ludowy in Schildberg, die in Adelnau, ferner der Towarzystwo pozyczkowe in Mixstadt im Jahre 1905 erhebliche Bankdarlehen aus Posen erhielten. Trotzdem schreitet die Arbeit nur langsam fort, weil eine Bevölkerung, die den Westen als ihre zweite Heimat ansieht, und aus der jährlich die besten Arbeitskräfte verschwinden, schwer zu organisieren ist.

Hierzu kommt die Verschuldung und Beweglichkeit des zerstückelten Grundbesitzes in Schildberg und Kempen. „Nach dem Bericht des Amtsgerichts Schildberg, dessen Ansicht der Landrat beigetreten ist, findet sich im dortigen Bezirk selten ein Grundstück, welches mehrere Jahrzehnte im Besitze derselben Familie geblieben ist. Der Besitzwechsel ist hier ein überaus häufiger, Seine Ursache ist der schlechte Boden, die Armut der Bevölkerung, ihre geringe Intelligenz, ihre Aussaugung durch Wucherer, ihre Überproduktion“ [1].

Die Folge hiervon ist eine Zersplitterung des bäuerlichen Grundbesitzes, die noch durch die Realteilung im Erbgange vermehrt wird.

Ganz ähnlich sieht es in Adelnau aus: „Die Verhältnisse in den meisten Ortschaften des Kreises,“ so berichtet der Landrat von Adelnau [2], „zeigt das Bild eines nahezu leistungsunfähigen Bauernstandes. Bei der Einkommensteuereinschätzung betonen die Mitglieder der Voreinschätzungskommission stets, ein Tagelöhner stehe sich besser als ein Besitzer von 50 Morgen, und tatsächlich liegt etwas Wahres darin, da die Verschuldung eine sehr große ist und deshalb viele derartige Wirte einkommensteuerfrei bleiben. Hieraus ergibt sich, wie wenig leistungsfähig noch kleinere Besitze sind . . .“

[1] Großmann, Vererbung des ländlichen Grundbesitzes in Posen, S. 20.

[2] Großmann S. 58.

Auch in Kempen ist die Zerstückelung des Bodens soweit vorgeschritten, daß die untere Schicht der Bevölkerung keine hinreichende Nahrung findet. Zwergwirtschaften auf armem Boden! Das ist das Charakteristikum der drei Südkreise, und die Macht des „unorganisierten Kredites" ist dort noch so groß, daß ein beträchtlicher Teil der Ersparnisse an Gläubiger gezahlt werden muß, ohne daß die Schuldenlast dadurch verringert wird.

Jedoch die zentralisierten polnischen Organisationen, die Bauernvereine und Genossenschaften, die auf diesem schwierigen Gebiete nur mühsam vorwärts arbeiten, wären vielleicht schon Herren der Situation geworden, wenn sich ihnen nicht gerade in den schwierigen Südkreisen eine feindliche Tätigkeit entgegenstellte: Denn der äußerste Südzipfel der Provinz ist zwar fast rein polnisch, aber wie erwähnt ist hier ein Teil der Polen evangelisch. In Adelnau, Schildberg und Kempen wohnen etwa 12000 evangelische Polen, die den katholischen Polen fremd und kühl gegenüberstehen und sich bisher von der national-polnischen Bewegung ganz fern halten. Ihre kleine Truppe zu überwinden, wäre freilich nicht schwer, wenn nicht in den südlich und westlich benachbarten schlesischen Kreisen (Groß-Wartenberg, Namslau und Kreuzberg) noch etwa 32000 evangelische Polen säßen, die mit den anderen eng verbunden sind. Diese Menschenmenge, die vom Deutschtum und vom katholischen Polentum eingeschlossen lebt, wird durch ihre isolierte Lage zusammengehalten und bildet einen natürlichen genossenschaftlichen Verband. Die evangelische Geistlichkeit hat das, besonders seit 1895, geschickt benutzt, um Kreditvereine, Ein- und Verkaufsgenossenschaften zu begründen, die nicht mit den polnischen, sondern mit den großen deutschen Verbänden zusammenhängen.

Vielleicht wird diese Organisation, die werbend vordringt, dauernd verhindern können, daß sich der einheitliche Verband des polnischen Kassenwesens des Südens bemächtigt und den Übergang nach Schlesien beherrscht.

Freilich ist das keine undurchdringliche Wand,

und der stille Kampf wird noch lange nicht entschieden sein.

Manche Polen, die an die Eroberung der Gebiete glauben, sind der Meinung, daß die evangelischen Volksgenossen sich ihnen anschließen werden, sobald sich das polnische Gemeinwesen von der Herrschaft der katholischen Geistlichkeit befreit haben wird.

C. Bezirk III.

Am interessantesten ist die Struktur des polnischen Gemeinwesens im Bezirk III[1], der sich nordöstlich der Stadt Posen hinstreckt.

Hier ist das Hauptkampfgebiet. Hier hat die Ansiedlungskommission ihre größten, zusammenhängenden Flächen gekauft und mit deutschen Bauern besiedelt. Hier haben aber auch die Polen ihre genossenschaftlichen Kräfte am stärksten gespannt.

Schon 1886/87, sogleich nach ihrer Begründung, griff hier die preußische Ansiedlungskommission in den Besitz des verschuldeten polnischen Adels ein, erwarb dazu deutsche Latifundien, so daß heute von der Gesamtfläche des Kreises Gnesen 39 %, vom Kreise Znin 28 %, von Wongrowitz 23 %, von Posen-Ost 22 %, von Mogilno 22 % der Ansiedlungskommission unterstehen.

Wie verhält sich das polnische Genossenschaftswesen solchem Anprall gegenüber?

I.

In Gnesen, dem Mittelpunkt der deutschen Ansiedlungsarbeit, besteht eine der größten polnischen Kreditgenossenschaften, die Kasa pozyczkowa. Sie wurde 1871 begründet, hat aber ihren Aufschwung erst in den letzten 1½ Jahrzehnten genommen

[1] Umfaßt die Kreise: Witkowo, Posen-Ost, Gnesen, Mogilno, Wongrowitz, Znin, Strelno, Hohensalza.

und verfügt heute über ein eigenes Kapital von 900 000 Mk. und 5 Millionen Mark Depositen[1].

Diese Entwicklung mitten im verlorenen Gebiete erklärt sich folgendermaßen: Da es den Polen unmöglich wurde, sich um Gnesen weit und gleichmäßig auszubreiten, da ihre Bauerndörfer überall durch deutsche Ansiedlungsstrecken voneinander getrennt und eingeschnürt wurden, konnte ein Netz von polnischen Genossenschaften nicht gedeihen. Die kleinen Polenbanken in Schwarzenau und Kletzko berichteten Jahr für Jahr von Mißerfolgen, und kein Pole wagte, als überall in der Provinz neue Genossenschaften entstanden, um Gnesen ähnliches zu versuchen. Infolgedessen mußten die polnischen Bauern, sofern sie auf eigene Wirtschaftsinstitute nicht verzichten wollten, ihre Kredit- und Warengeschäfte von den in der Stadt Gnesen bestehenden polnischen Banken besorgen lassen. Daß dies eine Unbequemlichkeit ist, liegt auf der Hand; aber der Nachteil wird durch manches andere aufgewogen.

Erstens und vor allem ist in diesen Gebieten des hartnäckigsten Kampfes die Erbitterung so groß, daß die Polen hier verdoppelte Anstrengung machen, sich mit Hilfe ihrer Banken zu behaupten und wenn möglich zu entwickeln. Sie scheuen daher nicht den Weg zu den wenigen Instituten, die in Gnesen arbeiten.

Zweitens aber ist gerade in dem Gnesener Kreise, wo das Deutschtum kräftig ist, der Staat bemüht, den Verkehr zu verbessern, und so wird auch den Polen der Weg zu der Kreisstadt erleichtert.

Die Folge hiervon ist die Konzentration des polnischen Kredit- und Warenhandels in Gnesen. Wer einen Blick auf die Karte wirft, sieht dort das Doppelkreuz mitten im überwiegend deutschen Gebiete[2].

---

[1] Ende 1907: Eigenes Kapital 630 000 Mk.
Depositen 3 400 000 „

[2] Eine ausführliche Schilderung der polnischen Entwicklung in dem von deutschen Ansiedlungen umschlossenen Gnesen gibt Fritz Vosberg in

Eine ganz ähnliche Erscheinung begegnet uns im nördlichen Teile des Bezirks, in Hohensalza.

In Hohensalza, wo die Deutschen schon in früheren Jahrhunderten, besonders aber seit der Mitte des 19. Jahrhunderts sich zahlreich angesiedelt haben, machen die Polen nicht wie in den angrenzenden Bezirken 80 % der Bevölkerung aus, sondern nur etwa 62 %. Da die Industriebetriebe und der Großhandel dort zum größten Teil in deutschen Händen sind und auch der Boden zu dreiviertel Deutschen gehört, neigt sich das wirtschaftliche Übergewicht hier den Deutschen zu.

Auch hier sind die Polen ähnlich wie in Gnesen durch die Unmöglichkeit, sich auszudehnen, zu einer energischen Konzentration gezwungen worden. Die Bank ludowy in Hohensalza ist daher die einzige bedeutende polnische Kasse im Kreise, verfügt aber demgemäß auch über große Mittel. Sie besitzt etwa $1^1/_2$ Millionen Mark eigenes Vermögen und 6 Millionen Mark Depositen[2].

Infolge ihrer Lage in einem besonders gewerbeentwickelten Teile Posens trägt die Genossenschaft einen anderen Charakter als die meisten Banken des polnischen Verbandes. Sie dient stärker dem Gewerbe und gilt schon seit Jahren als Stütze der polnischen Kaufleute und Industriellen.

II.

Allein der Hauptteil des polnischen Widerstandes ist damit noch nicht bezeichnet. Wendet man den Blick vom Doppelkreuz Gnesen auf der Karte einige Zentimeter nach Norden, so sieht man drei Kreuze in gleichmäßiger Entfernung voneinander, die uns andeuten, daß in Mogilno, Znin und Gollantsch beträchtliche polnische Banken bestehen, die in Verbindung mit 18 benachbarten Genossenschaften einen Riegel bilden, der sich direkt vor das gewaltige Gebiet der deutschen Ansiedlungskommission legt.

Bd. 119 der Schriften des Vereins für Sozialpolitik, den ich im Jahre 1909 herausgegeben habe. Verlag von Duncker & Humblot, München und Leipzig.

[1] Ende 1907: Eigenes Vermögen 1 000 000 Mk.
Depositen 4 230 000 „

Wer wissen will, wie heute der polnische Widerstand organisiert ist, besuche diese Gebiete. Recht dringend möchte ich das allen denen raten, die aus der Ferne erstaunt oder erschreckt die Vorgänge im Osten beobachten. Besonders aber rate ich es denen, die etwa glaubten, die Polenfrage studieren zu können, wenn sie deutsche Ansiedlungsgüter besuchten. Unsere Parlamentarier und Verwaltungsbeamten pflegen jährlich die großen deutschen Ansiedlungen um Gnesen zu besichtigen, und in Jannowitz zu bewundern, wie dort inmitten deutscher Bauerngüter eine Stadt entsteht. Allen diesen empfehle ich folgende Fahrt, die keineswegs unbequem ist und durch manche schöne Gegenden führt.

Man steige nicht in Gnesen aus, wie die meisten Ostmarkenpilger, sondern fahre noch eine halbe Stunde weiter bis Tremessen. Dort beginnt unsere Fahrt. Über Gembitz geht es nach Strelno zum Goplosee, von wo ein Ausflug zur russischen Grenze unternommen wird. Dann fahren wir nach Mogilno und von hier über Winiec nach Gonsawa, Znin, Gollantsch und Wongrowitz.

Auf dieser ganzen Tour bewegen wir uns außerhalb des deutschen Ansiedlungsgebietes in dem polnischen Bauernlande, das den Riegel bildet.

Wohnhäuser und Ställe sind hier nicht annähernd so gediegen wie im Banngebiete der preußischen Ansiedlungskommission. Die Bestellung der Äcker erscheint hier und da noch unmodern, und wir passieren manche darniederliegenden Strecken. Der sachverständige Landwirt zeigt uns, daß die Viehzucht auf den deutschen Ansiedlungsgütern besser entwickelt war als hier, aber er erkennt an, daß die polnischen Bauern doch geordnete Wirtschaften haben und offenbar im Aufschwunge begriffen seien.

Das soziale und politische Leben in diesem Riegelbezirk wird völlig von den politischen Genossenschaftsleitern beherrscht. In den Wählerversammlungen zu Tremessen, Pakosch, Znin finden wir als Einberufer und Redner Genossenschaftsführer[1]; wünscht ein

[1] Vgl. S. 258.

polnischer Handwerker, daß sein Sohn vom Marcinkowskiverein die Mittel erhalte, um eine höhere Schule zu besuchen, so wendet er sich an einen der Genossenschaftsleiter. Die Kreise Mogilno, Znin, Wongrowitz gehören zu den wirksamsten und lebendigsten Bezirken des Marcinkowskivereins[1], und fast überall in diesem Riegelbezirk sind die Genossenschaftsleiter zugleich die Vertreter des polnischen Kulturvereins. Jede genaue Nachforschung führt uns hier immer wieder, mögen wir uns in Znin aufhalten oder in Wongrowitz, auf das eigentliche Gerüst der Organisation: die Genossenschaften.

Wie schon kurz erwähnt, wird das genossenschaftliche Gerüst von drei Hauptbanken getragen: Mogilno, Znin und Gollantsch.

Die Bank ludowy in Mogilno, die 1873 begründet wurde, hat sich lange Zeit nicht entwickelt, da sie keinen tüchtigen Leiter fand, seit fünfzehn Jahren etwa, als der Prälat Wawrzyniak die Direktion selbst übernahm, datiert ihr Aufschwung. Sie hat ein Vermögen von etwa 250 000 Mk. und etwa $2^3/_4$ Millionen Mark Depositen[2]. Mit ihr verbunden ist eine große Ein- und Verkaufsgenossenschaft (Rolnik), die 1901 begründet wurde und eine Spolka ziemska.

Die zweite Hauptbank im Riegelbezirk, die Volksbank in Znin, ist ebenso alt wie die Bank in Mogilno, hat sich aber früher und ruhiger entwickelt. Infolgedessen ist das Verhältnis zwischen eigenem Kapital und Depositen in Znin günstiger (500 000 Mk. eigenes Kapital; $2^1/_2$ Millionen Mark Depositen-[3]. Auch mit dieser Bank ist eine Ein- und Verkaufsgenossenschaft verbunden, die 1904 begründet wurde.

Die dritte Hauptbank schließlich (ebenfalls 1873 begründet) besteht in Gollantsch (Kreis Wongrowitz) und hat etwa 350 000 Mk.

---

[1] In diesen drei Kreisen hat die Zahl der Mitglieder und die Höhe der Beiträge in den letzten Jahren schnell zugenommen.

[2] Ende 1907: Eigenes Kapital 150 000 Mk.
Depositen 1 800 000 „

[3] Ende 1907: Eigenes Kapital 340 000 Mk.
Depositen 1 150 000 „

eigenes Kapital und 4250000 Mk. Depositen [1]. Auch hieran schließt sich ein Rolnik.

Jede dieser drei Banken ist von 3—5 kleineren Kreditgenossenschaften und Rolniks umgeben, deren Lage man auf Karte I erkennen kann. So liegen im Bannbezirke der Bank zu Mogilno die Kreditgenossenschaften in Strelno, Gembitz, Tremessen und einige kleinere Rolniks; im Bezirk der Bank Znin die Kreditgenossenschaften: Gonsawa, Rogowo, Jannowitz (mitten im deutschen Ansiedlungsgebiet, ein Vorstoß der Polen, um die polnischen Handwerker in der von deutschen Bauern eingekreisten Stadt zu stützen); im Bezirk der Bank Gollantsch schließlich: die Kreditgenossenschaften Wongrowitz, Mietschisko und Schokken.

Der ganze Riegel, der also nordöstlich und nördlich das Hauptgebiet der Ansiedlunaskommission umklammert, enthält etwa 220000 ha Landes, d. h. ein Viertel des Regierungsbezirkes Bromberg. Die Bevölkerung besteht zu etwa 80 % aus Polen. In Strelno, Mogilno und Znin ist das polnische Land meist in bäuerlichem Besitz, in Wongrowitz schließen sich große polnische Güter an.

Was die Einriegelung der preußischen Ansiedlungskommission bedeutet, haben die Deutschen von Jahr zu Jahr deutlicher empfunden. Der genossenschaftliche Riegel: Mogilno, Znin, Gollantsch mit seinen zahlreichen Untergenossenschaften bedeutet eine so feste nationalpolnische Organisation, daß der dort reisende Deutsche fast glauben möchte, er befinde sich im Auslande. Überall polnische Sprache, polnisches Wesen; und alles Polnische so bewußt hervorgekehrt, so absichtlich betont, wie kaum in einem anderen Gebiete der Provinz.

Wenn man sich ferner daran erinnert, daß auch südwärts ein polnischer Block (Bezirk I) vorliegt, der von den Hauptbanken in Schrimm, Schroda und Kosten aus organisiert und ge-

[1] Ende 1907: Eigenes Kapital 150000 Mk.
Depositen 1850000 „

nossenschaftlich durchgebildet ist, kann man sich von der Lage der preußischen Ansiedlungskommission eine Vorstellung machen.

Es bestehen also auf allen denjenigen Seiten, wohin die Ansiedlungskommission strebt, polnische Institute, die über die wirtschaftlichen Vorgänge, über die Vermögensverhältnisse, über das Tun und Lassen der meisten Einwohner informiert sind. Institute, die sich gegenseitig benachrichtigen und unterstützen, und die in ihrer Gesamtheit die maßgebende soziale und politische Macht im Polentum ausüben. Die Ansiedlungskommission kann daher im Polentum kaum etwas ins Werk setzen, ohne sogleich das ganze genossenschaftliche System, von dem sie umklammert ist, zu alarmieren.

Aus dieser Situation ist der Schrei nach „Enteignung der Polen" entstanden [1].

D. Die übrigen Teile der Provinz Posen.

Die beiden Bezirke I und III, die ein so entwickeltes und durchgearbeitetes Genossenschaftssystem besitzen, haben natürlich die Fähigkeit, auf benachbarte Gebiete überzugreifen. Die Polen nennen das „wirtschaftliche Propaganda". Sie geschieht so, daß zuerst einige Bauernvereine in den noch wenig organisierten Nachbarbezirken begründet werden und im Anschlusse hieran eine kleine Genossenschaft. Einige Jahre später folgen ähnliche Gründungen, und dieses lockere System wird von den Banken der Bezirke I und III so lange gehalten, bis es in sich selbst Halt gewinnt. Im Laufe der Jahre erlangt dann eine der Genossenschaften genügende Kraft, um eine Zentralstellung einzunehmen, und bald entstehen in dem jungen Bezirk auch Ein- und Verkaufsgenossenschaften und Parzellierungsbanken.

So ergeht es den Kreisen, die sich längs der branden-

[1] Polnische Kritiker machen mir den Vorwurf, ich habe mit meiner Schilderung des „polnischen Riegels" zeigen wollen, hier müsse die Enteignung eingreifen und manche spitzen das sogar soweit zu: Bernhard hat eine der besten Leistungen des polnischen Genossenschaftswesens gleichsam der preußischen Regierung denunziert. In Wahrheit aber habe ich nur geschildert, was ich feststellen konnte, ohne Rücksicht auf die möglichen politischen Folgen.

burgischen und schlesischen Grenze hinziehen: Birnbaum, Meseritz, Neutomischel, Bomst, Teilen von Fraustadt und Lissa.

In diesem breiten Landstreifen fällt die Unruhe über die wirtschaftliche Entwicklung der Polen am meisten auf. Gerade dort, wo das Deutschtum die wirtschaftliche Übermacht hat, werden Fortschritte der Polen besonders empfunden. Man erschrickt im deutschen Kreise Fraustadt, wenn dort ein polnischer Frauenverein begründet wird, während man in Schrimm oder Wreschen von solchen Tatsachen kaum mehr Notiz nimmt. Die öffentliche Meinung in Deutschland wird daher durch die Erfahrungen der überwiegend deutschen Kreise mehr erregt, als durch die Vorgänge in den stockpolnischen Bezirken, und ein preußischer Beamter in Bomst oder Meseritz sieht die Dinge schwärzer als seine Kollegen in Kosten und Strelno.

In der Tat gab es im Jahre 1890 in diesem ganzen breiten Streifen von Birnbaum bis Lissa nur eine einzige dürftige polnische Genossenschaft (Betsche, Kreis Meseritz). Heute hingegen ist der Landstreifen ausgestattet mit einer ganzen Reihe Banken, in deren Mitte die große Bank ludowy zu Priment postiert ist.

Und zugleich mit dieser Entwicklung schien die polnische Bevölkerung dort eine andere Haltung einzunehmen, wurde selbstbewußt, politisch eifriger und erfüllt von nationalpolnischen Ideen.

Um diese magische Wirkung der Genossenschaftsgründung zu erkennen, muß man einzelne Gemeinden beobachten. Man muß sehen, wie z. B. im Kreise Fraustadt ein ziemlich wohlhabendes polnisches Bauerndorf ruhig dahinlebte; wie die Bauern ihre Angelegenheiten untereinander, teils mit Hilfe deutscher Kaufleute erledigten und von dem großen Polentum, dem sie sich angehörig fühlten, nicht eben viel Aufhebens machten. Nun wurde dort eine Bank ludowy begründet. Sie wurde den Bauern fast aufgedrängt. Achtmal war der Patron der Genossenschaften dorthin gereist, und der Direktor der benachbarten Polenbank hatte immer von neuem die Vorteile dargelegt. Schließlich bequemten sich die Bauern unwillig und ohne jede Begeisterung zu der Gründung. Nunmehr beginnen

die Geschäftsbeziehungen, und Monate des Ärgers heben an. Bald hat der noch unerfahrene Kassierer eine Buchung vergessen, bald entsteht Streit wegen einer Bürgschaft, und die Bauern haben Lust, das Unternehmen wieder aufzulösen.

Aber in dieses Mißvergnügen wirken die erfahrenen Führer des Genossenschaftswesens beruhigend und aufklärend hinein. Eines Tages erhalten der „Direktor" und der „Vorsitzende des Aufsichtsrats" eine Einladung nach Posen. Mit wichtiger Miene reisen die beiden Männer zur „Konferenz". Dort hören sie, in der Nähe ihres Dorfes sei ein polnisches Kaufhaus projektiert. Eine der großen Banken in den polnischen Hauptbezirken wolle das Unternehmen finanzieren, und es handle sich darum, die umliegenden kleinen Genossenschaften zur Geschäftsverbindung heranzuziehen. Ein Bäuerlein macht jetzt den Vorschlag, es möchte ein Redner in die Gegend entsandt werden, um die Bevölkerung auf die Wichtigkeit der Sache aufmerksam zu machen.

Einen Monat später liest man, in der Sonntagsversammlung des Bauernvereins zu X werde der Vikar K., der sich um die Begründung von Ein- und Verkaufsgenossenschaften so verdient gemacht habe, einen Vortrag halten. Wenige Tage darauf wird die Gründung beschlossen, wobei der Patron der Genossenschaften in eigner Person erscheint und feierlich begrüßt wird. Und nun gibt es neue Arbeit, die kleine Dorfbank ist plötzlich hineingezogen in ein vielseitiges Gewebe, und ohne Agitation zu brauchen, empfinden die Bauern von Tag zu Tag deutlicher, daß sie ein Teil eines mächtigen, gefesteten Systems geworden sind, daß sie zum polnischen Gemeinwesen gehören.

Das ist die Bezauberung, die die Polen ergreift. Die Deutschen aber, die das alsbald in ihren Geschäften und in den politischen Vorgängen empfinden, erschrecken über diese Veränderung und erklären den Vorgang aus einem plötzlichen „Zuzug" der Polen oder aus dem statistisch nachgewiesenen „Geburtenüberschuß", während in Wahrheit nur die Organisation der Polen sich befestigt hat.

Der Mann, der in dem Grenzstreifen von Birnbaum bis

Fraustadt diese Entwicklung geleitet hat, ist der Geistliche Rat Moyzikiewicz, Propst zu Priment.

Propst Moyzikiewicz unterscheidet sich von einem großen Teil der polnischen Landgeistlichkeit durch eine höher geartete Kultur. Er hat weltmännische Züge und ist ein Mann mit weiten, modernen Anschauungen. Während des Episkopats des deutschen Erzbischofs Dinder war er dessen Hofkaplan und machte damals den preußischen Behörden den Eindruck eines gemäßigten, der polnischen Agitation abgeneigten Mannes.

Nach dem Tode des Erzbischofs erhielt er die schöne Propstei Priment im Kreise Bomst, der damals noch außerhalb des polnischen Finanz- und Wirtschaftssystems lag.

In Bomst bestand zwar nahezu die Hälfte der Bevölkerung aus Polen, jedoch von einem festen Zusammenhalte dieser Häusler und Landarbeiter war nicht die Rede. Nur etwa 60 der wohlhabenden Bauern besaßen ihren Bauernverein und bemühten sich in üblicher Weise, aus dieser Gemeinschaft beim Verkaufe von Getreide und beim Einkauf von Saatgut Nutzen zu ziehen. — Ein anderer Teil der polnischen Bevölkerung zog Jahr für Jahr auf Arbeit in die Halberstädter Gegend, einige auch nach Westfalen, und deutsche Kaufleute und Landwirte beherrschten diese unteren Schichten.

Nachdem Moyzikiewicz die Verhältnisse zwei Jahre beobachtet hatte, wandte er sich an den Patron der Genossenschaften um Rat und begründete mit dessen Unterstützung eine Bank ludowy im Jahre 1892. — Als Genossen fungierten die Mitglieder des Bauernvereins, die je 3 Mark Eintrittsgeld zahlten. Hierzu nahm der Propst Gelder einer kirchlichen Kollekte und Beträge aus dem eigenen Vermögen, so daß im ersten Jahre 16000 Mk. Depositen zusammenkamen. Dies Geld wurde gegen „Solawechsel" meist an arme, aber fleißige Leute geliehen, die die Zinsen und hohen Amortisationskosten meist aus ihren Arbeitslöhnen zahlten[1].

[1] Vgl. Teil IV dieses Buches: Die Kreditpolitik.

Die Depositen stiegen im folgenden Jahre auf 33 000, dann auf 44 000, 72 000 Mk. Bald konnte der Propst den Geschäftsbezirk erweitern, denn nicht nur im Kreise Bomst, sondern auch in den Nachbarkreisen wurde die Bank ludowy zu Priment als die „offizielle" polnische Sparkasse angesehen. Zu Berühmtheit aber gelangte sie seit 1901, als der Propst es wagte, eine Parzellierungsbank zu finanzieren (Bank parcelacyjni, Priment) und so in den Kampf um den Boden einzugreifen[1]. Dieser folgenreiche und erfolgreiche Versuch zog das polnische Wirtschaftsleben in dem ganzen Grenzstreifen in den Bann der Primenter Bank, so daß sie sich schnell zu einer „Zentrale" entfaltete. Sie verfügt über etwa 300 000 Mk. eigenes Kapital und 1 500 000 Mk. Depositen[2].

Der Erfolg der Primenter Bank gab den Polen in den übrigen Grenzkreisen Mut, ähnliches zu versuchen, und so entstanden mit Unterstützung des Propstes Moyzikiewicz und seiner Bank die kleinen Genossenschaften, die längs der brandenburgischen und schlesischen Grenze sich hinziehen (vgl. Karte I), nämlich die Kreditvereine in Wollstein, Bentschen, Brenno, Buckwitz, Storchnest, Schmiegel, Michorzewo und Kwiltsch, die sämtlich nach dem Vorbilde der Primenter Bank begründet worden sind.

Wenn diese Organisation auch mit der genossenschaftlichen Durchbildung der Hauptbezirke nicht verglichen werden kann, genügt sie doch, die Ränder des polnischen Gemeinwesens zu schützen und den Einfluß des zentralisierten Polentums auszubreiten.

Außer dieser wirtschaftlichen Propaganda, die sich gegen die brandenburgischen und schlesischen Grenzkreise richtet, haben die Polen auch gegen Westpreußen ihre genossenschaftlichen Verbindungen ausgedehnt, und zwar wirken sie dahin in zwei Strahlen.

---

[1] Vgl. hierüber im zweiten Band: Die Ausbildung der Kampfmethoden.

[2] Ende 1907: 140 000 Mk. eigenes Kapital und 1 272 000 Mk. Depositen.

Der eine Strahl richtet sich auf die blockartig zusammenliegenden Kreise Samter, Obornik, Czarnikau, Filehne, die sich von der Stadt Posen nach Nordwesten vorschieben und in ihrer Bevölkerung nahe bei Posen 70 % Polen haben, jedoch gegen Deutsch Krone hin auf 15 % abfallen. Dorthin verdünnt sich also der polnische Einschlag.

Dementsprechend gruppieren sich auch die Banken. In den verhältnismäßig dicht mit Polen besiedelten Gebieten bestehen alte, anscheinend solide Institute unter Führung der Bank ludowy in Wronke, während in den dünn mit Polen bevölkerten Außenbezirken eine sehr forcierte Agitation betrieben wird, die den jungen Banken in Filehne und Lubasch zwar erhebliche Beträge zuführt, aber deren Solidität gefährdet.

Der zweite Strahl richtet sich über Bromberg gegen Westpreußen. Dort stützt sich eine ganze Reihe kleiner Banken auf die Kreditmacht des Bezirks III und leistet in Schubin, Wirsitz und Bromberg fast alles, was für eine feste Organisation der polnischen Bevölkerung geschieht. Zu bedeutender Macht ist eine weit vorgeschobene, isoliert liegende Bank in Krone a. d. Brahe, nahe der westpreußischen Grenze, gelangt[1].

Das Gesamtbild der genossenschaftlichen Organisation zeigt also in der Provinz Posen drei Hauptbezirke in den polnischen „Kernlanden" wo die Polen durchschnittlich 80 % der Bevölkerung ausmachen. Ferner drei Grenzbezirke in Gebieten, in denen die Polen durchschnittlich 50 % der Bevölkerung bilden. Seine Konzentration aber findet dies ganz zusammenhängende System in der Verbandsbank, Bank związku spółek zarobkowych in Posen, der fast alle, selbst die kleinsten polnischen Genossenschaften als Aktionäre angehören.

[1] Diese Bank entwickelte sich auch in den letzten zwei Jahren sehr schnell.

E. Die Verteilung der polnischen Genossenschaften in Westpreußen.

Ein Deutscher, der Westpreußen viel bereiste und in das Geschäftsleben der Polen manchen Blick getan hatte, sagte mir einst, die polnischen Kassen seien in Westpreußen „unmotiviert verteilt", in erstaunlichem Wechsel finde man bald eine Reihe gut entwickelter Banken, bald weite Gebiete, in denen man den Namen Bank ludowy nie höre.

In diesen Irrtum, die polnischen Banken seien „unmotiviert verteilt", verfallen die Deutschen leicht und geraten dann in Erstaunen über „unmotiviertes" Vordringen der Polen.

Eine kleine elementare Belehrung genügt, um diesen Irrtum, aus dem mancherlei falsche politische Folgerungen gezogen werden, zu beseitigen. Man werfe nur den Blick auf Karte II. Dort sieht man, wie ein schraffiertes breites Band sich im Bogen durch die Provinz Westpreußen zieht. Es bedeckt im wesentlichen die Gebiete, in welchen die Polen den größten Teil der Bevölkerung ausmachen.

Indem die polnische Organisation, wie selbstverständlich ist, diesem Bande folgt, reihen sich die polnischen Institute zu einem langgestreckten Bogen aneinander. Aus dieser elementaren Tatsache erklärt sich, daß die polnischen Genossenschaften in Westpreußen keinen Mittelpunkt haben, so daß man dort ernsthaft darüber diskutieren kann, ob der Schwerpunkt nach Löbau oder nach Graudenz oder Pelplin zu legen sei: Ja, das Fehlen eines natürlichen Mittelpunktes läßt sogar Projekte entstehen, den Schwerpunkt, d. h. eine polnische Zentralbank nach Danzig oder Thorn zu verlegen.

Hieraus erklärt sich zugleich, daß die westpreußischen Genossenschaften so „unmotiviert" bald im Süden, bald im Norden der Provinz mit der Einrichtung von Banken, Warenhäusern, Ein- und Verkaufsgenossenschaften hervortreten können.

Schließlich erklärt sich aus dem Fehlen eines natürlichen Mittelpunktes, wie es kam, daß sich die westpreußischen Polen-

banken der Posener Leitung so leicht unterordneten. Das Bedürfnis einer gemeinsamen Kreditzentrale zwang sie hierzu und das moralische oder nationale Einheitsbedürfnis wäre wohl manchmal in die Brüche gegangen, wenn man nicht Rücksicht auf die Beziehungen zur Verbandsbank in Posen hätte nehmen müssen.

Immerhin sind die Beziehungen zwischen der Posener Finanzmacht und der westpreußischen Genossenschaftslinie problematisch und die Leiter des polnischen Kreditwesens müssen sich dauernd bemühen, neue Verbindungsstücke anzubringen.

Das stärkste Bindemittel ist der gemeinsame Revisionsverband.

Die westpreußischen Genossenschaften gehören dem polnischen Genossenschaftsverbande, der seinen Sitz in Posen hat, an. Da jedoch die Westpreußen fürchten, in diesem Bunde nicht sonderlich gut bedacht zu werden, haben sie Wert darauf gelegt, daß stets ein westpreußischer Genossenschaftsmann im Vorstand des Verbandes als „Vizepatron" die zweite Stelle einnahm. Durch diese Personalunion, die der Direktor der Bank in Löbau sehr geschickt und gewissenhaft benutzte, sind drohende Streitigkeiten fast stets vermieden worden.

Aber die schnelle Entwicklung der beiden Gruppen konnte sich hiermit nicht dauernd begnügen.

Die Westpreußen fühlten sich von der Kreditpolitik der Verbandsbank nicht genügend berücksichtigt und forderten seit einigen Jahren Reformen. Ihr Wunsch war, in Westpreußen eine Filiale der Posener Verbandsbank zu besitzen, und zwar sollte das Institut in Thorn errichtet werden, um dort den lebhaften Grenzverkehr mit Russisch-Polen soweit wie möglich in polnische Hände zu ziehen.

Während der Plan, der wegen des deutschen Charakters der Stadt Thorn seine Schwierigkeiten hat, noch erwogen wurde, starb im Dezember 1906 der Direktor der Verbandsbank, und so ergab sich die Möglichkeit, den Wünschen der Westpreußen dadurch entgegenzukommen, daß man ihren angesehensten Genossenschaftsmann zum Direktor der Posener Verbandsbank ernannte.

Dieser Mann hat endlich im Jahre 1913 erreicht, daß die seit so langer Zeit gewünschte Filiale der Verbandsbank nunmehr in Thorn gegründet worden ist[1].

Obwohl die westpreußische Genossenschaftsreihe keinen eigenen Mittelpunkt des Kredites besitzt, gruppieren sich doch die Banken nach einer gewissen Rangordnung. Der auf Karte II schraffierte Bogen bedeckt im Osten die äußerste Ecke der Provinz, die zu etwa 80 % von Polen bewohnt ist. Hier sind sogar die Städte überwiegend (zu 70 %) polnisch, und die Deutschen vermögen nirgends, den Polen wirksam entgegenzutreten. Freilich, wer sich nur an die Statistik der Bodenverteilung hält, bemerkt kaum, worauf die Übermacht der Polen beruht, denn er liest, daß ihnen nur etwa die Hälfte des Landes zu eigen ist. Die deutsche Hälfte aber besteht zu einem guten Viertel aus fiskalischen Forsten und großen, wasserreichen Gütern, während die Polen überwiegend bäuerliche Besitzungen bebauen. Alles in allem wird der größte Teil des Bodens tatsächlich von Polen bearbeitet, die preußischen Forsten, die großen, wasserreichen Güter der Deutschen und die polnischen Bauernbesitzungen.

Forscht man in dieser polnischen Ecke, die etwa ein Zehntel der Provinz Westpreußen ausmacht, auf welche Weise hier die Bevölkerung wirtschaftlich zusammengehalten und geschult wird, so findet man auch hier wieder die Genossenschaften.

„Die Bank ludowy in Löbau leitet hier alles." „In allen materiellen Fragen wenden wir uns an den Vorstand der Bank ludowy zu Löbau." Die Bank ludowy in Löbau ist die offizielle Sparkasse der polnischen Ecke; sie dirigiert alle wirtschaftlichen Unternehmungen und beherrscht das soziale und politische Leben. Hier ist es in vorbildlicher Weise gelungen, eine tiefstehende Bevölkerung durch genossenschaftliche Arbeit zu erziehen und zu stärken, und wenn die Deutschen es erstaunlich finden, daß hier draußen eine Polenbank besteht, die über ein Betriebskapital von über 6 Millionen Mark verfügt und

[1] Die Einweihung der neuen Bank fand am 10. Mai 1913 statt.

jede Konkurrenz aus dem Felde schlägt, so müssen sie erwägen, daß sie ja nur das endliche Resultat einer fast 45jährigen Arbeit sehen. In den 60er Jahren schon begannen einige Löbauer Bürger für die Begründung eines Kreditvereins zu agitieren. Das gelang 1870. Seitdem hat ein polnischer Arzt, der sich später völlig der Genossenschaft widmete, das Institut entwickelt, und zwar in Freundschaft mit dem Prälaten Wawrzyniak. Die Person des Löbauer Arztes Dr. Rzepnikowski bildete von Anfang an die Verbindung zwischen dem westpreußischen und dem posenschen Genossenschaftswesen; er ist derselbe Mann, den ich oben als „Vizepatron" des gemeinsamen Verbandes erwähnte.

Rzepnikowski hat als überzeugter Anhänger des Schulze-Delitzsch-Systems verhindert, daß in der polnischen Ostecke zahlreiche kleine bäuerliche Banken entstanden. Er war der Hauptgegner des Posener Bauernführers Jackowski, der auf Einführung von Raiffeisenkassen hindrängte [1].

Nach seiner Überzeugung konnten die kulturell tiefstehenden polnischen Bauern und Landarbeiter in der Ostecke nur durch eine einheitlich geleitete Bank beherrscht werden, während ihre Kräfte in kleinen Bauernkassen sich zersplittert und verringert hätten.

Um solche Konzentration durchzuführen, brauchte er freilich eine eigene Kreditpolitik. Unmöglich konnte er den Bauern in Rybno oder Kielpin zumuten, sich allmonatlich nach Löbau zu bemühen; vielmehr kam er ihnen entgegen, indem er halbjährige Wechsel einführte und die Bauern daran gewöhnte, zweimal im Jahre alles wichtige in Löbau zu erledigen. Hieraus entstand auch der Plan, in Löbau ein großes Kaufhaus zu errichten, das von der Bank ludowy finanziert wurde, um die Ostecke zu bedienen.

So hat Rzepnikowski, die polnischen Bauern allmählich erzogen und herangezogen. Seine Bank, die jährlich 8 % Dividende verteilt, verfügt über etwa 1 200 000 Mark eigenes Vermögen und 5 Millionen Mark Depositen [2].

---

[1] Vgl. S. 247.

[2] Ende 1907 800 000 Mk. eigenes Vermögen und 3 130 000 Mk. Depositen.

Erst als diese Entwicklung nach 23jähriger Arbeit einigermaßen gesichert war, wurde im Kreise Löbau eine zweite Genossenschaftsbank begründet, außerdem bestehen schon seit 1873 zwei Genossenschaften im Kreise Straßburg, die jedoch beträchtlich hinter der Löbauer Bank zurückgeblieben sind.

Folgen wir auf Karte II, die uns als Führer dienen soll, dem schraffierten Bogen, so gelangen wir aus der polnischen Ostecke, die auf dem preußischen Landrücken liegt, in das Terrassenland, das zur Weichsel hinabsteigt. Das Land durchschneidet Teile der Kreise Briesen, Thorn, Graudenz und Kulm, wo die Polen etwa 55—60 % der Bevölkerung bilden. Hier ist der polnische Zusammenhang häufig durch deutsche Bauerndörfer, die zum Teil von der Ansiedlungskommission angelegt wurden, unterbrochen.

Dementsprechend erscheint hier der genossenschaftliche Verband lockerer, die Polen arbeiten noch vielfach mit deutschen Kaufleuten, erledigen besonders bei Deutschen ihre Geldgeschäfte. Aber man würde sich gewaltig täuschen, wollte man dies als Zeichen einer noch milden Gesinnung ansehen. Im Gegenteil ist die polnische Bevölkerung hier durch ein Graudenzer Polenblatt (Gazeta Grudziazka), ein minderwertiges, aber wirksames Organ, sehr erregt.

Jedoch die politische Agitation, die hier ganz besonders rohe Töne wählt, ist einer wirtschaftlichen Sammlung und selbständigen wirtschaftlichen Arbeit nicht sonderlich günstig. Zwar werden viele Polen durch den Lärm der Gazeta Grudziazka geweckt und rufen dann nach „eigenen Banken", „eigenen Bazaren" usw., jedoch das soll alles im Sturm erobert werden, und so mangelt es an solider Arbeit.

Die Polenbanken dieses Bezirks, die zum Teil noch deutsche Firmen tragen, z. B. heißt die polnische Bank in Briesen „Volksbank für Briesen W.-Pr. und Umgegend", auch in Schönsee führt die polnische Bank die Firma „Volksbank zu Schönsee"; die Polenbanken dieses Bezirkes leiden darunter, daß sie nur geringes eigenes Kapital besitzen mit Ausnahme der Bank in Kulm, die sich unter den Augen eines polnischen Rechtsanwaltes

gut entwickelt. Begründet 1893. Eigenes Kapital 200 000 Mk. Depositen 1 500 000 Mk.[1]. — Neben ihr kommt noch die „Bank" in Graudenz in Betracht, die von einigen polnischen Kaufleuten geleitet wird und sich recht unternehmungsluftig zeigt[2]. Begründet 1890. Eigenes Vermögen 150 000 Mk. Depositen 1½ Millionen Mark.

Beide an der Weichsel gelegenen Banken bilden die Vormacht einer Gruppe mittlerer Genossenschaften, die über das Terrassenland bis zur Höhe hinauf verteilt liegen, wie man auf Karte I erkennen kann.

Im Kreise Graudenz ist es die Bank Rheden, die 1904 mit großem Lärm eröffnet wurde. „Jetzt bietet sich" — so schrieb damals die Gazeta Grudziazka — „Gelegenheit, die Ersparnisse in einer eigenen Bank unterzubringen. Wir erwarten daher, daß im Graudenzer Kreise niemand mehr die deutschen Genossenschaften mit polnischen Groschen mästen wird." Im Kreise Kulm ist es die Bank in Lissewo.

In den Kreisen Briesen und Thorn schließlich noch vier mittlere Genossenschaften.

Wenn wir nun unserem Führer, dem schraffierten Bogen auf Karte II, weiter folgen, müssen wir von der Weichsel westwärts emporsteigen zu unwirtlichen Gebieten. Über die sandigen Terrassen des Kreises Schwetz wandern wir in die Tucheler Heide, die weit hineinragt in den Kreis Konitz, wir ziehen nordwärts durch die rauhe, dürftige Kaschubei, bis erst ganz im Norden, im Kreise Neustadt der Wanderer seinen Humor wiederfindet. — Das alles ist überwiegend polnisches Land, zu 60 bis 70 %, im Kern der Kaschubei sogar zu 80 % von Polen bewohnt.

Freilich ist das ein alter Streitpunkt, ob die Bewohner der Kaschubei Polen sind oder etwas anderes[3]. Die Ethnologen,

---

[1] Nicht zu verwechseln mit dem recht dürftigen Towarzystwo pozyczkowe in Kulm.

[2] Sie hat z. B. einen „Bazar" in Graudenz finanziert, der dem Erwerb städtischen Bodens für Polen dient.

[3] Der Regierungspräsident von Danzig berichtete (1905): „Die Mehr-

sogar die polnischen, sind allmählich zu der Meinung gekommen, das Kaschubische sei anderen Stamms und Ursprungs als die polnische Sprache. Der Galizier Ramult veröffentlichte 1899 in Krakau ein Werk, das die Besonderheiten der Kaschubei nachwies und sie scharf von den Polen trennte[1].

Jedoch die Polen haben wenig Neigung, ihre Politik durch philologische Streitfragen stören zu lassen, und so ist die polnische Bauernrepublik, seit sie sich erstarken fühlt, an die Eroberung der Kaschubei gegangen, während die preußische Ansiedlungskommission zwischen Berent und Stargard eine Reihe von Bauerndörfern geschaffen hat, um dem Angriff entgegenzutreten.

Deutlich ist im Aufbau der polnischen Banken zu erkennen, wie sich dieser Kampf markiert. Bis 1895 reichte die Sphäre der polnischen Genossenschaften nur bis zur Grenze der Kaschubei: Die Polen besaßen in Groß-Schliewitz (Tucheler Heide) eine starke Bank, die der Hebung der Hausindustrie diente, sie hatten ferner westlich der Kaschubei im Kreise Konitz zwei Genossenschaften in Czersk und Bruß. Das waren 1895 die am weitesten vorgeschobenen Posten, hinter ihnen stand eine Gruppe kleiner Genossenschaften in den Kreisen Tuchel und Schwetz. Alle diese Kreditvereine stammten aus den 70er Jahren. Bank ludowy zu Drischmin, gegründet 1873, Lubiewo 1873[2], Neuenburg 1874, alle drei im Kreise Schwetz; Bank in Tuchel 1872, Groß-Schliewitz 1873, beide im Kreise Tuchel; Bank Bruß 1876, Czersk 1877, beide im Kreise Konitz.

Die Banken entwickelten sich nur langsam, wurden aber seit

---

zahl der Kassuben habe als ihre Muttersprache ‚polnisch' bezeichnet. Es dürfte zu erwägen sein, ob bei späteren Zählungen unter Rubrik Muttersprache ‚kassubisch' nicht fortzulassen sein werde, da nach Lage der Verhältnisse kassubisch und polnisch gleichbedeutend seien." Siehe über diesen Bericht: Preußische Statistik Heft 206. I. Teil. S. XXVII.

[1] Veröffentlicht von der Krakauer Akademie.

[2] Die Bank ludowy in Lubiewo erlitt im Sommer 1907 infolge Betrügereien große Verluste.

1892 infolge des Aufschwungs des polnischen Genossenschaftswesens in Posen belebter, so daß in der letzten Zeit im Kreise Schwetz sowohl wie im Kreise Konitz einige neue Genossenschaften gegründet werden konnten. Jedoch die Versuche von Bruß und Czersk aus die Kaschubei durch Kreditarbeit zu erobern, war schwierig, denn der Kaschube stand dem Polen fremd gegenüber. Die polnischen Genossenschaftsleiter verstanden nicht sofort die Bedürfnisse der Kaschuben, insbesondere gingen sie nicht leicht genug auf die Einrichtung eines Personalkredits in kleinen Summen ein. Sie sahen nicht ohne weiteres, daß der Kassube, selbst wenn er sein Äckerchen bebaut, doch nebenbei meist ein Handelsmann ist, der andere Zwecke verfolgt als der polnische Bauer.

Jedoch bald verständigten sich Polen und Kaschuben, oder besser gesagt, bald fanden die Polen sich in die Denkweise der Kaschuben hinein. Freilich war es nicht möglich, mitten in der Kaschubei mit der Finanzarbeit zu beginnen, man mußte zunächst von den Grenzen her hineinwirken.

Als den Geburtstag dieser planmäßigen Arbeit möchte ich den 21. Oktober 1895 bezeichnen, wo in Pelplin eine Bank ludowy begründet wurde, zwei Jahre später folgte Stargard, und nachdem so die Ränder ergriffen waren, wagte man Gründungen mitten in der Kaschubei[1].

Erstaunlich war, wie die Kaschuben den Banken zuströmten.

„Die Kassuben," so schrieb die Gazeta Gdanska, die an dem polnischen Eroberungszuge wesentlich beteiligt ist, „die Kassuben sind geborene Gewerbetreibende. Seit Jahrhunderten haben sie sich auf das Gewerbe gelegt, denn der leichte Boden zwang sie, den Handel zu Hilfe zu nehmen. Sie handeln mit allem Kleingut, mit Schweinen und Fischen und Saat, mit allem, womit man in der Kaschubei handeln kann. So sind sie durch Tradition mit spekulativem Sinn erfüllt. In ganz Polen findet man gewiß nicht, was wir in der Kaschubei gefunden haben, daß nämlich Schuldner und Gläubiger aus den nächsten Dörfern

[1] Siehe Karte I am Schlusse dieses Buches.

zusammenkommen, um über ihre gegenseitigen Schulden und Forderungen zu verhandeln. Sie verständigen sich in folgender Form: A schuldet an B 100, B schuldet C 50, C schuldet D 200, D schuldet A 100. Einigen wir uns also dahin, daß A niemandem etwas schuldet und auch nichts zu fordern hat, während D 150 von C erhält und an B 50 zu zahlen hat. — Daß einfache Leute aus kaufmännischem Gefühl zu solcher Abrechnung kommen, beweist den angeborenen Geschäftssinn. Aber aus eigener Initiative Banken ins Leben zu rufen, sind die Kassuben zu ungebildet. Sie haben nichts gelesen und wissen nichts von den gesetzlichen Erfordernissen.

Hieraus ergibt sich, daß man, um die Herzen der Kassuben zu gewinnen, bei ihnen die Arbeit auf finanziellem Gebiet beginnen muß. Es müssen Kredit- und Konsumgenossenschaften geschaffen werden, sowie Vereine mit beschränkter Haftung zu gewerblichen Unternehmungen."

Und so geschahs.

Noch ist diese genossenschaftliche Umstrickung der Kassuben nicht vollendet, aber sie schreitet so schnell und sicher vorwärts, daß daneben alle staatlichen Maßnahmen unerheblich erscheinen. Denn der Kassube, der sich an die Tatsachen seines Lebens hält, sagt einfach: Vom deutschen Kaufmann werden wir bewuchert, der Pole bringt uns genossenschaftliche Hilfe. Damit ist ihm die große Frage entschieden, die in Westpreußen so viele Köpfe heiß macht[1].

[1] Ein polnischer Kenner der Verhältnisse schrieb zu meiner Darstellung der polnischen Frage in der Kaschubei Folgendes: (veröffentlicht in der polnischen Zeitschrift Gryf 1910, Nr. 11):

1. Die Charakteristik der kaschubischen Bevölkerung in wirtschaftlicher Beziehung ist meiner Ansicht nach richtig.

2. Sehr richtig behauptet B., daß wirtschaftliche Rücksichten jene heikle Sprachenfrage entschieden hätten. Übrigens fehlt hier eine gewisse Ergänzung. Die kaschubische Bevölkerung als solche hat sich an dem Sprachenstreit gar nicht beteiligt. Es interessierte sie nicht, ob Ramult oder irgendein anderer sie ein selbständiges Volk genannt hat, oder ob die preußische Regierung sie für ein nichtpolnisches Volk halten wollte. Durch ihr tatsächliches Vorgehen haben die interessierten Kreise jene lärmenden Theoretiker immer Lügen geziehen. Doch unberechtigt ist die Behauptung, als wenn jene polnische „Bauernrepublik" absichtlich auf die wirtschaftliche Frage

So füllt sich allmählich der breite polnische Bogen, der die Provinz Westpreußen durchzieht, mit Genossenschaften, die alle dem gemeinsamen Verbande angehören und den Einfluß des polnischen Gemeinwesens vorwärtstragen.

Doch noch einer kleinen Ergänzung bedarf dieses Bild. Jenseits der Weichsel ist teils im Kreise Stuhm, teils in Rosenberg ein polnisches Gebiet, das inselartig in überwiegend deutscher Umgebung liegt. Dort bestehen in dem kleinen Ort Portschweiten nebeneinander zwei polnische Banken, die aus den umliegenden Gebieten die polnischen Spargroschen heranziehen (siehe Karte I).

Beide, besonders aber die zweite, wirtschaften ziemlich kühn mit Spargeldern, ohne hinreichende eigene Kapitalien zu besitzen: Sie genießen in der polnischen Bevölkerung Ruhm als Angehörige des polnischen Genossenschaftverbandes, obwohl zweifelhaft ist, ob sie Ruhm verdienen.

Nachdem ich so die Hauptglieder des polnischen Genossenschaftsverbandes skizziert habe, wiederhole ich zum Schluß den Hinweis auf Karte I. Denn keine Schilderung vermag die geographische Zeichnung zu ersetzen, nur sie kann von der Formation des polnischen Systems eine Vorstellung geben.

Mancher politische Irrtum entsteht ganz allein daraus, daß der Urteilende sich über den Sitz der polnischen Macht nicht klar ist; daß er sich nicht bewußt ist, nach welchen Seiten die Polen Vorstöße führen können, und auf welche Weise sie die Verbindungen ihrer Macht aneinanderreihen.

---

in der Kaschubei Gewicht legt, um dadurch die theoretische Sprachenfrage totzumachen. Die Sprachenfrage hat weder in der polnischen wirtschaftlichen Frage in der Kaschubei eine Rolle gespielt, noch wird sie es je tun.

3. Die historische Entwicklung der Organisation der polnischen Genossenschaften in der Kaschubei hat Prof. B. gut gezeichnet, doch er irrt sich in der Beurteilung der Faktoren, die auf die Genesis jener Institutionen Einfluß gehabt haben.

Übrigens kennt Prof. B. die wirtschaftlichen Verhältnisse und insbesondere das Verhältnis der polnischen Frage in der Kaschubei zur Psyche dieser Bevölkeruug nicht gut, oder er beurteilt sie nach seiner Art.

Zwölftes Kapitel.

Die Rolle der Geistlichkeit in den polnischen Genossenschaften.

Als die polnischen Genossenschaften entstanden, ließen sich die Honoratioren (besonders Ärzte, Rechtsanwälte) nur widerwillig die Führung aufdrängen, — heute streben diejenigen, die Einfluß gewinnen wollen, in die genossenschaftlichen Stellen.

Aus lästigen Ehrenämtern sind gesuchte Machtstellungen geworden, und die Männer, die heute Direktoren- und Aufsichtsratsvorsitzende der Genossenschaften sind, repräsentieren ein angesehenes Beamtentum.

Bedeutende Werte sind zu verwalten, die Ausbreitung der Anlagen ist zu erstreben, der Verkehr mit den Behörden umsichtig und entschieden zu führen. Das Agitieren und Politisieren ist formell zu vermeiden. Zugleich aber geben die nationalen und politischen Gesichtspunkte der polnischen Genossenschaftsleitung hohe Bedeutung und Sicherheit des Ziels.

Aufbau und Wirkung dieses Beamtentums gleichen der „Selbstverwaltung" im Gegensatz zur gewöhnlichen Vereinstätigkeit. Während die Sokolvereine Tummelplätze der Jugend sind, wirken in den Genossenschaften die erfahrenen Männer; während in der Strazversammlung ein „Kommissär" aus Posen die pathetische Rede wiederholt, die er schon in Posen, in Berlin und Bochum mit Erfolg gehalten hat, ist in den Genossenschaftsversammlungen allein und ernstlich von den Dingen die Rede,

die den Geschäftsbetrieb der Bank betreffen. Während in den Bauernvereinen belehrende Vorträge, in den Volksvereinen patriotische oder erbauende Reden gehalten werden, greifen die Genossenschaftsverhandlungen direkt und tief in das Schicksal der Menschen ein, die ihre Häuser mit Hilfe des genossenschaftlichen Kredits erbauen und ihre Ersparnisse der Genossenschaftsbank anvertrauen.

Infolgedessen wird die Bevölkerung mit Notwendigkeit dazu gedrängt, für tüchtige und ruhige Verwalter der Genossenschaften Sorge zu tragen.

In dem Momente aber, da ein Mann Verwaltungsmitglied der Genossenschaft geworden ist, gewinnt er nicht nur Einblick in die Verhältnisse rings im Bezirk, gewinnt er nicht nur ein besseres Urteil über die kräftigen und schwachen Elemente, sondern es knüpfen sich ihm auch Beziehungen zu den nächsten Instituten und deren Beamten; und wenn er in der Verwaltung zum Direktorposten oder zum Vorsitz des Aufsichtsrats aufsteigt, erweitert sich der Kreis seines Umblickes und seines Einflusses: er leitet die Beziehungen zur Zentralbank und vielleicht auch zu anderen größeren Unternehmungen; er gewährt oder verweigert finanzielle Hilfe, er kann in den Kampf um den Boden eingreifen, vermag durch die Kreditmacht die politischen Organisationen, die Presse, die Berufsvereine zu beeinflussen und kommt so zu politischer Macht.

Auf diese einflußreichen Stellen, die den Kern des polnischen Gemeinwesens bilden, hat die katholische Geistlichkeit ihre Hand gelegt.

Die Geistlichen sind gegenwärtig die eigentlichen Herren der polnischen Genossenschaften, und ihre Herrschaft breitet sich, trotz einer starken Gegenbewegung, bisher stetig aus, wie folgende Übersicht zeigt:

Als ich im Jahre 1907 die erste Auflage dieses Buches veröffentlichte, wies ich darauf hin, daß von den 175 Genossenschaften, die im Januar 1906 zum polnischen Verbande gehörten, 110 Genossenschaften in ihrer Verwaltung Geistliche hatten,

und daß insgesamt 145 Geistliche in den Genossenschaften tätig waren.

Als im Jahre 1910 die zweite Auflage dieses Buches erschien, konnte ich nachweisen, daß von den 225 Genossenschaften, die im Januar 1908 zum polnischen Verbande gehörten, 159 Genossenschaften in ihrer Verwaltung 217 Geistliche hatten.

Meine dritte Feststellung ergibt, daß von den 279 Genossenschaften, die im Januar 1912 zum polnischen Verbande gehörten, 202 Genossenschaften in ihrer Verwaltung 281 Geistliche hatten, und schließlich zeigte sich im Jahre 1913, daß von den 287 Genossenschaften, die gegenwärtig zum polnischen Verbande gehören, 212 Genossenschaften in ihrer Verwaltung 296 Geistliche haben. Und keineswegs begnügt sich die Geistlichkeit in jeder Bank mit einer maßgebenden Stelle; sondern nicht selten finden sich zwei Geistliche, zuweilen sogar drei Pröpste in der Verwaltung einer Volksbank.

Seltsamerweise hat diese einfache Feststellung, die sich ohne weiteres aus den genossenschaftlichen Publikationen ergibt, bei den Polen Erbitterung erregt, und es ist hier und da auch von Deutschen bezweifelt worden, ob die von mir gegebenen Zahlen richtig sind. Man hielt es kaum für möglich, daß die Herrschaft der Geistlichkeit im polnischen Genossenschaftswesen so stark sei.

Um diese Zweifel zu beseitigen, führe ich am Schlusse dieses Kapitels S. 391 ff. nicht nur die Genossenschaften auf, in deren Verwaltung geistliche Herren sitzen, sondern ich nenne auch die Namen der Geistlichen, um jedem eine Nachprüfung meiner Angaben zu ermöglichen.

Es hätte mich wenig gereizt, diese Tatsache wiederum mit Zahlen zu belegen, wenn sich nicht hieran Fragen knüpften, die den Kern der polnischen Organisation berühren, und deren Beantwortung uns die Beurteilung der polnischen Kräfte erleichtern wird. Denn man muß fragen: Ist nicht die Organisation des polnischen Gemeinwesens einfach ein Teil oder eine Äußerung der klerikalen Hierarchie? Bildet nicht der fest gefügte klerikale

Aufbau überhaupt den Halt oder das Fundament des polnischen „Gemeinwesens"? Spricht die Kraft, die aus diesem Fundament emporzusteigen scheint, nicht von einer Schwäche, von einer Unfähigkeit der Polen, sich aus den Erwerbsständen ein eigenes Beamtentum für die Verwaltung der wirtschaftlichen Institute zu schaffen?

Zunächst will ich gestehen, daß ich anfangs geneigt war, diese Frage zu bejahen. Als ich dem Problem genauer nachforschte, änderte sich diese Meinung insoweit, daß das „Ja" zwar stehen blieb, aber doch mit einigen Modifikationen versehen werden mußte. Zwiefacher Art sind diese Modifikationen; erstens nämlich läßt sich zeigen, daß im polnischen Genossenschaftswesen die Geistlichkeit lange Zeit eine geringfügige Rolle spielte und erst durch starke äußere Anreize getrieben wurde, sich der Genossenschaften anzunehmen und auf diese Weise im Kreditwesen die sichere Gewalt zu gewinnen.

Zweitens aber ist nachweisbar, daß die größeren Banken sich allmählich wieder von der geistlichen Führung emanzipieren. Ihre Emanzipation wird noch dazu unterstützt durch eine in scharfer Weise auftretende Agitation, die für Kaufleute, Industrielle, Großbauern, Gutspächter, Ärzte die Stellen freizumachen wünscht, von denen aus heute geistliche Herren die ökonomischen Angelegenheiten leiten. Um aber diesen Vorgang, dessen politische Bedeutung einleuchtet, recht zu beurteilen, muß man die Entwicklung kennen:

I.

Die polnische Geistlichkeit ist im vergangenen Jahrhundert zweimal aufgerüttelt worden, sich an der nationalen Arbeit der Polen zu beteiligen; sie ist aber in Zeiten, in denen bedeutende geistliche Führer fehlten, zurückgesunken in einen fast apathischen Zustand, der grell absticht von der Energie ihrer heutigen Arbeit. Beinahe die ganze erste Hälfte des 19. Jahrhunderts zeigt uns in Posen einen Priesterstand, der in romantischem Mystizismus befangen war, aber nicht Bildung und Kraft genug besaß, die

Mystik originell und wirksam zu formen. Während die höheren Schichten der polnischen Bevölkerung sich am politischen Leben eifrig beteiligten, kultivierten die Geistlichen in der Provinz einen weichen Pietismus und ließen sich durch die Revolution von 1830 und durch die Bewegung der Emigration in ihrem Halbschlummer kaum stören.

Ihre Stumpfheit mußte um so mehr auffallen, weil seit 1838 in Posen jene sozialpolitische Arbeit sich entfaltete, die den Grund zur heutigen Kraft der polnischen Bevölkerung legte. Nur wenige Geistliche, insbesondere der spätere Erzbischof Leo Przyluski zeigten Verständnis und Sinn für die Tätigkeit, den meisten genügte die Sakristei und weltfremde Betrachtung. So groß war der Abstand zwischen der Schwäche der Geistlichkeit und der erfolgversprechenden Arbeit einiger aufgeklärter Männer, daß dies selbst den Deutschen auffiel[1]; und es ist erklärlich, daß in der Priesterschaft eine Reaktion gegen diesen Zustand eintreten mußte, sobald sich hierzu Gelegenheit bot.

Im Jahre 1845 wurde Leo Przyluski Erzbischof von Gnesen und Posen, und sein Regiment änderte den Zustand. Przyluski war nach langer Zeit der erste Erzbischof, der mit Ansprüchen der Herrschaft hervortrat und für seine Person eine Führerstellung verlangte. Er war nach langer Zeit der erste Erzbischof, dessen Haltung und Führung an die Würde eines „Primas von Polen" gemahnte. Seine Schritte richteten sich nicht nur gegen die preußische Regierung, sondern er war auch gewillt, seinen Rang unter den polnischen Parteien und Gruppen geltend zu machen und in allen Fragen des öffentlichen Lebens die maßgebende Instanz zu bilden.

Durch ein geschicktes Unternehmen gelang ihm das. In den Unruhen von 1846 und 1848 erklärte er nämlich, er werde

[1] So verglich Mauritius im Jahre 1843 die polnische Geistlichkeit, die sich lediglich damit befasse, „sich das Dogma ihrer Kirche zu beweisen", mit der wirksamen öffentlichen Arbeit eines Raczynski, Marcinkowski und Libelt. Siehe: Anton Mauritius, Polens Literatur und Kulturepoche seit dem Jahre 1831. (Posen 1843) S. 154 ff.

sich selbst zum König begeben, um für Posen eine „nationale Reorganisation" zu erbitten. Sein Wunsch war, den Polen, denen seit 1833 der Einfluß auf die Verwaltung der Provinz genommen war[1], diesen Einfluß zurückzuerobern; und so wollte er dem König vorschlagen, eine Kommission zu bilden, die aus Mitgliedern beider Nationalitäten bestehen und über eine „nationale Reorganisation des Großherzogtums Posen" beraten solle.

Das Unternehmen, das die Polen selbst für eine aussichtslose Demonstration hielten, hatte einen erstaunlichen Erfolg: Friedrich Wilhelm IV. glaubte nämlich im Erzbischof Przyluski den Mann zu erkennen, mit dessen Hilfe er die polnischen Wirren beseitigen könne, und so richtete der König an ihn folgende Kabinettsorder:

„Auf den mir von Ihnen vorgetragenen Wunsch will ich gern eine nationale Reorganisation des Großherzogtums Posen, welche in möglichst kurzer Zeit stattfinden soll, anbahnen. Ich genehmige daher auch die Bildung einer Kommission aus beiden Nationalitäten, die mit meinem Oberpräsidenten gemeinschaftlich über diese Reorganisation zu beraten und nach dem Resultate dieser Beratung mir die nötigen Anträge zu stellen haben wird. Die gedachte Kommission kann aber nur wirksam sein, wenn und solange die gesetzliche Ordnung und Autorität der Behörden im Großherzogtum Posen aufrecht erhalten wird.

Berlin, den 24. März 1848.

(gez.:) Friedrich Wilhelm."

Tags darauf richtete der Erzbischof ein Gesuch an den König, die Kommission möge aus Männern zusammengesetzt sein, die in der Provinz Posen geboren sind und möge „ohne Rücksicht auf den Volksstamm" gebildet werden. — Auch das Gesuch, das bestimmt war, den Polen die Majorität in der Kommission zu sichern, wurde alsbald genehmigt:

[1] Vgl. S. 57 ff.

„Im allerhöchsten Auftrage Sr. Majestät des Königs beehre ich mich Ew. erzbischöflichen Gnaden und Ihren Herren Kollegen auf das Gesuch vom gestrigen Tage ergebenst zu eröffnen, daß die Wahl der zur National-Reorganisation des Großherzogtums Posen gewünschten Kommission, dem Antrage gemäß aus Eingeborenen des Großherzogtums, ohne Rücksicht auf den Volksstamm um so mehr stattfinden darf, als Se. Majestät vertraut, daß dabei auch das Interesse der deutschen Bevölkerung nicht unbeachtet bleiben werde ...

Berlin, 26. März 1848.

(gez.:) Auerswald.

Indem der Erzbischof den Polen so zwei Dokumente verschaffte, auf die sich neue Ansprüche gründen ließen, wurde er mit einem Schlage der politische Führer, und er war geschickt genug, die Lage für die Geistlichkeit auszunutzen. Denn am 21. April 1848 richtete er an die Pröpste seiner Diözese einen Erlaß, sie möchten ihre Pfarrkinder „nach ihrem wahrhaften Wunsche" fragen, ob sie „eine nationale Reorganisation des Großherzogtums Posen wünschten" [1].

Die Energie des Erzbischofs rüttelte die Pröpste auf und zwang sie, in ihren Gemeinden die national-politische Frage zu erörtern. So berief — um nur einige Beispiele anzuführen — der Dekan Komasinski, Propst zu Schubin, am 29. April 1848 „zufolge hoher Anordnung des Herrn Erzbischofs" die ländlichen Eingepfarrten in das Pfarrhaus, las ihnen den erzbischöflichen Erlaß vor, besprach die politischen Angelegenheiten und erlangte von seinen Gemeindemitgliedern folgende Erklärung: „Wir stammen von polnischen Vorfahren, und als solche können und — wir erklären es ausdrücklich — wollen wir die nationale Ver-

[1] Die Materialien, die der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt a. M. vom polnischen Nationalkomitee überreicht wurden, um die Versammlung für die polnischen Interessen zu gewinnen, beruhen in der Hauptsache auf Erklärungen, die der Erzbischof aus seiner Diözese beschafft hatte. Diese Materialien wurden in Frankfurt a. M. bei August Osterrieth 1848 gedruckt und den Delegierten vorgelegt.

einigung mit unseren Brüdern nicht aufgeben, auch nicht vom Großherzogtum Posen abgetrennt resp. in den deutschen Bund einverleibt werden, sondern wir wollen teilnehmen an der von Sr. Majestät dem König den Bewohnern des Großherzogtums Posen zugesagten nationalen Reorganisation."

Auf diese Weise gelang es dem Erzbischof, sogar die Deutsch-Katholiken zu Erklärungen zu veranlassen, z. B.:

„Einem Hocherzbischöflichen Amte zu Posen bringe ich hiermit auf das Schreiben vom 21. April d. J. ergebenst zur Kenntnis, daß bei der heutigen Versammlung der deutsch-katholischen Einwohner zu Neu-Obra dieselben erklärten, daß sie unter keiner Bedingung zu Brandenburg oder Schlesien geschlagen werden wollen, und ganz besonders in ihren Religionssachen gestört zu sein; so wie ihre Vorfahren in der Provinz Posen gelebt und gewirkt haben, auch sie leben und wirken wollen. Wir haben uns zwar schon zu dieser Teilung unterschrieben, allein wir widerrufen dies, weil wir von den Deutschen hinters Licht geführt worden sind ...

Neu-Obra, 25. April 1848.

Unterschriften.

Concordat cum originali
J. Lewandowski
Capell. et Secretarius Archiepiscopi."

Ähnliche Erklärungen liegen vor aus Rackwitz, Sierakow, Polesen, Biala (Kreis Czarnikau), Witomysl, Uscie, Obornik[1].

An einigen Orten fand ein erbitterter Streit zwischen den Verwaltungsbehörden und der Geistlichkeit wegen dieser Erklärungen statt; so berichtet z. B. ein Probst, er habe am 28. April 1848 beim Wirte Simon Spychala im Kreise Obornik die

[1] Sämtlich abgedruckt in den oben erwähnten Materialien, die der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt a. M. vom polnischen Nationalkomitee überreicht wurden Frankfurt a. M., gedruckt bei August Osterrieth 1848.

katholischen Dorfinsassen versammelt, ihnen den erzbischöflichen Erlaß „mit der sachgemäßen Einleitung und Erläuterung" vorgelesen: „Als die Verhandlung bisher gebracht wurde, trat der Freischulze Zedtwitz (welcher als Gemeindeschulze fungiert) mit seinen Anverwandten gleichen Namens herein und unterbrach das weitere Geschäft durch seine heftigen und erbitterten Reden, indem er sagte, daß in dem erzbischöflichen Erlaß Unwahrheiten enthalten seien, und anderer entrüstender und das Geschäft störender Ausdrücke sich bediente, weshalb solches nicht weiter fortgesetzt werden konnte, vielmehr eingestellt werden mußte, um Erbitterungen zu vermeiden, um so mehr, als einige bei dem Schulzen Zedtwitz im Quartier liegende Soldaten bei dessen Eintritt in die Versammlung vor der Behausung auf der Straße sich versammelt haben . . . Nachdem mitunterzeichneter Propst sich entfernt hatte, hörte der mitunterzeichnete Zeuge Zanowski, wie der p. Zedtwitz in einer Anrede an die Anwesenden äußerte: ‚Glaubt dem Geistlichen nicht, der Geistliche lügt'."

Alle diese aus den verschiedensten Parochien Posens gesammelten Erklärungen übergab das erzbischöfliche Amt in beglaubigten Abschriften dem polnischen Nationalkomitee, das damals Posen zu „regieren" versuchte, und die Dokumente zur Agitation in Deutschland benutzte, und als bald darauf eine große politische Organisation, die „Liga Polska", geschaffen wurde, um die national-polnischen Interessen in Posen wirksam zu vertreten, ließ sich der Erzbischof zum Ehrenpräsidenten ernennen, und neben ihm trat der Weihbischof Janiszewski in die Direktion der Liga ein.

So begann die Geistlichkeit unter Führung des Erzbischofs den politischen Kampf, und wenn sie auch durch solche Agitation unmöglich dauernde Fortschritte machen konnte, ward sie doch wenigstens aus ihrer stumpfen Gleichgültigkeit aufgerüttelt und in das Licht des Tages gezogen.

Den so erregten Klerus aber wies der Erzbischof darauf hin, daß es nötig sei, die Bildung der Geistlichkeit zu fördern und das Volk aufzuklären. Aufklärung, „Oswiata", wurde in jener

Zeit das Schlagwort. Die Pröpste mußten sich an den Arbeiten des Marcinkowskivereins (zur Unterstützung der lernenden Jugend) beteiligen, sie mußten für die Verbreitung von Büchern sorgen, und niemand hat in dieser „Aufklärungsbewegung" mehr Licht empfangen als die Geistlichkeit selbst.

Jedoch dies war nur ein kurzes Aufleuchten, denn als die stürmischen Jahre 1846—1849 vorüber waren, und als nach 1850 das Leben in Posen einzuschlafen schien, ging auch dem schwächlichen Klerus der Elan wieder verloren. Hierzu kam, daß in den 50er und 60er Jahren die gebildeten Polen von derselben modischen Anschauung beherrscht wurden, die damals in ganz Europa als „Materialismus" bezeichnet wurde, und die der Schätzung des geistlichen Berufes nicht eben zuträglich war.

Daher war es keineswegs erstaunlich, daß die Geistlichkeit fast ignoriert wurde, als man in den 50er und 60er Jahren wirtschaftliche Institute, landwirtschaftliche Vereine, Bauernvereine, Genossenschaften schuf.

Gelegentlich nahm man hier und da einen Pfarrer zu Hilfe, wenn im Umkreise sich kein Großgrundbesitzer bereit fand, die Bauern zu belehren; aber in der Leitung der wirtschaftlichen Anstalten fand man fast nie einen Propst oder gar Vikar, und von einer beherrschenden Stellung der Geistlichkeit kann noch im Jahre 1871 nicht geredet werden.

Ich habe mir für das Jahr 1871 ein Verzeichnis der Männer verschafft, die damals in den 25 polnischen Genossenschaften zur Verwaltung gehörten. Aus diesem Verzeichnis ergab sich, daß in dem Komitee, das die Genossenschaften leitete, kein einziger Geistlicher war. Unter den 25 Genossenschaften befand sich *nur eine einzige*, die von einem Geistlichen geleitet wurde. Aber nicht einmal dieser eine Mann leitete die Genossenschaft, weil er Geistlicher war, sondern *obwohl* er Geistlicher war. Man hatte ihm die Direktion anvertraut, weil er früher — Postbeamter gewesen und aus dieser Zeit Kenntnisse im Rechnungs- und Kassenwesen besaß. In zwei Genossenschaften

(Kobylin und Kosten) befanden sich Geistliche, jedoch weder als Aufsichtsrat noch als Direktoren, sondern in untergeordneten Stellen der Verwaltung.

Das polnische Genossenschaftswesen war also ohne Hilfe der Geistlichkeit entstanden und hat das erste Jahrzehnt seiner Existenz ohne Hilfe der Geistlichkeit durchlebt. Die Leiter der Genossenschaften waren vielmehr Kaufleute, Ärzte, Anwälte, Redakteure. Der Großgrundbesitz hielt sich fern, teils aus Furcht vor der „unbeschränkten Haftung" (Genossenschaften mit beschränkter Haftung waren gesetzlich vor 1889 nicht zulässig), teils in der Meinung, daß die Genossenschaften nicht Angelegenheiten der Landwirtschaft, sondern Kassen für den städtischen Handwerker und Krämer seien.

Also leitete die sog. städtische „Intelligenz" das polnische Genossenschaftswesen.

II.

Jedoch bald entstanden Schwierigkeiten in der Leitung und Lücken im System, und es läßt sich deutlich zeigen, wie ein Geistlicher in diese Lücken hineingeschoben wurde, um Aufgaben zu übernehmen, die dem beschäftigten Arzt, dem vorsichtigen Kaufmann, dem ungebildeten polnischen Handwerker nicht zusagten.

Es fand sich nämlich niemand, der Lust hatte, das unbequeme Amt eines „Patrons" (Verbandsanwalt) zu übernehmen. Zwei Männer hatten kurz nacheinander den Posten, der viel Korrespondenzen und Reisen erforderte, niedergelegt, und das Komitee, dem zwei Richter, zwei Ärzte, zwei Rechtsanwälte, angehörten, war froh, als sich der Geistliche Szamarzewski zur Übernahme des Postens — dem statutarisch nur eine Scheinmacht zustand — bereit fand[1]. Am 10. Oktober 1872 übernahm

[1] Vgl. S. 105.

Szamarzewski das Patronat, damals noch ein Amt ohne Bedeutung, jedoch schon das erste Jahr seines Patronats war von großen Ereignissen erfüllt, die die Stellung des Geistlichen im polnischen Genossenschaftswesen völlig veränderte.

Denn gleichzeitig fast wurden die Polen von der Wirtschaftskrisis des Jahres 1873 und vom Kulturkampf erfaßt.

Die Wirtschaftskrisis traf das junge polnische Genossenschaftswesen schwer, die größte Genossenschaft, die bis dahin $8^1/_2$ %, im Jahre 1872 sogar $12^1/_2$ % Dividende verteilt hatte, mußte 1873 auf jede Gewinnverteilung verzichten, verlor im folgenden Jahre den Reservefonds von 22000 Mk. und büßte den dritten Teil der Geschäftsguthaben ein. Andere Genossenschaften mußten Konkurs anmelden, alle aber erlitten einen Rückschlag, und die Ärzte, Richter, Kaufleute, die sich dem Genossenschaftswesen gewidmet hatten, mußten erfahren, daß diese ehrenvolle Beschäftigung unter Umständen recht gefährlich werden konnte.

Die unmittelbare Folge war, daß sich die „Intelligenz" vom polnischen Kreditwesen ängstlich zurückzog, und nach einem Jahrzehnt noch begegnet man in polnischen Schriften und Reden der Befürchtung, daß sich solche Krise wiederholen könne.

Gleichzeitig mit diesen elementaren ökonomischen Erschütterungen erhoben sich die Kämpfe zwischen der polnischen Geistlichkeit und der preußischen Regierung.

Der Erzbischof Graf Ledochowski verbot der Geistlichkeit seiner Diözese, den Befehlen der Regierung zu gehorchen, und damit begann der hartnäckige Streit, der am 3. Februar 1874 zur Verhaftung des Erzbischofs führte.

In den folgenden zwei Jahren, die der Erzbischof im Gefängnis zubrachte, ward in seiner Diözese jede Kirche und jede Kanzel ein Ort des politischen Kampfes, und jedes polnische Blatt, das in jenen Jahren in Posen oder Krakau oder London oder Paris gedruckt wurde, handelte von der heldenhaften Haltung

der polnischen Geistlichkeit. Nur wenige Pröpste und Vikare fügten sich, die meisten erduldeten Gefängnis- und Geldstrafe, Disziplinierung, Ausweisung aus ihrer Parochie und wurden dafür als Märtyrer der polnischen Sache gefeiert, beschenkt und geschützt. Der größte Teil der Pröpste, die damals den Kampf führten, war geschult unter dem Episkopat Przyluski, ihre Bildung war daher höher als die der früheren Generation, und es traten unter ihnen Männer auf, die wirklich befähigt waren, das Volk zu führen und auch den höheren Schichten zu imponieren.

Also rüttelte der Kulturkampf die Geistlichkeit auf und gab ihr die stärksten Antriebe, auf das Volk zu wirken und so die klerikale Macht zu stärken.

Während sich nach der Wirtschaftskrisis von 1873 das ängstlich gewordene Bürgertum von den Kreditgenossenschaften vorsichtig zurückzog, griff die Geistlichkeit bewußt und energisch zu. Der Klerus, der im Kulturkampfe populär und lebendig geworden war, ging unter dem Beifall der polnischen Presse daran, sich den gefährdeten Spar- und Darlehenskassen zu widmen.

Während 1871 von 25 polnischen Kassen nur eine einzige einen geistlichen Direktor und zwei andere je einen Geistlichen an untergeordneter Stelle hatten, war im Jahre 1876 schon folgende Verschiebung erreicht: Es existierten 87 polnische Spar- und Darlehnskassen, von denen 37 in ihrer Verwaltung Geistliche aufweisen, und zwar wurden

20 Banken von geistlichen Direktoren geleitet,

in 13 Banken waren Geistliche Aufsichtsratsvorsitzende,

in 4 Banken bekleideten sie untergeordnete Stellungen in der Verwaltung.

Es läßt sich also der Nachweis erbringen, daß die Geistlichkeit zwischen 1872 und 1876 in die

Leitung des polnischen Bankwesens eingerückt ist, in den Jahren, in denen die Wirtschaftskrise die bürgerlichen Führer von der Kreditarbeit zurückschreckte, während der Kulturkampf die Geistlichkeit zur öffentlichen Betätigung trieb. So fand die Geistlichkeit Eingang in das polnische Kreditwesen!

1892 wurde Florian Stablewski Erzbischof von Posen und Gnesen. Man kann nicht sagen, daß Stablewski für das polnische Genossenschaftswesen besonderes Interesse oder Verständnis gezeigt hat, vielmehr war sein Bestreben ganz allgemein auf „Sozialpolitik" gerichtet, worunter er ein Mittelding zwischen Armenunterstützung und geistlicher Erbauung verstand. Seine Hauptsorge war die Bekämpfung der Sozialdemokratie, aus seinen Äußerungen spricht häufig die Furcht vor dem atheistischen Sozialismus, und er scheint von dieser Seite her zugänglich gewesen zu sein.

Von diesem Standpunkt hat Stablewski die Genossenschaften stets betrachtet. Sie waren in seinen Augen ähnlich wie die von den Geistlichen geleiteten Volksvereine, auch Anstalten, die nun einmal zur Sozialpolitik gehörten, und es lag ihm daran, daß die Geistlichkeit diese Institute leitete, damit der Irrglauben und der Sozialismus von ihnen fern bleibe.

Eine seiner ersten Amtshandlungen bestand darin, daß er dem zum Patron der polnischen Genossenschaften gewählten Geistlichen Wawrzyniak die Erlaubnis erteilte, dies Amt anzunehmen, und als ihm die Genossenschaften am 16. November 1892 dafür Dank sagten, erwiderte er der Deputation, daß ihm die Entwicklung der Genossenschaften am Herzen liege, weil diese einen Damm gegen die sozialdemokratischen Strömungen bildeten.

Diese Stimmung, die durch die päpstliche Encyklika rerum novarum verstärkt wurde, nützte der Patron der Genossenschaften sehr geschickt aus, um für die Reform des polnischen Kreditwesens die Geistlichkeit noch stärker heranzuziehen: Der „pol-

nische Katholikentag", der im Juni 1894 in Posen zusammentrat, setzte die Frage des Kreditwesens auf seine Tagesordnung. Der Prälat Wawrzyniak referierte darüber, und der Katholikentag empfahl in einer Resolution die Entwicklung der polnischen Volksbanken[1].

Seit dieser öffentlichen Besiegelung kann man Jahr für Jahr eine stärkere Beteiligung der Geistlichkeit am polnischen Genossenschaftswesen nachweisen, eine Zunahme, die sich bis auf den heutigen Tag gesteigert hat, da drei Viertel der Banken geistliche Verwalter haben.

III.

Jedoch diese Macht der Geistlichkeit wird schon seit Jahren bedroht und in der letzten Zeit lebhaft umstritten.

Die eine Gefahr droht von der erzbischöflichen Gewalt selbst: In dem Maße, wie die Geistlichkeit an der genossenschaftlichen Organisation teilnahm und in dieser Tätigkeit einen neuen Zusammenhang fand, erstand neben der kirchlichen Hierarchie eine „genossenschaftliche" Hierarchie, deren Haltung und Meinung nicht immer mit den Ansichten des erzbischöflichen Hofes übereinstimmte.

Mit dieser „genossenschaftlichen" Hierarchie, auf die ich die Aufmerksamkeit ganz besonders lenken möchte, hat es folgende Bewandtnis:

Die 296 Geistlichen, die heute in der Leitung der polnischen Genossenschaften tätig sind und die jene genossenschaftliche Hierarchie repräsentieren, unterscheiden sich von der kirchlichen Hierarchie in mehreren Punkten:

Erstens sind die Herren sämtlich Nationalpolen, während in der kirchlichen Hierarchie Gnesen-Posen nahezu ein Drittel Deutsche sich befinden.

---

[1] Polnischer Katholikentag 3. bis 6. Juni 1894, „Beschluß über die Notwendigkeit der Sparsamkeit unter der katholischen Bevölkerung".

Diese Tatsache ist um so wirksamer, da sie niemals von den Polen betont zu werden braucht. Jedermann weiß, ohne daß man es ihm sagt, daß Beschlüsse der „genossenschaftlichen Hierarchie" rein polnisch sind und ohne Rücksicht auf deutsche Interessen gefaßt wurden, während in der geistlichen Behörde, in den Consistoriis viele deutsche Mitglieder sitzen.

Infolgedessen wird heute jede Erklärung, die aus dem Konsistorium stammt, von der polnischen Bevölkerung mißtrauisch aufgenommen, während Aktionen und Erklärungen, die von der Geistlichkeit des Genossenschaftswesens herrühren, solchem Verdachte nicht ausgesetzt sind [1].

Ein zweiter Unterschied, der mit dem ersten zusammenhängt, besteht darin, daß die genossenschaftliche Hierarchie eine größere politische Aktionskraft besitzt, da, wie ich gezeigt habe, fast alle Vereine und Anstalten auf die reichen Volksbanken Rücksicht nehmen müssen. Als „Genossenschaftsleiter" sind die Geistlichen Führer des Volkes und neigen daher auch weit stärker zu demokratischen Ideen als die kirchliche Hierarchie.

Dieser Gegensatz hat sich schon unter der Regierung Stablewskis recht deutlich geltend gemacht. So kam z. B. die bekannte klerikale Tageszeitung „Kurier poznanski" allmählich in die Hände des „genossenschaftlichen Klerus". Der Patron der Genossenschaften wurde in der Gesellschaft, welcher die Zeitung gehörte, Mitglied des Aufsichtsrats, und ein junger Geistlicher, der dem Patron Wawrzyniak nahe stand, übernahm die Redaktion. Die Folge hiervon war, daß der „Kurier" mehr und mehr eine

[1] Der Gegensatz tritt ganz besonders deutlich hervor, seit sich die preußische Regierung mit Erfolg bemüht hat, die Zahl der deutschen Herren in den Domkapiteln zu Posen und Gnesen noch zu vermehren. Ein Zufall kam der Regierung zu Hilfe; die Mitgliederwahl für die beiden Domkapitel wird auf Grund der Bulla de salute animarum in folgender Weise vorgenommen: wenn ein Domherr in einem „geraden Monat" stirbt, wird dessen Nachfolger vom Erzbischof präsentiert, im „ungeraden Monat" von der preußischen Regierung. Seit einigen Jahren starben die Domherren meist in ungeraden Monaten, so daß die Regierung in der letzten Zeit mehrere Deutsche in Vorschlag bringen konnte.

demokratische Färbung annahm, infolgedessen mit den konservativ gestimmten Würdenträgern am erzbischöflichen Hofe in Konflikt geriet und zu erscheinen aufhören mußte.

Jedoch dieser Kontrast befreundeter Gewalten wird einigermaßen abgetönt, weil beide Teile aufeinander angewiesen sind und ihre Trennung im Grunde auf einer Arbeitsteilung beruht. Denn dem polnischen Geistlichen stehen heute, sofern es ihm in den heimischen Kirchenmauern zu eng wird, zwei Wege offen. Er kann sich entweder der „auswärtigen Politik" widmen oder der Arbeit für das Volk, der Sozialpolitik. Jene diplomatischen Politiker streben nach Betätigung im Parlament und in internationalen Zusammenkünften; sie versorgen die auswärtige Presse mit Nachrichten, suchen Beziehungen zur deutschen Zentrumspartei zu pflegen und sind vor allem darauf bedacht, die Straße nach Rom zu bewachen. Daß in ihrer Gruppe vornehmlich solche Männer sich finden, die in ihrer Kindheit zu gesellschaftlicher Gewandtheit erzogen wurden, und die wohlhabend genug sind, um repräsentieren zu können, ergibt sich aus der Notwendigkeit, glatte und geschickte Herren als Vertreter zu haben. Die geistlichen Sozialpolitiker hingegen sind zu nicht geringem Teile Söhne von Bauern und Handwerkern, knorrig und pfiffig und von Jugend ab gewöhnt, in den breiten Schichten des arbeitenden Volkes zu leben.

Wie sehr beide Teile voneinander Nutzen haben und sich gegenseitig stützen, sieht jeder ein. Der diplomatische Klerus könnte nicht so gewichtig auftreten, wenn nicht die Sozialpolitiker durch ihre genossenschaftliche Arbeit den Dank des polnischen Volkes für die Geistlichkeit erarbeitet hätten.

Noch vielmehr aber ist der genossenschaftliche Klerus genötigt, gute Beziehungen zur erzbischöflichen Behörde zu knüpfen und die unvermeidlichen Konflikte schnell aus der Welt zu schaffen, denn das Konsistorium kann in die geistliche Leitung der Genossenschaften unangenehm eingreifen. Seitdem die Mehrzahl der Volksbanken von Geistlichen geleitet oder beeinflußt wird, ist die Besetzung der Pfarreien ein finanzielles Problem geworden,

und der Patron der Genossenschaften muß sich dauernd bemühen, „finanzielle" Fehler in der Zuteilung der Parochien zu verhindern. Nicht immer gelingt das: Einst wurde dem Weihbischof nahegelegt, nach N., wo eine mächtige Bank ludowy besteht, nicht wie beabsichtigt, den etwas träumerischen Geistlichen H. zu setzen, sondern einen Vikar, der bereits den Betrieb der Kreditvereine kannte. Da soll der Oberhirt ärgerlich geantwortet haben: „Wir weihen keine Bankdirektoren, sondern Priester!" —

Dies Wort — ob es gesprochen wurde oder nicht — ist charakteristisch für die Situation, und die Polen verdanken es wesentlich dem stillen Einflusse der genossenschaftlichen Hierarchie, daß bei der Priesterweihe das Bankwesen tatsächlich doch genügend berücksichtigt wird[1].

IV.

Viel wichtiger aber als die internen Schwierigkeiten, die die Geistlichkeit bisher ohne Mühe überwunden hat, sind Angriffe, die sich aus dem emporstrebenden polnischen Bürgertum gegen die bevormundende Macht der genossenschaftlichen Hierarchie richten.

Die letzten Jahre haben gelehrt, daß die Banken, die eine erhebliche Größe erreicht haben, dem geistlichen Einflusse entwachsen. Im vorigen Kapitel wurde dargestellt, wie das Netz der polnischen Genossenschaften gewirkt ist, und es ergab sich, daß gewisse Banken eine zentrale Stellung erlangt haben und ringsum im Bezirk den Kreditverkehr der kleinen Institute beherrschen. Solche zentralen Banken können nur in Ausnahmefällen von Männern kontrolliert werden, die im geistlichen Berufe stehen. Die älteren Pröpste, die mit den Banken groß geworden sind, überschauen zwar noch das Geschäftsgetriebe besser und sicherer als der gelernte Kaufmann, aber die jungen Priester,

[1] Ein Propst verlor seinen Vikar, der gemeinschaftlich mit ihm eine Parzellierungsgenossenschaft geleitet hatte. Da der neuernannte Vikar wenig Talent und Lust zeigte, die mühsame Arbeit fortzusetzen, erklärte ihm der Propst: „Wenn Sie nicht in einem Jahre die Grundbuchordnung und das Ansiedlungsgesetz genau kennen, fahre ich nach Posen zum Erzbischof und sorge dafür, daß Sie von hier fortkommen."

die jüngst das Seminar verlassen haben, werden im Wechselverkehr und Hypothekengeschäft leicht von Kaufleuten überflügelt. Außerdem verlangen die Hauptbanken, die mit dem allgemeinen Kapitalmarkt in Verbindung stehen, geschulte Bankbeamte, Berufsbankiers.

Sicherlich könnte diese Entwicklung nicht zur Verdrängung der Geistlichkeit aus dem Genossenschaftswesen führen, denn in der Zeit, da eine Bank so groß wird, daß sie dem Klerus entwächst, sind mindestens zehn neue Banken gegründet, die ohne Hilfe der Geistlichen schwer vorwärtskommen. Die Vertreter des polnischen Bürgertums aber wünschen den Emanzipationsprozeß zu beschleunigen. Sie haben nichts dagegen, daß in Dörfern, wo es nicht viel schriftkundige Männer gibt, die Pröpste und Vikare sich der Genossenschaft annehmen; aber sie wollen, daß der Geistliche dem Kaufmann und Bauer Platz mache, sobald das irgend möglich ist.

Schon im Jahre 1893, als die Volkspartei systematisch zu kämpfen begann, hat sich das führende Blatt, der „Orędownik", bemüht, die klerikale Herrschaft im Genossenschaftswesen zu diskreditieren, und bis heute hat der Streit sich verstärkt und wird von einer ganzen Reihe polnischer Blätter vertreten. Bisher hat diese Strömung nichts erreicht, die Macht der Geistlichkeit im Genossenschaftswesen ist absolut und relativ gestiegen. Die Zahl der Banken hat sich schnell vermehrt, noch schneller aber die Zahl der Geistlichen, die im Bankwesen mitarbeiten.

Trotzdem muß man damit rechnen, daß die „bürgerliche Richtung" im Laufe der Zeit an Einfluß gewinnen wird, denn Wille und Fähigkeit der Bürger und Bauern, ihre Genossenschaften selbst zu leiten, werden zunehmen, und wenn gar der Nachfolger des heute regierenden Patrons ein Laie ist, wird die Geistlichkeit im Genossenschaftsverbande an Macht verlieren.

Doch auch eine akute Wendung ist möglich. Der Erzbischof von Posen kann den Geistlichen seiner Diözese verbieten, sich am Genossenschaftswesen zu beteiligen. Die preußische Regierung könnte ihm vielleicht diesen Willen soufflieren, um das ge-

fürchtete polnische Genossenschaftswesen zu schädigen. Was wäre die Folge?

Falls es nicht gelingt, solch Verbot zu umgehen, wird manche Genossenschaft zunächst verfallen.

Die neubegründeten jungen Darlehnskassen, die in Dörfern liegen und auf des Geistlichen Arbeit angewiesen sind, werden geschädigt werden. Auch in den Städten würde sich manche Verwirrung zeigen, wenn der Mann, der die Seele der Bank war, plötzlich gezwungen wird, sich zurückzuziehen. Aber die großen Genossenschaften, die man so sehr fürchtet, könnten kaum berührt werden, und der natürliche Prozeß, der an Stelle der geistlichen Bevormundung die bürgerliche Selbstverwaltung setzt, würde sich nur beschleunigen. Die Kaufleute, Handwerker, Bauern werden wetteifern, die Stellen auszufüllen, die der Klerus verläßt. Die Kraft der Geistlichkeit aber würde frei werden für andere Taten.

Die Rolle der Geistlichkeit in den polnischen Genossenschaften.

(Abkürzungen: P = Präsident des Aufsichtsrats; VP = Vizepräsident; M. d. A. = Mitglied des Aufsichtsrats; D = Direktor der Genossenschaft; M. d. V. = Mitglied des Vorstandes.)

In der Verwaltung folgender polnischer Genossenschaften waren im Jahre 1912 folgende Geistliche tätig:

Genossenschaft	Bank	Namen der Geistlichen (Die Namen der in mehreren Genossenschaften tätigen Geistlichen sind bei der zweiten usw. Erwähnung eingeklammert.)	
1. Adelnau (Odolanów)	Bank ludowy	P Geistlicher W. Grósty	1
2. Argenau (Gniewków)	Bank ludowy	P Geistlicher Haupa . .	2
		VP Propst Paluchowski	3
3. Bartschin (Barcin)	Bank ludowy	D Propst Matyaszczyk.	4
4. Bentschen (Zbaszyń)	Bank ludowy	D Geistlicher Dubski .	5
		P Propst Braun . . .	6
		M. d. A. Geistl. Szwabł	7
		M. d. A. Geistl. St. Dubziński	8
		M. d. A. Geistl. Król .	9
5. Berent, Westpr. (Kościerzyna)	Bank ludowy	P Propst Wróblewski .	10
		M. d. A. Propst Cichocki	11

Genossenschaft	Bank	Namen der Geistlichen
6. Berent, Westpr. (Kościerzyna)	Spółka Parcelacyjna	D (Propst Wróblewski) P Propst A. Sadowski. 12 M. d. A. Propst Piotr Dunajski 13
7. Betsche (Pszczew)	Bank ludowy	P Geistl. Kryzan . . . 14
8. Bischofswerder (Biskupiec)	Bank ludowy	P Propst Belakowicz . 15
9. Bnin (Bnin)	Bank ludowy	D Propst Okoniewski . 16
10. Borek (Borek)	Bank ludowy	VP Propst Borkowski . 17
11. „ „	Rolnik	M. d. V. (Geistl. St. Dudziński) P (Propst Borkowski)
12. Borzyszkowo (Borzyszkowo)	Bank ludowy	D Propst Kroplewski . 18
13. Brenno (Brenno)	Bank ludowy	P Geistl. Mojzykiewicz . 19
14. Bromberg (Bydgoszcz)	Bank Bydgoski	VP Geistl. Kaczmarek . 20 M. d. A. Propst Nowakowski 21
15. „ „	Bank ludowy	M. d. A. Geistl. Jaruszewski . . . . . 22 M. d. A. Geistl. Pankowski 23
16. „ „	Bank Przemysłowy	P Propst Barlik . . . 24
17. Bruß (Brusy)	„Kupiec“	VP Geistl. Bolt . . . 25
18. Buk (Buk)	Bank ludowy w Buku	D Propst Niziński . . 26
19. „ „	Rolnik	M. d. V. (Propst Niziński) M. d. A. (Propst Grosty)
20. Bukwitz (Bukówiec)	Bank ludowy	P Propst Jaensch . . . 27
21. Karthaus (Kartuzy)	Bank ludowy	P Propst Losiński . . . 28 M. d. A. Propst Karpiński 29
22. Chelmce (Chelmce)	Kasa pożyczkowa	M. d. V. Propst Spychalowicz 30
23. Chmielno (Chmielno)	Bank ludowy	D Geistl. Sadowski . . 31
24. „ „	„Kupiec“	P Propst Bernard Losiński . . . . . 32 VP (Geistl. Sadowski)
25. Crone a. B. (Koronowo)	Bank ludowy	D Propst Treder . . . 33
26. „ „	Rolnik	P (Propst Treder)
27. Culm, Wstpr. (Chelmno)	Bank	VP Propst Lipski. . . 34
28. Culmsee „ (Chełmża)	Bank ludowy	VP Propst Gulgowski . 35
29. Czarnikau (Czarnków)	Bank ludowy w Czarnkowie	M. d. A. Propst Swinarski 36
30. Czempin (Czempiń)	Bank ludowy	D Propst Kielczewski . 37 P Propst Dzierzkiewicz. 38
31. „ „	Rolnik	M. d. V. Propst Siuda . 39 VP (Propst Kielczewski)
32. Dakowy Mokre (Dakowy Mokre)	Bank ludowy	P Geistl. Ad. Grosty . 40
33. Dirschau, Westpreußen (Tczew)	Bank ludowy	P Geistl. Mańkowski . 41 M. d. A. Geistl. Paszota 42
34. Dirschau, Westpreußen (Tczew)	Rolnik	VP (Geistl. Mańkowski)
35. Dobrzyca (Dobrzyca)	Bank ludowy	VP Propst Śniatała. . 43
36. „ „	Rolnik	M. d. V. (Propst Śniatała)

Genossenschaft	Bank	Namen der Geistlichen
37. Dolzig (Dolsk)	Bank ludowy	M. d. V. Geistl. Michalski 44
38. Drosenau (Droszew)	Bank ludowy	D Geistl. Hemmerling . 45
		M. d. A. Geistl. Piotrowicz 46
39. Dubin (Dubin)	Bank ludowy	D Propst Niebbal. . . 47
40. Emchen (Mchy)	Bank ludowy	P Geistl. Wiśniewski . 48
41. Exin (Kcynia)	Bank ludowy	P Propst Gutsche . . . 49
42. „ „	Rolnik	M. d. V. Geistl. Rychlewski 50
		P (Propst Gutsche)
43. Filehne (Wieleń)	Bank ludowy	D Geistl. Wawrzynowicz 51
		P Propst Spychalski. . 52
		M. d. A. Propst Platz . 53
		M. d. A. Propst Kiliński 54
44. Flatow (Złotów)	Bank Parcelacyjny	P Propst Dr. Domański 55
45. „ „	Bank ludowy	D Propst Pellowski . . 56
		P (Propst Dr. Domański)
46. „ „	Rolnik	P (Propst Dr. Domański)
47. Gembitz (Gębice)	Bank ludowy	D Geistl. Greinert. . . 57
		P Geistl. Skoracki . . . 58
48. Gnesen (Gniezno)	Bank Ziemski	M. d. A. Propst Formanowicz 59
49. „ „	Rolnik	M. d. A. Geistl. Kubski. 60
50. Görchen (Miejska Górka)	Gleba. Spółka Ziemska.	P Propst Goncerzewicz. 61
		M. d. A. Propst Zakrzewski 62
51. „ „	Rolnik	M. d. V. Propst Powel. 63
		P (Propst Zakrzewski)
52. Golejewo (Golejewo)	Bank ludowy	D (Propst Zakrzewski)
53. Golina (Golina)	Bank ludowy	M. d. V. Geistl. Sz. Tobola 64
		M. d. A. Geistl. Gibasiewicz 65
54. Gollantsch (Gołańcz)	Bank ludowy dla Gołańczy i okolicy	VP Propst Duczmal. . 66
55. „ „	Spólka Ziemska	P M. Szukała 67
		M. d. A. Wierzbicki . . 68
56. Gonsawa (Gąsawa)	Bank ludowy	VP Propst Niedbalski . 69
57. Górzno (Górzno)	Bank	P Propst Wietrzychowski 70
		M. d. A. Propst Kuczyński 71
58. Gościeszyn (Gościeszyn)	„Ul", Spar- und Darlehnskasse	D Propst Gorski . . . 72
59. Gostyń (Gostyń)	Bank pożyczkowy	D Geistl. Bukalski . . 73
60. „ „	Rolnik	VP Propst Jezierski. . 74
61. Grabów (Grabów)	Bank ludowy	P Propst Sucharski . . 75
62. Graetz i. P. (Grodzisk)	Rolnik	M. d. V. Propst Bialas. 76
63. Grutschno, Westpreußen Gruczno.	Bank ludowy	M. d. A. Propst Kiedrowski 77
64. Hochstüblau, Westpr. (Zblewo)	Bank ludowy	D Geistl. Dr. Krefft. . 78
65. Hohensalza (Inowrocław)	Bank ludowy	M. d. A. Prälat Laubitz 79
		M. d. A. Propst Jastrzębski 80

Genossenschaft	Bank	Namen der Geistlichen
66. Hohensalza (Inowrocław)	Rolnik	P (Prälat Laubitz)
		M. d. A. Geistl. Paluchowski 81
67. Hohensalza (Inowrocław)	Spólka Ziemska	M. d. A. (Prälat Laubitz)
68. Janowitz (Janówiec)	Bank ludowy	D Propst Noak . . . 82
		P Propst Gierlowski . 83
		M. d. A. Propst Wojciechowski 84
69. „ „	Rolnik	VP (Propst Wojciechowski)
70. Jaratschewo (Jaraczew)	Bank ludowy	P Dekan Beisert . . . 85
		VP Propst Walich . . 86
		M. d. A. Propst Nowak 87
71. „ „	Rolnik	M. d. V. (Propst Nowak)
		VP (Dekan Beisert)
72. Jarotschin (Jarocin)	Kasa Pożyczkowa i Oszczędnósci w Jarocinie	P Dekan Podlewski . 88
73. „ „	Rolnik	VP Propst Tobola . . 89
		M. d. A. Propst Golski 90
74. Jeschewo, Kr. Schwetz (Jeżewo)	Bank ludowy	M. d. A. Geistl. Dembieński 91
75. Jeschewo, Kr. Schwetz (Jeżewo)	Kupiec	M. d. A. (Geistl. Dembieński)
		M. d. A. Geistl. Maslowski 92
76. Jutroschin (Jutrosin)	Bank ludowy	M. d. V. Geistl. Dratwa 93
77. Kaminiec (Kamieniec)	Bank Kółka włościańskiego	D Propst W. Krzyżanowski 94
		P Geistl. Różycki . . 95
78. Kaźmierz (Kaźmierz)	Bank ludowy	M. d. V. Geistl. Kruszka 96
		M. d. A. Propst Jurek 97
79. Kempen i. P. (Kępno)	Bank Kupiecki	P Geistl. Hubert . . . 98
		M. d. A. Geistl. Jadomski 99
80. „ „	Bank ludowy	P Propst Lange . . . 100
		VP Geistl. Nowacki . . 101
		M. d. A. Propst Klementowski 102
81. Kletzko (Kłecko)	Bank ludowy	VP Propst Radónski . 103
82. Kobylin (Kobylin)	Bank ludowy	P Propst Polczyński . 104
		VP Probst Zalewski . 105
83. Koschmin (Kożmin)	Rolnik	P Kaplan Łukomski . 106
84. „ „	Towarzystwo pożyczkowe w Kożminie	P Dekan Adamczewski 107
		VP Propst Czerwiński 108
		M. d. A. (Kaplan Łukomski)
85. Kosten (Kościan)	Bank Kupiecko-Przemysłowy	P Propst Ludwiczak . 109
86. „ „	Bank ludowy	D Propst Surzyński . 110
		M. d. A. Geistl. Jan Ludwiczak 111
87. Kostschin (Kostrzyn)	Bank ludowy	D Propst Fischbach . . 112
		M. d. A. Propst Drwęski 113

Genossenschaft	Bank	Namen der Geistlichen
88. Kostschin (Kostrzyn)	Rolnik	M. d. V. (Propst Fischbach)
89. Kriewen (Krzywiń)	Bank ludowy	D Propst Nawrocki . . 114
90. Kröben (Krobia)	Bank ludowy w Krobi	M. d. A. Geistl. Stankiewicz 115
91. Krotoschin (Krotoszyn)	Bank Kupiecki	M. d. V. Geistl. Rudnicki 116
		M. d. A. Propst Zalewski 117
92. „ „	Krotoszyńska fabryka wyrobów woskowych	M. d. A. Propst Bronisz 118
93. Kurnik (Kórnik)	Rolnik	M. d. V. Propst Rybicki 119
		M. d. A. Propst Okoniewski 120
94. Kwilitsch (Kwilcz)	Bank ludowy	D Propst Laudowicz . 121
95. Labischin (Łabiszyn)	Bank ludowy	P Propst Klos. . . . 122
96. Lautenburg, Westpr. (Lidzbark)	Bank	M. d. V. Geistl. Dr. Nelke 123
		P Dekan Klatt . . . 124
		M. d. A. Geistl. Dr. Działowski 125
97. Lessen, Westpr. (Łasin)	Bank ludowy	P Propst Heese . . . 126
98. „ „	Rolnik	P (Propst Heese)
99. Lippusch, Westpr. (Lipusz)	Bank ludowy	P Propst Dunajski . . 127
100. Lissewo, Westpr. (Lissewo)	Bank ludowy	P Geistl. Łebiński . . 128
101. Löbau, Westpr. (Lubawa)	Bank ludowy	VP Geistl. Kowalski . 129
		M. d. A. Propst Ruchniewicz 130
		M. d. A. Geistl. Kasyna 131
102. Löbau, Westpr. (Lubawa)	Spólka Parcelacyjna	P Propst Mańkowski . 132
		M. d. A. Propst Batke 133
103. Lobsens (Łobżenica)	Bank ludowy	D Geistl. Raczkowski . 134
		VP Geistl. Poprawski 135
104. „ „	Bank Ziemski	P (Geistl. Raczkowski)
		P Geistl. Szymoniak . 136
105. „ „	Rolnik	D (Geistl. Raczkowski)
106. Lonkocin (Łąkocin)	Bank ludowy	M. d. V. Geistl. Bielawski 137
		M. d. A. Geistl. Fierek 138
107. Lubasch (Lubasz)	Bank ludowy	D Geistl. A. Świtala . 139
		P Propst Rosenberg . 140
108. „ „	Rolnik	M. d. V. (Propst Rosenberg)
		M. d. A. Geistl. Zajączkowski 141
		M. d. A. Geistl. Spychalski 142
109. Lubichowo (Lubichów)	Bank ludowy	D Propst Byczkowski. 143
110. Lubiewo (Lubiewo)	Bank ludowy	P Dekan Dr. Wloszczyński 144
111. Ludzisk (Ludzisko)	Bank ludowy	D Dekan Bobowski. . 145
112. Margonin (Margonin)	Bank ludowy	D Geistl. Bajerowicz . 146
113. Mewe, Westpr. (Gniew)	Bank	P Propst Kupczyński. 147
		M. d. A. Propst Gburkowski 148

Genossenschaft	Bank	Namen der Geistlichen
114. Michorzewo (Michorzewo)	Bank ludowy	D Propst Żmidziński . 149
115. Mieschkow (Mieszków)	Bank ludowy	D Propst Gerntke . . 150 P Propst Wiśniewski. 151 M. d. A. Propst Donat 152
116. Mietschisko (Mieścisko)	Bank ludowy	P Propst Ludwik . . 153
117. Miloslaw (Miłosław)	Bank ludowy w Miłosław	P Propst Bogdański . 154
118. Mixstadt (Mikstat)	Towarzystwo Pożyczkowe Mixstadt	D Propst Ruszczyński 155
119. Mogilno (Mogilno)	Bank ludowy	D Geistl. Brodowski . 156 P Dekan Szudziński . 157
120. Moschin (Mosina)	Bank ludowy	D Propst Kalkowski . 158
121. Murowana Goslin (Murowana Góslina)	Bank ludowy	P Propst Schwaba . . 159
122. Nakel-Netze (Nakło)	Bank ludowy	P Propst Dratwa . . 160 M. d. A. Propst Gryglewicz 161
123. „ „	Rolnik	P Propst Robowski . 162
124. Nekla (Nekla)	Bank ludowy	P Geistl. Poczta . . . 163
125. Neumark, Westpreußen (Nowemiasto n. D.	Bank ludowy zu Neumark	D Propst Batke . . . 164 M. d. A. Geistl. Dr. Maliński . . . . . 165 M. d. A. Propst Majka 166
126. Neumark, Westpreußen (Nowemiasto n. D.	Rolnik	M. d. V. (Propst Majka) M. d. A. (Propst Batke) M. d. A. (Geistl. Maliński)
127. Neustadt bei Pinne (Lwówek)	Rolnik	M. d. V. Geistl. Śmietana 167 VP Propst Rosochowicz 168
128. Neustadt, Westpreußen (Wejherowo)	Kupiec	VP Propst Łosiński . 169
129. Oborniki i. P. (Oborniki)	Bank ludowy	D Geistl. Jabczyński . 170
130. Olobok (Ołobok)	Bank ludowy	P Propst Piotrowski † 171 M. d. A. Propst Rupiński 172
131. „ „	Spółka Ziemska	P (Propst Piotrowski) †
132. Opalenitza (Opalenica)	Bank ludowy	D Geistl. Adam Schmidt 173 P Propst Gustowski . 174
133. Ossieck, Westpr. (Osiek)	Bank ludowy	D Propst Wl. Karpiński 175 P Propst Wiśnicki . . 176
134. Pakosch (Pakość)	Bank ludowy	D Propst Kurzawski . 177
135. „ „	Rolnik	M. d. V. (Propst Kurzawski)
136. Pempowo (Pempowo)	Bank ludowy	D Propst Koczwara . 178 P Propst Lipowicz . . 179
137. Pinne (Pniewy)	Rolnik	VP Propst Miśkiewicz 180
138. Pleschen (Pleszew)	Bank Pożyczkowy w Pleszewie	P Propst Niesiołowski 181
139. Posen (Poznań)	Bank Parcelacyjny	M. d. A. Geistl. Orański 182
140. „ „	Bank Pożyczkowy	P Propst K. Maliński 183

Genoſſenſchaft	Bank	Namen der Geiſtlichen
141. Poſen (Poznań)	Rolnik	M. d. V. Geiſtl. Jęſiek 184
		M. d. A. Propſt Gladyſz 185
		M. d. A. Propſt Haaſe 186
142. „ „	Skarbona	D (Geiſtl. Jęſiek)
		P (Propſt Haaſe)
		VP Geiſtl. Kotecki . . 187
		M. d. A. Geiſtl. Karol Radoński 188
143. „ „	Spółka Rolników Parcelacyjna	P Geiſtl. Stanisl. Gladyſz. 189
		M. d. A. Geiſtl. Janas 190
144. Priment (Przement)	Bank ludowy	D Geiſtl. Mojzykiewicz 191
		P Geiſtl. Bombicki . . 192
145. „ „	Bank Parcelacyjny	M. d. V. (Geiſtl. Bombicki)
		P (Geiſtl. Mojzykiewicz)
146. Pudewitz (Pobiedziska)	Bank ludowy	M. d. V. Propſt K. Smorawski 193
147. „ „	Rolnik	M. d. V. Geiſtl. Morkowski 194
		VP (Geiſtl. Smorawski)
148. Punitz (Poniec)	Bank ludowy	D Geiſtl. Dr. Skrzydlewski 195
		M. d. A. Geiſtl. Kinowski 196
149. „ „	Rolnik	M. d. V. (Geiſtl. Dr. Skrzydlewski)
		M. d. A. (Geiſtlicher Kinowski)
150. Putzig, Weſtpr. (Puck)	Bank Puck	D Propſt Witkowski . 197
151. Raſchkow (Raszków)	Bank ludowy	M. d. V. Geiſtl. Rejewski 198
		P Propſt Chmielewski 199
		M. d. A. Propſt Józef Sikorski 200
152. Rogaſen (Rogoźno)	Rolnik	M. d. A. Propſt Pomorski 201
		M. d. A. Propſt Klarowicz 202
153. Samter (Szamotuły)	Rolnik	M. d. V. Geiſtl. Narcyz Putz 203
		M. d. A. Propſt Dr. Sypniewski 204
154. Scharfenort (Ostroróg)	Bank ludowy	M. d. V. (Propſt Dr. Wlodzimierz Sypniewski)
155. Schildberg i. P. (Ostrzeszów)	Bank ludowy w Ostrzeszowie	P Geiſtl. Ludwiczak . 205
		M. d. A. Geiſtl. Tomaszewski 206
		M. d. A. Geiſtl. A. Hubert 207
156. Schildberg i. P. (Ostrzeszów)	Rolnik	P Propſt Hubert. . . 208
		M. d. A. Propſt Ruszczyński 209
		M. d. A. Propſt Jadomski 210
157. Schlehen (Tarnowo)	Bank ludowy	D Propſt Serbecki . . 211
		M. d. V. Propſt Jarosz 212

Genossenschaft	Bank	Namen der Geistlichen
158. Gr. Schliewitz, Westpr. (Śliwice)	Volksbank f. Gr.-Schliewitz und Umgegend	D Propst Sychowski . 213
159. Schmiegel (Śmigiel)	Bank ludowy	P Propst Cichowski. . 214
160. „ „	Rolnik	M. d. V. Geistl. Chudziński 215
		P (Propst Cichowski)
		M. d. A. Geistl. Marciniak 216
161. Schokken (Skoki)	Bank ludowy	M. d. V. Propst Zoch . 217
		P Propst St. Nowak . 218
162. „ „	Rolnik	M. d. V. (Propst Zoch)
163. Schönsee, Westpreußen (Kowalewo)	Bank	VP Propst Bolt . . . 219
164. Schrimm (Śrem)	Bank ludowy	M. d. A. Geistl. N. Kanikowski 220
		M. d. A. Geistlicher St. Kubski. 221
165. Schubin (Szubin)	Bank ludowy	M. d. V. Geistlicher St. Posadzy 222
		P Geistl. Sołtysiński . 223
166. Schwersenz (Swarzędz)	Bank ludowy	D Propst Nejczyk . . 224
		P Propst Podkomorski 225
167. Schwetz, Westpreußen (Świecie)	Rolnik	P Geistl. Cyra. . . . 226
168. Schwetz, Westpreußen (Świecie)	Spółka Ziemska	M. d. A. (Propst Cyra)
169. Siemon, Westpreußen (Siemoń)	Bank ludowy	M. d. V. Geistl. Prabucki 227
170. Sierakowitz, Westpr. (Sierakowice)	Bank ludowy	D Propst B. Łosiński. 228
		VP Propst Dylewski . 229
171. Skalmierzyce (Skalmierzyce)	Bank ludowy	D Geistl. Wolski. . . 230
		VP Geistl. Jan Piotrowicz 231
172. Stendsitz (Stężyca)	Bank ludowy	P Propst Omankowski 232
		VP Geistl. Sadowski . 233
173. Stenschewo (Stęszewo)	Bank ludowy	D Propst Jankiewicz . 234
174. Storchnest (Osieczna)	Bank ludowy	D Propst K. Fabisz . 235
		M. d. V. Propst P. Steinmetz 236
		P Propst Cizmowski . 237
175. „ „	Rolnik	P (Propst Cismowski)
		VP (Propst Steinmetz)
		M. d. A. Propst Świderski 238
176. Stralkowo (Strzałków)	Bank ludowy	P Propst Reiter . . . 239
		VP Geistl. Jan Janas 240
		M. d. A. Propst Konarski 241
		M. d. A. Propst Wierzchaczewski 242
177. „ „	Rolnik	P (Geistl. J. Janas)
178. Strasburg, Westpr. (Brodnica)	Bank	P Propst Dembiński . 243

Genossenschaft	Bank	Namen der Geistlichen
179. Strasburg, Westpr. (Brodnica)	Rolnik	M. d. A. Propst Doering 244 M. d. A. Propst Kuczyński 245
180. Strelno (Strzelno)	Rolnik	M. d. V. Geistl. Prądzyński . . . . . 246 M. d. A. Geistl. Sołtysiński 247
181. Sulmierschütz (Sulmierzyce)	Bank ludowy	D Geistl. W. Sędlak . 248
182. Tremessen (Trzemeszno)	Kasa Pożyczkowa	P Geistl. Galecki . . . 249 D Geistl. M. Potocki . 250
183. Tuchel, Westpreußen (Tuchola)	Spółka Ziemska w Tucholi	VP Geistl. Schwartz . 251 M. d. A. Geistl. Reymann 252
184. Vandsburg, Westpr. (Więcbork)	Bank ludowy	D Propst Julian Flach 253
185. Wielichowo (Wielichowo)	Bank ludowy	D Geistl. W. Klemt . 254 P Geistl. Siuda . . . 255
186. Wielle, Westpr. (Wiele)	Bank ludowy	D Propst J. Szydzik . 256
187. Wirsitz (Wyrzysk)	Bank ludowy	D Propst Alf. Kaczmarek . . . . . 257 P Geistl. Jan Tesmer 258 VP Propst Kowalski . 259
188. Witkowo (Witkowo)	Bank ludowy w Witkowie	P Propst Malczewski . 260
189. „ „	Rolnik	M. d. V. Geistlicher Jan Filipiak . . . . . 261 VP (Propst Malczewski)
190. Wollstein (Wolsztyn)	Bank ludowy	D Propst Zygarlowski 262
191. Wongrowitz (Wągrówiec)	Bank ludowy Wągrowiecki	P Geistl. St. Kopernik 263
192. Wongrowitz (Wągrówiec)	Rolnik	M. d. V. Propst Z. Wierzbicki 264
193. Wreschen (Września)	Rolnik	M. d. A. Propst Bogdański 265
194. Wronke (Wronki)	Bank ludowy we Wronkach	VP Propst Czyżak . . 266 M. d. A. Propst Lisowski 267
195. „ „	Rolnik	M. d. V. (Propst Czyżak) M. d. A. Propst Roman Panewicz. . . . . 268 M. d. A. Propst Lisowski 269
196. Xions (Książ)	Bank ludowy	P Propst K. Schaust . 270
197. Zerkow (Zerków)	Rolnik	M. d. A. Propst Łowiński . . . . . 271 M. d. A. Propst Wnuk 272 M. d. A. Propst Kozlowicz 273
198. Zirke a. W. (Sieraków)	Bank ludowy	M. d. V. Geistl. W. Trzybiński . . . . . 274 VP (Propst R. Panewicz)
199. „ „	Rolnik	VP Geistl. Hennig . . 275 M. d. A. Geistl. M. Łukowski 276

Genossenschaft	Bank	Namen der Geistlichen
200. Znin (Znin)	Bank ludowy	P Propst F. Walczak. 277 VP Propst Władysław Jasiński 278
201. „ „	Rolnik	M. d. V. (Geistlicher W. Jasiński) P (Propst F. Walczak)
202. Zuckau, Westpreußen (Zukowo)	Bank ludowy	P (Propst Łosiński)

Hierzu drei Geistliche des Patronats.

Also ergab sich folgende Entwicklung:

Im Jahre 1906 waren 145 Geistliche in 110 Genossenschaften tätig
„ „ 1908 „ 217 „ „ 159 „ „
„ „ 1912 „ 281 „ „ 202 „ „
„ „ 1913 „ 296 „ „ 212 „ „

Vierter Teil.

Die Kreditpolitik der Polen.

Dreizehntes Kapitel.

Die Geldbeschaffung.

A. Die Geldbeschaffung gegen Verpfändung des Bodens.

Die Kreditpolitik wird den Polen am meisten dadurch erleichtert, daß sie für eine Organisation des hypothekarischen Kredits nicht zu sorgen brauchen. Denn die breite fundamentale Schicht des Kreditaufbaues wird den Polen durch die „Posener Landschaft" und zahlreiche deutsche Hypothekenbanken gesichert.

Das ist heute so bekannt, daß es genügen mag, es in wenigen Sätzen zu skizzieren.

In den letzten zwei Jahrzehnten haben sich die Güterpreise in der Provinz Posen verdoppelt, in einigen Gebieten sogar verdreifacht. Zum Teil entstand die Erhöhung aus Verkehrsverbesserungen, zahlreiche Bahnen wurden angelegt, Kleinbahnen eröffnet, Zuckerfabriken, Brennereien gebaut, die Güter fast durchweg melioriert. Auch die Wirkung des Personalkredits führte zu einer Verbesserung der landwirtschaftlichen Betriebe, und der Zollschutz tat das seine.

Zum Teil aber beruht die Preiserhöhung auf dem nationalen Kampfe, den Konkurrenzkäufen der Ansiedlungskommission und der Polenbanken, den „Demonstrationskäufen" einiger Magnaten.

Wenn nun auch die heute bezahlten Preise Kampfpreise sind

und nicht dauernd auf der Höhe bleiben können, ist doch für absehbare Zeit damit zu rechnen, daß die Güter um 60 % höher bezahlt werden, als vor 15—20 Jahren.

Von dieser Agrarhausse werden auch die Städte ergriffen, wo die Grundstückspreise zum Teil auf das Zehnfache stiegen.

Die Basis des soliden polnischen Realkredits hat sich infolgedessen um 50—60 % vergrößert, und auf die so erweiterte Fläche drängte sich das deutsche Kapital.

Gerade in den entscheidenden Jahren, als der Kampf um den Boden auf seiner Höhe stand, nämlich von 1901—1904 gewann das Herbeidrängen des deutschen Kapitals elementare Wucht infolge der Druckdifferenz, die damals auf dem deutschen Kapitalmarkt lag.

Ich meine damit folgendes: Um 1901 geriet Deutschland unter eine wirtschaftliche Depression, das Geld wurde flüssig, suchte nach sicheren Anlagen. — Um dieselbe Zeit aber dauerte in der Provinz Posen und zum Teil in Westpreußen die Aufwärtsbewegung infolge des Nationalitätenkampfes, infolge der neuen germanisatorischen Unternehmungen des Staates an. Dort wurde Geld gesucht, hoher Zins gezahlt. — Und ebensowenig, wie man den Sturm hindern kann, dorthin zu brausen, wo das atmosphärische Minimum ist, ebensowenig kann man das Kapital hindern, sich dorthin zu wenden, wo bei hinreichender Sicherheit hoher Zins gezahlt wird.

Deshalb war es nicht seltsam, sondern natürlich, daß große deutsche Hypothekenbanken, insonderheit außerpreußische Banken, ferner Lebensversicherungsgesellschaften polnische Grundstücke beliehen, und daß im Wettbewerb mit ihnen das deutsche Privatkapital sich dorthin drängte.

Schlechterdings besteht für die Polen nicht die Notwendigkeit, sich um die untersten, solidesten Schichten ihres Kredits sonderlich zu bemühen. Es genügt völlig, daß die Posener Verbandsbank und die Bank wloscianski sich der Hypothekenvermittlung widmen. Die Zeiten, in der die Polen erste Hypotheken in Berliner Zeitungsinseraten öffentlich ausbieten mußten, sind vorüber, denn

die deutschen Börsen wissen, daß die Provinz Posen „fein" geworden ist, und sie beeilen sich, noch einige Jahre den hohen Zins zu genießen, den gerade die polnischen Einwohner der Provinz zu zahlen gewohnt sind.

Es entsteht für das Kapital stets eine starke Anlockung, wenn ein stiefmütterlich behandeltes Gebiet plötzlich zum Schoßkinde der Nation wird; so bedurfte es auch hier nur des ersten Anstoßes, um die einst verdächtigen „östlichen Hypotheken" als sichere und lohnende Kapitalsanlage in Aufnahme zu bringen.

In der Tat! Die preußische Polenpolitik bewirkte auf dem Kreditmarkte eine glänzende Emission polnischer Hypotheken. Das war eine der ungewollten Nebenwirkungen, die niemand voraussehen konnte.

Dem preußischen Politiker wird sich hier die Frage aufdrängen, ob es nicht ein Mittel gebe, den Polen den Hypothekarkredit zu entziehen; denn, wenn es gelänge, diese Basis verschwinden zu machen, würde der ganze polnische Kreditaufbau in einen plötzlichen Bankerott versinken.

Jeder Finanzmann weiß, daß es solche Maßregeln nicht gibt. Die Regierung hat nicht die Macht, die Kreditbasis irgendeiner Minorität zu zertrümmern. Sie kann vielleicht die Beleihungen seitens der Posener Landschaft inhibieren [1], sie kann den preußischen Hypothekenbanken auf die Finger sehen (und tut das bereits), sie könnte sogar, wenn sie sich recht bemühte, verhindern, daß einige außerpreußische Hypothekenbanken die Beleihung polnischer Grundstücke zu ihrer Spezialität machen; aber — die preußische Regierung kann nicht verhindern, daß tags darauf dieselben Summen in Form privater Darlehen den Polen wieder zur Verfügung stehen.

Wer kreditwürdig ist und bereit, Zinsen zu zahlen, erhält, was er braucht. An dieser einfachen Tatsache scheitert jede

[1] 1906 bestanden bei der Posener Landschaft Darlehen
an Polen: 175 923 200 Mk.,
„ Deutsche: 137 891 400 „

polizeiliche Kreditbeschränkung. Hierauf bauen die Polen mit vollem Sicherheitsgefühl, überlassen es also dem fürsorglichen deutschen Kapital, die unteren Schichten des polnischen Kreditaufbaues zu halten und wenden sich mit aller Kraft den höheren Stockwerken zu, wie im folgenden gezeigt werden soll.

B. Das Betriebskapital der Kreditgenossenschaften.

Das „eigene" Kapital der polnischen Kreditgenossenschaften, das rund 36 Millionen Mark beträgt, ist in jahrelangen, zum Teil jahrzehntelangen Ratenzahlungen in der Weise aufgebracht worden, daß jeder Genosse jährlich mindestens 3 Mk. einzahlt resp. sich vom Darlehn abziehen läßt, und ferner vom Geschäftsgewinn ein Zehntel oder ein Zwölftel zum Reservefonds geschlagen wird.

Das eigene Kapital besteht mithin aus den

„Geschäftsguthaben" der Genossen = 24 Mill. Mk.
und den Reserven = 11,7 „ „ [1]

Jedoch die Hauptmittel der polnischen Banken bestehen selbstverständlich nicht aus Geschäftsguthaben und Reserven, sondern aus Depositen, aus Spareinlagen.

Aus der vorhergehenden Darstellung ergibt sich, daß die polnischen Kreditgenossenschaften für das Polentum eine andere Bedeutung haben, als etwa die deutschen Kreditgenossenschaften für die Deutschen. Denn die polnischen Kreditgenossenschaften tragen ein großes politisches System, sie sind Kern und Halt der Formen, welche das polnische Gemeinwesen mühsam erlangt hat, und jeder Pole muß auf den Genossenschaftsverband blicken als auf die wichtigste Einrichtung seines Volkstums.

Nirgends in Deutschland oder in irgendeinem anderen Lande gibt es eine ähnliche Situation, denn überall sind die Genossen-

---

[1] Sämtliche polnischen Genossenschaften — also auch die Ein- und Verkaufs- und Parzellierungsgenossenschaften — hatten Ende 1912:
Geschäftsguthaben = 27 Mill. Mk.,
Reserven = 15,5 „ „

schaften nur Ergänzungen zu dem, was der Staat bietet, oder was sich die Gesellschaft auch in anderer Weise verschaffen kann.

Daß die Polen lediglich ihre Genossenschaften haben, und daß sich ihre Wohlfahrt zu einem so großen Teile auf diese Institute gründet, ist aber durchaus kein Zeichen der Kraft. Vielmehr mußten sie sich so beschränken, weil sie unfähig waren, in genügender Menge Privatbanken und Aktiengesellschaften zu schaffen.

Ihre Beteiligung an der großen Industrie ist dürftig, die Entwicklung ihres Handels läßt trotz des großen Aufschwungs noch viel zu wünschen übrig, und ihrem zum Teil sehr reichen Adel scheint es ganz an Unternehmungslust zu fehlen. Ein Unternehmer, der nach deutschen Begriffen eine mittlere Kraft wäre, könnte heute unter den Polen ein Führer sein und viele in seinen Bann ziehen.

Nur in einem einzigen Zweige der Wirtschaft, nämlich im Güterhandel, befinden sich unter den Polen ungewöhnlich viel Privatunternehmer, die der Kampf um den Boden erweckt hat, auf allen anderen Gebieten aber fehlt es noch so sehr daran, daß heute jeder Pole, der wirtschaftlich vorwärts kommen will, auf die Genossenschaften angewiesen ist, insonderheit in allen Kreditfragen.

Die wenigen Privatbanken, unter denen das Haus Kwilecki Potocki besonders bekannt ist, sind schwach und wenig liquide. Die Aktiengesellschaft „Bank wloscianski“ scheint sich auf das Effektengeschäft zu konzentrieren.

Also haben die Genossenschaften im Polentum ein wirtschaftliches und politisches Monopol.

Da sich diese Tatsachen den Polen täglich und deutlich aufdrängen, ist es leicht, der Bevölkerung klar zu machen, daß die Hingabe von Spargeldern an die Kreditvereine eine nationale Pflicht sei. Da die Leiter der Genossenschaften in allen Berufsvereinen, Kulturvereinen, Wahlvereinen eine Rolle spielen, ist es möglich, alle diese Institute in den Dienst einer Propaganda für das Genossenschaftswesen zu stellen.

Und so geschieht es! Denn unter dem Patronate Wawr-

zyniaks, das die Ära der Erfolge einleitete, wurden sogleich alle Verbände und Kongresse vor diesen Wagen gespannt. So richtete im Jahre 1894 der polnische Katholikentag eine besondere Sektion für die Propaganda des Genossenschaftswesens ein. Unter Leitung Wawrzyniaks wurde hier den aus allen polnischen Gegenden herbeigekommenen Männern klar gemacht, welche Bedeutung die Genossenschaften hätten, und wie notwendig es sei, für die Heranziehung von Spargeldern Sorge zu tragen. In demselben Jahre trat Wawrzyniak in der Generalversammlung der polnischen Bauernvereine auf, schuf eine enge Verbindung zwischen den Bauernvereinen und den Kreditgenossenschaften, und seitdem wirken die Bauernvereine gleichsam als Schrittmacher der Genossenschaften. Nach diesem Vorbilde wurden die Gewerbevereine, die Arbeitervereine und die polnischen Vereine für die Kreditgenossenschaften benutzt, und es ist seitdem zum feststehenden Stil geworden, daß jede polnische Vereinigung zwei Aufgaben erfüllt: Erstens für ihre eigenen Zwecke zu wirken, zweitens für die Heranziehung von Depositen zu den Genossenschaften Sorge zu tragen.

Diese Monopolstellung der polnischen Kreditgenossenschaften wird durch einen anderen Umstand verstärkt.

Bekanntlich wird allen deutschen Genossenschaften die Heranziehung von Spargeldern dadurch erschwert, daß ihnen die öffentlichen Sparkassen erhebliche Konkurrenz machen. In öffentlichen Sparkassen betragen die Depositen fünfmal soviel als in den Genossenschaften, und häufig sind Kreditvereine durch diese Konkurrenz gezwungen, sich einen großen Teil des Betriebskapitals mit Wechseln zu verschaffen. Dieser Konkurrenzkampf zwischen dem deutschen Sparkassenverband und den deutschen Genossenschaften wird still aber sehr zähe geführt, und die öffentlichen Sparkassen genießen hierbei den Vorteil, daß sie unter offizieller Flagge stehen und sich als Kassen, die von hohen Behörden privilegiert sind, dem Publikum besonders empfehlenswert machen.

Kommt man mit diesen Erfahrungen aus dem deutschen

Genossenschaftswesen in das polnische Lager, so findet man die Dinge gerade entgegengesetzt geordnet. Denn die „öffentlichen Sparkassen" sind den Polen höchst verdächtig, da sie von Behörden abhängen. Indem eine Sparkasse „offiziell" auftritt, sei es als Kreis-, sei es als städtische Sparkasse, nimmt sie einen Charakter an, den der Pole als feindlich, als „preußisch" empfindet. Die polnischen Genossenschaften haben daher im Kampfe gegen die Sparkassenkonkurrenz politischen Vorteil, den sie nach Kräften ausnutzen[1].

Hierbei kommt ihnen zustatten, daß der Geschäftsbetrieb der öffentlichen Sparkassen bureaukratisch und recht schleppend ist. Zum Teil hängt das mit dem veralteten Sparkassensystem zusammen, das eine Pflege des Personalkredits erschwert, zum Teil aber ist es auch Schlendrian und Bequemlichkeit, so daß es den Polenbanken nicht schwer wird, sich durch moderne Formen auszuzeichnen. Man sollte diese geschäftliche Überlegenheit nicht gering schätzen, denn im polnischen Genossenschaftswesen ist es schon seit jeher, wie sich beobachten läßt, eine stete Praxis, in der Art der Depositenannahme und der Verzinsung die öffentlichen Sparkassen zu überflügeln. So verzinsen z. B. die meisten polnischen Banken alle Einlagen vom Tage der Einzahlung bis zum Tage der Abhebung, während die öffentlichen Sparkassen meist den Monat, in welchem eingezahlt wird, und den Monat der Abhebung unverzinst lassen. Die Folge hiervon hat sich gerade im letzten Jahrzehnt besonders fühlbar gemacht, denn infolge der Entwicklung des Bauerntums wurde in Posen die Sitte der sogenannten „zirkulierenden Einlagen" von den Genossenschaftsleitern gepflegt. Das heißt: ein Bauer, der heute ein Pferd verkauft hat, um sich demnächst ein neues anzuschaffen, wird ver-

[1] Vgl. S. 244 f. Ich erinnere besonders an den Aufruf: „Landsleute! Angesichts des Anschlages der Deutschen auf unsere polnischen Banken und Genossenschaften fordern wir Euch auf, aus den deutschen Banken und aus den deutschen Sparkassen alle Eure Gelder zurückzuziehen. Weiter fordern wir Euch auf, nach Empfangnahme der Gelder aus den deutschen Banken und Sparkassen sie sofort zu polnischen Banken zu bringen."

anlaßt, in der kurzen Zwischenzeit sein Geld anzulegen. Das sind keine „ersparten" Summen, sondern nur vorübergehend mit dreitägiger Kündigung angelegte Gelder, die wegen der sofortigen Verzinsung meist den Genossenschaften zufließen.

Hierzu kommt, daß der Zinsfuß der Genossenschaften ½ bis 1% höher ist als der der öffentlichen Sparkassen, und daß die Annahme und Abhebung der Depositen nicht annähernd soviel Umstände macht.

Diese geschäftliche Überlegenheit aber verbindet sich mit jener politischen Feindseligkeit ganz untrennbar. Der Pole, der sein Geld zur Kreissparkasse bringt, ärgert sich, daß er deutsch angeredet wird, ärgert sich, daß er kein polnisches Depositenbüchlein bekommt, ärgert sich, daß ihm der erste Monat nicht verzinst wird, und wenn er dann zu Hause sich vom Nachbar erklären läßt, daß ihm die Bank ludowy nicht 3%, sondern 4% gegeben hätte, ist er geneigt, die „preußische Kasse" für eine Betrügerin zu halten.

In dieser Stimmung wirken dann alle wahren oder falschen Mitteilungen über Ungerechtigkeiten der „preußischen" Kassen sehr stark. Der Bauer hört, einem Polen sei wegen dessen Nationalität ein Darlehn verweigert worden, oder die Kreissparkasse habe ein Gut, das sie übernehmen mußte, nicht an einen Polen verkaufen wollen. So entsteht und entwickelt sich eine Gegnerschaft, die den polnischen Genossenschaften nur nützen kann. Heute liegen noch viele Millionen polnischer Gelder in öffentlichen Sparkassen, aber ohne Aufhören arbeiten die Genossenschaften daran, diese Gelder an sich zu ziehen.

Früher geschah ihre Propaganda insgeheim. Seit jedoch jene Ministerialverfügung erschienen ist, die den Beamten verbietet, mit polnischen Kassen in Verbindung zu stehen, halten sich die Genossenschaftsleiter berechtigt, ganz offen und unverblümt ihren Kampf gegen die öffentlichen Kassen zu führen. „Ich halte es für meine Aufgabe" — so erklärte mir rund heraus einer der Führer im Finanzwesen —, „meine polnischen Landsleute zu veranlassen, daß sie ihre Gelder möglichst aus den Sparkassen

der Kreise und der Posener Stadtverwaltung herausziehen und in unsere Genossenschaften bringen."

So wird allmählich auch dieser Kampf ein Teil der nationalen Moral, und seine Ersparnisse zur Bank ludowy zu bringen, ist heute fast eine nationale Pflicht.

Sehen wir indes zu, wie vollkommen die Leiter der Genossenschaften diese Situation ausnützen. Die Doktrin, die in polnischen Versammlungen mit immer neuer Lebhaftigkeit verkündet wird, lautet etwa so:

Der Kreis derjenigen, die von Genossenschaften Geld leihen, ist beschränkt auf erwachsene, geschäftsfähige Personen, die eine gewisse Zuverlässigkeit bieten, um Kredit erlangen zu können.

Spareinleger hingegen kann jeder werden, alle Menschen, selbst kleine Kinder, für die allenthalben „Pfennigsparkassen" eingerichtet werden[1].

Hieraus ergibt sich, daß die Zahl der Spareinleger notwendig viel größer sein muß als die Zahl der Schuldner, wenn die Bankverhältnisse den natürlichen Voraussetzungen entsprechen.

Alle Genossenschaften werden deshalb jährlich öffentlich daraufhin geprüft, wie sich die Zahl der Deponenten zur Zahl der Genossen verhält[2].

Hierbei wird als Dogma erklärt: eine Genossenschaft ist ungesund, wenn die Zahl der Genossen größer ist als die Zahl der Deponenten. Unter normalen Verhältnissen, so pflegt der Patron zu verkünden, muß die Zahl der Deponenten doppelt so groß sein, wie der der Genossen.

Da dieser Stand aber keineswegs erreicht ist und nicht so bald erreicht werden wird[3], bleibt die Agitation, deren einfacher Grundsatz gerade für polnische Verhältnisse trefflich zugeschnitten ist, stets im Fluß. Mit starrgläubiger Sicherheit schlägt heute

---

[1] In Verbindung mit fast jeder Bank ludowy steht solche Einrichtung.

[2] Die jährliche Publikation des Patronats verkündet das, und auf dem Verbandstage werden die Zurückgebliebenen moniert.

[3] Die Zahl der Deponenten ist um etwa 10000 geringer als die Zahl der Genossen.

jeder Pole, der eine Genossenschaft beurteilen will, zuerst die beiden Zahlen auf: hier Genossen — dort Deponenten. Der aufgeklärte deutsche Genossenschaftsmann wird die Wärme, mit der jener finanzielle Glaubenssatz von den Polen verehrt wird, naiv finden. Aber wer einmal beobachtet hat, wie diese These zu einer ewigen Mahnung und Warnung wird, wie die Leiter in den Banken eifrig werben, um die öffentliche Schande einer zu geringen Deponentenzahl von sich abzuwehren, wer das einmal beobachtet hat, wird jenen einfachen und naiven Grundsatz in seiner Wirkung verstehen. Gerade die kleinsten Beträge, die früher überhaupt nicht gespart wurden, sind durch jenes „Dogma" herbeigezogen worden, denn der Vorstand der Bank nimmt jede einzelne Mark gern an, schon weil er hierdurch seine „Liczba deponentów", seine Deponentenzahl aufbessert und im öffentlichen Ansehen steigt.

Man läßt also die große Gewalt der öffentlichen Meinung, obwohl sie vom Finanzwesen wenig weiß, dennoch mitarbeiten, indem man ihr einen einfachen Grundsatz zurechtgeschnitzt hat, den jedes Kind versteht.

Ein zweites Mittel, die Depositen hervorzulocken, ist folgendes. Ein bekannter deutscher Nationalökonom hat einmal erklärt, daß in jedem Volke große Summen vorhanden seien, sog. Horste, die von der Bevölkerung aus alter Gewohnheit und Furcht, verborgen gehalten werden. Unter den Polen nun ist, wie jeder, der dort gelebt hat, weiß, die Sitte ganz verbreitet, die Taler ängstlich im Keller oder im Rauchfang zu verwahren. Kürzlich geschah es sogar in der Stadt Posen, daß Summen, die mehrere Jahrzehnte verborgen gehalten waren, endlich zur Bank gebracht wurden. In den abgelegenen Dörfern zwischen Wäldern und Wiesen aber gehört jene alte, vorsichtige Methode noch zur Landessitte. Mißtrauisch halten die Bauern und besonders die Bauernfrauen alles Geld geheim und sind in diesen heiklen Fragen ihren Landsleuten gegenüber manchmal noch verschlossener als gegenüber dem deutschen Gutsherrn.

Auf diese Horste fahnden, wie sich versteht, die polnischen Genossenschaftsleiter mit besonderem Eifer, so kann man z. B. in polnischen Dörfern Flugblätter finden, die von Volksbanken ausgehen und sich lediglich mit der Aufklärung dieser Frage befassen. Hier wird den Leuten vorgerechnet, wieviel Verlust derjenige erlitten hat, der tausend Taler zehn Jahre im Rauchfang liegen ließ, und es wird ihnen erzählt, wie sicher die Anlage in der Bank sei, und wie die ehrenwerten Männer alle heißen, die mit ihrem ganzen Vermögen für die Spareinlagen haften.

Mit der zähen Gewohnheit des polnischen Volkes, Ersparnisse zu verwahren, hängt eine sehr verbreitete Sitte zusammen, die man insbesondere auch bei den Masuren beobachten kann, wenn man sich Zeit läßt, dies seltsame Volk zu betrachten: ich meine die Sitte, daß in finanziellen Notfällen der Nachbar dem Nachbar leiht.

Das kleine Bauernvolk berechnet sich keinen Zins, bewahrt aber die Erinnerung an die Hilfe in einem eisenfesten Gedächtnis, und der Geber kann in ähnlicher Notlage auf Vergeltung rechnen. Dieser alte Brauch, der hier und da von wohlmeinenden Männern unterstützt worden ist, hat sich in manchen Dörfern so befestigt, daß die Leute sich weigern, moderne Genossenschaften zu begründen, da sie in ihrer gegenseitigen Hilfstätigkeit einen hinreichenderen Ersatz dafür zu sehen glauben.

Dem Liebhaber guter alter Volkssitten wird es wenig gefallen, zu hören, daß die Leiter der polnischen Genossenschaften jenen Brauch ganz energisch und grundsätzlich bekämpfen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil das System des Genossenschaftsverbandes durch solche selbständigen Inseln unterbrochen wird. Erfahrungsgemäß sind es fast stets wohlhabende Bauerngemeinden, die diese Nachbarshilfe betreiben, und meist stecken hinter den Summen, die so hin und her gegeben werden, beträchtliche Gelder, die noch im Keller liegen. Mir sind Dörfer in Posen bekannt, die 8—10 mal vergebens vom Leiter des Genossenschaftsverbandes besucht wurden und immer wieder sein Anerbieten, eine Volksbank bei ihnen zu gründen, zurückwiesen.

Schließlich gelang es doch, bald hier, bald dort ein Gebiet zu erobern, und jedesmal bedeutete die „Erschließung solcher Dörfer" einen tüchtigen Zuschuß zum Gesamtbudget des polnischen Genossenschaftswesens.

Faßt man alles zusammen, so präsentieren sich die polnischen Genossenschaften als Sparkassen des polnischen Volkes, die unter weit günstigeren Umständen arbeiten als ihre deutschen Konkurrenten. Sie treiben eine Spargelderagitation, wie man sie in den entwickelteren westdeutschen Banken nirgends findet, und die sich nur ein verhältnismäßig tiefstehendes Volk in solcher Form als pädagogische Maßregel gefallen läßt.

Sie bekämpfen die Konkurrenz der öffentlichen Sparkassen mit wachsendem Erfolge, da deren offizieller Charakter die Polen abschreckt.

Vor allem aber haben sie im polnischen Gemeinwesen die Vorherrschaft und vermögen alle Volksorganisationen in den Dienst ihrer Propaganda zu stellen. Hierbei hilft ihnen ihre wirtschaftliche Monopolstellung. Vereinigt sich doch in ihnen alles das, was sich bei den Deutschen in komplizierterer und entwickelterer Weise auf Sparkassen, Großbanken, Genossenschaften verschiedener Art und zahlreiche Privatbankiers verteilt.

C. Die Deponenten.

Zunächst findet man unter den Deponenten die wohlbekannte Masse der Kleinen. Dienstboten, Gütergesinde, Schäfer, Handwerker, kleine Beamte usw., deren Einlagen die Fülle kleiner Beträge bilden, und deren Bedeutung von keiner Sparkasse gering geschätzt wird. Die eifrige Sparpropaganda, die von den polnischen Genossenschaftsleitern mit so volkstümlicher Wirkung durchgeführt wird, richtet sich hauptsächlich an die Adresse dieser kleinen Leute.

Zu ihrer Masse kommen dann zwei Gruppen, die seit zwei Jahrzehnten mit besonderem Geschick gepflegt worden sind, nämlich:

erstens die „westfälischen Depositen",
zweitens die „geistlichen Gelder".

1. Die westfälischen Deponenten.

Als die „Völkerwanderung" polnischer Häusler und Landarbeiter nach Rheinland-Westfalen begann, war die Geistlichkeit geneigt, die Abwandernden als verlorene Söhne zu betrachten, und sogar der weitblickende Erzbischof Stablewski hatte nur scharfe Worte für die Männer, die in die gottlosen Industriereviere zogen[1].

Jedoch bald zeigten sie sich als die besten Söhne. Denn da die Organisation der Arbeiter in Rheinland-Westfalen nur geringe Fortschritte machte, und zeitweilig unter argen Verwirrungen litt, lehnte sich die rheinisch-westfälische Arbeiterschaft, die zum größten Teil aus Posen-Westpreußen stammt, an die heimatlichen Institute. Die Genossenschaftsleiter pflegen diese Beziehungen mit besonderem Eifer. Es gibt unter ihnen sogar solche, die in ihren Kassen Spezialbücher führen unter dem Namen: „Depozyta westfalskie", westfälische Depositen, und es sind mir polnische Banken bekannt, bei denen ein Sechstel bis ein Fünftel der jährlichen Depositeneinzahlungen aus dieser Quelle stammt. Man kann damit rechnen, daß von 100 Männern, die aus Posen nach Westfalen ziehen, etwa 20 regelmäßig jährliche Beträge von je 100 bis 500 Mk. an die heimatliche Bank ludowy senden, und ihre Guthaben betragen je etwa 100 bis 5000 Mk.

Freilich gehören die westfälischen Arbeiter zu den „unsicheren" Deponenten, weil sie zuweilen plötzlich und gleichzeitig in Mengen ihre Guthaben zurückfordern. Jeder Bergarbeiterstreik z. B. saugt an den Kassen in Posen, und die Führung von speziellen Büchern über westfälische Depositen hängt damit zusammen, daß diese Kategorie nicht nur besonders gepflegt, sondern auch sorgfältig von den Bankleitern beobachtet werden muß.

[1] Siehe oben S. 163 ff.

Unsicher sind diese Deponenten noch aus einem zweiten Grunde. Die Führer der rheinisch-westfälischen Arbeiter sehen es ungern, daß nur die Posener Institute gestärkt werden und wünschen im Westen ein eigenes polnisches Banksystem zu begründen. 1905 wurde damit in Bochum der Anfang gemacht, und obwohl der Versuch bisher noch wenig Erfolg zeigte, muß man doch mit der Möglichkeit dieser neuen Entwicklung rechnen.

Die Posener Genossenschaftsmänner schwanken noch, ob sie dies bekämpfen oder begünstigen sollen. Die älteren fürchten, daß die wenig seßhafte Arbeiterschaft nicht imstande sein wird, gesunde Banken zu schaffen, daß sie vielmehr nur dazu beitragen, das polnische Kreditwesen zu kompromittieren und zu schwächen. Die jungen, unternehmungslustigen hingegen, sehen im Geiste schon eine neue Säule der polnischen Finanzen in Rheinland-Westfalen erstehen.

2. Die geistlichen Gelder.

Da die Leitung der polnischen Banken zum großen Teil in den Händen von Geistlichen liegt, ergibt sich ganz von selbst die Möglichkeit, kirchliche Gelder in die Genossenschaften zu bringen.

In dieser vielumstrittenen Angelegenheit hat ebenfalls der Patron Wawrzyniak Erhebliches geleistet. Vor seinem Amtsantritt bestand — wie aus früheren Protokollen und Diskussionen hervorgeht — oft Unklarheit darüber, ob ein Geistlicher überhaupt das Recht habe, kirchliche Gelder den Volksbanken anzuvertrauen; denn bekanntlich besteht die Vorschrift, daß die Substanz des Kirchenvermögens pupillarisch sichergestellt sein muß. Die Konsistorien, Kapitel- und Kirchenvorstände dürfen die Gelder nur in Grundstücken, ersten Hypotheken und mündelsicheren Papieren anlegen. Eine Einrichtung, die auch dadurch kontrolliert wird, daß unter den Mitgliedern des Posener Konsistoriums viele Deutsche sich befinden, und daß der häufig ausgesprochene Verdacht zu einer besonderen Wachsamkeit geführt hat.

Jedoch es liegt im Wesen der römischen Kirchenstiftungen, solche Bräuche zu umgehen, sobald eine Fesselung der Bewegungs-

freiheit zu befürchten ist. Das Mittel, kirchliche Gelder von der „Substanz des Kirchenvermögens" formell fernzuhalten, besteht darin, daß die Summen auf den Namen einer Person, etwa des Geistlichen, des Superior, der Oberin eingetragen werden. Erforderlich hierzu ist nur, daß sich Geber und Empfänger über diese Art der Anlage einigen.

Solch geistliches Strohmanntum, das durchaus nicht gegen die Gesetze verstößt, ist in den letzten zwei Jahrzehnten zugunsten der polnischen Genossenschaften ausgebildet worden, und die Genossenschaftsleitung sieht heute eifrig darauf, daß neue Stiftungen nicht der pupillarischen Unfruchtbarkeit verfallen, sondern den Volksbanken zugute kommen.

Beträge solcher Art, die etwa je 10 000 bis 50 000 Mk. umfassen, sind mir aus mehreren polnischen Banken bekannt geworden, und da ich Beweise dafür in Händen hatte, wurde mir auch die Existenz der Summen von Genossenschaftsleitungen zugegeben.

Aus solchen Vorgängen, die während der Transaktion wohl auch in deutschen Geschäftskreisen bekannt wurden, dürften die Erzählungen und Legenden über Jesuitengelder entstanden sein.

Undurchsichtiger aber noch werden die Anlagen dadurch, daß neben den Geldern, die aus irgendwelchen Gründen auf den Namen eines geistlichen Strohmanns eingetragen wurden, die Vermögen vieler Geistlichen stehen. Denn die Pröpste und Vikare kennen ein erprobtes Mittel, das Mißtrauen der Bauern zu beseitigen: die Hingabe ihrer eigenen Gelder, und manche Volksbank ist überhaupt erst dadurch zum Leben gekommen, daß ein geistlicher Herr 30 000 bis 50 000 Mk. einzahlte und so den Gemeindemitgliedern bewies, wie vollkommen er der Sicherheit seiner Bank vertraue.

Beide Gruppen — sowohl die westfälischen Depositen wie die geistlichen Gelder — erscheinen heute als Kapitalien, die, ich möchte sagen, gewohnt sind, sich den genossenschaftlichen Kassen zuzuwenden. Denn hier haben die letzten zwei Jahrzehnte unter dem Patronate Wawrzyniaks und Adamskis eine feste Übung ge-

schaffen, die freilich nur dadurch möglich wurde, daß die Leitung der Volksbanken mehr und mehr in geistliche Hände kam.

Seitdem stieg die gesamte Depositensumme, aber nicht etwa in erstaunlichem Anschwellen, sondern in mäßiger Progression. Als Wawrzyniak 1892 die Leitung übernahm, verfügten die Volksbanken über etwa 11 Mill. Mk., dann hoben sich die Beträge

1893	auf	13	Mill. Mk.,	1898	auf	26	Mill. Mk.,
1894	„	15	„ „	1899	„	32	„ „
1895	„	16	„ „	1900	„	37	„ „
1896	„	19	„ „	1901	„	42	„ „
1897	„	22	„ „	1902	„	49	„ „

also zuerst um 2 Mill. Mk. jährlich, dann um 3 Mill. Mk., um 4 Mill. und schließlich um 7 Mill. Mk. im Jahr.

Da der Patron in dieser Zeit in ruheloser Arbeit das unzureichende Genossenschaftssystem nach allen Kreisen Posens und Westpreußens hin ausbaute und die Zahl der Genossenschaften von 77 auf 138 (im Jahre 1902) erhöhte, da er in dieser Zeit den Polen überhaupt erst ein modernes Finanzwesen schuf und ihre Kreditinstitute zugleich zum Kern des entstehenden polnischen Gemeinwesens machte, ist jene Progression nicht eben wunderbar, sondern zeigt nur, daß die Polen sich bemühten, Versäumtes nachzuholen.

Seit 1903 jedoch nahm die Progression einen viel stärkeren Aufschwung und erreichte 1913: 250 Millionen Mark.

Wie erklärt sich diese Progression seit 1903?

Ich vergleiche die Entwicklung der polnischen Genossenschaften mit einem Strome, den nach und nach zuerst zögernd, dann vertrauensvoll zahlreichere Schiffe befahren, und wir sehen heute neue Schiffe.

Im Jahre 1903 trat, wie ich S. 303 dargelegt habe, die polnische Verbandsbank in Geschäftsverbindung mit einer Berliner Großbank.

Man kann sich von der moralischen Wirkung jener Maßregel schwer eine Vorstellung machen, wenn man die eigentümliche

Auffassung nicht kennt, die der Pole vom polnischen Bankwesen hat. Die Polen, die stolz die Entwicklung ihres Finanzwesens rühmen und gern von den Erfolgen im Bodenkampfe sprechen, blicken doch zugleich zaghaft auf ihre Institute und sind sich nicht recht darüber klar, ob ihre wirtschaftlichen Bemühungen „wirklich ernst genommen werden". Sie wissen ja ganz genau, daß es in Berlin, Dresden und Frankfurt a. M. Bankhäuser gibt, von denen jedes einzelne alle polnischen Institute zusammen weit übertrifft, und sie fühlen, daß die Polen, die sich mutig und unternehmungslustig in die deutsche Industrie begeben, dort nur Heloten sind.

Unter der Oberfläche des Selbstbewußtseins, das der Pole stets zur Schau trägt, bewegen sich Zweifel, und es verschafft ihm eine erstaunte Befriedigung, wenn er erkennt, daß seine Werke „wirklich ernst genommen werden". Hierzu kam, daß die Krisis, in die die Verbandsbank im Jahre 1900 geriet, manche kühneren Meinungen dämpfte, und daß den Polen nicht unbekannt blieb, wie übel ihre Geschäftsführung in deutschen Finanzkreisen beleumdet war.

Auf diese Stimmung wirkte die Nachricht, die Bank związku sei mit einer der größten deutschen Banken „in dauernde Geschäftsverbindung getreten", wie ein untrügliches Diplom: „Unsere polnischen Banken werden ernst genommen." Der gut geschlossene Kreis der polnischen Finanzleute verbreitete geheimnisvoll diese Kunde, und jeder erzählte es geheimnisvoll mit wichtiger Miene weiter. Ohne daß sich der einzelne Rechenschaft darüber ablegen konnte, ob und inwiefern die neue Verbindung einen Fortschritt bedeute, spürten doch alle die Befriedigung, daß eine anerkannte deutsche Finanzmacht den Polen die Hand gereicht hatte.

Dem polnischen Genossenschaftswesen also brachte das Ereignis, abgesehen von allen geschäftlichen Bequemlichkeiten, eine Steigerung ihres Ansehens im Polentum, und die neuen Schiffe: Polnische Institute, „Familienvermögen", polnischer Adel, polnischer Handel wagten sich auf den Strom.

3. Die polnischen Institute.

Die polnischen Institute, insonderheit diejenigen, die der Unterrichtshilfe dienen, haben schon in der Ära der „Emigration", seit dem Anfang der vierziger Jahre Kapitalien gesammelt, die sich in sieben Jahrzehnten allmählich zu mehreren Millionen Mark anhäuften[1]. Diese Summen wurden mündelsicher angelegt, hingegen war die Deposition in polnischen Banken nicht üblich, kam höchstens in einzelnen unerheblichen Fällen vor, wenn der Schenker es wünschte. In den letzten Jahren jedoch ist ein allmählicher Wandel zu beobachten.

Die Genossenschaftsleiter, die in allen Instituten eine Rolle spielen, erlangten auch hier Anerkennung, und sogar der altväterliche Marcinkowskiverein hat auf eine Reihe größerer Volksbanken Beträge von je 10 bis 60000 Mk. verteilt. Obwohl diese Summen in ihrer Gesamtheit nicht gering zu veranschlagen sind und von Jahr zu Jahr anwachsen, möchte ich doch ganz besonders die moralische Wirkung solcher Depositen schätzen. Denn es macht auf jeden Polen Eindruck, wenn ihm etwa ein Vorstandsmitglied der Bank ludowy in Schrimm erzählt: der Marcinkowskiverein hat uns 30000 Mk. anvertraut. Jedermann weiß, daß die vorsichtigen und erfahrenen Leiter des Marcinkowskivereins nur Banken wählen, die sie für völlig sicher halten, und wenn früher nur Staatspapiere und Pfandbriefe für gut gehalten wurden, bedeutet heute die Berücksichtigung der Genossenschaftsbanken eine Art „offizieller" Anerkennung ihrer Sicherheit.

4. Die „Familienvermögen".

Man könnte die Kühnheit bewundern, mit der Witwen, Rentner, Wirte, Kaufleute ihre kleinen Ersparnisse der Bank ludowy anvertrauen, wenn man nicht wüßte, daß der Vorantritt der „Institute", der Vereine für Unterrichtshilfe und der Zuspruch der Geistlichen bei der polnischen Bevölkerung soviel vermag. Seit einigen Jahren geben nicht nur alleinstehende Frauen, die bei den Polen oft unter dem Einflusse des Propstes

[1] Vgl. S. 45 ff.

stehen, sondern auch kleine Gewerbetreibende ihre Vermögen den Genossenschaftsbanken, und zwar unter ganz entschiedener Auswahl der Banken. Man kann in der polnischen Bevölkerung deutlich wahrnehmen, wie bestimmte Volksbanken allgemein für zuverlässig gehalten werden, während man über andere „nicht spricht". Die spürende Schlauheit der polnischen Bürger und Bauern hat, seit die Genossenschaften eine Rolle spielen, längst herausgefunden, welche Banken feste Säulen sind und welche Genossenschaften nur in der Schwebe gehalten werden.

Wer Gelegenheit hat, in die Depositenbücher polnischer Banken Einblick zu tun, findet daher in denjenigen Instituten, die vom Volksinstinkt als sicher anerkannt worden sind, unter 100 Deponenten durchschnittlich einen Bürger oder Bauer, der sein freies Vermögen ganz oder zum beträchtlichen Teil der Bank überwiesen hat. Vermögen von je 10 bis 30000 Mk. fand ich so, bei denen sich feststellen ließ, daß sie hier von einem Apotheker, dort von einem Arzt, hier von einem Bauern, dort von einem Ladenbesitzer usw. stammten. Diese Deponenten, die ihr Geld gegen halbjährliche oder gar jährliche Kündigung anlegen, erhalten jahraus, jahrein $4^1/_2$ % und können in Notfällen gegen Damnoberechnung jederzeit ihr Kapital erhalten. Vorausgesetzt also, daß die Kassen wirklich sicher sind — und das nimmt der polnische Mittelstand nach dem Vorantritt der Institute an —, ist die Anlage praktisch und sichert überdies dem Deponenten ein gewisses soziales Ansehen in seinem Kreise.

Es wird noch mancherlei zu sagen sein über diesen Vorgang, der erst seit wenigen Jahren hervortritt, und es wird besonders zu beobachten sein, ob die Genossenschaften für eine so vermehrte Anlage mittlerer Vermögen die geeigneten Träger sind. Vorläufig mag nur darauf hingewiesen werden, daß der Aufbau des polnischen Genossenschaftswesens sich durch das Herbeiströmen der mittleren Vermögen erheblich verändert hat. Denn während früher sich die Masse der kleinen Sparer ziemlich kritiklos über die Gesamtheit der Volksbanken verteilte, verursachen jetzt die vorsichtigeren Deponenten der mittleren Vermögen eine ganz ent-

schiedene Auslese. Bestimmte Banken erhalten von allen Seiten, selbst aus entfernten Kreisen solche Depositа, während andere nicht gewählt werden. Infolgedessen hat sich in den letzten Jahren eine scharfe Differenzierung und Gruppierung der Banken herausgebildet, die nicht ohne Folgen bleiben wird. Denn die großen Banken werden hierdurch bewußter, nehmen mehr und mehr das Wesen des modernen Betriebes an und haben zum Teil nicht übel Lust, sich in Aktiengesellschaften zu verwandeln, während die anderen in ihrer bescheidenen Verfassung zurückbleiben. Ob dies Auseinanderwachsen der verbundenen Genossenschaften, das der gegenwärtig regierende Patron mit aller Macht zu verhindern strebt, sich wirklich dauernd hindern läßt, ist zweifelhaft. Augenblicklich überwiegt noch bei den Polen die Meinung, daß solch Auseinanderwachsen ein Unglück wäre, weil es die Einheit des polnischen Finanzwesens sprengen würde.

Die wirtschaftliche Entwicklung aber, die sich um die politische Einheit nicht immer kümmert, scheint hierauf zu antworten: Ein Finanzwesen kann, sobald es eine gewisse Höhe erreicht hat, nicht auf einem einzigen System ruhen, ja es darf sogar nicht alles auf eine Karte setzen. Wenn die Gesamtsumme der polnischen Depositen weiter wächst, wird es notwendig sein, eine genügende Anzahl brauchbarer Aktienbanken zu besitzen, die in Verbindung mit dem deutschen Wirtschaftsleben die wachsenden Summen verwerten und die sich von den beschränkteren Zielen der Genossenschaften unabhängig halten.

5. Der polnische Adel.

Diese Entwicklung wird noch forciert, da sich der polnische Adel seit kurzem den Genossenschaften zugewandt hat.

Wie politische und finanzielle Verhältnisse es mit sich brachten, daß die „Bauernbanken" unabhängig von der einst so mächtigen Schlachta emporblühten, haben wir gesehen; und es ist nicht zweifelhaft, daß der Triumph der Volksbewegung und Volksentwicklung zum Teil hierauf beruhte.

Jedoch das „Wiedereinschwenken" des Adels in das demo-

kratische polnische Gemeinwesen führte auch zu einer wirtschaftlichen Annäherung.

Durch die Vorgänge nach 1900, insbesondere durch die Sanierung der Verbandsbank ist diese Annäherung beschleunigt oder überhaupt ermöglicht worden. Denn dem polnischen Adel ist mit bäuerlichen Genossenschaften, mögen sie selbst mehrere Millionen Mark Depositen haben, wenig gedient. Er verlangt eine moderne Bank, mit Einrichtungen eines großen Betriebes, die durch persönliche und geschäftliche Verbindungen in den internationalen Verkehr hineinreicht. Seit die Verbandsbank ein solches Institut geworden ist, hat sie begonnen, dem Adel zu dienen. In den letzten Jahren hat sich die Wirkung bereits so fühlbar gemacht, daß die Leitung der Bank heute alles tut, um die zum Teil sehr reiche Schlachta an ihren Geschäftskreis zu fesseln.

Diese neue und Beachtung fordernde Kundschaft verstärkt die Tendenzen, die ich als Auslese der Banken bezeichnete. Sie hebt, indem sie die Verbandsbank und seit einiger Zeit auch die Gewerbebank (Bank przemyslowcow) begünstigt, die modern eingerichteten Institute immer sichtbarer aus dem Niveau der Genossenschaften empor und fördert das „Auseinanderwachsen", das als ein fernes Fatum zu warten scheint.

Hierzu aber kommt schließlich als jüngste Erscheinung, die halb Gegenwart, halb Zukunft ist:

6. Die Ausbildung des Bankverkehrs im polnischen Handel.

Der polnische Handel, der in seinen Oberstufen dem Getreideverkehr, der Beschaffung künstlichen Düngers, dem Maschinenvertrieb, also dem großen Agrarbedarf dient, ist vom Schicksal nicht schlecht behandelt worden, denn ihm sind während der letzten zwei Jahrzehnte große Arbeitsgebiete zugefallen, ohne daß er sonderlich schwer um sie zu ringen brauchte.

Vor ihm her zog als gewaltiger Wegbahner und Schrittmacher der nationale Handelsboykott. So wurde durch die nationalpolitische Zurückdrängung des herrschenden deutschen

Handels ein Vakuum geschaffen, in das der polnische Kaufmann einrückte [1].

Der polnische Kaufmannstand ist daher schnell emporgeschossen und trägt mancherlei jugendliche Unbeholfenheiten an sich. Insbesondere ist sein Zahlungs- und Kreditverkehr so primitiv, daß im polnischen Handel dauernd große Barmittel unnütz hin und her geschoben werden. Wie groß die Summen sind, die so unrationell im polnischen Volkshaushalt verwendet werden, vermag natürlich niemand zu sagen. Es kann daher nicht wundernehmen, daß manche Genossenschaftsleiter der unbekannten Größe mit lebhafter Phantasie gegenüberstehen. Aber wie hoch die Summen, die so verrieben und vernachlässigt werden, auch sein mögen: sicher ist, daß die polnischen Genossenschaften die Eroberung dieses Gebietes für eine ihrer nächsten und wichtigsten Aufgaben halten.

Der kleine und mittlere polnische Handel weiß heute selbst noch nicht, welche Schwächung seine Kapitalkraft dadurch erleidet, daß er sich der feingegliederten, alle Teile des polnischen Gemeinwesens durchziehenden Bankorganisation nicht genügend bedient. In dieser Frage beginnen jetzt erst die Genossenschaftsleiter als Erzieher aufzutreten, und man kann wohl sagen, daß sie ganz moderne Lehren verbreiten. Besonders die junge Generation, die jetzt in den Genossenschaften zur Herrschaft kommt, ist mit volkswirtschaftlichen Kenntnissen ausgerüstet. In den Händen polnischer Genossenschaftsleiter fand ich z. B. die „Bank- und Kreditwirtschaft des deutschen Mittelstandes" vom Geh. Finanzrat Hugenberg, bei ihnen fand ich das lehrreiche Buch von Buff über „Das Kontokorrentgeschäft im deutschen Bankgewerbe", und die Schrift von Edgar Jaffé über das englische Bankwesen, vielleicht das beste und wirksamste, was in den letzten Jahren über moderne Kreditfragen geschrieben ist. Daß die genossenschaftlichen Arbeiten vom Anwalt Dr. Hans Crüger zum täglichen Brot der polnischen Finanzmänner gehören, brauche ich kaum zu bemerken.

Solche Bücher werden nicht nur gelesen, sondern in jeder Weise

[1] Vgl. S. 186 ff.

„ausgeschlachtet". Im „Poradnik dla spolek", dem offiziellen Organ der polnischen Genossenschaften, liest man allmonatlich Belehrungen, die aus jenen Werken stammen, so daß jeder polnische Genossenschaftsmann in kurzer Zeit und in populärer Weise über die Möglichkeit einer weiteren Entwicklung orientiert ist.

Die Männer, die sich mit solcher Weisheit vollgesogen haben, reden dann in den Versammlungen, und erstaunt hört man von ihren Lippen das pädagogische Wort des englischen Bankdirektors Bagehot: „Eine Million in den Händen einer Bank ist eine große Macht; denn die kann sie beliebig und sofort verleihen, und Leute, die Geld brauchen, können ohne weiteres zu ihr gehen. Aber dieselbe Summe ist, wenn 10—50fach durch ein Volk verstreut, überhaupt keine Macht; niemand weiß, wie er sie finden und wen er darum angehen kann. Konzentration des Geldes ist die Hauptursache, aus welcher der englische Geldmarkt so beispiellos reich geworden ist."

Das Hohe Lied vom Kontokorrentverkehr!

Können die Polen auf Fortschritte auf diesem Gebiete überhaupt ernstlich hoffen?

Man hat gesagt, die Einführung einer bankmäßigen Kassenführung, also des Kontokorrent- und Scheckverkehrs hängt von der „wirtschaftlichen Reife" eines Volkes ab. Mit dieser Phrase wird seit Jahren die Diskussion darüber bestritten, weshalb die Deutschen in der Einrichtung des Kontokorrent- und Scheckverkehrs so auffallend hinter England und Amerika zurückstehen. Uns fehlt die „wirtschaftliche Reife", um das durchzuführen, was in England schon vor $1^1/_2$ Jahrhunderten eingerichtet wurde.

Von diesem populären Standpunkte aus wird man natürlich eine Entwicklung der bankmäßigen Kassenführung bei den Polen noch viel weniger erwarten können, denn die polnischen Kaufleute sind wirtschaftlich sicher weniger „reif" als die Deutschen.

Vielleicht aber werden die Deutschen in einigen Jahren mit erstaunter Miene erkennen, daß die Polen schneller als die Deutschen in der bankmäßigen Kassenführung vorgeschritten sind.

Denn nicht nur auf die Reife kommt es an, sondern ganz wesentlich auch auf folgendes:

In einer Volkswirtschaft, die so hoch entwickelt ist wie die deutsche, die in den verschiedenen Zweigen des Handels und der Industrien so verschiedenartige Bedingungen zeigt, in einer Volkswirtschaft, die bereits zu solcher Mannigfaltigkeit gelangt ist, kann man nur sehr schwer die bankmäßige Kassenführung als neue Einrichtung verbreiten. Denn selbst eine beherrschende Bank mit feingegliedertem Filialnetz vermag sich in solcher Welt nur mühsam die Detailkenntnisse und Erfahrungsformeln anzueignen, die erforderlich sind, um eine bankmäßige Kassenführung mit der dazu gehörigen Kreditgewährung so zu leiten, daß die Bank kein Risiko läuft, und die Kundschaft sich dennoch befriedigt und zur Ausbildung des Systems veranlaßt fühlt.

Die große Verbreitung der bankmäßigen Kassenführung in England schreibt man dem Vorbild des Staates zu, der bereits seit Mitte des 18. Jahrhunderts seine Finanzverwaltung der Bank von England übertrug, so daß also die englische Volkswirtschaft frühzeitig und *schon auf jugendlicher Stufe* die Einrichtung aufnahm, deren Entwicklung wir heute bewundern.

Auf jugendlicher Stufe, das heißt in einem Stadium, wo das wichtigste Erfordernis der bankmäßigen Kassenführung: die genaue Kenntnis der Verhältnisse, leichter erreicht werden kann als in einer hochentwickelten Volkswirtschaft. Deshalb hat man keine Ursache, auf die Unreife des polnischen Handels allzu sicher herabzusehen, denn wenn der schwierige Anfang einmal überwunden ist, dürfte sich das Kontowesen in den einfachen Verhältnissen des polnischen Lebens leichter einbürgern als anderswo. Zu Hilfe kommt den Polen auch die slawische Personalienkenntnis, über die jeder Deutsche, der Gelegenheit hat, in polnischen Kreisen zu verkehren, erstaunen wird. Eine bis ins Detail gehende Personalkenntnis, die in deutschen Kreisen leicht verdächtig machen könnte, gehört den Polen zum guten Ton, und ihre Pflege ist gesellschaftliche Tradition. Wie man einst den mächtigen Kanzler Czartoryski wegen seiner Personalkenntnis rühmte und ihn be-

wunderte, weil er von Hunderten, ja Tausenden Edelleuten nicht nur Vor- und Zunamen, sondern auch ihre Verwandtschaft und ihre Interessen kannte[1], so halten es heute die gebildeten Polen und die allmählich aufsteigenden Schichten für ein gesellschaftliches Erfordernis, daß man Personalienkenntnis habe. Wie sehr die diskrete Indiskretion den Polen in genossenschaftlichen Organisationsfragen behilflich ist, tritt heute schon deutlich zutage, hier aber in der Entwicklung des Kontowesens hat diese gesellschaftliche Kunst eine ganz besonders lohnende Gelegenheit, sich in Zukunft zu bewähren. Daher möge man nicht von Hexerei reden, wenn man in einigen Jahren hört, daß sich das Scheckwesen unter den Polen schnell verbreite, und daß ihr Banknetz so immer fähiger wird, jeden Pfennig aufzusaugen.

D. Die Kapitalien der Kampfinstitute.

Steigt man aus der soliden Sphäre des sicheren Kredits allmählich in leichtere Lüfte, wo die Sicherheit nicht mehr ganz so scharf geprüft wird, wenn nur der Zins hoch ist, so kommt man schließlich in ein Gebiet, in dem die Organisation des Kredits aufzuhören scheint. Denn in den halsbrecherischen Sphären, in denen sich das Kapital nur zu riskanten Geschäften, zu kühnen Spekulationen drängt, gilt wieder der einzelne, der Privatmann, der nur sich zu verlieren hat. Freilich werden auch große, angesehene Banken immer von neuem verlockt, dort oben heimlich ihr Glück zu versuchen. Jedoch niemals würden sie solches zugestehen, denn das Geständnis raubte ihnen den Kredit.

Die Polen aber sind durch den Nationalitätenkampf gezwungen worden, anders zu verfahren. Sie mußten, wenn sie den Kampf nicht aufgeben wollten, Institute haben, die viel wagen und die dem Volke offen erklären: Wir wagen viel! „Wenn die Deutschen im Kampf um den Boden siegen, wird die Vernichtung des polnischen Elements in preußischen Grenzen nur eine Frage der Zeit sein.“ Dieser Alarmruf vom Geburts-

[1] Vgl. Nöpell, Polen um die Mitte des 18. Jahrh., Gotha 1876.

jahre der preußischen Ansiedlungskommission hat den Polen klar gemacht, daß sie viel riskieren mußten, wenn sie nicht alles verlieren wollten.

Deshalb haben die Polen sogenannte Parzellierungsbanken geschaffen, die zum Kampfe bestimmt sind und auf dem Gütermarkt energisch drauflosgehen, mit allen Gewohnheiten und Eigenheiten kühner Unternehmer und waghalsiger Spekulanten. Banken, die Verluste verheimlichen, bis sie durch ein Glücksgeschäft wieder zugedeckt sind. Banken, die ihre Schuldner drücken und pressen, um den Hals frei zu bekommen. Banken mit lärmenden Generalversammlungen, mit Beleidigungen und lautem Reklamegeschrei.

Gleichzeitig haben sich starke Kreditinstitute, allen voran die polnische Verbandsbank, mit gerissenen Privatspekulanten in Verbindung gesetzt und auf diese Weise noch gewagtere und — wirkungsvollere Operationen zustande gebracht.

Um durch solche riskante und kühne Arbeitsweise die im Hintergrunde stehenden und den Rückhalt bildenden Kreditgenossenschaften nicht allzusehr zu gefährden, wurden die Kampfinstitute mit ziemlich beträchtlichem Kapital ausgestattet, das teils durch Aktienzeichnungen in Galizien und Russisch-Polen, teils durch forcierte Sparkassenreklame, teils durch Bankkredit, teils durch Verwendung glücklicher Gewinne aufgebracht ist und im ganzen rund 25 Millionen Mark beträgt.

Diese Summe bildet gewissermaßen die äußerste Spitze der polnischen Kapitalien, die immer zum Stich bereit ist, und die der Gefahr, verloren zu gehen, immerfort ausgesetzt wird.

Natürlich ist die Grenze zwischen den riskierten 25 Millionen Mark und den Millionen, die als Betriebskapitalien der Kreditgenossenschaften „dahinter stehen", nicht scharf zu ziehen. Im entscheidenden Moment, wenn es sich etwa um einen für polnische Zwecke besonders geeigneten Gutsankauf handelt, und die Summen der Kampfinstitute nicht ausreichen, kommen die Banken zu Hilfe und wagen sich weiter vor, als im Kodex der Solidität gestattet ist.

Hier berühren wir eine kritische Stelle der polnischen Kreditpolitik. Hier bewirkt nämlich der Nationalitätenkampf eine dauernde Spannung, ja Verzerrung des polnischen Kreditwesens, und die Hauptsorge der Genossenschaftsleiter ist auf diesen Punkt gerichtet.

Denn einerseits müssen sie eine Kreditpolitik treiben, die dem bescheidenen bäuerlich-kleinbürgerlichen Niveau des polnischen Gemeinwesens angepaßt ist und auf Solidität begründet sein soll; anderseits müssen sie gelegentlich im Interesse des Kampfes Kreditmanipulationen vornehmen, die einen gewagten und spekulativen Charakter tragen und darauf gerichtet sind, die deutschen Kraftleistungen zu übertrumpfen.

Das ist der Kampf! Und wenn man die polnischen Finanzmänner gewissenlos nennt und ihre kühnen Unternehmungen kritisiert, können die Polen erwidern, daß sie zum Wagnis gezwungen wurden und es bisher auch nicht zu bereuen brauchten.

Wir aber wollen hier nicht rechten und streiten, sondern den Versuch machen, die ökonomische Frage zu beantworten: *Auf welche Weise führen die Polen ihre Doppelpolitik praktisch durch?*

Eine Untersuchung dieser Doppelpolitik zerfällt logisch in zwei Teile. *Zuerst ist festzustellen, wie die Kreditgewährung beschaffen ist, die den polnischen Bauer und Bürger in seinem Erwerbe stützt, dann aber, wie die Kreditmanipulationen, die dem Kampfe um den Boden dienen, aussehen.*

Vierzehntes Kapitel.

Die Kreditgewährung.

A. Allgemeines.

Die Kreditpolitik der Polen wird durch drei Tatsachen bestimmt:

Erstens ist der polnische Wirtschaftsring in sich so geschlossen, daß er eine eigene Zinspolitik treiben kann;

zweitens stehen die Polen im Nationalitätenkampfe;

drittens besteht ein großer Teil der Genossenschaftsschuldner aus Häuslern.

I.

Die Fähigkeit einer eigenen Zinspolitik hat der polnische Verband mit manchen deutschen Raiffeisenverbänden gemein. Von einer „innergenossenschaftlichen Zinspolitik" pflegen die Raiffeisenvereine zu sprechen und darauf hinzuweisen, daß sie imstande seien, trotz eines Reichsbankdiskonts von 6 % ihren Kredit auf 5 % zu normieren. Da der Zusammenschluß der Polen, dank dem nationalen Boykott, noch enger ist als der geschlossenste Raiffeisenverband, steht ihnen die Fähigkeit zu eigener Zinspolitik in noch höherem Maße zu Gebote. Die Banken in Schrimm, Schroda, Inowrazlaw, Löbau usw. weichen oft um 2 % von dem Zinsfuße des Marktes ab, und sogar die oberschlesischen Polenbanken, die sich im Industriegebiet viel schwerer

isolieren können, zeigen eine ähnliche bewußte und gewollte Dissonanz.

Die innergenossenschaftliche Zinspolitik kann gegen den Marktsatz nach unten, aber auch nach oben ausschlagen. Nach unten: wenn die Genossenschaften imstande sind, eine Ausbeutung ihres billigeren Kredits zu verhindern und durch Verzicht auf Dividenden nach den Grundsätzen Raiffeisens oder durch Erlangung gering verzinslicher Depositen eine Erleichterung der Passivseite ihrer Bilanz zu ermöglichen; nach oben: wenn die Mitglieder der Genossenschaften aus irgendwelchen Gründen bereit oder gezwungen sind, auf eine Ausnutzung des billigeren Marktsatzes zu verzichten.

Im allgemeinen sieht man das Abweichen nach unten als eine Errungenschaft der genossenschaftlichen Arbeit an, als einen Schutz des Bauern gegen das Emporschnellen des „Industriezinses"; das Abweichen nach oben hingegen als ein Merkmal primitiver Zustände.

Jedoch das Urteil trifft nicht für alle Fälle zu, und speziell bei den Polen wird die eigene Zinspolitik wesentlich durch die Bedingungen des Nationalitätenkampfes bestimmt.

II.

Die Polenbanken stehen im Nationalitätenkampfe, denn jede Bank ludowy muß erstens mit der beobachtenden und eingreifenden Feindschaft der preußischen Behörden rechnen und ist zweitens bemüht, das Polentum gegenüber den Deutschen zu stärken. Beide Tatsachen könnte ich als notorisch bezeichnen, wenn nicht aus politischen Gründen bald von der einen, bald von der anderen Seite der Versuch gemacht würde, die Situation zu verschleiern.

Auf Seite 227—245 habe ich dargetan, wie die preußische Regierung die Polenbanken bekämpft. Daß der Kampf nicht gerade mit bewundernswertem Geschick geführt wird, ist eine Sache für sich; jedenfalls steht fest, daß dauernd von der Zentralregierung in Berlin Maßregeln ergriffen werden, um die pol-

nischen Banken zu schädigen. Diese Kampflust wächst aber auf dem Wege von Berlin nach Posen und von Posen nach Schrimm oder Hohensalza, und fast jede zuständige Lokalbehörde hält es für eine nationale Pflicht, die polnischen Genossenschaften nach Möglichkeit zu schädigen.

Auf der andern Seite betonen die polnischen Banken, sobald die kitzliche Nationalitätenfrage zur Sprache kommt, ihre „Parität". Sie weisen nach, daß sie nicht nur Polen, sondern auch Deutsche als Mitglieder aufnehmen, daß sie deutschen Bauern und Handwerkern ebenso billigen Kredit gewähren wie den Polen, kurz, daß vor ihren Kassenschaltern der Nationalitätsbegriff verschwinde.

Wenn der Leser bis auf S. 37 zurückblättert, wird er erkennen, daß die polnische Fiktion der „paritätischen Institute" schon recht alt ist. Die Behauptung, daß Polen wie Deutsche gleich behandelt werden, ist seitdem unzählige Male wiederholt worden und gehört jetzt zu den fixen Ideen der polnischen Politiker.

In der Tat nämlich sind in fast jeder polnischen Genossenschaft deutsche Mitglieder, einige Banken haben über 100 deutsche Schuldner und wirken in benachbarten deutschen Dörfern als Hauptgeldgeber. Ja, die Polen gehen sogar noch weiter: In denjenigen Gebieten, wo die preußische Ansiedlungskommission am stärksten arbeitet, betreiben es polnische Banken gleichsam als Sport, deutsche Ansiedlungsbauern als Schuldner zu gewinnen. Da jedoch die Genossenschaften nach § 8 des Reichsgesetzes nur eingetragenen Mitgliedern Darlehen gewähren dürfen, und da die Ansiedlungsbauern unter keinen Umständen in die gerichtskundigen Mitgliederlisten der Bank ludowy kommen wollen, wird hierbei so verfahren, daß der deutsche Schuldner entweder nur als Bürge auf trocknem Wechsel zeichnet[1], oder er akzeptiert einen Geschäftswechsel und ein polnisches Mitglied der Genossenschaft zeichnet ein Ge-

[1] Der Bürge braucht nicht Mitglied der Genossenschaft zu sein und kann doch beim eigenen, trocknen Wechsel direkt als Schuldner belangt werden.

fälligkeitsgiro. Die polnische Bank geht hierbei ganz sicher. Zwar kann sie einen deutschen Ansiedlungsbauer nicht zur Subhastation treiben. Aber sie weiß, daß ihr Darlehn bezahlt wird, denn der Bauer wird seine Schuld unter allen Umständen tilgen, um nicht bloßgestellt zu werden.

Überhaupt befördert das „Strohmanntum", das zur Atmosphäre des Nationalitätenkampfes gehört, verdeckte Geschäfte, und die indirekten Beziehungen zwischen deutschem und polnischem Kreditwesen sind viel intimer als der Fernstehende ahnt. Nur darf man solche Vorgänge nicht plump beurteilen und etwa glauben, daß die Polen ihre deutschen Schuldner gelegentlich „auffliegen" lassen werden. Das wäre für die Polen gefährlicher als für die Deutschen. Ihr Gedanke ist vielmehr, erstens ihre „Parität" zu erweisen, zweitens sich gute Schuldner zu verschaffen (die bekanntlich ebenso wertvoll sind wie gute Gläubiger), und drittens deutschen Bauern vorzüglich dann Kredit zu geben, wenn Polen für sie bürgen. Das Geschäft setzt mithin zwischen Deutschen und Polen enge Beziehungen voraus, die in einer überwiegend polnischen Gegend nur nach einer Richtung wirken können.

Also können die Polen mit einem Anspruch auf „formelle Wahrheit" behaupten, daß ihre Genossenschaften den nationalen Frieden befördern.

Demgegenüber brauche ich nur auf das hinzuweisen, was ich auf S. 251—262 über die politische Macht der Polenbanken mitgeteilt habe. Die polnischen Banken stehen mitten im Kampf, und sie müssen im Kampf stehen, wenn sie überhaupt etwas bedeuten wollen. Wie könnte das auch anders sein? Seit Jahren z. B. fühlt sich das Polentum in Gefahr, von der Ansiedlungskommission aus Janowitz herausgedrückt zu werden. Die einzige Macht, auf die sich die polnischen Handwerker und Wirte dort stützen können, ist die vom Propst Noak geleitete Bank ludowy. Da die eigenen Mittel des Instituts nicht ausreichen, gewährte die polnische Verbandsbank in Posen Kredit, und in dem kleinen Städtchen entspann sich ein Kampf um Grundstücke, den auf

der einen Seite die deutschen Genossenschaften, auf der anderen Seite die Bank ludowy führte. Ähnlich wird in allen Städten und Dörfern gekämpft. Man jagt sich Grundstücke ab, überbietet sich, stützt Handwerker und Kaufleute der eigenen Nationalität durch bequemen Kredit, und die Polen wahren dabei nach Möglichkeit den äußeren Schein, indem sie gelegentlich gute deutsche Schuldner in ihre Kreise ziehen.

Die Kampfstellung hat für die Kassen zweierlei Wirkungen. Erstens müssen die Polen Sorge tragen, etwaige Angriffe der Behörden zu parieren, d. h. sie müssen in solchen Fällen Beträge flüssig machen und bereit halten. Zweitens sind sie gelegentlich gezwungen, gewagten Kredit zu geben, und drittens müssen sie, um schnelle Erfolge in den Städten zu erzielen, gelegentlich besonders billigen Kredit gewähren[1]. — Wie man sieht, bedeuten die drei Maßnahmen Belastungen der Banken, Belastungen durch Zinsverluste und Risiko, und sie müssen über irgendein Mittel verfügen, solche Belastungen zu ertragen.

III.

Die dritte These, die ich diesem Abschnitt voranstellte: *Ein großer Teil der Genossenschaftsschuldner besteht aus Häuslern*, erklärt uns die Widerstandskraft der Polenbanken im Nationalitätenkampf.

Damit berühre ich die berühmte „Sachsengängertheorie", die lange die Köpfe der Politiker beherrschte und, wie mir scheint, zu irrigen politischen Folgerungen geführt hat. Die Sachsengängertheorie wirkt besonders gefährlich, weil sie zum Teil richtig ist. Sie schießt am Kern der Polenfrage so nahe vorbei, daß man glauben könnte, sie treffe ins Schwarze.

Die Sachsengängertheorie, die so einleuchtend und einfach erscheint, daß man sie sogleich akzeptieren möchte, lautet etwa:

---

[1] Die Entwicklung der polnischen Geschäfte im Bezirk I wurde wesentlich durch den niedrigen Zinssatz der Banken in Schrimm und Schroda erreicht.

Jährlich begeben sich etwa 60 000 Männer und Weiber, Burschen und Mädchen aus Posen-Westpreußen nach Mittel- und Westdeutschland und senden und bringen im Jahre viele Millionen in die Heimat, wo sie bei den polnischen Banken deponiert werden. Die polnischen Banken sind infolge dieses reichen Zuflusses, der nur gering verzinst wird, in der Lage, im Nationalitätenkampfe jede Konkurrenz zu schlagen.

Entstanden ist diese Theorie aus einigen Sätzen in Kärgers Buch über die „Sachsengängerei".

Kärger machte nämlich im Jahre 1889 Stichproben, indem er sich mit den Behörden in Verbindung setzte und kontrollierte, wieviel der Sachsengänger heimschickte. Das Ergebnis lautete so:

Die drei armen Gemeinden Granowies, Bogdaj und Mlynik stellten 300 Sachsengänger. Diese sandten vom April bis Oktober durch die Post 42 565 Mk., d. h. pro Person 141,85 Mk. nach Hause. Da die Arbeitgeber bis zum Schluß der Saison noch einen Teil des Lohns zurückbehalten, schätzt Kärger den Gesamtbetrag der ersparten Summe pro Kopf auf 160 bis 170 Mk.[1].

Später wurden mehrmals ähnliche Stichproben veranstaltet, deren Ergebnisse sich mit Kärgers Mitteilung deckten.

Nach diesen Feststellungen wurde man begierig, die Zahl aller Sachsengänger zu erfahren. Kärger hatte sie auf 15 000 Personen für die Provinz Posen geschätzt. Genauere Nachforschungen der Behörden aber ergaben für 1908 etwa 40 000.

Nun begannen die Schätzungen, die seitdem so bedeutendes Aufsehen erregt haben.

Dr. Leo Wegener räumte jedem der 40 000 Sachsengänger 200 Mk. Ersparnis ein und schätzte daher die jährlich heimströmende Summe auf 8 Millionen Mk. für die Provinz Posen[2].

Daß die Schätzung recht reichlich war, ist leicht zu erkennen, denn erstens ging Wegener über die von Kärger festgestellte Ersparnis von 160—170 Mk. hinaus, und zweitens nahm er an,

[1] Vgl. Kärger, Die Sachsengängerei S. 198.

[2] Vgl. Leo Wegener a. a. O. S. 112.

daß die für einige Gemeinden nachgewiesenen Summen verallgemeinert werden könnten.

Jedoch im Eifer des Nationalitätenkampfes gab es kein Zurück. Schon ein Jahr später wuchsen die sicher zu hoch gegriffenen 8 Millionen an, man sprach von 10 Millionen, bald darauf von 15 Millionen, und im Januar 1906 hieß es in einem informierenden Flugblatte: „Den Polen führen allein die 60 000 Sachsengänger, die alljährlich aus den mittleren und westlichen Gegenden des Reiches in die Provinz zurückkehren, im Jahre über 18 Millionen zu."

Daß man bald darauf auch diese Zahl nach oben abrundete, bedarf keiner Erwähnung, und im Juni 1907 las ich, daß den polnischen Banken von den Sachsengängern „bekanntlich 60 Millionen Mk. im Jahre zufließen".

Noch dazu präsentieren sich alle diese „Schätzungen" als beschränkt auf die Provinz Posen, so daß es der Phantasie frei bleibt, für das eng verbundene Westpreußen ähnliche Ziffern zu produzieren.

Besonders amüsant aber ist, mit anzusehen, wie die Polen selbst eifrig bemüht sind, an der Steigerung jener Schätzungen mitzuarbeiten. Die polnische Presse sowohl wie polnische Volkswirte nehmen daran teil, die einen, um dem polnischen Demos zu zeigen: So groß bist du!, die anderen, um den Kredit der Polenbanken zu heben. Denn wer möchte nicht eine Bank beneiden, die auf solche Zuflüsse rechnen kann.

Es liegt mir fern, gegen diese Zahlen zu polemisieren, denn ohne weiteres bemerkt man in ihnen den Willen zur Steigerung, der schon in Kärgers Untersuchungen sitzt und die ihm folgenden „Schätzungen" völlig beherrscht. Vielmehr liegt mir daran, den Kernpunkt der Sachsengängertheorie zu untersuchen, der jene großen Summen in Beziehung setzt zu den anschwellenden Depositen der polnischen Volksbanken.

„Die Millionen der Sachsengänger fließen als Depositen in die polnischen Banken." Die Genossenschaftsleiter halten ihn (den Sachsengänger) „teils persönlich, teils durch die Zeitungen

an, daß er seine Ersparnisse dort unterbringt". So heißt es in allen möglichen Variationen. Bald wird in bestimmten Ausdrücken, bald unbestimmt erklärt, daß die Millionen der Sachsengänger den größten Teil der polnischen Depositen ausmachen.

Von dieser Theorie sagte ich oben, sie sei bedenklich, weil sie zum Teil richtig sei; sie schieße so dicht am Kern vorbei, daß man glauben könnte, sie treffe ins Schwarze. Daher war ich bei Beginn meiner Studien von der Meinung durchdrungen, es verhalte sich so; ja, ich fand für die Ansicht noch mancherlei Bestätigung, insbesondere konnte ich feststellen, daß die Polen, die *mehrere Jahre* in Westfalen ansässig sind, zum Teil beträchtliche Summen als Depositen nach Posen schicken, die als „Depozyta westfalskie" von einigen Bankleitern besonders gebucht werden.

Jedoch im Verlaufe weiterer Studien ließ sich allmählich folgendes konstatieren: Erstens diejenigen Polenbanken, die in den typischen Sachsengängergebieten bestehen, sind an Bedeutung und finanzieller Kraft den anderen Genossenschaften nicht gleichwertig. Vielmehr befinden sich die Banken, die das polnische System tragen, vorzüglich in solchen Kreisen, aus denen keine starke Sachsengängerei stattfindet. *Je geringer die Sachsengängerei, um so besser die Entwicklung der Banken.* So sind insbesondere die Kreise des Bezirks I arm an Sachsengängerei (Schrimm = 2%, Schroda = 1,2%, Wreschen = 0,9%, Kosten = 1,8%, Posen West = 1,3%; nur Jarotschin zeigt eine mittelstarke Sachsengängerei = 3%), und dennoch ist der Aufbau der Banken in diesem Bezirk bei weitem am stärksten[1]. Noch ärmer an Sachsengängerei sind die Kreise des Bezirks III, in denen sich der polnische Genossenschaftsriegel gegen die Arbeiten der Ansiedlungskommission so kräftig schiebt[2]. Dort in Strelno, Mogilno, Znin, Wongrowitz, Schubin beträgt die Sachsengängerei überall weniger als 1%, und dennoch haben sich gerade

[1] Vgl. S. 334 ff.
[2] Vgl. S. 350 ff.

in jener Zone die Banken so entwickelt, daß auf sie sogar die „wirtschaftliche Propaganda" gestützt ist, die über Bromberg nach Westpreußen reicht[1].

Wie hingegen sieht es in den Kreisen aus, die für die Sachsengängertheorie als Grundlage dienen? Kärger hat seine Ersparnisberechnungen, seine Untersuchungen über den Geldstrom der Sachsengänger im Südzipfel der Provinz Posen angestellt, in den Kreisen Adelnau, Schildberg, Kempen, wo die Sachsengängerei 6—7 % beträgt, seine Zahlen, die zur Sachsengängertheorie den Anstoß gaben, wurden in Adelnau festgestellt.

Und trotzdem versagt gerade dort die Kraft der polnischen Banken. Obwohl von Kärger schon vor 25 Jahren der dorthin fließende polnische Geldstrom beobachtet wurde, und die Sachsengängerei seitdem immer noch blüht, hat sich dort keine Bank entwickeln können, die mit den Instituten im Bezirk I und III zu vergleichen wäre. Und nicht etwa strömt ein Überfluß von Depositen aus dem Sachsengängergebiet in das polnische System. Im Gegenteil brauchen die polnischen Volksbanken in Schildberg, Adelnau und Mixstadt erhebliche Bankdarlehen aus der polnischen Zentrale[2].

Dennoch war mir nicht zweifelhaft, daß die Sachsengängergelder irgendwie zu den polnischen Banken in Beziehung stehen, denn in Gebieten der Sachsengängerei fand ich Beweise dafür, wie genau die polnischen Bankleiter die Sachsengängerei beobachten und bis auf Pfennige orientiert sind. Die deutschen „Aufseher" oder „Kontraktoren", die Mädchen und Burschen als Sachsengänger anwerben, wenden sich sogar direkt an den polnischen Bankleiter, verhandeln mit ihm über die Höhe der Löhne und die übrigen Bedingungen der Arbeit, und die Sachsengänger halten eine stete Verbindung mit der Bank.

Weshalb? Worauf beruht diese Verbindung? Etwa auf

---

[1] Vgl. S. 361.

[2] Vgl. den ausführlichen Nachweis S. 346 ff.

der „bekannten patriotischen Opferwilligkeit" der Sachsengänger, wie eine „aufklärende Mitteilung" behauptete?

Nein, die Sachsengänger senden ihre Gelder an die Bank, weil sie dort verschuldet sind, weil die Bank Wechsel von ihnen in Händen hat, weil sie gezwungen sind, Zins und Amortisationsquoten rechtzeitig zu zahlen.

Die Sachsengänger sind nicht Deponenten, nicht Gläubiger, wie die Sachsengängertheorie behauptet, sondern im Gegenteil, sie sind Schuldner der polnischen Banken.

Hat man dies einmal erkannt, so braucht man dem polnischen Sachsengänger, diesem Wundermann, nicht mehr alle menschlichen Tugenden, die ihm so fern liegen, anzudichten. Man braucht ihn nicht für „opferwillig", „patriotisch", „hingebend" zu halten, sondern es genügt, zu wissen, daß in seiner Heimat ein Wechsel existiert, den er oder der Vater unterschrieben hat, und für dessen Sicherheit zwei Männer seiner Bekanntschaft bürgten, ein „trockner, eigener Wechsel", der jeden Tag ohne Präsentation und Protest fällig gemacht werden kann[1].

Ehe wir nach den Bedingungen dieser Schuldnerschaft forschen, nach der Größe der Summen, der Höhe der Zinsen, nach der Art der Handhabung, versuchen wir uns klar zu machen, wie es um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Sachsengänger bestellt ist.

Die Sachsengänger vereinigen in sich zwei einander völlig entgegengesetzte Eigenschaften, die zu seltsamen Wirkungen führen. Denn erstens ver-

[1] Ein deutscher Kritiker behauptet, dies stehe im Gegensatz zu S. 39 fg., wo ich der Legende entgegentrete, daß der Marcinkowskiverein „mit der allgemeinen deutschen Wechselordnung das Land regiere".

Solch Einwand beweist, daß jener Kritiker die Verhältnisse wenig kennt. Denn die Bevölkerungsschicht, mit welcher der Marcinkowskiverein zu rechnen hat, steht weit höher als die Sachsengänger und muß daher von den beherrschenden Männern ganz anders behandelt werden.

fügen sie über eine große Kaufkraft, zweitens aber sind sie fast kreditunfähig.

Über die große Kaufkraft sind sich die Kenner des Ostens einig[1]; sie beruht auf folgenden Tatsachen:

Der Häusler mit 3 bis 25 Morgen Land steht in seiner Lebenshaltung zwischen dem besitzlosen Arbeiter und dem Bauern.

Der besitzlose Arbeiter verdient allein (eventuell mit geringer Unterstützung seiner Frau) den Lebensunterhalt. Seine herangewachsenen Söhne und Töchter suchen sich auf eigene Hand zu ernähren.

Der polnische Bauer verdient den Lebensunterhalt mit Hilfe seiner Familie, die durch das Gut an ihn gefesselt wird. Die gemeinsame Arbeit reicht im allgemeinen gerade hin, das Bauerngut zu bestellen und die Familie zu ernähren.

Der Häusler hingegen kann seine Familie zum Teil vom Ertrage des Feldes ernähren (Kartoffelwirtschaft). Außerdem fesselt das Gut die Familienmitglieder so, daß jüngere Brüder und Schwestern oder herangewachsene Söhne und Töchter bereit sind, nach dem Westen auf Saisonarbeit zu gehen und mit ihren Ersparnissen dem gemeinsamen Haushalt zu Hilfe zu kommen.

Hieraus resultiert in den meisten Fällen eine überschüssige Kaufkraft, d. h. sie gewinnen im Jahre hundert Mark oder einige hundert Mark mehr als sie zum Lebensunterhalt dringend bedürfen.

Trotz ihrer Kaufkraft aber haben die Häuslerfamilien große Mühe, gesunden Kredit zu erlangen. Ihr kleines Stück Land ist verschuldet, und es bleibt stets ein Wagnis, ihnen Personalkredit anzuvertrauen. So erklärte z. B. der Landrat des Kreises Schmiegel in einer Studie über den Personalkredit des ländlichen Kleingrundbesitzes in Posen[2]: Es

[1] Vgl. insbesondere Wegener S. 114 f. Ferner ruht das Projekt des Pfarrers Rosenberg auf derselben Beobachtung. Rosenberg, „Endlich gelöst!" Leipzig 1905.

[2] Landrat Dr. Seidel, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. LXXIV.

gebe in der Provinz Posen eine Menge, deren Besitztum so klein sei und deren selbstschuldnerische Sicherheit so gering, daß sie keinen Personalkredit erhalten können. Er schätzte die Zahl dieser ländlichen Kleingrundbesitzer auf 25—33⅓ % der Gesamtzahl und meinte, es liege für diese große Menge „weder das Bedürfnis noch die Möglichkeit zu einer wirtschaftlichen Förderung durch Nutzbarmachung des Personalkredits vor".

Der Landrat erwähnte das, um zu motivieren, weshalb die Kreissparkassen dem Kleingrundbesitz so wenig Hilfe leisteten. Und in der Tat konnte man hier vom organisierten deutschen Kredit nichts erwarten.

Aus alledem geht hervor, daß die Häusler, insbesondere die größeren Häusler, prächtige Ausbeutungsobjekte für den Wucher waren. Auf der einen Seite ihre überschüssige Zahlungskraft, die sie zu sehr hohen Zinszahlungen befähigte, auf der anderen Seite die persönliche Unsicherheit, die den organisierten Kredit fernhielt.

„Bedauerlicherweise muß anerkannt werden" — so heißt es in Seidels Studie[1] — „daß gewerbsmäßige Wucherer sich noch vielfach die vorhandenen Lücken der Kreditorganisation in Posen nutzbar machen, und daß es nur selten gelingt, strafrechtlich dagegen einzuschreiten. In erster Linie fallen diesen Wucherern diejenigen Personen in die Hände, welche nach statutarischen Bestimmungen aus öffentlichen oder Vereinskassen nicht mehr Hilfe erlangen können. Gerade diesen wirtschaftlich Schwächsten wird, wenn sie überhaupt noch etwas zu verlieren haben, durch gewissenlose Geldmenschen sehr bald der Rest gegeben, und es mag der Mutlosigkeit solcher Opfer zuzuschreiben sein, daß sie von den Handlungen der Wucherer, welche ihre Existenz vollständig vernichteten, nicht den Behörden Kenntnis geben, damit diese der Angelegenheit näher treten können."

Hierzu tritt noch der fast gefährlichere versteckte Wucher, welchen viele Produktenhändler, namentlich solche aus kleinen Städten, mit den ländlichen Kleingrundbesitzern treiben . . .

---

[1] l. c. S. 401.

Außer den erwähnten Geschäften bieten sie auch vielfach den Leuten, welche Vieh, Saatgetreide, Ackergeräte und dergl. kaufen müssen, in scheinbar guter Absicht ihre Mittel an, und der leichtgläubige Bauer läßt sich durch diese Art der Menschenfreundlichkeit leider sehr oft bestechen. Zu einem Darlehen wird ein zweites geliehen, und so kommt es oft vor, daß der betreffende Bauer bald unter gar nicht einmal hart erscheinenden Bedingungen in eine nicht mehr zu beseitigende Abhängigkeit von dem Wucherer gelangt.

Freilich, den Wucherkredit „exakt" nachzuweisen, ist schwer, ja kaum möglich, denn er vermeidet es, Dokumente zu hinterlassen, und die Flüche der Bauern sind nicht beweiskräftig. Aber mir scheint, daß in der Tat der ländliche Wucher ganz besonders schlimm in Posen-Westpreußen unter der polnischen Bevölkerung gewütet hat, zumal unter den Bauern und Häuslern.

Hier nun haben die polnischen Volksbanken so nachdrücklich eingegriffen, daß ihre Schuldner heute zum großen Teil aus *Häuslern* bestehen, die ehemals nur vom Wucherer Kredit erhielten. Schon an anderer Stelle wies ich darauf hin, daß etwa zwei Drittel der polnischen Genossenschaftsmitglieder Bauern sind, unter diesen aber überwiegen die Häusler so stark, daß ich für eine angesehene polnische Volksbank folgende Zusammensetzung feststellen konnte:

Bauern (mit über 5 ha) 117,
Häusler (unter 5 ha) **393.**

Wenn nun auch das Verhältnis im Bezirk I bereits zugunsten der mittleren Bauern überwiegt, gehören doch in Posen-Westpreußen von den Kleingrundbesitzern, die in den Genossenschaftslisten registriert sind, mindestens zwei Drittel dem Häuslerstande an.

Also: zwei Drittel der Mitglieder sind Kleingrundbesitzer, von diesen wiederum zwei Drittel Häusler, so daß *etwa die Hälfte der polnischen Genossenschaftsmitglieder den ärmsten landwirtschaftlichen Schichten angehört*. Anders ausgedrückt: *die polnischen Volksbanken*

haben sich in die Lücken der östlichen Kreditorganisation eingeschoben, die der Wucher beherrschte.

Die Schwäche, aber auch die Stärke der polnischen Kreditarbeit ruht in diesen Tatsachen. Denn für die bankmäßige Sicherheit, für die Liquidität der polnischen Banken bedeutet es natürlich eine Belastung, wenn die „Träger" der Genossenschaften, die im Notfalle mit ihrem Vermögen haften, zum großen Teil den ärmsten Agrarschichten angehören. Aber zunächst genießen die polnischen Banken wesentlich die Vorteile, die ihnen diese Kundschaft bringt: Erstens und vor allem können sie sich die überschüssige Zahlungskraft der durch Saisonarbeit unterstützten Häusler zunutze machen, indem sie hohe Zinsen verlangen und auf schnelle Amortisation dringen.

Wenn ich über die Höhe der Zinsen Mitteilung mache, wird es loyal sein, zunächst die Zahlen anzugeben, die auf den eigenen Mitteilungen der Banken beruhen, und erst dann hinzuzufügen, ob und wie weit mir die Zahlen zuverlässig erscheinen. Im Jahre 1906 wurden die polnischen Volksbanken vom Patronat aufgefordert, in einem Formular unter anderm zu verzeichnen, wie hoch ihre Darlehnszinse sind; dabei ergab sich, daß sie durchschnittlich 5½ % forderten. Doch erklärten über 30 Banken, darunter ein so bedeutendes Institut wie die Bank in Löbau, daß sie 6 % nehmen, und zwei Banken, eine im Herzen der Provinz Posen, die andere in Westpreußen, gaben sogar zu, daß ihr regelmäßiger Zinssatz 7 % betrage. Außerdem teilte eine Bank mit, sie verlange außer 6 % noch zuweilen eine Prolongationsgebühr von ½ % vierteljährlich.

Soweit die Mitteilungen der polnischen Banken, die also schon hohe Zinsen eingestehen.

Die Stichproben aber, die ich dem gegenüberstellen kann, weisen darauf hin, daß sich die Volksbanken bemühen, ihren Zinsfuß niedriger erscheinen zu lassen, als er in der Tat ist. So konnte ich feststellen, daß Banken mehr nahmen, als sie eingestanden, und daß Extragebühren in den „offiziellen" Nachweisen ver-

schwiegen wurden. Falls das bestritten werden sollte, bin ich bereit, die Namen der Banken mitzuteilen[1].

Nach meinen Erfahrungen halte ich es für richtig, die eigenen Angaben der polnischen Banken, die ja bereits verhältnismäßig hohe Zinssätze zeigen, noch um ½ bis 1 % zu erhöhen, so daß als Durchschnitt 6 % herauskommen mit gelegentlichen Erhöhungen auf 7 und 8 %.

Zur rechten Beurteilung muß man ferner in Betracht ziehen, daß die Zinssätze in ein und derselben Bank oft große Differenzen zeigen. Es kommt vor, daß eine Bank dem Kaufmann, Handwerker oder Bauer nur 4 % abfordert, während sie von dem Häusler 6 und 7 % nimmt. Insbesondere ist der polnische Baukredit in den Städten zuweilen um 1 bis 1½ % billiger als der deutsche.

Solche Schwankungen sind erforderlich, denn der Kaufmann und Handwerker, der mit dem Deutschen konkurrieren will, braucht in der Tat billigen Kredit, und der polnische Bauer kann nicht viel zahlen. Vor allem aber muß der Baukredit billig sein, wenn die Polen in den Städten vorwärtsdringen wollen.

Der Häusler hingegen vermag dank seiner überschüssigen Zahlungskraft 7 und 8 % zu zahlen. Er empfindet dies nicht als Wucher, denn er ist durch die früher herrschende Anarchie des Kredits an weit ungünstigere Bedingungen gewöhnt. Er vermag trotz der hohen Zinsen in den eigentlichen Bauernstand emporzusteigen und findet dann bei der polnischen Volksbank billigen Kredit wie die anderen Bauern.

Deshalb kann man nicht sagen, die Polenbanken „bewuchern" den Häusler. Sie geben ihm günstigere Bedingungen als irgendein anderer; sie entreißen ihn dem Wucher und heben ihn empor. Freilich unsanft heben sie ihn empor, aber hierzu haben sie ein doppeltes Recht. Denn erstens muß diese untere

[1] Diese Behauptung ist nicht bestritten worden, obwohl die polnische Kritik mein Buch auf jeder Seite, sogar Satz für Satz geprüft hat.

Schicht, die doch erheblich tiefer steht, als die unterste deutsche Agrarschicht, derb angefaßt werden. Die eben erst aus dem Schlaf hervortaumelnden Häusler müssen fühlen, daß eine Gewalt über ihnen ist; sie müssen zu schnellen Abzahlungen gezwungen werden, denn die Energie ihres Denkens reicht nicht über lange Jahre. Zweitens aber steht den Polenbanken gleichsam ein Kriegsrecht zur Seite. Sie müssen einen Teil ihrer Mitglieder bedrücken, damit sie dem anderen Teile um so wirksamer helfen können, sie müssen vom Häusler 7 % nehmen, damit sie sich beim Darlehen an Kaufleute und Handwerker auf 4 % beschränken können.

Nach diesen Erörterungen erinnere ich noch einmal an die drei Thesen, die ich diesem Abschnitte voranstellte.

Erstens: Der polnische Wirtschaftsring ist in sich so geschlossen, daß er eine eigene Zinspolitik treiben kann.

In der Tat kann die Bank ludowy, wie wir sahen, nach Bedarf den Marktzins unterbieten oder überschreiten, ohne einen „Einbruch" in ihr System befürchten zu müssen.

Zweitens: Die Polenbanken stehen im Nationalitätenkampfe.

Sie sind gezwungen, gelegentlich besonders billige Kredite zu geben, Summen zu riskieren und erhebliche Beiträge für mögliche politische Überraschungen flüssig zu halten. Der Nationalitätenkampf kostet also Spesen, und die Volksbanken arbeiten daher verhältnismäßig teuer.

Drittens: Ein großer Teil der Genossenschaftsschuldner besteht aus Häuslern.

Durch die überschüssige Zahlungskraft dieser großen Kategorie wird die Spannung, die der Nationalitätenkampf mit sich bringt, ausgeglichen. Die hohen Verzinsungen und schnellen Tilgungen sichern den Banken eine gute Rentabilität und setzen sie in den Stand, ihr Kapital schnell umzusetzen und dadurch eine bedeutende Aktionsfähigkeit zu erlangen.

Aus solcher Behandlung des Kredits erklären sich die ein-

ander widersprechenden Gerüchte, die den Deutschen, der zum ersten Male in den Osten kommt, überraschen. „Unverhältnismäßig günstige Kreditbedingungen" und „Wucher" wirft man den Polenbanken gleichzeitig vor. Beides ist übertrieben und beides ruht doch auf der richtigen Beobachtung, daß die tragfähigen unteren Schichten des Polentums stark belastet werden, um die bereits höher stehenden, aber noch schwankenden Schichten zu befestigen.

Nachdem wir so die Prinzipien der polnischen Kreditgewährung kennen gelernt haben, erklären sich die übrigen Züge dieser Politik ohne Schwierigkeiten.

B. Die Kreditform.

Wer von einer polnischen Bank Kredit nimmt, gleichviel ob in Pakosch oder in Wreschen, in Czersk oder in Ostrowo, hat einen „trockenen" (eigenen) Wechsel zu unterzeichnen und zwei Bürgen zur Unterschrift zu veranlassen.

Also sehen die Wechsel, die zu Tausenden in polnischen Genossenschaften liegen, z. B. folgendermaßen aus:

„N. N., den 15. Dezember 1913.

Den ...ten .....zahle ..... gegen diesen Wechsel der Genossenschaft Bank ludowy E. G. m. b. H. in N. N. Mk. 1640.

Ohne Präsentation und ohne Protest des Wechsels.

1. Jozef Bielawski.
2. Wladyslaw Hartwich.
3. Jacob Maciejewski."

Wohlbemerkt! Das Datum im Wechsel bleibt, wie in diesem Beispiel angedeutet, fast stets unausgefüllt. Die Bankleitung kann daher jeden Tag das Datum ausfüllen und die geschuldete Summe eintreiben.

Die Polen bedienen sich mithin der einfachsten und schärfsten Form der Darlehnsdokumentierung[1]. Einfach, weil selbst der

[1] Die Leitung des polnischen Genossenschaftswesens bestreitet das mit folgenden Worten: „Es ist falsch, daß ein in dieser Form gewährtes Dar-

Unerfahrenste sofort den Sinn des Satzes versteht: „Den . . ten . . . zahle . . . gegen diesen Wechsel der Genossenschaft Bank ludowy in N. N. Mk. 1640." Scharf, weil jeden Tag, ohne Präsentation und ohne Protesterhebung der Betrag eingefordert werden kann und weil ohne weiteres, nach Wahl der Bank, entweder der eigentliche Schuldner oder die mitunterzeichneten Bürgen belangt werden können.

Gewiß nehmen entwickeltere Banken lieber Tratten, die weiterbegeben werden und nicht so leicht einen Schlendrian einreißen lassen wie die bequemen, Jahre lang liegenden „Eigenen Wechsel", aber die große Zahl der polnischen Volksbanken, die von einfachen Leuten unter primitiven Verhältnissen geführt werden, muß einfache Formen haben.

Man braucht sich nur folgenden typischen Fall vorzustellen: Eine polnische Genossenschaft wird begründet. Der Geistliche, der Organist, 30 Bauern und einige Handwerker werden als Mitglieder eingetragen. Der Organist wird zum Kassierer der Genossenschaft ernannt.

Diesem Manne, der noch nie einen Wechsel gesehen hat, wird nun folgendes vom Patron der Genossenschaften eingeprägt:

Für dich und deine Kassenführung gibt es nur zwei Vorgänge. Erstens hast du das Recht, Depositen anzunehmen und in Depotbüchern zu verzeichnen (und damit das Unternehmen gleich in Gang kommt, werden dir Gelder aus Kirchenkollekten für einige Zeit anvertraut). Zweitens hast du Kredit zu gewähren, und zwar stets und nur in folgender Weise: du überlegst mit

---

lehen jederzeit kündbar wäre. Bei solchen Wechseln verpflichtet das Abkommen und die Dauer der Zinszahlung. Die Wechsel werden vielfach deshalb nicht ausgefüllt, weil sie eine hypothekarische oder sonstige Sicherstellung haben und es nicht im Interesse der Genossenschaft liegt, die Mitglieder allzuoft mit der Erneuerung des Wechsels zu behelligen. Die Nichtausfüllung des Datums ist nicht nur keine Verschärfung der Handhabung von Kreditgewährung, sondern sie wurzelt in dem Bestreben, den Genossen einen möglichst langfristigen Kredit zu gewähren, soweit dies mit den Statuten vereinbar ist."

drei anderen Mitgliedern, ob der Kreditsuchende zuverlässig ist und ob die zwei Bürgen vertrauenswürdig sind. Dann hat formularmäßig die Ausstellung des Wechsels stattzufinden, und alle drei, der Kreditsuchende und seine zwei Bürgen, haben zu unterschreiben. Solche Formulare werden dir aus Posen zugesandt.

Andere Vorgänge gibt es für dich nicht. Es gibt für dich keine Hypotheken, keine Effekten, keine Wechselakzepte, keine Diskontierungen, sondern nur die beiden Geschäfte: Annahme von Depositen gegen Quittung in den Depositenbüchern und Gewährung von Krediten gegen Ausfüllung des Wechselformulars.

Nur solche Beschränkung auf die einfachsten Geschäftsformen ermöglichte es den Polen, mit den primitiven Kräften, auf die sie im allgemeinen angewiesen sind, auszukommen. Und trotz dieser Einfachheit werden anfangs manche Fehler gemacht, lange Zeit laufen noch Irrtümer bei der Zinsberechnung unter.

In mancher kleinen Bank ludowy spielt sich das Geschäft so ab, daß einmal in der Woche drei Bauern zusammenkommen, Depositen annehmen und Kredite geben. Hier geschieht es wohl, daß die Bücher falsch geführt werden, daß man Aktiva und Passiva verwechselt; auch haben die Bauern, die ungern eine Feder anfassen, die Neigung, Kredite „nach Gedächtnis" zu verteilen und Depositen „nach Gedächtnis" anzunehmen. Der Bauer weiß, daß sein Kopf nichts vergißt, und so bedarf es langen Zuredens und mancher Grobheit, ehe eine ordentliche Buchführung zustande kommt.

Das ist gelegentlich von deutschen Kaufleuten, die in das polnische Kassenwesen blicken, gerügt worden. Aber ich glaube nicht, daß es Genossenschaftsverbände gibt, deren Leiter mit so rücksichtsloser Derbheit die Unordnung angegriffen und bloßgestellt haben wie die Polen. Öffentlich machte das Patronat bekannt, welche Liederlichkeiten im Berichtsjahre vorgekommen seien, bis sich die Volksbanken aus dem Sumpfe der Unordnung allmählich herausarbeiteten.

Jetzt kommen solche Versehen und gefährlichen Torheiten nur hier und da in neugegründeten Instituten vor; aber man

begreift, daß die einfachsten Kreditformen für die polnischen Bauernkassen gerade gut sind.

Deutsche Beurteiler sind zuweilen geneigt, auf diese primitiven Kreditformen der polnischen Kassen allzu sicher herabzusehen; als ob es ungeheuer schwierig, ja kaum möglich wäre, aus der Naivität des „Solawechsels", wie der trockene Wechsel meist genannt wird, zu den Feinheiten der höheren Kreditgeschäfte emporzusteigen. Sie vergessen, daß der „Solawechsel" ein Erzieher ist, denn er zwingt die Kassenleiter zu einer sorgfältigen Pflege der Bürgschaft und gibt ihnen dadurch eine so sichere „bankmäßige" Menschenkenntnis, daß sie nach einigen Jahren die Feinheiten der höheren Kreditgeschäfte spielend erlernen. Alle größeren polnischen Banken, die 20 bis 30 Jahre bestehen und vorwärtsgekommen sind, beweisen das. Sie sind zwar fest beim trockenen eigenen Wechsel geblieben, weil das der beste Bauern- und Häuslerwechsel ist, aber sie haben ohne Schwierigkeiten gelernt, auch mit Hypothekenbriefen, Geschäftswechseln, Kontokorrenten, Schecks umzugehen, und außerdem findet man in der polnischen Jugend schon manche banktechnisch gebildeten Leute, die an großen deutschen oder österreichischen Instituten ihre Lehrzeit absolviert haben.

C. Die Höhe des Kredits.

An der Höhe der Summen, die den einzelnen Genossen gewährt werden, läßt sich erkennen, wie sehr die Art der polnischen Genossenschaften von dem Wesen der deutschen abweicht.

Für die deutschen Genossenschaften gilt folgender Brauch: Nicht nur in den Raiffeisenkassen, sondern auch in den bankmäßig eingerichteten Genossenschaften des Systems Schulze-Delitzsch wird Wert darauf gelegt, die Höhe der Kredite zu beschränken. Ein Genosse z. B., der persönlich für 300000 Mk. volle Sicherheit bietet, wird trotzdem nur schwer eine so hohe Summe erhalten, denn der Zweck der Genossenschaften verbietet es, einzelnen Mitgliedern unverhältnismäßig hohe Beträge zu

gewähren. Da die Volksbanken einer Menge von Bauern, Handwerkern, Kaufleuten dienen, die sich zu Hunderten, ja Tausenden in einer einzigen Genossenschaft zusammendrängen, mußte der praktische Grundsatz der Kreditbegrenzung entstehen.

Deshalb bestimmt das Genossenschaftsgesetz in § 49: „Die Generalversammlung hat festzusetzen: die Grenzen, welche bei Kreditgewährung an Genossen eingehalten werden sollen", ein Paragraph, der aus Schulze-Delitzschs' Anregungen stammt. Freilich eine feste Grenze kann das Gesetz unmöglich ziehen, aber es will wenigstens an die notwendige Begrenzung erinnern, um — wie es in der Begründung heißt — die ungerechtfertigte Begünstigung einzelner Mitglieder zu verhindern und den Verlust, der aus dem Vermögensverfall eines einzelnen Schuldners der Genossenschaft erwachsen kann, zu beschränken.

Um hierfür einen praktischen Anhaltspunkt zu gewinnen, empfahl der allgemeine deutsche Genossenschaftstag zu Gotha (1894): einem einzelnen Genossen in der Regel nicht höheren Kredit zu gewähren als der Reservefonds der Genossenschaft beträgt[1].

Die Kredite sollen nie so hoch sein, daß der Verlust eines einzelnen Postens die Genossenschaft erschüttern könnte. Das ist das Prinzip.

Um aber von vornherein eine heuchlerische Kritik abzuschneiden, betone ich folgendes:

Die polnischen Volksbanken können dem oben mitgeteilten Grundsatz unmöglich folgen, denn sie sind in ihrem Wesen und in ihrer Bestimmung von den deutschen Genossenschaften verschieden.

Die deutschen Genossenschaften sind nur eine Schicht in einem vielschichtigen Kreditbau. Sie können den Genossen, die hohe Summen brauchen, sagen: geht zu den großen Banken.

---

[1] „Vorschuß- und Kreditvereine", bearbeitet von Crüger, 7. Aufl., S. 252.

Die polnischen Genossenschaften hingegen sind die einzige organisierte Kreditschicht im polnischen Gemeinwesen. Sie können sich daher nicht auf die Befriedigung der bescheidenen Durchschnittsbedürfnisse beschränken, sondern müssen neben dem kleinsten Kredit auch hohe Summen gewähren.

Die kleinste Summe, die in einem Jahre von polnischen Genossenschaften gegeben wurde, betrug 7 Mk.; die größte, die einem einzelnen Genossen gewährt worden ist, betrug **600000** Mk.

In dieser Spannung erkennt man das eigentümliche Wesen der Polenbanken, die durch die primitiven Zustände gezwungen sind, gleichzeitig dem Häusler und dem großen Unternehmer zu dienen.

Aber man erkennt in jener Spannung auch die Wirkungen des Nationalitätenkampfes. Denn eine Genossenschaft, deren Sturz mehrere tausend Menschen trifft, würde einem einzelnen nicht über eine halbe Million Mark leihen, wenn die Notwendigkeit des Kampfes solche ungewöhnlichen Anspannungen nicht forderte.

Gewiß liegt hierin, zumal wenn hohe Kredite häufig vorkommen, eine Gefahr, aber es wäre Heuchelei, wollte man sich so gebärden, als ob die Polen aus purem Leichtsinn ihre Kräfte aufs äußerste spannen. Man muß ihnen zugestehen, daß sie nicht anders handeln können, wenn sie im Nationalitätenkampf nicht an die Wand gedrückt werden wollen.

Aber prüfen wir zunächst, wie hoch ihre Kredite in den verschiedenen Genossenschaften sind. Auch bei dieser Prüfung halte ich mich zuerst an polnische Mitteilungen und gebe dann erst zu erkennen, inwiefern die Angaben durch meine Nachforschungen ergänzt werden können.

Die Polen räumen ein, daß ihre Genossenschaften von dem Prinzip abweichen, wonach der Reservefonds für die Höhe des einzelnen Kredits maßgebend sein soll. Nahezu die Hälfte ihrer Genossenschaften überschreitet in ihren Einzelkrediten den Reservefonds bedeutend. Doch wird eingewendet, viele Banken

seien erst kürzlich gegründet und könnten daher unmöglich den Reservefonds zum Maßstab machen. Das ist zuzugeben und wird auch bei den deutschen Genossenschaften sogar vom strengsten Beurteiler anerkannt. Jedoch unter den jungen polnischen Genossenschaften findet man einige, die von dem natürlichen Recht, den Reservefonds zu überschreiten, einen ausgiebigen Gebrauch machen. So kommen z. B. folgende Fälle vor: eine Genossenschaft mit 1300 Mk. eingezahltem Kapital und 400 Mk. Reserven, die durch lebhafte Agitation 80000 Mk. Spargelder erlangt hatte, lieh einem einzelnen Gewerbetreibenden 10000 Mk. Ferner: eine Genossenschaft mit 18000 Mk. Kapital und 2000 Mk. Reserven lieh einem Einzelnen 30000 Mk. Eine Genossenschaft mit 13000 Mk. Kapital und 4000 Mk. Reserven lieh einem Einzelnen 20000 Mk. In diesen Fällen, die noch erheblich vermehrt werden könnten, handelte es sich fast überall darum, die junge Genossenschaft möglichst schnell „einzuführen". Dies aber geschieht in den Städten des Ostens am leichtesten und erfolgreichsten, wenn die neue Bank alsbald erhebliche Baukredite gewährt.

Man muß, um das recht zu erkennen, sich vorstellen, wie „polnische Neubauten" in den östlichen Ortschaften wirken. Wenn zwei oder drei Jahre nach der Gründung einer polnischen Bank hie und da neue Häuser aufsteigen, das eine für den Droguisten, das andere für den Kurzwarenhändler, erkennt das Volk erst die Wirkung der Bank an. Meist gilt es, die polnische Arbeit mit einigen kräftigen Akkorden zu beginnen; deshalb gehen schon die jungen Banken gern über die sicheren Durchschnittsgrenzen hinaus.

Sobald aber die bescheidenen Grenzen einmal überschritten sind, bleibt die Bank fast immer im „größeren Stil". Sie hat schon durch ihre kräftigen Auftakte der Bevölkerung klar gemacht, daß sie gelegentlich zu erheblichen Gaben bereit ist, und indem die Bank wächst, wachsen die Ansprüche. Daher muß ein erheblicher Teil auch der älteren Banken Kredite gewähren, von denen ein einziger den Reservefonds um das Doppelte, Dreifache,

ja Fünffache übersteigt. Zum Teil dienen diese Summen dem Baukredit, zum Teil aber werden sie im Kampf um den Boden entweder direkt an die Gutskäufer geliehen oder Gutshändlern anvertraut.

In allen bisher erwähnten Fällen handelte es sich um Summen, die einzelnen Genossen gegen doppelte Bürgschaft und eventuell auch hypothekarische Sicherheit gewährt wurden.

Hierzu aber kommen noch die beträchtlichen Kredite, welche von einigen polnischen Volksbanken an Parzellierungsbanken gegeben werden, um den Kampf um den Boden zu unterstützen, und außerdem die Summen, die zur Finanzierung polnischer Kaufhäuser (Ein- und Verkaufsgenossenschaften) aufgewendet werden.

Über die Unterstützung der Parzellierungsbanken werde ich mich im dritten Buche ausführlich äußern und beschränke mich daher auf die Mitteilung, daß z. B. eine größere polnische Kreditgenossenschaft, die über 66 000 Mk. Anteile, 26 000 Mk. Reserven und 1 210 000 Mk. Depositen verfügt, also insgesamt etwa 1 300 000 Mk. hat, hiervon über 400 000 Mk. einer Parzellierungsgenossenschaft überließ, die im Westen der Provinz den polnischen Bauernstand zu befestigen sucht. Und nicht etwa gilt diese Volksbank als leichtsinnig, sondern sie steht im polnischen Verbande in hohem Ansehen und ihr Leiter spielt in der polnischen Geistlichkeit, im Marcinkowskiverein und in den Instituten des Grundbesitzes eine führende Rolle.

Auch hier also zwingt der Nationalitätenkampf dazu, erhebliche Teile des Betriebskapitals für einzelne Zwecke zu wagen.

Schließlich wurden im Laufe der letzten Jahre zahlreiche polnische Ein- und Verkaufsgenossenschaften begründet, die sämtlich von Kreditgenossenschaften mit einem Aufwand von etwa 50—100 000 Mk. in jedem einzelnen Falle finanziert wurden.

Ob und wie weit die polnischen Banken durch ihre hohen Kredite gefährdet werden, ist hier noch nicht zu beurteilen. Wir

sind an dieser Stelle noch nicht tief genug in das Gefüge des polnischen Kreditwesens eingedrungen, um solche Frage gewissenhaft zu beantworten. Hier galt es nur zu konstatieren, daß die polnischen Genossenschaften in der Höhe ihrer einzelnen Kredite beträchtlich über das gewöhnliche Maß hinausgehen, gedrängt durch die Spannungen des Nationalitätenkampfes.

D. Die Kreditfristen.

Eine der bekanntesten Differenzen zwischen den Systemen Schulze-Delitzsch und Raiffeisen bezieht sich auf die Kreditfristen. Raiffeisen verlangte die Gewährung langer Fristen; er wollte zum mindesten 1 Jahr gestatten, unter Umständen 3 bis 5 Jahre. Schulze hingegen ließ nur den Dreimonatskredit gelten.

Inzwischen hat die Praxis beide näher zueinander gebracht. Die Genossenschaften Schulze-Delitzsch rückten allmählich auf 9 bis 12 Monate, während die Raiffeisenkassen eine Verschleppung des Kredits zu verhindern suchten.

Sieht man genauer zu, so findet man, daß in der Frage der Kreditfristen viel — geheuchelt wird. Es hat im Grunde wenig Bedeutung, wenn ein Genossenschaftsleiter erklärte, wir geben höchstens 6 Monate Kredit, und wenn seine „Statistik" dies „nachweist". Denn neben der „Frist" stehen zwei Tatsachen, die imstande sind, alle formalen Gepflogenheiten illusorisch zu machen. Die eine Tatsache heißt Prolongation, die andere Abzahlung.

Es gibt eine gewohnheitsmäßige Prolongation, die aus 3 Monaten zwanglos 5 Jahre macht, und manche Schulze-Delitzsch-Genossenschaft, die „im Prinzip" nur Dreimonatskredit kennt, wird durch die Konkurrenz gezwungen, ihr Prinzip zwar statistisch zu verwerten, im übrigen aber die Prolongation walten zu lassen.

Auf der andern Seite steht die Abzahlung, der Abzahlungszwang, der sich bemüht, die allzukühn auf 3 und 5, ja 10 und 20 Jahre gewährten Raiffeisenkredite zurückschieben.

So ist es gekommen, daß die „Kreditfrist" in vielen Fällen zu einer Formalität wurde, und der Kritiker tut gut, scharf auf die Tatsachen der Prolongation und Abzahlungen zu sehen.

Man mag die polnischen Banken nun so scharf beurteilen, wie man will. Sicherlich wird man finden, daß die Praxis der Abzahlungen ihre stärkste Seite ist.

Im polnischen Genossenschaftswesen weht keine sanfte Luft, sondern ein scharfer Wind, und forscht man den Klagen über rauhe Behandlung nach, dann stößt man stets auf den Abzahlungszwang. Der Häusler, der von der Bank ludowy 700 Mk. erhielt, um sein verfallenes Haus zu erneuen, kann nicht ruhig und faul dahinleben, denn die Bank zwingt ihn zu Abzahlungen. Wenn er seine Tochter auf Sachsengängerei schickt, muß er sie zum Sparen anhalten und ihre Ersparnis dringend fordern, denn die Bank zwingt ihn zu Abzahlungen.

Und die Energie dieses Zwanges beschränkt sich nicht auf den Häusler, sondern auch die großen Kredite, die eine Bank im Bodenkampfe riskiert, lassen dem Schuldner kaum Ruhe. Mir sind Fälle bekannt, wo ich nach Kenntnis der Dinge überzeugt war, hier gewährte die polnische Volksbank dem Großgrundbesitzer eine dauernde Kapitalsanlage. Nach zwei Jahren aber begann der Besitzer Teile abzuparzellieren, denn die Bank zwang ihn zu Abzahlungen.

Die polnischen Bauunternehmer stöhnen unter demselben Zwange. Sie müssen sich eilig um Darlehen an deutsche Hypothekenbanken wenden und sich zugleich um eine schnelle Vermietung bemühen, denn die Bank ludowy zwingt sie zu Abzahlungen.

Sogar der Bauer, der ewig verschuldete, fühlt sich beengt und gedrängt, denn die Bank zwingt ihn zu Abzahlungen.

Aus dieser Härte ist die Meinung entstanden, die polnischen Volksbanken bewuchern ihre Schuldner, und doch ist der Abzahlungszwang das Gegenteil von Wucher.

Der Wucher will den Schuldner in immer tiefere Ver-

schuldung verstricken. Er redet dem Bauer sogar freundlich zu, noch mehr Schulden zu machen und verzichtet ganz auf Abzahlungen, um schließlich alles an einem Tage zu fordern.

Der Abzahlungszwang hingegen ist ein Erzieher. Er redet dem Bauer scharf zu, seine Schulden zu tilgen, er hetzt ihn und treibt ihn, um ihn vorwärts zu bringen. Freilich kann der Abzahlungszwang dem Wucher ähnlich sehen, denn er kann — ganz wie der Wucher — Existenzen vernichten. Die Polenbanken scheuen auch durchaus nicht davor zurück, den Unfähigen von Haus und Hof zu treiben und zu beweisen, daß es mit dem Abzahlungszwang Ernst sei.

Wie verhält sich nun die Prolongation zum Abzahlungszwang, und welche Rolle spielt sie in den polnischen Banken? Eine schwierige Frage!

Die Prolongation kann die Negation der Abzahlung sein — aber auch ein Mittel, die Abzahlungen zu unterstützen. Will man erkennen, was im gegebenen Falle die Prolongation bedeutet, dann muß man festzustellen suchen, ob sie bedingungslos gewährt wurde oder dem Schuldner bestmmte Forderungen auferlegte. Es gibt eine Prolongation, die nichts anderes ist, als eine bedenkliche Verschleppung der Kreditfristen. Es gibt aber auch eine Prolongation, die zur Abzahlung zwingt.

Bei den Polenbanken, deren Kreditfrist in der Landwirtschaft regelmäßig drei Jahre beträgt, kommen Prolongationen auf 5 Jahre, 10 Jahre, 20 Jahre vor. Kredite, die vom Vater auf den Sohn übergehen und immer wieder verlängert wurden.

So lange laufende Kredite sind in den polnischen Verhältnissen notwendig, um den Genossen Gelegenheit zu geben, alte Wucherschulden und neue Leichtsinnsschulden abzustoßen. Viele Mitglieder der polnischen Genossenschaften haben nämlich an verschiedenen Stellen Schulden und geraten bald hier bald dort in Abhängigkeit.

Der polnischen Genossenschaft liegt es nun ganz fern, solche

Schulden etwa zu tilgen, aber sie zwingt den Kreditsuchenden, seine „auswärtigen" Schulden abzuzahlen und gewährt ihm nur Prolongationen, wenn er den Beweis der Abzahlung erbringt.

Man würde jedoch der Bedeutung des Abzahlungszwanges nicht gerecht werden, wollte man in ihm lediglich ein großes pädagogisches Mittel der Genossenschaften sehen. Vielmehr sind die polnischen Genossenschaften durch ihre eigene wirtschaftliche und politische Lage gezwungen, den Abzahlungszwang zum höchsten Gesetz ihrer Praxis zu machen.

Die Abzahlung bringt den polnischen Banken mit regelmäßiger Sicherheit bares Geld in die Kassen. Die Abzahlung bewirkt eine Zirkulation des Kapitals und macht die Genossenschaften in hohem Maße aktionsfähig. Durch den Zwang der Abzahlung gewinnen die Banken freie Bahn für neue Unternehmungen und können mit geringen Summen viel leisten. Auf der Sicherheit, mit der die Banken besonders im Herbst bedeutende Abzahlungen erwarten können, ruht zum großen Teil ihre Widerstandskraft gegen politische Überraschungen. Es bedarf nur eines Zeichens von der polnischen Verbandsbank oder vom Patronat, um alle Genossenschaften, falls es notwendig wird, zur Forcierung der Abzahlungen und zur Verlangsamung neuer Darlehen zu veranlassen. Selbstverständlich kann eine Wirtschaftskrise diesen Organismus lähmen, aber die Gewöhnung der polnischen Bevölkerung an regelmäßige und erhebliche Abzahlungen ist eine so große Kraft, daß manch kritischer Moment dadurch überwunden werden kann.

E. Die Sicherstellung der Kredite.

Im Gegensatze zu den oberschlesischen Polenbanken, die fast jeden Kredit durch Hypothekenbrief, Lebensversicherungspolice und ähnliche zweifelhafte Wertpapiere „sichern", beschränken sich die Genossenschaften des Verbandes in Posen und Westpreußen auf die Bürgschaft. Nur in Ausnahmefällen, zumal bei Gewährung hoher Summen im Kampfe um den Boden und

im Baukredit, besteht die Bank ludowy auf hypothekarischer Sicherstellung. Meist legen die Bankleiter allein Wert auf gute Bürgen, die sich verpflichten, indem sie den eigenen Wechsel des Schuldners mitunterzeichnen und auf diese Weise ganz ebenso wie der Schuldner selbst haftbar werden.

Indessen ist mit der Konstatierung, daß die polnischen Banken ihre Kredite regelmäßig durch Bürgschaften sichern, wenig gesagt, denn der Begriff „Bürgschaft" kann alles und nichts sein. Mancher Genossenschaftsmann hat die Bürgschaft gepriesen als die beste Befestigung des Kreditbaues, und mancher hält im Gegenteil die Bürgschaften für unbestimmte und unkontrollierbare Verkettungen, die nur den Schein der Sicherheit gewähren.

Sogar die Männer, die mitten im Genossenschaftswesen stehen, können nicht immer sagen, ob das System von Bürgschaften, das um ihre Banken ausgesponnen ist, eine ernsthafte Belastung verträgt, und der Fremde, der solch System von außen betrachtet, ist auf Mutmaßungen angewiesen. Deshalb wage ich nicht zu beurteilen, ob und inwieweit die polnischen Bürgschaften eine Sicherstellung der Kredite gewährleisten. Hingegen ist es wohl möglich zur Charakteristik der polnischen Bürgschaften einiges zu sagen.

Doch zuvor einige orientierende Worte. Mir scheint, daß man im allgemeinen zwei Extreme der Bürgschaftsverkettung unterscheiden kann.

Auf der einen Seite gibt es eine Art Inzucht von Bürgschaften, die aus der Übertreibung der Gegenseitigkeit entsteht. A und B bürgen für C; A und C bürgen für B; C und B bürgen für A. Alle Kombinationsmöglichkeiten werden freundschaftlichst durchgeführt, und wenn sich 50 Genossen so ineinander hängen, weiß selbst der geübteste Finanzmann nicht, wer eigentlich der Träger und wer der Getragene ist.

Auf der anderen Seite gibt es eine Expansion von Bürgschaften, die aus der genossenschaftlichen Propaganda entsteht. Sobald nämlich die Genossenschaftsleitung großen Wert darauf

legt, die Wirksamkeit ihres Vereins zu verstärken, bemühen sich die Schuldner, ihre Bürgen möglichst „von außen" herbeizuholen, um so die Sphäre der Genossenschaft auszudehnen.

Beide Tendenzen der Bürgschaftsentwicklung haben ihre Berechtigung und ihre Gefahren, beide sind in jeder Genossenschaft wirksam, und es hängt teils von der Energie der leitenden Männer, teils von den Umständen ab, ob sich das Bürgschaftsnetz mehr nach innen oder nach außen entfaltet.

Die Entwicklung nach innen kann zur Scheinsicherheit führen, so daß zwar alle formalen Bestimmungen der Statuten erfüllt werden, aber in Wahrheit nur die Schuldner sich gegenseitig stützen. Die Entwicklung nach außen kann zu Beziehungen führen, die außerhalb des Gesichtskreises der Genossenschaft enden. Immerhin ist die „Inzucht" weit bedenklicher als die „Expansion", denn sie ist Schwäche, während die Expansion Kraft ist.

Die polnischen Genossenschaften nun haben nicht etwa, wie man angesichts des geschlossenen polnischen Genossenschaftsringes glauben könnte, die Neigung zur Inzucht, sondern im Gegenteil zur Expansion.

Zwar ist der polnische Wirtschaftskreis weit kleiner als der deutsche, aber im Polentum steht den Genossenschaften keine gleichwertige Konkurrenz entgegen, kein polnisches System von Aktienbanken oder bedeutenden Privatinstituten, so daß die Genossenschaften sich nicht nur in der Möglichkeit, sondern in der Notwendigkeit befinden, ihre Beziehungen auszudehnen.

Daß diese Situation aber auch mit politischem Bewußtsein ausgenutzt wird, ja sogar durch den politischen Willen große Bedeutung gewinnt, wird niemand in Erstaunen setzen. Die Polen lassen in der Tat eine so günstige Gelegenheit, den Einfluß ihrer Genossenschaften auszudehnen, nicht ungenutzt; sie sehen in dem Heranziehen zur Bürgschaft ein Mittel, um abseits stehende Kreise für das Gemeinwesen zu interessieren.

Die Deutschen z. B., die sich hier und da in polnische

Genossenschaften verirren, werden regelmäßig durch polnische Bürgschaften festgehalten. Ein ungeschriebenes Gesetz, ein praktischer Brauch verlangt, daß nur diejenigen deutschen Bauern Kredit erhalten, die sich Polen als Bürgen beschaffen, oder die sich selbst als Bürgen auf polnischen Wechseln verpflichten.

Hier wirkt die Bürgschaft, wenn man so sagen will, „polonisierend", sie dehnt den Einfluß der Genossenschaften in der Weise aus, das deutsche und polnische Elemente durch den gleichen Kredit zusammengeschlossen werden.

Fünfzehntes Kapitel.

Die innere Organisation der polnischen Kreditgenossenschaften.

Das Buch, das den Polen seit Beginn ihrer Genossenschaftsbewegung als Führer gedient hat, erschien 1855 und führte den Titel: „Vorschuß- und Kreditvereine als Volksbanken". Der Verfasser war Schulze-Delitzsch. In allen Verhandlungen und Versammlungen seit Mitte der siebziger Jahre, deren Protokolle ich studierte, fand ich Worte und Lehren aus diesem Buche, das bis jetzt den Polen der wichtigste literarische Ratgeber ist[1].

Um aber das Verhältnis der Polen zu Schulze-Delitzsch sogleich durch einen Gegensatz zu charakterisieren, erinnere ich an die Worte eines der Begründer des polnischen Genossenschaftswesens: „Die Meinungen Schulze-Delitzschs dürfen uns gar nicht imponieren. Er ist ein guter Agitator, in der Praxis aber ein Tyrann, der keinen Widerspruch erträgt, und ich bezweifle, daß er imstande wäre, auch nur eine ganz kleine Genossenschaft erfolgreich zu leiten."

Die Polen hatten vor den Deutschen den großen Vorteil voraus, daß sie die originale, wegbahnende und daher leidenschaftliche deutsche Genossenschaftsbewegung aus kühler Ferne sahen. So konnten sie sich von dem Kultus fernhalten, den man in Deutschland mit Namen und Programmen trieb, und konnten von den sich bekämpfenden Systemen nehmen, was ihnen gut dünkte.

[1] Es ist seitdem in zahlreichen Auflagen erneut worden.

A. Das Korporationsrecht.

Die Grundzüge der genossenschaftlichen Organisation sind durch das Reichsgesetz, betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften festgelegt.

Zwar sind die Polen keineswegs gezwungen, ihre Genossenschaften diesem Gesetze zu unterstellen. Aber das Reichsgesetz bietet ihnen so große Vorteile, daß sie töricht wären, wollten sie „freie" Genossenschaften bilden.

Vor allem — und das ist der Kern der Frage — gibt das Reichsgesetz den Polen die Möglichkeit, für die wichtigsten Organe ihres Gemeinwesens ohne staatliche Genehmigung Korporationsrechte zu erlangen.

Hier bewegen sich die Polen in einem Fahrwasser, das ihnen die mächtige deutsche Genossenschaftsbewegung frei und gefahrlos gemacht hat. Denn die erste bei Gründung einer Genossenschaft sich aufdrängende Frage — so schrieb 1867 Schulze-Delitzsch —, ob dazu eine Genehmigung seitens der Staatsbehörde notwendig sei, „ist gegenwärtig in sämtlichen deutschen Staaten, wenn auch nicht ohne mancherlei Kämpfe, zugunsten der Freiheit entschieden."

Also bedarf es für die Polen nur der Erledigung bestimmter Formalitäten, um ohne Hindernis für ihre Hauptinstitute *Körperschaftsrechte* zu erlangen[1].

In ihrer überreichen Vereinspraxis haben die Polen genugsam erfahren, was das bedeutet, Korporationsrechte zu haben oder — auf sie verzichten zu müssen. Als z. B. die polnischen Bauernvereine in den achtziger Jahren versuchten, wirtschaftliche Leistungen zu verrichten, stießen sie überall an die Schranken des Vereinsrechts. Solange sie sich damit begnügt hatten, über Bildung und Recht, über Fruchtwechsel und Bienenzucht zu

[1] Nicht selten machen die preußischen Behörden den Versuch, die Eintragung polnischer Genossenschaften zu verweigern, sind aber stets auf Grund des Reichsgesetzes zurückgewiesen worden.

reden, genügte die „freie" Vereinstätigkeit. Als sie jedoch anfingen, Saatgut zu kaufen, verbesserte Geräte zu beziehen und alles das, wovon sie in Vorträgen gehört hatten, nun wirklich durchzuführen, versagte ihre Organisationsform. Denn als einfache, nicht rechtsfähige Vereine besaßen sie kein Körperschaftsrecht und waren daher in der Abwicklung ihrer Rechtsgeschäfte behindert oder doch unsicher.

Galt es z. B. für Mitglieder eines Bauernvereins ein gemeinsames Unternehmen, gemeinsame Einkäufe zustande zu bringen, so bestellte ein Mitglied, meist der Vorsitzende, alles auf seine Rechnung, um es dann den Mitgliedern, die sich vorher zur Teilnahme verpflichtet hatten, zur Verfügung zu stellen. Auf diese primitive Weise wurden und werden in abgelegenen Gegenden noch heute manche Geschäfte der Bauernvereine erledigt.

Jedoch jedes Mißverständnis oder nur Mißtrauen führt zu unentwirrbaren Verwicklungen, und bedeutende Unternehmungen können einem nichtrechtsfähigen Verein, zumal wenn er von den Behörden scharf beobachtet wird, kaum anvertraut werden [1].

Das entscheidende Reichsgesetz, das den Polen über alle solche Schwierigkeiten hinweghilft, lautet:

„Die eingetragene Genossenschaft als solche hat selbständig ihre Rechte und Pflichten; sie kann Eigentum und andere dingliche Rechte an Grundstücken erwerben, vor Gericht klagen und verklagt werden.

Genossenschaften gelten als Kaufleute im Sinne des Handelsgesetzes, soweit dieses Gesetz keine ab-

[1] Nach neuem Rechte ist die Rechtsstellung der „Vereine ohne Rechtsfähigkeit" noch unübersichtlicher, zumal die vor dem 1. Januar 1900 entstandenen nichtrechtsfähigen Vereine anders behandelt werden als die neuen. Für die alten gilt das frühere Recht, für die neuen § 54 BGB.: „Auf Vereine, die nicht rechtsfähig sind, finden die Vorschriften über die Gesellschaft Anwendung."

weichenden Vorschriften enthält." (§ 17 Gesetz, betr. Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften.)[1]

Dieser verlockenden Bestimmung zuliebe unterwerfen sich die Polen mit sorgfältiger Genauigkeit den Erfordernissen des Gesetzes, nehmen in ihre Statuten die Normativbestimmungen auf und vermeiden ängstlich alles, was zum Verlust der genossenschaftlichen Privilegien führen könnte. Um im Verkehr mit den Behörden nicht Fehler zu machen, aus denen ihnen erfahrungsgemäß sofort der Strick gedreht wird, halten sie sich eng an das vom deutschen Genossenschaftsanwalt Dr. Hans Crüger herausgegebene „Formularbuch" und wenden sich in unsicheren Fällen Rat suchend an die Anwaltschaft des allgemeinen Verbandes deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, wohl die kundigste Stelle in Deutschland.

Aber nur auf die Formalien bezieht sich diese enge Folge; in der entscheidenden Organisationsarbeit finden wir die Polen durchaus selbständig und frei.

B. Vorstand und Aufsichtsrat.

Das Gesetz verlangt von jeder eingetragenen Genossenschaft, daß sie drei Organe habe: Generalversammlung, Vorstand und Aufsichtsrat. Es fällt sogleich ins Auge, daß die Polen diese drei Teile anders aufbauen, als es in den deutschen Genossenschaften im allgemeinen üblich ist.

Die deutschen Genossenschaftsleiter bemühen sich stets, auf eine Entwicklung der Generalversammlung hinzuarbeiten. Sie sehen darin mit Recht eine sozialpädagogische Aufgabe und betonen gern emphatisch, daß die Mitglieder selbst „Träger und Leiter des Unternehmens" seien.

Daß jedoch diese zweifellos wohlbegründete Mahnung selten fruchtet, wird bei den Genossenschaften aller Systeme gleichmäßig

[1] Über Bedeutung und Tragweite dieser Bestimmung vgl. Parisius und Crüger, Kommentar zum Reichsgesetz, betr. die Erwerbs- u. Wirtschaftsgenossenschaften.

beobachtet und beklagt. Bei den Schulze-Delitzsch-Genossenschaften ist das typische Gegenbild die bankmäßig von einem fast selbständigen Vorstande geleitete Genossenschaft; bei den bäuerlichen Raiffeisenkassen ist das Gegenbild die „stumme Generalversammlung", die in Gegenwart der Honoratioren das Maul nicht auftut. In beiden regiert häufig in Praxi der Vorstand. Der Aufsichtsrat aber war vor 1889 überhaupt nicht obligatorisch und kommt auch heute nach dem Vorbilde der großen deutschen Banken oft zu kurz.

Den Polen hingegen mußte das Verhältnis von Generalversammlung, Vorstand und Aufsichtsrat von vornherein anders erscheinen als den Deutschen. Denn die polnischen Genossenschaftsleiter, die den verhältnismäßig großen Stumpfsinn ihrer unteren Volksschichten gut kannten, verfielen nicht auf die Fiktion einer beherrschenden Generalversammlung, sondern wußten genau, daß die „Demokratie" im Polentume noch auf recht schwachen Füßen schlich.

Es konnte daher bei den Polen nicht die Parole lauten: hie Generalversammlung — hie Vorstand, sondern die Frage konnte nur sein, ob Aufsichtsrat oder Vorstand herrschen sollten. Da man also von der Generalversammlung kein genügendes Gegenspiel gegen die Macht des Vorstandes erwartete, dehnte man die Befugnisse des Aufsichtsrats nach Möglichkeit aus, und zwar sowohl gegenüber dem Vorstande wie auf Kosten der Generalversammlung.

Eine starke Position des Aufsichtsrats ist daher für die polnischen Genossenschaften charakteristisch.

Jeder Praktikus weiß, daß sich solche Machtstellung durchaus nicht etwa in den Statuten zu zeigen braucht, denn hier sind die Tatsachen stärker als das Recht. Die Tatsachen können selbst unter demokratischen Statuten eine Diktatur ermöglichen, wenn zufällig im Vorstand oder Aufsichtsrat eine Persönlichkeit steht, die als „Seele der Genossenschaft anerkannt" wird.

Tradition und Übung aber haben bei den Polen dahin geführt, daß sie den Aufsichtsrat „pflegen", d. h. das Patronat

betont immer von neuem die Bedeutung des Aufsichtsrats, die Revisoren kontrollieren die Anzahl der Aufsichtsratssitzungen, die Zentralleitung zieht zu Beratungen über gemeinsame Unternehmungen nicht nur die Direktionen, sondern auch die Vorsitzenden der Aufsichtsräte heran, und da dies lange Jahre durchgeführt ist und sich wohlbewährt hat, findet man heute in fast allen polnischen Genossenschaften eine starke Mitarbeit des Aufsichtsrates, die darin zum Ausdruck kommt, daß er von seinen Befugnissen — wirklich Gebrauch macht[1].

Ich möchte die Rolle, die der Aufsichtsrat in den polnischen Genossenschaften spielt, so charakterisieren:

Der Aufsichtsrat hat sich bei den Polen die Stellung erobert, die in den deutschen Genossenschaften von der Generalversammlung oft vergeblich erstrebt wird oder anders ausgedrückt: Die Tendenz geht dahin, für die mangelnde Aktionsfähigkeit der Generalversammlung einen Ersatz im Aufsichtsrate zu finden. Hiermit hängt zusammen, daß der Aufsichtsrat in fast allen polnischen Genossenschaften nicht weniger als neun Mann zählt, selbst die kleinen Banken, die sich bei den Deutschen mit drei oder fünf Aufsichtsratsmitgliedern begnügen, haben im polnischen Verbande ihren neunköpfigen Aufsichtsrat.

Die wichtigste Folge ist, daß man in den einzelnen polnischen Genossenschaften nicht die Diktatur findet, die mancher erwarten würde. Vielmehr erkennt man in der Genossenschaft — die ja die Zelle des polnischen Gemeinwesens ist — denselben Zug, der das polnische Gemeinwesen überhaupt charakterisiert, nämlich eine seltsame Vermittlung zwischen Diktatur und Demokratie.

Und in der Tat hat die Pflege des Aufsichtsrates, ganz abgesehen von dem Nutzen, den sie der Geschäftsführung bietet, eine „staatliche" Bedeutung. Denn die 1800—1900 Aufsichtsratsmitglieder des polnischen Verbandes bilden eine neue Schicht,

[1] Formell hat er ganz dieselben Befugnisse, die auch für die deutschen Genossenschaften statutarisch vorgeschrieben und vom Gesetz bestimmt sind.

die volkstümlich ist, da sie aus dem Volke hervorsteigt[1], und die zugleich mit den Leitern der polnischen Volkswirtschaft in dauernder, enger Fühlung steht, ja sogar zum Teil mit ihnen identisch ist.

Bedenkt man, wie stark das Bedürfnis des polnischen Volkes ist, Schichten aus sich selbst hervorzubringen, sich zu differenzieren, sich aufzubauen, so versteht man, weshalb die Pflege des Aufsichtsrates für sie einen anderen Wert hat als für die Deutschen.

Die „zwölf Männer" also — der Vorstand, der aus Direktor, Kontrolleur und Kassierer besteht und die neun Aufsichtsratsmitglieder — verfügen in den Städten, Städtchen und Dörfern über die Kreditgewährung, werden in den meisten Banken von dem Geistlichen oder einem anderen Honoratioren beeinflußt; und dieser wiederum folgt im allgemeinen den Linien, die ihm von der Zentralleitung vorgezeichnet sind.

Die Verbindung zwischen der Zentralleitung und den Führern der Volksbanken stellt das offizielle Organ der polnischen Genossenschaften: Poradnik dla Spółek her, das den Untertitel führt: Organ związku Spółek zarobkowych i gospodarczych na Poznanskie i Prusy Zachodnie, d. h. Organ des Verbandes der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in Posen und Westpreußen.

Ein zweites noch wirksameres Band zwischen Zentrale und Einzelbanken ist die Geschäftsverbindung zwischen den Volksbanken und der Verbandsbank. Die Zentralleitung vermag bei allen wichtigen Unternehmungen durch Verengung oder Erweiterung des Kredits wirksam anzudeuten, ob sie die Haltung einer Bank billigt oder nicht.

Ein drittes Band wird durch die Revisoren gebildet, die vom Patronat zu den einzelnen Genossenschaften entsandt werden

[1] Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind zu etwa zwei Drittel Bauern, die übrigen meist Kaufleute und Geistliche, hier und da Handwerker und zuweilen auch Ärzte.

und das gesetzlich gesicherte Recht haben, alle Bücher und Papiere der Bank zu kontrollieren.

Ein viertes Band schließlich schlingt sich in den gemeinsamen Versammlungen, insonderheit in den jährlichen Genossenschaftstagen der Polen.

Die Gesamtzahl des so miteinander verknüpften Beamtentums, die Gesamtzahl also der Patronats-, Vorstands-, Aufsichtsratsmitglieder und Bankbeamten im engeren Sinne dürfte ungefähr **2500** betragen.

Will man sich eine Vorstellung davon machen, wie die Polen dies Beamtentum auffassen, so wird man die nüchterne Frage aufwerfen: werden die genossenschaftlichen Beamten besoldet oder nicht? — Damit berühren wir einen alten Streitpunkt der feindlichen Systeme Schulze-Delitzsch und Raiffeisen, der speziell die Besoldung des Vorstandes betrifft.

Raiffeisen verlangte „unentgeltliche Verwaltung", und er legte so großen Wert hierauf, daß er die Unentgeltlichkeit als einen der wichtigsten Grundsätze bezeichnete. Denn, so meinte er, nur bei unentgeltlicher Verwaltung habe man die Garantie, daß wirklich Vertrauensmänner an der Spitze der Genossenschaften ständen.

Schulze-Delitzsch hingegen verlangte Besoldung, und er legte so großen Wert hierauf, daß er die Besoldung als einen der wichtigsten Grundsätze bezeichnete. Denn, so meinte er, nur bei Besoldung habe man die Möglichkeit, die Vorstandsmitglieder zu einer gewissenhaften Geschäftsführung anzuhalten.

Die Polen stehen hier, wie in fast allen Streitfragen, zwischen beiden Systemen, nähern sich aber dem Gedanken Schulze-Delitzschs. Vom Patronat ist mehrmals erklärt worden, zur Heranbildung eines verpflichteten Beamtentums sei die Besoldung erforderlich. Indem sich jedoch die polnischen Volksbanken von großen städtischen Kassen zu kleinen bäuerlichen Vereinen abstufen, entsteht die Notwendigkeit für die kleinen Institute, eine unentgeltliche Verwaltung zu schaffen. Deutlich spiegelt

sich dieser Übergang zwischen beiden Prinzipien in folgendem wieder[1]:

Von 66 geistlichen Vorstandsmitgliedern erhielten im Jahre 1905:

3	Geistliche	über 1500 Mk.,
5	„	1000 bis 1500 Mk.,
9	„	600 bis 1000 Mk.,
18	„	300 bis 600 Mk.,
10	„	unter 300 Mk.,
21	„	führten das Vorstandsamt unentgeltlich.

Die Besoldung der Aufsichtsratsmitglieder hingegen beurteilen die Polen wesentlich anders als die deutschen Systeme.

Raiffeisen verwirft natürlich die Besoldung der Aufsichtsratsmitglieder; in den Schulze-Delitzschkassen legt man hierauf keinen allzu großen Wert. „Die Besoldung der Aufsichtsratsmitglieder" — so schreibt Dr. Hans Crüger — „wird in den einzelnen Genossenschaften sehr verschieden gehandhabt. Wo der Aufsichtsrat mit einzelnen Sitzungen von wenigen Stunden, vielleicht einer in der Woche, auskommt, um die Geschäfte zu erledigen, wird man von einer Besoldung füglich absehen können." Nur für außergewöhnliche Arbeiten sei eine Entschädigung zu gewähren.

Im Gegensatze zu beiden Systemen suchen die Polen, wenn irgend möglich, eine Besoldung der Aufsichtsratsmitglieder durchzuführen. Die wichtige Rolle, die der Aufsichtsrat im polnischen System spielt, markiert sich hier deutlich. Folgendes nämlich ergab sich, als ich im Bezirk I des polnischen Genossenschaftsverbandes eine Untersuchung über die Bezahlung der Aufsichtsratsmitglieder vornahm:

Nicht nur in den Hauptbanken Kosten, Schrimm, Schroda und in den mittleren Banken, Wreschen, Jarotschin wurden die Aufsichtsratsmitglieder bezahlt, sondern auch fast alle kleineren

[1] „Poradnik" 1907, Nr. 6. Das Verhältnis hat sich seitdem nicht geändert (1916).

Banken, nämlich die Banken in Milozlaw, Strzalkowo, Emmchen, Dolzig, Xions, Santomischel, Punitz, Kroeben, Zerkow, bezahlen ihren Aufsichtsrat, und nur einige der kleinsten hatten mit den übrigen Verwaltungskosten soviel Mühe, daß der Aufsichtsrat unentgeltlich tätig war.

Die Entschädigung richtet sich teils nach der Zahl der Sitzungen, teils nach der Höhe des Gewinnes und schwankt zwischen 100 und 1000 Mk. jährlich, d. h. pro Mitglied zwischen etwa 10 und 100 Mk. Eine zwar geringe Bezahlung, die sich aber in den bescheidenen polnischen Bauernverhältnissen nicht so geringfügig ausnimmt, wie der Deutsche meinen könnte.

Jedoch nicht alles läßt sich durch Zahlen charakterisieren, und so möchte ich noch den Satz hinzufügen, der nach meiner Erfahrung den Unterschied zwischen der deutschen und der polnischen Art bezeichnet: Die Behandlung der Vorstände und Aufsichtsräte bei den Polen unterscheidet sich von dem bei den Deutschen in Posen und Westpreußen üblichen Verfahren dadurch, daß die Polen den Beamtencharakter sowohl der Vorstände wie der Aufsichtsräte stärker betonen als die Deutschen.

C. Die Genossen.

Hinter dieser Beamtenschaft steht das Heer der Mitglieder, das etwa 150 000 Köpfe zählt.

Wenn nun diese Menge auch im wesentlichen von den Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern geleitet wird, zeigt sie doch durchaus nicht etwa den Charakter einer gleichmäßigen ungegliederten Masse, sondern gruppiert sich so, daß sie in einigen Gebieten bereits organisatorische Kräfte zeigt, während sie in anderen Kreisen weniger zur Geltung kommt, hier und da sogar völlig stumpf zu sein scheint.

In diesen Unterschieden erkennen wir das Emporsteigen der unteren Schichten, und es verlohnt sich wohl, der Gruppierung nachzuforschen.

In den Außenbezirken der polnischen Sphäre, an den Rändern des polnischen Genossenschaftswesens steht die Mitglied-

schaft noch im Stadium der willenlosen Herde. So insbesondere im Südzipfel der Provinz Posen, ferner in den westlichen Kreisen, die an die Provinz Brandenburg stoßen und in dem nordwestlichen Teile der Provinz Westpreußen. Alles das ist im Sinne der Genossenschaften „Neuland"; ein genossenschaftlich noch wenig von den Polen durcharbeitetes und erobertes Gebiet. Hier gehören etwa 80 % der Mitglieder den kleinsten Grundbesitzern an, den zum Teil auf Saisonarbeit und Tagelöhnerei angewiesenen Häuslern.

Rückt man aus diesen Außenbezirken dem Zentrum der polnischen Macht entgegen, so beobachtet man, wie die Zahl der kleinsten Grundbesitzer auf 60, 50, 40 % sinkt, die Schicht der mittleren Bauern sich verstärkt und zugleich Handwerker und Kaufleute eine Rolle zu spielen beginnen.

Mit dieser Gliederung wird die Mitgliederversammlung aktionsfähiger; so finden wir in dem großen Bezirk um Schrimm-Schroda und in den westpreußischen Kreisen Löbau-Straßburg ein entwickeltes genossenschaftliches Leben. Die Berufsgliederung zeigt hier etwa 60 % Bauern, wovon die Hälfte Häusler sind, und 40 % Handwerker, Kaufleute und andere Berufe.

Mit der weiteren Entwicklung und schärferen Gliederung treten allmählich mancherlei Reibungen ein. So im Bezirk Gnesen, der als Hauptgebiet des Nationalitätenkampfes den Polen ohnehin Organisationsschwierigkeiten macht, und um Hohensalza, wo die starke gewerbliche Entwicklung das Übergewicht der Bauern in den Genossenschaften fast beseitigt hat. Hier sinkt der Kleingrundbesitz auf 40 %, ja sogar auf 35 %, worunter nur etwa 10 % Häusler, und die Handwerker und Kaufleute treten ganz energisch in den Mitgliederversammlungen auf, zuweilen in scharfem Gegensatze zu dem ländlichen und autokratischen Ton, der im Genossenschaftswesen sonst herrscht[1].

[1] Die Bank in Hohensalza ist schon seit Jahren die Chorführerin in der Opposition gegen das Patronat und gegen den Einfluß der Geistlichkeit.

So hebt sich die Klasse der polnischen Genossen von den Außenrändern nach der Mitte empor. Mit ihrer Gliederung wächst ihre Macht und Wirkung; aber zugleich werden die natürlichen Grenzen der genossenschaftlichen Disziplin erkennbar.

Spielt nun, so wird man fragen, der immerhin noch recht ausgebreitete polnische Großgrundbesitz in den Genossenschaften gar keine Rolle?

Daß sich der Adel halb aus politischen Gründen, halb aus Furcht vor der unbeschränkten Haftung von den bäuerlichen Genossenschaften zurückgehalten hat, erwähnte ich bereits [1]. Dennoch näherte er sich dem stark gewordenen Finanzsystem allmählich, und der Genossenschaftsverband dient dem Adel in einigen besonders entwickelten Banken, die sich von der primitiven Art der übrigen unterscheiden.

Genau genommen gibt es nämlich überhaupt nur fünf polnische Institute, die eine nennenswerte Zahl von Großgrundbesitzern unter ihren Kunden haben. An der Spitze steht die „Verbandsbank", die seit ihrer Sanierung und seit ihrem Anschlusse an die deutsche Hochfinanz die Hauptbank des polnischen Adels geworden ist. Ihr folgt die Bank przemysłowców (Gewerbebank), die wegen ihrer beschränkten Haftung von reichen Kunden bevorzugt wird. In erheblichem Abstande folgen nun die Bank in Hohensalza mit etwa **90** Großgrundbesitzern, die Kasa pożyczkowa in Gnesen mit **55** und die Banken in Kosten und Schroda.

In allen übrigen Volksbanken ist vom eigentlichen Großgrundbesitz nicht viel zu bemerken.

Der polnische Verband also, der in seinem Aufbau die Gliederung der kämpfenden und emporsteigenden Schichten verkörpert, dient dem adligen Großgrundbesitz in den Spitzen des Bankwesens.

---

[1] Vgl. S. 111 f.

D. Schulze-Delitzsch oder Raiffeisen?

Welcher Art ist das „System" der polnischen Genossenschaften?

Vergleicht man die deutschen Schulze-Delitzschbanken, die deutschen Raiffeisenkassen und die polnischen Genossenschaften miteinander, so fällt besonders die Verschiedenheit der Gruppierung und Verbindung ins Auge.

Die deutschen Schulze-Delitzschbanken sind im Osten in der Weise verteilt, daß in der Provinz Posen 36 Institute in den größeren und mittleren Städten bestehen[1]. So hat z. B. der Südzipfel der Provinz Posen seine Schulze-Delitzschkassen in Kempen, Krotoschin und Pleschen; der Bezirk südöstlich der Stadt Posen: in Schrimm und Kosten; das Gebiet nordöstlich von Posen: in Gnesen, Znin und Hohensalza. Der Grundgedanke, der eine so zerstreute Verteilung im Osten bewirkt hat, ist bekanntlich der: Der Bezirk soll groß genug sein, um ein reguläres Bankgeschäft entwickeln zu können, muß also im Osten mehrere Kreise umfassen: eine Bank soll nur da gegründet werden, wo man sicher ist, dauernd eine banktechnische Verwaltung führen zu können, d. h. im allgemeinen in den Städten.

Die Folge dieser Organisation ist, daß sich die Schulze-Delitzsch-Genossenschaften im agrarischen Osten nicht fähig gezeigt haben, die ländliche Bevölkerung zusammenzuschließen und materiell und moralisch zu bilden. Die Schulze-Delitzsch-Verbände in Posen und Westpreußen sind nichts anderes als eine Summe vereinzelter Banken, die sich den ländlichen Verhältnissen nirgends eng anpassen.

Im Gegensatze hierzu wollen sich die deutschen Raiffeisen-Genossenschaften den ländlichen Gemeinden anschmiegen: „Der Bezirk eines Darlehnskassenvereins soll so eng begrenzt sein, daß die Mitglieder sich gegenseitig kennen, sich in die Tasche

[1] „Verband der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften", ca. 22000 Mitglieder, 7 Millionen Mark eigenes Vermögen und 26 Millionen Mark Spargelder.

sehen können — also die Gemeinde, höchstens das Kirchspiel ... Der Geschäftsbetrieb soll auf der nachbarlichen Vertrautheit mit den Verhältnissen des anderen beruhen, nicht auf der richtigen Funktion eines beamteten Verwaltungsapparates, der in formeller Weise nach bestimmten Kredit- und Finanzgrundsätzen arbeitet ... Die ländliche Spar- und Darlehnskasse braucht keine banktechnische Leitung, wie sie die städtischen Vorschußvereine haben und haben müssen, keine Tantieme und Beamtenwirtschaft[1]."

Diesem Grundsatz entsprechend gibt es in den kleinsten Dörfern Raiffeisensche Darlehnskassen, insgesamt 450 Kassen in Posen und etwa 250 in Westpreußen.

Der Vorzug dieses Systems ist, daß in der Tat genaue Fühlung mit den ländlichen Gemeinden gehalten wird. Die Nachteile hingegen sind:

Erstens fehlt es dieser Masse kleinster Banken häufig an einer kundigen und fähigen Leitung.

Zweitens ist es außerordentlich schwierig, die Menge schwacher Einzelgenossenschaften zu einheitlicher Arbeit zusammenzufassen. Gerade das ist die Schwäche der ländlichen deutschen Genossenschaften, die bei Ausbruch des Krieges in folgende Teile zerspalten waren:

1. „Verband deutscher Genossenschaften in der Provinz Posen" (als „Raiffeisenverband" bekannt);

2. „Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften für die Provinz Posen" (als „Offenbacher Verband" bekannt);

3. Revisionsverband des Bundes der Landwirte;

4. 35 Genossenschaften der landwirtschaftlichen Zentraldarlehnskasse in Berlin.

Hierzu schließlich noch: „Ostdeutscher Handwerksgenossenschaftsverband".

Eine ähnliche, wenn auch nicht so weitgehende Spaltung hat sich unter den deutschen Genossenschaften der Provinz Westpreußen vollzogen, so daß sich auf deutscher Seite nicht weniger als acht Gruppen gegenüberstehen, die sich häufig in rücksichts-

[1] Hugenberg, Bank- und Kreditwirtschaft des deutschen Mittelstandes, München 1906, S. 35.

loser Weise bekämpfen. Annäherungsversuche wurden mit Hilfe der Regierung mehrmals gemacht. Aber selbst wenn es vorübergehend gelingt, Einigkeit wenigstens unter den Raiffeisenkassen zu erreichen, bleibt doch das Problem, die Menge schwacher Genossenschaften organisch zu verbinden und zwischen den Schultze-Delitzschkassen und Raiffeisenkassen Frieden zu schließen.

Zu ihrem Erstaunen bemerken die Deutschen, daß das polnische Genossenschaftswesen augenscheinlich eine bessere Verfassung hat, denn ihre Organisation ist weder so wirkungslos wie die der Schulze-Delitzsch-Verbände im Osten, noch so zerrissen wie die der Raiffeisenverbände. Wie ist das zu erklären?

Ein Bild mag zunächst den Unterschied illustrieren:

Die Schulze-Delitzsch-Verbände sind aufgebaut aus wenigen großen Blöcken. Die Raiffeisenverbände bestehen aus zahlreichen kleinen Steinen. *Die polnische Organisation hingegen fügt sich zusammen aus großen Blöcken und kleinen Steinen.*

Dieser Vergleich bezeichnet den Kern der Frage, wenn er auch nicht völlig deckt. Vor allem muß man das Bild dahin ergänzen, daß die Blöcke nicht nur größer sind als die Steine, sondern auch anders geartet. Die Blöcke sind große städtische nach Schulze-Delitzschs Grundsätzen bankmäßig geführte Unternehmungen. Die Steine hingegen sind bäuerliche Kassen, die nur die elementarsten Kreditfunktionen verrichten und bäuerliche Ein- und Verkaufsgenossenschaften, die fast in jedem Zuge den Raiffeisenunternehmungen gleichen.

Diese verschiedenartigen Körper sind nun zu systematischen Gruppen verbunden, so daß in einem Bezirk von etwa 30 km Radius eine oder zwei Hauptbanken eine zentrale Stellung einnehmen, unterstützt von zwei oder drei mittleren Instituten, die den Rändern des Bezirks naheliegen und ergänzt durch 10—20 kleine Genossenschaften, die den Bezirk „füllen". Ein Blick auf die Karte oder auf die Darstellung in Kapitel 11, S. 334 ff. wird dies anschaulich machen und erläutern.

Diese Gruppierung ermöglicht es den polnischen Genossenschaften, die angeblich unvereinbaren Prinzipien von Schulze-Delitzsch und Raiffeisen zu vereinigen und gleichsam zwischen beiden Systemen zu stehen. Denn die großen und mittleren Institute folgen im wesentlichen den Vorschriften Schulze-Delitzschs, während sich die kleinen in ihrem Wesen den Raiffeisenkassen nähern.

Für die kleinen Genossenschaften gilt insbesondere das „Lokalisierungsprinzip", d. h. die polnische Verbandsleitung verlangt eine enge örtliche Abgrenzung fast mit derselben Strenge wie Raiffeisen, so daß der Kreis der Genossen auf ein Kirchspiel beschränkt bleibt und der Geschäftsbetrieb die Natur der nachbarlichen Hilfe bewahrt.

Die mittleren und großen Genossenschaften hingegen greifen weit über die Gemeindegrenzen hinaus und geben sich ganz als „Banken".

Raiffeisen knüpfte an den Grundsatz der „Lokalisierung" die Forderung: Keine Dividende! Denn er meinte, es sei inkonsequent, die genossenschaftliche Hilfe mit irgendeinem Ausdruck der Gewinnsucht zu verbinden.

Ganz anders die Polenbanken! Hier kommt die eigentümliche Gruppierung, von der ich oben sprach, zur Wirkung; denn die kleine, bäuerliche, auf ein Kirchspiel oder eine Gemeinde beschränkte Polenbank konstruiert ihre Organisation nicht nur nach den eigenen, engen Bedürfnissen, sondern blickt zugleich verstohlen auf die mittleren und größeren Genossenschaftsbanken ihres Bezirks. Freilich würde den bescheidenen Zwecken und Formen der kleinen Bank der Verzicht auf Gewinn nicht nur genügen, sondern auch vollkommen entsprechen; aber da sich die Kleinen gern nach dem Muster ihrer größeren Nachbarn modeln, verteilen sie, wenn irgend möglich, Dividenden. Die mittleren und größeren Genossenschaften aber können in ihrer Konkurrenz mit anderen städtischen Banken auf Dividenden nicht verzichten.

Hier färben also die Großen auf die Kleinen ab, und mir scheint, daß die formale Nachahmungslust der Kleinen gerade für

das Polentum ihre Vorzüge hat, denn andernfalls würden die Kleinen allzudeutlich empfinden, daß sie im Grunde anders geartet sind als die großen städtischen Institute, und die Einheit des Verbandes könnte leiden.

Dieser Haltung entspricht es, daß sich alle polnischen Banken bemühen, ihre Leiter zu besolden[1]; auch hierin will die kleine, bäuerliche Bank dem großen städtischen Unternehmen, das auf Besoldungen nicht verzichten kann, gleichen.

Aber die „bankmäßigen" Schulze-Delitzsch-Prinzipien werden in den polnischen Kassen immer dadurch modifiziert, daß die kleinen Genossenschaften in Wirklichkeit von „bankmäßiger" Auffassung weit entfernt sind. Ihre Arbeit ist durchaus nicht „rein wirtschaftlich" oder gar „rein finanziell", sondern unter Leitung ihrer Geistlichen sind es Anstalten geworden, die der moralischen und politischen Hebung der unteren Schichten dienen und bewußt an der Förderung des polnischen Gemeinwesens in Preußen arbeiten[2].

Wenn Raiffeisen gesagt hat: „Die Genossenschaft beruhe auf christlicher und nationaler Grundlage", so gilt das in hohem Maße von den polnischen Banken. Sie beruhen auf katholischer und national-polnischer Grundlage und weichen von diesem „Raiffeisenprinzip" niemals ab.

---

[1] Vgl. S. 466 ff.

[2] Vgl. „Die politische Macht der polnischen Genossenschaften", S. 251 ff.

Drittes Buch.

Der Kampf um den Boden.

Die Ausbildung der polnischen Kampfmethoden.

Vorbemerkung.

Die Polen haben sich bemüht, ihre erfolgreiche Gegenwehr gegen die preußische Ansiedlungskommission legendenhaft zu verzieren. Sie haben ihre feuilletonistischen Talente aufgeboten, um einen verwirrenden Schleier über die Geschichte des Kampfes zu breiten.

Die wichtigen und entscheidenden Vorgänge werden vorsichtig verschwiegen, die nebensächlichen Dinge aber mit breiter Ausführlichkeit behandelt und erörtert, als ob alles von ihnen abhinge. So sind z. B. die ersten Jahresberichte der Bank ziemski (1880—1893) offenbar für eine „breite Öffentlichkeit" bestimmt und die deutschen Beurteiler haben sich zum Teil dadurch irreführen lassen. Jene Bankberichte gleichen übermäßig gelehrten Abhandlungen und erzählen mit einem eitlen Aufwande „theoretischer Erwägungen" von allen möglichen Dingen, die den wahren Vorgang verschleiern[1].

Insonderheit haben sich die Polen bemüht, es später so darzustellen, als ob sie der Ansiedlungskommission sofort am ersten Tage eine unüberwindliche Mauer entgegengestellt hätten. Alles unsichere und erfolglose Tasten und Versuchen wird in der polnischen Phantasie zu einer konsequenten, siegessicheren Arbeit, und die Deutschen haben nur allzu bereitwillig diese Schilderungen

[1] Siehe besonders Sprawozdanie i Bilans Banku ziemskiego w Poznaniu 1890, 1892 und 1893.

mit angehört und sich von den polnischen Kräften allmählich eine ganz falsche Vorstellung gebildet.

Bewußt oder unbewußt — ich vermute: mit voller Bewußtheit — haben die Polen die Ergebnisse großer „Güterschlächtereien", die von deutschen Spekulanten ausgeführt wurden, auf das Konto der polnischen Leistungen gesetzt, und die summarische (daher irreführende) Besitzwechselstatistik der preußischen Regierung hat diese Irrtümer Jahr für Jahr bestätigt und sanktioniert.

Erstes Kapitel.

Die „Krakauer Ratschläge".

Theorie und Erfahrung kennen zwei allgemeine Möglichkeiten, einen Kampf um den Boden zu führen.

Man kann entweder durch billige Kreditgewährung den sinkenden Besitz stützen und den kräftigen Besitz zu neuem Erwerb stärken. Oder man kann den sinkenden Großgrundbesitz unter zahlreiche kleinere, arbeitsfähige oder kapitalkräftige Wirte verteilen.

Jede der beiden Möglichkeiten, die Kredithilfe oder die Parzellierung, kann siegbringend oder hoffnungslos sein. Ihre Wirkung hängt von zahlreichen Fragen ab, die nach Zeit und Ort verschieden sind; von den Bodenpreisen, insonderheit von der Differenz zwischen dem Einheitspreis großer Güter und denjenigen kleiner Besitzungen, von Absatzmöglichkeiten, Kulturverhältnissen.

Da nun die Ansiedlungskommission in Posen und Westpreußen parzellierte, und da auch wohlbekannt war, daß in einigen Kreisen der Provinz schon seit Jahren Güterspekulanten gewinnbringende Parzellierungen vornahmen, lag den Polen der Gedanke nahe, durch dieses Mittel den sinkenden polnischen Großgrundbesitz wenigstens „der Nation zu erhalten".

Jedoch in dem Gedanken wurde man wieder unsicher, als man vor der praktischen Durchführung stand. Einige meinten, ein „Parzellierungsinstitut", eine Aktiengesellschaft könne un-

möglich Erfolg haben, denn zu dieser heiklen Arbeit gehöre die Geschmeidigkeit und Diskretion eines Privatmannes. Andere fügten sogar hinzu, auch ein Privatmann werde nur dann ohne Verlust parzellieren, wenn er das Geschäft mit wucherischen Manipulationen verbinde und die Parzellenkäufer durch prolongierte Wechsel zum Frondienst nötige. Man bezweifelte die Rentabilität, die Solidität und die Moral des von einigen gepriesenen Rettungsweges und wendete sich in dieser allgemeinen Unsicherheit ratsuchend an die galizischen Brüder.

Von Kennern der polnischen Verhältnisse hört man zuweilen, die deutschen Polen hätten ihre bewunderte Kunst im Kampf um den Boden von den Galiziern erlernt. Galizien sei ja das klassische Land der Parzellierungen und ökonomischen Bodenkämpfe, und der galizische Adel habe in sicherer Voraussicht des Erfolges den deutschen Polen Mittel und Menschen zur Verfügung gestellt, so daß der preußische Staat also in Wahrheit nicht nur gegen die eigenen Polen, sondern auch gegen das Ausland kämpfe.

An anderer Stelle ist schon gezeigt worden, wie wenig Kapital und Trost die deutschen Polen aus Krakau heimbrachten[1]. Hier aber bietet sich Gelegenheit, einer Legende den Garaus zu machen, die in vergrößerter und verzerrter Form weiter erzählt wird und das Urteil verwirrt.

Allerdings ist Galizien ein klassisches Land der Parzellierung, unaufhörlich fallen seit Jahrzehnten im Westen und im ganz vernachlässigten Osten des Landes große Güter in Spekulantenhände und werden in armselige Stellen zersplittert. Diesen die Kräfte aufzehrenden Bodenwucher kannte man in Galizien sehr wohl[2] und haßte ihn als eine furchtbare Landplage. — Hingegen hatte man in einer wirtschaftlichen, ich möchte sagen rettenden Parzellierung durch genossenschaftliche

[1] Vgl. S. 123 ff.

[2] Vgl. Ekonomista polski: „Statystyka parcelacyi w Austryi", 1891, von Dr. Czerkawski; ferner 1892 in derselben Zeitschrift: „W sprawia parcelacyi" von Caro.

Bankinstitute oder Aktiengesellschaften nur geringe Erfahrungen gemacht und diese geringen Erfahrungen waren wenig ermutigend.

In der hoffnungsvollen Gründerzeit nach 1871 hatte ein Lemberger Advokat, Dr. Czemerynski, den Vorschlag gemacht, die polnische Gesamtheit möge zur Rettung des verschuldeten Grundbesitzes eine Teilparzellierung einführen, d. h. der überschuldete Eigentümer sollte etwa die Hälfte seiner Güter behalten, den Rest aber müsse ein „Parzellierungsinstitut" aufteilen und so die entstehenden kleinen Eigentümer gewissermaßen zu Mitträgern der Schulden machen, damit diese arbeitsamen und bedürfnislosen Elemente eine teilweise Amortisation der Schulden bewirkten.

In der Tat ging man an die Verwirklichung dieses Gedankens: in Krakau errichtete man die galizische Parzellierungs- und Baugesellschaft („Galicyiskie Towarzystwo parcelacyi i budowy"), in Lemberg bereitete man die Begründung einer „Bank parcelacyi Aktiengesellschaft" vor. Aber die Lemberger Bank trat überhaupt nichts ins Leben, da das Krakauer Schwesterinstitut sich nach wenigen Monaten infolge schwerer Verluste auflöste. Seitdem war der Versuch in Galizien nicht erneut worden.

Das sind die Erfahrungen gewesen, von denen die deutschen Polen in Krakau hören konnten; und nicht die deutschen Polen haben von den Galiziern die Organisation der Parzellierungsinstitute gelernt, sondern umgekehrt haben sich später die Galizier ratsuchend nach Posen gewandt[1]. Denn in Krakau erklärte man, daß die Durchführung der Parzellierungen mit Hilfe eines Bankinstitutes kaum möglich sei oder doch nur nebenbei betrieben

[1] Im Jahre 1891 erbat die Direktion der Bank krajowy in Krakau von der Direktion der Bank ziemski in Posen eine Mitteilung darüber, ob es möglich sei, mit einem Bankinstitut die Parzellierungsarbeit zu verbinden und wie solch Unternehmen zu organisieren sei. In den 1907 in Krakau erschienenen Studia spoleczne von Caro wird mitgeteilt (S. 38, Fußnote), daß in der Tat ein Projekt von Posen nach Krakau gelangt sei.

werden könne. Man empfahl vielmehr in unbestimmter Weise die Organisation eines Hilfskredits für die verschuldeten Grundbesitzer, zeigte sich aber recht spröde, als es galt, für diesen Zweck Geldmittel aufzubringen[1].

Wie eingeschüchtert die Polen durch die Beratungen in Krakau waren, und wie weit sie sich von dem aussichtsreichen Gedanken, die Parzellierung als Hauptmittel zu gebrauchen, entfernten, zeigt sich ganz deutlich in einem Prospekt, den die Direktion der Bank ziemski im Jahre 1887 veröffentlichte[2]. Als Haupttätigkeit nannte sie darin: „Wir werden es uns angelegen sein lassen, billige Quellen des Hypothekenkredits ausfindig zu machen und bei Beleihungen unsere Vermittelung zur Verfügung zu stellen, wenn die Interessenten entsprechende Sicherheit gewähren."

Man war offenbar ganz erfüllt von dem Gedanken, daß man sich auf eine vermittelnde Tätigkeit beschränken müsse. „Vermittelung bei Erwerb, Verpachtung und Parzellierung von Gütern."

An eigene Geschäfte dagegen wollte sich die wenig gewandte Leitung noch gar nicht wagen: „*Eigene Kapitalien kann die Bank ziemski nicht unterbringen*, so lange ihre Bestände nicht zu einer sehr bedeutenden Höhe herangewachsen sind, was bei der finanziellen Lage unserer Gesellschaft erst nach Jahren umsichtiger und glücklicher Arbeit eintreten könnte."

Mit welcher ängstlichen Unfähigkeit man aber der Kernfrage, *der Parzellierung*, gegenüberstand, zeigt folgender Passus: die Bank sei zwar bereit, bei Güterparzellierungen ihre Vermittlung anzubieten. Aber: „Wenn die Bank an Geschäfte

[1] S. 123 ff. ist ausführlich geschildert, wie diese „galizische Hilfsaktion" sich im Rahmen der gesamten polnischen Wirtschaftsentwicklung ausnahm und wie kläglich sie scheiterte. Hier sei nur daran erinnert, daß die Galizier zwar 3 Millionen Mk. als „vorläufige" Summe „zugesichert" hatten, aber in Wirklichkeit nur etwa eine halbe Million aufbrachten und sich durch ängstliche und hemmende Kautelen gegen einen Verlust der Summe zu schützen suchten.

[2] Abgedruckt im Kuryer Poznanski vom 18. Februar 1887.

solcher Art herantritt, muß sie sich natürlich die Deckung der Kosten sichern, welche ziemlich bedeutend sind. Wir machen auch darauf aufmerksam, daß die Parzellierung eines Gutes viel Zeit erfordert; daher kann dieselbe nur mit Erfolg durchgeführt werden, wo die Angelegenheit nicht zu sehr drängt."

Man möchte heute, da man auf zwei Jahrzehnte der umfangreichsten polnischen Parzellierungen zurückblickt, fast glauben, daß der Prospekt des Jahres 1887 mit seiner naiven Unbeholfenheit erkünstelt gewesen sei, um das beobachtende Auge der preußischen Behörden irrezuführen.

Aber wenn wir dieser Frage auf den Grund gehen, finden wir, daß die Bankleitung in der Praxis durchaus dem schwächlichen Prospekt entsprechend handelte und bald begann die öffentliche Meinung neue Männer und neue Taten zu fordern. So heißt es zum Beispiel in einer Broschüre, die im Jahre 1887 von M. Boncza (Pseudonym?) veröffentlicht wurde[1]:

„In diesem Jahre des Entsetzens und der schwersten Kämpfe füllte die Bank ziemski ihre Zeit damit aus, daß sie auf das göttliche Erbarmen und die Unzuverlässigkeit menschlicher Hilfe wartete, indem sie, wie jener Cäsar auf dem Bilde Wereszagins, von einem entfernten Hügel dem schrecklichen Ringen zuschaut. Und die Gründer der Bank? Diese sind der Meinung, nachdem sie wie Pilatus ihre Hände gewaschen, daß sie getan haben, was ihre Sache war. Die öffentliche Meinung aber, unsere Meinung, wird den Spuren ihrer Taten nachgehen und wird den Nachweis erbringen, daß es keine so heilige Sache, keine so erhebenden Absichten und Unternehmungen gibt, welche von beschränkten Menschen nicht verwickelt und zugrunde gerichtet werden könnten. Wir stehen also nach unserer Meinung am Vorabend des unvermeidlichen Zusammenbruchs, des völligen Vergehens dieser Seifenblase, welche man Bank ziemski nannte." Der Autor

[1] Die Broschüre führte den Titel Kilka slow na czasie o banku ratunkovym (einige zeitgemäße Worte über die Rettungsbank) von M. Boncza, Posen im Verlage des Verfassers, gedruckt in der Druckerei des Kuryer Poznanski.

verlangt die Beseitigung der Bankleiter, eine Reorganisation des Instituts und den schleunigen Übergang zur Parzellierung: „Das Geschäft muß ungesäumt begonnen werden, sobald auch nur 100 000 Mark zur Kasse geflossen sind. Denn hier handelt es sich nicht darum, mit einemmal weite Flächen zu kaufen — da man sich nach der Decke strecken muß —, sondern einige hundert Morgen. Dieselben solle man parzellieren und an die Bauern zunächst ohne Gewinn verkaufen, um nur den Anfang zu machen, um Erfahrungen zu sammeln und den Weg zur inneren Kolonisation zu öffnen. Tausende polnischer Leute, nicht ohne Mittel, sind im laufenden Jahre über See gegangen. Die Bank ziemski, wenn sie ihre Tätigkeit begonnen hätte, hätte jene Leute für die Heimat retten können. Direktor eines solchen Instituts müßte ein Landwirt von Fleisch und Blut sein, der nicht gebunden durch eine eigene Wirtschaft, erfahren, und umsichtig, in der Landwirtschaft praktisch und theoretisch ausgebildet, einigermaßen mit dem Rechte vertraut, dabei fix und unternehmend und mit praktischem Bauernverstand ausgerüstet sein muß."

Diese scharfen Angriffe fanden in der Presse lebhaften Widerhall und im Jahre 1888 wurde bekannt, daß der Direktor der Bank ziemski und der größte Teil des Aufsichtsrates zurücktreten würden. Am 13. Juli 1888 gab ein Mitglied des Aufsichtsrats in der Generalversammlung eine Erklärung ab, in der es hieß [1], die Basis ihrer Tätigkeit bilde der im Jahre 1887 veröffentlichte Prospekt und die Leiter der Bank seien nicht bereit „sich in den Strudel von Experimenten zu stürzen." In der Erklärung des zurücktretenden Aufsichtsrats folgen dann die hoffnungslosen und für die damalige Situation sehr charakteristischen Worte:

„Wir treten mit der moralischen Befriedigung zurück, daß wir nicht einen einzigen uns anvertrauten Pfennig verloren haben, und wenn es uns außerdem nicht gelungen ist, irgend

[1] Einen ausführlichen Bericht über den Verlauf dieser Generalversammlung enthält der Dziennik Poznanski vom 15. Juli 1888.

etwas zu erreichen, so ist dies lediglich deshalb der Fall, weil man **unmögliche Dinge** nicht zu vollbringen vermag .. Wir bezeichnen jenes Geschäft, zu dem wir vor zwei Jahren berufen wurden, als unmöglich. Diese unsere Anschauung bezieht sich namentlich auf die Parzellierungstätigkeit. Ein Privatmann kann wohl, wenn er alle möglichen Folgen wagt, diese oder jene Parzellierung durchführen, eine Bank jedoch, welche das Gewinn- und Verlustkonto nicht für sich, sondern für andere verwaltet, und die sich nicht auf eine lange Festlegung des Kapitals, noch viel weniger aber auf die Erwerbung und Administration von Grundstücken verlassen darf, kann von der Parzellierung nicht bestehen.

Da wir aber bemerken, daß entgegengesetzte Auffassungen herrschen, so treten wir gemeinsam von unserem Platze zurück."

Zweites Kapitel.

Die „Parzellierungsprogramme".

Diese „entgegengesetzten Auffassungen" waren recht verschiedener Art und zirkulierten unter dem Namen „Parzellierungsprogramme". Man suchte der Parzellierung, die allgemein als höchst riskant gefürchtet wurde, näher zu kommen. Insbesondere wurde vorgeschlagen, die Bank ziemski möge liquidieren und der landwirtschaftliche Zentralverein in Posen (Towarzystwo centralne) solle die Fonds übernehmen, da seine verzweigte Organisation ihm besser gestatte, sich allenthalben zu orientieren. Dem Zentralverein sei dann der Auftrag zu erteilen, wankende Grundbesitzer durch billige Darlehen nach Möglichkeit zu unterstützen, und erst wenn sich die Rettung eines Gutes nicht durchführen lasse, die Parzellierung vorzunehmen.

Solch Plan konnte jedoch unmöglich populär werden, denn der Zentralverein ist eine Organisation exklusiver Art, eher eine gesellschaftliche Verbindung der adligen Großgrundbesitzer als etwa eine wirtschaftliche Vereinigung, und es war vorauszusehen, daß man von diesem Verein eine zweckmäßige Verwendung der Gelder oder gar eine erfolgreiche Parzellierung nicht erwarten konnte.

Von anderen — und diese Meinung war sehr verbreitet — wurde als wichtigste Vorbedingung der Parzellierung verlangt, daß sich die Polen eine Hypothekenbank sicherten, die bereit sei, auch während und nach der Parzellierung ihre Darlehen unkündbar auf dem Gute zu belassen. Man mußte nämlich fürchten,

daß die Landschaftsbank, die damals auf polnischen Gütern etwa 130 Millionen Mk. Forderungen hatte, bei Beginn jeder Parzellierung ihr Darlehen kündigen werde.

Um dieser Gefahr, die vielleicht das ganze Parzellierungsgeschäft unmöglich machen konnte, zu entgehen, plante man die Konzentration oder Koalition der Grundbesitzer in folgender Weise: Alle, welche gewohnt waren, sich in Hypothekenangelegenheiten an die verschiedensten Banken und Agenten zu wenden, sollten sich dahin verständigen und verbinden, ihre Geschäfte nur mit einer bestimmten Bank zu machen.

Der Plan blieb nicht ganz ohne Erfolg, und zwar wendeten sich die Polen damals an die — nomen et omen — „National-Hypotheken-Kreditgesellschaft zu Stettin“, die offenbar hoffte, von dem beginnenden Kampf um den Boden mancherlei Nutzen zu ziehen. Gleich der erste „nationalpolitische“ Parzellierungsversuch wurde mit Hilfe dieser Bank durchgeführt, die im Jahre 1889 etwa 230000 Mk. Hypotheken des Rittergutes Pinschin (Kreis Preuß. Stargard) übernahm, um einer polnischen Genossenschaft die Durchführung der Parzellierung zu ermöglichen. Auch später hat die National-Hypotheken-Kreditgesellschaft ganz energisch in den Kampf um den Boden eingegriffen, und zwar stets zugunsten der Polen[1].

Die Erfahrung, daß man deutsche Banken finden könne, die bereit seien, gegen entsprechenden Zinsverdienst sich zur dauernden Übernahme von Hypotheken auch während und nach der Parzellierung zu verpflichten, eröffnete den polnischen Plänen eine neue Möglichkeit.

[1] So hat diese Bank z. B. im Jahre 1899 vom Gut Stecklin im Kreise Preuß. Stargard 317 ha an 12 polnische Erwerber aufgelassen; ferner im Kreise Neustadt i. Westpr. 651 ha an 54 Polen. (Diese Daten entnehme ich dem Urmaterial der Besitzwechselstatistik, dessen Einsicht und Benutzung mir mit Genehmigung des Landwirtschaftsministers gestattet worden ist.)

Drittes Kapitel.

Die genossenschaftliche Parzellierung.

Am 11. Oktober 1887 hielt zu Gnesen in der Delegiertenversammlung der polnischen Genossenschaften der Direktor der Thorner Volksbank (Bank ludowy), Ignatz Danielewski, einen Vortrag über einen neuartigen Versuch, den Käufen der Ansiedlungskommission durch genossenschaftliche polnische Güterkäufe zu begegnen[1].

Das Experiment, das einige Privatpersonen in aller Stille unternommen hatten, und das nun der öffentlichen Diskussion unterbreitet werden sollte, war folgendes:

Acht Polen aus der Gegend von Thorn und Kulm — teils Leiter der polnischen Bank in Thorn, teils Grundbesitzer in jenen Kreisen — hatten zunächst das hochverschuldete, 1500 Morgen große Gut Waldau gepachtet. Das Gut lag $1\frac{1}{2}$ Meilen von Graudenz mitten in deutscher Gegend. Auf der einen Seite grenzte es an deutsche Bauernkolonien und an staatlichen Forst, auf der andern Seite an deutsche Rittergüter. Der Boden war schlecht, das Land verschuldet und schon seit Jahren ein Objekt der Güterschlächterei. Erst kurz zuvor hatte ein Güterhändler Waldau zum Teil an 43 Bauern parzelliert, den Rest aber mit leichten Gebäuden versehen und bei einer komplizierten Gelegenheit übermäßig teuer verkauft.

Der nunmehrige Eigentümer, der dem Händler auch mit

[1] Sprawozdanie z sejmiku spolek zarobkowych odbytego w Gnieznie dnia 11 i 12 pazdziernika 1887 R wypracowal Ks. Jan Janas, Sekretarz Sejmiku S. 12 ff.

anderen Besitzungen verpflichtet war, saß tief in Schulden und war genötigt, irgendeinen Ausweg zu finden, wenn er nicht zugrunde gehen wollte.

Die acht Polen machten ihm folgendes Angebot: Sie wollten das Gut übernehmen. Von einem Kauf könne zwar nicht die Rede sein, da sie keine Kapitalien hätten, um den Hypothekengläubiger zu bezahlen. Dagegen wollten sie 25—30 polnische Familien als Pächter ansiedeln, die jährlich eine Pachtsumme von 8600 Mk. zahlen würden. — Die Unterhändler verpflichteten sich, diese polnischen Ansiedler zu einer „Pacht- und Kreditgenossenschaft" zu vereinigen, die solidarisch für die regelmäßige Zahlung haften werde.

Der bedrängte Eigentümer ließ sich zu einem Versuch bereit finden, und so wurde ein Pachttermin veranstaltet, der günstig verlief, denn gleich darauf meldeten einige polnische Grundbesitzer den „Pacht- und Kreditverband in Waldau" zur Eintragung in das Genossenschaftsregister.

Die Genossenschaft pachtete Waldau gegen einen jährlichen Pachtzins von 8600 Mk. auf 30 Jahre. Der Gutsherr aber verpflichtete sich, „die Summe von 9600 Mk., die er bisher von seinen anderen Gütern dem Gläubiger als Zinsen bezahlt hatte[1], mitsamt der Pachtsumme weiter demselben Gläubiger zu zahlen". Der Gutsherr war somit verpflichtet, jährlich 18200 Mk. zu zahlen, bis die ganze Schuld getilgt sei. Nach 30 Jahren sollte Waldau schuldenfreies Eigentum der Genossenschaft werden.

Der Besitzer, der schon entschlossen war, das Gut mit einem Verluste von über 90000 Mk. zu verkaufen, da er nicht die geringste Aussicht auf Besserung seiner Lage sah, ließ sich auf diesen verschlungenen und weitläufigen Pachtvertrag ein, und so entstand mitten in deutschem Gebiete, ohne daß Kapital aufgewendet worden wäre, eine polnische Kolonie, die sogleich mit der nächsten polnischen Volksbank in Verbindung trat und Kredit zum Häuserbau erhielt.

[1] Waldau hatte schon mehrere Jahre keinen Ertrag gebracht, weil dort keine Arbeiter zu bekommen waren.

In aller Stille waren also 1500 Morgen Land erworben worden.

Als Danielewski auf dem Delegiertentage diese Mitteilungen machte und zur Begründung ähnlicher Genossenschaften aufforderte, trat ihm der Propst Wawrzyniak entgegen: der als Vorbild hingestellte Fall Waldau könne nur als ein seltener Ausnahmefall angesehen werden, denn der Gutsherr von Waldau befand sich in einer so bedenklichen Schlinge und war in so großer Gefahr, seinen gesamten Besitz an den Güterhändler zu verlieren, daß er sich auf jede Bedingung einließ. Nicht häufig werde man finden, daß der Gutsherr zu einer Pachtsumme von 8600 Mk. noch einen Zuschuß von 9600 Mk. leiste und auf die Abwicklung des gesamten Geschäfts 30 Jahre warte[1].

Nach dieser Debatte galt das Projekt der genossenschaftlichen Parzellierung zunächst als erledigt. Der Plan erregte zwar allgemeines Interesse, aber man sah ein, daß es nur ein halber Plan war, da die Landgenossenschaften nur dann Erfolg erzielen konnten, wenn sie einen Gläubiger fanden, der auf die Abzahlung der Hypotheken während und nach der Parzellierung jahrelang wartete.

Die „Genossenschaftsidee" trat jetzt also in Verbindung mit den im Vorhergehenden geschilderten Bemühungen, „eine Hypothekenbank zu finden, die bereit wäre, während und nach der Parzellierung ihre Darlehen unkündbar auf dem Gute zu belassen".

[1] Wawrzyniak scheint damals der Ansicht gewesen zu sein, daß mit Hilfe der Verbandsbank der Genossenschaften ein einfacheres und wirksameres Operieren möglich gewesen wäre, denn er berichtete, es hätten sich bei der von ihm geleiteten Kreditgenossenschaft acht Landwirte gemeldet, die ein Gut kaufen wollten, aber nicht genug Geld hatten. Die Kreditgenossenschaft selbst konnte die Angelegenheit zwar nicht übernehmen, da sie nicht 74000 Mk. zur Verfügung hatte; aber die Verbandsbank griff ein und die Landwirte übernahmen das Gut, indem sie sich für die Schulden solidarisch verpflichteten. Darauf erwiderte dann Danielewski: „Ich wollte durchaus nicht die Verdienste unserer Kreditgenossenschaften herabsetzen, im Gegenteil; indem ich die neue Form darstelle, stelle ich die Verdienste der bisherigen Genossenschaften dar, da ja aus ihnen die neuen entstehen." A. a. O. S. 13.

Nachdem dies mit Hilfe der National-Hypothekenkreditgesellschaft gelungen war, wurde der westpreußische Gutsbesitzer Theodor v. Kalckstein, ein Pole, der das Hauptverdienst an der Ausbildung der genossenschaftlichen Parzellierungsform hatte, zum technischen Direktor der Bank ziemski ernannt, und verkündete in seiner „Antrittsrede", er werde nun zu einer vervielfachten und ausgedehnten Parzellierungstätigkeit übergehen[1].

Als Theodor v. Kalckstein 1888 die Leitung der Bank ziemski übernahm, gab er in der Generalversammlung folgende Erklärung ab, welche sich durch klare Beurteilung der Lage auszeichnet[2]: „Durch das Vertrauen der Herren zur Leitung der landschaftlichen Bank berufen, schreiben wir diese Ehre nicht einem persönlichen Verdienste, sondern der Notwendigkeit eines deutlichen wirtschaftlichen Programms zu, einer Notwendigkeit, welche bei der stets schwierigeren Situation in das Selbstbewußtsein der grundbesitzenden Bürger dringt. Dieses Programm habt ihr heute durch eine entsprechende Änderung der Statuten sanktioniert und ich habe als technischer Direktor die Verpflichtung, dasselbe mit einigen Worten öffentlich zu erläutern.

Zweijährige, zum Teil fruchtlose Bemühungen bei Ansammlung der Fonds überzeugen uns, daß das Publikum kein Vertrauen hatte zu den ursprünglichen Zwecken der landschaftlichen Bank, welche mit Losungsworten der Rettung im Munde mit der Hundertmillionen-Kommission rivalisieren wollte. Es

[1] Am 8. Oktober 1888 wurde in das Handelsregister des Amtsgerichts Posen eingetragen: „In unserem Gesellschaftsregister sind bei Nr. 453, woselbst die Aktiengesellschaft der Firma Bank ziemski mit dem Sitze zu Posen aufgeführt steht, zufolge Verfügung vom heutigen Tage nachstehende Eintragungen vom heutigen Tage bewirkt worden: . . .

III. Nachdem der bisherige Vorstand, Kaufmann Wladislaus Jerzykiewicz zu Posen, sein Amt niedergelegt hat, sind zu Mitgliedern des Vorstandes gewählt worden

1. der Bankdirektor Carl von Pagowski zu Thorn,
2. der Rittergutsbesitzer Theodor von Kalckstein zu Klein-Jablau bei Preußisch-Stargard."

[2] Abgedruckt im Dziennik Poznanski vom 16. September 1888.

gingen daher nur geringe Fonds ein, die jedoch für den Anfang ausreichten, um diejenigen Aufgaben auszuführen, welche heute der landschaftlichen Bank gestellt sind und welche, entfernt von jeder politischen Agitation, der Landwirtschaft in den hiesigen Provinzen den Weg zur normalen Entwicklung ebnen können.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß alle Gutswirtschaften unter der Last der agrarischen Sünden der Vergangenheit und der derzeitigen traurigen Konjunktur erliegen. Die unterste Klasse der ländlichen Bevölkerung, die den Besitz ihrer Ackerwirtschaften verloren hat und in den Mitteln zur Erlangung fester Grundlagen des Erwerbs beschnitten ist, neigt zur Auswanderung nach dem Westen oder über See hin, wodurch die Landwirtschaft von einer stets gewaltigeren Katastrophe bedroht wird. Hieraus ergibt sich klar die Aufgabe der landwirtschaftlichen Bank, nach Maßgabe der eigenen Kräfte zur Herstellung des Gleichgewichts und zur gegenseitigen Ergänzung dieser extremen Faktoren unserer sozialen Organisation beizutragen. Der einzige und eigentliche Weg zu diesem Ziele ist die Parzellierung, welche den Grundbesitz aus den Händen einzelner Schwacher in die kräftigen Hände zahlreicher Arbeiter der einheimischen Bevölkerung übergehen läßt.

Es wird daher das ernste Bestreben der heutigen Direktion der landschaftlichen Bank sein, den zahlreichen Arbeiterfamilien ein Stück Grund und Boden zukommen zu lassen, um dadurch die Landesproduktion zu verstärken und gleichzeitig die Skala der Konsumptionskraft in den hiesigen Provinzen zu heben, um dem Lande die hier ansässige landwirtschaftliche- und Arbeiterbevölkerung zu sichern, um ferner diesen neuen Kräften einen erweiterten wirtschaftlichen Horizont und die Pforten des Fortschritts zu öffnen und auf diese Weise zu einer für das Land vorteilhaften Änderung der Agrarverhältnisse beizutragen.

In diesem Kreise sei es uns gestattet, die Überzeugung auszusprechen, daß wir die Unterstützung der ganzen Bevölkerung finden werden, welchem Umstande wir mehr Gewicht beilegen als den finanziellen Operationen mit Millionen."

Man hielt ihm entgegen, daß es höchst zweifelhaft sei, ob eine ausgedehnte Parzellierungstätigkeit überhaupt möglich wäre. Ein polnischer Volkswirt hatte schon längst sehr gelehrte Zweifel geltend gemacht. Das Projekt einer ausgedehnten Parzellierung sei „noch nicht genügend statistisch untersucht." Es sei ganz unsicher, ob man viel polnische Ansiedler finden werde, die bereit wären, kleine Gütchen zu erwerben und den hohen Preis dann in jahrelanger Arbeit zu tilgen. Man müsse auch zunächst irgendwie feststellen, ob denn die polnischen Auswanderer, die man durch solche Parzellierung in der Heimat festhalten wolle, etwas Mittel besäßen, und ob man sie wirklich organisieren könne.

All diese Zweifel beseitigte Kalckstein in sehr geschickter Weise, indem er die Ergebnisse seiner „Probetermine" veröffentlichte[1]. Die Publikation, die in ihrer Nüchternheit stärker wirkte als die begeistertste Lobrede, sah folgendermaßen aus:

Kalckstein hatte öffentlich bekannt gemacht, er brauche zur Bildung einer polnischen Ansiedlung etwa 20—25 Familien, die sich an einem bestimmten Tage auf dem zu parzellierenden Gute melden möchten. Es schien, da die Verhältnisse ungünstig waren, höchst ungewiß, ob sich schon im ersten Termin 20 Personen einfinden würden. In Wirklichkeit aber kamen zehnmal soviel: über 200 wünschten Parzellen zu erwerben. Nachdem aus dieser Schar die ärmsten zurückgewiesen waren, wurden 60 zur engern Wahl in die Listen eingetragen, um über ihre Vermögensverhältnisse und ihre Persönlichkeit näheres festzustellen. Dabei ergab sich:

Aus der Schar der umwohnenden Häusler und Einlieger, die den deutschen Gutsbesitzern und Bauern als Arbeiter dienten, war etwa ein Drittel zur engeren Wahl zugelassen. Das zweite Drittel bestand aus polnischen Handwerkern, und zwar befanden sich unter den Bewerbern: 2 Schneider, 2 Gärtner,

[1] Die Broschüre führte den Titel: „Spólki rolne". Sie wurde bereits im Sommer 1887 fertiggestellt. „Ihre Veröffentlichung aber wurde aus Rücksichten, die ich unter anderen Umständen ‚Staatsraison' nennen würde, verschoben", schreibt Kalckstein in der Einleitung.

1 Sattler, 2 Schmiede, 2 Tischler, 4 Stellmacher. Die übrigen waren Bauernsöhne, Söhne von polnischen Pächtern und Wirtschaftsbeamte.

Von diesen 60 Bewerbern wünschten die Häusler und Einlieger etwa je 20 Morgen, d. h. sie wollten sich auf dem leichten Boden so kleine Stellen schaffen, daß ihnen nebenbei noch die Landarbeit möglich war. Die polnischen Handwerker dagegen, die aus kleinen Städten zum Termin kamen, wünschten je etwa 40—50 Morgen, wollten sich also in kleine Bauern verwandeln. Sie hatten sämtlich Ersparnisse.

Die Bauernsöhne, Pächter und Verwalter gedachten größere Strecken bis zu 400 Morgen zu erwerben.

Alle 60 Bewerber besaßen insgesamt angeblich 90 000 Mk. Ersparnisse, die sie teils als Bargeld bei sich trugen, teils in den öffentlichen Sparkassen deponiert hatten.

Da man fürchten mußte, bei der preußischen Behörde Anstoß zu erregen, hatte man in den Bekanntmachungen jeden Hinweis auf die Nationalität vermieden. Diese „nationale Parität" bewährte sich: „Fremde Elemente haben sich nicht gemeldet" — so heißt es kurz.

In späteren Terminen (1889 und 1890) war der Andrang polnischer Bewerber noch weit größer, besonders als man sich entschloß, hauptsächlich kleine Arbeiterstellen unter 15 Morgen zu verkaufen.

Durch solche Termine, die 1889 und 1890 in den Kreisen Strasburg (W.-Pr.), Schroda, Kosten und Koschmin stattfanden, war erwiesen, daß an Ansiedlern kein Mangel sein werde und daß man an die polnischen Landarbeiter und Handwerker, die bereit waren, kleine Stellen zu übernehmen und einen Teil des Zinses durch Nebenarbeit zu verdienen, ziemlich teuer verkaufen konnte, und zwar in den verschiedensten Gegenden der Provinz.

Theodor v. Kalckſteins Verdienst um die nationalpolitische Sache besteht im wesentlichen darin, daß er so durch einige praktische Versuche den Polen zeigte, welche Bevölkerungsschichten

für die Ansiedlungen in Betracht kamen und wie leicht es sei, diese Massen, aus denen Tausende nach Amerika auswanderten, zurückzuhalten, wenn man ihnen einige Morgen Land versprach.

Man hat Theodor v. Kalckstein mit Recht vorgeworfen, daß er es nicht verstand, diese Möglichkeiten, die er selbst so gut erkannte, auszunutzen, und die Polen haben nicht unrecht, wenn sie sagen, die Bank ziemski hätte leicht das Vierfache leisten können, wenn sie nicht mit einem umständlichen Apparat belastet worden wäre. Denn Kalckstein fühlte sich so als „Entdecker" der genossenschaftlichen Parzellierungsmethode, daß er den Versuch machte, Posen und Westpreußen systematisch in seiner Weise zu besiedeln, wobei er sich als der „Kolonisator" zweier Provinzen gebärdete. Das höchst komplizierte System, das er damals errichtete, ist in der deutschen Nationalökonomie wohlbekannt[1], und mancher mag voll Erstaunen gelesen haben, wie die Polen fünf Jahre nach Beginn der preußischen Ansiedlungspolitik eine Organisation aufgetürmt hatten, die entweder von genialer Kraft oder — schwerfällig war.

In jeder der beiden Provinzen wurde nämlich eine „Spólka ziemska" begründet; zu Posen die eine, die andere in Thorn. Beide waren gewissermaßen die Arme der alles beherrschenden Bank ziemski und organisierten für je eine Provinz das gesamte Parzellierungsgeschäft. Von ihnen waren dann die verschiedenen Ansiedlungen abhängig und ihnen zinsverpflichtet, so daß die beiden Provinzinstitute von einem Gefolge tributzahlender Bauern begleitet zu sein schienen.

Sie schienen von einem Gefolge tributzahlender Bauern begleitet. Diesen Eindruck zu erwecken war offenbar der Zweck des ganzen Aufbaues, denn Kalckstein hatte die

[1] Professor Max Sering hat gerade in der Zeit, da sich Kalcksteins Organisation auf der Höhe befand und ihm noch kein polnisches Konkurrenzinstitut entstanden war, die Provinzen Posen und Westpreußen bereist und Kalcksteins Unternehmungen in seinem Buche über „Die innere Kolonisation im östlichen Deutschland" 1893, S. 243 ff. geschildert. Ich kann es mir daher ersparen, die Einzelheiten jenes Versuches der Bank ziemski darzustellen.

Kapitalien der Bank ziemski in Hypotheken festgelegt und hoffte, daß seine beiden Provinzinstitute mit ihrem Bauerngefolge billigen Kredit erhalten würden[1]. Zum Glück für den Begründer brauchte dieser Aufbau keine schwere Belastungsprobe zu erdulden, denn im Jahre 1891, als die Errichtung soeben vollendet war, trat in Preußen die sogenannte Versöhnungspolitik in Kraft.

[1] Zu diesem Zwecke waren die Provinzinstitute als Eigentümer sämtlicher Güter eingetragen, und jeder einzelne Ansiedler war Mitglied des Instituts, das als Genossenschaft mit unbeschränkter Haftung nunmehr eine doppelte Sicherheit bot: erstens mit dem Grund und Boden, zweitens mit dem Vermögen sämtlicher polnischer Ansiedler.

Viertes Kapitel.

Die polnische Ansiedlungsmethode in der Zeit der Versöhnungspolitik (1892—94).

Im Januar 1892 wurde der polnischen „Gesellschaft" ein sensationelles Schauspiel geboten. Der Direktor der Bank ziemski lud polnische Grundbesitzer und Geistliche zu einer Versammlung, in der ein Kommissar der preußischen Regierung einen Vortrag über die Ansiedlungsfrage halten werde.

Der Regierungsrat begrüßte zu Beginn seiner Rede[1] die

[1] Die Versammlung fand am 19. Januar 1892 nachmittags 5 Uhr im Hôtel de Berlin zu Posen statt. Einberufer war Th. v. Kalckstein. In einem mir zur Verfügung gestellten Bericht heißt es über den Verlauf: „Die Versammlung wurde von Rittergutsbesitzer Szuldrzynski (einer der bedeutendsten Führer der Polen im Kampf um den Boden) eröffnet. Anwesend hundert Personen, meist Gutsbesitzer und Geistliche. Auf besondere Einladung ist erschienen der Spezialkommissar, Regierungsrat Andresen, der einen längeren Vortrag über die Rentengutsgesetzgebung hielt. Regierungsrat Andresen erklärte zu Anfang seines Vortrages, daß er der an ihn ergangenen Einladung sehr gern gefolgt sei, und daß es ihn freue, die Spannung, welche zwischen den beiden zusammenwohnenden Nationalitäten bisher geherrscht habe, dadurch seinerseits beseitigen zu helfen, daß er den polnischen Besitzern jederzeit mit Rat und Tat bei der Bildung der Rentengüter behilflich sein wolle.

Diese Worte wurden von der Versammlung mit lauten Beifallsbezeugungen aufgenommen.

Im weiteren Verlauf seines Vortrages erläuterte der Herr Redner die Vorteile der Bildung von Rentengütern und bemerkte zum Schluß, daß binnen kurzem eine von ihm verfaßte, speziell diesen Gegenstand behandelnde Broschüre erscheinen werde, welche wohl geeignet sein dürfte, etwaige Zweifel zu beseitigen.

versammelten Polen mit Worten der Freude, daß die Spannung, welche zwischen den beiden beisammen wohnenden Nationalitäten bisher geherrscht habe, im Schwinden begriffen sei und erklärte sich bereit, an der Versöhnung mitzuwirken und den polnischen Besitzern mit Rat und Tat bei Bildung von Rentengütern behilflich zu sein.

Diese Worte wurden von den Versammelten mit lautem Beifall beantwortet, und ein polnischer Volkswirt erwiderte, er sehe in der Tat in der neuen Rentengutsgesetzgebung ein Mittel, um die auswandernde polnische Bevölkerung an den heimischen Boden zu fesseln.

Offenbar war es ein folgenreicher Zufall, daß die beginnende Versöhnungsära genau zusammenfiel mit der preußischen Rentengutsgesetzgebung.

Unter solchen Auspizien wandelte sich der polnische Kampf um den Boden. Fünf Jahre früher hatte der Direktor der Bank ziemski erklärt: Die Bank ziemski müsse „die schwachen Seiten der feindlichen preußischen Ansiedlungspolitik zur eigenen Verteidigung benutzen“ [1].

Jetzt verkündete er: Die Bank ziemski müsse „als Ver-

Über denselben Gegenstand sprachen dann einige polnische Rechtsanwälte und der Rentner Lewinski. Letzterer betonte namentlich, daß durch Bildung kleiner Rentenbesitzungen es vielleicht gelingen werde, das Volk an der Auswanderung zu hindern, und dasselbe an den heimatlichen Boden welcher ihm möglicherweise auch aus politischen Gründen fremd zu werden anfange, zu fesseln.“

Die in diesem Bericht erwähnte Broschüre, welche der Vortragende ankündigte, ist im Jahre 1892 als 3. Bändchen von Heymanns Gesetzessammlung erschienen.

[1] „Spólki rolne 1887 S. 2: „Atoli kolnizacya niemiecka ma charakter polityczny, a z tego wynikają dwie slabe jej strony:

1. konieczna potrzeba dzialania za pomocą pieniędzy i

2. niemniej konieczna potrzeba spro wadzania na kolonistów ludzi zkąd inąd, innej narodowósci i winnych w ychowanych stosunkach, a więc zywiolow niepewnych.

Z tych niedomagan i slabych stron ustawy kolonizacyjnej powinno spoleczenstwo polskie korzystac dla wlasnej obrony co zas jeszcze wazniejsza, powinnismy ciągnąc jaknajwiększą korzysc z tych srodkow, ktore nam we wlasnem spoleczenstwie przysługują.“

mittlerin zwischen der Aktion der Regierung und dem Privatunternehmen dienen“ [1].

In diesen beiden Sätzen ist der völlige Umschwung am kürzesten ausgedrückt, und die gemeinsame Arbeit kam in der Tat zustande, da man auf polnischer wie auf deutscher Seite Vorteile davon erwartete. Die preußische Regierung sah dies Zusammenwirken mit der Polenbank als ein Mittel an, die Versöhnungspolitik zu unterstützen. Denn es mußte den Polen der Wandel der Verhältnisse klar werden, als sie hörten, daß die „Rettungsbank“ mit den preußischen Behörden arbeite.

Die Polen aber betrachteten die gemeinsame Tätigkeit als ein vorzügliches Mittel, um die Kampfinstitute aus der Geldnot zu befreien. Denn vom ersten Tage ab war — wie wir gesehen haben — die Bank ziemski in Gefahr gewesen, ihre Kapitalien hypothekarisch festzulegen; eine Gefahr, die für jedes mit Grund und Boden handelnde Institut besteht. Jetzt boten die Rentengutsgesetze vom 27. Juni 1890 und vom 7. Juli 1891 neue Mittel. Die preußischen Generalkommissionen nämlich — jene Behörden, welche die Gemeinheitsteilungen und Zusammenlegungen durchgeführt hatten — erhielten das Recht und die Möglichkeit, die Parzellierung von den elementarsten Geldschwierigkeiten zu befreien. Erstens konnte die Generalkommission die Parzellierung unabhängig machen von der Genehmigung der Hypothekengläubiger. (Erteilung des sogenannten Unschädlichkeitsattestes.) Damit war die gefürchtete plötzliche Kündigung der Hypotheken eingeschränkt. Zweitens konnte die Generalkommission bewirken, daß die staatlichen Rentenbanken den notwendigen Kredit gewährten, und zwar in Form von $3\frac{1}{2}$ %igen Rentenbriefen, die jeden Tag verkäuflich waren.

---

[1] Sprawozdanie i bilans banku ziemskiego w Poznanin z dnia 30 czerwca 1893 roku S. 3:

„Zakres czynnosci bankowych zaznacza się w praktyce coraz wyrazniej jako posrednictwo finansowe pomiędzy akcya rządową a przedsiębiorstwem prywatnem . . .“

Damit war das Parzellierungsinstitut von der Gefahr befreit, sich hypothekarisch „festzulaufen“ [1].

[1] Besonders wirkungsvoll zeigte sich die Hilfe der preußischen Generalkommission für die Spólka ziemska in Thorn, ein Tochterinstitut der Bank ziemski. Denn es gelang der Spólka ziemska in Thorn mit Hilfe der preußischen Generalkommission binnen wenigen Wochen ein Gut von 312 ha mit polnischen Bauern zu besiedeln. (Vgl. das amtliche Protokoll vom 27. Juni 1893 im Jahresbericht der Bank ziemski von 1893). Die Ansiedler waren Leute aus der Nachbarschaft, die die Bodenverhältnisse gut kannten und sich schnell zurecht fanden.

Interessant ist, zu beobachten, wie zwischen den preußischen Behörden und der Spólka ziemska die Ordnung der Gemeindeverhältnisse ohne jede Reibung und ohne erhebliche Kosten erfolgte. Es wurde bestimmt, daß die neugegründete polnische Kolonie eine selbständige Gemeinde bilden solle, die nach Ansicht des Kommissars „einen in jeder Hinsicht lebenskräftigen Organismus abgeben werde.“

Selbstverständlich gehörte zur Begründung einer solchen Kolonie ein Konsens (Gesetz von 1876), und gerade durch die Verweigerung solcher Kolonisationsgesuche hatten die Behörden den polnischen Instituten viel Schwierigkeiten gemacht. Aber sogar die polnische Bank war befriedigt von der Schnelligkeit und Bequemlichkeit, mit der die preußische Behörde dies damals erledigte: „Für Wymyslowo — so hieß das Gut — und das nah benachbarte Grünsoot befindet sich in Heimsoot eine vor wenigen Jahren erbaute einklassige Schule, zu der ½ Morgen Acker gehört. Gegenwärtig besuchen die Schule 55 Kinder (20 aus Wymyslowo). Es ist kein Zweifel, daß infolge der Anlage der Rentenkolonie in Wymyslowo für die Schule eine beträchtliche Belastung entsteht, sodaß das polnische Institut die Mittel zum Bau einer neuen Schule geben muß. — Da alle Ansiedler auf ihren Parzellen bereits wirtschaften, haben sie größtenteils das Baumaterial für ihre Häuser bereit, können aber mangels Konsenses noch nicht bauen, und es herrscht deswegen eine gewisse Unruhe. Um nun die Errichtung der Ansiedlerhäuser zu ermöglichen, bewirkte der Kommissar die nötigen Publikationen im Amtsblatte, und es wurde von keiner Seite gegen die Anlage einer Kolonie in Wymyslowo Einspruch erhoben. Hierauf gab Dr. Kalckstein — der im Namen der Spólka ziemska die Verhandlungen mit den Behörden führte — auf Wunsch des Kommissars folgende Erklärung ab: „Im Namen der Genossenschaft bin ich bereit zum Zwecke der Sicherstellung der öffentlichen Einrichtungen in Wymyslowo außer der Ackerdotation von 5 Morgen (für den Schulzen) unverzüglich auf Verlangen der Generalkommission 10000 Mk. bar oder in Wertpapieren zu hinterlegen.“

Die Bank ziemski deponierte die Kaution und der Konsens wurde sofort erteilt.

So glatt und einfach erledigten sich die offiziellen Vorbereitungen für die polnische Kolonisation.

Diese Vorteile wurden den Polen geboten, wenn sie sich entschlössen, an Stelle des freien Parzellenverkaufes die Begründung von Rentengütern zu setzen und sich der Kontrolle der Generalkommission zu unterwerfen.

Die Leitung der Bank ziemski ging, um des Staatskredits teilhaftig zu werden, sogleich auf diese Bedingungen ein. Man beendete die älteren Parzellierungen und begründete seit 1892 neue Ansiedlungen auf Grund des Rentengutsgesetzes in enger Verbindung mit der preußischen Generalkommission[1].

Vergessen wir aber nicht, wenn wir diese seltene Gemeinsamkeit beobachten, daß die preußische Behörde und die polnische Rettungsbank im Grunde Feinde waren und Feinde blieben. Es ist Kennern der östlichen Verhältnisse nicht verborgen, daß die meisten preußischen Beamten während der wenigen Jahre der Versöhnung im Herzen blieben, was sie waren, nämlich Schüler des Bismarckschen Regimes, und ebenso haben kluge und vorsichtige Polen dem milden Winde nie ganz getraut. Jene Gemeinsamkeit der Arbeit war daher erfüllt von einem heimlichen Kämpfen, von einem Bemühen, den günstigen Augenblick zu benutzen, und da die preußische Ansiedlungskommission nach wie vor bestand und in den Kreisen Gnesen und Znin gerade damals wieder Güter aus polnischer Hand erlangte, so lag für die Polen kein Grund vor, die Waffen ruhen zu lassen.

Freilich zuerst schien es fast, als sollte jetzt die Tätigkeit der polnischen Institute überhaupt überflüssig oder doch unerheblich werden, denn die Bank ziemski konnte sich darauf beschränken, die alten Geschäfte abzuwickeln, für die neuen aber lediglich die Einkassierung von Anzahlungen und Abzahlungen zu übernehmen

[1] So heißt es im „Sprawozdanie" der Bank ziemski von 1893: „Die auf frühere kapitalistische Art begonnenen Parzellierungsgeschäfte sind der Durchführung mit Hilfe der Generalkommission unterworfen, soweit die Parzellen noch nicht vor dem Inkrafttreten des zweiten Rentengütergesetzes übereignet waren. Neue Ansiedlungen werden ausschließlich auf Grundlage des Rentengütergesetzes angelegt und müssen den gesetzlichen Vorschriften entsprechen, um des Staatskredits, der in Rentenbriefen erteilt wird, teilhaftig zu werden."

und hier und da einzugreifen, wenn zufällig ein Gläubiger zur Kündigung einer Hypothek berechtigt war, bevor die Generalkommission ihr Verfahren beendet hatte. Ausgleichshandlungen vollzog also die Bank, und in ihrer Generalversammlung von 1892 wurde die Frage aufgeworfen, ob dies nicht ebensogut eine kleine Privatbank besorgen könne, und ob es wirklich notwendig sei, die Bank ziemski und ihre beiden Tochterinstitute weiterzuführen.

Bald jedoch entstand zwischen der preußischen Behörde und den polnischen Instituten eine stille Rivalität um die Führung. Jeder suchte dem Kolonisationswerke eine bestimmte Richtung zu geben, und der innere Gegensatz zwischen preußischer und polnischer Wirtschaftspolitik kam zum Ausdruck. Die Generalkommission trug nämlich Bedenken, allzu arme Polen anzusiedeln und allzu kleine Stellen (unter 12 Morgen) zu schaffen. Man verweigerte die Staatsrenten sogenannten Arbeiteransiedlern, d. h. den ärmsten Polen, die sich mit 4—5 Morgen begnügten, die nach der Ansiedlung noch Arbeiter blieben und außerhalb ihrer Wirtschaft Geldverdienst suchen mußten. Solche Elemente hielt man nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in politischer Beziehung für schädlich.

Umgekehrt aber sahen die Polen gerade die Ansiedlung der ärmsten Schicht als notwendig an. Denn erstens konnte man nur dadurch die „Auswanderungsepidemie" bekämpfen, die den polnischen Führern soviel Sorge machte. Zweitens zahlten gerade die Arbeiter, die ihr Gütchen der Frau überließen, sich selbst aber in Fabrikgegenden begaben, aus ihren Arbeitslöhnen eine sichere und hohe Rente. Drittens schließlich waren die untersten Schichten politisch leicht zu leiten.

Dieser Gegensatz zwischen den preußischen und den polnischen Interessen kam beiden Parteien bei der gemeinsamen Arbeit immer deutlicher zum Bewußtsein und fand einen so scharfen Ausdruck, daß 1893 der Direktor der Bank ziemski geradezu erklärte, er halte die Schaffung der bei den Behörden so wenig beliebten Arbeitersiedlungen für die Hauptaufgabe, und es sei un-

verständlich, weshalb man ihm in diesem Punkte Schwierigkeiten mache[1].

Jedoch die Regierung gab nicht nach und so wurde die polnische Ansiedlungspolitik von dem beliebten und sehr lohnenden Gebiet der Arbeiteransiedlung einigermaßen abgedrängt.

So entstand während der Versöhnungsära gewissermaßen eine Diagonale zwischen den Absichten der preußischen Behörde und den Arbeiten der Polenbanken. Die Polen konnten nicht im Stile der Güterschlächterei vorgehen, wie sie es von 1887 bis 1890 in West-

[1] Eine Begründung dieses Standpunktes ist enthalten in „Sprawozdanie banku ziemskiego" 1893 S. 8 ff., wo die „Beseitigung der Auswanderungsepidemie" „powstrzymanie epidemii emigracyjnéj", und deshalb die Zulassung der polnischen Arbeitersiedelungen verlangt wird: „Eine der wichtigsten Aufgaben des Ansiedlungsunternehmens ist die Ansässigmachung einer fleißigen Dorfbevölkerung und die Beseitigung der Emigrationsepidemie. Aber die Auswanderungsepidemie hat vornehmlich die Kreise der Arbeiter ergriffen, die sich noch kein genügendes Kapital zur Erwerbung einer Landwirtschaft ersparen konnten. Das Rentengesetz schuf zwar den Ansiedlern die Mittel zur Bodenerwerbung und zum Ausbau, aber für Arbeiter mit sehr geringen Ersparnissen ist das nicht genügend. Einerseits zwingt die späte Ausgabe der Rentenbriefe die Ansiedler immer zur Inanspruchnahme der Privathilfe, andererseits sah die Generalkommission bisher nicht gern so kleine Wirtschaftsanlagen, daß deren Eigentümer auf Verdienst anderwärts angewiesen waren. — Auch die Polizeibehörden erschweren in solchen Fällen die Erteilung des Ansiedlungskonsenses und Stimmen von Sozialpolitikern unterstützen sie darin, indem sie in der Anlage von Arbeiterwirtschaften die Gefahr der Ausbreitung der Sozialdemokratie erblicken. Soviel unterliegt keiner Frage, daß der Staatskredit, der auf Renten begründet ist, umso größere Sicherheit hat, je kleiner die Rentenwirtschaft ist, da der Arbeiter der gewissenhafteste Zahler ist, und daß die Rentengutsgesetzgebung umso wirksamer sein wird, je mehr bei der Ansiedlung die Arbeiterbevölkerung berücksichtigt wird. In den mit Hilfe der Bank ziemski entstandenen Siedelungen sind viele kleine Wirtschaften, deren Erwerber auch fernerhin Arbeiter geblieben sind und die außerhalb ihrer Wirtschaft Geld verdienen müssen. Der größere Teil dieser letzteren hätte sicher keine Staatsrente erhalten und wäre ohne Beihilfe der Bank ziemski nicht zum Eigentum gekommen. In Pinczyn zum Beispiel nahm die Generalkommission von 154 Ansiedlungen 37 Parzellen zu 4—11 Morgen nicht an, weil sie nicht die vorgeschriebene Minimalausdehnung von 12 Morgen hatten."

preußen getan hatten. Andrerseits waren die polnischen Institute gegen finanzielle Kalamitäten durch den Staatskredit geschützt und konnten ruhig und erfolgreich arbeiten.

Durch diese Entwicklung, die keineswegs beabsichtigt war, sondern sich, wie wir sahen, aus der Natur der Sache ergeben hatte, war unversehens der schwerfällige Mechanismus, mit dem die Polen in den Kampf gezogen waren, vereinfacht worden. Denn offenbar hatte die künstliche Unterordnung der zwei „Provinzinstitute" (Spólka ziemska in Posen und Thorn) unter die Zentralgewalt der Bank ziemski keinen Zweck mehr, da die Bank ziemski von der Generalkommission genügend unterstützt wurde, um ohne die Hilfsgenossenschaften Unternehmungen ins Werk zu setzen, und da die Hilfsgenossenschaften sich jetzt mit Hilfe der Generalkommission selbständig machen konnten. Zuerst ging begreiflicherweise die Thorner Genossenschaft, die dem Machtbereich der Bank ziemski schon geographisch entrückt war, ihre eigenen Wege, indem sie in den westpreußischen Kreisen Kulm und Strasburg zwei Rittergüter parzellierte, und bald folgte die Genossenschaft in Posen mit ähnlichen Leistungen.

Ende 1893 konnte man daher schon von drei selbständigen polnischen Parzellierungsinstituten reden, die in Posen und Westpreußen Rentengüter begründeten und Parzellen verkauften.

1. Bank ziemski in Posen;
2. Spólka ziemska in Posen;
3. Spólka ziemska in Thorn.

Keines der drei Institute stand dem anderen irgendwie im Wege. Im Gegenteil war der Andrang der Geschäfte, das Angebot von Gütern und die Nachfrage nach Parzellen so groß, daß man die Vergrößerung der drei Banken und die Begründung neuer ernstlich erwog.

So beschloß die Bank ziemski schon 1893 eine Erhöhung ihres Aktienkapitals von 1 200 000 Mk. auf 2 Millionen Mk., „weil infolge des Rentengütergesetzes die Ansiedlungen außer-

ordentliche Fortschritte gemacht haben“ [1], und in demselben Jahre vereinigten sich in Posen einige Landwirte (aus der Reihe der Gutspächter), um „auf Grund des Rentengütergesetzes und mit Hilfe der preußischen Generalkommission Parzellierungen vorzunehmen“. Das neue Institut, das im Februar 1894 als Genossenschaft mit beschränkter Haftung unter der Firma Spólka rolników parcelacyna“ (Parzellierungsgenossenschaft der Landwirte) gerichtlich eingetragen wurde, folgte durchaus derselben Arbeitsmethode, die sich bei der Bank ziemski und deren beiden Töchterinstituten herausgebildet hatte: Sie erwarb Güter mit Unterstützung der Generalkommission (Unschädlichkeitsatteſt), bildete Parzellen, verlangte von den Erwerbern ein Viertel des Kaufpreises bar, und den Rest durch Vermittlung der General-

[1] In dem Aufruf, den die Leiter der Bank ziemski im Dezember 1893 veröffentlichten (abgedruckt im Dziennik Poznanski vom 14. Dezember 1893) heißt es:

„Unsere Gesellschaft kann sich mit Recht rühmen, das Bedürfnis der inneren Kolonisation erkannt zu haben und zu diesem Zwecke — ehe noch die Staatsbehörden die Notwendigkeit einer Reform nach dieser Richtung hin einsahen — diese Bank gegründet zu haben. Jetzt, nachdem wir das die Ansiedlungszwecke fördernde Rentengesetz erlebt haben, ruht auf der Gesellschaft eine noch größere Pflicht, nämlich, die Energie der Ansiedelungsarbeit zu verdoppeln, die finanziellen Mittel zu verstärken, um das begonnene Werk zu erhalten und es in noch größerem Umfange zu betreiben. Bei Gelegenheit der ersten Zeichnung auf die Bankanteile wurde allgemein die Ansicht ausgesprochen, die beteiligten Personen brächten ein Opfer, wenn sie die Aktien unterschrieben. Die Ansicht wurde durch die fünfjährige Erfahrung widerlegt, in welcher Zeit wir, trotz des äußerst schwierigen Anfangs, regelmäßig 4% Dividende auszahlten. Dieses Ergebnis müßte alle uns wohlwollenden Personen überzeugen, daß in Zukunft, infolge der durch das Rentengesetz vorteilhafter sich gestaltenden Bedingungen, fast mit Sicherheit angenommen werden könne, die Aktien der „Bank ziemski“ werden, solange diese Bank ihrem Programm treu bleibt, ein Papier sein, welches festen Wert hat und sichere Zinsen bringt. Wir geben uns deshalb der Hoffnung hin, die neue einstimmig beschlossene Herausgabe von Anteilscheinen werde ohne Schwierigkeiten gedeckt werden.

Bank ziemski.

Der Aufsichtsrat: St. v. Zoltowski, Vorsitzender.
Die Direktion: Al. v. Chrzanowski. Dr. v. Kalckstein.

kommission als Rente. Ausdrücklich wies die Leitung der Bank in ihren Prospekten auf ihre Beziehungen zur Generalkommission hin: „Wir haben uns die Mitwirkung hervorragender Anwälte und solcher Landmesser gesichert, welche das Vertrauen der Generalkommission besitzen."

Man hört: derselbe Ton, den wir schon von der Bank ziemski kennen, wird von einem neuen Instrument aufgenommen.

Also waren im Jahre 1894 vier Institute an der Arbeit, die gemeinsam mit den preußischen Behörden polnische Ansiedlungen vornahmen.

Im Jahre 1894 erfolgte der Bruch der preußischen Regierung mit der polnischen „Versöhnungspartei"[1], und sogleich begann man in der Presse und im Parlament kritische und unwillige Bemerkungen darüber zu machen, daß polnische Institute staatlichen Kredit erhalten. Die gemeinsame Arbeit fand ihr Ende.

[1] Vgl. oben S. 149.

Fünftes Kapitel.

Der Bruch mit der Regierung.

Wir wollen uns den Vorteil nicht entgehen lassen, bei dieser Gelegenheit einen Blick auf das bisherige Ergebnis des Kampfes zu werfen. Solch Überblick wird uns vielleicht die Beurteilung erleichtern. Denn augenblicklich schwanken noch die Meinungen. Es gibt Kenner, die da meinen, in der Versöhnungsära hätten die polnischen Institute alles das gelernt, was den Deutschen später so gefährlich werden sollte. Andere wieder glauben, daß es staatsmännischer gewesen wäre, wenn man die kontrollierende Assistenz der Generalkommission den Polen nicht entzogen hätte.

Wenn man sich nun auch über diese Frage nicht einigen wird, kann man doch daraus lernen. Denn auch heute noch und in der Zukunft stehen Behörden in engen Beziehungen zum polnischen Wirtschaftsleben. Ich erinnere nur an die Landschaftsbank, bei der mehr als 175 Mill. Mk. Darlehen an Polen bestehen, die Reichsbank, die Landwirtschaftskammer, die Handelskammern, die mannigfachen Berührungen in Provinz- und Kreisbehörden usw. — Für alle diese Stellen ist schon die Frage aufgeworfen worden: soll man nicht auf irgend eine Weise das Tafeltuch zerschneiden, wie man einst die Generalkommission von den Polenbanken und später die preußische Zentralgenossenschaftskasse vom polnischen Verbande abschnitt?

Da diese Frage immer von neuem und häufig mit temperamentvoller Heftigkeit gestellt wird, ist jede Prüfung ähnlicher, schon vollendeter Maßregeln auch für unsere heutige Politik lehrreich.

Vielleicht wendet man ein, daß es keine genügenden Quellen gebe, um das Resultat jenes freundschaftlichen Kampfes festzustellen. In Wahrheit aber ist das Studium der Jahre vor 1895 nicht gar so schwierig[1]. Denn erstens standen einander damals im Kampfe um den Boden nur wenige Institute gegenüber. Zweitens aber wurden die polnischen Landbanken von der Generalkommission kontrolliert, so daß ihre Berichte nachgeprüft werden konnten, und drittens schließlich vollzog sich der Kampf noch in anständigen Formen. Das „Strohmännertum" war noch keine nationale Einrichtung und die Verschleierungen, Hintergehungen und Wucherkünste, die wir später kennen lernen werden, spielten noch keine beherrschende Rolle.

In folgender Reihe hatten die Gegner den Kampfplatz betreten:

1886	Ansiedlungskommission, Bank ziemski,
1887	
1888	
1889	
1890	Spólka ziemska-Posen,
1891	Spólka ziemska-Thorn,
1892	
1893	
1894	Spólka rolników parcelacyna.

Als die Ansiedlungskommission 1886 als erstes Institut eingriff, fand sie soviel morschen polnischen Güterbesitz, daß sie, ohne nennenswerten Widerstand zu finden, sich in den ersten Jahren herausbrechen konnte, was sie brauchte. Sie kaufte:

1886	11748	ha,
1887	14825	„
1888	9523	„
1889	4800	„
1890	7767	„
Sa.	48663	ha,

[1] Für die folgenden Berechnungen sind benutzt: Die Berichte der Ansiedlungskommission, die Jahresberichte der polnischen Parzellierungsbanken und die Akten, die mir von Staatsbehörden zur Verfügung gestellt worden sind, insbesondere Akten der Polizeidirektion Posen.

im ersten Jahrfünft — also bis zum Beginn der Versöhnungsära — über 48000 ha, und zwar zu 90 % aus polnischer Hand.

Besonders die Kreise Gnesen und Znin boten brüchigen Besitz, der zum Teil in der Subhastation erworben werden konnte.

Zur Besiedelung der Güter meldeten sich zumal aus Westfalen genügend Deutsche, so daß bis 1890 etwa 650 Familien angesiedelt wurden.

Demgegenüber standen folgende polnische Leistungen: vor allem die kleinen Kalcksteinschen Genossenschaften in Westpreußen, die 2300 ha erwarben und 200 Familien angesiedelt hatten. — Die Bank ziemski kaufte dann erst seit 1888 unter Kalcksteins Leitung, so daß bis Ende 1890 etwa 4000 ha erworben und etwa 250 polnische Familien angesiedelt worden waren.

Ergebnis bis Ende 1890 also:

Ansiedlungskommission	Polnische Institute
erwarb	erwarben
48663 ha,	4000 ha,
zu 90 % aus polnischer Hand,	zu 60 % aus deutscher Hand,
siedelte	siedelten
ca. 650 Familien an	ca. 250 Familien an
(durchweg mittlere und größere Bauernstellen).	(davon 150 Arbeiterstellen).

Das Ergebnis zeigt einen erheblichen Gewinn an deutschem Boden. Dagegen eine starke polnische Arbeiterkolonisation.

Mit Beginn der Versöhnungsära 1891 endete nun der Kampf um den Boden keineswegs, denn die Ansiedlungskommission fuhr fort, polnische Güter zu erwerben und deutsche Bauern anzusiedeln.

Die Ansiedlungskommission erwarb:

1891	8527 ha,
1892	8421 „
1893	8408 „
1894	6264 „
Sa.	31620 ha.

Der Schritt wurde also durchaus nicht verlangsamt, nur insofern zeigte sich eine Änderung, als man stärker als bisher auch deutsche Güter kaufte, nämlich etwa 20 % aus deutscher Hand.

Die Besiedelung machte schnelle Fortschritte, da die ersten Ansiedler Günstiges in ihre Heimat berichtet hatten und aus verschiedenen west- und mitteldeutschen Gebieten Nachfragen eintrafen. So wurden

1891 195,
1892 270,
1893 240,
1894 220

Familien angesiedelt. Insgesamt also 925 Familien.

Die Gegenaktion der vier polnischen Institute vollzog sich in den äußerlich freundschaftlichen Formen, die wir kennen gelernt haben, außerdem teilten einige deutsche Gutsbesitzer mit Hilfe der Generalkommissionen an polnische Kolonisten auf, so daß Polen etwa 8000 ha erwarben.

Ergebnis während der Versöhnungsära 1891—1894.

Ansiedlungskommission	Polnische Institute
erwarb	erwarben
31 620 ha,	8000 ha,
zu 80 % aus polnischer Hand,	zu 90 % aus **polnischer** Hand,
siedelte	siedelten
925 Familien an	kleine Bauern an.
(durchweg mittlere und größere Bauernstellen).	

Das Auffallendste an diesem Ergebnis ist, daß die Polen den größten Teil ihrer Güter von 1891—94 aus polnischer Hand kauften, während sie früher zum großen Teil von Deutschen erworben hatten.

Die Bank ziemski und die anderen Institute kauften besonders im Kreise Kosten verschuldete polnische Güter, im Kreise Strasburg polnische Güter, die in Konkurs gerieten, ferner in

der Nähe der Stadt Posen ein Gut aus Kirchenbesitz, das der kirchlichen Verwaltung unbequem war. Man vermied „die Jagd auf deutsche Güter", um bei der Behörde, auf deren Kredithilfe man rechnete, nicht Anstoß zu erregen.

Zweitens, auch das war eine auffallende Änderung, man schuf nicht mehr so viel polnische Arbeiterstellen, sondern kleine Bauern. Wir haben gesehen, wie die Generalkommission auf diesen Weg hindrängte, der den Polen höchst unbequem war. Denn man hätte viel stürmischer vorgehen und auch viel höhere Preise für die Parzellen fordern können, wenn man — wie einst in Pinschin und Waldau — polnische Proletarier angesiedelt hätte, die zwar keine Anzahlung leisten konnten, die aber ins Rübenland oder in die Fabriken gingen und aus ihren Lohnersparnissen die vorgeschossenen Summen sehr hoch amortisierten und schnell verzinsten.

Die polnische Gegenarbeit war also durch die Generalkommission zwar gestützt, aber gleichzeitig gezügelt worden und befand sich dauernd unter behördlicher Kontrolle. Der Ansiedlungskommission stand nicht bei jedem Kaufe eine immer höher bietende feindliche Bank gegenüber, und die in den ersten Jahren schnell in die Höhe getriebenen Güterpreise sanken alsbald [1].

Vor allen Dingen aber: Das Polentum hat im Erwerb deutschen Bodens bis 1895 keine Fortschritte gemacht, sondern wurde im Gegenteil zurückgedrängt.

Diese Vorteile hat man leider nicht erkannt, sondern man wies mit Entrüstung auf die Tatsache hin, daß polnische Institute preußischen Staatskredit genossen und dadurch natürlich ganz bedeutend gestärkt wurden. Man glaubte offenbar, eine Entziehung dieses Kredits werde die polnischen Banken zugrunde richten oder doch wenigstens ihre Arbeit lähmen.

---

[1] Die Ansiedlungskommission zahlte pro ha im Jahre:

1886 = 568 Mk.	1891 = 679 Mk.
1887 = 588 „	1892 = 549 „
1888 = 590 „	1893 = 626 „
1889 = 681 „	1894 = 573 „
1890 = 656 „	1895 = 571 „

Dieser Anschauung schloß sich die Regierung an und begann seit 1895 die Generalkommission von den Polenbanken zu trennen und den Polen die Bildung von Rentengütern zu erschweren. Ohne Mühe konnte das „auf dem Verwaltungswege" geschehen.

Zunächst (im Frühjahr 1895) forderte die Generalkommission, daß vorwiegend größere Parzellen gebildet werden sollten.

Die Verfügung konnte nur die Polen treffen, denn die deutschen Parzellenerwerber verlangten meist über 10 ha. (Von den deutschen Bauern, die sich an die Ansiedlungskommission wandten, haben 70 % über 10 ha beansprucht.) Die Polen dagegen wünschten fast stets weniger als 10 ha (75 % der bei den polnischen Banken einlaufenden Bewerbungen) und von diesen der größte Teil sogar unter 3 ha (50 % der bei den polnischen Banken einlaufenden Bewerbungen).

Zweitens verlangte die Generalkommission, daß die Parzellen nicht zu teuer verkauft würden und beanstandete zahlreiche Fälle mit der ganz zutreffenden Motivierung, daß die Rentenbank dadurch überlastet werde. Auch diese Forderung war für die Polen unbequemer als für die Deutschen. Denn die polnischen Kleinansiedler zahlten, wie erwähnt, hohe Preise, die sie mit Hilfe von Arbeitslöhnen amortisierten.

Diese Verwaltungsforderungen erschwerten schon die Begründung polnischer Rentengüter. Hierzu kam dann im Sommer 1895 die Verfügung, bei Gründung von Rentengütern sei der Rat von Kennern der Verhältnisse einzuholen, die von den Vorsitzenden der Kreisausschüsse namhaft gemacht wurden.

Da nun die Generalkommission weitgehende Diskretion besaß und ihre Mitwirkung ganz nach Ermessen beschränken oder ganz versagen konnte, so lag es auf der Hand, daß das Band zwischen den Kommissionen und den polnischen Instituten ohne Schwierigkeit gelockert wurde, und die Polen in der Hauptsache wieder auf ihre eigene Tätigkeit angewiesen waren[1].

[1] So heißt es zum Beispiel im siebenten Jahresbericht der Bank ziemski (für die Zeit vom 1. Juli 1894 bis 30. Juni 1895): „Da feindliche Zeitströmungen verkehrte Anschauungen in manchen agrarischen Kreisen

Die erste Wirkung war ein Stocken der polnischen Ansiedlungstätigkeit. Die Bank ziemski, die Parzellierungsgenossenschaft in Posen und Thorn und die „Parzellierungsgenossenschaft der Landwirte" schienen zunächst darauf beschränkt zu sein, die schwebenden Geschäfte zu erledigen. Hier und da wurde auch versucht, die Verbindung mit der Generalkommission aufrecht zu erhalten, aber nirgends gelang das völlig.

Die Generalkommission verlangte, daß ein Teil der polnischen Ansiedlungen an Deutsche vergeben werde, stellte bestimmte Bedingungen in bezug auf die Anzahl der Ansiedler und Art ihrer Ansiedlungen, und sobald die Bedingungen nicht erfüllt wurden, zog sie ihre Hilfe zurück[1].

---

und die Schwerfälligkeit des Verwaltungsapparates, welche die Tätigkeit der Generalkommission hemmen, den Rentengesetzen in der Praxis nicht gestatten, die rechte Anwendung zu finden, so wächst das Bedürfnis, unserer Arbeit auf dem Wege der Selbsthilfe weiteren Spielraum zu schaffen.

[1] Im Jahresbericht der Bank ziemski (für die Zeit vom 1. Juli 1895 bis 30. Juni 1896) heißt es:

„Die Förderung der Landesbesiedlung mittels Rentengutsbildung seitens der Bank hat in Posen und Westpreußen fast ganz aufgehört, da polenfeindliche Strömungen nach dieser Richtung hin eine Stockung hinsichtlich der Mitwirkung der Generalkommission herbeigeführt haben. In bereits begonnenen derartigen Unternehmungen versagt die Kommission ihre weitere Mitwirkung. In anderen Fällen stellt sie im Laufe der Parzellierung derartig unvorhergesehene Forderungen, daß man auf ihre Mitwirkung verzichten oder das in Angriff genommene Geschäft aufgeben muß. Überall, wo die Behörde mit anerkennenswerter Unparteilichkeit lediglich wirtschaftliche Rücksichten im Auge hatte, stellt sie jetzt die Bedingungen, daß ein Teil der Ansiedlungen an Deutsche vergeben würde und zwar in dem von ihr sowohl hinsichtlich der Anzahl der Ansiedler als auch der auf den Flächenraum bestimmten Verhältnisse. Wenngleich in dieser Beziehung die Forderungen der Generalkommission dem Nationalitätsverhältnis der betreffenden Gegend entsprechen, so ist doch die Billigkeit nur eine scheinbare, da die deutsche Bevölkerung hier im Osten ja überwiegend in den Städten ansässig ist, und deren Übersiedlung auf das Land nur zu den Ausnahmefällen gehört. Es ist ferner bekannt, mit welchen Schwierigkeiten die Ansiedlungskommission zu kämpfen hat, um aus dem weiten Westen deutsche Ansiedler zu beschaffen und wie ungeeignet dieselben trotz der großen Mühe und Kosten für die Ansiedlung sind.

Es ist dann auch leicht zu begreifen, daß der ganze Vorrat an hiesigen deutschen Ansiedlern bereits aufgebraucht ist und daß man man der Forderung

Auf diese Weise wurde z. B. die Bank ziemski, die soeben im Kreise Czarnikau eine große Parzellierung vorbereitete, gezwungen, den Plan aufzugeben. Ebenso war es der Thorner Spólka ziemska nicht möglich eine begonnene Rentenkolonie im Kreise Schwetz durchzuführen. Andere Unternehmungen, die fast beendigt waren, wurden durch strengere Prüfungen erschwert und verteuert, so daß das Jahr 1895 überall den Polen Enttäuschungen brachte. Kaum 100 Familien konnten von den vier Instituten angesiedelt werden.

Überdies wurde gerade damals bekannt, daß es in den be-

---

der Generalkommission, eine bestimmte Anzahl deutscher Ansiedler herbeizuschaffen, trotz des besten Willens nicht entsprechen kann. Sobald nun die Parzellierung des für die Polen bestimmten Flächenraumes beendet ist, für den an Deutsche zu vergebenden Grund und Boden sich jedoch keine deutschen Ansiedler finden lassen, zieht die Generalkommission ihren Beistand zurück und beraubt damit auch die beteiligten Polen der Wohltat der Rentengutsgesetzgebung. Wenn es umgekehrt in irgendeiner polnischen Gegend lauter Deutsche anzusiedeln gelingen sollte, dann gäbe es wohl keinen Zweifel darüber, daß der Mangel an polnischen Ansiedlern die Generalkommission zur Entziehung ihres Beistandes der Gerechtigkeit wegen nicht veranlassen würde. Bei den früher bereits begonnenen Unternehmungen, bei denen das Rentengutsverfahren in Anwendung gekommen ist, unterliegt der endgültige Abschluß der Ansiedlung häufig außergewöhnlichen und unentschuldbaren Verzögerungen. Die Ausgabe der Rentenbriefe hängt nicht nur von der endgültigen Regelung der Hypothekenbücher, sondern auch von der Ordnung der Gemeinde-, Kirchen- und Schulangelegenheiten ab, was bei der Menge der in Betracht kommenden Behörden und bei deren manchmal vorhandener Mißgunst sehr oft eine lange Zeit in Anspruch nimmt. Neue Ministerial-Erlasse haben den Verwaltungs- und Kreisbehörden, neben der Generalkommission große Befugnisse in betreff der Prüfung von Bedingungen, unter welchen den neuen Ansiedlern der Ansiedlungskonsens erteilt werden kann, eingeräumt. Die Dehnbarkeit des Ansiedlungsgesetzes vom 25. August 1876 läßt in dieser Beziehung der deutschen Mehrheit in den Kreisausschüssen viel Raum zur Kundgebung ihrer politischen Parteilichkeit, um unseren Unternehmungen unvorhergesehene Hindernisse in den Weg zu legen."

Im nächsten Jahresbericht (für die Zeit vom 1. Juli 1896 bis 30. Juni 1897) heißt es dann nur noch kurz:

„Die im letzten Bericht geschilderten Schwierigkeiten der inneren Kolonisation, welche durch politische Rücksichten verursacht und durch die Mißgunst der deutschen Mitbürger zugespitzt wurden, haben ihren unangenehmen Charakter in nichts geändert."

Das ist die letzte Äußerung, die sich in den polnischen Bankberichten über die neue Politik der Generalkommission findet.

rühmten „genossenschaftlichen Ansiedlungen" traurig zuging. Der Gedanke Kalcksteins war im Grunde utopisch, denn das gemeinschaftliche Eigentum an Grund und Boden bei völlig getrennter Parzellenwirtschaft führte zu Schwierigkeiten und zur Unzufriedenheit. Die ganze Konstruktion dieser Gemeinsamkeit setzte eine Harmonie voraus, die unmöglich in Wirklichkeit vorhanden sein konnte. Regelrecht funktionieren konnte eine solche Gemeinschaft nur, wenn niemand starb, niemand ausschied, niemand ausgewiesen wurde, wenn niemand seine Parzelle vernachlässigte, niemand mit seiner Zinszahlung im Rückstande blieb. Sobald aber eines der 60 Räder nicht korrekt arbeitete, empfand es die Gemeinschaft, die für Zahlung der Zinsen und für den wirtschaftlichen Zustand der Parzellen haftete.

Die Folge war, daß in den Gemeinschaften dauernd Unzufriedenheit herrschte, die zuweilen einen fast verzweifelten Charakter annahm. Kein einziges Mitglied war ja wirklicher Eigentümer seiner Parzelle, die Abhängigkeit jedes einzelnen wurde selbst diesen armen Häuslern unerträglich. — Aber auch die Gründerin, die Bank ziemski, hatte nicht viel Freude von diesen Geschäften, die niemals zu Ende gingen und immerfort Kosten und Ärger verursachten. So kam es, daß allenthalben der Wunsch laut wurde, die Gemeinschaften sobald wie möglich aufzulösen und jedem einzelnen Mitgliede seine Parzelle aufzulassen[1].

Nirgends spürte man Lust, das „theoretische Endziel" abzuwarten[2], sondern suchte mit Hilfe von polnischen Volksbanken und mit Unterstützung der polnischen Verbandsbank in Posen die gemeinschaftlichen Schulden auf die einzelnen Parzellen zu verteilen und sich so von der Gemeinsamkeit zu befreien.

---

[1] Diese Auflösung ist natürlich ein recht schwieriges Finanzproblem, da die Ansiedler kein Vermögen haben. Polnische und hier und da auch deutsche Banken waren behilflich, die Liquidation der Genossenschaften durchzuführen. Das ist Pinschin 1906 gelungen, in Wiekowo 1907. Olobok wurde 1908 aufgelöst, mit Hilfe der Bank ludowy in Olobok. Andere Gemeinschaften sind bereits in ähnlicher Weise frei geworden.

[2] Das „theoretische Endziel" war: nach Ablauf von 30 Jahren sollten die Parzellen ohne Hilfe einer Bank Eigentum der einzelnen Genossen werden.

Sechstes Kapitel.

Die moderne Methode.

A. Die Arbeitsweise der großen polnischen Parzellierungsbanken.

In dieser Zeit der Enttäuschungen erklärte ein höchst energischer Pole, der zum Vorstand der „Spólka rolników parcelacyna“ gehörte, er finde das Vorgehen der polnischen Parzellierungsinstitute lächerlich theoretisch und unmodern. Er verlangte, daß man ganz einfach so arbeiten solle, „wie die Juden in Tuchel“. Man möge die Güter schlachten und an Arbeiter oder Adjazenten verteilen, an Groß- und Kleinbauern, wie es gerade komme. Das Geld möge man sich beschaffen, indem man mit dem Unternehmen eine Depositenkasse verbinde. Hierzu aber gehöre vor allen Dingen eine moderne Reklame und große Versprechungen. Mit Reklame und Versprechungen müsse man die Gelder beschaffen, mit Reklame und Versprechungen müsse man sich einen Stamm von willigen Ansiedlern heranziehen.

Dieser Mann, der früher preußischer Gerichtsvollzieher gewesen war und sich auch später keiner besonders großen Sympathie rühmen konnte, erreichte zunächst, daß er mit dem Vorstand der „Spólka rolników parcelacyna“ in Konflikt geriet und ausscheiden mußte.

„Herr Ignatz Sikorski“ — so gab die Parzellierungsgenossenschaft am 3. Oktober 1896 bekannt — „steht vom heutigen Tage ab in gar keiner Verbindung mit der Parzellierungsgenossenschaft, er hat seine Stelle im Vorstande aufgegeben und ist nicht einmal Mitglied der Genossenschaft geblieben.“

Mit diesem Tage beginnt die moderne Ära im Kampf um den Boden. Die Ära der rücksichtslosen Befeindung, die keine irgendwie möglichen Mittel unbenutzt läßt. Der Kampf mit Heimlichkeiten und vorgeschobenen Personen, mit Überraschungen und Überrumpelungen. Ein Kampf, der die moralische Atmosphäre im Osten verändert hat.

Die Leiter der älteren polnischen Parzellierungsinstitute haben zuerst die Nase gerümpft und die Stirn gerunzelt, als die Reklamen der neuen Unternehmung erschienen, sie rückten von jenem Manne ab und betonten öffentlich, daß er „in gar keiner Beziehung" mehr zu ihnen stehe. — Dann aber nach kaum einem Jahre sind alle denselben neuen Weg gegangen, haben alle den gleichen Stil der Rücksichtslosigkeit im Kampfe nachgeahmt.

Wir Deutschen aber mögen über die Ära denken, wie wir wollen. Zweierlei jedenfalls müssen wir den Polen zugestehen. Erstens, daß sie alle Chancen, die irgendwie Gesetz und Gericht offen ließen, benutzen mußten, wenn sie überhaupt etwas erreichen wollten. Und zweitens, daß sie von jenem Tage ab wirklich etwas erreicht haben. Ja man muß geradezu sagen, der Kampf beginnt erst in jenen Tagen (Ende 1896). War das, was vorausgegangen war, überhaupt ein ernsthafter Kampf gewesen? Haben die Polen nicht von 1886—1896 bloß ihre Waffen geschmiedet, Gelder gesammelt, Experimente gemacht, preußischen Staatskredit zu erlangen gesucht? Freilich manch Experiment ist schon damals gelungen, aber nirgends war etwas zu spüren von konsequenter Durchführung im großen, harten Stil; und als sie 1896 eine Schlußabrechnung machten, konnten sie nur konstatieren, daß das Polentum verloren hatte.

Jetzt wendet sich das Schicksal!

Aber abgesehen von dem ungeheuren Erfolge in nationalpolnischer Richtung, hat es Interesse, zu beobachten, wie Sikorski, der kleine, wenig beachtete Mann, zuerst zurückgesetzt, bald die Führung im Kampf um den Boden an sich reißt.

Ein Mann, der wie Sikorski damals wenig Kredit genoß, hatte natürlich Schwierigkeiten beim Aufbringen von Geldern. Als er eine Genossenschaft mit beschränkter Haftung unter der Firma Bank parcelacyni Anfang 1897 gründete, fehlte es ihm fast ganz an Mitteln. Um die Bedenken des Publikums zu überwinden, wurden die Geschäftsanteile ungewöhnlich klein normiert. Die Höhe eines Anteils sollte nur 50 Mk. betragen, und auch diese kleine Summe brauchte nicht ganz eingezahlt zu werden, wenn man nur 10 Mk. gab und in den folgenden Quartalen je weitere 10 Mk., bis ein 50 Mk.-Anteil voll war. — Auch die Haftsumme war, um niemand zu verscheuchen, auffallend gering: jedes Mitglied haftete mit 200 Mk.

Trotzdem hielt sich das Publikum zurück. — Mit ganz geringen Mitteln, in der Hauptsache (20000 Mk.) von einigen Kapitalisten zu harten Bedingungen geliehen, begann Sikorski seine Parzellierungen. Es zeigte sich sogleich, daß er dies Geschäft vorzüglich verstand und erheblichen Gewinn machte.

Nach den ersten, tastenden Schritten begann er im größeren Stil zu arbeiten. Äußerlich kündigte sich der neue Stil an durch — lärmende Versprechungen. Er versprach, sechs Jahre hintereinander auf die Geschäftsanteile 25 % Dividende zu zahlen. Jetzt nahm der Betrag der Anteile zu, und als es sich dann herausstellte, daß Sikorski sein Versprechen wirklich hielt, daß er wirklich 25 % Dividende Jahr aus, Jahr ein zahlte, drängte man sich in die Genossenschaft hinein[1].

[1] Als im Jahre 1898 bekannt wurde, die Bank Parcelacyni in Posen habe 25 % Dividende gegeben, erstaunten alle Deutschen über diesen gewaltigen Erfolg. Ich erinnere mich, daß damals ein bekannter Professor der Nationalökonomie, bei dem ich als Student Vorlesungen hörte, auf diesen Erfolg hinwies und das Ergebnis jammernd mit den 2 bis 2½ % verglich, welche die preußische Ansiedlungskommission mühsam herausrechnete. 25 % Dividende! Hätte der Gelehrte genauer zugesehen, so wäre seine Bewunderung nicht so groß gewesen, denn das Kapital, das mit 25 % Dividende erfreut wurde, betrug damals nur 25000 Mark, ein Gewinn von weniger als 7000 Mark genügte also, um die Dividendensensation ins Werk zu setzen. In den folgenden Jahren wurde das Verhältnis des dividendenberechtigten Kapitals zu dem gesamten Betriebskapital sogar noch viel un-

In folgender Progression wuchsen die Geschäftsanteile:

1897	. . .	4 750 Mk.
1898	. . .	25 300 „
1899	. . .	50 000 „
1900	. . .	136 000 „
1901	. . .	201 009 „

günstiger, die Berechnung einer hohen Dividende noch viel bequemer, denn die Anteile vermehrten sich nur langsam. Infolgedessen konnten sechs Jahre lang hintereinander 25% Dividende verteilt werden.

Um den Eindruck dieser hohen Dividendenzahlung nicht zu gefährden, hat die Bank parcelacyni in ihrem Berichte nach Möglichkeit verschwiegen, daß die dividendenberechtigte Summe so gering war. Selbstverständlich mußte die Bank in ihren Bilanzen darüber Auskunft geben. Aber außer den Bilanzen, die nicht jeder versteht, veröffentlichte sie Jahr für Jahr eine populäre „Zusammenstellung der wichtigsten Bilanzzahlen", die den heiklen Punkt in sehr geschickter und juristisch völlig korrekter Weise verschleiert. Denn diese Zusammenstellung der „wichtigsten Zahlen" erwähnte gar nicht, wie geringfügig die Anteilsummen sind, wie schmal also die Basis der Bank; sondern die Anteile wurden einfach zur Garantiesumme addiert. Anstatt also offen zu sagen

im Jahre	1901	betrug	die	Anteilsumme	201 155	Mk.,
„	„	1902	„	„	„	205 774	„
„	„	1903	„	„	„	307 233	„
„	„	1904	„	„	„	313 894	„
„	„	1905	„	„	„	330 070	„
„	„	1906	„	„	„	334 574	„

hieß es in der Zusammenstellung in usum delphini:

im Jahre	1901	betrugen	Garantiesumme	und	Anteile	1 082 000	Mk.
„	„	1902	„	„	„	„	1 215 000	„
„	„	1903	„	„	„	„	1 643 000	„
„	„	1904	„	„	„	„	1 761 000	„
„	„	1905	„	„	„	„	2 843 000	„
„	„	1906	„	„	„	„	1 295 500	„

Die wichtigsten Zahlen, nämlich der wirklich eingezahlten Summen, fehlten also in der „Zusammenstellung der wichtigsten Bilanzzahlen", um statt dessen prunkende Summen vorführen zu können, die der Bank gar nicht gehörten und im Falle der Not gar nicht eingetrieben werden konnten.

(Seit der Veröffentlichung der ersten Auflage dieses Buches im Jahre 1907 wendet die Bank parcelacyni jenen Trick nicht mehr an, sondern erklärt z. B. für 1912: Die Anteilsumme beträgt 351 850 Mk., die Garantiesumme 1 407 400 Mk.)

So stark, so schnell vermehrte sich die Summe von Jahr zu Jahr, daß 1902 die Bankleitung den Zutritt zur Genossenschaft erschwerte, da sie auf andere Weise billigeres Kapital bekommen konnte, das nicht 25 % Verzinsung erwartete.

Eine zweite Geldquelle eröffnete sich Sikorski, indem er mit dem Parzellierungsinstitut eine Sparkasse verband. (Am 1. Dezember 1897 eröffnet.)

Es war klar, daß selbst die teuersten Spareinlagen billiger waren als die Geschäftsanteile, und so versprach er für Spargelder 5½ % Zinsen bei halbjährlicher Kündigung. — Die kleinsten Beträge wurden angenommen.

Diese Depositenkasse — die späterhin ein Sorgenkind des polnischen Genossenschaftsverbandes wurde, da man ihre Liquidität bezweifelte — wurde von Sikorski mit besonderem Eifer gefördert. Nicht nur in polnischen, sondern auch in deutschen Flugblättern und Prospekten wies er auf die günstige Gelegenheit hin, 5½ % Zinsen zu erhalten. Er betonte die Sicherheit der Gelder, für die „erststellige Hypotheken hafteten"; er stellte noch höhere Zinsen in Aussicht, da er mit Hilfe der Spareinlagen „in den Stand gesetzt werde, alle Parzellierungen ohne Teilhaber auszuführen". — In Rheinland-Westfalen sogar erschienen in den Blättern, welche dort die polnischen Berg- und Hüttenarbeiter lesen, Artikel, in welchen dringend geraten wurde, alle Lohnersparnisse an die „Bank parcelacyni" in Posen zu senden, da diese 5½ % Zinsen zahle, während die Volksbanken höchstens 4 % gaben. — Und diese Artikel erschienen nicht in Form leicht durchsichtiger Reklame, sondern unterschrieben von Bergleuten, die ihren Kameraden gute Ratschläge gaben.

Wie war der Erfolg der Reklame, die sich mit gleicher Lebhaftigkeit an Polen wie an Deutsche wendet? Die Depositen stiegen von 1897 ab in folgender Progression:

1897 . . .	13 024	Mk.
1898 . . .	130 773	„
1899 . . .	337 841	„

1900	. . .	641 497 Mk.
1901	. . .	907 736 „
1902	. . .	1 386 465 „
1903	. . .	2 151 044 „
1904	. . .	2 560 085 „
1905	. . .	2 628 221 „

Das Jahr 1905 brachte der Bank parcelacyni eine Erschütterung. Durch ihre Erfolge kühn geworden, wagte die Bank einen „großen Schlag", einen Vorstoß nach Schlesien. Sie ließ dem Grafen W. für die im Kreise Rybnik gelegene deutsche Herrschaft Pschoff durch einen Strohmann eine hohe Summe bieten und erlangte die Besitzung für 2 Millionen Mark. Welch Aufsehen der polnische Kauf in ganz Deutschland machte, wird noch in Erinnerung sein. Wochenlang erörterte die Presse diesen Stoß der polnischen Bank „in das Herz Oberschlesiens".

Die Herrschaft, die aus zwei Rittergütern, 750 ha und 471 ha, und einem großen Bauerngut besteht, liegt inmitten überwiegend polnischer Bevölkerung in einer Gegend, die sich in den letzten Jahren schnell industrialisiert hatte. Die günstige Verwertung des Besitzes durch Parzellierung erschien daher völlig sicher. Jedoch im Sommer 1904 wurde das Gesetz angenommen, das sich gegen die polnischen Parzellierungsbanken wandte. Zwar hatten die Polen von der Gesetzesvorlage keine Schädigung ihrer oberschlesischen Unternehmungen befürchtet; denn nach der Regierungsvorlage sollte nur für die Provinzen Posen und Westpreußen die Bestimmung gelten: „Die Ansiedlungsgenehmigung sei zu versagen, solange nicht eine Bescheinigung des Regierungspräsidenten vorliege, daß die Ansiedlung nicht mit den Zielen des Gesetzes vom 26. April 1886 im Widerspruch stehe". Jedoch den Beschlüssen des Herrenhauses entsprechend wurde diese Bestimmung auf Schlesien, Ostpreußen und die Regierungsbezirke Frankfurt, Stettin, Cöslin ausgedehnt, und so wurde das kühne Unternehmen der Bank parcelacyni direkt betroffen.

Also trafen mehrere ungünstige Umstände gerade das

größte Unternehmen, das die Bank seit ihrer Begründung gewagt hatte.

Die Leiter der Bank parcelacyni wahrten solange es möglich war das Gesicht; kein Wort wies in dem Bericht der Bank auf die drohende Gefahr hin. Im Gegenteil, am 5. April 1905 erklärte das Aufsichtsratsmitglied, das den Kauf vermittelt hatte: die Herrschaft Pschoff habe einen Gewinn von 100 000 Mk. gebracht, und es wurde von der Direktion versichert, daß zwar die Bank durch das neue Ansiedlungsgesetz betroffen werde, aber es sei das gewissermaßen eine „Übergangszeit" gewesen. „Gegenwärtig sei die Tätigkeit der Bank und ihr Parzellierungsgeschäft normal."

Interessant ist, daß auch in der Bilanz für 1904 die Gefahr nirgends zum Ausdruck kommt, denn die Immobilien wurden so bewertet, daß sogar ein Reingewinn von 60 858 Mk. herausgerechnet werden konnte.

Jedoch trotz dieser Versicherungen und trotz der gewinnausweisenden Bilanzierung ließ sich die Situation auf die Dauer nicht beschönigen. Im Jahre 1905 bildete sich in der Verwaltung der Bank eine „Reformpartei", die den Direktor aufs heftigste bekämpfte, ihm öffentlich „Wucherwirtschaft" vorwarf, Mängel in der Buchführung, riskante Unternehmungen, und das Jahr 1905 endete mit einem Verlust von 25 000 Mk., der aus dem Spezialreservefonds gedeckt werden mußte. Mit folgender Erklärung trat jetzt die Direktion zu ihrer Rechtfertigung an die Öffentlichkeit:

„Die Ursachen des diesjährigen ungünstigen Resultates sind folgende: Vor allen Dingen muß bemerkt werden, daß das neue Ansiedlungsgesetz das Parzellierungsgeschäft außerordentlich erschwert; — wir haben in den letzten beiden Jahren fortwährend mit Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt, die uns von den maßgebenden Behörden gemacht worden sind, und das Parzellierungsgeschäft, das früher schnell erledigt wurde, zog sich mitunter ins Unendliche hin und stieß fortwährend auf sich anhäufende unerwartete Schwierigkeiten."

In der Bilanz, die gleichzeitig veröffentlicht wurde, steckt das unkontrollierbare Aktivum „Immobilien" mit 2 Millionen 419 651 Mk.

Einige Monate schien es, als sei der Zusammenbruch der Bank unvermeidlich, denn nach der stürmischen Generalversammlung im Jahre 1905 begannen die Spareinleger ihre Depositen zu kündigen. Jedoch die Bank hat zwei Stützen, deren Tragkraft man nicht unterschätzen darf. Erstens einen Reservefonds von 332 000 Mk. Zweitens — was wichtiger war — intervenierte die polnische Verbandsbank, die nicht nur aus nationalpolitischen, sondern auch aus rein finanziellen Gründen ein Interesse daran hatte, einen Zusammenbruch zu verhindern, der möglicherweise auch die Deponenten anderer polnischer Banken in Unruhe versetzt hätte. Der Prälat Wawrzyniak und der Direktor der polnischen Zentralbank griffen ein und beruhigten das Publikum[1].

Darauf aber kam es vor allem an; denn als Zeit gewonnen war, konnte die Bank ihre Besitzungen in Posen-Westpreußen durch Adjazenten- und Ausbauparzellierung verwerten und mit diesen Gewinnen ihre schlesischen Verluste decken. So brachte das Jahr 1906 wieder eine Erhöhung der Depositen, die regelmäßig weiterstiegen, bis sie

im Jahre 1911 die Höhe von 4 517 360 Mk. und
„ „ 1912 „ „ „ 5 000 000 „

erreichten.

Die Depositen, die, befördert durch die lauten und weit verbreiteten Versprechungen, so schnell anwuchsen, bilden das eigentliche Betriebskapital der Parzellierungsbank.

Schon dieser Vorgang, ein riskantes Parzellierungsunternehmen auf Spargelder zu stützen, war neu. Vor 1897 haben die polnischen Parzellierungsinstitute vorwiegend mit eigenem Kapital gearbeitet und waren daher auf engere Mittel be-

[1] Der Direktor der Verbandsbank wurde in den Aufsichtsrat der Bank parcelacyni gewählt.

schränkt. — Jetzt wurde es zur Mode, zum Brauch, zur selbstverständlichen Übung, daß jedes Parzellierungskontor nebenbei eine Sparkasse errichtete, um energischer und gewinnreicher arbeiten zu können. — Einige deutsche Institute, die später in ähnlichem Stil auftraten, übernahmen auch diese Methode. Die „deutsche Ansiedlungsbank", z. B. die in Schlesien tätig war, hat nicht nur in schlesischen, sondern auch in Berliner Blättern bekannt gemacht, daß sie den Spareinlegern 5½ % und „Gewinnbeteiligung" bei ganzjähriger Kündigung biete.

So artete in der neuen Ära des Kampfes um den Boden die Genossenschaftsform aus, daß sowohl auf deutscher[1], wie auf polnischer Seite[2] die verantwortlich leitenden Männer dagegen Verwahrung einlegten. Natürlich sind solche „Verwahrungen" und „Resolutionen" meist von bescheidener Wirkung, und lassen nur um so deutlicher erkennen, daß die Benutzung von Spargeldern zu Parzellierungszwecken in der modernen Ära des rücksichtslosen Kampfes um den Boden eine markante Erscheinung ist.

Die anderen polnischen Parzellierungsbanken beeilten sich, denselben Weg zu gehen und ebenfalls ihre Depositenkonten nach Kräften zu vergrößern.

---

[1] Auf dem Verbandstage der schlesischen Genossenschaften (Allgemeiner Verband) wurde 1905 folgende Resolution gefaßt: „Der Verbandstag legt dagegen Verwahrung ein, daß der Sparkassenverkehr der Genossenschaften in einer Weise betrieben werde, wie es bei der deutschen Ansiedlungsbank e. G. m. b. H. üblich ist, die den Spareinlegern Anteil am Gewinn in Aussicht stellt und durch Inserate in auswärtigen Zeitungen, wie z. B. in Berliner Zeitungen, unter besonders hohen Zinsversprechungen Spareinleger sucht. Ein derartiges Verfahren ist geeignet, das Ansehen der Kreditgenossenschaften zu schädigen."

[2] Bei den Polen wurde dieselbe Angelegenheit 1904 auf dem Verbandstage in Gnesen zur Sprache gebracht. Der Prälat Wawrzyniak wies auf die große Gefahr hin, mit einer Parzellierungsbank eine Sparkasse zu verbinden, denn die polnische Landbevölkerung lasse sich durch das Wort „Sparkasse" zu dem Glauben verleiten, ihre Ersparnisse seien dort sicher aufgehoben. Vgl. Sprawozdanie z odbytego w roku 1904 Sejmiku Spólek S. 15 ff. Der Patron referierte über das Thema: „Które Spólki mogą przyjmować depozyta."

Während Sikorski seit 1897 durch große Versprechungen Kapitalien heranzog, begann er gleichzeitig den Gütermarkt zu erforschen.

Er verbreitete im Herbst 1897 in der Provinz Plakate, die herumgegeben, angeschlagen und besonders in Gasthäusern, Schenken aufgehängt wurden. In diesen Plakaten machte er in deutscher und polnischer Sprache darauf aufmerksam, daß in Posen, Bäckerstraße 18, eine Bank parcelacyni e. G. m. b. H. eröffnet sei, die zu günstigen Bedingungen überall Güter ankaufen werde. — Er bat um möglichst zahlreiche und schnelle Meldungen.

Solche reklamehafte Aufforderung zum Verkaufe des Bodens war neuartig. Bis dahin war es üblich gewesen, daß sich die polnischen Institute an erfahrene Agenten wendeten oder die jämmerlichen Klagen verschuldeter Besitzer abwarteten. Man pflegte nicht in lärmender Weise zum Güterverkauf dringend einzuladen. Freilich! die neue Methode, die an den lauten Ton der Auswandererreklame erinnerte, bot Vorteile. Sicherlich hat man sich früher, da man auf die Agenten angewiesen war, manche Chance entgehen lassen. Man konnte auch früher den Gütermarkt nicht so übersehen, wie er sich jetzt in den Meldungen der Verkaufslustigen präsentierte; und man besaß kein so wirksames Mittel, um die verborgene Lust zum Losschlagen der Güter anzuregen.

So gab auch dieser Zug dem Kampfe um den Boden einen schärferen und peinlicheren Charakter.

Doch zum Gütermarkt gehört noch etwas anderes: die Kauflustigen!

Man brauchte einen Strom von Kauflustigen, um sich die vorteilhaftesten Käufer wählen zu können; und so erschienen in den Zeitungen Posens und Westpreußens, in Schlesien und in Rheinland-Westfalen Ankündigungen; in der „Gazeta Grudziącka“, im „Dziennik Poznanski“, vor allem aber in den halb geistlich, halb sozialpolitisch gehaltenen Blättern, die den

polnischen Arbeitern nachgeschickt werden. Da ist insbesondere der „Przewodnik katolicki“ („Katholischer Wegweiser“), ein religiöses Familienblatt, das fast ausschließlich in den Schichten der Arbeiterbevölkerung gelesen wird, mit dem „Slowo boze“ („Wort Gottes“), das man in Sachsen in den Händen der Rübenarbeiter findet. In diesem „Przewodnik“, der eine Auflage von über 60 000 Exemplaren hat, und dessen Exemplare noch dazu von Hand zu Hand wandern, erschienen große Ankündigungen, daß in Posen im Kreise Schroda oder im Kreise Ostrowo, daß in Westpreußen im Kreise Stargard oder in Schwetz kleine Parzellen zu kaufen seien zu 2000, 3000 Mk. Wenn man ein Drittel anzahle, also 700 bis 1000 Mk., könne man sofort den Besitz übernehmen. Die Parzellen möge sich jeder aussuchen wie sie am besten passen. Der Rest des Kaufgeldes dürfe in bequemer Weise allmählich getilgt werden usw.

Man muß diese arme, aber landhungrige Bevölkerung kennen, um sich von der Wirkung solcher populären Reklame eine Vorstellung zu machen. Was früher die Wanderarbeiter gar nicht erfuhren oder was den Mißtrauischen höchstens durch verdächtige Agenten mitgeteilt worden war, das stand jetzt im geistlichen Volksblatte, und jeder Geistliche und Vikar bemühte sich, den Eindruck zu bestätigen.

Jeder der vielen tausend Armen, die hinauszogen nach Westfalen, um dort in den Hüttenwerken zu arbeiten, jede der vielen tausend Familien, deren Töchter und Söhne ins Rübenland zogen, jeder wurde jetzt ein Bewerber oder doch zum mindesten ein Hoffender, und in Posen konnte man die Masse der Anfragen kaum erledigen.

Aber damit begnügte sich die polnische Reklame nicht.

Sikorski brachte noch einen neuen Ton in seine laute Melodie: Er bot die Güter nicht nur seinen polnischen Landsleuten an, sondern auch den Deutschen.

Im polnischen Lager galt der Verkauf an Deutsche als eine Art Verrat, und man pflegte solche Fälle öffentlich zu brand-

marken. Noch kurz vorher war die Spólka rolników parcelacyna in der polnischen Presse angegriffen worden, weil sie einige Parzellen heimlich an Deutsche verkauft hatte.

Aber Sikorski bemühte sich nicht einmal, heimlich zu Werke zu gehen. Im Gegenteil, er annoncierte in großen deutschen Zeitungen, und noch dazu in Blättern, die als besonders polenfeindlich bekannt waren. Die erste Folge seines ungewöhnlichen Vorgehens war ein Skandal. Jedoch bald fand Sikorski auch für diese unerhörte Neuerung Verständnis und Verteidiger.

„Schadet es denn der polnischen Gesamtheit" — so hieß es im „Lech" —, „wenn ein aus deutscher Hand erworbenes Gut wieder in deutsche Hände übergeht, weil es keinen Polen gibt, der gerade jenes Gut erwerben will? Man soll bedenken, daß die Parzellierung ein kaufmännisches Geschäft ist, und daß es darauf ankommt, möglichst viel zu verkaufen, um das Kapital möglichst oft umzusetzen. Deshalb können die Parzellierungsinstitute ihre Besitzungen nicht liegen lassen, nicht lange auf Käufer warten, sondern man muß die Käufer heranlocken, wo man sie findet. Wollten sich die Banken, nachdem sie Land erworben haben, nur ausschließlich nach polnischen Käufern umsehen, dann wäre manches vorteilhafte Geschäft unmöglich; denn oft genug kann man von vornherein erkennen, daß sich für ein bestimmtes Gut kein Pole melden werde. Auch verdient das polnische Institut ja von dem deutschen Gelde, und es wäre ein Unrecht gegen die polnische Gesamtheit, auf die Benutzung dieser Geldquelle zu verzichten. Mögen daher die polnischen Institute, sooft sich eine Gelegenheit bietet, auch dort ihre Vermittlerrolle spielen, wo nur Deutsche als Käufer in Frage kommen. Es ist gewiß, daß das nur zum Nutzen der Polen ausschlagen kann."

Das Beispiel Sikorskis und seine Argumente schlugen durch. Auch die anderen polnischen Banken warfen ihre Bedenken als „unmodern" und schädlich beiseite und arbeiteten, wie sich die Gelegenheiten boten. Bald wendete sich z. B. die Spólka rolników parcelacyna in deutschen Briefen an Deutsche und gab sogar

ihrem Schreiben äußerlich durch Faltung und blaues Siegel das Aussehen eines amtlichen preußischen Schriftstückes.

So schuf Sikorski seit 1896 einen ganz anderen Ton, der laut und marktschreierisch sich an Kauflustige und an die Grundbesitzer der Provinz wendete, und der mit lebhaften Versprechungen Spargelder und Anteilssummen herbeilockte.

Wie aber — und damit stehen wir vor der Hauptfrage — ist es Sikorski gelungen, seine Versprechungen zu erfüllen? Wie konnte er das bis dahin keineswegs sehr rentable Geschäft der polnischen Parzellierungsbanken so entwickeln, daß er wirklich 6 Jahre lang 25 % Dividende zahlte?

Wie hat Sikorski das erreicht und wie war es möglich, daß die anderen polnischen Bankinstitute, ihm nachahmend, ähnliche Erfolge erzielten? — Wie kam es, daß sich die Methode, die er befolgte, so offenbar von der früheren Art unterschied?

Der Kern seiner Methode lag in folgendem: Ignatz Sikorski, der ehemalige preußische Gerichtsvollzieher, hat den Polen klar gemacht, daß für die Parzellierungstätigkeit eine sehr genaue Gesetzeskenntnis gewinnbringend sei; und er hat ihnen ferner bewiesen, daß es gegen die Macht der preußischen Verwaltungsbehörden einen sicheren Schutz gibt: nämlich die Urteile des preußischen Oberverwaltungsgerichts zu Berlin.

Die parzellierenden Institute standen unter dem Gesetz vom 25. August 1876, das zwei wichtige Begriffe unterscheidet: „die Ansiedlung" und „die Kolonie".

Man durfte eine „Ansiedlung" schaffen, wenn die Parzelle durch einen jederzeit offenen Weg zugänglich war. Dagegen machte das Gesetz bei der Begründung einer „Kolonie" ganz andere Schwierigkeiten. Stellte sich heraus, daß die Gruppe der Ansiedlung als „Kolonie" anzusehen sei[1], so konnte die Genehmigung versagt werden, „wenn und solange die Gemeinde-,

[1] Kolonie = „eine größere Zahl in räumlichem Zusammenhange errichteter Ansiedlungen."

Kirchen- und Schulverhältnisse nicht dem öffentlichen Interesse gemäß geordnet waren".

Alle polnischen Parzellierungsinstitute hatten bis dahin mit der nicht nur unbequemen, sondern vor allem sehr kostspieligen Ordnung der Gemeinde-, Kirchen- und Schulverhältnisse zu tun gehabt. Jahr für Jahr mußte die Bank ziemski — sogar in den Zeiten der Loyalität — bedeutende Aufwendungen machen; und als 1895 der Bruch zwischen den polnischen Banken und den preußischen Behörden erfolgt war, fanden sich die Polen geradezu bedroht von jener Gesetzesbestimmung. So erregte es z. B. 1896 allgemeines Aufsehen, als ein polnisches Rittergut verhältnismäßig billig an die Ansiedlungskommission verkauft war, und man fragte, warum die Bank ziemski, deren Direktor von dem Verkaufe wußte, sich nicht gerührt habe. — Die Antwort auf diese Anklage war: „Der Landrat G. hätte so hohe Kautionen für Gemeindekosten verlangt, daß die Bank dadurch in Gefahr gekommen wäre." Und als man in demselben Jahre der Spólka ziemska in Thorn vorwarf, daß sie von einem Parzellierungsgeschäft zurückgetreten war, lautete die Antwort: „Die Behörde hat von uns nicht nur freie Abtretung eines Terrains für Schule und Kirche verlangt, sondern noch dazu 50 000 Mk. Kaution, und wir hätten daher bei diesem Geschäfte große Verluste erlitten."

Die Kosten für Gemeindeangelegenheiten! Das war die ewige Klage. Hierdurch wurden viele Geschäfte verhindert und manche Unternehmungen unrentabel.

Sikorski machte den Polen klar, daß man den Gesetzesbegriff der „Kolonie" ängstlich vermeiden müsse und sich statt dessen vorsichtig dem anpassen solle, was nach dem Urteile des Oberverwaltungsgerichts eine „Ansiedlung" war.

Selten hat wohl die Kenntnis des Gesetzes solche Früchte getragen wie in diesem Falle:

Um der „Kolonie" mit ihren Sorgen zu entgehen, machte Sikorski zunächst die sogenannte „Adjazentenparzellierung" zum System.

Die Adjazentenparzellierung, d. h. die Absplitterung von Güterstücken an benachbarte Besitzer galt bis dahin als wenig „national", weil dadurch keine neuen Stellen geschaffen wurden. Die Bank ziemski z. B. hatte von 720 Parzellen nur 170 an Adjazenten gegeben. Alles übrige waren neue polnische Häusler- und Bauernstellen. — Der Grundgedanke war der: wenn die Ansiedlungskommission deutsche Bauern ansiedelt, müssen wir Polen nach Möglichkeit polnische Bauern ansiedeln und können die Weggabe der Parzellen an benachbarte Besitzer nur als Notbehelf ansehen.

Jetzt dreht Sikorski die Methode völlig um: Zuerst möge man nach Möglichkeit an Adjazenten parzellieren. Denn dies könne von keiner Behörde beanstandet werden. Dann schaffe man im Anschlusse hieran einige Ansiedlungen und vermeidet so die gefährliche Gruppenform, die das Gesetz als „Kolonie" bezeichnete.

Einer so praktischen Lehre schlossen sich die anderen Institute schnell an; und jetzt wurde es die Kardinalfrage bei jedem polnischen Güterkaufe: Wie läßt sich die „Kolonie" vermeiden? Man schob die Ansiedlungen auseinander, ja man vermied sogar den Bau neuer Häuser und legte dies kontraktlich fest.

Vor mir liegt ein Vertrag, den ein polnischer Ansiedler mit einem polnischen Parzellierungsinstitut geschlossen, und in dessen § 1 er sich bereit erklärt, nur die Hälfte des Wohnhauses zu beanspruchen[1]. — Und wenn man solche Ansiedlungen besucht, findet man nicht zwei, sondern drei Familien in einem engen Hause.

In dieser vorsichtigen Beschränkung lag aber auch ein erheblicher finanzieller Vorteil für die polnischen Banken. Denn

---

[1] „Ich endesunterzeichneter Wirt N. N. erkläre hiermit, daß ich ein Vermögen von ca. 6000 Mark besitze. Ich pachte hiermit von der Bank . . . in Posen: von der Besitzung N. im Kreise (S. a) die Parzelle . . . mit einem Gesamtflächeninhalt von 11,44 ha, b) die Hälfte des Wohnhauses."

sie ersparten nicht nur die gefürchteten Gemeindekosten, sondern es ergaben sich ganz andere Ersparnisse.

Erstens ist die „Adjazentenparzellierung" im allgemeinen die rentabelste Form der Güteraufteilung. Zumal wenn es möglich ist, die Güter an umliegende Häusler und kleinste Bauern aufzuteilen.

Zweitens aber wurden die Polen auch durch die Notwendigkeit, so wenig wie möglich neue Häuser zu errichten, zu einer intensiveren Ausnutzung aller vorhandenen Gebäude gedrängt. — So ist z. B. eine Hauptsorge jedes Güterschlächters: Was mache ich mit den viel zu großen Dominialgebäuden, die der kleine Ansiedler nicht gebrauchen kann.

Die polnischen Banken waren gezwungen auch aus dieser Not auf folgende Weise eine Tugend zu machen:

Vor mir liegt ein Vertrag einer polnischen Bank, in dem sich das Institut verpflichtet, einem Ansiedler „in den Dominialgebäuden Unterkunft für sieben Stück lebenden Inventars zu gewähren". — Jeder erhielt Platz für sein Vieh, bis er sich allmählich einen eigenen Stall errichtet hatte. — So wurde gespart, der Ansiedler ist nicht gedrängt, sofort für Bauten erhebliche Summen auszugeben und — die polnische Bank kann ihm daher um so höhere Grundstückspreise abfordern.

Alles dies ist nicht „wirtschaftlich" im Sinne einer modernen Agrikulturtechnik, aber es ist rentabel für die unternehmenden Banken, und so scharf wurden die Ansiedler von dem Parzellierungsinstitut „geschraubt", daß sogar in der polnischen Presse Lärm entstand.

Schließlich hatte diese Methode noch einen Vorteil: man kam schnell vom Fleck. Wenn ein großer Teil des Gutes an Adjazenten parzelliert werden kann, wenn man die Umstände der „Kirchen-, Schul- und Wegeangelegenheiten" umgeht, wenn an Hausbauten ängstlich gespart wird — dann kann man doppelt und dreimal so viel parzellieren als bei der früher angewendeten Methode.

Jedoch es machte sich in dieser vermehrten Tätigkeit wieder das Schicksal jeder Parzellierungsbank geltend, daß überall die Geldmittel bald in Hypotheken festlagen und trotz der großen Depositen an flüssigem Kapital Mangel war. Die Ende der neunziger Jahre überall in Deutschland fühlbare Geldknappheit vermehrte diese Schwierigkeit für die polnischen Parzellierungsinstitute, bis 1900 der Umschwung der Konjunktur auch hier Wandel schaffte.

In wie geschickter Weise die führenden polnischen Effektenbanken die geänderte Marktlage ausnutzten und deutsches Kapital nach dem Osten zogen, ist an anderer Stelle geschildert worden[1]. Selbstverständlich versuchten auch die Parzellierungsinstitute sich die Situation zunutze zu machen, und zwar in folgender Weise:

Ende 1900 erschienen in Berliner Zeitungen Annoncen, in denen polnische Parzellierungsbanken Hypothekenbriefe zum Verkaufe boten. Die Bank parcelacyni bot zunächst Hypotheken im Betrage von ½ Million Mk., die auf Landgütern in Posen eingetragen waren und 5 % Zinsen brachten. Die Situation in Posen und Westpreußen erleichterte dies Manöver, denn auf dem Kapitalmarkte war wohlbekannt, daß die Güterpreise im Osten seit 1896 stark stiegen, und daß infolgedessen die Hypotheken sicher waren.

5 % für eine sichere Hypothek in Zeiten des Geldüberflusses ist eine verlockende Offerte, und man kann aus den Aktionen der polnischen Parzellierungsinstitute erkennen, daß ihre Offerte Erfolg hatte. Denn bald darauf sandte die Bank parcelacyni Agenten nach Westpreußen, um in den noch fast ganz deutschen Kreisen Karthaus und Danziger Höhe Güter zu erwerben.

Von 1901 ab brauchte keine polnische Bank sich mehr in Zeitungen um Hypothekenzessionen zu bemühen, denn das deutsche Privatkapital wendete sich von selbst den lohnenden Anlagen im Osten zu.

---

[1] Vgl. oben S. 297 ff., 402 ff.

B. Die Arbeitsweise der Spekulanten.

Eigentümlich ist die Haltung der Spekulanten im Nationalitätenkampfe. — Daß von den Summen, die im wirtschaftlichen Kampfe hin- und hergeworfen werden, manch Geldstück zur Seite fällt, daß manch einer satt werden kann, wenn er hier oder da bei den Deutschen oder bei den Polen diskrete Dienste leistet — ist selbstverständlich. Über dies unabwendbare Treiben im Hintergrunde brauchte man kein Wort zu verlieren.

Aber die Spekulation blieb nicht im Hintergrunde; sie drängte sich vor, sie machte sich breit; sie wirkte zum Teil sogar so mächtig, daß ein einziger Spekulant im Nationalitätenkampfe mehr bedeutete als ein großes Institut.

Bis 1897 etwa war von der neuen Form noch nichts zu bemerken. — Zwar haben schon in den 60er und 70er Jahren die Güterschlächter im Osten eine Rolle gespielt. Die Kreise Gnesen und Tuchel wissen davon zu erzählen. Jedoch der 1886 beginnende Kampf um den Boden hat die Spekulation eher eingeschränkt als ermutigt. Das erwartete schnelle Steigen der Grundstückspreise trat im ersten Jahrzehnt nicht ein: Im ersten Jahre ihrer Tätigkeit zahlte die Ansiedlungskommission durchschnittlich 568 Mk. pro Hektar, im zehnten Jahre zahlte sie 571 Mk. pro Hektar. Also eine nur geringe Differenz. Die Preise waren wohl in den ersten Jahren gestiegen, hatten dann aber bald wieder nachgelassen, zumal in der Versöhnungsära (1890—1894) vermutet wurde, daß die Ansiedlungskommission ihre Käufe einstellen werde.

Hierzu kam, daß die entstehenden polnischen Parzellierungsinstitute sich den Güterspekulanten feindlich zeigten. Die Bank ziemski und die Spólka rolnikow parcelacyna warnten vor Güterschlächtern und waren weit davon entfernt, mit den Spekulanten gemeinsame Sache zu machen.

Alles das änderte sich seit 1896 — die neue Kampfmethode der Polen war ja im Grunde nichts anderes als eine ins politische Gebiet gezogene Spekulation. Die lärmende Reklame

der Bank parcelacyni lockt eine Menge ansiedlungslustiger Polen herbei. Das Gütergeschäft wurde infolgedessen lohnender und die plötzlich rapid steigenden Bodenpreise waren geradezu eine Aufforderung an die Spekulanten, sich nach Kräften zu beteiligen.

Bei diesen Spekulanten, die, wie wir sehen werden, fast ohne Ausnahme zugunsten des polnischen Grunderwerbs arbeiten, bei diesen Männern kann man nicht immer deutlich erkennen, ob sie Polen oder Deutsche sind. Denn einigen verbietet der Beruf, einer bestimmten Nationalität anzugehören.

An der Spitze der Güterspekulanten stand eine romantische Figur. Ein Wesen, wie es nur der erbittertste Nationalitätenkampf erzeugen kann. Ein Güterspekulant, der zugleich Politiker und Journalist war. — Aber Politiker und Journalist nur soweit, daß er damit seine kühnen Güterspekulationen stützen kann. Ein Mann, der den Polen mehr Grund und Boden im Kampf erobert hat, als irgendeine polnische Bank, und der unserer Ansiedlungskommission mehr Schwierigkeiten gemacht hat als irgendein anderer. Seine Bedeutung aber ist gewachsen, indem er „Schule machte", denn bald bemühte sich eine ganze Reihe polnischer Spekulanten, ihm nachzutun.

Der Führer dieser für den Kampf um den Boden wichtigen Kategorie war der Pole Marcin Biedermann.

Seine interessante Tätigkeit begann damit, daß er in den 90er Jahren die Zeitung „Praca" (Arbeit) herausgab. Sie erschien wöchentlich und gab in der Hauptsache kurz wieder, was in der vergangenen Woche in den Tageszeitungen gestanden hat. Sie war ein Abklatsch der Tagespresse, daher gern gelesen und hat während der letzten Jahre etwa 10—12000 Abonnenten gehabt, eine für polnische Journalistik hohe Zahl[1].

Dieses Blatt war — ohne einen Charakter zu haben — den politischen Fragen, dem gesellschaftlichen Klatsch und der Reklame

[1] Kurz vor Biedermanns Zusammenbruch hat Adam Napieralski die „Praca" gekauft und sucht sie zu einem gut orientierenden politischen Blatt zu erheben.

gewidmet. Stets aber erörterte es die Bodenfrage, verfolgte sorgfältig den Kampf um den Boden und applaudierte den polnischen Käufern mit jener Lebhaftigkeit, die in den letzten Jahren auch in der anderen polnischen Presse üblich geworden ist.

Nebenbei unternahm Marcin Biedermann zuerst stillschweigend Gütergeschäfte unter der Firma: Drwęski & Langner in Posen. Besonders mittlere und kleinere Güter erwarb und verkaufte er und zeigte sich dabei als sehr geschickter Vermittler, der bei den Verhandlungen mit deutschen Gutsbesitzern „deutsche Käufer" vorschob und so das „Strohmännertum" in Posen schuf.

Da Biedermann nicht genügend eigenes Kapital besaß, um im Großen zu arbeiten, trat er nach 1900 in Verbindung mit der polnischen Verbandsbank, die ihm für Güterkäufe Geld vorschoß und sich am Gewinn beteiligen ließ[1]. Diese Geschäftsbeziehung ermöglichte es ihm, weit energischer als vorher zu arbeiten, und so machte sich seine Tätigkeit besonders in den Grenzkreisen (z. B. Strelno) stark fühlbar.

Immerhin hatte er bis dahin noch ziemlich still gewirkt und war aus dem Niveau der üblichen Bodenspekulation nicht hervorgetreten.

Dies änderte sich im Jahre 1901 völlig, und zwar in folgender Weise:

Damals kam in Posen die Meinung auf, die Provinz Schlesien sei ein besonders günstiges Gebiet für den Güterhandel, weil dort die Preise noch nicht so stark in die Höhe getrieben waren wie in Posen, und weil die oberschlesische Industrie eine dichte polnische Bevölkerung heranzog, die Lust zeigte, sich anzusiedeln. Hierzu kam, daß manche Bauern aus Posen ihr kleines Besitztum teuer an die Ansiedlungskommission verkauften und gern in Schlesien ein billigeres Anwesen erwerben wollten.

Die Folge war, daß um 1900 und 1901 auf dem östlichen Gütermarkt die Parole ausgegeben wurde: es ist rentabel, in

[1] Vgl. hierüber oben S. 275 ff.

Schlesien zu kaufen. So entstand in Beuthen eine polnische Parzellierungsgenossenschaft (Spólka parcelacyna, gegründet 1901), und bald drängten die Posener Institute, insonderheit die „Bank parcelacyni", nach Schlesien und auch die Spekulation suchte sich dieses Gebietes zu bemächtigen.

Für Biedermann bestand also ein starker, geschäftlicher Reiz in den schlesischen Gütermarkt einzugreifen, und er suchte sich sogleich durch einen politischen Coup in Schlesien einzuführen. Daß er hierbei die oberschlesische Politik „nur als Ware traktiert hat", warfen ihm später sogar polnische Politiker vor; sicherlich aber hat er die Kombination von Politik und Geschäft sehr schlau vollbracht:

Damals nämlich bestand in Oberschlesien unter den Polen Unzufriedenheit, weil sich der anerkannte und bewährte Führer Adam Napieralski mit der Zentrumspartei verbunden hatte, und man fürchtete, daß die Wahlen von 1903 infolgedessen ungünstig für die Polen ausfallen würden.

Plötzlich begann im Anfang des Jahres 1901 die allpolnisch-demokratische Blatt „Przegląd wszechpolski", das in Galizien erscheint, heftige Artikel zu bringen, in denen „das Auftreten neuer Kräfte in Oberschlesien" angekündigt wurde. — Gleichzeitig stimmte das ebenfalls allpolnisch-demokratisch geleitete Berliner Polenblatt „Dziennik Berlinski" in diesen Ton ein und verkündete eine neue Ära.

Offenbar war der Lärm gut vorbereitet, denn alsbald trat in Oberschlesien ein polnischer Student Adalbert Korfanty in stürmischen Reden gegen das Zentrum und gegen Napieralski auf, und eine mitten im Industriebezirk tagende Volksversammlung (im März in Königshütte) machte allen offenbar, daß die neue Bewegung schnell populär wurde. — Überall im Osten hieß es jetzt: der Schwerpunkt der polnischen Frage sei nach Oberschlesien hinübergerückt.

Diese Situation glaubte Biedermann benützen zu können, um seinen geschäftlichen Sprung nach Schlesien zu wagen und sich dort als unternehmender Patriot einzuführen. — Ende

März 1901 brachte seine „Praca“ eine Nummer, die speziell der oberschlesischen Frage gewidmet war und sich „an die oberschlesischen Brüder“ wandte, „um zu Euch, Ihr Brüder, mit der Botschaft zu eilen, daß alle Herzen in Posen für Euch brüderlich schlagen“.

Der Ton gefiel, und bald begründete Biedermann in Kattowitz eine Filiale der „Praca“, die sich nun dauernd mit den oberschlesischen Dingen befaßte[1]. Ja, er ging sogar noch weiter, indem er vom Sommer 1902 ab ein rein oberschlesisches, demokratisches Polenblatt herausgab, den „Górnoślązak“ („Oberschlesier“), der später von den Führern der neuen radikalen Bewegung gekauft wurde.

So führte sich der Güterhändler Biedermann in Schlesien ein, mit so tollen politischen Sprüngen, daß selbst die demokratische Partei in Posen Bedenken äußerte über die abenteuerliche Methode des Spekulanten. — Jedoch Biedermann hat es lange Zeit verstanden, größeres Ärgernis zu verhindern, teils durch den Einfluß seiner gut bezahlten Annoncen, die ganze Seiten füllten[2], vor allem aber durch seine unbestreitbaren Erfolge im Kampf um den Boden.

Hierbei bediente sich Biedermann natürlich all der Erfahrungen, die die polnischen Parzellierungsinstitute in 15 Jahren gesammelt hatten. Jedoch darüber hinaus brachte er zwei neue wirkungsvolle Faktoren zugunsten der Polen ins Spiel:

Erstens die gesellschaftliche Eitelkeit wohlhabender Polen.

Zweitens die Gewinnsucht deutscher Grundbesitzer.

I.

Die gesellschaftliche Eitelkeit der Polen, der slawische „Culte de la pose“.

Dem Polen in Preußen fehlt die Rennbahn des Ehrgeizes. Ihm steht weder eine akademische Laufbahn, noch eine militärische,

[1] Die „Praca“ Biedermanns ist nicht zu verwechseln mit der gleichnamigen Zeitung, die im benachbarten Beuthen schon seit früheren Jahren von Napieralski herausgegeben wurde.

[2] So z. B. im „Dziennik poznanski“ bis in die letzte Zeit Biedermanns.

noch eine Karriere in der Staatsverwaltung offen. So sucht der wohlhabende Pole nach anderen Erfolgen. Nichts aber kann ihn so berühmt machen, nichts ihn so glänzend beleuchten wie der Kauf eines Gutes aus deutscher Hand.

Dies benutzte Biedermann. Wenn ein Pole durch seine Vermittlung ein deutsches Gut kaufte, so hatte er die Gewißheit, daß die „Praca“ sich mit Begeisterung darüber äußern werde, die übrige polnische Presse aber nahm diese Töne auf, und wochenlang konnte man von einem Gutskauf lesen, der von Tag zu Tag mehr aufgebauscht schließlich zum nationalen Ereignis wurde.

Ein solcher Fall, der besonders lehrreich ist, weil er in Deutschland großes Aufsehen erregte, war folgender: Im Jahre 1905 wurde bekannt, ein polnischer Edelmann habe die Herrschaft Ossen in Schlesien für 1 200 000 Mk., einen viel zu hohen Preis, erworben.

Der polnische Edelmann, der bis dahin keine Rolle gespielt hatte, war mit einem Male ein nationaler Held; und die Erregung der deutschen Presse über den unerklärlichen Vorgang vermehrte nur seinen Ruhm.

Untersuchen wir den inneren Zusammenhang dieses glänzenden Vorganges, so begegnet uns zunächst der Name Biedermann. Er hatte den Kauf vermittelt und das ganze Unternehmen arrangiert. Weiter zeigt sich, daß der Käufer ein Mann ist, dem große Erbschaften zugefallen waren, und der einige 100 000 Mk. verlieren konnte, wenn er dadurch in den Genuß des Ruhmes kam. — So hatte er Biedermann beauftragt, ihm für etwa eine Million eine Herrschaft zu erwerben, und sein Auftrag wurde demgemäß ausgeführt.

Im Grunde also ein keineswegs unerklärlicher Vorgang.

Die reichen Polen, die sich in den ersten Jahren des Nationalitätenkampfes vorsichtig zurückhielten, aus ihrer Reserve gelockt zu haben, ist ein Hauptverdienst Biedermanns. Er reizte die Kauflust, indem er der Eitelkeit schmeichelte, und wenn die Zahl der zu solchen Opfern fähigen Polen auch nicht groß ist,

bedeutet sie doch eine Hilfstruppe im Kampf um den Boden, und zwar eine Hilfstruppe, die besonders geschickt ist, die kostspieligen „Demonstrationskäufe" vorzunehmen, die zu wochenlangen öffentlichen Erörterungen führen.

II.

Wir müssen aber noch tiefer in die Praxis der Spekulation eindringen und treffen dabei auf Vorgänge, die peinlicher sind als alles bisher Geschilderte.

Im Kampf um den Boden wurde jahrelang mit einer Vertragsbestimmung operiert, welche die Spekulanten den „Biedermann-Paragraphen" nennen, und der darauf zugeschnitten war, die Gewinnsucht deutscher Grundbesitzer auszunutzen.

Um die Bedeutung und Wirksamkeit dieser Einrichtung zu verstehen, muß man sich gegenwärtig halten, daß die gewaltigen Preise, welche der preußische Fiskus für Güter in Posen bezahle, eine unaufhörliche Verlockung bildeten.

Die vom Fiskus gezahlten Preise waren so hoch, daß sich jeder Landwirt sagen mußte: es ist höchst zweifelhaft, ob sich jemals wieder eine so günstige Gelegenheit bietet.

Infolgedessen drängten sich deutsche Grundbesitzer in Menge an die Ansiedlungskommission und boten ihre Güter zum Verkauf.

So wurden im Jahre 1903 der Ansiedlungskommission 210 000 ha deutschen Landes angeboten (gegen nur 35 000 ha polnischer Güter), im Jahre 1904 ebenfalls etwa 200 000 ha aus deutscher Hand (gegen etwa 20 000 ha aus polnischer Hand), und seit 1905 schließlich fehlte es fast ganz an polnischen Angeboten größerer Güter, während die Deutschen zahlreiche Güter zu verkaufen wünschten.

Diese stürmische Verkaufslust der deutschen Grundbesitzer äußerte sich mehr und mehr in rücksichtsloser Form, nämlich unterstützt durch die Drohung, daß das Gut in polnische Hand übergehe, falls der preußische Staat nicht sofort kauft. Sogar die sehr vorsichtig abgefaßte Denkschrift der Ansiedlungskommission

wies ganz unumwunden auf die Gewinnsucht der deutschen Grundbesitzer. So heißt es in dem Bericht 1905/06, S. 6 f.:

„Das Angebot trat — mehr noch als in den Vorjahren — in dringlicher Form und unter dem Drucke an die Ansiedlungskommission heran, daß bei Ablehnung des Ankaufs das angebotene Gut für die deutsche Hand verloren gehen würde, so daß eine ruhige und sachliche Prüfung und Entscheidung vielfach erschwert war."

Man macht sich kaum einen Begriff davon, wie rücksichtslos deutsche Grundbesitzer sich um die millionenreichen Kassen der Ankaufsbehörden drängten. Mitten im Winter, wenn das Land mit Schnee bedeckt ist und eine Schätzung gar nicht vorgenommen werden kann, wurden deutsche Güter dem Fiskus zu hohen Preisen angeboten mit der kurzen Erklärung, daß das Gut — falls die Entscheidung nicht innerhalb vier Wochen falle — in polnische Hände übergehen werde.

Hier nun, in solchem schwierigen Moment, greift die polnische Spekulation mit dem „Biedermann-Paragraphen" ein: Denn um die Situation zuzuspitzen, genügt die bloße Drohung des Grundbesitzers, er werde an Polen verkaufen, nicht. Auch ein polnisches Kaufangebot genügt nicht, denn die Behörden sind hiergegen bereits abgehärtet und wissen, daß solche Kaufangebote billig zu haben sind.

Es wird daher viel energischer vorgegangen: Der deutsche Grundbesitzer bietet sein Gut dem Fiskus an, an demselben Tage aber *verkauft er es* an einen polnischen Händler. Um jedoch „seinem Patriotismus gerecht zu werden", reserviert er sich bis zum Ablauf von vier Wochen ein Rücktrittsrecht und gestattet dem Fiskus, sich vier Wochen zu überlegen, ob er das Gut „retten" will.

Der Kaufvertrag aber, der mit Biedermanns Firma: Drwęski & Langner, geschlossen ist und z. B. den Preis von 600000 Mk. festsetzt, enthält folgenden Paragraphen:

„Wenn ein Dritter (scilicet: der preußische Fiskus) zugelassenermaßen bis zum (Datum) in den Kauf eintritt, soll

derselbe 30 000 Mk. mehr zahlen. Dieser Gewinn aber soll zwischen der Firma Drwęski & Langner und Herrn Rittergutsbesitzer X. geteilt werden."

Um aber das Feuer noch zu schüren und in den deutschen Kreisen, besonders aber bei den entscheidenden Behörden die gewinnbringende Nervosität zu vermehren, erscheint gleichzeitig im „Dziennik poznanski" folgendes (polnische) Inserat:

„Das deutsche Rittergut N. Kreis M. werden wir parzellieren. Wir machen daher alle Kauflustigen, besonders aber die Ortschaften J . . ., K . . ., P . . ., R . . ., S . . ., in deren Mitte das Rittergut liegt, auf diese günstige Gelegenheit aufmerksam. Möge jeder, der Ersparnisse im Hause hat oder Gelder bei einer Bank deponiert oder ein schuldenfreies Besitztum sein eigen nennt, die Gelegenheit benutzen, und eine Parzelle erwerben, da eine derartige Gelegenheit sich schwerlich zum zweiten Male bieten dürfte. Wir werden Parzellen in jeder beliebigen Größe verkaufen, von einem Morgen beginnend. Jeder kann sich die für ihn am günstigsten gelegene Parzelle in der gewünschten Größe aussuchen. Wer daher eine Parzelle erwerben will, der eile nach N., wo der Boden so billig ist. Schon von übermorgen ab können dort Kaufverträge geschlossen werden. Unser Vertreter ist bereits dort anwesend.

Drwęski & Langner,
Bankgeschäft in Posen."

Alle solche Verträge, Entschlüsse und Mitteilungen pflegten fast gleichzeitig zu erfolgen. An ein und demselben Tage erfuhr erstens die Öffentlichkeit, das deutsche Rittergut N. sei „von dem bekannten Polen Biedermann gekauft". An demselben Tage erhielt zweitens die preußische Behörde vom Gutsbesitzer die Aufforderung, innerhalb vier Wochen zu einem um 30 000 Mk. höheren Preise das Gut zu kaufen. An demselben Tage erfuhr drittens die polnische Bevölkerung im Osten, daß sogleich mit dem „Aussuchen von Parzellen" begonnen werde.

Und nun begann ein Durcheinander von Fragen und Klagen und Feststellungen und Richtigstellungen: der deutsche Gutsbesitzer

wurde mit Drohbriefen und Bitten und Mahnungen bestürmt, die preußische Behörde wurde gedrängt, das Gut zu „retten", schnell zu entscheiden, ehe die vier Wochen ablaufen.

Der einzige aber, der in diesen aufgeregten Wochen die Dinge ruhig gehen lassen konnte, war der polnische Spekulant, denn er erhielt entweder das Gut um 30000 Mk. billiger als es der preußische Staat erhalten hätte, oder er bekam 15000 Mk. Reugeld aus der preußischen Staatskasse.

Und nun lese man noch einmal jenen vorsichtig gefaßten Satz aus dem offiziellen Bericht der königlichen Ansiedlungskommission. Im ganzen seien 1905: 325 Güter meist aus deutscher Hand der Ansiedlungskommission zum Kauf angeboten worden[1]:

„Das Angebot trat aber — mehr noch als in den Vorjahren — in dringlicher Form und unter dem Drucke an die Ansiedlungskommission heran, daß bei Ablehnung des Ankaufs das angebotene Gut für die deutsche Hand verloren gehen würde, so daß eine ruhige und sachliche Prüfung und Entscheidung vielfach erschwert war."

Man wird den ganzen Inhalt dieses Satzes jetzt verstehen[2].

Man wird daraus ersehen, daß der oben beschriebene Fall kein seltener Einzelfall war und daß die Kenner des ostdeutschen Gütermarktes recht haben dürften, die da behaupten, die polnische Spekulation decke einen großen Teil ihrer unvermeidlichen Verluste durch solche Reugelder. Man wird es begreiflich finden, daß der „Biedermann-Paragraph" sehr beliebt geworden ist und

[1] Gekauft wurden von der Ansiedlungskommission 1905:

32000 ha aus deutscher Hand

und nur 2620 ha aus polnischer Hand.

Denn: „Beinahe vollständig ausgeblieben sind die Angebote größerer Güter von polnischer Seite." (Bericht der Ansiedlungskommission S. 7.)

[2] Die Regierungsdenkschrift „20 Jahre deutscher Kulturarbeit" sprach es S. 26 noch deutlicher aus: „Das spekulative Vorgehen nur von Gewinnabsicht geleiteter deutscher Besitzer, die auch vor unlauteren Mitteln nicht zurückschreckten . . ."

daß sich alle polnischen Spekulanten eifrig bemühten, solche zweiköpfigen Verträge zu schließen[1].

Also ist die Entwicklung im Nationalitätenkampfe dahin gekommen, daß die polnische Spekulation sich nicht damit begnügt, deutschen Boden zu erwerben und polnischen Boden festzuhalten, sondern sogar in den scheinbar neutralen Fällen, wo deutscher Boden an Deutsche übergeht, steckt die polnische Spekulation ihre schlauen Verträge dazwischen.

C. Die Befestigung des polnischen Grundbesitzes.

Die geschilderte Kampfesweise der großen Parzellierungsbanken und der Spekulanten erzeugte jedoch für die Polen selbst Gefahren.

Ende der neunziger Jahre wurden Klagen laut, daß die Rücksichtslosigkeit der Parzellanten einen verschuldeten und elenden Ansiedlerstand schaffe und daß die einst segensreichen Grundsätze der Rettungsinstitute mehr und mehr zur gefährlichen Maxime geworden seien. Besonders fiel es auf, daß an die armen Ansiedler, die den Pachtzins meist fern vom erworbenen Gütchen im Industriegebiet erwerben mußten, geradezu phantastische Forderungen gestellt wurden. „Die Parzellanten", so schrieb ein polnisches Blatt, „spekulieren in unwürdiger Weise auf eine große Tugend unserer Landbevölkerung, nämlich auf den heißen Trieb, Land zu erwerben und ihr Besitztum zu vergrößern."

[1] Das gilt auch nach Biedermanns Zusammenbruch. Im Sommer 1907 wagte Biedermann einen allzukühnen Sprung. Während er sich mitten in schwierigen Parzellierungsgeschäften befand, kaufte er das Gut Modrze für 2,1 Millionen Mark, ohne einen sicheren Wiederverkäufer in Aussicht zu haben. Das Gut war für polnische Zwecke nicht günstig gelegen, eignete sich nicht zur Adjazentenparzellierung und war viel zu hoch bezahlt. Seit jener Zeit „kränkelte" Biedermann, und schon im Winter 1907/8 erwartete man den Zusammenbruch. Jedoch eine Patriotin kam ihm zu Hilfe, und so konnte er noch eine Reihe von Zinsterminen überleben, bis schließlich der 31. März 1910 sein Ende brachte. Herr Biedermann hat sich im April 1910 entschlossen, gegen mich die Privatklage wegen Beleidigung zu erheben, jedoch habe ich seit der Ankündigung seines Rechtsanwalts (7. April 1910) nichts mehr von der Angelegenheit gehört.

Hierzu kam eine weitere Gefahr: die in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre rapid steigenden Bodenpreise bildeten für den alteingesessenen polnischen Bauernstand, der sehr verschuldet war, eine stete Versuchung zum Verkaufe, und zwar wollten die Bauern sich aus dem Erlöse einen größeren Besitz in Schlesien erwerben, wo die Bodenpreise niedriger waren. In der Tat traten auch seitdem in Mittel- und Oberschlesien viele polnische Bauern an Stelle der deutschen, jedoch auf diesem Wege ging doch manch polnisches Gut verloren. In Posen sah man daher die Lockerung des polnischen Bauernstandes als eine Gefahr an, und auf den Versammlungen der Bauernvereine wurde die Bekämpfung dieser Wanderungen zu einem ständigen Thema.

Eine nicht geringere Versuchung aber bildeten die hohen Bodenpreise *für den polnischen Großgrundbesitz*. Hier ereigneten sich um 1900 ähnliche Szenen wie 15 Jahre vorher nach Begründung der Ansiedlungskommission. Mitglieder berühmter Adelsfamilien ließen ihre Güter im Stich, um die hohen Preise auszunutzen.

So ging trotz der ausgedehnten polnischen Käufe manch Gut verloren, und trotz ihres Vordringens sahen die Polen doch deutlich die Gefahren der stürmischen Bewegung, die überall im Osten das Grundeigentum lockerte.

Die Führer des Bauernstandes und der Großgrundbesitzer drängten auf Abhilfe. „Befestigung des Bodens" wurde das Ziel, denn man sagte sich, das Polentum brauchte nicht Jahr für Jahr so gewaltige Anstrengungen zu machen, um Güter aus deutscher Hand zu erwerben, wenn man das erworbene Land wirklich festhalte. Der Pole müsse nicht nur Meister sein im Landerwerb, sondern *auch Meister im Festhalten des Landes*.

Wiederum stehen wir hier an einem Punkte, um den sich seitdem zahlreiche Legenden gebildet haben. Denn in der deutschen Öffentlichkeit bemerkte man zwar, daß seit 1900 die Polen weit zäher als früher ihren Boden festhielten, aber man bemerkte nicht, daß die Polen Institute geschaffen haben, die fast

ausschließlich dem „Festhalten" dienen. Man sah also nur den Erfolg und nicht die materiellen Mittel, man schrieb daher den Erfolg einzig und allein den moralischen Kräften der Polen zu und kam der Wirklichkeit nicht nahe genug.

I. Die Befestigung des polnischen Großgrundbesitzes.

Zur Befestigung des Großgrundbesitzes haben die Polen eine Einrichtung geschaffen, die — soweit ich sehen kann — nirgends ihresgleichen hat. „Związek ziemian" heißt das Institut. Seit es im Jahre 1902 entstand, ist seine Wirksamkeit auf dem östlichen Gütermarkte wohlbekannt. Diejenigen besonders, die an den Käufen der Ansiedlungskommission interessiert waren, wußten, daß ein fast erobertes Polengut unwiederbringlich verloren war, sobald die Worte „Związek ziemian" in das Grundbuch eingetragen wurden.

Um diese Wirksamkeit zu verstehen, muß man wissen, daß die Mitglieder des polnischen Großgrundbesitzes einander fast so kennen wie die Mitglieder einer Familie. Teils sind sie verwandt, teils verschwägert, jedenfalls aber miteinander bekannt von den Zusammenkünften im Bazar poznanski. Eine gemeinsame Organisation: der Zentralverein der Großgrundbesitzer, Towarzystwo centralne, hält sie zusammen unter der Führung einiger bedeutender Männer.

Dazu kommt die sorgfältige Personalienkenntnis, die jeden Deutschen, der in polnische Gesellschaft kommt, verblüfft. Die Kenntnis der persönlichen Beziehungen und Vorgänge wird von den gesellschaftlich gewandten Polen als soziale Tugend geübt und erstreckt sich auf alle wichtigen und unwichtigen Dinge. Man weiß, wie lange der Graf B. auf seinen Gütern anwesend ist, man weiß, daß er im vergangenen Jahre ein Gut in Parzellen verpachtet hat, man kennt auch die Gründe. Vom Rittergutsbesitzer Kr. weiß man, daß er seit seiner Rückkehr von Zakopane sehr gealtert ist, man weiß, daß sein Sohn wenig geeignet sein wird, das verschuldete Gut mit Erfolg zu bewirtschaften, man weiß, daß die Witwe des Guts-

besitzers St. große Lust hat, nach Posen zu ziehen, kurz — man weiß alles.

Nur in solchem Kreise konnte der Plan entstehen, einen Verein zu gründen, der fast nach Art eines großen Familienrates organisiert ist.

Schon mehrmals in den neunziger Jahren war der Gedanke erörtert worden, nach alter Weise „Familienverbände" zu begründen, die für das Festhalten der Güter sorgen könnten. Die Vorschläge waren halb altmodisch, halb phantastisch, jedenfalls aber höchst umständlich, liefen aber auf den erwünschten Plan hinaus, den Boden festzuhalten, ohne doch fideikommissarische Bindungen vorzunehmen.

Diese Gedanken nahmen mannigfache Formen an und schließlich kam man auf Veranlassung des Grafen Marcel Zoltowski zu der Meinung, daß es wohl möglich sei, einen Verband zu schaffen, der im wesentlichen mit Hilfe des gesellschaftlichen Druckes die Mitglieder zum Festhalten des Bodens zwinge. Dementsprechend wurde im November 1900 ein Verein Związek ziemian begründet, dessen Zweck in den Statuten recht unklar folgendermaßen umschrieben war:

„Zweck des Vereins ist die Vereinigung von Landwirten im gemeinschaftlichen Interesse des Grund und Bodens. Der Zweck soll erreicht werden durch Besprechungen und Beschlüsse der Mitglieder und durch Unterstützung hilfsbedürftiger Landwirte mit Rat und Tat."

Auch im übrigen waren die Satzungen ganz allgemein gehalten, und von einer Wirksamkeit dieses Vereins war zunächst auf dem Gütermarkt nichts zu spüren.

Da trat zu den lockeren und unbestimmten Ideen ein neues Element: Der Führer des Zentralvereins polnischer Großgrundbesitzer berichtete, es gäbe in Holland Verbände, die in genossenschaftlicher Organisation große Güter verwalteten. In ähnlicher Weise, so wurde vorgeschlagen, solle man den Verein Związek ziemian in eine Genossenschaft mit beschränkter Haftung verwandeln, mit der Aufgabe, Güter, die sich in

Gefahr befinden, zu administrieren. Nachdem dies seit dem Sommer 1901 hin und her erörtert worden war, beschloß im Januar 1902 die Generalversammlung, so zu verfahren. Der Verein wurde demgemäß aufgelöst, und Związek ziemian im Mai 1902 als Genossenschaft mit beschränkter Haftung eingetragen.

Der Charakter der Genossenschaft ist selbstverständlich polnisch und streng exklusiv. Mitglied der Genossenschaft kann nur werden, wer vom Vorstande einstimmig zugelassen ist. In Zweifelsfällen beschließt der Aufsichtsrat zusammen mit dem Vorstande über die Aufnahme. Ebenso können Aufsichtsrat und Vorstand einen Genossen ausschließen, ohne die Generalversammlung zu befragen; hierzu genügt, daß der Genosse, „sei es durch Worte, sei es durch Handlungen, der Genossenschaft irgendwie schadet".

Die so entscheidende Verwaltung besteht aus angesehenen, meist adligen Mitgliedern des polnischen Großgrundbesitzes, mit einem Worte: Der Związek ist in der Hauptsache ein Werk der „Schlachta".

Die ganz richtige Beobachtung, daß heute im polnischen Wirtschaftsleben die Schlachta nicht mehr die Führung hat, wird zuweilen allzusehr verallgemeinert und dem polnischen Adel eine allzugeringe Rolle zugewiesen. Der Związek ziemian beweist, wie der Adel, der in der Tat lange Jahre beiseite geschoben war, sich doch wieder geltend macht und mit Energie die neuen Wege geht, die die bäuerlichen Finanzleiter in den letzten zwanzig Jahren gebahnt haben [1].

Gerade in dieser Kombination aristokratischer Konnexionen mit modernen Finanzmitteln beruht der große Erfolg des Związek ziemian, den man in polnischen Kreisen den „erweiterten Familienrat" genannt hat.

Der „gesellschaftliche Druck", der „moralische Zwang", von dem soviel geredet worden war, hatte sich häufig als machtlose

[1] Vgl. oben S. 190 ff. „Die Stellung der polnischen Aristokratie."

Phrase erwiesen. Jetzt aber wurde der gesellschaftliche Druck mit festen, derben Instrumenten ausgerüstet: Denn das „Geheimnis" des Związek ist, daß das Institut die Eigenschaften eines diskret handelnden Familienrates und einer modernen Landbank in folgender Weise vereinigt:

Wenn durch die zahlreichen intimen Beziehungen der polnischen Grundbesitzer bekannt wird, daß irgendwo ein Gut ins Wanken kommt, erörtert sogleich der „erweiterte Familienrat" den Fall. Man spricht im „Bazar" darüber, daß der Eigentümer eines Gutes schwer erkrankt sei, und die Verwaltung jetzt zu wünschen übrig lasse. Oder ein Gut, dessen Besitzer kostspielige Neigungen zeigt, wird unsicher. Oder: ein junger, unerfahrener Mann, der gut täte, etwas von der praktischen Landwirtschaft zu erlernen, läßt sich statt dessen in den Reichstag wählen und treibt Sport in Berlin; oder ein Besitzer kommt in Subhastationsgefahr, oder die Witwe eines Rittergutsbesitzers will ihren Wohnsitz nach Krakau verlegen usw. usw.

In solchen Fällen nahender Gefahr wird der Eigentümer durch seine Verwandten oder Bekannten diskret ermahnt, sich um Rat an den Vorstand oder ein Aufsichtsratsmitglied des Związek ziemian zu wenden.

Die Mahnung wird leicht befolgt, weil in der Tat die erfahrensten und ehrenfestesten Männer in jener Verwaltung sitzen, und weil der um Rat Suchende dort nur mit „seinesgleichen" im strengsten Sinne irgendeines Standesdünkels zu tun hat.

Schon in diesem vorbereitenden Stadium also bedeutet das neue Institut einen immensen Fortschritt. Früher mußte sich der in peinlicher Lage Befindliche um Rat und Hilfe an die Bank ziemski oder die Bank parcelacyni wenden, also an Bankiers und Güterhändler. Jetzt ist ein leichterer Weg zu Grundbesitzern und Edelleuten offen, die ohnehin schon über seine Lage orientiert sind.

Auch der Fernstehende kann sich vorstellen, daß auf diese Weise der „gesellschaftliche Druck" und der „moralische Zwang"

viel wirksamer geworden sind als früher. An Stelle der allgemein gehaltenen Ermahnungen und Besorgnisse tritt die bestimmte Forderung: Geh' zum Związek, sprich mit Thadeus Szuldrynski oder Thadeus Jackowski.

Wenn die Unterredungen stattgefunden haben und einigermaßen festgestellt ist, ob und wie zu helfen ist, stellt der Gutsbesitzer den schriftlichen Antrag, der Związek ziemian möge die Verwaltung und Sanierung des Gutes übernehmen. Auf solchen Antrag hin begibt sich eine Sachverständigenkommission zum Gute, um den Stand zu besichtigen. Für die genaue Feststellung, ob alle Wirtschaftsgebäude in Ordnung sind, wird häufig ein bekannter Baumeister aus Berlin zu Rate gezogen.

Über diese Besichtigung wird selbstverständlich ein Protokoll verfaßt, in dem die Mängel des Gutes, die durch geeignete Maßnahmen (z. B. Drainage) beseitigt werden können, aufgezählt werden. Zugleich wird eine genaue Inventur aufgenommen.

Nunmehr wird der Eigentümer eingeladen, sich über seine persönlichen Vermögensverhältnisse, Schulden usw., bis ins Detail zu äußern. Ihm ist bekannt, daß er statutengemäß aus dem Verbande ausgeschlossen werden kann, falls er wahrheitswidrige Angaben macht.

Aus diesen beiden Feststellungen der sachverständigen Besichtigung des Gutes und der Vermögensdeklaration des Eigentümers ergibt sich, ob Hilfe möglich ist, und man kann über die Art der Hilfe schlüssig werden.

Es wird ein Vertrag geschlossen, der zum Beispiel folgendermaßen lautet (jeder Vertrag ist natürlich individuell):

Zwischen Związek ziemian, Genossenschaft m. b. H., und Herrn . . . . . wird vereinbart:

§ 1. Herr . . . . . gibt der Genossenschaft Związek ziemian Generalvollmacht.

(In der Generalvollmacht erklärt der Eigentümer sich zugleich verpflichtet, dem Związek sämtliche Auslagen zurückzuzahlen, falls die Vollmacht zurückgezogen wird.)

§ 2. Das Gut wird an Herrn ..... verpachtet und die Rechnungsführung durch die Kasse des Związek in Posen besorgt.

Oder:

Das Gut wird vom Związek verwaltet. Alle Ein- und Verkäufe (Düngemittel, Geräte, Ernte usw.) gehen durch die Kasse des Związek.

§ 3. Zur Oberaufsicht wird bestellt Herr ..... (ein benachbarter Grundbesitzer).

§ 4. Związek ziemian erhält pro Jahr außer den Zinsen für Auslagen 500 Mk. (Dieser Betrag war für ein Gut von 3000 Morgen vereinbart!)

§ 5. Herr ....., der die Oberaufsicht hat, erhält pro Jahr 1500 Mk.

§ 6. Związek ziemian wird die zweite Hälfte des Gutes drainieren lassen.

Oder:

Związek ziemian wird die Brennerei verbessern. (Das war der Fehler des Gutes: Man baute Hackfrüchte, hatte aber wegen der schlechten Verkehrsverhältnisse keinen genügenden Absatz. Dieser Mangel soll durch Vergrößerung der Brennerei beseitigt werden. — Die hierbei notwendigen Verhandlungen kann natürlich ein erfahrenes und angesehenes Mitglied des Związek ziemian viel leichter und erfolgreicher führen als der junge Gutsbesitzer, der das Gut vernachlässigt hatte.)

Solche Maßnahmen werden angewendet, wenn das Gut „verbummelt" war, ohne daß erhebliche Schulden darauf lasten.

Ist hingegen das Gut verschuldet, so muß der Związek versuchen, die gefährliche Last zu erleichtern. Zuweilen genügt hierzu schon die bloße Regulierung: Zahlreiche unbequeme kleine Hypotheken suchte man z. B. in ein großes Darlehen zusammenzufassen und eine Ermäßigung des Zinsfußes zu erreichen. Auch bei solchen Verhandlungen ist der Związek eine überlegene Partei, denn die Geldgeber in der Provinz Posen begegnen

dem Institut, zu dem die angesehensten und reichsten Männer gehören, viel nachgiebiger und höflicher als etwa dem verschuldeten Eigentümer. Auch ist der Związek in der Lage, durch Hingabe eines Zwischenkredits besonders lästige und berüchtigte Schuldner zu beseitigen und das Geld dann von anderer Seite aufzunehmen.

Jedoch nicht immer genügt die Regulierung. Zuweilen muß schärfer zugegriffen werden. So wurden z. B., um ein verschuldetes Gut wieder in Ordnung zu bringen, von 2000 Morgen 1400 Morgen in Parzellen verpachtet, meist an umwohnende Häusler, die von ihrer Arbeit einen guten Pachtschilling zahlten. Der Gutsbesitzer aber sitzt auf dem reduzierten Restgut von 600 Morgen, bis er im Laufe der Jahre wieder flott geworden ist.

Oder:

Es wurden in anderen Fällen Teile des Gutes, Vorwerke in Parzellen verkauft, um den Rest wieder gesund zu machen.

Diese Verfahren haben sich so bewährt, daß der Związek von seiner Gründung bis zum Kriegsausbruche etwa 80000 ha administriert und hiervon bereits einige Güter nach erfolgreicher Entschuldung und Umwandlung den Eigentümern zurückgeben konnte. Selbstverständlich muß sich der Gutsbesitzer während der Sanierungsprozedur, die sich jahrelang hinzieht, mit einem ganz geringen „Jahresgehalt" begnügen.

Welche Mittel sind notwendig, um solch Institut arbeiten zu lassen?

Da der Związek ziemian keine hoffnungslosen Geschäfte übernimmt, und da die eigenen Verwaltungskosten sehr geringfügig sind, da ferner jede Spekulation ausgeschlossen wird, so ist es möglich, mit geringen Mitteln zu arbeiten. Im wesentlichen braucht der Związek nur Gelder zu Zwischenkrediten. Wenn ein Gut noch nicht genügend saniert ist, um die Aufnahme einer Hypothek zu günstigen Bedingungen zu erreichen, und wenn

man doch einen drängenden oder sonstwie lästigen Gläubiger beseitigen möchte, gibt der vermittelnde Związek Geld.

Hierzu dienen teils die Betriebskapitalien, die jetzt etwa 3 Millionen Mark betragen[1], teils die Bank ziemski, mit der der Związek in dauernder Geschäftsverbindung steht.

Zu der vermittelnden, geschäftlichen Tätigkeit aber kommt eine Reihe ähnlicher Funktionen. Auch solche Gutsbesitzer, die keineswegs ihr Gut dem Związek in Verwaltung zu geben brauchen, erbitten doch den Rat der erfahrenen Bankleitung in schwierigen Fragen der Hypothekenentziehung, und anderseits sorgt der Związek in ganz hoffnungslosen Fällen, wenn das Vermögen nicht mehr zu retten ist, wenigstens dafür, daß polnische Güterhändler das verlorene Gut an Polen parzellieren.

Um sich hierbei gegen die Parzellierung an Deutsche oder gegen einen heimlichen Verkauf an die Ansiedlungskommission zu schützen, wendeten die Polen zuletzt auch mit Erfolg ein raffiniertes Mittel an. Sie ließen nämlich in verzweifelten und unsicheren Fällen, bevor sie das Gut einem Spekulanten auslieferten, ein Vorkaufsrecht für die Bank ziemski eintragen. Die Bank ziemski mußte auf Grund dieses Rechts von jedem Verkaufe vor Eintragung in das Grundbuch offiziell benachrichtigt werden. Verkaufte also der Spekulant einige Parzellen an Polen, so wird die Bank ziemski sich nicht rühren. Sobald er aber an Deutsche verkaufte, konnte sie für die betreffende Parzelle ihr Vorkaufsrecht geltend machen. Durch dieses Verfahren

---

[1] Die Entwicklung zeigen folgende Zahlen:

Jahr	Mitgliederzahl	Anteile	Reserven	Depositen
1902	284	13 700 Mk.	11 500 Mk.	12 500 Mk.
1903	404	32 900 „	22 300 „	14 000 „
1904	479	61 200 „	29 000 „	26 000 „
1905	564	101 000 „	40 000 „	49 000 „
1906	610	131 000 „	49 000 „	187 000 „
1907	625	150 000 „	55 000 „	208 000 „
1908	611	180 000 „	90 000 „	589 000 „
1911	542	247 000 „	170 000 „	2 312 000 „

wurde insbesondere der Ansiedlungskommission die Arbeit sehr erschwert. Denn wenn die preußische Kommission auch durch ein hohes Gebot das Gut erlangte, blieb doch das Vorkaufsrecht der polnischen Bank darauf haften, und die Bank ziemski konnte bei jeder Ansiedlung eines deutschen Bauern ihr Recht geltend machen. Infolgedessen war der Staat gezwungen, entweder auf den Ankauf des Gutes zu verzichten, oder aber der Fiskus mußte es als Domäne verwalten, konnte aber nie einzelne Parzellen an deutsche Ansiedler auflassen, ohne das Einspruchsrecht der Polen befürchten zu müssen.

Der Humor der Sache ist, daß die Polen für das Verfahren unsere preußischen Gerichte als Nachrichtensystem benutzen, denn der Grundbuchrichter hat dafür zu sorgen, daß die Bank ziemski rechtzeitig von jedem deutschen Manöver unterrichtet wird[1].

So arbeiten Bank ziemski und Związek ziemian bei der Befestigung des polnischen Bodens Hand in Hand. Der Związek ziemian bildet seit 1902 den Mittelpunkt, um den sich alle Bemühungen, den polnischen Großgrundbesitz zu befestigen, gruppieren, und die Polen bedauern nur, daß dieses Institut nicht zehn Jahre früher geschaffen worden ist.

Die Deutschen, die sich an vielen Stellen bemühen, von der geschickten Kampfesweise der Polen zu lernen, haben niemals versucht, den Związek nachzuahmen, weil von der Tätigkeit dieses Instituts wohl der Ruhm, nicht aber die Methode bekannt wurde. Jedoch selbst wenn die Deutschen versuchen wollten, eine ähnliche Organisation zu schaffen, könnten sie sicherlich auf einen ähnlichen Erfolg nicht rechnen. Denn der deutsche Großgrundbesitzerstand im Osten ist viel zu ungleichartig, um solche

[1] Polnische Spekulanten, die gelegentlich ein Gut durch Vermittlung von Strohmännern der preußischen Ansiedlungskommission anbieten, ließen ebenfalls ein Vorkaufsrecht für die Bank ziemski eintragen, um dieser Bank die Verantwortung zuzuschieben. Meist war das der Bank ziemski höchst unbequem. Die Bank mußte aus nationalpolnischen Gründen die Lasten dieses Rechtes tragen.

Bank wirksam werden zu lassen. Die Grundbesitzer, die aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands nach dem Osten gekommen sind, und die zu einem beträchtlichen Teil wieder nach westlichen Gebieten zurückstreben; die ihre Verwandtschaften in Pommern und Brandenburg und Sachsen wissen, können durch einen Związek ziemian nicht so gebunden werden wie ihre polnischen Standesgenossen.

In diesem wichtigen Punkte ist die polnische Schlachta den Deutschen im Osten aus natürlichen Gründen überlegen.

II. Die Befestigung des bäuerlichen Besitzes.

Ganz anders ist die Situation im bäuerlichen Besitz. Dort haben sich die Deutschen durch preußisches Gesetz ein wirksames Mittel geschaffen, angesiedelte deutsche Bauern festzuhalten.

Der zehnte Teil der Rente, die der angesiedelte deutsche Bauer dem Fiskus zahlt, kann ohne Zustimmung der Ansiedlungskommission nicht abgelöst werden. Für den Fall des Verkaufs oder der Subhastation aber steht der Ansiedlungskommission das Wiederkaufsrecht zum Taxwert zu.

Hierzu kommt die finanzielle Abhängigkeit. Die Ansiedlungskommission kann die Nachzahlung der Rente aus den Freijahren fordern, sie kann die Ergänzungsdarlehen, die sie dem Ansiedler gewährt hat, kündigen, sie kann etwaige Notstandsdarlehen zurückfordern. Mit einem Worte: Der Übergang deutscher Ansiedlerstellen an Polen ist in der Praxis völlig ausgeschlossen.

Solche Befestigung des Bauernlandes aber kann seit dem Jahre 1901 auch auf altangesessene, selbständige deutsche Bauern ausgedehnt werden. Denn auf Grund des Gesetzes vom 1. Juli 1902, „betreffend Maßnahmen zur Stärkung des Deutschtums in den Provinzen Westpreußen und Posen", kann die Ansiedlungskommission Bauernstellen für den Fiskus erwerben und „als Ansiedlungsgut" an den Verkäufer zurückgeben.

Alle diese Möglichkeiten, die die Gesetze den Deutschen gewähren, sind den Polen verschlossen. Da nun jährlich mehrere

Hundert polnischer Bauern durch Schulden bedrückt und verlockt durch die hohen Preise ihre Stellen zum Verkauf bieten, suchten die polnischen Führer nach Mitteln, den bäuerlichen Besitz zu befestigen. Denn die rücksichtslose Spekulation, die den Polen viele tausend Hektar Gewinn brachte, führte auch furchtbare Mißstände herbei, und je schärfer der Kampf um den Boden wurde, um so dringlicher erschien es, den Boden nicht nur zu erwerben, sondern ihn vor allen Dingen auch festzuhalten. Aber alle Versuche, die Bauern, die ihr Land verkauften, öffentlich zu brandmarken und sie in den Versammlungen der Bauernvereine als Verräter und Verlorene zu zeichnen, nützten wenig. Auch bei den Bauern also brauchte der moralische Zwang eine materielle Unterstützung.

Hier griff im Jahre 1901 die polnische Geistlichkeit ein.

Die polnische Geistlichkeit hat vor 1901 nirgends direkt an dem Kampf um den Boden teilgenommen. Wohl haben sich die Pröpste der neugegründeten polnischen Kolonien in Pinschin, Olobok, Wilkowo usw. angenommen und sie entwickelt, eine für jeden katholischen Seelsorger selbstverständliche soziale Tätigkeit. Jedoch an der Leitung der Parzellierungsbanken hatten die Geistlichen sich nirgends beteiligt. Weder in der Bank ziemski, noch in den beiden großen Posener Parzellierungsgenossenschaften.

Diese Zurückhaltung einer Geistlichkeit, welche in allen wirtschaftlichen und sozialen Instituten die Führung hat, erklärt sich daraus, daß der Güterhandel im Nationalitätenkampfe einen Charakter erhielt, der mit der geistlichen Tätigkeit sich schwer vereinigen läßt. Die Heimlichkeit, die Überrumpelung, das Vorschieben von Strohmännern, der stille Kampf gegen Hypothekengläubiger, die die „Schlinge zuziehen wollen", sind fast unvermeidliche Vorgänge, und es schien kaum denkbar, daß ein Propst oder Vikar, ohne seiner Stellung etwas zu vergeben, die Führung im Güterhandel, in den Parzellierungen, im Kampf gegen die Ansiedlungskommission übernehmen könne.

Hierzu kamen finanzielle Rücksichten: es schien bedenklich, das Netz von Kreditvereinen, das meist geistliche Hände über Posen und Westpreußen ausgebreitet hatten, in den Dienst des Güterhandels und des Parzellierungsgeschäfts zu stellen, und der Prälat Wawrzyniak hat sich lange geweigert, hierzu seine Genehmigung zu geben, da er das mit Recht als ein gefährliches Unternehmen ansah.

Aber der Kampf um den Boden riß alles in seine Kreise und schonte nicht die soliden Grundsätze. Die Geistlichkeit konnte auf die Dauer im Kampf um den Boden nicht fehlen. Schon viel zu lange fehlte sie. Jeder Pole, der die Finanzarbeit der Pröpste kannte, mußte sich sagen, daß sich mit ihrem Bankensystem wohl Institute verbinden ließen, die Erhebliches für den polnischen Grundbesitz leisten könnten. Ja, sogar in der polnischen Geistlichkeit selbst bildete sich eine Gruppe, die den Patron Wawrzyniak wegen seines Zögerns tadelte, und deren Führung der Propst Moyzikiewicz in Priment übernahm[1].

Dieser Mann beobachtete in seiner Parochie, daß die großen und berühmten polnischen Parzellierungsbanken dort nur wenig leisteten. Jahr für Jahr wurden in der Umgegend von Priment polnische Bauern von ihren deutschen Gläubigern zur Subhastation gedrängt, ohne daß eine polnische Landbank eingriff.

Die Ursache der Mißerfolge war leicht zu erkennen. Die großen Posener Banken waren über die Vorgänge in dem weithin verteilten Bauernstande nicht genügend orientiert. Wie sollte auch wegen solcher kleinen Objekte jedesmal ein Vertreter der Bank nach Priment reisen, und wie konnte eine große Bank mit den Bauern arbeiten, wenn auf jedem Gütchen 10—15 kleiner Hypotheken zugunsten deutscher Getreide- und Viehhändler eingetragen waren!

Propst Moizikiewicz machte deshalb 1901 in ganz bescheidenem Umfange den Versuch, eine Parzellierungsbank in Priment zu begründen. Das heißt, er versammelte einige Wirte

[1] Vgl. über dessen Tätigkeit oben S. 359 ff.

und Großgrundbesitzer der Umgegend, erklärte denen seinen Plan und zeigte ihnen, daß das Experiment ohne großes Risiko vorzunehmen sei. Eine Genossenschaft mit beschränkter Haftung solle gegründet werden, für die jeder 300 Mk. als Anteil (in jährlichen Raten zu 100 Mk.) zahle und mit höchstens 600 Mk. hafte. Die Grenzen möglicher Gefahr seien mithin genau zu überblicken. Die Genossenschaft solle, sobald sie mit ihren Geschäften beginne, von der Primenter Bank ludowy, deren Gründer und Leiter Moizikiewicz ist, ein Darlehn erhalten, müsse aber als Sicherheit die Hypotheken verpfänden, die sie bei der Regulierung von Bauerngütern erwerbe.

Enge Angliederung also an die Bank ludowy in Priment, das war die Grundbedingung. Nur auf solche Weise können überhaupt im polnischen Bankennetz, das auf Staatshilfe nicht rechnen kann, neue Knoten und Knötchen entstehen.

Die so gestützte Bank parcelacyni behielt Moyzikiewicz selbstverständlich scharf im Auge. Sein Vikar — der bald in der Kenntnis des Grundbuchwesens mit jedem Notar wetteifern konnte — übernahm die Leitung, und nach zweijähriger stiller Arbeit berichtete der Propst auf dem polnischen Verbandstage zu Ostrowo über das Ergebnis.

Sein Bericht machte einen so großen Eindruck, daß wenige Monate später eine ganz ähnlich organisierte Bank in Schrimm entstand (1903). Im folgenden Jahre ahmten die westpreußischen Polen dies nach, indem sie in Berent und Tuchel zwei kleine Parzellierungsbanken gründeten. Im Jahre 1905 folgten Kosten und Wreschen, 1906 Ostrowo, 1907 Löbau, 1909 Gollantsch, Lobsens und Flatow W.-Pr., 1910 Gnesen, Mogilno und Wreschen, 1911 Hohensalza, Görchen, Punitz und Schwetz W.-Pr.

Den Deutschen brachte dieser Schwarm von polnischen Parzellierungsbanken eine ganz besondere Überraschung. Denn im Jahre 1904 war ein Gesetz in Kraft getreten, das die Begründung

polnischer Bauernstellen fast unmöglich machte[1]. Erwartet hatte man infolgedessen die Liquidation oder den Bankerott polnischer Parzellierungsinstitute. In Wirklichkeit aber trat im Gegenteil jene beschleunigte Neugründung ein, deren Abschluß noch immer nicht erfolgt ist.

Wovon wollen alle diese Banken existieren, da ihnen die Begründung polnischer Ansiedlungen unmöglich gemacht zu sein scheint? -

Betrachtet man die Arbeitsweise der kleinen Institute genauer, dann löst sich dies Rätsel. Denn sie arbeiten durchaus nicht nach den Methoden der großen Parzellierungsbanken, die durch das Gesetz von 1904 zum Teil sehr empfindlich getroffen worden sind, sondern sie dienen in erster Linie der Befestigung des polnischen bäuerlichen Besitzes.

Durch zwei Ereignisse wird der bäuerliche Besitz gelockert und bedroht: durch den Erbgang und durch die Kündigung von Hypotheken.

Im Leben der Bauern kommt kaum etwas diesen Ereignissen gleich, und wer es vermag, an diesen beiden Punkten einzugreifen, hält die Bauernschaft am sichersten in seiner Gewalt. Die Geschichte des ländlichen Bodenwuchers kennt die Worte: Erbgang und Schuldenkündigung; um aber ganz zu verstehen, wie diese Chancen im Osten liegen, muß man einen Blick in die Grundbuchverhältnisse werfen und außerdem das System von Wechselverbindlichkeiten kennen, das den Bauer fesselt.

Ein polnischer Bauer mit mittlerem Grundbesitz — etwa 50—200 Morgen — kommt aus den Schulden schwer heraus. Als junger Mann hat er das Gut übernommen und seine Geschwister abgefunden, also — Schulden aufgenommen. Wenn seine Schulden in lebenslanger Arbeit allmählich getilgt sind,

[1] Sog. „Ansiedlungsnovelle".

ist die neue Generation herangewachsen und das alte Spiel beginnt von neuem.

Auf dieser unvermeidlichen Bahn aber liegen noch mancherlei Fußangeln. Da sitzen vor allem auf dem bäuerlichen Hof die greisen Ausgedinger und Altsitzer, die nicht leicht zu Regulierungen oder gar zur teilweisen Parzellierung ihre Zustimmung geben, die sich jeder Änderung mißtrauisch und zäh widersetzen, die taub sind, wenn der Notar mit ihnen spricht, und blind, wenn ihnen ein Blatt zur Unterschrift vorgelegt wird. Hierzu kommt, daß der Bauer die deutschen Gesetzesausdrücke nicht versteht und vor den Gerichten eine fast unbesiegbare Scheu hat. Die Bäuerin gar, deren Name gleichfalls oft im Grundbuch steht, kann überhaupt kein Wort deutsch und vermehrt die Furcht und Unsicherheit.

Im wohltuenden Gegensatz aber zu diesen schlimmen Schwierigkeiten präsentiert sich eines Tages ein höflicher Geldgeber, der bereitwillig einige hundert Mark gegen Wechsel zahlt und später in bequemster Weise die Eintragung ins Grundbuch veranlaßt.

Dieser Zustand hat nicht nur jahrelang, sondern jahrzehntelang gewährt und vielfach durch mehrere Generationen. Infolgedessen sieht die typische Schuldenliste eines polnischen Bauern etwa so aus:

Auf seinem Gütchen, das 80 Morgen umfaßt, ruhen 14 Hypotheken. (Es gibt Bauerngüter, die mit 18 und 20 Hypotheken belastet sind.) Die ersten beiden Hypotheken, die 2500 Mk. betragen, sind zu 5 % aufgenommen. Dann folgen 900 Mk., 650 Mk., 300 Mk., 700 Mk., 110 Mk., sämtlich zu 6 %. Alle diese Gelder hat der Bauer im Laufe langer Jahre von „befreundeten Händlern" bekommen. Eines Tages aber sind die kleinen Hypotheken im Besitze fremder Leute, die in Posen oder in Breslau oder in Berlin wohnen. Und nun kommen die Mahnungen oder gar die Kündigung einer Hypothek, Sorgen und Angst, und der ratlose Mann läuft zur Bank ludowy.

In der Bank steht der geängstigte Bauer in einem Zimmer,

wo kein anderer ihn hört, vor seinem Propst; nun kann er seine Schulden beichten, und bei der Gelegenheit kommt auch zutage, daß neben den Hypotheken noch einige Wechsel im Umlauf sind.

Die Art der Regelung wird jetzt besprochen, oder — besser gesagt — vom Vorstande der Bank bestimmt. Es ist eine Angelegenheit für die kleine Bank parcelacyni. Die Bank erhält also Vollmacht, beschafft sich die nötigen Unterlagen und hat bald ein deutliches Bild der Situation. Häufig ergibt die Prüfung, daß der Bauer gar nicht überschuldet ist, gerade gegenwärtig, wo der Preis der Bauerngüter sich in 10 Jahren verdoppelt hat, zeigt sich oft, daß die Hypothekenserie nicht $^2/_3$ des Wertes übersteigt. Aber gefährlich und lästig ist die Art der Hypotheken.

Die Lehrbücher der Jurisprudenz und Volkswirtschaft kennen ja manche Arten der Verschuldung. Diese Art aber kennen sie nicht; nämlich daß die Zinsen von 10 bis 15 Hypotheken nicht am Quartalsersten fällig sind, sondern an zufälligen Tagen. Der Zins der einen Hypothek ist mit 20 Mk. am 13. Mai zu zahlen, am 27. April sind 15 Mk. zu zahlen, am 10. Januar 8 Mk. usw. usw., ferner sind die Summen nach allen Himmelsrichtungen zu senden, bald nach Wollstein, bald nach Breslau, bald nach Posen, bald nach Tuchel.

Durch alle diese kleinen Wirrnisse, die dem unkundigen Bauer viel Kopfzerbrechens machen, wird schon bei verhältnismäßig geringen Schulden eine ewige Unruhe hervorgebracht, Termine werden versäumt, und wenn dann alle paar Monate eine energische Ermahnung eintrifft, glaubt sich der Schuldner am Rande des Abgrundes.

Weiter zeigt die Prüfung, daß der Bauer manche Schulden hat, für die er nur 5 % zahlt, die aber durch Wechsel doppelt befestigt sind und jeden Tag sofort gekündigt werden können.

In allen solchen Fällen, in denen die Verschuldung nicht zu hoch ist, aber die Art der Schulden Gefahren bringt, ist die Ordnung meist leicht herzustellen, und es wird z. B. folgendermaßen verfahren:

Wenn die Finanzkräfte der Bank parcelacyni ausreichen, werden sämtliche Hypotheken bis auf die ersten 2500 Mk. gekündigt. Die ganze Reihe der kleinen Schulden wird dann in zwei große Hypotheken verwandelt, deren erste zu 5% die polnische Volksbank übernimmt, während die zweite 6%ige Hypothek an die polnische Parzellierungsbank übergeht. Gleichzeitig werden die Bedingungen für eine schnelle Tilgung der 6%igen Hypothek vereinbart.

Reichen die Mittel der Bank parcelacyni nicht aus, so beschränkt sich die Regulierung vorläufig auf die unangenehmsten Gläubiger und auf die Beseitigung der störenden Terminverschiedenheiten.

In ernsteren Fällen, wenn die Verschuldung bedenklich hoch ist, muß schärfer zugegriffen werden, die Parzellierungsbank muß dann meist einige Parzellen vom bäuerlichen Besitz abtrennen und an umwohnende Häusler verkaufen, die gern ihren kleinen Besitz erweitern und mit Hilfe ihrer Lohnersparnisse einen hohen Preis verzinsen und tilgen können. Die so abgesplitterten Parzellen betragen zuweilen nur je ½ bis 4 Morgen und werden an 10—20 Häusler verteilt. Der Rest des Bauerngutes wird dadurch von der Überschuldung befreit.

Häufig aber sind nicht die ungünstigen äußeren Verhältnisse schuld, sondern der Bauer verdankt es seiner persönlichen Minderwertigkeit, daß er vom Ruine bedroht wird. Er liebt den Trunk oder schläft bei der Arbeit ein und vernachlässigt die Wirtschaft.

In solchen Fällen macht die Bank parcelacyni wohl den Versuch, den Bauern zu halten, indem sie selbst zwar das Eigentum übernimmt, ihn aber als Pächter auf seiner Wirtschaft sitzen läßt unter der Bedingung, daß er binnen 4 oder 5 Jahren einen bestimmten Betrag, den ihm die Bank ludowy auf sein Gut lieh, getilgt hat. Gelingt die Tilgung nicht, vernachlässigt er wie vorher die Wirtschaft, so verkauft die Bank das Gütchen an einen andern Bauer.

Solche Regulierungsarbeiten, die tief in das bäuerliche

Schicksal einschneiden, bilden die Haupttätigkeit der kleinen Bank parcelacyni, während sich die großen Parzellierungsinstitute mit solchen „Lappalien" nicht abgeben konnten und manche halb vernichtete Existenz im Stiche ließen.

Das summarische Urteil, „die polnischen Parzellierungsbanken bewuchern den polnischen Bauer", ist daher sicherlich nicht richtig. Auf die halb wucherische, halb spekulative Tätigkeit einiger Parzellierungsinstitute habe ich deutlich hingewiesen; aber man unterscheide scharf die Spekulanten, die unter allen Umständen Parzellen zu hohen Preisen losschlagen wollen und — wenn es sein muß — den Bauer betrunken machen, damit er im Rausche unterschreibt — — und anderseits die regulierende und erziehende Tätigkeit kleiner Institute, die wirtschaftlich und moralisch das Beste leisten.

Freilich für das Deutschtum sind gerade diese kleinen Banken, die meist mit Erfolg wirken, sehr gefährlich. Denn erstens werden die polnischen Bauernstellen, die leicht in deutsche Hände übergegangen wären, „befestigt", indem sich die Bank ludowy eine Hypothek und die Bank parcelacyni wenn möglich ein Vorkaufsrecht sichert. Zwar können die Polen ihre Bauern nicht so fesseln, wie es die gesetzlich privilegierte Ansiedlungskommission vermag, aber die Polen erreichen praktisch ganz Ähnliches, indem sie ihre Bauern durch Kreditgewährung und Vorkaufsrechte binden.

So befestigen die Polen ihr Bauernland und gleichen nach Möglichkeit den Vorteil aus, den das Gesetz der preußischen Ansiedlungskommission gewährt.

Nebenbei aber greifen die kleinen Banken gelegentlich auch in deutsches Bauernland ein. Sie kaufen deutsche Bauerngüter, die in polnischer Umgebung liegen, zahlen hohe Preise und erhalten von den Häuslern, an die sie parzellieren, genügend Renten, um auf ihre Kosten zu kommen. Hin und wieder wagen

sie sich an größere Güter. So erwarb z. B. eine kleine Parzellierungsbank ein 1000 Morgen großes Gut, wovon 600 Morgen an umliegende Bauern und Händler zu guten Preisen parzelliert wurden, während der Rest im ganzen verhältnismäßig billig verkauft worden ist. Zu solcher „glatten" Parzellierung, die mit dem Ansiedlungsgesetz von 1904 nicht kollidiert, gehört freilich eine so vorzügliche Ortskenntnis, wie sie nur die kleinen Banken besitzen. Die umwohnenden Bauern nehmen je 4—40 ha zu ihrem eigenen Land hinzu, im Notfalle wird auch ein Haus für zwei und drei Familien eingerichtet, die bestehenden Insthäuser werden in Bauernhäuser verwandelt, so daß keiner der polnischen Käufer in die hoffnungslose Lage kommt, eine „Ansiedlungsgenehmigung" von der Behörde zu erbitten.

So wirken diese unscheinbaren Institute, und ihr Urheber hatte völlig recht, als er sagte: „Ich behaupte, daß die in letzter Zeit entstehenden kleinen Parzellierungsbanken der Gesamtheit (scilicet der Polen) unschätzbare Dienste leisten können."

Also haben die Polen, während sie ihre Kampfmethoden im Laufe von zwei Jahrzehnten entwickelten, eine ganze Reihe verschiedenartiger Institute geschaffen, und zwar hat die organisierte Arbeit der Polen im Kampfe um den Boden sich in periodischem Aufbau allmählich **verdreifacht**, und den Charakter des Erdrückenden und Wuchtigen hat der polnische Anprall gerade durch diese Steigerung erlangt:

(Vgl. die Tabelle auf S. 566.)

Jede dieser drei Kolonnen repräsentiert gewissermaßen eine soziale Schicht, denn nacheinander entstanden, wie wir sahen, die Kampfinstitute des Adels (I), der „bürgerlichen Unternehmer" (II) und der meist von Geistlichen geleiteten Bauern (III). Nacheinander traten diese drei Gruppen auf, um sich zu ergänzen und zu korrigieren. Die „bürgerlichen Unternehmer" (II) betraten den Kampfplatz, weil das Vorgehen des Adels den meisten Polen zu langsam erschien;

Jahr	I. Bank ziemski und Tochterinstitute	II. Die großen Parzellierungs-genossenschaften in Posen	III. Die bäuerlichen Parzellierungsbanken in den Provinzen Posen-Westpreußen
1886	Bank ziemski, Posen		
1887	↓		
1888	↓		
1889	↓		
1890	Spólka ziemska, Posen		
1891	Spólka ziemska, Thorn		
1892	↓		
1893	↓		
1894	↓	Spólk rolników parc.	
1895	↓	↓	
1896	Spólka ziem., Oloboł	↓	
1897	↓	Bank parcelacyni	
1898	Spólka ziem., Wiekowo	↓	
1899	↓	↓	
1900	↓	↓	
1901	↓	↓	Bank parc., Priment
1902	Związek ziemian	↓	
1903	↓	↓	Bank parc., Schrimm
1904	↓	↓	Spólka parc., Berent
	↓	↓	Spólka parc., Tuchel
1905	↓	↓	Bank parc., Kosten
	↓	↓	Bank parc., Wreschen
1906	↓	↓	Bank parc., Ostrowo
1907	↓	↓	Spólka parc., Löbau
1909	↓	↓	Spólka ziemska, Golantsch
	↓	↓	Bank ziemski, Lobsens
	↓	↓	Bank parc., Flatow i. W.-Pr.
1910	↓	↓	Bank ziemski, Gnesen
	↓	↓	Spólka ziemska, Mogilno
	↓	↓	Spólka ziemska, Wreschen
1911	↓	↓	Spólka ziemska, Hohensalza
	↓	↓	„Gleba", Görchen
	↓	↓	Spólka ziemska, Punitz
	↓	↓	Spólka ziemska,
seit	↓	↓	Schwetz i. W.-Pr.

1912 fand keine neue Gründung statt.

weil der Adel aus Furcht, den Großgrundbesitz zu vernichten, nicht schnell genug parzellierte. Die Geistlichkeit (III) aber, die

sich lange vom heiklen Gütergeschäft zurückgehalten hatte, griff erst ein, als der Kampf so sehr ein Teil des volkswirtschaftlichen Lebens geworden war, daß man erstaunt fragte: weshalb halten sich die Geistlichen fern? „Denn" — so hieß es in einer polnischen Flugschrift — „der Geistliche kennt die Güter, welche Rettung brauchen, er kennt jedes Stück Land, das zum Verkauf steht, und er kennt die Landwirte, welche das Geld und die Absicht haben, Land zu kaufen." Wenn die Geistlichkeit sich beteiligte, „brauchten wir keinen Morgen Land zu verlieren".

Schluß.

Ergebnis des Kampfes um den Boden.

Man wird heute, nachdem Deutschland die Gebiete des Ansiedlungskampfes an Polen hat abtreten müssen, eine Antwort verlangen auf die Frage, wer denn im Kampf um den Boden der Stärkere war.

In den Archiven des Preußischen Statistischen Landesamtes befinden sich Materialien, welche eine einwandfreie Antwort ermöglichen. Denn seit dem Jahre 1896 sandte jedes Amtsgericht der Provinzen Posen und Westpreußen jährlich einen Bericht in folgender Form an den Landrat:

Nachweisung
über den Besitzwechsel von Gütern und ländlichen Grundstücken im freien und im Zwangsversteigerungsverkehre
im Amtsgerichtsbezirke .....
für den Kreis .....
während des Jahres ....."

In dem Formular sind folgende Angaben bei jedem Besitzwechsel zu machen:

1. Laufende Nummer .....
2. Bezeichnung der Gemeindeart .....
   (Stadt, Landgemeinde oder Gutsbezirk)
3. Name der Gemeinde und Bezeichnung des Grundstückes .....
4. Größe des dem Besitzwechsel unterlegenen Gesamt- oder Stammgrundstückes .....
5. Größe des dem Besitzwechsel unterlegenen Trennstückes .....
6. Vor- und Zuname des früheren Besitzers bezw. des Subhastaten .....
7. Nationalität des früheren Besitzers bezw. des Subhastaten .....

8. Vor- und Zuname des Erwerbers .....
9. Nationalität des Erwerbers .....

Der Besitzwechsel erfolgte durch:

10. Kauf, Tausch usw. im freien Verkehre .....
11. Kauf usw. im Zwangsversteigerungsverkehre .....
12. Erbgang, Vermächtnis, Schenkung von Todeswegen, Grundstücksüberlassung bei Lebzeiten des Eigentümers usw. .....
13. Bemerkungen .....

Diese Meldungen wurden vom Landrat ergänzt und an das Preußische Statistische Landesamt gesandt, um dort geprüft und verarbeitet zu werden. Lediglich die summarischen Endziffern wurden veröffentlicht. Im übrigen dienten die Aufstellungen als Geheimmaterial zur Information der Staatsverwaltung.

Aus dem Material ergibt sich folgendes:

Nur in 15 Kreisen der Provinzen Posen und Westpreußen haben die Deutschen von 1896 bis 1914 an Boden gewonnen. In 49 Kreisen hingegen sind die Deutschen trotz aller Anstrengungen der preußischen Ansiedlungskommission, trotz der Ausnahmegesetze gegen die polnischen Siedlungen zurückgedrängt worden.

Noch ungünstiger erscheint das Ergebnis, wenn man in Betracht zieht, daß die großen deutschen Gewinne in den Kreisen Lissa und Rawitsch nur Zufallsgewinne waren[1].

[1] Fürst August von Sulkowski, der Stifter des Majorats Reisen, das zum Teil (5587,75 ha) im Kreise Lissa, zum Teil (2038,49 ha) im Kreise Rawitsch liegt, hatte 10 Jahre vor der zweiten Teilung Polens eine Bestimmung getroffen, die sich aus den damals herrschenden Hoffnungen der nationalen Wiedergeburt erklärt. Er bestimmte nämlich in Artikel 3 des Majoratsstatuts: die Herrschaft solle nach dem Aussterben der sukzessionsberechtigten Agnaten an die Educationskommission des polnischen Reiches fallen.

Diese alte Bestimmung wurde aktuell, als vor einigen Jahren die Söhne des Fürsten Anton Sulkowski starben und damit der kränkliche Fürst Anton als letzter Besitzer des Majorats erschien.

Da die Möglichkeit bestand, daß infolge der Besitzergreifung der ehemaligen polnischen Landesteile die Rechte der polnischen Educationskommission

Dann ist als Ergebnis des Kampfes um den Boden 1896 bis zum Ausbruch des Krieges festzustellen:

I. Deutscher Gewinn.

Kreis	Deutscher Gewinn ha	v. H. der Anbaufläche %
1. Konitz	4448,97	3,60
2. Gnesen	1499,97	2,83
3. Danziger Höhe	820,98	2,06
4. Adelnau	926,99	2,02
5. Grätz	391,64	0,95
6. Krotoschin	438,48	0,92
7. Gostyn	507,64	0,88
8. Posen-Ost	375,98	0,61
9. Schlochau	862,38	0,46
10. Dirschau	146,34	0,34
11. Samter	315,77	0,30
12. Briesen	134,89	0,20
13. Pleschen	54,29	0,12

II. Deutscher Verlust.

Kreis	Deutscher Verlust ha	v. H. der Anbaufläche %
1. Danziger Niederung	45,37	0,11
2. Marienburg	86,24	0,12
3. Stuhm	128,78	0,21
4. Kosten	153,02	0,26
5. Rosenberg i. Westpr.	335,86	0,35
6. Deutsch Krone	1201,59	0,62
7. Czarnikau	550,63	0,72

---

auf den preußischen Fiskus übergegangen waren, trat Fürst Anton Sulkowski nach dem Tode seiner Söhne in Verhandlungen mit der preußischen Regierung und schloß einen Vertrag, dem zufolge Reisen nach seinem Tode an den preußischen Fiskus fallen sollte, während die Verwandten des Fürsten Sulkowski eine Entschädigung erhielten.

Im Juni 1909 starb Fürst Anton Sulkowski. Der Fiskus nahm die Herrschaft Reisen sofort in Besitz und noch im gleichen Jahre erfolgte die Auflassung.

Kreis	Deutscher Verlust ha	v. H. der Anbaufläche %
8. Birnbaum	438,59	0,75
9. Schmiegel	500,80	0,95
10. Schrimm	870,80	1
11. Hohensalza	1233,19	1,25
12. Filehne	934,80	1,33
13. Schwerin a. d. Warthe	873,91	1,43
14. Obornik	1510,27	1,46
15. Putzig	775,09	1,52
16. Koschmin	740,82	1,71
17. Wongrowitz	1856,14	1,89
18. Meseritz	2257,49	2,12
19. Tuchel	1765,16	2,22
20. Schwetz	3451,90	2,27
21. Culm	1565,99	2,34
22. Wreschen	1305,84	2,43
23. Posen-West	1552,12	2,60
24. Thorn	2018,44	2,61
25. Flatow	3881,04	2,69
26. Bomst	2592,66	2,71
27. Wirsitz	3083,21	2,79
28. Bromberg	3932,31	3,05
29. Ostrowo	1274,12	3,28
30. Fraustadt	1505,09	3,39
31. Schubin	3019,66	3,47
32. Kolmar in Posen	3718,31	3,65
33. Schildberg	1844,93	3,78
34. Strasburg i. Westpr.	3800,41	3,84
35. Berent	4035,47	3,85
36. Jarotschin	2868,31	4,16
37. Graudenz	3142,85	4,34
38. Pr. Stargard	4102,34	4,37
39. Schroda	3353,82	4,41
40. Witkowo	2632,50	4,81
41. Strelno	2946,99	5,21
42. Kempen	2347,62	5,35
43. Marienwerder	4764,38	5,40

Kreis	Deutscher Verlust ha	v. H. der Anbaufläche %
44. Neustadt i. Westpr. . .	4372,12	5,65
45. Mogilno	4290,92	6,26
46. Löbau	5843,19	6,50
47. Znin	4593,43	6,72
48. Karthaus	8390,41	6,86
49. Neutomischel	3836,00	7,64

Also werden die Sätze bestätigt, mit denen die erste Auflage dieses Buches schloß (I. Auflage S. 671.):

Der Glaube, der Fiskus könne den Bodenkampf durch seine Finanzmacht entscheiden, hat sich als Irrtum erwiesen. Die Geldkraft der Staatskasse wurde durch die Kreditkühnheit der Privatspekulation überboten und von Jahr zu Jahr höher überragt. Der preußische Fiskus wurde zum Spekulationsobjekt. Die Folge war: die Demoralisation des östlichen Gütermarktes und schließlich die vollständige Einkreisung der preußischen Ansiedlungskommission.

Den Polen hingegen brachte der Kampf um den Boden eine soziale und wirtschaftliche Reorganisation, er zwang sie zu einer Neuordnung ihrer ungesunden Bodenverteilung, zwang sie zu Reformen, die die alte Schlachta in Friedenszeiten nie geduldet hätte und entwickelte auf dem neuen Boden das Gemeinwesen, das den Polen als Verkörperung der slavischen Kultur in Preußen erscheint.

DD
337
B4
1920

Bernhard, Ludwig
Die Polenfrage

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY